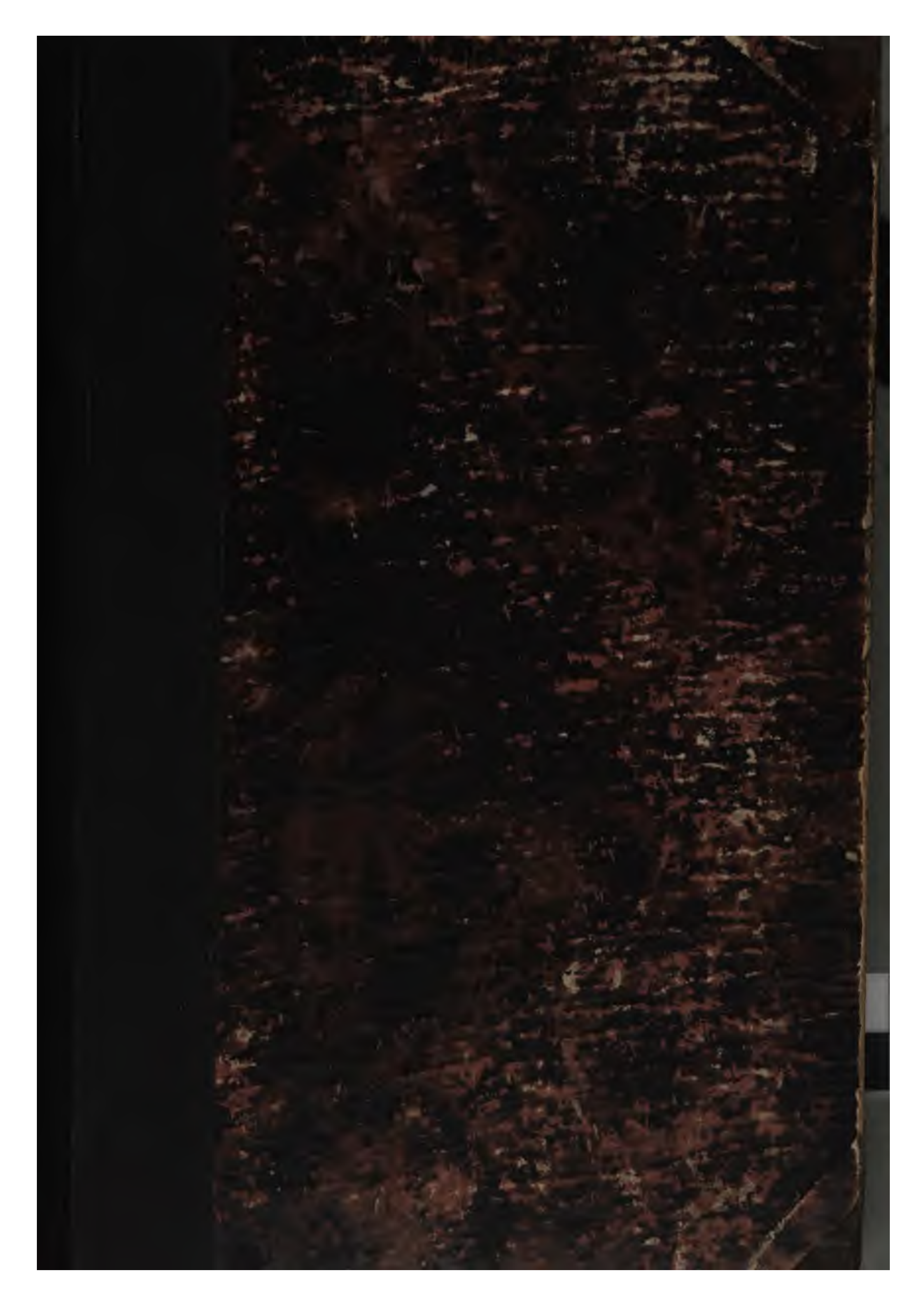




Der deutsche Krieg von 1866.

Der deutsche Krieg von 1866.

Historisch, politisch und kriegswissenschaftlich dargestellt

von

Heinrich Blankenburg.

Mit Karten und Plänen.



Leipzig:
F. A. Brockhaus.

1868.

TME

Vorwort.

Mehrseitige Aufforderungen haben den Verfasser bestimmt, eine Reihe von Essays über den jüngsten Krieg, die er vor kurzem in der Zeitschrift „Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart“ erscheinen ließ, einer neuen Bearbeitung zu unterziehen und zu dem vorliegenden Werke zu gestalten.

Die Darstellung ist, wie schon ihr Ursprung zeigt, keineswegs ausschließlich für den Militär von Fach bestimmt, vielmehr vorwiegend darauf berechnet, den historischen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Den Wechselwirkungen der militärischen und diplomatischen Situation ist besondere Beachtung zugewandt. Die Behandlung der kriegerischen Ereignisse überschreitet in den Details diejenigen Grenzen nicht, welche durch die doppelte Rücksicht vorgezeichnet wurden, thatsächliche Irrthümer nach Kräften zu vermeiden und nur das zu berühren, was ein allgemein-geschichtliches Interesse beanspruchen kann. Innerhalb dieser Begrenzung aber glaubte der Verfasser den Verhältnissen und Thatsachen gegenüber die Reflexion frei walten lassen und das eigene Urtheil versuchen zu dürfen. Dieser Standpunkt unterscheidet die vorliegende Arbeit von rein militärischen Geschichtswerken und sichert ihr hoffentlich ein Recht der Existenz neben den amtlichen Veröffent-

Rudolf Schol

Rudolf Schol[redacted]

Der deutsche Krieg von 1866.

Der deutsche Krieg von 1866.

Historisch, politisch und kriegswissenschaftlich dargestellt

von

Heinrich Blankenburg.

Mit Karten und Plänen.



Leipzig:
F. A. Brockhaus.

1868.

TME

Vorwort.

Mehrseitige Aufforderungen haben den Verfasser bestimmt, eine Reihe von Essays über den jüngsten Krieg, die er vor kurzem in der Zeitschrift „Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart" erscheinen ließ, einer neuen Bearbeitung zu unterziehen und zu dem vorliegenden Werke zu gestalten.

Die Darstellung ist, wie schon ihr Ursprung zeigt, keineswegs ausschließlich für den Militär von Fach bestimmt, vielmehr vorwiegend darauf berechnet, den historischen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Den Wechselwirkungen der militärischen und diplomatischen Situation ist besondere Beachtung zugewandt. Die Behandlung der kriegerischen Ereignisse überschreitet in den Details diejenigen Grenzen nicht, welche durch die doppelte Rücksicht vorgezeichnet wurden, thatsächliche Irrthümer nach Kräften zu vermeiden und nur das zu berühren, was ein allgemein-geschichtliches Interesse beanspruchen kann. Innerhalb dieser Begrenzung aber glaubte der Verfasser den Verhältnissen und Thatsachen gegenüber die Reflexion frei walten lassen und das eigene Urtheil versuchen zu dürfen. Dieser Standpunkt unterscheidet die vorliegende Arbeit von rein militärischen Geschichtswerken und sichert ihr hoffentlich ein Recht der Existenz neben den amtlichen Veröffent-

lichungen, zu denen die betheiligten Generalstäbe sich gegenwärtig anschicken.

Das Streben nach strenger Objectivität hat den Verfasser stets geleitet. Wenn dennoch sein unerschütterlicher Glaube an die große Mission Preußens sich hier und dort lebhafter geltend machen sollte, als strenge Richter bei kritisch-historischen Versuchen für zulässig erachten, so möge sein Buch von der ersten Seite bis zur letzten dafür Zeugniß geben, daß dieser Glaube auf Ueberzeugung beruht.

Breslau, im October 1867.

Der Verfasser.

Erste Abtheilung.

Politische Entwickelungsgeschichte.

Einleitung.

Liegen große Kriege schon im allgemeinen außerhalb des Bereichs des Zufälligen, erweisen sie sich vielmehr als das Ergebniß langer Arbeit in der Werkstatt der Geschichte, so gilt dies in höherm Maße von den großen Kriegen unserer Zeit. Unverkennbar hat sich im Wesen und Charakter der Kriege mit dem Beginn der Kämpfe, welche die Französische Revolution gegen die Coalition der europäischen Mächte führte, eine Wandlung vollzogen, welche mit dem gleichzeitig angebahnten Uebergange von der Cabinetspolitik zur nationalen im innigen Zusammenhange steht. Der Krieg hat seitdem, wenn auch in modernem Gewand auftretend, das Wesen des Volkskriegs wieder angenommen, er ist nicht mehr ein beliebig zu verwendendes Werkzeug in der Hand der Diplomatie. Nur das Alterthum und die Zeit nach Beginn der Völkerwanderung kannten den Krieg in diesem seinem eigentlichen Sinne, nicht aber die Feudalzeit und die Zeit nach Einführung der stehenden Heere. Während letztgedachter Epochen, deren politische und sociale Institutionen kein Volk als solches kannten, war der Volkskrieg unmöglich. Parteikämpfe, in denen rohe ungeordnete Massen ohne klar vorliegenden Zweck ihr Wesen trieben, gehören nicht dahin.

Ein Krieg, der in seiner ganzen Erscheinung den Stempel des modernen Volkskriegs an der Stirn trug, war das Ziel, dem die beiden großen Parteien in Deutschland und die Lenker ihrer politischen Geschicke während des uns beschäftigenden Zeitraums entgegendrängten. Fassen wir dieses Ziel von vornherein näher ins Auge, so werden die politischen Vorgänge an Interesse und Bedeutsamkeit gewinnen.

Das Charakteristische des Volkskriegs beruht in möglichst allgemeiner Betheiligung aller Glieder der kriegführenden Völker an der Action. Direct manifestirt sich diese Betheiligung durch die Aufstellung

gewaltiger, in ihrer Streiterzahl oft bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit reichender Heere, indirect durch die Mitleidenschaft des ganzen staatlichen Gemeinwesens. Dadurch stellt sich das natürliche Verhältniß wieder her, daß Volk gegen Volk auf Leben und Tod kämpft und Sieg und Niederlage auf Generationen hinaus bestimmend wirken. Nur solche Kriege weisen jene großen Entscheidungsschlachten auf, wie sie als gewaltige Marksteine in der Geschichte dastehen. Während in den Kriegen der dem unsern vorangegangenen Jahrhunderte sich meist auf beiden Seiten ein schleppender Gang kundgibt, und oft ganze Feldzüge mit der Belagerung irgendeiner unwichtigen Festung ausgefüllt wurden, ist heute das Gesammtstreben wieder mit vollem Bewußtsein auf eine rasche und große Entscheidung gerichtet. Es ist wieder Ernst um die Sache geworden. Kriege als Selbstzweck, um der Waffenehre willen, aus unklaren Sympathien oder Antipathien oder gar aus Ruhmdurst und Fürstenlaune sind fast unmöglich geworden. Mehr und mehr bricht sich dabei die Erkenntniß Bahn, daß weder die Ueberschwemmung feindlichen Landes, noch das Zurückweisen des Gegners aus dem eigenen, weder das siegreiche Bestehen rühmlicher Kämpfe, noch die Bezwingung fester Plätze an und für sich einen Krieg entscheidet, sondern daß es sich um die völlige Niederwerfung des einen der kämpfenden Theile handelt, um die Vernichtung seiner Widerstandskraft auf lange Zeit hinaus. Der Einsatz muß darum von beiden Theilen ein hoher sein. Die Kriege sind infolge dieser Wandlung seltener und kürzer geworden; sie zeigen nicht mehr den chronischen Charakter, den sie im Mittelalter und den letztvergangenen Jahrhunderten hatten.

Kriege, im Geiste des Volkskriegs begonnen und geführt, lassen selten einen Zweifel über ihren endlichen Ausgang. Nur in einzelnen Schlachten ist der Sieg dem Walten des Glücks und des Zufalls unterworfen, der endliche Ausgang durchgekämpfter Kriege entspricht stets der folgerichtigen Nothwendigkeit einer höhern Weltordnung. Sittlich berechtigte, zur vollen Reife gelangte Ideen, durch den Lauf der Geschichte vorgezeichnete große nationale Aufgaben sind stets des endlichen Siegs gewiß. Die um ihretwillen — oft gegen formell gutes Recht — geführten Kämpfe können zuweilen durch faule Frieden unterbrochen, nie aber in einer Weise zum vollen Austrag gebracht werden, bei der lebensfähige neue Ideen, berechtigte Ansprüche oder civilisatorischer Eroberungsdrang gänzlich unterlägen. Diese Ueberzeugung hat die Völker in jüngerer Zeit wieder vollständig durchdrungen.

Seit der Krieg wieder Volkssache geworden, seit er den ihm gebührenden ernsten Charakter wiedergewonnen hat, begegnen wir nur ganz ausnahmsweise der Erscheinung, daß die Nationen nicht zu den großartigsten Opfern zu Kriegszwecken bereit wären. Mag der Wendung vom Frieden zum Kriege auch mit gepreßter Brust entgegengesehen werden, von dem Augenblick an, in dem die blutigen Würfel zu fallen beginnen, gewinnt jeder als gerecht und nothwendig erkannte Krieg in den Augen der Völker eine antik-religiöse Weihe. Das Bewußtsein, daß es sich um die Entscheidung einer großen weltgeschichtlichen Frage handelt, dringt bis tief in die Massen. Der individuelle Egoismus tritt vor dem höhern nationalen Bewußtsein zurück, das Gefühl der Solidarität macht sich geltend und läßt Tugenden ans Licht treten, die sich in Zeiten friedlichen Wohlbehagens nie entfaltet hätten. Wohl hat der Dichter recht, wenn er sagt: „Der Krieg ist schrecklich wie des Himmels Plagen", aber nicht minder berechtigt ist sein Wort: „Doch ist er gut, ist ein Geschick wie sie." Es muß im Kriege schon deshalb eine Fügung der Vorsehung erkannt werden, weil diese uns kein Mittel gegeben hat, ihn ganz zu vermeiden. Aber auch darum, weil er das einzige Gegengift gegen die Wucherpflanzen ist, die ein die irdischen Glücksgüter allzu sehr sichernder ewiger Friede nothwendig treiben würde. Ohne die Möglichkeit des Kriegs würde der Materialismus über den Idealismus vollständig triumphiren. Ohne Zeiten, die dazu auffordern, allen Gefahren zu trotzen, alle geistigen und physischen Kräfte für Mitwelt und Nachwelt aufs äußerste anzuspannen, würde die Welt um manchen großen Mann, um manche große That ärmer sein. Kunst und Poesie würden ihre schönsten, großartigsten Vorwürfe verlieren; der Vaterlandsliebe, der historischen Erinnerung der Völker wären die stattlichsten Säulen, sich daran aufzuranken, genommen. Ohne den Krieg würde auch der schöne Begriff Friede fehlen, dem ja nur der Gegensatz Bedeutung verleiht.

Bei weitem nicht alle Kämpfe des letzten halben Jahrhunderts tragen den Stempel des Volkskriegs. Seit dem Sturz des ersten Napoleon wurden die meisten europäischen Kriege nur im Sinne desselben begonnen, aber nicht bis zu einer vollen, großen Entscheidung durchgeführt. Friedensschlüsse, die solchen unausgefochtenen Kämpfen folgen, sind nie von langem Bestand. An die Stelle eines einzigen großen Kriegs tritt in solchen Fällen meist eine kriegerische Aera, die nur dann ihren Abschluß findet, wenn endlich den Forderungen des modernen Kriegs vollständig genügt ist. Auf die Entscheidungsschlacht von

Waterloo, eine Schlacht, die durch die Ausbeute des Siegs in der Verfolgung zur eigentlichen Normalschlacht für unsere Zeit wurde, folgte ein funfzigjähriger Friede. Die Schlacht von Richmond entschied die ein halbes Jahrhundert in der Schwebe gebliebene nordamerikanische Frage vom Recht der Secession in unzweideutigster Weise. Durch diese mit gänzlicher Niederwerfung des Gegners endenden Schlachten waren die betreffenden Kriege vollständig durchgekämpft. Nicht ausgeschlagen aber war trotz allen Blutvergießens der Krimkrieg und ebenso wenig der italienische Krieg von 1859. An der Nothwendigkeit neuer Kämpfe zur Entscheidung der schwebenden Streitfragen war deshalb keinen Augenblick zu zweifeln.

Zur sittlichen Rechtfertigung einer blutigen Entscheidung muß es gefordert werden, daß beide Theile nur dann zum Kriege schreiten, wenn sie von dem festen Willen durchdrungen sind, den Kampf auch vollständig auszufechten. In diesem energischen Wollen constatirt sich das Rechtsbewußtsein und die Ueberzeugung, daß der Krieg wirklich das einzige und letzte Mittel sei, demselben zu genügen. Dem im Lauf der Action unterliegenden Theil wird es natürlich unverwehrt bleiben, bei der Diplomatie Hülfe zu suchen, wenn ihm der Austrag mit dem Schwert den Untergang droht; bei dem obsiegenden Theil aber ist in solchen Fällen ein Stehenbleiben auf halbem Wege ein sich meist schwer rächender Fehler. Dieser Fehler entspringt in der Regel aus mangelhafter Erkenntniß des eigentlichen Endzwecks des Kriegs, sei es auf seiten des Feldherrn, sei es auf derjenigen der Staatsgewalt.

Diese Erkenntniß ist nicht so leicht zu gewinnen und noch weniger leicht festzuhalten, als es den Anschein hat. Nach glücklichen, unerwartet großen Erfolgen consequent bei dem Gedanken zu verharren, daß es schließlich nichts anderes gelte, als den Gegner vollständig niederzuwerfen, dessen Streitkraft bis aufs äußerste zu vernichten und ihn zu zwingen, sofort und unweigerlich das Gesetz vom Sieger zu empfangen, erfordert eine Willenskraft, eine Charakterstärke, die nur wenigen gegeben ist. Dennoch ist sie nothwendig, wirklich Großes zu erreichen, nothwendig auch, damit kein Tropfen des vergossenen Blutes vergebens geflossen sei. Kriegs- und Feldherren, die unbekümmert um anderweite politische Constellationen diesem Ziel rastlos nachstreben, die im Siegeslauf keinen Moment verlieren, die des nothwendigen furchtbaren Ernstes des Kriegs stets eingedenk bleiben, erreichen daher auch meist ihre Zwecke vollständig und mit verhältnißmäßig geringen Opfern. Je energischer das eigentliche [und] einzige

Ziel des Kriegs verfolgt wird, um so mehr schwindet in der Regel auch die Gefahr einer fremden Intervention zu Gunsten des Feindes. Nur ein Gegner, der noch Widerstandskraft hat, findet Alliirte, selten oder nie der, dessen ganze Kraft gebrochen ist. „Je ne veux pas m'allier avec un cadavre" soll Napoleon III. gesagt haben, als er die Größe der Siege Preußens über Oesterreich erkannt hatte; und doch war auch der jüngste Krieg noch kein vollständig durchgekämpfter. Ueberzeugendere Belege für unsere Behauptung liefert der letzte Krieg in Nordamerika, wo die Einmischungslust der europäischen Westmächte in demselben Maße schwand, in dem sich die feste Willenskraft des Nordens, vor völliger Niederwerfung des Südens vom Kampfe nicht abzulassen, thatsächlich kundgab. Auch die Geschichte Napoleon's I. ist reich an Beispielen für diese Wahrheit. Man erinnere sich nur der Haltung Preußens oder vielmehr seines Ministers Haugwitz vor und nach der Schlacht von Austerlitz.

Meist constatirt es eine Wandlung des Volkskriegs zum Cabinetskriege, wenn der Ernst im Kampfe nachläßt und Friedensverhandlungen beginnen, ehe eine vollständige Entscheidung herbeigeführt ist. Der Cabinetskrieg will selten ganze Entscheidungen. Er ist zu solchen auch selten befähigt, weil die sittliche Grundlage fehlt, auf der überhaupt nur große Thaten erwachsen können. Eine der empörendsten Erscheinungen in dieser Richtung war das Verhalten Schwarzenberg's im Kriege von 1814. Der Kampf gegen Frankreich war von Alexander und seinen naturwüchsigen Russen als ein echter Volkskrieg begonnen worden. Nicht der ausnahmsweise frühe Winter des Jahres 1812, sondern die Ausdauer der Russen, die, ohne an Frieden zu denken, ihr Land preisgaben, den Sieger immer mehr ins Innere lockten und ihn mit allen Mitteln der Volkskraft bekämpften, entschied das Geschick des Feldzugs. Auch unter ganz normalen Witterungsverhältnissen wäre alles gekommen, wie es kam; vielleicht wenige Wochen später. Daß Alexander das Wesen des modernen Kriegs erfaßt hatte, zeigt seine nachhaltige Verfolgung des fliehenden Feindes. Preußen, nachdem es sich an Rußland angeschlossen und dieses weiter mit fortgerissen hatte, wurde fortan der Hauptträger des neuen großen Gedankens. In Alexander machte sich, nachdem er sein eigenes Land vom Feinde befreit, der mittelalterlich-ritterliche Grundton seines Charakters wieder so mächtig geltend, daß alles zu fürchten war. Aber die klaren, großartigen Ideen eines Gneisenau, die dem alten thatkräftigen Blücher sofort plausibel wurden, retteten die gute Sache. Beider Verdienst

ist um so mehr ein unsterbliches, als sie nicht nur die Diplomaten der alliirten Höfe, sondern auch das Widerstreben Friedrich Wilhelm's III. zu bekämpfen hatten. Blücher und Gneisenau haben auch in der Phase des Cabinetskriegs, wie Schlosser schon die Periode nach Leipzig bezeichnet, den Volkskrieg geführt. Sie haben damit zweimal Paris erobert, sie haben der Welt einen Frieden geschaffen von der Dauer eines halben Jahrhunderts. Während dieser ganzen Periode hat Oesterreich, obgleich Rußlands und Preußens Alliirter, nur den Cabinetskrieg geführt. Historisch und unbestritten steht es fest, daß Schwarzenberg den Krieg nicht ausgeschlagen haben wollte, daß er den Weg nach Paris meiden, den Thron und die Residenz des Schwiegersohns seines Kaisers schonen wollte, mochte immerhin Blücher's Heer an der Marne verbluten. Jene Epoche von 1814 ist ein unauslöschbarer Fleck in Oesterreichs Geschichte. „Es gibt kein Volk, ich kenne nur Unterthanen" hat Kaiser Franz einst gesagt, und in diesem Sinne hat er nicht nur die Politik, sondern auch den Krieg betrieben oder vielmehr betreiben lassen. — Es ist ein Fortschritt unserer Zeit, daß der Cabinetskrieg mehr und mehr unmöglich wird. Mit ihm werden auch die Halbheiten schwinden, die im Kriege noch hier und da zu Tage treten und sich vielfach in das heuchlerische Gewand der Menschlichkeit kleiden. Schonung des Feindes wird stets zum Verbrechen am Blut und an den höchsten Interessen des eigenen Volks.

Die Größe der Dimensionen des modernen Kriegs und die gewaltige Mitleidenschaft, durch welche ganze Nationen in denselben gezogen werden, trägt ebenso wie die activere Betheiligung des Volks bei den Staatshandlungen wesentlich dazu bei, daß heute Kriege ohne sittliche Berechtigung kaum mehr geführt werden können. In der Hand der leitenden Staatsmänner liegt es in unserer Zeit nur dann, in eine kriegerische Politik einzulenken, wenn es sich im vollen Sinne des Wortes um nationale Angelegenheiten handelt. Man darf die blutigen Zusammenstöße zwischen großen Mächten darum heute weniger denn jemals als das eigentliche Product derjenigen Conflicte betrachten, die ihnen unmittelbar zum Ausgangspunkt dienen. Nur wenn gewichtige weltgeschichtliche Fragen durch eine Reihe von Generationen hindurch der Lösung entgegengereift sind, wenn die hierbei herausgebildeten Ueberzeugungen concrete Gestalt gewonnen haben und sich mit schneidender Schärfe gegenübertreten, dann nur kann ein großer Krieg oder eine große kriegerische Epoche durch untergeordnete Differenzpunkte herbeigeführt werden. Selbst die Kriegszüge großer Eroberer machen

davon nur insofern eine Ausnahme, als sie meist über das berechtigte Ziel hinausgehen.

Es ist deshalb zwischen Ursache und unmittelbarer Veranlassung zum Kriege streng zu scheiden. Die Ursachen, welche Staatslenker und Völker allein veranlassen können, alles an alles zu setzen und die Entscheidung einem höhern Richter anheimzugeben, haben oft mit der Veranlassung, welche direct zum Appell an das Schwert führt, wenig gemein. In Rücksicht auf erstere kann der Krieg für den einen oder den andern, oder auch für beide Theile sittlich durchaus gerechtfertigt, er kann das Werk einer geschichtlichen Nothwendigkeit sein, während in den Veranlassungen zum wirklichen Ausbruch des Kampfes sich noch immer Willkür und Zufälligkeiten geltend machen. Die Friedensfreunde unserer Zeit werden es im günstigsten Fall nur dahin bringen können, die unmittelbaren Veranlassungen zum Kriege möglichst zu beseitigen; sie werden den Austrag großer Kämpfe vertagen, die blutige Entscheidung untergeordneter Divergenzen sogar vermeiden, nie aber den Krieg selbst aus der Welt schaffen können. Für die Entscheidung der Frage, ob das anglogermanische Element auf der westlichen Hemisphäre nur bis zum Busen von Mexico, oder ob es bis zur Landenge von Panama hinab herrschen, vielleicht gar auf dem ganzen Welttheil seine belebende, schaffende Kraft zur Geltung bringen soll, kann nie ein internationales Forum geschaffen werden. Gutwillig wird der Romane nicht weichen, nur die Gewalt kann ihn vertreiben, und erst wenn die Gewalt das Ihrige gethan, vermag die civilisatorische Kraft des Siegers die Eroberung zu vollenden.

Völker und Staaten, die eine culturtragende Mission oder einen großen geschichtlichen Beruf in sich fühlen, sind also unbedingt darauf angewiesen, auch den Krieg zu den positiven Mitteln für die Lösung ihrer Aufgaben zu zählen. Zu der Lehre mattherziger Philanthropen unserer Zeit, die den Krieg nur zu defensiven Zwecken für gerechtfertigt halten, dürfen sie sich nie bekennen. Sie werden es vielmehr für unabweisbar erachten, die Gelegenheit beim Schopf zu fassen, wenn günstige Verhältnisse eintreten, das, was sie einmal als in ihrem Beruf liegend erkannt und worauf sie ohne Aufopferung der Interessen kommender Generationen nicht verzichten dürfen, was sich aber im Wege friedlicher Bestrebungen als unerreichbar zeigt, im Wege der Gewalt durchzuführen. Den Anschauungen unserer Zeit widerstrebt es indeß, auch bei vollster Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit eines Kriegs die Gelegenheit vom Zaun zu brechen.

Das einfache Ankünden von Krieg ist fast unmöglich geworden. Dennoch läge oft in einem solchen Verfahren kaum etwas weniger Sittliches als in dem Nähren und Schüren kleinlicher Zwiste, das nur darauf hinausläuft, das Ergreifen der Waffen zum Austrag ganz anderer, tiefer liegender Differenzpunkte zu ermöglichen.

Selten nur tritt der Fall ein, daß es der Entwickelung eines speciellen casus belli gar nicht bedarf und der Ausbruch eines Kriegs nur eine Frage der Opportunität ist. Es ist dies, abgesehen von Revolutionskämpfen, nur dann möglich, wenn die Gerechtigkeit oder Nothwendigkeit eines Kriegs und der Wille, ihn zu führen, wenigstens für den einen Theil so unzweifelhaft feststehen, daß der Friedensbruch bei eintretender Gelegenheit selbstverständlich ist. So war es bei dem Kriege Preußens im Jahre 1813 gegen Napoleon und nicht minder bei dem letzten Kampfe Italiens gegen Oesterreich. In solchen Fällen verzichtet denn auch gewöhnlich die Diplomatie der nicht oder nur indirect betheiligten Großmächte auf ihre Vermittelungsversuche, und die Dinge gehen ihren natürlichen Gang. In der Regel aber durchläuft jede auf einen kriegerischen Ausweg hindrängende Frage ein längeres Stadium, währenddessen sie erst, wie die Kunstsprache sich ausdrückt, zur brennenden wird.

Nachdem Europa der donnernden Erschütterungen, die es in dem ersten dem Ausbruch der Französischen Revolution folgenden Vierteljahrhundert durchlebte, müde geworden, genügte der Codex, den man in den Verträgen von 1815 geschaffen, um auf lange Zeit jede kriegerische Entscheidung abzuwenden. Die Cabinetspolitik hatte nach Niederwerfung des ersten Napoleon die nationale wieder so weit zurückgedrängt, daß Wille und Bedürfniß der Völker gänzlich unbeachtet bleiben konnten. Wo sich diese gegen die Satzungen der Verträge erhoben, oder wo eine Regierung es wagte, sich zum Vertreter nationaler Interessen aufzuwerfen, trat stets eine Coalition gewaltiger Mächte für die Erhaltung des Bestehenden in die Schranken, sodaß ein Widerstand geradezu unmöglich war. So gewöhnte sich Europa daran, jeden Conflict durch die Diplomatie zum Austrag bringen zu lassen. Nur einem Gegner war dieselbe nicht gewachsen: der Revolution. Nachdem diese 1830 in Frankreich triumphirt hatte, erlitt der Gang der Dinge wenigstens eine Störung. Bald aber lenkte derselbe wieder ins alte Fahrwasser. Belgien, obgleich Product der Revolution, ward nicht minder eine Kunstschöpfung der Diplomatie. Die Verträge waren durch das Jahr 1830 und seine Folgen nicht zerrissen,

nur amendirt. In Ludwig Philipp erhielt Frankreich einen Monarchen, der trotzdem, daß ihn eine Revolution auf den Thron gehoben, das in Europa herrschende System wenig alterirte. Jeder Ansatz, den er dazu nahm, begegnete einem so mächtigen Bunde von Vertretern der Arrangements von 1815, daß er zurücktreten mußte. So blieben die Dinge bis zum Jahre 1848. Die fast ganz Europa durchzuckende Revolution dieses Jahres endete in der Hauptsache abermals mit einem Siege des 1815 Geschaffenen. Deutschland und Italien, in denen die Diplomaten des Wiener Congresses ihre Meisterwerke im Gebiet unnatürlicher Staatenbildung geliefert hatten, gingen äußerlich unverändert aus den gewaltigen Zuckungen hervor. In Frankreich aber behauptete sich der durch die Revolution zur höchsten Gewalt gelangte Prinz Ludwig Napoleon, in welchem, nachdem er die Kaiserkrone auf sein Haupt gesetzt, eine Persönlichkeit zu Tage trat, der es gelang, das bis dahin herrschende internationale System bis in seine Tiefen zu erschüttern.

Napoleon's III. unbestreitbares Verdienst beruht darin, daß er das natürliche, das nationale Recht dem geschriebenen Codex von 1815 gegenüber wieder zur Geltung gebracht, daß er die Diplomatie Europas gezwungen hat, diese Macht als einen wesentlichen Factor in ihre Rechnungen einzuführen. Mag immerhin und nicht ohne Grund behauptet werden, daß nur Egoismus, Rücksicht auf den eigenen Ursprung, ihn dazu veranlaßt habe, mag dem Kaiser mit Recht vorgeworfen werden, daß sein Verhalten in der Orientalischen Frage weit mehr der alten diplomatischen Schule als der von ihm proclamirten neuen Lehre entspricht, immer bleibt die Thatsache bestehen, daß die Lösung des Bannes, der seit 1815 auf den Nationen lastete, durch ihn erfolgt ist. Hätte das conservative System, das sich ausschließlich auf die Wiener Verträge stützte, noch ein halbes Jahrhundert vorgehalten, eine alle Bande sprengende Revolution im Herzen Europas hätte die unausbleibliche Folge sein müssen.

Unter Umständen hat freilich auch die europäische Diplomatie dem nationalen und natürlichen Recht eine ausnahmsweise Berücksichtigung zutheil werden lassen, dies aber nur dann, wenn mächtige revolutionäre Bewegungen vorausgegangen waren. Aber selbst dann vermochte sie sich nur zu dieser Concession zu erheben, wenn dabei eine der schwächern Mächte, wie die Türkei oder Holland, gekürzt wurde; handelte es sich um größere Dinge, so ward stets auf Erhaltung und Wiederherstellung des Statusquo bestanden. Von vornherein hat sie nie nationalen Bewegungen Berücksichtigung zugewandt.

Kaiser Napoleon sprach beim Beginn seiner monarchischen Laufbahn die Versicherung aus, das Kaiserreich sei der Friede. Obwol er blutige Kriege geführt hat, ist ihm die Rechtfertigung nicht vollständig abzusprechen, sie nur zu Zwecken geführt zu haben, die einen normalen Zustand Europas und damit die Möglichkeit zur Erhaltung eines dauernden Friedens herstellen sollten. Auch sein Krimkrieg entbehrt, sofern es sich darum handelte, die Uebermacht Rußlands in Europa zu brechen, dieser Rechtfertigung nicht, war auch immer das, was er zur Lösung der Orientalischen Frage beigetragen, nur mit den kläglichsten Leistungen der Cabinetspolitik in Vergleich zu bringen. Anders schon gestalteten sich die Dinge beim italienischen Kriege von 1859. Hier trat Frankreich für eine nationale Forderung ein, obgleich auch hier das Wort Thiers' Geltung findet, daß es sich im Grunde nur darum gehandelt habe, die Macht Oesterreichs in Italien zu brechen, um Frankreich das Uebergewicht auf der Halbinsel zu verschaffen. Auch dieser Krieg blieb unausgekämpft, aber die Folge des einmal offen ausgesprochenen neuen Princips war doch eine großartige. Der Kaiser erklärte bestimmte europäische Fragen für schwebende, und die Mächte Europas setzten dem keine entschiedene Negation entgegen. Damit hatte die Diplomatie das Recht verloren, sich ausschließlich auf geschriebenes Recht zu stützen. Es war wieder von fundamentalen Streitfragen die Rede.

Der im Herbst 1863 von Paris aus ergangene Vorschlag, die Lösung dieser Fragen durch einen europäischen Congreß herbeizuführen, war unbedingt nur darauf berechnet, das Schiedsrichteramt in Europa dem Kaiser der Franzosen zu vindiciren. England, dessen langjähriger politischen Haltung das Zeugniß nicht versagt werden darf, daß es sich zumeist von den Verträgen emancipirt und einer den nationalen Bedürfnissen mehr entsprechenden Politik gehuldigt habe, erkannte dies sofort, und an seinem Widerstande scheiterte vornehmlich der ganze Plan. Dadurch aber, daß die Mehrzahl der andern Mächte und unter ihnen solche, die bis dahin einer durchaus conservativen Politik gehuldigt hatten, sich dem Napoleonischen Congreßvorschlag wenigstens nicht widersetzten, war die Anerkennung der Nothwendigkeit einer Umgestaltung des europäischen Staatensystems erfolgt. In dieser Anerkennung lag auch die der Berechtigung für den kriegerischen Austrag, falls ein friedlicher unmöglich war. Bei fernern Conflicten war nun nicht mehr zu gewärtigen, daß wie ehedem die Staaten ihre Stellung zur Sache nur nach den bestehenden Verträgen nahmen

und jedem dagegen erhobenen Widerstande ihre gesammte Macht entgegenstellten.

Des unbedingt unsittlichen Mittels, zum Zweck gewaltsamen Austrags tiefliegender principieller Gegensätze kleinliche Differenzpunkte künstlich herbeizuziehen oder festzuhalten, bedarf es also heute nicht mehr. Kleine Zufälligkeiten werden zwar immer noch ihre Rolle spielen, im allgemeinen aber wird sich in der fundamentalen Streitfrage sofort das wahre Kampfobject offenbaren. Die Vermittelungsversuche, welche jeder drohenden Katastrophe vorausgehen, fassen daher auch meist sofort die Hauptsache ins Auge, was jedenfalls dazu beiträgt, dem ganzen Getriebe der modernen Politik einen — wenigstens im Vergleich gegen frühere Jahrzehnte — ehrlichern Anstrich zu geben. Stellt sich, wie es bisher in allen großen Fragen der Fall war, die Unmöglichkeit einer gründlichen Lösung heraus, kommt es zum blutigen Austrag, so wissen die Völker doch, wofür sie kämpfen, und die Gefahr reiner Cabinetskriege wird dadurch mehr und mehr abgewandt.

Trotz dieses Umschwungs ist die Genesis des speciellen Kriegsfalls noch immer von historischer Bedeutung. Kein Staatsmann darf es wagen, auch wenn eine fundamentale Streitfrage die volle Reife zur gewaltsamen Lösung erlangt hat, ohne weiteres als Friedensbrecher aufzutreten. Wie in der Natur den Ausbrüchen der Vulkane meist Erdbeben vorangehen, so geht auch dem Kriege eine Periode voran, in der erst die Frage zur Entscheidung gelangt, ob es wirklich zu einem Austrag durch die Waffen kommen soll oder nicht. In dieser Zeit spielt neben dem natürlichen Recht das formelle immer noch seine Rolle. Der Regel nach stützt sich auf das formelle Recht derjenige Theil, der das negative — das conservative — Element vertritt und ausschließlich das letztere zu seiner Rechtfertigung wählt, während der eine Umgestaltung der Dinge fordernde Theil sich auf ein natürliches Recht — meist das nationale — beruft. Nichtsdestoweniger ist es Aufgabe des das positive Moment vertretenden Staatsmannes, sich durch geschickte Führung der Sache auch das formelle Recht nach Möglichkeit zu sichern und den Gegner zu dessen Verletzung zu veranlassen. Auf die Haltung der fremden Mächte, einen der wichtigsten Factoren, mit denen jeder einem Kriege entgegenschreitende Staatsmann zu rechnen hat, übt der formelle Rechtspunkt stets einen erheblichen Einfluß, wenigstens erleichtert eine Verletzung desselben ihre Parteinahme im feindlichen Sinne. Ganz und gar wird sich nie eine bestehende Staatsgewalt über denselben hinwegsetzen. Selbst der aus der Revolution hervor-

gegangene Kaiser Napoleon verschmäht es trotz der von ihm aufgestellten neuen Principien nicht, sich unter Umständen ausschließlich auf Verträge zu stützen. Seine Haltung bei der Erhebung der Christen auf Candia und den gleichzeitigen Bewegungen in Epirus (Herbst 1866) gab dafür Zeugniß. Von vornherein verwies er strict auf den Pariser Frieden von 1856, der den Territorialbestand der Türkei garantirt; erst als er den kriegerischen Ernst der Candioten erkannte, änderte er seinen Standpunkt.

Ein anderer Factor, der in dieser Beziehung nicht minder in Betracht kommt, ist die öffentliche Meinung des eigenen Landes. Auch bei durchaus populären Zielen eines Kriegs bedarf es der Regel nach einer bestimmten Zeit, um die Nation mit dem Gedanken zu versöhnen, daß die Zeit für eine Waffenentscheidung gekommen sei. Der kosmopolitische Charakter, den Handel und Verkehr angenommen haben, hat eine Solidarität der materiellen Interessen geschaffen, die schon einen nur drohenden Krieg als die gewaltigste Störung erscheinen läßt. Leichten Herzens entscheiden sich die Nationen daher selten für eine kriegerische Wendung. Wie die Individuen sind auch die Nationen geneigt, große, belangreiche Entschließungen zu vertagen. Die Kunst eines Staatsmannes, der auf dem Wege zum Kriege von der Stimme des eigenen Landes gefördert sein will, zeigt sich daher zunächst in der Schonung des öffentlichen Gewissens, also in der Wahrung des formellen Rechts. Sie zeigt sich ferner darin, daß er den Gedanken an das große nationale Ziel über dem Detail des Conflicts nicht verloren gehen, es vielmehr stets im Vordergrund leuchten läßt. Dadurch wird die Nation elektrisirt, sieht Ehre und Interessen engagirt und drängt schließlich selbst zur Entscheidung.

Eine der größten Schwierigkeiten für den Staatsmann, der im brennenden Conflict das active Element im Gegensatz zum conservativen vertritt, besteht endlich darin, sich über den Vermittelungsversuchen Dritter die Gelegenheit zu einem entscheidenden Austrag nicht aus der Hand winden zu lassen. In der Regel drängt die Mehrzahl der fremden Mächte nach Erhaltung des Friedens, da jede Störung desselben auch ihre materiellen Interessen empfindlich berührt. Ehedem bot das formelle Recht hierzu ausreichende Handhaben, heute sucht man durch Congresse und Conferenzen, welche die Dinge aus höhern Gesichtspunkten regeln sollen, dem activ Vorschreitenden die Hand zu binden. Bisjetzt hat noch kein derartiger Versuch

zum Ziel geführt. *) Das Höchste, was überhaupt auf diesem Wege erreicht werden kann, ist eine Uebertünchung der Schäden und eine Vertagung ihrer Heilung. Solche Vertagungen aber können denjenigen Theil, der ein positives Ziel verfolgt, auf Jahrzehnte aus seinen natürlichen Bahnen drängen, ihn sogar der Gefahr aussetzen, seine geschichtlich vorgezeichnete Aufgabe gänzlich zu verfehlen. Es gibt staatliche Interessen, die, einmal preisgegeben, nie wiederhergestellt werden können. Dadurch, daß Rußland in Rücksicht auf seine innern Angelegenheiten im Jahre 1864 seine Einsprache gegen die Ablösung der Elbherzogthümer von Dänemark fallen ließ, hat es die Aussichten unwiederbringlich geopfert, die ihm bis dahin zur ausschließlichen Herrschaft über das Baltische Meer offen standen. Dadurch, daß Preußen im Jahre 1850 vor Oesterreich ohne Kampf das Schwert senkte, hatte es auf ein halbes Menschenalter seine Stellung in Europa und den ihm gebührenden Platz in Deutschland preisgegeben.

*) Wir lassen bei der Ueberarbeitung diesen Satz unverändert stehen, obgleich inzwischen die londoner Conferenz von 1867 die luxemburger Frage glücklich beseitigt hat. Die fundamentale Streitfrage, die Frage, ob Frankreich die seit Richelieu festgehaltene Prätension, keinen an Macht ebenbürtigen Staat als Nachbar neben sich zu dulden, fernerweit aufrecht erhalten kann, ist mit der luxemburger Frage keineswegs gelöst. Wenn es der Conferenz gelang, den speciellen Conflict zu beseitigen, so lag der Grund darin, daß zur Zeit keiner von beiden Theilen auf eine kriegerische Entscheidung hindrängte. Kaiser Napoleon hatte, als er die luxemburger Frage auf Anregung des Königs der Niederlande in die Hand nahm, nur einen diplomatischen, keinen kriegerischen Erfolg im Auge. Gegen seinen Willen hatte die Sache eine so ernste Wendung genommen. Frankreich war zur Zeit weder gerüstet, noch eines Bundesgenossen sicher. Schon die nächsten Monate, die der londoner Conferenz folgten, erwiesen die Richtigkeit dessen, was im weitern Verlauf des Textes über internationale Vermittelungen gesagt ist.

I.

Preußen und Oesterreich bis zur Convention von Gastein.

1) Die ursächliche Streitfrage. Einwirkung des confessionellen Moments. Oesterreichs Stellung zum Deutschen Reich. Seine Rivalität mit Preußen seit Friedrich II. Verhältniß beider Großmächte zum engern Deutschland nach 1815. Wandlungen in der deutschen Politik seit dem Regierungsantritt Wilhelm's I. Der Krieg gegen Dänemark und seine Bedeutung für die europäische Stellung Preußens.

Die in der Einleitung kurz angedeuteten Momente machen sich in dem Entwickelungsproceß des großartigen Kampfes, der im Jahre 1866 in Deutschland und Italien geführt wurde, in evidentester Weise geltend. Ganz Europa war auf einen großen, nationalen Krieg gefaßt; es erkannte, daß dieser Krieg, war einmal das Schwert gezogen, bis zu einer großen Entscheidung durchgeführt werden mußte, sollten nicht kriegerische Jahrzehnte durch denselben inaugurirt werden. Die ursächliche Streitfrage war eine so bedeutende, daß sie, einmal auf die Spitze des Schwerts gestellt, nie und nimmer durch schwächliche Compromisse beseitigt werden konnte. Die speciellen Conflicte, welche die Krisis veranlaßten, waren so organisch aus den tiefwurzelnden, historisch entwickelten Gegensätzen erwachsen, daß sie ohne Lösung der Fundamentalfrage nicht zu heben waren.

Die Politik der außerhalb stehenden Cabinete widerstrebte deshalb dieser kriegerischen Lösung nur um so lebhafter. Wohin sich auch der Sieg wenden mochte, eine der betheiligten Großmächte, die sich bisher zum Unglück Deutschlands, aber zum Vortheil der Nachbarn neutralisirt hatten, mußte voraussichtlich mit bedeutend gehobenem Ansehen aus dem Kampfe heraustreten. Damit aber

mußte das, was die politische Eifersucht „europäisches Gleichgewicht“ nennt, wesentlich erschüttert werden. Nur eine schwache Hoffnung, die in dem Hindrängen des modernen Kriegs auf schnelle und große Entscheidungen keineswegs eine Begründung fand, ging dahin, daß sich beide Mächte nur gegenseitig schwächen und dann dem Auslande freies Spiel lassen würden. Die Erfahrung hat diese Hoffnung freilich schon oft genug Lügen gestraft. Nach siegreich durchgekämpften Kriegen erstarkt, auch wenn der Opfer große gebracht wurden, die nationale Kraft stets wunderbar schnell.

Die Aufgabe Preußens, als desjenigen Theils, dem die Initiative zufiel, war gerade wegen dieser voraussichtlichen Haltung des Auslandes eine unendlich schwierige. Sie war es nicht minder, weil Verhältnisse im eigenen Lande obwalteten, die der Popularisirung des Kriegs widerstrebten. Dem leitenden Staatsmann fehlte deshalb, als die politische Krisis sich schon ihrem Höhepunkt näherte, noch die moralische Unterstützung, deren er in so hohem Grade bedurfte. Daß er sie im letzten Moment noch fand, war großentheils das Verdienst Oesterreichs, das den Fehler beging, aus der ihm naturgemäß vorgezeichneten politischen Defensive herauszutreten. Die interessanteste Erscheinung der ganzen Vorgeschichte des Kriegs ist aber das Geschick, mit welcher die 1850 verabsäumte Gelegenheit zu einer radicalen Lösung der Preußen vorgezeichneten Aufgabe nicht etwa, als sie sich wieder bot, ergriffen, sondern geschaffen wurde, und zwar in einer Weise, in der auch das formelle Recht wenigstens nicht so flagrant verletzt wurde, daß daraus dem Gegner ein Vortheil erwachsen wäre. Wir haben es daher auf diplomatischem Gebiet ebenso mit Leistungen der Meisterschaft zu thun, wie sie später auf militärischem zu Tage treten.

Zunächst haben wir unser Augenmerk der ursächlichen Streitfrage zuzuwenden. Sie in weit zurückliegende Zeiten zu verfolgen, liegt außerhalb unserer Aufgabe: ihre genetische Geschichte ist die Geschichte Deutschlands von den Zeiten Karl's V. bis auf unsere Tage. Nur einiger wesentlichen Momente sei gedacht.

Man hat vielfach den Kampf zwischen Oesterreich und Preußen als eine consequente Folge des Reformationswerks bezeichnet. Da die Geschichte überhaupt nur eine Reihe von Consequenzen ist, muß dieser Anschauung eine gewisse Berechtigung zuerkannt werden. Entschieden zu bestreiten ist dagegen, daß darum der gewaltige Conflict, der zwischen den beiden einander den Raum in Deutschland verschrän-

kenden Großmächten herrschte, einen religiösen oder confessionellen Charakter getragen hätte. Das Haus Brandenburg hat zur Zeit der Religionskriege in Deutschland und insbesondere zur Zeit des Dreißigjährigen Kriegs noch eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Georg Wilhelm, der während des letztern in Brandenburg herrschte, war ein Schwächling; die Geschicke der Nordmarken wurden ausschließlich durch den Schwedenkönig bestimmt. Erst der Nachfolger Georg Wilhelm's, der Große Kurfürst, gab Brandenburg eine politische Bedeutung. Er aber war ein Fürst, der treuer als alle andern zu Kaiser und Reich stand. Der Träger des protestantischen Princips im nördlichen Deutschland war das mächtige Kursachsen, und erst als die Kurwürde von der ernestinischen auf die albertinische Linie überging, als demnächst August der Starke um des Erwerbs der polnischen Königskrone willen seinen Glauben wechselte, ging diese Mission an den jungen mächtig aufblühenden Staat im Norden über. Die Zeiten zu Ende des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts waren indeß nicht dazu angethan, religiöse Gegensätze in den Vordergrund treten zu lassen. Die Stärkung der souveränen Gewalt gegenüber den Resten des Feudalismus, die territoriale Machterweiterung der Staaten und die Schöpfung stehender Heere behufs Erreichung beider Zwecke waren es, worauf die Aufmerksamkeit der Fürsten und Regierungen vorwiegend gerichtet war. Am wenigsten aber hat Preußen in und seit jener Zeit eine offensive Stellung gegenüber dem Katholicismus eingenommen. Friedrich's des Großen Wort: „In meinem Staat kann jeder nach seiner Façon selig werden“ bezeichnet im allgemeinen die Richtung, die Preußen bis in die Gegenwart verfolgt und durch die es sich nicht wenig in seinem deutschen Beruf gefördert hat. Mag auch immerhin mit Recht behauptet werden, daß bei der gewaltigen Annexion Schlesiens — die in unsern Augen den eigentlichen Ausgangspunkt der jüngst zur kriegerischen Entscheidung gelangten Streitfrage bildet — die Bewegung der Protestanten in dieser Provinz einen erheblichen Antheil gehabt habe, so kann doch keineswegs dem Preußenkönig ein Eintreten für den Protestantismus gegen den Katholicismus zugeschrieben werden. War es doch gerade dieser Monarch, der Politik und Religion streng zu trennen verstand, und der schon praktisch verwirklichte, was seine philosophischen Zeitgenossen theoretisch entwickelten. In der Zeit der Französischen Revolution und der ihr folgenden Kriege konnten sich noch weniger als zuvor confessionelle Gegensätze zwischen Preußen und Oesterreich entwickeln. Auch die darauf-

folgende Reactionsperiode war hierzu nicht angethan. Die conservativen Grundlagen der Heiligen Allianz und die politische Hegemonie, die Metternich dem Kaiserstaat zu verschaffen wußte, schlossen jeden Conflict in confessionellen Angelegenheiten aus. Selbst als Friedrich Wilhelm III. am Abend seines Lebens mit dem katholischen hohen Klerus seines eigenen Landes schwere Kämpfe zu bestehen hatte und zu strengen Gewaltmaßregeln seine Zuflucht nahm, beobachtete Oesterreich eine große Zurückhaltung. Der Nachfolger dieses Königs, Friedrich Wilhelm IV., begann seine Regierung mit einem versöhnlichen Act, der die Härten seines Vorgängers gegen den hohen Klerus rasch vergessen ließ. Obwol dieser König orthodoxer Protestant, entsprach es der mittelalterlich-romantischen Richtung seines ganzen Wesens, sich der katholischen Kirche besonders wohlgeneigt zu erweisen. Theils aus freiem Antriebe, theils unter mittelbarer Wirkung der Vorgänge des Jahres 1848, hat er der katholischen Kirche seines Landes eine freiere Bewegung verstattet, als dieselbe mit einziger Ausnahme Amerikas in irgendeinem Lande genießt. Daran hat sich bis zur Stunde nichts geändert. Nur in einer einzigen Provinz hat das katholisch-kirchliche Element sich gegen die preußische Regierung vorübergehend thatsächlich aufgelehnt. Es geschah dies vor wenigen Jahren in der Provinz Posen. Da es sich hier aber um politische Interessen handelte, die Oesterreich mit Preußen theilte, so konnte dadurch kein Gegensatz zwischen beiden Staaten begründet werden. Preußen ist überdies nie Propaganda machend für den Protestantismus eingetreten, von seiner Seite hatte der Conflict mit Oesterreich also in keiner Weise einen confessionellen Charakter. Als Preußen sein Volk zu den Waffen rief, zählte es fast zwei Fünftel Katholiken, ein Umstand, der an sich schon diese Behauptung zu erweisen genügen würde.

Manches von dem eben von Preußen Gesagten findet analoge Anwendung auf Oesterreich. Der Kaiserstaat hat während der letzten Jahrhunderte den Protestantismus in Deutschland nicht bekämpft, er hat noch weniger Ursache gehabt, sich zum Schutz des Katholicismus aufzuwerfen. Etwas anders aber stellten sich die Dinge in Oesterreich doch. Das Kaiserreich hat sich stets als der Erbe der Traditionen Karl's V. erwiesen. Die Principien jener theokratischen Weltherrschaft im Sinne des Mittelalters, die jede nationale Berechtigung negirte, lebten in dem aus den heterogensten Völkerschaften gemischten und einzig und allein im dynastischen Moment eine das Ganze tra-

gende Grundlage findenden Kaiserstaat unverändert fort und mit ihnen das natürliche Correlat confessioneller Ausschließlichkeit. Trotz aller constitutionellen Versuche ist das Haus Habsburg-Lothringen bis in die jüngste Zeit hinein auf dem Standpunkte des Absolutismus verblieben, und zwar ganz jenes Absolutismus, wie ihn die päpstliche Encyklica vom Advent 1864 predigt, nicht desjenigen Friedrich's II. oder auch nur dessen des dritten Napoleon. Das alte Legitimitätsprincip fand keine bessere Stütze als im starren Ultramontanismus. Die gewaltige Macht der Geistlichkeit, die kolossalen Besitzungen, die in deren Händen verblieben sind, das Concordat, die Unfreiheit der Wissenschaft, die ganze Stellung der Volksschule — alles das sind Zeugnisse dafür, wie sehr die Staatsgewalt dieser Stütze bedurfte und was sie daran setzte, sie sich zu erhalten. Darum blieb Oesterreich der natürliche Gegner des durch Preußen vertretenen paritätischen Princips.

Ein gewisser Einfluß auf die Entwickelung der Dinge ist diesen Verhältnissen nicht abzusprechen. Oesterreich hatte, weil es auf confessionellem Boden einen prononcirten Standpunkt einnahm, in ganz Deutschland eine Partei auf seiner Seite, die in kleinern Staaten sogar für deren politische Stellung von entscheidender Bedeutung war. Es war dies diejenige Partei, welche, der Encyklica entsprechend, die Kirche über den Staat stellt, und welche überhaupt nur Eine Kirche anerkennt, die römisch-katholische. Nicht Hinneigung zu Oesterreich um Oesterreichs willen war es, was die Stellung jener Partei entschied, sondern der gemeinsame Gegensatz gegen jede sich von der Kirche emancipirende Staatsgewalt. Gerade in paritätischen Staaten, in Preußen und Baden, hat sich jene Partei am meisten hervorgethan. Wenn dies in Würtemberg und Baiern weniger bemerkbar wurde, so liegt der Grund allein darin, daß die Bevölkerung Oberschwabens und Altbaierns ihrer Regierungen sicher war, und daß dort der Preußenhaß die Bevölkerung so tief durchdrungen hatte, daß es confessioneller Anreizung gar nicht bedurfte.

Trotz des unverkennbaren großen Einflusses, den die zu Oesterreich haltende ultramontane Partei in Deutschland geübt hat, darf dennoch an der Behauptung festgehalten werden, daß der großen ursächlichen Streitfrage, die zum Kriege führte, ein confessioneller Charakter *nicht* beiwohnte. Auf antiösterreichischer Seite stand jener Partei eine das protestantisch-confessionelle Element vertretende nicht gegenüber, im Gegentheil haben die pietistischen Auswüchse des Pro-

testantismus, wie sie in Preußen durch Gerlach und zahlreiche Glieder des Herrenhauses vertreten sind, ihr reiches Contingent zu den Freunden Oesterreichs gestellt. Schon des mangelnden confessionellen Gegensatzes wegen kann die ultramontane Partei Deutschlands, ganz wie die frühere katholische Fraction im preußischen Abgeordnetenhause, ebenso gut als eine politische Partei wie als eine confessionelle gelten. Sie vertritt in dem vielfach variirten Satze, daß die Emancipation des Staats von der Kirche unzulässig ist, jedenfalls gleichmäßig ein politisches wie ein religiöses Princip. Ueberdies trat jede confessionelle Agitation gegen die große Zahl anderer mächtiger Factoren, die auf den großen historischen Proceß von Einfluß waren, viel zu sehr zurück, um ihm einen charakteristischen Stempel aufdrücken zu können. Deutschland darf sich mit gutem Gewissen und zur Ehre unsers Jahrhunderts das Zeugniß geben, daß es keinen Religionskrieg geführt habe, daß die Zeit für einen solchen abgeschlossen hinter ihm liege.

Die eigentlichen, die politischen Elemente der großen Streitfrage sind auf verschiedenen historischen Gebieten zu suchen. Zunächst in der eigenthümlichen Stellung des Verhältnisses, welches Oesterreich Jahrhunderte hindurch zu Deutschland eingenommen hat, dann in der seit den Zeiten Friedrich's II. obwaltenden Rivalität zwischen dem Kaiserstaat und Preußen, und endlich in den innern Verhältnissen des engern Deutschland und in den Beziehungen beider Großmächte zu letzterm.

Oesterreich hat, seitdem das Haus Habsburg im 12. Jahrhundert die bairische Markgrafschaft, die dem Kaiserstaat den Namen gegeben, als eigenes Herzogthum erstand, stets eine Sonderstellung erstrebt. Dem Deutschen Reich gegenüber wollte es weder Lasten noch Pflichten auf sich nehmen, wohl aber beanspruchte es alle Rechte eines Reichslandes. Es stützte sich dabei auf eine erst durch neuere Forschungen als unecht erkannte Urkunde des Kaisers Friedrich Rothbart, die den Herzogen von Oesterreich das Recht der Lehnsherren, also ein wesentliches Kriterium der Souveränetät zusprach, die sie von der Reichsgerichtsbarkeit, den Reichsabgaben und der Pflicht der Heeresfolge eximirte, ohne ihren Anspruch auf Reichsschutz zu beschränken. Die später folgenden Jahrhunderte, während deren die deutsche Kaiserwürde ununterbrochen beim Hause Oesterreich ruhte, haben das Verhältniß der österreichischen Erblande zum Reich nicht enger geknüpft. Oesterreichs Truppen galten nie als Reichstruppen

(der Gegensatz hat sich im Sprachgebrauch bis auf unsere Zeit erhalten); selbst der spätere in Wien tagende Reichshofrath zählte die Erblande des Kaisers nicht zu seinem Amtsbereich. Des Freiherrn von Pufendorf 1667 erschienenes staatsrechtliches Werk „De statu reipublicae germanicae" bezeichnet die damaligen Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland als solche, die nur in der Zufälligkeit der Personalunion wurzeln. Als zur Zeit der ersten Schlesischen Kriege die deutsche Kaiserkrone vorübergehend an Baiern gekommen war, stellte sich die völlige Sonderung Oesterreichs von Deutschland im klarsten Licht dar. Diese privilegirte Stellung Oesterreichs zum Deutschen Reich hat im Lauf der Jahrhunderte wiederholte Bestätigung erhalten. Unter Karl V. war es sogar nahe daran, daß die deutschen Erblande als ein selbständiges Königreich vom Reich gänzlich abgetrennt worden wären.

Die natürliche Folge der politischen Exemtion Oesterreichs war die völlige Gleichgültigkeit der Kaiser gegen die Geschicke Deutschlands. Die Reichskrone hatte nur einen Werth wegen des höchsten Ranges, den sie unter den Souveränen der Erde verlieh, und wegen des Einflusses, der mittels derselben auf die schwächern, namentlich die geistlichen Fürsten und Herren geübt werden konnte. Im übrigen hatten die Kaiser nur Sinn für ihre Hausmacht, deren Interessen keineswegs auf nationalem Boden wurzelten. Darum war es möglich, daß unter diesen „Mehrern des Reichs" nicht nur Elsaß und Strasburg durch Gewalt und politische Intriguen, sondern Lothringen sogar im Wege des Tausches gegen Toscana für Deutschland verloren gehen konnte. Eine nicht minder schwere Folge der Exemtion war die vollständige Scheidung der deutsch-österreichischen Lande vom übrigen Deutschland in Bezug auf sociales, geistiges und bürgerliches Leben. Diese Scheidewand, welche die Jahrhunderte errichtet haben, ist auch heute noch nicht gefallen.

Ein Vergleich der Stellung Oesterreichs im Deutschen Bunde mit seiner frühern zum Deutschen Reich weist Analogien auf, die Preußens spätere Forderung des Ausscheidens Oesterreichs aus Deutschland durchaus rechtfertigen. Auch dem Bunde gegenüber hatte Oesterreich nur Rechte, da es die einzig wesentliche aller Pflichten, die der Heeresfolge, zu erfüllen außer Stande war. Es ließ sich kaum eine Complication in Europa denken, bei der Oesterreich in der Lage gewesen wäre, sein Contingent dem Bunde zu stellen. Immer hätte es seiner gesammten Wehrkraft zum Schutz seiner nichtdeutschen Kronlande be-

durft. Die Pflicht, seine Bundescorps für Deutschland verfügbar zu erhalten, wenn es in Italien oder Ungarn beschäftigt war, hat es auch nie anerkannt, dagegen hat es keinen Anstand genommen, sogar Bundeshülfe in Anspruch zu nehmen, wenn es außerhalb Deutschlands engagirt war. Auch die sociale Sonderstellung Oesterreichs hat bis in die neueste Zeit ihre Wirkung auf Deutschland geübt. Die freie deutsche Wissenschaft hat, wie noch die heutigen Zustände der Universität Wien zeigen, Oesterreich nie als ein ihr vollständig erschlossenes Gebiet betrachten können, während es ihr im übrigen Deutschland trotz mancher Hindernisse gelungen ist, alle Schranken zu ebnen und eine geistige Gemeinschaft zu gründen, die eine der werthvollsten Bürgschaften für eine künftige volle politische Einigung gewährt. Das volkswirthschaftliche Leben Oesterreichs ist in gleicher Weise noch heute von dem des übrigen Deutschland geschieden. Die Differenzen sind auf diesem Gebiet so groß, daß Oesterreich auch beim besten Willen noch auf ein halbes Jahrhundert hinaus eine Sonderstellung hätte beanspruchen müssen, bei der eine der wesentlichsten Bedingungen bundesstaatlicher Einigung unerfüllt geblieben wäre.

Diese, zum Theil in weit hinter uns liegende Zeiten zurückreichenden Verhältnisse haben also unstreitig auf die Entstehung des Antagonismus ursächlich mitgewirkt. Die große Streitfrage selbst aber datirt in Wirklichkeit nicht hinter die Tage Friedrich's des Großen und der nicht minder großen Maria Theresia zurück. Daß der aus kleinen Anfängen emporgewachsene deutsche Kleinstaat es wagte und vermochte, Oesterreich eine seiner reichsten und für seine Stellung in Deutschland wichtigsten Provinzen zu entreißen, hat im Kaiserstaat einen Keim der Erbitterung erzeugt, den das darauffolgende Jahrhundert nicht zu tilgen vermocht hat. Den Kriegsruhm Friedrich's hat Oesterreich in der Folge nicht streitig zu machen vermocht, aber bis in die jüngste Zeit hat es nicht nachgelassen, das Werk der Eroberung Schlesiens von anderer Seite herabzuziehen. So erschien erst nach Lösung der letzten preußisch-österreichischen Allianz ein nur mit Beihülfe der Cabinete Oesterreichs und Sachsens zu Stande gekommenes Werk*), das lediglich darauf berechnet war, Friedrich II. jeder Rechtfertigung für seinen Einfall in Sachsen zu entkleiden und

*) Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets. Ende 1745 bis Ende 1756. Archivarische Vorstudien für die Geschichte des Siebenjährigen Kriegs. (2 Bde., Stuttgart, Cotta, 1866.)

den alten Haß und Groll Oesterreichs neu zu entflammen. Daß Friedrich II. es war, der zuerst die wuchtige Axt an jenes alte Heilige Römische Reich legte und es so zurichtete, daß es beim nächsten Sturmwind zusammenbrechen mußte, hat man ihm in Oesterreich weit leichter verziehen, als daß er aus Preußen einen Staat schuf, den Europa in die Reihe der Großmächte aufnahm und der namentlich in Deutschland Oesterreich mit dem Anspruch auf Ebenbürtigkeit zur Seite trat. Der sich von ihm her datirende Dualismus war ein stets schmerzender Dorn in Oesterreichs Auge. Schon von Friedrich's Tagen ab war für Oesterreich und Preußen in Deutschland nicht mehr ausreichender Raum.

Gegen den Schluß des 18. Jahrhunderts trat durch den gemeinsamen Krieg gegen die französische Republik eine kurze Verständigung ein, die allerdings nur durch die gemeinsame Sünde gegen Polen möglich geworden war. Die Cabinetspolitik hat keine sittlichen Grundlagen, sie kennt keine Consequenzen. Während der Kämpfe gegen Frankreich behauptete sich Oesterreich lange im moralischen Vortheil gegen Preußen. Oesterreichs Ausdauer, sein stets wiederholter Appell an die Waffen, stand bei allem Unglück in glänzendem Licht gegen den Separatfrieden von Basel, die elende Haltung Preußens im Jahre 1805 und die Schmach von Jena. Dies berechtigte Oesterreich zu einem Gefühl des sittlichen Uebergewichts. Bald aber trat ein Umschwung ein. Preußen lenkte während der ihm beschiedenen Prüfungszeit in große freisinnige Bahnen, auf denen ihm Oesterreich nicht zu folgen vermochte. Die dann folgenden Jahre von 1813—15 waren durchaus dazu angethan, Preußen abermals den ersten Platz in Deutschland zu erobern. Diesmal indeß führte die Rivalität nicht zum Bruch, sondern zu einem Compromiß, bei dem Oesterreich den Löwenantheil davontrug. Friedrich Wilhelm III., der sich nur zaghaft von der glorreichen Erhebung der Nation hatte fortreißen lassen, begann vor dem eigenen Volk zu zittern und suchte Schutz im Sklavenjoch Metternich'scher Cabinetspolitik. Damit war der Friede mit Oesterreich auf ein Menschenalter hergestellt.

Aber es war nur ein Friede der Cabinete. Als das Jahr 1848 die Geister entfesselte, loderte in Preußens Volk neben dem stets im Herzen getragenen deutschen Nationalgefühl plötzlich auch das Gefühl der Ebenbürtigkeit mit Oesterreich mächtig auf.

Je lauter sich dasselbe kundgab, um so schroffer begegneten ihm Oesterreich und seine Freunde mit dem Grimm gekränkten Stolzes.

Die alten Kaisertraditionen erwachten wieder, und das Streben aller deutschen Politik Oesterreichs war fortan auf das Eine Ziel gerichtet: jeder Machterweiterung Preußens Einhalt zu thun und zu diesem Zweck die Fessel, die der nur auf dynastischen Principien beruhende Deutsche Bund Preußen auferlegte, wiederherzustellen und zu conserviren.

Oesterreich erreichte durch die Unterwerfung Preußens in Olmütz dieses Ziel so vollständig als möglich. Die ganze Bewegung von 1848, die Preußen das Anerbieten der Kaiserkrone über das von Oesterreich getrennte Deutschland eingetragen hatte, war resultatlos, der Deutsche Bund wurde vollständig reactivirt. Aber das preußische Volk und die Liberalen Deutschlands, deren Vertreter in Frankfurt die Parole „Los von Oesterreich" ausgegeben hatten, vergaßen dieses Losungswort ebenso wenig, als es die gut Kaiserlichen vergaßen, daß man die Krone Deutschlands einem Hohenzoller angeboten hatte, und daß der preußenfreundliche Liberalismus einst mit den um ihre nationale Freiheit ringenden Ungarn und Italienern sympathisirt hatte.

Eine sehr natürliche politische Apathie ließ die gewaltigen Gegensätze zwischen Preußen und Oesterreich ein Jahrzehnt in den Hintergrund treten. Preußens damaliger König entsagte nach dem Scheitern der seiner Natur stets widerstrebenden großen Bewegung allen reformatorischen Ideen. Der hohe Schwung seines Geistes war gelähmt, er begnügte sich mit der bescheidenen Stellung neben oder vielmehr hinter Oesterreich. Ein Ministerium von mattherzigen Bureaukraten verstand es, jede nationale Regung zu dämpfen, und erst der Thronwechsel machte diesem Zustande ein Ende. Mit dem Regierungsantritt Wilhelm's I. (1858) kam die große Frage wieder in Fluß, fiel aber jetzt auch sofort wieder mit der deutschen Bewegung zusammen.

Kaum hatte König Wilhelm sein liberales Programm publicirt und mit dem sogenannten Ministerium der „neuen Aera" den Weg der moralischen Eroberungen in Deutschland betreten, als das Verhältniß zu Oesterreich durch den Krieg von 1859 in Italien auf eine harte Probe gestellt wurde. Preußen wollte kein deutsches Blut für österreichische Hausinteressen einsetzen, aber es rüstete und war bereit, gegen Frankreich loszuschlagen, sobald ein deutsches Interesse in Gefahr gerieth. Nach damaligen Anschauungen war es zweifellos, daß man diesen Moment schon für gekommen erachtet hätte, sobald das Festungsviereck am Mincio und der Etsch Gegenstand des Angriffs geworden wäre. Oesterreich aber, in zwei großen Schlachten besiegt,

[illegible] den Ruhm nicht, als Vorkämpfer für Deutschland [illegible], und am wenigsten wollte es seine eigene Rettung Preußen [illegible]; darum nahm es das Friedensanerbieten Napoleon's, der [illegible] gegen Oesterreich und Deutschland zu kämpfen, wie er [illegible] gestanden, sich nicht stark genug fühlte, in dem Augenblick an, [illegible] dem die Rettung durch Preußen gewiß war. Der Frankenkaiser ließ sein Wort „Frei bis zur Adria“ ungelöst, Oesterreich aber gab die Lombardei, um die es so viel Blut nutzlos vergossen, preis, und sein Kaiser hatte die Genugthuung, in dem Manifest von Laxenburg Preußen statt mit Dank mit Schmähworten überhäufen zu können. Damit brach die alte Wunde aufs neue auf, um sich nie wieder vollständig zu schließen.

Die innern Verhältnisse des engern Deutschland, wie sich dies seit 1815 gestaltet hatte, waren, solange Preußen in die Ketten der Heiligen Allianz geschmiedet blieb, für den Antagonismus zwischen beiden Staaten ohne Belang. Oesterreich besorgte die Geschäfte des Zurückdrängens jeder freisinnigen Richtung auf eigene Hand, und Preußen stimmte bereitwillig zu. Dieses war zufrieden, wenn nur der Schein des Dualismus gewahrt blieb. Erst das Jahr 1848 änderte dies Verhältniß. Selbst nachdem Preußen sich in Olmütz vollständig unterworfen hatte, blieb der Sitz der Bundesversammlung der Ort dauernder Friction zwischen beiden Großmächten. Der Widerstand, den Preußen bei allen Verbesserungsvorschlägen namentlich im Bereich der Wehrverfassung fand, wurzelte gleichmäßig in der Tendenz Oesterreichs, Preußen nicht zur Gleichberechtigung, geschweige denn zu einer Präponderanz gelangen zu lassen, wie in der Eifersucht, mit welcher die kleinen Dynasten über den Vollbesitz ihrer Souveränetät wachten. Seitdem einmal von der Kaiserkrone und bald darauf von einem engern Bunde unter preußischer Führung die Rede gewesen, war Oesterreich des dynastischen Elements fast in ganz Deutschland gewiß.

Den Feind, den Preußen damit erworben hatte, wog kein Freund im liberalen Lager auf. Preußen hatte die nationale Sache in Olmütz preisgegeben, das Vertrauen der großen Partei des Centrums, die in Frankfurt den einzig praktischen Gedanken einer Trennung von Oesterreich vertreten hatte, war dadurch wenigstens erschüttert. Mit der vorgerückten Demokratie aber hatte es durch sein Vorgehen in Sachsen und Baden vollständig gebrochen. Erst nachdem Wilhelm I. das Wort ausgesprochen hatte, Preußen müsse in Deutschland moralische Erobe-

rungen machen, stellten sich die liberalen Elemente im engern Deutschland wieder auf Preußens Seite. Oesterreich und die kleinen Dynasten aber wurden dadurch nur mit neuem Mistrauen erfüllt. Was konnte das schönklingende Wort denn auch anders bedeuten, als endlich durch moralischen, wenn nicht revolutionären Druck der Bevölkerungen das erlangen wollen, was man im Wege der Unterhandlungen mit den Souveränen zu erlangen verzweifelte?

Von dieser Zeit ab (November 1858) stand die deutsche Frage wieder bedeutungsvoll zwischen Preußen und Oesterreich. Leider war das liberale Ministerium, mit dem sich der neue Regent umgab, kein Ministerium energischer That. Der gute Wille genügte nicht. Die liberale Regierung ging zu Ende, und nichts war erreicht. Im Jahre 1862 wechselte der König sein System. In dem Minister von **Bismarck** trat ein Mann an die Spitze der Geschäfte, in dem der Gedanke zur Reife gelangt war, der unfertigen Stellung Preußens in Deutschland ein Ende zu machen und die große, Oesterreich und den Particularisten gegenüber schwebende Streitfrage zum Austrag zu bringen.

Die Möglichkeit, dies durchzuführen, stützte Bismarck auf seine richtige Erkenntniß des in der öffentlichen Meinung Preußens wie Deutschlands vorwaltenden Dranges nach einer erhöhten nationalen Machtstellung in der Reihe der europäischen Staaten. Daß die Nation selbst einen Stillstand, sogar einen Rückschritt im Ausbau ihrer Verfassungszustände dabei in den Kauf nehmen würde, dafür gab ihm die allgemeine Anerkennung, welche man Napoleon III. in Deutschland zutheil werden ließ, einen untrüglichen Beweis. Während seines Aufenthalts als preußischer Gesandter an den Höfen von Paris und Petersburg hatte Bismarck Gelegenheit gefunden, sich mit den eine kräftige äußere Politik so sehr erleichternden autokratischen Regierungsmaximen vertraut zu machen. Als Bundestagsgesandter in Frankfurt hatte er ferner Gelegenheit gefunden, den Bund und seine Glieder zu studiren und daraus Resultate für eintretende Fälle zu ziehen. Als er an die Spitze des preußischen Ministeriums berufen wurde, resignirte ein großer Theil preußischer Patrioten auf die Hoffnung, den zur Zeit schwebenden innern Conflict zum verfassungsmäßigen Austrag gelangen zu sehen; dagegen fand sein Programm für die äußere Politik, worin nicht, wie bis dahin, von „moralischen Eroberungen“, sondern von „Blut und Eisen“ die Rede war, sowol auf conservativer Seite, als namentlich auch bei den Männern der äußersten

Linken, welche die Lösung der schwebenden innern Fragen lieber vertagt als durch eine ihren radicalen Anschauungen wenig entsprechende Vermittelung herbeigeführt wissen wollten, entschiedene Billigung. Aber nur die äußersten Parteien setzten in die Person Bismarck's ihr Vertrauen. Die große liberale Mitte Preußens und fast das ganze übrige Deutschland sahen in seiner Berufung nur einen neuen Sieg der Reaction. Dennoch folgte ihm der laute Beifall fast aller Parteien in Preußen, als er den im August 1863 auf dem frankfurter Fürstencongreß vom Kaiser Franz Joseph verkündeten Plan zu einer Reconstruction Deutschlands auf föderalistisch-dynastischer Grundlage zu Fall brachte. Sein bald darauf vorgelegtes Gegenproject zeigte, daß er selbst vor großen Concessionen an das demokratische Princip nicht zurückschrecke, um Preußen an die Spitze eines einheitlichen Bundesstaats zu bringen.

Für eine Politik, die sich zu Blut und Eisen bekannte, die den Krieg als das letzte und einzige Mittel erachtete, Preußen dem ihm in Deutschland vorgezeichneten Ziel entgegenzuführen, ergab sich von selbst die Aufgabe, die fundamentale, Oesterreich gegenüber schwebende Streitfrage auf einem geeigneten Gebiet zur speciellen zu gestalten. Heute ist der Grundzug dieser Politik klar zu Tage getreten, und die scheinbaren Inconsequenzen, die sich eine Reihe von Jahren hindurch in Bismarck's Haltung bemerkbar machten, gleichen nur noch dem Staubwirbel vor dem nachfolgenden Gewitter.

Es bedurfte einer vollen Umgestaltung der gesammten Verhältnisse Deutschlands zu dem übrigen Europa, um den kriegerischen Austrag möglich zu machen. Der schleswig-holsteinische Krieg von 1864 und die Hand in Hand mit ihm gehende, ausschließlich aus Bismarck'scher Initiative hervorgehende äußere Politik mußte Europa erst mit dem Gedanken versöhnen, daß auch deutsche Mächte an ihr Schwert appelliren durften und nicht ewig in allen großen Fragen dem Willen des Auslandes unterworfen blieben.

Nicht in der an und für sich hochwichtigen Befreiung der Herzogthümer von der dänischen Herrschaft ist die hervorragendste Bedeutung des deutsch-dänischen Kriegs von 1864 zu suchen, noch weniger in den Dimensionen des Kampfes, sondern darin, daß dieser Krieg als ein Wendepunkt in den Verhältnissen Centraleuropas betrachtet werden muß. Er hat unzweifelhaft dargethan, daß Deutschland und

namentlich der sich an dessen Spitze drängende junge Großstaat Preußen sich fürder nicht mehr mit derjenigen Rolle begnügen werde, auf die er ein halbes Jahrhundert hindurch seinen mächtigen thatkräftigen Nachbarn gegenüber angewiesen war. Kein Staat Europas hat das erdrückende Bleigewicht der Verträge von 1815 und die Wirkungen des aus ihnen erwachsenen politischen Systems in gleicher Weise fühlen müssen wie Preußen. Selbst während der Sturm- und Drangperiode von 1848 und 49 reichten die zeitweise Beseitigung der Bundesinstitutionen, die Neutralisirung der Kraft Oesterreichs durch Ungarn und Italien und die revolutionären Zustände in Frankreich nicht aus, Preußen in den Stand zu setzen, auch nur dem kleinen Dänemark gegenüber gutes deutsches Recht mit dem Schwert zur Geltung zu bringen. Nicht das rasche Erlöschen der Sympathien für die Sache Schleswig-Holsteins in der Brust Friedrich Wilhelm's IV. war die Veranlassung jener traurigen Kriegführung, die 1848 nach der Erstürmung der Danevirke begann, jenes Waffenstillstandes von Malmö, jenes Scheinkriegs von 1849 mit dem Berliner Frieden und endlich jener schmachvollen Auslieferung der Herzogthümer infolge der politischen Niederlage von Olmütz, sondern die bei allen Mächten Europas vorwaltende Tendenz, Preußen und mit ihm Deutschland das Recht zu verschränken, an seine Macht und an die Waffen zu appelliren. England und Rußland, das schwache Schweden und selbst das republikanische Frankreich wirkten zu diesem Zweck einmüthig zusammen.

Als im Herbst 1863 die schleswig-holsteinische Frage, die schon seit einigen Jahren wieder von sich reden gemacht hatte, durch den Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark*) und die gleichzeitig

*) Mit dem Tode Friedrich's VII. erlosch der Mannsstamm der den dänischen Thron innehabenden königlichen Linie des Hauses Holstein. In den Herzogthümern war nur der Mannsstamm erbberechtigt, während im eigentlichen Dänemark auch die weibliche Linie das Recht der Nachfolge hatte. Der damalige König wandte sich deshalb zunächst an den gleichfalls dem Hause Oldenburg entsprossenen Kaiser von Rußland und einigte sich mit diesem dahin, daß unter Ausschluß der in den Herzogthümern als erbberechtigt betrachteten augustenburgischen Linie der Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg zum Thronfolger in der gesammten dänischen Monarchie bezeichnet werde. Diese in dem Warschauer Protokoll niedergelegte Vereinbarung wurde auf einer internationalen Conferenz acceptirt und in dem Londoner Tractat vom 8. Mai 1852, dem alle europäischen Großmächte beigetreten waren, endgültig festgestellt. Ueber die

erfolgende vertragswidrige Incorporirung von Schleswig plötzlich in den Vordergrund trat, war für Preußen der Moment durchaus dazu angethan, in eine kriegerische Politik einzulenken. Das gewaltige Bündniß der beiden Westmächte Europas war durch die Haltung Englands in der mexicanischen, italienischen und polnischen Frage schon bedeutend gelockert worden, erlitt aber gerade im Moment der Krisis dadurch den entscheidenden Stoß, daß es das britische Cabinet war, welches den so pomphaft angekündigten Congreßplan, mittels dessen sich Napoleon das Schiedsrichteramt in Europa zu vindiciren gedachte, so entschieden Fiasco machen ließ. Der militärische Ruhmdurst Frankreichs war durch die noch frischen Lorbern des italienischen Kriegs und die trügerischen Triumphe in Mexico vorläufig befriedigt; selbst in seiner Armee gab sich der Wunsch nach Frieden kund. Rußland, ehedem der mächtigste Hort dänischer Prätensionen, war von seinem innern Reformwerk vollständig in Anspruch genommen. Die im vorangegangenen Winter begonnene neue Erhebung der Polen hatte außerdem Anlaß gegeben, den Zaren dem Kaiser Napoleon zu entfremden, ihn aber Preußen zu besonderm Dank zu verpflichten.

---

rechtliche Gültigkeit dieses Tractats ist ebenso viel gestritten worden wie über die Frage, ob die Verzichtleistung, auf welche der Herzog Christian von Augustenburg in seinen Verhandlungen mit Dänemark gegen Zahlung einer Summe von 3 Mill. Thlrn. eingegangen war, für seine Nachkommen verbindlich sei. Ihre Erörterung liegt außer dem Bereich dieser Darstellung. Der Londoner Tractat regulirte übrigens nicht nur die Erbfolge, er beschäftigte sich auch mit den politischen Rechten der Herzogthümer. So gering auch das ihnen darin zugemessene Maß von Rechten war, immerhin verlieh es ihrer Nationalität und administrativen Selbständigkeit einigen Schutz.

Der Deutsche Bund hat den Londoner Vertrag, also namentlich auch dessen Feststellungen über die Erbfolge, nie anerkannt, dagegen hat er den ihm vorausgegangenen Vereinbarungen über die anderweiten Punkte dieses Vertrags, welche unter dem 28. Jan. 1852 zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und Dänemark andererseits zum Abschluß gelangten, am 29. Juli desselben Jahres ausdrücklich seine Zustimmung ertheilt. Dieselben verpflichteten Dänemark, Schleswig nicht zu incorporiren, dieses Land vielmehr in Rücksicht auf seine rechtlich und historisch begründete Zusammengehörigkeit mit Holstein nur in derselben staatlichen Beziehung zur dänischen Monarchie zu erhalten wie Holstein. Beide Herzogthümer sollten, unbeschadet der Beziehungen Holsteins zum Bunde, wie das eigentliche Dänemark gleichberechtigte Glieder eines Ganzen bilden, von denen also kein Theil dem andern untergeordnet sei. Diesen Verpflichtungen ist Dänemark nach allen Richtungen hin untreu geworden.

Warum Preußens leitender Staatsmann, statt seine Bundesgenossen im engern Deutschland zu suchen, im Bunde mit Oesterreich gegen Dänemark einschritt, war zur Zeit der Welt ein Räthsel, dessen Lösung man vorwiegend darin suchen zu müssen glaubte, daß der Kaiserstaat es aus natürlicher Eifersucht nie zugegeben haben würde, wenn sich Preußen durch selbständiges Vorgehen in Schleswig zum Vorkämpfer für Deutschland aufgeworfen hätte. Auch heute noch hat diese Anschauung volle Berechtigung. Das Bündniß mit Oesterreich ist indeß auch im Hinblick auf die Erfahrungen von 1848—50 vollständig zu erklären. Sollte einmal wieder Preußens Schwert in einer deutschen Angelegenheit eine Entscheidung geben, so war es unbedingt wichtig, Oesterreich fürs erste nicht in der Reihe der politischen Gegner zu wissen.

Der Verlauf des Kriegs von 1864 hat gezeigt, wie schwer es selbst der vereinigten Macht beider Großstaaten war, der Pression des Auslandes nicht zu erliegen. Der maßlose Hohn, mit welchem das kleine Dänemark sich dem deutschen Riesen gegenüber seit einem halben Menschenalter geberdet hatte, fußte allein auf der Annahme, daß Deutschland in eigenen Angelegenheiten nicht Krieg führen dürfe. Hätte diese Annahme keine Berechtigung gehabt, so wäre Deutschland nie in die Lage gekommen, dem winzigen Feinde gegenüber Krieg führen zu müssen.

So durften es denn auch wirklich die beiden alliirten Großmächte lange Zeit hindurch nicht wagen, ihrer Action gegen Dänemark den Namen „Krieg" beizulegen. Kaum waren ihre Truppen den aus den Danevirken fechtend zurückgehenden Dänen bis zur Grenze Jütlands gefolgt, als von England der Ruf erschallte: Bis hierher und nicht weiter! Ein Executionsverfahren innerhalb der Grenzen der Herzogthümer war das Höchste, was England den deutschen Mächten gestatten wollte, keineswegs aber, Krieg im eigentlichen Sinne des Worts zu führen und eine Siegesfrucht heimzutragen.

Von der Mitte des Februar bis in den März hinein brachte die Diplomatie die Operationen vollständig ins Stocken. Oesterreich, dessen Truppen bis dahin fast ausschließlich ins Feuer gekommen waren und Erfolge davon getragen hatten, theilte keineswegs Preußens Interesse an einer energischen Action und zwang dazu, der Intervention Englands, das um jeden Preis eine Conferenz wollte, Beachtung zu schenken. Als endlich Bismarck, auf die Halsstarrigkeit Dänemarks vertrauend, eine „Conferenz ohne Basis und ohne Einstellung der

Feindseligkeiten" acceptirt hatte, war es ermöglicht, in Jütland einzurücken, um ein „Aequivalent für Düppel und Alsen" zu gewinnen. Das Wort „Krieg" durfte noch immer officiell nicht ausgesprochen werden; erst als die Preußen am 18. April die düppeler Schanzen erstürmt hatten, gewann es Bürgerrecht.

Jetzt endlich nahm das Cabinet von Kopenhagen die Conferenzvorschläge an. Abermals stockte die kriegerische Action. Gestützt auf die glänzende Bewährung der Waffen und die sich im deutschen Volk kundgebende nationale Bewegung, gelang es dem preußischen Staatsmann an der Hand Oesterreichs auf der nunmehr in London zusammentretenden Conferenz den Dingen eine solche Wendung zu geben, daß endlich das Schwert frei walten durfte. Frankreich überzeugte sich, daß es wohlgethan sei, um Dänemarks willen nicht einen Krieg zu beginnen, in dem ihm der vereinten Macht Deutschlands gegenüber kein Bundesgenosse sicher war. England nahm die Halsstarrigkeit Dänemarks zum Vorwand, seinen Schützling, für den es anderthalb Jahrzehnte lang großsprecherisch eingetreten war, vollständig preiszugeben.

Kaum waren die Conferenzen geschlossen, als die meerumschlungene Insel Alsen, der letzte Besitz Dänemarks auf streitigem Boden, durch eine Musterleistung preußischer Kriegführung erobert wurde und Christian IX. sich für besiegt erklärte. Im Frieden von Wien trat er die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an die Collectivfirma der beiden deutschen Großmächte ab. Keine der europäischen Mächte erhob Einsprache gegen diesen ohne ihre Mitwirkung abgeschlossenen Frieden.

Die damit vollzogene Wandlung der Dinge kam fast ausschließlich Preußen zugute. Oesterreich hatte den Bann, der auf Deutschland lastete, nie gefühlt. Durch seine außerdeutschen Angelegenheiten hatte es stets die Rolle einer selbständigen Großmacht gespielt; die Unselbständigkeit Deutschlands entsprach sogar seinen Wünschen. Mit der gewonnenen Armfreiheit trat jetzt Preußen wieder vollbürtig in die Reihe der Großmächte ein. Es durfte den Krieg wieder als die ultima ratio der Politik betrachten, ohne sich jeden Augenblick einer Coalition gegenüberzusehen. Auch Preußen und Deutschland gegenüber hatte der Satz wieder Geltung, daß der Staat seinem ganzen Wesen nach keine höhere Macht über sich anzuerkennen vermag, daß er die letzte Entscheidung in sich selbst trägt, daß die Verhältnisse der Staatenindividuen unter keinem Gesetz, unter keinem Recht als dem der allgemeinen Gesittung stehen.

2) Die auseinander gehenden Ziele Preußens und Oesterreichs nach der Losreißung der Elbherzogthümer von Dänemark. Bismarck's politischer Feldzug gegen den Bund während und unmittelbar nach dem deutsch-dänischen Kriege. Oesterreichs Lossagung von den Wegen der preußischen Politik. Das Ersterben der großmächtlichen Allianz. Die Krisis im Sommer 1865. Das Compromiß von Gastein.

Mit der Losreißung der Herzogthümer von Dänemark war das höchste positive Resultat erreicht, welches die beiden Großmächte gemeinsam anzustreben vermochten. Nur auf internationalem Gebiet war ein Zusammengehen Preußens und Oesterreichs möglich. Nachdem aber die schleswig-holsteinische Angelegenheit durch den Frieden von Wien diesem Gebiet vorläufig entrückt und zur rein deutschen Frage gestaltet war, mußte der Antagonismus Preußens und Oesterreichs sofort zur Geltung kommen. Die Allianz mußte zerfallen. Hatte doch Oesterreich sich namentlich deshalb Preußen zugesellt, um diesem die Erreichung derjenigen Ziele zu verwehren, die ihm im deutschen Norden so unverkennbar vorgezeichnet waren. Und mußte andererseits Preußen, nachdem der kriegerische wie der diplomatische Erfolg sein Ansehen in Europa so bedeutend gehoben hatte, nachdem seine Hoffnung, in den Herzogthümern alles zu gewinnen, dessen es zu einer großartigen maritimen Entfaltung, zur Erlangung einer Weltstellung bedurfte, der Verwirklichung plötzlich so nahe gerückt war, jetzt nicht alles aufbieten, die Gunst des Augenblicks festzuhalten? Rußland hatte durch seine während des Kriegs beobachtete Zurückhaltung seinen Traditionen von einer Hegemonie in der Ostsee entsagt, England mit der Preisgebung Dänemarks die Möglichkeit eröffnet, die Dardanellen des Sund durch einen für den Seeverkehr geeigneten Kanal aller Bedeutung zu berauben und Deutschland eine maritime Position zu schaffen, von welcher aus eine und dieselbe Flotte im Baltischen wie im Deutschen Meer auftreten, also unter Umständen zwei gleich starken Gegnern die Spitze bieten konnte.

Daß alle diese Hoffnungen für Preußen wie für Deutschland illusorisch werden mußten, sofern aus Schleswig-Holstein ein souveräner Bundesstaat wurde, konnte nur ein unklarer Idealismus verkennen. Die Geschichte des Deutschen Bundes seit 1850 und der Verhandlungen Preußens mit den Nordseestaaten redete wahrlich laut genug. Hatte doch Preußen, nachdem es von Oldenburg ein kleines Stück Küstenland zur Anlage eines Nordseehafens um schweres Geld

erkauft, von Hannover nicht einmal die Einwilligung zu der nothwendigen Eisenbahnverbindung erlangen können. Nach all diesen Erfahrungen mußte sich, selbst wenn Preußen jeden staatlichen Egoismus und seine ein stetes Wachsen der Monarchie aufweisende Geschichte hätte verleugnen wollen, der Gedanke an die Einverleibung der Herzogthümer in den Staat der Hohenzollern sofort aufdrängen.

Wollte Oesterreich den dahin gerichteten Bestrebungen nicht nur durch ein rein negatives Verhalten, sondern durch positive Mittel entgegenwirken, so mußte sich ihm die Schöpfung eines mit möglichster Vollsouveränetät ausgestatteten Bundesstaats als das geeignetste Mittel empfehlen. Diese zu erreichen aber bedurfte es eines gänzlichen Bruchs mit derjenigen Politik, zu welcher sich Oesterreich seit Eintritt der Krisis in den Herzogthümern von Preußen hatte fortreißen lassen.

Als jene Krisis im Spätherbst 1863 eintrat, waltete in der Gesammtheit der deutschen Nation die Ansicht vor, daß die Herzogthümer am sichersten für Deutschland zu gewinnen seien, wenn die Thronfolgeansprüche des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg sofort anerkannt und geltend gemacht würden. Da die Majorität der Bundesstaaten diese Ansicht adoptirte, wollte sie bei der Präcisirung des casus belli die streitige Erbfolgefrage in den Vordergrund gestellt sehen. Preußen und Oesterreich dagegen erklärten sich durch die im Jahre 1852 abgeschlossene internationale Vereinbarung, das sogenannte Londoner Protokoll, welches die Erbfolge zu Gunsten Christian's IX. regelte, vorläufig noch gebunden. Sie nahmen deshalb die vertragswidrige Einverleibung Schleswigs in die dänische Monarchie zum Ausgangspunkt ihres Vorgehens gegen Dänemark. Die gänzliche Lossagung vom Londoner Protokoll, das infolge des Vertragsbruchs von dänischer Seite freilich von vornherein hätte als hinfällig bezeichnet werden können, blieb dabei, wie sich später auch thatsächlich erwies, im Laufe der kriegerischen Action immer noch möglich, die Erbfolgefrage aber eine offene. Wenn Preußen schon zu jener Zeit Annexionsideen vorgeschwebt haben, so würde sich daraus für seine Allianz mit Oesterreich und die Kriegführung außerhalb des Bundes ein weiteres Erklärungsmoment ergeben. Zumeist bestimmend war aber jedenfalls die höhere politische Rücksicht, daß der eingeschlagene Weg die größten Chancen bot, eine Entscheidung durch die Waffen zu ermöglichen, ohne ganz Europa in die Schranken zu rufen.

Die Divergenz in der politischen Anschauung zwischen den Groß-

mächten und der Bundesmajorität hatte die vorläufige Lossagung Preußens und Oesterreichs vom Bunde zur Folge; die schleswig-holsteinische Frage war demselben thatsächlich aus der Hand gewunden. So sehr dies den Interessen Preußens entsprach, ebenso unvereinbar war die daraus erwachsende Beraubung des Bundes an Ansehen und Einfluß mit der traditionellen Politik Oesterreichs. In den auf dem dynastischen und föderalistischen Princip fußenden Bundesinstitutionen, die nicht mit Unrecht eine Assecuranz des Particularismus genannt wurden, wurzelte Oesterreichs Machtstellung in Deutschland, in ihnen lag das einzige Mittel, Preußen hintanzuhalten.

Preußens leitender Staatsmann nutzte die Zeit, während deren Oesterreich an seiner Seite ging, mit Energie und Consequenz zu einem Feldzuge gegen den Bund und die Particularsouveränetäten. Alle Versuche der Mittelstaaten, die Erbrechte des Augustenburgers zur Geltung zu bringen, wurden in Frankfurt zu Fall gebracht oder unwirksam gemacht. Der infolge eines dem Kriege unmittelbar vorangegangenen Executionsverfahrens in Holstein etablirten Bundesgewalt wurde bei allen eintretenden Differenzen, deren es bei der kleinlichen Eifersucht der Mittelstaaten mehr denn genug gab, einfach Acte der Gewalt entgegengestellt; endlich wurden aus geringfügigem Anlaß die Bundestruppen sogar aus der Festung Rendsburg verdrängt.

Mit jedem Tage mußte es Oesterreich schwerer werden, Preußen auf diesen Wegen zu folgen. Daß das wiener Cabinet dennoch über die Dauer des Kriegs hinaus mit dem preußischen Hand in Hand ging, hatte einestheils seinen Grund in gewissen an die Heilige Allianz erinnernden Tendenzen, die im Sommer 1864 vorübergehend auftauchten, anderntheils und wol hauptsächlich darin, daß Oesterreich zur Zeit auf andern Gebieten Dienste und Zugeständnisse von Preußen erwartete. Schon seit dem Frühling schwebten wichtige Verhandlungen zwischen dem Kaiser Napoleon und dem König Victor Emanuel, deren Ergebniß in der sogenannten Septemberconvention ans Licht trat. Je entschiedener diese Convention dem Königreich Italien den Weg nach Rom verlegte, um so lebhafter regte sie dessen Verlangen an, in den Besitz Venetiens zu kommen. Es war, obgleich kein Wort von Venetien in der Convention stand, offenbar, daß Victor Emanuel fortan der moralischen Unterstützung Napoleon's gewiß sein durfte, wenn er Venetien als ein Aequivalent für das von den Kammern schon als die Hauptstadt Italiens erklärte Rom erstrebte. Oesterreich sah neue Gefahren für seinen transalpinischen Besitz herannahen und

wünschte denselben an Preußens Seite entgegenzutreten. Bestimmender noch, weil unmittelbarer wirkend, war der Umstand, daß Preußen in der Lage war, Oesterreich in der zur Zeit schwebenden Krisis des Zollvereins, dessen Vertragsdauer mit dem 1. October zu Ende ging, wesentliche Zugeständnisse zu machen.

Zur Zeit des Abschlusses des Wiener Friedens hatten sich die an letztern Umstand geknüpften Hoffnungen bereits als eitel erwiesen. Preußen hatte denjenigen Mittelstaaten gegenüber, deren Regierungen bereit waren, die materiellen Interessen ihrer Völker aufs Spiel zu setzen, um nur die Wiederanlehnung an Oesterreich zu gewinnen, einen glänzenden Sieg erfochten. Oesterreich war mit einem magern Handelsvertrag abgefunden worden. Auch die Befürchtungen wegen Italiens hatten sich gemindert. Ueberhaupt hatte sich die allgemeine politische Lage Europas derart gestaltet, daß die Gründe in Wegfall kamen, aus denen man in Wien bereit sein konnte, der Allianz mit Preußen weitere Opfer zu bringen.

Der letzte bedeutende Act, zu dem sich das wiener Cabinet von dem preußischen fortreißen ließ, bestand in der gänzlichen Beseitigung der Bundesgewalt aus Holstein, welche trotz des energischen Widerstrebens Baierns und Sachsens zu Anfang December in Frankfurt durchgesetzt wurde. Das drohende Auftreten aber, zu welchem sich Bismarck bei dieser Gelegenheit den Cabineten von München und Dresden gegenüber veranlaßt sah, ward von Oesterreich misbilligt und gab der seitherigen Intimität der Großmächte den ersten Stoß.

Schon zur Zeit der Schlußverhandlungen über den Wiener Frieden hatte sich in Oesterreich das Gefühl zu regen begonnen, sowol in der kriegerischen wie in der diplomatischen Action hinter Preußen zurückgeblieben zu sein. Die Eifersucht auf das gewachsene Ansehen des letztern und die Erkenntniß, daß Oesterreich sich seiner besten Stützen beraube, wenn es fortfahre, an der Seite des Rivalen den Bund und die in ihm vertretenen dynastischen Interessen zu bekämpfen, hatten in der öffentlichen Meinung bereits derart Wurzel gefaßt, daß der Rücktritt des Grafen Rechberg dadurch veranlaßt wurde. Aber auch sein Nachfolger im Ministerium des Aeußern, Graf Mensdorff-Pouilly, der den Friedensvertrag im Namen Oesterreichs vollzog, hatte es nicht vermocht, sofort die Bahnen seines Vorgängers zu verlassen. Bei den Operationen, welche den Abzug der Sachsen und Hannoveraner aus Holstein und den Uebergang dieses Herzogthums in die von Oesterreich und Preußen gemeinsam geführte Verwaltung zur Folge

hatten, stand er Preußen bis zu der angedeuteten Grenze noch zur Seite. Jetzt aber, als es sich darum handelte, mit Preußen gemeinsam die Regierung der Herzogthümer zu übernehmen und so lange fortzuführen, bis eine definitive Lösung gefunden sei, mußten sich die weit auseinander gehenden Endziele beider Mächte sofort offenbaren. Nichts, was dem beiderseitigen Interesse entsprach, war mehr zu erreichen, kein gemeinsamer Gegner mehr zu bekämpfen. In dem engen Raume, in dem man fortan aufeinander angewiesen war, mußten die Gegensätze aufeinander treffen. Ein Conflict, bei dem die zwischen Preußen und Oesterreich schwebende fundamentale Streitfrage in ihrer ganzen Schwere zur Geltung kommen mußte, war, sofern Oesterreich auf seiner negativen Tendenz beharrte, Preußen aber ein zweites Olmütz vermeiden wollte, voraussichtlich unvermeidlich.

Während in den ersten Tagen des December der größte Theil der beim Kriege betheiligten preußischen Truppen seinen Siegeseinzug in Berlin hielt und bei dieser Gelegenheit das Streben nach einer directen oder indirecten Annexion der Herzogthümer dort sehr entschieden zum Ausdruck gelangte, gab gleichzeitig in Wien der Reichsrath einer Misbilligung der seitherigen äußern Politik Oesterreichs in einer Adresse an den Kaiser bestimmten Ausdruck. Er forderte das Zusammenwirken mit dem Deutschen Bunde behufs selbständiger Constituirung der Herzogthümer „unter ihrem erbberechtigten Fürsten“. Schon als diese Adresse in der Commission berathen wurde, hatte Graf Mensdorff in Berlin die sofortige Uebergabe der Herzogthümer an den augustenburgischen Prätendenten in Vorschlag bringen lassen. Preußen lehnte dies Ansinnen nicht nur ab, sondern ließ sogar in vertraulicher Weise Verhandlungen zum Zweck der Annexion anknüpfen. Oesterreich war keineswegs entschieden abgeneigt, machte aber ebenso vertraulich die natürlich unannehmbare Gegenforderung einer äquivalenten Vergrößerung seines deutschen Gebiets.

Zur Zeit der Jahreswende von 1864 zu 1865 war die Spannung zwischen Preußen und Oesterreich aller Welt offenkundig. Jedermann erkannte, daß Oesterreichs ganzes Streben dahin ging, Preußen jede Machterweiterung nach Norden hin zu verwehren. Diesen Moment benutzte die große, sich auf das Legitimitätsrecht stützende particularistische Partei in den Herzogthümern, um eine große Agitation für ihre Zwecke ins Leben zu rufen. Preußen sollte mit dem abgefunden werden, was der Augustenburger und die Landesvertretung der Her-

zogthümer zu gewähren für gut finden würden. Deutschland wäre auf diesem Wege um einen souveränen Mittelstaat reicher geworden, von einer Verwerthung der unschätzbaren Elemente aber, welche die geographischen Verhältnisse der Herzogthümer für die Entwickelung Deutschlands zur See bieten, wäre nicht die Rede gewesen. Preußen hätte, selbst wenn ihm, was rein maritime Anlagen anbetrifft, auch allenfalls ausreichende Concessionen gemacht worden wären, nie daran denken können, die für diesen Zweck erforderlichen kolossalen Opfer zu bringen, ohne durch die kriegsherrliche Gewalt in dem Landgebiet der Häfen, die Beherrschung der Communicationslinien u. s. w. für alle Eventualitäten ausreichende Garantien gewonnen zu haben.

Während der zu wahrem Fanatismus gesteigerte preußenfeindliche Particularismus unter Oesterreichs geheimer Protection in den Herzogthümern seine Orgien feierte, that Bismarck mit ungemeinem Geschick einen diplomatischen Schachzug, der insofern eine wesentlich günstigere Gestaltung der Dinge zur Folge hatte, als er in Preußen und einem Theil des engern Deutschland viele von ihrer Schwärmerei für den Augustenburger bekehrte und den Gedanken an die Bedeutung der nationalen Interessen, welche Preußen im Norden zu wahren hatte, wieder lebhafter erwachen ließ. Am 22. Febr. 1865 richtete er eine Note an das wiener Cabinet, in der er die Bedingungen darlegte, unter denen Preußen in eine staatliche Constituirung der Herzogthümer zu willigen bereit sei. Diese Bedingungen bewegten sich streng in der Grenze des Nothwendigen; dennoch war mit Gewißheit vorauszusehen, daß nicht nur Oesterreich, sondern bei der damaligen politischen Strömung auch der Augustenburger und seine Partei sie ablehnen würden.

An der Spitze der sogenannten Februarforderungen stand die Militärhoheit zu Lande und zur See, welche Preußen unter der Form eines Schutz- und Trutzbündnisses für sich in Anspruch nahm. Namentlich in diesem Punkte erkannte Oesterreich eine unzulässige Schwächung der Souveränetät eines deutschen Bundesfürsten, welcher Ansicht der Erbprinz von Augustenburg vollständig beipflichtete. Dieser, obgleich noch nicht als erbberechtigt anerkannt, also nicht officiell befragt, ließ eine Denkschrift vom Stapel, die unter dem Schein des Entgegenkommens gerade in den Hauptpunkten des Negirenden und Beschränkenden so viel enthielt, daß Preußen dadurch von seinen Anerbietungen moralisch degagirt wurde. Das Resultat der ganzen Verhandlungen war eine weitere Entfremdung der beiden großmächtlichen

Cabinete, eine wesentliche Abschwächung des Widerstandes, den die Bismarck'sche Politik im eigenen Lande fand und das gänzliche Fallenlassen des Augustenburgers von seiten des berliner Cabinets.

Oesterreich trennte sich jetzt auch am Bunde von Preußen. Am 6. April stimmte es mit den süddeutschen Staaten für einen Antrag, der die sofortige bedingungslose Einsetzung des Augustenburgers forderte. Preußen nahm bei dieser Gelegenheit schon auf ein erst später zur Veröffentlichung gelangtes Gutachten seiner Kronjuristen Bezug, indem es erklärte, daß Erbrechte des Augustenburgers überhaupt „nicht nachweisbar" seien. Die Annahme des Antrags hatte selbstverständlich nicht die geringsten Folgen. Preußen erklärte sofort, daß eine Erfüllung der gestellten Forderung nicht in Aussicht stehe, und Oesterreich gab sich vorläufig zufrieden.

Während dieser Vorgänge kam es in den Herzogthümern selbst zwischen dem preußischen und dem österreichischen Civilcommissar, welche gemeinsam die Regierung führten, zu Reibungen und Conflicten, die keineswegs ein Geheimniß der Bureaux blieben. In dem österreichischen Commissar fand die Partei des Augustenburgers eine so mächtige Stütze, daß der in Kiel hofhaltende augustenburgische Prätendent zuletzt eine erhebliche Einwirkung auf die Landesangelegenheiten gewann. In Berlin sprach man von einer förmlichen „Nebenregierung". Der preußische Commissar suchte diesem Treiben entgegenzuwirken, verstieg sich dabei aber zu eigenmächtigen Maßnahmen und Anordnungen, die ihn formell dem österreichischen Commissar gegenüber meist ins Unrecht stellten. Es war freilich unmöglich, mit einem Collegen gemeinsam zu handeln, der diametral entgegengesetzte Tendenzen vertrat und behufs deren Verwirklichung nichts anderes zu thun brauchte, als dem Parteitreiben im Lande und den zu dessen Schürung von außen zuziehenden Missionaren freies Spiel zu lassen.

Preußen mußte sich auf einen völligen Bruch mit Oesterreich gefaßt machen. Sein leitender Staatsmann sorgte deshalb dafür, die auswärtigen Beziehungen derart zu gestalten, daß er von der Krise nicht überrascht werden konnte.

Durch ein geschicktes Vorgehen im Zollverein behufs Abschluß eines Handelsvertrags mit Italien gelang es ihm, die deutschen Mittelstaaten zu der bis dahin noch rückständigen Anerkennung des Königreichs Italien zu bewegen. Dies hatte insofern einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung der gesammten politischen Situation, als dadurch nicht nur die Stellung der süddeutschen Staaten zu Oester-

reich in einem ungemein belangreichen Punkte alterirt, sondern auch Frankreich ein Dienst erwiesen wurde, der alle Salonkünste, die Fürst Metternich und seine Gemahlin seit langer Zeit behufs Herstellung einer Entente cordiale am Hofe der Tuilerien aufgeboten hatten, scheitern machte. Nach diesem Schritt Preußens durfte Frankreichs Neutralität um so mehr erwartet werden, als Oesterreich gleichzeitig den Verdacht auf sich geladen hatte, den von Napoleon ins Leben gerufenen Versuchen zu einer Aussöhnung zwischen Italien und dem Kirchenstaat durch in Rom angesponnene Intriguen entgegengewirkt zu haben. Das wichtigste Ergebniß der Bemühungen Bismarck's zu Gunsten Italiens war aber die voraussichtliche Allianz mit diesem Staat. In Wien will man sogar wissen, daß im Sommer 1865 zwischen Berlin und Florenz bereits Verhandlungen zu diesem Zweck gepflogen worden seien; Urkundliches darüber ist bisjetzt nicht ans Licht getreten.

Da England nach dem politischen Fiasco, das es im Vorjahre gemacht, zweifellos alle Lust vergangen war, sich abermals in deutsche Angelegenheiten einzumischen, konnte Preußen bei eintretenden Verwickelungen auf dessen Neutralität mit Zuversicht bauen. Die Gefahr eines gemeinsamen Einschreitens Frankreichs und Englands lag am allerwenigsten vor. Das französische Gelbbuch hatte unzweifelhaften Aufschluß darüber gegeben, daß Kaiser Napoleon auf die im Sommer 1864 von britischer Seite ergangene Aufforderung zu einem gemeinsamen bewaffneten Einschreiten zu Gunsten Dänemarks geantwortet hatte, er sei zu einem Kriege gegen Deutschland bereit, sofern England sich verpflichte, ihm dabei „bis zu den äußersten Consequenzen“ zur Seite zu stehen. Man verstand in London, was dies hieß, und unterließ jede Erwiderung. Damit aber war die westmächtliche Entente vollständig erkaltet. Rußlands Neutralität durfte ebenso als gewiß gelten. Seine Sympathien standen schon seit dem Krimkriege, ganz besonders aber seit der letzten Erhebung Polens weit mehr auf preußischer als auf österreichischer Seite. Ueberdies hatte es durch sein ganzes Verhalten seit Ausbruch des deutsch-dänischen Kriegs bewiesen, daß es sich vorläufig noch nicht nach außen engagiren, sondern ausschließlich seinem innern Reformwerk leben wolle.

Unter diesen Verhältnissen hatte Preußen keinen Grund, vor Oesterreich, dessen Popularität in den Herzogthümern namentlich in den untern städtischen Volksschichten mit jedem Tage wuchs, die Segel zu streichen. Preußen ließ es vielmehr nach dem ersten Auseinander-

gehen am Bunde zu einer Reihe Differenzen kommen, bei denen Cabinet gegen Cabinet direct engagirt wurde. Sich einfach auf sein aus dem Wiener Frieden resultirendes Mitbesitzerrecht stützend, begann es sich im kieler Hafen definitiv zu etabliren, dort eine Flottenstation zu errichten, Grundbesitz zu Kriegsbauten zu erwerben u. dgl. m. Oesterreich erhob Einsprache, Preußen aber wich nicht. Kaum war diese Angelegenheit nach langen, von feindseligen Demonstrationen begleiteten Verhandlungen in einer das berliner Cabinet befriedigenden Weise erledigt, als sofort eine neue Verwickelung eintrat. Man unterhandelte wegen Einberufung der Stände Schleswigs und Holsteins. Preußen forderte im Laufe dieser Verhandlungen die vorherige Entfernung des augustenburger Prätendenten aus dem Lande und stützte sich dabei darauf, daß dieser die Spitze des Parteitreibens bilde, daß also durch seine Anwesenheit im Lande während der Wahlen und Verhandlungen die Rechte anderer Prätendenten beeinträchtigt würden. Oesterreich ging, um seine Popularität zu wahren, nicht darauf ein, obgleich es seinerzeit auf eigene Hand die Ausweisung des Augustenburgers aus den Herzogthümern am Bunde beantragt hatte. Parallel mit dieser Differenz, infolge deren die Einberufung der Stände gänzlich unterblieb, lief eine andere. Preußens Civilcommissar ließ nämlich dem dänischen Element in Nordschleswig gegenüber der ihm feindlichen Bewegung in den übrigen Theilen des Landes auf eigene Hand eine gewisse Protection zutheil werden. Oesterreich nahm daran großen Anstoß und zwar besonders deshalb, weil die Dänen in Nordschleswig die Annexion an Preußen der Schöpfung eines augustenburgischen Kleinstaats, in welchem sie dem Haß ihrer langjährigen politischen Feinde preisgegeben zu sein fürchteten, immer noch vorzogen. Bei allen Verhandlungen über das künftige Geschick des Landes pochte endlich Preußen auf das von der gesammten deutschen Wissenschaft angegriffene Gutachten seiner Kronjuristen, welches sowol dem augustenburger als dem bis dahin von Preußen protegirten oldenburger Prätendenten alle Successionsansprüche bestritt, dagegen partielle Erbrechte Preußens anerkannte.

Zum völligen Eclat kamen die Dinge gegen Ende Juli, als der preußische Civilcommissar gegen zwei seiner Landsleute, einen Redacteur May und ein nur zum Zweck preußenfeindlicher Wühlerei ins Land gekommenes Mitglied der äußersten Linken des preußischen Abgeordnetenhauses, den Dr. Frese, mit einem einseitigen Gewaltact einschritt. Der erstere wurde verhaftet, der andere ausgewiesen.

Der dieserhalb angerufene österreichische Civilcommissar desavouirte diese Maßnahmen amtlich und öffentlich, und der Bruch war vollständig.

Zwischen Oesterreich und Preußen begannen jetzt Verhandlungen allerernstester Natur. Die Möglichkeit eines Kriegs war keineswegs in Abrede zu stellen. Dennoch wollte Europa an dessen Ausbruch nicht glauben. Und es hatte guten Grund dazu. Ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich konnte unmöglich ausschließlich um der Differenzen in der Verwaltung Schleswig-Holsteins willen geführt werden. Kam es zum Kampfe, so mußte sofort die große ursächliche Streitfrage in den Vordergrund treten, der Krieg mußte zu den großartigsten Dimensionen anwachsen. Dazu aber waren die Dinge noch nicht angethan.

Das österreichische Cabinet war zur Zeit der mittelstaatlichen Souveränetäten nicht einmal sicher; es war denselben zu lange Hand in Hand mit Preußen am Bunde entgegengetreten, um sofort gewiß sein zu dürfen, wieder seine natürlichen Alliirten in ihnen zu finden. Oesterreich war auch finanziell wie militärisch zu wenig auf einen Krieg vorbereitet, um nicht wünschen zu müssen, daß derselbe vermieden werde. Ganz besonders aber war der Umstand maßgebend, daß in Oesterreich eben eine völlige Wandlung des Systems der innern Politik und zwar diesmal auf Kosten der deutschen Kronlande eingeleitet worden war. Endlich kam in Betracht, daß Oesterreich im großen und ganzen nichts anderes wollte, als daß die Dinge beim alten blieben. Gelang es ihm, den status quo im allgemeinen aufrecht zu erhalten, Preußen das ihm im Norden vorschwebende Ziel noch fernerweit zu verlegen, so war es vorläufig zufrieden. Erreichte es diesen Zweck, so mußte es um der Erhaltung des Friedens willen sogar zu kleinen Concessionen geneigt sein.

Was Preußen anbelangt, so hatte dessen Regierung wenigstens Grund, eine Provocation zum Kriege zur Zeit noch zu vermeiden. Bismarck's Politik in der schleswig-holsteinischen Frage war bis dahin in den Kammern wie in der Presse lebhaft bekämpft worden, wenn auch weniger ihrer selbst wegen, als weil die oppositionelle Strömung alle Gebiete erfaßt hatte. Dabei war das, was von dieser Politik seit dem Kriege zu Tage trat, auch keineswegs dazu angethan, große Sympathien zu erwecken. In denjenigen Kreisen, in denen man weder das politische Selbstbestimmungsrecht einer Partikel des deutschen Volks, noch das nackte Legitimitätsrecht des Augu-

stenburgers den dabei in Frage kommenden großen nationalen Interessen gegenüber gelten ließ und in denen man sich offen zum Annexionsprogramm bekannte, war man der Ueberzeugung, daß die schleswig-holsteinische Frage nur noch mit der großen deutschen Frage befriedigend gelöst werden könne. Rücksichtlich der letztern war aber noch nichts vorbereitet, sie auf kriegerischem Wege zum Austrag zu bringen. Endlich kam der friedliebende und conservative Sinn des Königs in Betracht, von dem sich nicht annehmen ließ, er werde leicht zum Kriege gegen einen Monarchen zu bewegen sein, mit dem er vor einem Jahre noch als Bundesgenosse im allerfreundschaftlichsten persönlichen Verkehr gestanden hatte.

Ohne einen Krieg aber war nur ein faules Compromiß, eine Vertagung der Lösung zu gewärtigen. Mit der zwischen Oesterreich und Preußen schwebenden großen ursächlichen Streitfrage war der specielle Conflict in den Herzogthümern schon zu eng verwachsen, um ihn an und für sich zum Austrag bringen zu können. Die schleswig-holsteinische Frage hatte die Ansprüche Preußens auf Machterweiterung in Deutschland, auf Befreiung von dem dynastischen Despotismus der Bundesinstitutionen direct auf die politische Bühne gebracht.

Für ein solches Compromiß waren die vorwiegend das dynastische Moment ins Auge fassenden Persönlichkeiten am österreichischen wie am preußischen Hofe ungemein thätig. Man behauptet sogar, daß auf beiden Seiten hochgestellte Frauen, die ein verwandtschaftliches Netz über Wien, Dresden und Berlin spannten, keinen geringen Antheil an den schließlichen Vereinbarungen hätten. Ihren Anstrengungen soll es vorwiegend zu danken gewesen sein, daß eine Zusammenkunft zwischen den Monarchen Oesterreichs und Preußens zu Stande kam, und an dieser Zusammenkunft schien zur Zeit Krieg oder Friede zu hängen.

Die Convention von Gastein, wie das am 14. Juli abgeschlossene Compromiß genannt wurde, war eins der unhaltbarsten Ergebnisse der Cabinetspolitik, kaum geeignet, neue Differenzen nur auf Monate zu vertagen. Mehr scheint Graf Bismarck, der keineswegs geneigt war, von den großen Zielen, die er in den Herzogthümern anstrebte, nur das Geringste zu opfern, auch nicht gewollt zu haben. Inzwischen versäumte er nicht schon jetzt zu erreichen, was irgend zu erreichen war. Nur der erste Paragraph des Gasteiner Vertrags hat auf die weitere Entwickelung der Dinge eine belangreiche Wirkung geübt, da er nicht nur eine neue Situation in den Herzogthümern

schuf, sondern auch den alsbald in den Vordergrund tretenden staatsrechtlichen Controverspunkt einschloß. Er lautet:

„Die Ausübung der von den hohen vertragschließenden Theilen durch den Art. 3 des Wiener Friedenstractats vom 30. Oct. 1864 gemeinsam erworbenen Rechte wird, unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesammtheit beider Herzogthümer, in Bezug auf das Herzogthum Holstein auf Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich, in Bezug auf das Herzogthum Schleswig auf Se. Maj. den König von Preußen übergehen." *)

Die getrennte Verwaltung Holsteins und Schleswigs, wie sie dieser Paragraph „unbeschadet der Rechte beider Mächte an der Gesammtheit beider Herzogthümer" stipulirte, wurde zur Veranlassung neuer Differenzen, aus denen ein neuer Conflict erwuchs, dessen lavinenartig wachsende Dimensionen schließlich zum Kriege führten. Dieser neue Conflict hat seine besondere Geschichte, deren speciellere Behandlung uns obliegt.

Was die Convention von Gastein im übrigen stipulirte, hat nur insofern Bedeutung, als es im allgemeinen darlegt, daß Preußen den Löwenantheil bei der vorläufigen Theilung der Herzogthümer davontrug. Oesterreich erlangte in Schleswig keine Sonderrechte, Preußen aber erreichte wichtige Specialconcessionen bezüglich des zum Bundeshafen designirten Hafens von Kiel, des projectirten Nordostseekanals, der Etappenstraßen und der Post- und Telegraphenlinien durch Holstein. Außerdem gelangte es durch Zahlung einer Summe von $2\frac{1}{2}$ Millionen dänischer Thaler an Oesterreich in den ausschließlichen Besitz von Lauenburg.

Der letztere Punkt hat zur Zeit viel Aufregung hervorgerufen; er erinnerte das moderne Europa gar zu lebhaft an die Zeiten der alten Cabinetspolitik, die mit Ländern und Völkern wie mit einer Handelswaare schaltete. Oesterreich allein, das sich bezahlen ließ, konnte ein Vorwurf treffen. Preußen stand, zumal bezüglich des außer allem Verbande mit Schleswig-Holstein stehenden Herzog-

---

*) Artikel 3 des Wiener Friedenstractats lautet: „Seine Majestät der König von Dänemark verzichtet auf alle seine Rechte auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten Ihrer Majestäten des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich und verpflichtet sich, die Verfügungen anzuerkennen, welche die genannten Majestäten in Bezug auf diese Herzogthümer treffen werden."

ıs Lauenburg begründete Ansprüche Dritter nicht verletzt wurden, Rechtfertigung zur Seite, durch ein wenig belangreiches Geld- r das Land der Verwirklichung eines durch seine legale Ver- ıng bereits ausgesprochenen Wunsches entgegengeführt zu haben.

Die Convention von Gastein war der letzte Versuch politischer nsaction; vom Tage ihrer Durchführung datirt der Ausgangspunkt über Deutschland hereinbrechenden Katastrophe.

II.

Die schleswig-holsteinische Frage im entscheidenden Stadium und ihre Verknüpfung mit der großen deutschen Frage.

1) Stand der Dinge in den Elbherzogthümern nach der Convention von Gastein. Die Massenversammlung in Altona. Die preußischen Depeschen vom 20. und 26. Jan. Graf Bismarck's Verhältniß zu Kaiser Napoleon. Oesterreichs Antwort vom 7. Febr. Charakteristische Erscheinungen in den Herzogthümern. Bismarck's Stellung zur preußischen Opposition. Aufnahme der deutschen Frage. Bismarck's Programm von 1859. Oesterreichische Rüstungen. Allianzvertrag zwischen Preußen und Italien. Preußische Circulardepesche vom 24. März. Beginn der Rüstungen in Preußen und Italien.

Sofern die Gasteiner Convention ein diplomatischer Sieg Preußens war, trug sie nur dazu bei, die öffentliche Meinung Oesterreichs zu erbittern und dadurch die kaiserliche Regierung zu einer energischern, unbeugsamern Haltung gegen Preußen zu veranlassen. Eine friedliche Lösung der Differenzpunkte in der Herzogthümerfrage war durch die Convention eher erschwert als gefördert. Die zahlreichen Keime zu weitern Conflicten, welche dies neugeschaffene, über alles Maß complicirte und allen staatsrechtlichen Begriffen widerstrebende Verhältniß im Schoße trug, waren ganz dazu angethan, Preußen jeden Augenblick die Möglichkeit zu gewähren, an die Gewalt zu appelliren.

Die administrative Trennung von Schleswig und Holstein änderte im ganzen wenig an dem Verhältniß, wie es vor der Gasteiner Convention zwischen Preußen und Oesterreich in den Herzogthümern bestanden hatte. Holstein bot dem „volksfreundlichen" Statthalter, Feldmarschallieutenant von Gablenz, Raum genug, dem Willen seiner Regierung gemäß die Partei des augustenburgischen Prätendenten zu unterstützen.

Preußen versuchte den österreichischen Intriguen zunächst dadurch entgegenzuwirken, daß es sich auf den antirevolutionären Boden stellte, ein Gebiet, auf dem der hochconservative Kaiserstaat sich voraussichtlich nicht würde überflügeln lassen. Gelegentlich des im Herbst 1865 in Frankfurt am Main abgehaltenen Deutschen Abgeordnetentags war Oesterreich auf einen derartigen Versuch der preußischen Regierung zwar eingegangen, im Laufe des Depeschenwechsels aber Preußen nicht vollständig zur Seite geblieben. Nichtsdestoweniger blieb Bismarck bei seiner neuen Maxime, wohl wissend, daß er damit immer eine schwache Stelle bei Oesterreich berührte. Bald ergab sich denn auch eine Gelegenheit, wo ein derartiges Verfahren nur ein Zurückweichen Oesterreichs oder den vollen Bruch herbeizuführen geeignet war.

Nachdem in Holstein Presse und Vereine mehrere Monate lang ihren Preußenhaß in jeder Form hatten überschäumen lassen, wurde eine „Massenversammlung" auf den 23. Jan. 1866 nach Altona ausgeschrieben, angeblich zu dem Zweck, durch einmüthigen Willensausdruck der ganzen Bevölkerung auf Einberufung der Stände hinzuwirken. Der österreichische Statthalter hatte nun die Wahl zwischen der Popularität, d. h. dem Geschehenlassen, oder der Wahrung conservativer Interessen, d. h. dem Verbieten einer Versammlung, die unfehlbar gegen den Gasteiner Vertrag und ganz speciell gegen Preußen aufs bitterste auftreten würde. Er entschied sich anfänglich und jedenfalls infolge preußischer Vorstellungen für das letztere und ließ am 22. Jan. durch die Polizei von Altona die Versammlung untersagen. Ueber Nacht aber siegte eine andere Ueberzeugung. Am 23. Jan. wurde das Verbot gegen die Zusage zurückgenommen, daß die Massenversammlung keine förmlichen Resolutionen fassen werde. Oesterreichs Popularität war unermeßlich. Die verhängnißvolle Versammlung fand statt, und auch ohne Resolutionen hatte sie den vorauszusehenden Verlauf. Neben zahllosen Häuptern des schleswig-holsteinischen Particularismus war die vorgeschrittenste Demokratie Süddeutschlands und der linke Flügel des Nationalvereins vertreten. Die Reden enthielten nicht nur maßlose Schmähungen Preußens, sondern auch Hindeutungen aufs Ausland, aus denen nichts weniger als deutsches Nationalgefühl sprach. Oesterreich ward fast gleichmäßig mit dem „rechtmäßigen, geliebten Fürsten Herzog Friedrich" gefeiert. Die ganze Erscheinung hatte etwas Krankhaftes, man erkannte, daß über blinder Parteileidenschaft jede klare Einsicht verloren gegangen war. Wenn Oesterreich es je in Abrede stellen wollte, entschieden feindlich gegen seinen frühern Alliirten in den

Herzogthümern gehandelt zu haben, diese Versammlung würde nach dem Satze vox populi vox dei vollgültiges Zeugniß ablegen.

Schon vor jener Massendemonstration, am 20. Jan., hatte Graf Bismarck eine Note nach Wien gerichtet, welche die preußenfeindliche Tendenz der unter Oesterreichs Aegide stehenden Verwaltung Holsteins in klares Licht stellte und nicht undeutlich aussprach, daß eine weitere Fortdauer dieser Verhältnisse auf die Beziehungen beider Höfe zurückwirken müsse. Als unmittelbar darauf die altonaer Manifestation statthatte, sandte Bismarck am 26. Jan. eine zweite Note nach Wien, mittels deren er Oesterreich die Allianz förmlich kündigte. Diese Note, an den preußischen Gesandten in Wien gerichtet, ist der Ausgangspunkt des speciellen, den casus belli herbeiführenden Conflicts, sie zeigt bereits den festen Entschluß des preußischen Staatsmanns, es auf einen Bruch ankommen zu lassen. Es lohnt sich deshalb, auf das historisch merkwürdige, in seiner Form fast einzig dastehende Actenstück näher einzugehen.

Graf Bismarck bezeichnet die altonaer Versammlung als eine „entscheidende Wendung", bei welcher sich herausstellen werde, welchen Charakter das wiener Cabinet seinen Beziehungen zu Preußen geben wolle. Dann heißt es weiter:

Diese Versammlung ist in der That eine Erscheinung, auf deren Zulassung auf dem Gebiet des österreichischen Regiments in Holstein wir selbst nach den bisherigen Vorgängen nicht gefaßt sein konnten. Eine Massendemonstration, bestimmt zur Agitation theils für Zwecke, welche die Landesregierung kurz vorher in ausdrücklichem Auftrage des Statthalters abgelehnt hatte, theils ausdrücklich und direct gegen Preußen; diese Demonstration, zuerst polizeilich beanstandet, dann von der Landesregierung nach Verständigung mit dem Vorstande in einer Weise zugelassen, daß, wenn nur keine Resolutionen gefaßt wurden, den aufregendsten Reden der weiteste Spielraum gegönnt würde; endlich die Versammlung von leitenden Demokraten aus andern deutschen Ländern besucht, ganz in derselben Weise wie die Versammlungen zu Frankfurt und zu demselben Zweck.

Der Plan zu dieser Versammlung zeigt, wie man im Lande die Erklärung der Landesregierung und des Statthalters über die Agitation wegen Berufung der Stände aufgefaßt und verstanden hatte; und die Zulassung derselben hat leider bewiesen, daß dies ein richtiges Verständniß war.

Es erscheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können, wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken. Ich durfte damals annehmen, daß Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution, sähen; und wir glaubten über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen dieselbe einig zu sein. Auf diese Ueberzeugung gestützt, machten wir in Wien den Vorschlag des Vorgehens in Frankfurt, auf welchen das kaiserliche

Cabinet einging, dem es aber bald die Spitze abzubrechen suchte, und dessen Wirkung dadurch in nichts verlaufen ist. Dieses Verhalten war wohl geeignet, uns bedenklich zu machen, indessen konnten wir doch diese Lauheit und Zurückhaltung noch einer gewissen Passivität und der Nachwirkung früherer Traditionen zuschreiben. Wir durften daher, wenn uns auch diese Erfahrung für die Zukunft zur Vorsicht mahnte, uns doch enthalten, besorglichere Folgerungen daraus zu ziehen.

Das gegenwärtige Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein trägt einen andern Charakter. Wir müssen es geradezu als ein aggressives bezeichnen, und die kaiserliche Regierung steht nicht an, genau dieselben Mittel der Agitation gegen uns ins Feld zu führen, welche sie mit uns gemeinsam in Frankfurt hatte bekämpfen wollen. Worin unterscheidet sich jene, durch den Zuzug von Führern der Demokratie aus Hessen, Frankfurt, Baiern illustrirte Massenversammlung von denjenigen Versammlungen, über deren Zulassung Oesterreich selbst mit uns in Frankfurt Beschwerde geführt hat? Höchstens dadurch, daß der kaiserlichen Statthalterschaft in den holsteinischen Gesetzen wirksamere Gegenmittel zu Gebote standen als dem frankfurter Senat, daß die Agitation in Holstein ein bestimmteres und greifbareres Object hat und noch unmittelbarer und feindlicher gegen Preußen gerichtet ist — ebenso feindlich aber gegen das für Preußen und Oesterreich gemeinsame Recht der Souveränetät in den Herzogthümern! Nur der Gebrauch, den man von der durch solche Demonstrationen hervorgerufenen Stimmung in feindlicher Tendenz gegen Preußen machen will, erklärt es, wenn man in Wien übersieht, daß alle diese Angriffe auf das Recht Preußens ebenso sehr die Rechte Sr. Maj. des Kaisers treffen, und daß man dort die verderbliche Wirkung ignoriren kann, welche im Lande durch das begünstigte und gebildete System der Agitation hervorgebracht wird; daß man es zuläßt, wenn in holsteinischen Versammlungen süddeutsche Agitatoren die Aufforderung zur Steuerverweigerung ins Land schleudern. Ich habe Ew. Exc. schon bei frühern Gelegenheiten ausgesprochen, daß, wenn man in Wien dieser Umwandlung eines bisher durch seinen conservativen Sinn ausgezeichneten Volksstammes in einen Herd der revolutionären Bestrebungen ruhig glaubt zusehen zu können, wir unsererseits es nicht dürfen und nicht zu thun entschlossen sind. Durch den Gasteiner Vertrag ist jedes der beiden Herzogthümer gleichsam als ein anvertrautes Pfand der Loyalität des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; wir hatten die Hoffnung, von da aus zu einer weitern Verständigung zu gelangen, und wir haben das Recht, zu fordern, daß bis zu dem Eintritt dieser Verständigung das Object selbst in statu quo erhalten werde. Eine Deteriorirung desselben, wie sie durch diese Agitation bewirkt wird, können und wollen wir uns nicht gefallen lassen. Das Preisgeben aller Autorität, die Zulassung offenbarer Misachtung und Verhöhnung selbstgegebener Bestimmungen, die principielle Nichtanwendung bestehender Gesetze unter Anfechtung der Gültigkeit derselben seitens der kaiserlichen Regierung sind erhebliche Beschädigungen des moralischen Princips, welches in den durch einen opfervollen Krieg unserer Fürsorge anheimgegebenen Ländern aufrecht zu erhalten wir uns verpflichtet erachten.

Ew. Exc. überlasse ich zu erwägen, welchen Eindruck ein solches Verfahren seines Bundesgenossen im Kriege, jetzt im Frieden, auf Se. Maj. den König, unsern allergnädigsten Herrn, machen, wie schmerzlich es ihn berühren müsse, revolutionäre und jedem Thron feindliche Tendenzen unter dem Schutze des

österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen! Und wie solche Eindrücke dahin führen müssen, das von Sr. Maj. lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen!

Es ist auf ausdrücklichen Befehl Sr. Maj. des Königs, daß ich Ew. Exc. ergebenst aufforderе, dies offen dem Hrn. Grafen von Mensdorff auszusprechen und ihn zu ersuchen, es zur Kenntniß seines kaiserlichen Herrn zu bringen.

Die Regierung Sr. Maj. des Königs bittet das kaiserliche Cabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche das monarchische Princip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen; sie hält es für ein Leichtes, wenn die Gesetze des Landes, an deren Bestehen kein ernster Zweifel obwalten kann, zur Anwendung gebracht werden, den unwürdigen Schmähungen in Presse und Vereinen gegen seinen Bundesgenossen und Mitbesitzer ein Ende zu machen und die Einwirkung des sogenannten kieler Hofes auf das Land, welche einen fortwährenden Protest und Angriff gegen sein wie gegen unser Recht enthält, für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir verlangen keine Concession, kein Aufgeben irgendeines österreichischen Rechts in den Herzogthümern, sondern nur die Erhaltung des gemeinsamen Rechts; nichts anderes, als was Oesterreich ebenso sehr seiner eigenen wie unserer Stellung schuldig ist; auch nichts anderes, als was die kaiserliche Regierung jeden Augenblick ohne irgendein Opfer oder eine Schädigung ihrer Interessen auszuführen in der Lage ist. Mag dies gemeinsame Recht für Oesterreich von geringem Werth sein, für Preußen ist die Feststellung und Durchführung desselben eine von ihrer Gesammtpolitik untrennbare Lebensfrage der jetzigen Regierung Sr. Maj. des Königs.

Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen, welcher sich jetzt das Gebiet der Herzogthümer zum Felde seiner Wirksamkeit ausersehen hat, in ihr mächtiger ist als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen! Es würde dies für die königliche Regierung, es würde vor allem für Se. Maj. den König selbst eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen uns erspart zu sehen. Aber es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten.

Ich bitte Ew. Exc. hierüber dem Hrn. Grafen von Mensdorff keine Zweifel zu lassen. Der Augenblick ist zu ernst, und die neuesten Vorgänge, welche auch in Wien nicht mehr ignorirt werden können und deren Auffassung und Behandlung auf die Haltung und die Absichten des kaiserlichen Cabinets ein für uns entscheidendes Licht werfen muß, haben die Verhältnisse zu sehr auf die Spitze getrieben, als daß eine weniger offene Sprache an der Zeit wäre.

Diese Note läßt klar erkennen, daß Graf Bismarck durch Aufnahme mancher Stellen seinem König Concessionen gemacht, mittels

deren er die Möglichkeit erkauft, eine so überaus entschiedene Sprache gegen Oesterreich zu führen. Ueber den gemeinsamen Kampf gegen die Revolution war Bismarck für seine Person längst hinaus. Schon vor der Gasteiner Convention hatte er durch die mit Italien angeknüpften Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, wo er bei einem Kriege gegen Oesterreich seinen Bundesgenossen suchen werde. Bismarck war Realpolitiker, der die großen thatsächlichen Verhältnisse ins Auge faßte und jeder Principienreiterei fern stand. Darum war es ihm auch möglich geworden, mit dem Kaiser Napoleon zu einem gewissen Einverständniß zu gelangen, das ihm ohne Uebernahme gefährlicher Verpflichtungen freie Bahn zu seinem Ziel eröffnete. Kaiser Napoleon seinerseits hatte in Bismarck erkannt, daß er nicht der Mann altmetternich'scher Principien, nicht der Mann der Heiligen Allianz sei, daß also ein durch ihn zu größerer Macht gelangtes Preußen nie eine Restaurationspolitik betreiben würde, wie sie erwiesenermaßen 1859 noch in Oesterreichs Planen gelegen hat für den Fall, daß es in Italien große Erfolge davongetragen hätte.

Ueber die im Herbst 1865 stattgehabte Zusammenkunft Bismarck's mit Napoleon III. in Biarritz ist nie Positives bekannt geworden; aus einer unbefangenen Würdigung alles thatsächlich ans Licht Getretenen ist indeß der Schluß zu ziehen, daß der preußische Minister bei seinem Vorgehen gegen Oesterreich in einem gewissen Einverständniß mit dem Kaiser war. Zu diesem Schlusse berechtigen überdies zahlreiche Analogien in der äußern wie in der innern Politik beider Staatsmänner. Beide sind einem freien innern Staatsleben oft und mit Gewalt entgegengetreten, beide aber nur dann, wenn sie sich durch dasselbe in der Erreichung ihrer größern politischen Ziele behindert sahen. Wo der Appell an Ideen, die dem conservativen Princip schnurstracks entgegenstanden, den Rücksichten politischer Zweckmäßigkeit entsprach', sind beide nie davor zurückgeschreckt. Graf Bismarck hatte dies durch sein dem österreichischen Bundesreformproject von 1863 entgegengestelltes, auf directer Volkswahl basirendes Programm bereits bewiesen. Beide Staatsmänner zeigten auch ein gegenseitiges Verständniß für die Verschiedenheit der Grundlagen, auf denen ihre Staaten ruhten. Bismarck anerkannte stets, daß der Kaiser Napoleon der Stimmung der Massen, die ihn auf den Thron erhoben, Rechnung tragen mußte, und verstand es, sich in Rücksicht hierauf in seinen Zielen zu beschränken. Napoleon dagegen hat es noch vor dem Kriege ausgesprochen, daß Preußen berufen sei, sich wenigstens in Norddeutsch-

land eine breitere und festere Position zu schaffen. Bis zu dieser Grenze ist ein Einverständniß unbedingt anzunehmen, nicht aber über dieselbe hinaus. Der Vertreter Preußens konnte dem französischen Kaiser nie Aussicht auf einen Fuß breit deutschen Landes, geschweige denn auf die Rheingrenze eröffnen, der Kaiser dagegen nie eine Politik activ unterstützen, die Preußen zum Herrn eines ungetheilten Deutschland gemacht hätte. Sogar die Vortheile, die das Ausland stets in einem durch den Dualismus geschwächten Deutschland erkannt hatte, vermochte er nicht von vornherein leichtweg zu opfern. Jedenfalls aber reichten die Verständigungen zwischen Bismarck und dem französischen Kaiser aus, um erstern in einem um Schleswig-Holsteins willen eintretenden Bruch mit Oesterreich keine anderweiten Gefahren erkennen zu lassen.

Oesterreichs Antwort auf die Note vom 26. Jan. lautete „verneinend und ausweichend". Sie mußte also für Bismarck seiner eigenen Erklärung nach als ein Zeichen gelten, „daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit Preußen zu gehen". Einige Stellen des umfangreichen, hier und da von Gefühlsregungen durchwebten, im allgemeinen aber entschieden gehaltenen Schriftstücks des Grafen Mensdorff (d. d. 7. Febr.) mögen hier folgen:

In der einstweiligen Verwaltung Holsteins ist die kaiserliche Regierung nach der Uebereinkunft von Gastein keiner Controle unterworfen. Sie ist nicht die alleinige Eigenthümerin der holsteinischen Souveränetätsrechte, aber die Art der Ausübung derselben ist ihrem eigenen freien Ermessen überlassen. Wie überall, so vertritt sie auch im Norden Deutschlands hohe conservative Interessen, und ist ihre ernste Sorge, daß ihre ganze Action in Holstein den Anforderungen dieser Pflicht entspreche. Allein ihr Verfahren in Holstein hängt nur von ihren eigenen Eingebungen ab, und sie betrachtet jede einzelne Frage, welche im Bereich ihrer dortigen Administration auftauchen mag, als ausschließlich zwischen ihr und ihrem Statthalter schwebend, jeder andern Einwirkung aber entzogen. Dieselbe Unabhängigkeit räumt sie in Schleswig der königlich preußischen Regierung ein.... Der Minister des Kaisers aber muß den Anspruch des königlich preußischen Gesandten, Rechenschaft über einen Act der Verwaltung Holsteins zu erhalten, entschieden zurückweisen, und ich befolge, indem ich dies ausspreche, nur die Befehle meines kaiserlichen Herrn, allerhöchstwelchem ich die Depesche des Hrn. Grafen von Bismarck zu unterlegen mir zur Pflicht gemacht habe....

In Altona haben wir gegen Preußen — deß werden wir ferner geziehen — die nämlichen Excesse verüben lassen, die wir in Frankfurt gemeinschaftlich mit Preußen verurtheilt haben. Wie hat das königlich preußische Cabinet sich der nahe liegenden Entgegnung aussetzen mögen, daß gerade Preußen sich geweigert hat, ein Verbot solcher Versammlungen, wie sie in Altona stattgefunden, für das gesammte Bundesgebiet zu beantragen? Wäre eine Regelung von Bundes

wegen erfolgt, so hätte es in Holstein nicht an einer festen Norm gefehlt, und die königliche Regierung wäre nicht darauf beschränkt, von uns die Wiedereinführung jener dänischen Ordonnanzen zu verlangen, über deren Druck die Herzogthümer sich meist laut beschwerten, und die wir nicht mehr in praktischer Geltung vorfanden, als wir die Verwaltung Holsteins übernahmen.

Der Kaiser, unser allergnädigster Herr, beklagt diese ganze Polemik. Schwer wird Se. Maj. sich entschließen, zu glauben, daß König Wilhelm den Maßstab für den Werth, welchen der Kaiser auf seine Beziehungen zu Preußen legt, von Oesterreichs Einwilligung oder Nichteinwilligung in den Wunsch der Annexion der Herzogthümer an Preußen werde entnehmen wollen. Ein so einseitiger Anspruch steht den Gedanken des Königs sicher fern. Dennoch spricht die königliche Regierung zu uns, als ob unsere so natürliche Weigerung, diese Annexion sich vollziehen zu lassen, nicht anders als durch eine Rückkehr zu einer Politik verderblicher Eifersucht und Rivalität erklärt werden könne. Ja sie spricht, als ob sie von Oesterreich im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, die Revolution, verlassen und dadurch an der Ausführung ihres Willens verhindert sei, auf die Dauer mit uns gemeinsame Wege zu gehen.

Eigenthümlich ist unbedingt die Rechtfertigung, welche Oesterreich für das Geschehenlassen der altonaer Demonstration darin sucht, daß gerade Preußen sich am Bunde geweigert habe, ein Verbot solcher Versammlungen für ganz Deutschland zu beantragen. Noch schwächer ist das, was von der Wiedereinführung „dänischer Ordonnanzen“ gesagt wird. Solange keine andern Gesetze und Verordnungen im Lande existirten, mußten dänische gelten, oder volle Anarchie einreißen. Das Verhalten der altonaer Polizei zeigte doch klar, daß sie sich das Recht des Verbots vindicirte. Selbst in Ländern, wo das Versammlungsrecht gesetzlich garantirt ist, unterliegen Volksversammlungen unter freiem Himmel vorgängiger Genehmigung. Nie aber lag wol mehr Grund zu einem Verbot vor als damals in Altona. Schon die einfachste Rücksicht auf die internationalen Verhältnisse hätte Oesterreich ein solches zur Pflicht gemacht. Bismarck hatte also einen Ausgangspunkt für den Bruch mit Oesterreich gefunden, in dem nicht nur ein formelles Recht, sondern auch das Urtheil aller Billigdenkenden auf seiner Seite stand.

In einem einzigen Satz der österreichischen Antwort hat die kaiserliche Regierung eine positive Verpflichtung übernommen, die später von Belang wurde. Dieser Satz lautet: „Frei von jeder Verantwortlichkeit dafür, daß das Ziel einer endlichen Lösung der Herzogthümerfrage bisjetzt unerreicht geblieben ist, steht Oesterreich noch immer der Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen dafür ein, daß es nichts zulassen werde, was der vorbehaltenen Verständigung zwischen

den beiden Mächten präjudiziren würde." Diese Zusage entspricht durchaus den Stipulationen des Gasteiner Vertrags, der die Rechte beider Mächte an die Gesammtheit der Herzogthümer ausdrücklich aufrecht erhält. Ein Bruch dieser Zusage, wie er später durch einseitige Einberufung der holsteinischen Stände erfolgte, mußte also gleichzeitig als ein Bruch des Gasteiner Vertrags angesehen werden.

Mit diesem Depeschenwechsel gingen einige andere, die Kluft zwischen den beiden Großmächten erweiternde Vorgänge Hand in Hand.

Am 23. Jan., dem Tage der altonaer Versammlung, richteten 19 Mitglieder der holsteinischen Ritterschaft eine Adresse an den Grafen Bismarck, worin es hieß:

Die gegenwärtige Uebergangsperiode ist in Holstein von Umständen begleitet, die mit einem gesicherten und geordneten Zustande der Dinge unvereinbar sind, und deren längeres Fortbestehen das Land nach und nach vollständig demoralisiren würde. Wir brauchen diese Umstände nicht näher zu entwickeln. Sie sind Ew. Exc. genugsam bekannt. Hochdieselben werden die Bedeutung und die Tragweite von Agitationen vollkommen ermessen, deren ausgesprochener Zweck als eine sowol rechtliche wie moralische Unmöglichkeit erscheint, die aber in Wirklichkeit auch andern Zwecken als den angegebenen nicht fremd sind, und die jedenfalls dazu beitragen, den gesunden Sinn der Bevölkerung und ihr Urtheil über ihre heiligsten Interessen zu verwirren. Wir haben es den augenblicklichen Verhältnissen nicht angemessen finden können, in zahlreicher Versammlung die hier angedeuteten Uebelstände zur Sprache zu bringen und eine öffentliche Kundgebung im Sinne der wahrhaften höchsten Interessen der Herzogthümer zu veranlassen. Wir Endesunterschriebenen haben im Vertrauen auf Ew. Exc. bewährtes tiefes Verständniß der wahren Bedürfnisse der Länder und Völker, auf deren Schicksal einen hohen Einfluß auszuüben Sie berufen sind, beschlossen, Hochdero gütige Vermittelung ganz gehorsamst in Anspruch zu nehmen, um den ehrerbietigen Ausdruck unserer Gefühle zur Kenntniß Sr. Maj. des Königs zu bringen. Wir sprechen es unumwunden aus, daß wir das Wohl und das Heil unsers Vaterlandes nur in dessen Vereinigung mit der preußischen Monarchie erblicken können, und vertrauen ganz der Weisheit Sr. Maj. des Königs, daß Allerhöchstdieselben die dahin führenden Schritte zu erwählen wissen, wie auch den demnächst unter seinem Scepter verbundenen Landen ihre eigenthümlichen Einrichtungen, soweit diese sich mit dem Gemeinwohl vereinigen lassen, erhalten werden.

Die aus einheimischen, gut „augustenburgischen" Beamten bestehende holsteinische Landesregierung ließ sich infolge dieser Adresse am 23. des folgenden Monats zu einem Schritt bewegen, der mit der liberalen Tendenz, die sie unter Inspiration des österreichischen Statthalters zu vertreten sich den Anschein gab, seltsam contrastirte. In einer an General von Gablenz gerichteten Zuschrift remonstrirte

sie nicht allein gegen die Petition der 19 Ritterschaftsmitglieder, sondern behielt sich auch vor, gegen die Absender der Adresse ein gerichtliches Verfahren zu veranlassen. Vielleicht veranlaßte dies erst den Grafen Bismarck zu einer vom 2. März datirten Antwort, welche die Annexion sehr deutlich in Aussicht stellte.

Ein anderer Conflict ergab sich daraus, daß der österreichische Statthalter eine Requisition des Kammergerichts zu Berlin um Auslieferung des sich in Altona aufhaltenden Redacteurs May (eines Preußen) verweigerte. Gablenz verwies das preußische Gericht an die Gerichtsbehörden in Altona, und die österreichische Regierung verweigerte, die Richtigkeit des vom Statthalter eingeschlagenen Verfahrens anerkennend, auch jede diplomatische Verhandlung mit Preußen über diesen Gegenstand.

Da May wegen seiner Preußenfeindlichkeit und seines Märtyrerthums ein Mann von Bedeutung in Holstein geworden war, trug dieser Vorgang zur Mehrung der Popularität des österreichischen Regiments nicht wenig bei. Ganz besonders aber wurde dieselbe durch eine andere, sehr geschickte Maßregel des Generals Gablenz gehoben. Die Losung im Lande war seit langer Zeit: Einberufung der Stände. Da es sich hierbei um Ausübung eines Souveränetätsrechts handelte, behufs dessen es also der unmöglich zu erlangenden Einwilligung Preußens bedurfte, hielt sich Oesterreich zur Zeit noch außer Stande, diesem Wunsch zu willfahren. Um nun dem Volkswillen doch möglichst entgegenzukommen, ergriff Gablenz den Ausweg, zur Feststellung des Jahresbudgets Vertrauensmänner einzuberufen und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1854 auszusprechen.

In vollem Gegensatz zu dem österreichischen Regiment in Holstein stand das preußische in Nordschleswig, wo der Generallieutenant von Manteuffel, dessen Persönlichkeit wir später zu gedenken Gelegenheit finden werden, als General-Gouverneur fungirte. Preußen begann mit empfindlichen Veränderungen in der Stellenbesetzung, bei der von vornherein das Princip festgehalten wurde, daß solche ehemals dänische Beamte, die bis zum letzten Augenblick dem ihrem damaligen Landesherrn geleisteten Eide treu geblieben waren, der Qualification zur Wiederanstellung im Dienste der Herzogthümer nicht verlustig seien. Alle Bedenken, daß damit etwa eine Anerkennung dänischer Nationalitätsrechte ausgesprochen sei, schnitt Manteuffel sehr selbstbewußt mit der Erklärung ab, daß er jede sieben Fuß schleswigscher Erde mit seinem

Leibe zu decken bereit sei. Jeglichen Demonstrationen für den Erbprinzen von Augustenburg wurde mit Polizeimaßregeln und später auch mit Acten autokratischer Gesetzgebung entgegengetreten; unter anderm wurde der Presse die Anwendung des Prädicats Herzog und die Bezeichnung Friedrich VIII. für den Erbprinzen aufs strengste verboten. Als sich infolge der von Holstein aus ins Werk gesetzten Agitation die particularistischen Demonstrationen nichtsdestoweniger wiederholten, erschien am 11. März 1866 eine „provisorische Verordnung, betreffend die Bestrafung feindlicher Handlungen gegen die souveräne Gewalt in Schleswig-Holstein", deren erster Paragraph also lautete:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., verordnen für das Herzogthum Schleswig, was folgt: §. 1. Ein Unternehmen, welches darauf abzielt, den in Gemäßheit des Wiener Friedenstractats vom 30. Oct. 1864 und der Gasteiner Convention vom 14. Aug. 1865 uns und Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zustehenden Souveränetätsrechten zuwider einer andern landesherrlichen Autorität in den Herzogthümern oder in einem derselben gewaltsam Geltung zu verschaffen, soll mit Zuchthaus von 5—10 Jahren bestraft werden. Die Strafe tritt ein, sobald eine Handlung begangen ist, durch welche das verbrecherische Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll."

Ueber die Rechtmäßigkeit ihres Erlasses waren und blieben die Juristen uneinig. Niemand indeß verkannte jetzt noch, daß Preußen seit der Ablehnung der Februarforderungen kein anderer Weg mehr offen stand als der energischen Durchgreifens. Mag es darin manchmal über weise Grenzen hinausgegangen sein, so hat es sich doch durch sein Auftreten in Schleswig nicht nur Respect, sondern auch in weiten Kreisen aufrichtige Sympathien erworben.

Schon im Herbst des vorangegangenen Jahres hatte sich klar erwiesen, daß die schleswig-holsteinische Frage vollständig aufgehört hatte ein Differenzpunkt zwischen der preußischen Regierung und der großen Majorität des preußischen Volks zu sein. Der preußische Abgeordnete Twesten, ein Haupt der Opposition, hatte in dem Absagebriefe, den er der Abgeordnetenversammlung in Frankfurt a. M. zusandte, erklärt, „daß er nicht allein das Selbstbestimmungsrecht des Volks und seine Rechte den Regierungen gegenüber, sondern auch die Machtstellung Preußens ins Auge zu fassen habe, und daß er sich nie an Schritten betheiligen werde, welche darauf abzielten,

Preußen eine Niederlage beizubringen", und ferner, „daß es keine Macht in Deutschland gebe, die für Deutschland etwas leisten könne, außer Preußen". Damit war der Standpunkt des preußischen Volks in seiner weit überwiegenden Mehrheit zum Ausdruck gebracht. Diese Erklärung erhielt eine sehr bedeutende Unterstützung durch die Zahlenverhältnisse, die sich in jener Versammlung herausstellten. Unter den 250 erschienenen Abgeordneten befanden sich nur 16 aus Norddeutschland und nur 8 Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, die sich noch schließlich der Abstimmung enthielten. Die Theorie vom Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner war vom Volk Norddeutschlands bereits aufgegeben und konnte dem Süden nur noch als ein Angriffsmittel gegen Preußen gelten. Die blinde Parteiagitation in Schleswig-Holstein war da angelangt, wo sie nothwendig anlangen mußte, nachdem sie ihren Particularismus hoch über die nationalen Interessen zu stellen begonnen hatte. Seitdem ihr das Recht des Augustenburgers mehr galt als die Wahrung großer deutscher Interessen, seitdem sie ihren Calcul auf die antipreußischen Tendenzen Oesterreichs basirte und zur Verfechtung eines dynastischen Legitimitätsrechts das Bündniß mit der radicalsten Demokratie Süddeutschlands nicht verschmähte, war, wenn nicht die formelle Berechtigung, so doch die Nothwendigkeit für Preußen entschieden, unumwunden auf die Annexion hinzuwirken. Mit der Bevölkerung Schleswig-Holsteins war nicht mehr zu rechnen.

Je allgemeiner dies in Preußen erkannt wurde, um so mehr befestigte sich Graf Bismarck vor der öffentlichen Meinung in der Position, welche er seit dem Beginn des Kriegs gegen Dänemark dem Bunde gegenüber eingenommen hatte. Selbst seine erbittertsten Gegner zollten der Art und Weise, wie er die Unfähigkeit und Ohnmacht des Bundes in der schleswig-holsteinischen Frage bloßgestellt hatte, eine gewisse Anerkennung. Solange er mit Oesterreich gegen den Bund zu Felde gezogen war, hatte man in Preußen vielfach noch für den letztern Partei genommen. Nachdem aber gleich nach Ausweisung der Sachsen und Hannoveraner aus Holstein Oesterreich wieder auf die Seite des Bundes und der Mittelstaaten getreten war, stand Preußen wieder einer dynastischen Coalition gegenüber, mit der die nationalen und liberalen Elemente auf die Dauer unmöglich Hand in Hand gehen konnten. An diesen Umstand knüpften sich Bismarck's weitere großartige Plane. Dem Bunde gegenüber konnte er sich auf einen liberalen, wenn man will revolutionären Boden stellen, während es ihm

zur Zeit im Gebiet der innern Politik des eigenen Landes wie in Schleswig-Holstein fast unmöglich war, den liberalen Parteien Concessionen zu machen. Da Preußen seine Forderungen in der Herzogthümerfrage stets von einem allgemein deutschen Standpunkte aus motivirte, war der Sprung von dieser zur großen deutschen Frage kein abnormer. Lag einmal eine kriegerische Politik im Plan des preußischen Staatsmannes, so konnte ein günstigerer Moment, in der deutschen Frage mit einem neuen Programm hervorzutreten, kaum gefunden werden als der, in dem eine das nationale Interesse befriedigende Lösung der Herzogthümerfrage auf friedlichem Wege unmöglich geworden war. An der Hand eines solchen Programms durfte Preußen es auf einen Bruch mit Oesterreich ankommen lassen. Mochte die Opposition gegen die innere Politik der Regierung auch noch so heftig sein, immerhin war zu erwarten, daß die freisinnigen Elemente Preußens und Norddeutschlands sich in einem Kriege um der Reconstruction Deutschlands willen großentheils auf seine Seite stellen würden, was bei einem Kriege, der nur die gewaltsame Annexion Schleswig-Holsteins zum Zweck hatte, nach allem Vorangegangenen sowol als wegen des den möglichen Opfern nicht entsprechenden Kampfpreises keineswegs angenommen werden durfte.

Ehe wir der neuen Wendung der Dinge folgen, ist es von Interesse, den Nachweis zu liefern, daß alles das, was sich von jetzt ab vor den Augen Europas vollzog, nicht das Spiel des Zufalls war, sondern als vollständig reifer, tiefdurchdachter Plan vor den Augen des preußischen Ministers stand, der sich durch die geschickte Durchführung seines Werks auch nicht in den Augen seiner Feinde einen hervorragenden Platz in der Reihe der ersten Staatsmänner aller Zeiten und aller Länder erobert hat. Wir liefern diesen Beweis durch auszugsweise Mittheilung eines Briefes Bismarck's, den er zur Zeit des italienischen Kriegs an den damaligen preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet hat, als eben wegen der militärischen Führung der deutschen Contingente und der Bundesfeldherrnschaft jene trostlosen Verhandlungen in Frankfurt schwebten. Zur Veröffentlichung ist dieser Brief erst in der zweiten Hälfte des Mai 1866 gelangt. Sein Eingang lautet:

Petersburg, 12. Mai 1859.

Aus den acht Jahren meiner frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Aequivalente zu ge-

währen, welche Oesterreich bei einem ungleich größern Maße eigener freier Bewegung aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürsten und Regierungen der kleinern Staaten nicht mit gleichem Maße gemessen; die Auslegung des Zwecks und der Gesetze des Bundes modificirt sich nach den Bedürfnissen der österreichischen Politik. Ich darf mich Ew. Exc. Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung durch detaillirtes Eingehen auf die Geschichte der Bundespolitik seit 1850 enthalten und beschränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestags, der deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen Rastadt und Mainz, der Neuenburger und der Orientalischen Frage. Stets haben wir uns derselben compacten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. In der Orientalischen Frage erwies sich die Schwerkraft Oesterreichs der unsrigen so überlegen, daß selbst die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregierungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast ausnahmslos haben uns damals unsere Bundesgenossen zu verstehen gegeben, oder selbst offen erklärt, daß sie außer Stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Oesterreich seinen eigenen Weg geht, obschon es unzweifelhaft sei, daß das Bundesrecht und die wahren deutschen Interessen unserer friedlichen Politik zur Seite ständen; dieses war wenigstens damals die Ansicht fast aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen, oder selbst der Sicherheit Preußen jemals in ähnlicher Weise die eigenen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Oesterreich beruht überwiegend auf falschen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit österreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist nothwendig gegen Preußen gerichtet, solange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine gleichberechtigten Bundesgenossen die Assecuranz gegen zu weit gehendes Uebergewicht Oesterreichs zu leisten, und das Misverhältniß seiner Pflichten zu seinen Rechten im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Thätigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Product einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleinern Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden.

Nachdem Bismarck sich darauf sehr entschieden gegen die „Staatsmänner von Bamberg“ gewandt, die, um Preußen zu Gunsten Oesterreichs zur Action zu drängen, „bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde“, bezeichnete er die Zeiten politischer Krisen, „gerade die gefahrvollen Zeiten“ als diejenigen, in denen

Preußen eine Bundesreform in Anregung zu bringen und durchzusetzen habe. „Für uns“, sagte er damals, „kehrt eine Gelegenheit, wenn wir die jetzige unbenutzt lassen, vielleicht nicht so bald wieder, und wir sind dann später von neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten nichts an der Sache ändern läßt.“ Dann heißt es weiter:

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsere Bundesgenossen uns bieten, ergreifen sollten, um zu derjenigen Revision unserer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleinern deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt zur Krisis der Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Oesterreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe nachhelfen ....

Ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unserer deutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preußischer Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehen in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten.

In diesen Eventualitäten kann sich die Weisheit unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach andern Richtungen hin bethätigen und unserer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das preußische Selbstgefühl einen ebenso lauten und vielleicht folgenreichern Ton geben als das bundestagliche. Das Wort „deutsch“ für „preußisch“ möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestaglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Ew. Exc. mir bei diesem brieflichen Streifzug in das Gebiet meiner frühern Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiste zurufen; aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, sondern nur das Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund ablegen wollen. Ich sehe in unserm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei zeiten in günstiger Jahreszeit eine Cur dagegen vornehmen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne etwas anderes an seine Stelle zu setzen, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen.

Dieses Programm, welches Bismarck damals in seiner Stellung als preußischer Gesandter in Petersburg nur vorzuschlagen, nicht aber zur Ausführung zu bringen vermochte, hat er später vollständig realisirt, er hat sogar, wie der weitere Verlauf der Dinge zeigen wird, die Möglichkeit zu seiner Realisirung aufs neue geschaffen.

Oesterreich hat die Andeutung, welche Bismarck in seiner Note vom 26. Jan. 1866 bezüglich der wiedergewonnenen Freiheit seiner Politik gab, unzweifelhaft richtig verstanden. Nachdem der kaiserliche Gesandte in Berlin seine Regierung darüber informirt hatte, daß die Antwort vom 7. Febr. als „ausweichend und ungenügend" befunden werde, machte Oesterreich einen Versuch zur Annäherung an Italien auf handelspolitischem Gebiet. Aber dieser Versuch war so schwächlich, so weit entfernt von dem Minimum, was Italien fordern mußte, daß er völlig erfolglos blieb. Eine Verleugnung der seitherigen dynastischen Maximen, eine rückhaltslose Anerkennung der neugeschaffenen und bereits wesentlich consolidirten politischen Zustände hätte Oesterreich vielleicht noch große politische Vortheile über Preußen erringen lassen, da es durch einen solchen Schritt seine Stellung zu Frankreich sofort erheblich verbessert hätte. Dazu aber vermochte man sich in Wien nicht aufzuschwingen, so günstig auch der Moment war. Eben noch plaidirte der italienische Ministerpräsident, unter lautem Beifall der französischen officiellen Presse, für Reduction der italienischen Armee auf den Friedensfuß. Wenige Tage später war dieser günstige Augenblick verpaßt.

Als die ersten Tage des März herangekommen waren, ohne daß bis dahin eine Antwort auf die an Preußen gerichtete Note vom 7. Febr. eingelaufen war, begann man in Wien, sich auf kriegerische Eventualitäten vorzubereiten. Der Kaiser berief die Commandanten der vier Armeen und zwölf Armeecorps sowie deren Generalstabschefs, außerdem eine Anzahl activer und inactiver militärischer Autoritäten zu längern Conferenzen nach Wien. Auf preußischer Seite vermied man derartige auffällige Vorgänge. Nur zu einem einzigen Ministerconseil (am 18. Febr.) wurden der Chef des Generalstabs und einige andere Generale zugezogen. In demselben wurde indeß die Frage, ob Preußen sich nach Lage der Dinge schon auf kriegerische Eventualitäten vorzubereiten habe, noch entschieden verneint. Als wenige Tage darauf Graf Károlyi, der österreichische Botschafter, beim Grafen Bismarck Erkundigungen über die Stellung Preußens zu Oesterreich anstellte,

konnte dieser die Antwort ertheilen, daß er zwar das bisherige intime Verhältniß zu Oesterreich, wie es sich auf der Basis eines gemeinsamen Kriegs gebildet habe, als gelöst betrachte, daß daraus aber kein anderes Verhältniß folge als das zweier Großmächte, die sich gegenseitig keiner besondern Intimität erfreuten.

Diese Antwort mußte Oesterreich entschiedene Verlegenheit bereiten. Nach förmlicher Verleugnung der Allianz war das Verhältniß in den Herzogthümern doppelt und dreifach unhaltbar. Oesterreichs Stellung in Holstein war militärisch ein verlorener Posten. Sobald diese Erkenntniß gewonnen war, reifte in Wien aber auch der bestimmte Entschluß, es auf eine große Waffenentscheidung mit Preußen ankommen zu lassen.

In einer vom 16. März datirten „ganz vertraulichen" Circulardepesche, die ihrem Hauptinhalt nach erst mehrere Monate nach dem Kriege zur Veröffentlichung gelangte, theilte Oesterreich den ihm befreundeten deutschen Cabineten den ganzen diplomatischen Operationsplan mit, den es Preußen gegenüber einzuhalten gedenke. Derselbe enthielt zum Theil sogar den Wortlaut der Anträge, welche Oesterreich drei Monate später beim Bundestage stellen ließ und aus denen sich der casus belli ergab. Im allgemeinen lief dieser Plan darauf hinaus, sich von der Preußen gegenüber eingegangenen Verpflichtung, eine definitive Entscheidung über das Geschick der Herzogthümer nur im Einverständniß mit dem berliner Cabinet zu treffen, loszusagen und diese Entscheidung dem Bunde anheimzugeben. Der zu erwartenden Selbsthülfe Preußens solle dann durch Mobilisirung des 7., 8., 9. und 10. Bundescorps und deren Vereinigung mit der österreichischen Armee entgegengetreten werden. Die Depesche hatte augenscheinlich den Zweck, die betreffenden Staaten zu sofortigen Mobilisirungen zu veranlassen. *)

Mit diesem wohldurchdachten, großartigen Plan, der übrigens dem Berliner Cabinet schon zu Anfang April bekannt war, standen die

---

*) Nachstehend eine von der „Allgemeinen Zeitung" gebrachte, offenbar etwas flüchtig gehaltene Analyse dieser Circulardepesche:

In der Einleitung heißt es, daß Oesterreich, „falls Preußen einen offenen Bruch herbeiführe", beabsichtige, „das Einschreiten des Bundes auf Grund des Art. 11 der Bundesacte und des Art. 19 der Wiener-Schluß-Acte in Anspruch zu nehmen, und zugleich dem Bunde alle weitern Entschließungen zur Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit anheimzustellen". Es wird dann mitgetheilt, daß Graf Károlyi den Auftrag habe, den preußischen Ministerpräsidenten

militärischen Vorbereitungsmaßregeln, zu denen sich Oesterreich gleichzeitig entschloß, keineswegs in Einklang. Es begann um die Mitte des März mit geringfügigen Truppenconcentrationen aus Ungarn und andern Provinzen in Böhmen und Galizien. Einen Vorwand dazu boten

---

um positiven Aufschluß anzugehen, ob der berliner Hof die Absicht habe, die Gasteiner Convention zu zerreißen. Erfolge darauf eine unbefriedigende oder ausweichende Antwort, so werde Oesterreich in Frankfurt folgende Erklärung abgeben: „... Zum tiefsten Bedauern des kaiserlichen Hofes seien die bisherigen Verhandlungen mit Preußen ohne den gewünschten Erfolg geblieben. Die königlich preußische Regierung habe geglaubt, Forderungen aufstellen zu müssen, deren Gewährung mit den Interessen und der Machtstellung der österreichischen Monarchie ebenso wenig wie mit dem deutschen Nationalinteresse und der Verfassung des Deutschen Bundes vereinbar sei. Der Präsidialgesandte sei daher beauftragt, der Bundesversammlung die Anzeige zu erstatten, daß die kaiserliche Regierung ihre Bemühungen, eine definitive Lösung der Herzogthümerfrage im Einvernehmen mit Preußen vorzubereiten, als vereitelt betrachten und sonach alles Weitere den verfassungsmäßigen Beschlüssen des Bundes, welchem ihre Anerkennung stets gesichert sei, anheimstellen müsse. Auf diese Erklärung dürfe sich jedoch die kaiserliche Regierung nicht beschränken. Sowol durch die Sprache des preußischen Cabinets als durch Nachrichten über militärische Vorbereitungen in Preußen sei in weiten Kreisen die Besorgniß einer Gefährdung des Friedens in Deutschland wach gerufen worden. Die kaiserliche Regierung hege zwar die Hoffnung, daß die Kenntniß der wahren Intentionen Preußens hinreichen werde, um die Besorgniß vollständig zu zerstreuen. Allein da es ihr nicht gelungen sei, vom berliner Cabinet befriedigende Aufklärungen zu erhalten, so befinde sie sich in dem Falle, in dem Kreise ihrer Bundesgenossen sich auf die durch Art. 11 der Bundesacte und Art. 19 der Wiener-Schluß-Acte feierlich von allen Mitgliedern des Bundes eingegangenen Verpflichtungen zu berufen. Der Gesammtheit des Bundes liegt es ob, Sorge dafür zu tragen, daß Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern nicht mit Gewalt verfolgt werden, und die kaiserliche Regierung erfülle daher nur eine Pflicht, wenn sie der Bundesversammlung rechtzeitig anheimstelle, auf Wahrung des Bundesfriedens ihr Augenmerk zu richten. Zunächst werde die Bundesversammlung sich darüber, daß Gefahr der Selbsthülfe nicht vorhanden sei, jene vollständige Beruhigung zu verschaffen haben, welche eine an Recht und Vertrag festhaltende Regierung, wie diejenige Sr. Maj. des Königs von Preußen, ihren Bundesgenossen sicher nicht werde vorenthalten wollen. Vorstehendes werde der Inhalt der ersten kaiserlichen Erklärung am Bunde sein, und die kaiserliche Regierung erwartet, daß die ... Regierung ihren Bundestagsgesandten in Frankfurt im voraus mit der Instruction versehen werde, unmittelbar nach der österreichischen Erklärung für eine Aufforderung oder ein Ersuchen an Preußen, sich über seine Absichten auszusprechen, zu stimmen. Sollte der Widerspruch einzelner Gesandten eine Berathung und Schlußziehung in derselben Sitzung, wie die Geschäftsordnung dies ermöglicht, verhindern, so wäre wenigstens in einer unmittelbar nachfolgenden Sitzung die sachgemäße Eröffnung an Preußen zu beschließen. Würde übrigens die Gefahr eines Friedens-

einige unbedeutende Excesse gegen die Juden in Böhmen. Der einzige militärische Vortheil, der hierdurch erreicht wurde, bestand in der Erleichterung der Augmentirung gewisser Regimenter, die dadurch ihren Ergänzungsbezirken näher gebracht wurden; im ganzen aber hatte die Maßregel gar keinen Sinn, da bei andern Regimentern das Umgekehrte der Fall war. An einen kriegerischen Einfall in Böhmen war, solange die preußische Armee nicht gerüstet war, nicht im entferntesten zu denken, und zu einer solchen Rüstung war positiv noch nicht das mindeste geschehen. Die Nothwendigkeit einer Defensive war also gar nicht abzusehen, zu einer Offensive aber waren die Maßnahmen allzu winzig. Oesterreich erreichte also durch diese verfrühte und weniger als halbe Maßregel nichts anderes, als daß ihm Preußen die Initiative einer Bedrohung zum Vorwurf machen konnte, welchen politischen Vortheil sich Graf Bismarck keineswegs entgehen ließ.

Preußen handelte auf anderm Gebiet. Ehe es an kriegerische Vorbereitungen dachte, sicherte es sich einen Alliirten. Schon im Laufe des Februar oder zu Anfang März knüpfte es Verbindungen mit Italien an. Dieses sandte den General Govone in geheimer Mission nach Berlin, und schon gegen den 26. oder 27. März wurde ein Allianzvertrag vereinbart, der am 8. April unterzeichnet und bald darauf von beiden Monarchen ratificirt wurde. In diesem Vertrag verpflichtete sich Italien, für Preußen einzutreten, im Fall dieses wegen Aufrechterhaltung seiner Bundesreformvorschläge und der Berufung eines deutschen Parlaments binnen drei Monaten kriegerisch engagirt werden sollte. In diesem Falle übernahm Preußen dagegen die Verpflichtung, Italien behufs Erwirkung der Cession Venetiens zur Seite zu stehen. Lamarmora, der italienische Ministerpräsident,

---

bruchs noch dringender, ergäben sich positive Anzeichen für beabsichtigte Gewaltstreiche, oder würde in Preußen die Mobilisirungsordre wirklich erlassen, dann könnte selbstredend dem Drange der Situation nicht durch die bloßen Vermittelungsbemühungen eines Ausschusses abgeholfen werden, sondern die Nothwendigkeit würde vorhanden sein, rasch und entschieden die Maßregeln zu ergreifen, durch welche, um mit dem Art. 19 der Schluß-Acte zu reden, jeder Selbsthülfe vorzubeugen und der bereits unternommenen Einhalt zu thun wäre. Einem drohenden Angriff Preußens gegenüber könnten diese Maßregeln nur in der Kriegsbereitschaft des 7., 8., 9. und 10. Bundescorps und in der Aufstellung derselben im Verbande mit der österreichischen Armee bestehen, und die kaiserliche Regierung müsse daher hoffen, daß sie im gegebenen Augenblick die ... Regierung bereit finden würde, für einen solchen Beschluß in Frankfurt zu stimmen." Zum Schluß wird die Depesche als eine ganz vertrauliche bezeichnet.

hatte anfänglich die „Cession der Oesterreich unterworfenen italienischen Gebiete“, also nicht nur Venetiens, sondern auch des Trentino verlangt. Dazu aber vermochte Graf Bismarck seine Hand nicht zu bieten, da es sich dabei um deutsche Interessen und um deutsches Bundesgebiet handelte. Der Eingang des Vertrags enthielt die Wendung: „Pour assurer la paix de l'Europe.“ Eine seiner wesentlichen Stipulationen besagte, daß im Fall eines gemeinsamen Krieges keiner von beiden Staaten ohne den andern in Friedensunterhandlungen eintreten dürfe.

In Italien war inzwischen die von Lamarmora noch kurz vorher verkündete Friedenstendenz rasch umgeschlagen. Das ganze Land war infolge des sich brennender gestaltenden Conflicts zwischen Preußen und Oesterreich im höchsten Grade kriegerisch erregt. Obgleich von den Allianzverhandlungen noch gänzlich in Unkenntniß, hielt es den Kampf gegen Oesterreich für selbstverständlich, sobald dieses im Norden engagirt sei. Eine Episode in der Kammer hatte indeß auch über die Absichten der Regierung keinen Zweifel gelassen. Nachdem General Menabrea am 8. März eine äußerst kriegerische Rede gehalten hatte, antwortete Lamarmora folgenden Tags auf Interpellation in Betreff des Standes der auswärtigen Angelegenheiten dem Marquis Pepoli: die Verhältnisse seien im Moment zu verwickelt, und die Stellung der Regierung eine zu leicht zu compromittirende, um eine Mittheilung der Entschließungen des Cabinets zuzulassen. Marquis Pepoli bemerkte darauf etwa: „Die Zeit wird bald eintreten, in der man erkennen wird, daß ich heute recht daran that, der Regierung aus patriotischem Herzen den Rath zu ertheilen, sie möge sich bereit halten, die kommenden Ereignisse zu benutzen.“ Der Ministerpräsident ließ sich dadurch verleiten, seine Karten aufzudecken. „Aus den letzten Worten des ehrenwerthen Abgeordneten“, sagte er, „scheint hervorzugehen, daß er wisse, welche vorbereitenden Schritte bereits von uns gethan sind.“ Eine gewaltige Aufregung bemächtigte sich der Kammer wie des Landes. Die Verhältnisse gestalteten sich bald so, daß die Regierung kaum noch Herrin ihrer Entschließungen blieb.

Die preußische officiöse Presse denuncirte der Welt die österreichischen Rüstungen in auffälligen Uebertreibungen, offenbar in der Absicht, Preußen schließlich als in Wirklichkeit bedroht und im Stande der Nothwehr befindlich erscheinen zu lassen. Auf österreichischer Seite nahm man freilich zu demselben Mittel seine Zuflucht, entbehrte aber, da auf preußischer Seite positiv noch nichts geschah und bei der

trefflichen Organisation der Armee auch nichts zu geschehen brauchte, jedes thatsächlichen Anhalts. Bismarck's Plan war vorläufig ausschließlich dahin gerichtet, eine kriegerische Entscheidung auf politischem Gebiet vorzubereiten.

Im Innern Preußens mußte zunächst die Stimmung verbessert werden. Solange das Abgeordnetenhaus seine Opposition gegen die innere Politik Bismarck's fortsetzte, war, ungeachtet der veränderten Stimmung bezüglich Schleswig-Holsteins, nicht daran zu denken, daß irgendein Schritt in der äußern Politik von der öffentlichen Meinung lebhaft unterstützt werden würde. Es war einmal Tendenz der hervorragendsten Parteiführer, jeden Angriffspunkt gegen das Ministerium zu benutzen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die Machtstellung des Staats geschädigt wurde. Die Regierung entschloß sich daher zu einem kleinen Staatsstreich, indem sie die erst am 15. Jan. eröffnete Session für 1866 schon am 23. Febr. schloß, ehe noch das Budget für das laufende Jahr zur verfassungsmäßigen Berathung gelangt war. Das Land ahnte zur Zeit noch nicht, welches Gewitter am Himmel der auswärtigen Politik schwebe, und nahm die Maßregel mit unverhaltenem Mismuth auf. Es vergingen indeß nur wenige Wochen, und die Interessen waren in veränderter Richtung abgelenkt. Jedenfalls war es schon ein großer Vortheil für die Regierung, in ihrer äußern Politik der großen Behinderungen überhoben zu sein, die ihr eine Kammer bereiten mußte, in der sie außer wenigen Hochconservativen keinen einzigen Anhänger zählte. Und selbst auf die Feudalen konnte sie bei den Wegen, die sie jetzt zu gehen gewillt war, nicht rechnen.

Gegen die Mitte des März begann endlich die officiöse preußische Presse von der Nothwendigkeit einer Bundesreform zu sprechen, die unvermeidlich erscheine, „falls es nicht gelinge, die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage auf dem Wege bundesfreundlichen Einverständnisses mit Oesterreich zu lösen". Damit war die bereits angedeutete Wendung, welche Bismarck seiner Action gegen Oesterreich gab, eingeleitet. Eine durchschlagende Wirkung auf die allgemeine Stimmung des Landes war, namentlich bei der ungemeinen Discreditirung der officiösen Organe, vorläufig noch nicht wahrzunehmen, wohl aber erkannten alle Einsichtigern, daß mit dieser Anregung der Bundesreform die Streitfrage mit Oesterreich von dem speciellen Gebiet Schleswig-Holstein auf ein weiteres principielles verlegt werden sollte, ein Schritt, der bereits in zahlreichen Reden politischer Theoretiker als der einzig

richtige bezeichnet worden war, auf dessen Realisirung indeß niemand gefaßt war.

Unbedingt war die hiermit angebahnte Generalisirung der Herzogthümerfrage zur deutschen vor Erweiterung des Conflicts mit Oesterreich zur brennenden Frage ein Meisterzug in der Politik Bismarck's. Sein beharrliches Schweigen nach Eingang der Note des Grafen Mensdorff vom 7. Febr. und seine Verhandlungen mit Italien lassen keinen Zweifel darüber, daß die kriegerische Lösung jetzt das Endziel seines Strebens war. Dies Ziel war dadurch gesichert. In der schleswig-holsteinischen Frage hätte Oesterreich möglicherweise noch so weit nachgegeben, als es Preußen, ohne allgemeinen Zorn gegen sich zu erwecken, fordern konnte, in der deutschen — nie. Hier trat die ursachliche große Streitfrage zwischen beiden Staaten in voller Nacktheit in den Vordergrund, der Schleier des Bundes-, Legitimitäts- und Selbstbestimmungsrechts, mit dem Oesterreich seinen Antagonismus gegen Preußen in der speciellen Streitfrage deckte, mußte nothwendig zerreißen.

Es galt also, diese deutsche Frage ungesäumt zum Angelpunkt des Conflicts zu machen. Oesterreich selbst ermöglichte dies dem preußischen Minister. Als ob die Uebertreibungen dessen, was bis dahin österreichischerseits auf militärischem Gebiet geschehen war, dasselbe geradezu gereizt hätten, auf dem betretenen Wege immer weiter zu gehen, war es in der zweiten Hälfte des März schon so weit gekommen, daß es Preußen möglich war, sich nun wirklich als kriegerisch bedroht zu erklären. Der bekannte sächsische Minister von Beust (heute Oesterreichs Reichskanzler) hatte das Seinige dabei mitgethan. Wie immer zu einer kriegerischen Großmachtspolitik bereit, hatte er Oesterreich nicht nachstehen wollen und gleichfalls für militärische Duodezmaßregeln Sorge getragen. Unter anderm wurden Rekruteneinstellungen beschleunigt und Reserven zu den Fahnen gerufen. Gestützt hierauf ließ Graf Bismarck die bereits eröffneten Vorpostengefechte der officiösen Presse bezüglich der kriegerischen Bedrohungen und der Nothwendigkeit sofortiger Bundesreform mit verstärkten Kräften fortsetzen; dann richtete er plötzlich unter dem 24. März eine Circulardepesche an die deutschen Regierungen, in welcher er unter Verzicht auf eine Hülfe des Bundes als solchen die einzelnen Staaten zur Erklärung auffordert, inwiefern er bei einem kriegerischen Zusammenstoß mit Oesterreich auf ihre Unterstützung zählen könne. Gleichzeitig ward dabei die Bundesreform in sehr ent-

schiedener Weise betont. Die Depesche ist eine geschichtlich wichtige Urkunde und verdient eine nähere Analyse.

Zunächst erhebt Graf Bismarck Klage gegen Oesterreich, weil dessen Verwaltung in Holstein im Widerspruch mit den vertragsmäßig erworbenen Rechten Preußens darauf gerichtet sei, dieses Land dem Erbprinzen von Augustenburg thatsächlich zu überantworten. Es wird dann auf die preußische Depesche vom 26. Jan. und deren „ablehnende" Beantwortung übergegangen. Seit jener Zeit hätten beide Mächte gegeneinander geschwiegen, Oesterreich aber zum großen Erstaunen Preußens zu einem großen Kriege Vorbereitungen getroffen, sodaß bald eine starke Heeresmacht an der von allen Gegenmaßregeln völlig entblößten preußischen Grenze stehen werde. Ueber den Umfang der österreichischen Rüstungen wurde eine specielle Nachweisung beigefügt. Nach dieser Darlegung macht Graf Bismarck vollen Gebrauch von den Vortheilen seines bisherigen Verhaltens. Ganz naiv fragt er: „Was will Oesterreich mit diesen Rüstungen? Will es uns mit Gewalt zwingen, sein intimer Bundesgenosse zu bleiben oder unser Schweigen durch entgegenkommende Eröffnungen zu brechen?" Es folgt dann die vollständig richtige Versicherung, daß Preußen bisher nicht den entferntesten Anfang zu Gegenrüstungen gemacht, keinen Mann eingezogen, keine Truppen dislocirt, keine Vorbereitungen getroffen habe. Dann aber heißt es:

Aber wir werden, angesichts der österreichischen Aufstellungen, nun auch unsererseits nicht länger zögern dürfen, damit die Situation von 1850 sich nicht wiederhole, wo eine schlagfertige österreichische Armee drohend an unserer Grenze stand, bevor wir gerüstet waren. Die Behauptung, daß Oesterreichs jetzige Rüstung nur der Defensive gelte, kann uns über ihren drohenden Charakter nicht beruhigen, da von uns keine einzige Maßregel ergriffen war, welche Oesterreich hätte veranlassen können, an seine Vertheidigung zu denken. Wir befürchten, daß die Sprache Oesterreichs sich ändern würde, sobald ein entscheidender Vorsprung in den Rüstungen ihm eine Ueberlegenheit gäbe. Wenn wir daher nunmehr auch Rüstungen anordnen müssen, so werden wir mit mehr Recht als Oesterreich behaupten können, daß sie einen rein defensiven Charakter tragen und nur durch Oesterreichs unerklärte Rüstungen hervorgerufen sind. Wenn durch dieses Gegenüberstehen von Kriegsheeren die Situation gespannter und die Gefahr eines Conflicts größer wird, so werden nicht wir es sein, welche deshalb ein Vorwurf treffen kann. Denn wir können nicht zugeben, daß Schlesien von Krakau bis zur sächsischen Grenze mit kriegsbereiten Truppen umstellt werde, ohne daß wir Maßregeln zum Schutz des Landes treffen.

Dann zu dem Hauptpunkte übergehend, lautet die Depesche wie folgt:

Aber Maßregeln zu unserer augenblicklichen Sicherung sind nicht das einzige, was die Situation von uns gebieterisch fordert. Die Erfahrung, welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des wiener Cabinets gegen uns gemacht haben, nöthigen uns, auch die Zukunft ins Auge zu fassen und uns nach Garantien umzusehen, welche uns die Sicherheit gewähren können, die wir in dem Bunde mit der andern deutschen Großmacht nicht nur vergebens gesucht haben, sondern sogar durch dieselbe bedroht sehen. Preußen ist durch seine Stellung, seinen deutschen Charakter und durch die deutsche Gesinnung seiner Fürsten vor allem zunächst darauf angewiesen, diese Garantien in Deutschland selbst zu suchen. Auf dem Boden der deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen, und werden wir immer zuerst versuchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden.

Aber so oft wir diesen Gedanken ins Auge fassen, drängt sich von neuem die Erkenntniß auf, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für jenen Zweck und für die active Politik, welche große Krisen jeden Augenblick fordern können, nicht ausreichend ist. Seine Einrichtungen waren darauf berechnet, daß die beiden deutschen Großmächte stets einig seien; sie haben bestehen können, solange dieser Zustand durch eine fortgesetzte Nachgiebigkeit Preußens gegen Oesterreich erhalten wurde, einen ernsthaften Antagonismus der beiden Mächte können sie nicht ertragen, einen drohenden Bruch und Conflict nicht verhüten oder überwinden. . . . Wir vermögen in der jetzigen Lage der Dinge uns das Vertrauen auf eine wirksame Hülfe des Bundes, im Fall wir angegriffen würden, nicht zu bewahren. Bei jedem Angriff, sei es von Oesterreich, sei es von andern Mächten, werden wir immer zunächst auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein, wenn nicht ein besonders guter Wille einzelner deutscher Regierungen zu unserer Unterstützung Mittel in Bewegung setzte, welche auf dem gewöhnlichen bundesmäßigen Wege viel zu spät flüssig werden würden, um noch von Werth für uns zu sein. Wir sind gegenwärtig, gegenüber den drohenden Rüstungen Oesterreichs, in der Lage, an unsere Genossen im Bunde die Frage zu richten, ob und in welchem Maße wir auf diesen guten Willen zählen dürfen? Aber auch der vielleicht bei einigen unserer Bundesgenossen augenblicklich vorhandene gute Wille gibt uns für kommende Gefahren keine Beruhigung, weil bei der gegenwärtigen Lage des Bundes und dem Stande der Bundesmilitärverhältnisse die rechtliche oder thatsächliche Möglichkeit, ihn zu bethätigen, vielfach mangeln wird.

Diese Erwägung und die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der andern im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Nothwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen. Das Bedürfniß derselben wird sich für uns um so dringlicher fühlbar machen, je weniger wir auf die ebengestellte Frage hinsichtlich des Beistandes, den wir zu gewärtigen haben, eine befriedigende Auskunft erlangen; abweisen aber können wir es in keinem Fall, und wir glauben in der That, daß wir dabei nicht nur in unserm eigenen Interesse handeln. Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — dies gilt zu unsern, wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung

gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter als die der meisten andern europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der Deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde.

Schon am 27. März hatte man in Berlin Kenntniß von der Aufnahme, welche diese Depesche an den verschiedenen Höfen gefunden hatte. Keine einzige der deutschen Regierungen ging auf die preußischen Vorstellungen vollständig ein. Hannover und Kurhessen gaben ausweichende Antworten, die Mehrzahl der übrigen Regierungen verwies Preußen an den Bund und berief sich speciell auf Art. 11 der Bundesacte und den Art. 19 der Wiener-Schluß-Acte. Ersterer verbietet den Bundesgliedern einander zu bekriegen und bestimmt zur Regelung von Streitigkeiten eine Austrägalinstanz; letzterer lautet wörtlich: „Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthülfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge zu tragen."

Der König von Preußen erließ folgenden Tags (den 28. März) die erste Ordre zur Herstellung einer partiellen Kriegsbereitschaft der Armee. Die Ordre war sehr wenig umfassend und trug nur den Charakter einer Demonstration. Daß unter anderm ein Theil der Infanterieregimenter von der im Frieden etwa vorhandenen halben Kriegsstärke auf weniger als zwei Drittel der Kriegsstärke gesetzt wurde, hatte gar keine Bedeutung. Die Infanterie Preußens ist in acht Tagen vom Friedensfuß auf den vollen Kriegsfuß zu bringen, mit ihrer Augmentirung konnte also füglich noch gewartet werden. Auf die Waffen, welche längere Zeit zu ihrer Mobilisirung brauchen, namentlich die Artillerie, erstreckte sich jene Ordre nur in geringer Ausdehnung.

Auch in Italien begannen an diesem Tage die Vorbereitungen auf den Krieg. Dort rief man einen ganzen vorläufig zurückgestellten

Rekrutenjahrgang zu den Fahnen. Eigentliche Rüstungen aber unterließ man noch; der Armeebestand behauptete sich noch längere Zeit innerhalb der Grenze der normalen Friedensstärke. Daß eine Allianz zwischen Preußen und Italien in Aussicht stand, war indeß bereits kein Geheimniß mehr. Schon am 27. März brachte die wiener „Neue freie Presse" die allerdings verfrühte Nachricht, der betreffende Vertrag sei bereits vom König Wilhelm unterzeichnet.

2) Innere Verhältnisse Preußens und Oesterreichs. Haltung der österreichischen Presse. Note des Grafen Mensdorff vom 31. März. Preußische Antwort vom 6. April. Oesterreichische Note vom 7. April. Erwiderung Bismarck's vom 15. April. Der preußische Antrag auf Bundesreform vom 9. April.

Die ersten preußischen Rüstungen deckten die volle Schwierigkeit auf, die der leitende preußische Staatsmann auf seinem bereits fest ins Auge gefaßten Wege zu einer kriegerischen Entscheidung zu überwinden hatte. Kein Staat der Welt ist mehr darauf angewiesen, sich beim Uebergange vom Frieden zum Kriege der Zustimmung der eigenen Bevölkerung zu vergewissern, als der preußische. Wenige Nationen aber sind dagegen auch kriegerischer Erregung zugänglicher als gerade diese. Beispiele, in denen eine ganze Nation den Ruf „Zu den Waffen!" lauter erschallen ließ, als dies in Preußen 1805—6 und 1813 geschehen, Beispiele, in denen sie einen zu theuer erkauften Frieden schmerzlicher empfand und härter beurtheilte, als es dort nach der Katastrophe von Olmütz der Fall war, mögen selten gefunden werden. Wenn dennoch ein ohne Zustimmung der Bevölkerung begonnener Krieg seine ernsten Bedenken hat, so liegt dies in der eigenthümlichen Organisation des Heeres, das in Wahrheit das Volk in Waffen repräsentirt. Auf kleine Expeditionen, wie der Krieg gegen Dänemark, bei denen nur die jüngern Kräfte des Heeres und diese nur zum geringern Theil zur Verwendung kommen, hat dies allerdings wenig Einfluß. Wenn aber der ganze Organismus seine Thätigkeit entfalten soll, wenn beide Aufgebote der Landwehr herangezogen werden müssen, wenn das Gesetz über die Kriegsleistungen des Landes in Kraft treten soll, dann bedarf es einer gehobenen Stimmung der Bevölkerung, um nicht sofort mit moralischen Niederlagen zu beginnen.

Dies moralische Moment ist für die Regierung von noch höherm Belang als das finanzielle. Preußen war bereits ein constitutioneller Staat, aber die Verhältnisse waren thatsächlich doch keineswegs dazu ange-

than, jede kriegerische Action von finanziellen Bewilligungen der Volksvertretung abhängig zu machen. Die Regierung verfügte bei den trefflich geordneten Finanzen des Staats unter normalen Verhältnissen in jedem Augenblick über ganz bedeutende Mittel. In erster Linie stand ein Staatsschatz von circa 30 Mill. Thlrn. in baaren Beständen, als eine stets mobil zu machende Kriegskasse. Dazu traten die erheblichen Bestände in den Staatskassen, von denen bei Sistirung aller Ausgaben für extraordinäre Zwecke stets ein großer Theil verwendbar war. Ein anderes Hülfsmittel zu finanziellen Operationen gewährten die verschiedenen Staatseisenbahnen und andere vom Staat ressortirende Institute. „Das Geld herzunehmen, wo es sich findet", wie Bismarck sagte, als ihm die Mittel für den schleswig-holsteinischen Krieg verweigert wurden, war daher bis zu einer gewissen Grenze nicht allzu schwer. Hierzu war nun die preußische Regierung auch diesmal fest entschlossen, denn Aussicht, vor Beginn des Kriegs eine Anleihe bewilligt zu erhalten, war wenig vorhanden. War erst der Krieg begonnen, so war an der Bewilligung dessen, was zu seiner ehrenvollen Durchführung erforderlich war, keineswegs zu zweifeln.

Die moralische Abhängigkeit von der Stimmung der Nation ward von dem Grafen Bismarck keineswegs unterschätzt, wenn er auch oppositionelle Parteimanifestationen und Kundgebungen der Friedensliebe um jeden Preis nicht allzu hoch anschlug. Um die Unterstützung der Nation zu gewinnen, blieb er daher in hohem Grade darauf angewiesen, sich bei allen Schritten das formelle Recht möglichst zu sichern, Preußen möglichst als den in die Vertheidigung gedrängten oder mit seiner Ehre engagirten Theil hinzustellen, gleichzeitig aber seine Ziele für ein endliches actives Vorgehen so zu stecken, daß er für dieselben der Zustimmung der Nation sicher war. Bis zu Erlaß der Depesche vom 24. März hatte er in allen diesen Beziehungen noch sehr wenig erreicht. Selbst das Auftreten gegen Oesterreich und den Bund, so sehr es im Herzen der großen Majorität des Landes gebilligt wurde, schaffte ihm keine feste Stütze im Lande. An den vollen Ernst, eine wirklich liberale Bundesreform ins Leben zu rufen, glaubten auch infolge der Note vom 24. März, die sofort veröffentlicht wurde, noch wenige im Lande. Die Art und Weise, wie die Regierung seit vier Jahren der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung gegenübergetreten war, hatte allzu bitteres Blut gemacht. Wer nur ein Wort zur Vertheidigung des Ministerpräsidenten zu sagen wagte, ward als

Bismarckianer in die Acht erklärt. Dagegen war der Cultus der Kammeropposition eine wahre Manie geworden. Mit der Kammer war nun Bismarck gerade in der letzten Session am schlechtesten umgegangen, was ihm die Koryphäen der Opposition weit weniger vergaßen als die durch die äußere Politik abgelenkte Masse des Volks. Aus den Reihen der Opposition erhoben sich deshalb, als die Note vom 24. März den Ernst der Situation klar machte, zahlreiche Stimmen, die in vielen Theilen des Landes zu Demonstrationen aufriefen und meist großen Anklang fanden. Bei vielen Parteihäuptern hat unzweifelhaft die Ansicht obgewaltet, daß jeder äußere Erfolg Bismarck'scher Politik dem Grabgeläute für alle verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten gleichzuachten sei. Zwei Irrthümer aber walteten hierbei ob: zunächst eine Unterschätzung der politischen Wirkungen der preußischen Wehrverfassung, dann aber das völlige Miskennen der Zwecke, die das Bismarck'sche Regiment zu allen illiberalen Pressionen fortgerissen hatte. Bismarck's ganzes Streben war auf Machtstärkung Preußens in Deutschland gerichtet, sein letztes Mittel zu diesem Zweck war der Krieg. Seiner wie des Königs Ueberzeugung gemäß war dazu die Aufrechterhaltung der neuen Armeereorganisation dringend geboten. Diese Reorganisation hatte das Ministerium Bismarck als eine Erbschaft von denjenigen Ministern überkommen, die sie auf nicht streng verfassungsmäßigem Wege ins Leben gerufen hatten, auf verfassungsmäßigem aber nicht aufrecht zu erhalten vermochten. An ihre factische Wahrung setzte Bismarck Mittel der Gewalt, in deren Wahl namentlich seine Helfer, die Minister der Justiz und des Innern, nicht eben wählerisch waren. Mochte Bismarck gleich Napoleon III. den Parlamentarismus aus tiefer Seele hassen, mochte er sich nie für freiheitliche Institutionen begeistert haben: um des illiberalen Princips selbst willen hat er nie einen Druck geübt. Und hätte er es gewollt, er würde Widerstand bei seinem König gefunden haben, dem eine gewisse Freisinnigkeit und das aufrichtige Streben, mit seinem Volk in Frieden zu leben, keineswegs abgesprochen werden dürfen.

Nächst der Gewohnheitsmäßigkeit des Zujauchzens der Massen bei jeder von den Koryphäen der Kammeropposition und gewissen Volksmännern ausgehenden Kundgebung wirkte noch ein anderer Umstand gegen die Popularisirung der Kriegsidee. In den großen Städten, diesen Sammelpunkten aller materiellen Interessen, war nach einem mehr als funfzigjährigen, durch keine größere Action un-

terbrochenen Frieden der Gedanke an einen ernsten Krieg gänzlich zurückgetreten. Der Materialismus machte sich vielfach in einer Weise breit, daß er alle höhern Interessen überwucherte. Es bedurfte deshalb wenigstens der Zeit, um sich mit der Kriegsidee zu versöhnen.

Die Agitation gegen eine kriegerische Politik suchte nicht nur in der Presse, sondern auch in Adressen ihren Ausdruck. Die stehenden Phrasen liefen durchweg auf die Einberufung eines constituirenden oder die Reichsverfassung von 1849 von vornherein proclamirenden deutschen Parlaments hinaus und gipfelten in einer Philippika gegen den Bürgerkrieg. Die Frage, wer denn ein solches Parlament ohne weiteres ins Leben rufen und ihm gleichzeitig die erforderliche Machtvollkommenheit ertheilen solle, wurde nirgends aufgeworfen. Nachdem später Graf Bismarck dem gestellten Verlangen so weit als möglich entgegenkam, wurde die Phrase dahin umgeändert, daß die in Preußen herrschende Junkerpartei zu einer Reform des Deutschen Bundes nicht berufen oder nicht befähigt sei. Rücktritt des Grafen Bismarck lautete vielfach eine thatsächlich unmögliche Forderung. Nicht viel begründeter waren die Verdammungsurtheile des Bürgerkriegs. Solange Deutschland keinen gemeinsamen Staatsverband hat, kann überhaupt bei einem Kampfe der verschiedenen Staaten gegeneinander von einem Bürgerkriege nicht füglich die Rede sein. Nicht aus dem Nationalitäts-, sondern dem Staatsverbande ist der Begriff Bürger abzuleiten. Hier und dort wurde deshalb auch dem Worte „Bruderkrieg" der Vorzug gegeben. Leider hat sich im Laufe der Ereignisse nicht gezeigt, daß in der Nation die Abneigung gegen einen Bruderkrieg so groß war, als dies in den Adressen dargelegt wurde. In Oesterreich und Süddeutschland wurde einige Wochen später durch Presse und Versammlungen der Haß gegen Preußen zum wahren Fanatismus geschürt. Dem besonnenern preußischen Volk muß das ehrenvolle Zeugniß ausgestellt werden, daß es von solchen, ans Teuflische grenzenden Regungen stets unberührt geblieben ist. Der Bürger- oder Bruderkrieg ist einmal ein Geschick, das Nationen, die nach einheitlicher Gestaltung ringen, nie erspart bleiben wird. Frankreich, England und Italien sind durch diese Prüfung hindurchgegangen, und wenn der Krieg gegen Oesterreich mit seinem Völkergemisch die letzte Heimsuchung sein sollte, die Deutschland auf diesem Gebiet beschieden ist, so ist unser Geschick zu preisen. Daß übrigens der Kampf gegen das österreichische Völkergemisch von keinem Preußen als ein Bruderkrieg betrachtet wurde, kann zuversichtlich behauptet werden. Nicht

minder muß constatirt werden, daß das preußische Volk schließlich nicht seiner eigenen Regierung die Schuld beimaß, als es gegen seinen Wunsch andere deutsche Stämme bekämpfen mußte, die es lieber als Brüder auf seiner Seite gesehen hätte. Die Verantwortung dafür lastet in seinen Augen ausschließlich auf den Regierungen der Particularstaaten und den sie stützenden Volksvertretungen.

Das nachhaltige Widerstreben derjenigen Elemente in Preußen, welche nur aus principieller Opposition gegen ein illiliberales Ministerium oder aus mattherziger Friedensliebe die Bismarck'sche Politik bekämpften, war, wie die Erfahrung gezeigt hat, durch eine geschickte und consequente Leitung der Dinge zu überwinden, nicht aber eine andere Gegnerschaft, die aus ganz andern Gründen sich einem kriegerischen Austrag des zwischen Preußen und Oesterreich schwebenden Conflicts überhaupt widersetzte. Nach geschichtlichen Erfahrungen läßt jede Frage, die zur Entscheidung herangereift ist, neben sich andere aufkeimen, die jene zu neutralisiren streben und entweder einer fernen Zukunft angehören oder rasch der Vergessenheit anheimfallen. In demselben Jahre, in welchem Gustav Adolf siegend und sterbend auf dem lützener Felde dem Protestantismus neben dem Katholicismus einen festen, dauerbaren Boden erstritt, ward Spinoza geboren, der, Gott seiner Persönlichkeit entkleidend, beiden Confessionen gleich fern stand, sich jedem positiven Bekenntniß sogar aufs entschiedenste gegenüberstellte. So fehlte es denn auch zur Zeit, als sich die Kluft zwischen den beiden deutschen Großmächten öffnete und täglich erweiterte, nicht an solchen, die sich weit über die schwebende Streitfrage hinwegsetzten, die in dem Siege keines der beiden Theile ihre Wünsche gekrönt sahen. Viele von ihnen dachten an die Realisirung eines demokratisch-republikanischen Föderalismus, der Deutschland zuerst in Atome zerlegen und dann diese Atome zu einem Idealstaat verbinden sollte, andere schwärmten für eine vollständige Beseitigung des modernen Staats, an dessen Stelle sie in unklaren Ahnungen einen aus den großen, ungebildeten Massen aufzurichtenden neuen Organismus setzten. Mochten unter den Vertretern jener Tendenzen immer einzelne philosophische Köpfe sein, die den Beruf in sich glaubten, eine Saat für ferne Jahrhunderte auszustreuen: der Versuch, ihre Ideen heute schon politisch zu verwerthen, sprach jedenfalls gegen ihren Beruf für Politik. Sie haben nur vorübergehend Unheil anzurichten vermocht, im übrigen ist das Rad der Geschichte über sie hinweggegangen. Die Ueberzeugung, daß Ehre und Existenz des Staats stets in erster Linie

stehen müssen, daß ohne den Staat die Freiheit eine wesenlose Negation ist, hat sich im Laufe der Ereignisse so gewaltig Bahn gebrochen, daß die Anhänger jener Ideen großentheils der allgemeinen Misachtung verfallen sind. Bis dahin aber war jene Partei, wie noch heute in der würtembergischen Kammer, ein trefflicher Anhaltepunkt für den mit Liberalismus kokettirenden Particularismus und dieselbe Species des Ultramontanismus. In der Rheinprovinz, wo das preußische Staatsbewußtsein noch am wenigsten entwickelt war und die materiellen Interessen so bedeutend vorwogen, daß selbst die deutsch-nationalen darüber vielfach gefährdet wurden, hat sich die Einwirkung dieser vaterlandlosen Partei namentlich in den Allianzen, die sie schloß, am fühlbarsten geltend gemacht.

Oesterreich hatte im Innern nicht mit gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch den Staatsstreich vom 20. Sept. 1865, welcher die Februarverfassung beseitigte, war der Absolutismus wiederhergestellt. Die Regierung hatte also in Finanzfragen die erwünschte freie Hand. Vorgreifend sei erwähnt, daß sie auf Grund derselben in der zweiten Hälte des April eine Anleihe von 60 Millionen Silber contrahirte, nachdem sie gegen den Schluß des vorangegangenen Jahres ihre Freiheit schon einmal ausgenutzt hatte, um in Paris mit Hülfe der dortigen Regierung eine Anleihe im Nominalbetrag von 90 Millionen unter maßlos drückenden Bedingungen abzuschließen. *)

Die Beseitigung der Februarverfassung hatte der Regierung aber noch andere nützliche Früchte getragen. Es war damit wieder einmal mit demjenigen System gebrochen, das Oesterreich als einen centralisirten Staat ausbauen und sich dabei vorwiegend auf die deutschen Elemente stützen wollte. Von jetzt ab sollten die historisch-politischen Individualitäten, also die Magyaren, Czechen u. s. w., wieder begünstigt werden. Die Rechtscontinuität und formelle Unantastbarkeit der Gesetze von 1848 war damit plötzlich wieder anerkannt. Kein Wunder, daß sich infolge dessen namentlich in Ungarn Hoffnungen regten,

*) Später mußte die Notenpresse aushelfen. Am 25. Mai wurde ungeachtet des Protestes der „Staatsschulden-Controlcommission" gegen die bisherigen Finanzmaßregeln der Betrag der Münzscheine zu 10 Kreuzer von 4 auf 12 Millionen Gulden erhöht. Am 7. Juli ermächtigte der Kaiser den Finanzminister, 200 Millionen Gulden durch freiwillige Anlehen (!) oder durch Staatsnotenvermehrung zu beschaffen. Die Nationalbank wurde gleichzeitig angewiesen, 60 Millionen Gulden in Banknoten vorzuschießen.

langgehegte, durch activen und passiven Widerstand nachhaltig zum Ausdruck gebrachte Wünsche im Wege friedlicher Concessionen verwirklicht zu sehen. Diese Hoffnungen waren auch im Frühjahr 1866 noch nicht erstorben, und die Rechnung, welche Preußen im stillen auf die ungarische Actionspartei machte, erwies sich in der Hauptsache als trügerisch. Nur die große Zahl von Ungarn, die sich später auf den Schlachtfeldern gefangen nehmen ließ, gab Zeugniß davon, daß Hingebung an das Haus Oesterreich bei weitem nicht alle Schichten der magyarischen Bevölkerung durchdrang.

In Bezug auf die ihrer Zahl nach weit überwiegende slawische Bevölkerung Oesterreichs hatte also der Staatsstreich unbedingt günstig gewirkt. Die deutsche Bevölkerung dagegen ward durch denselben, soweit sie überhaupt an politischen Dingen Antheil nahm, tief verletzt. Die Zahl der hier in Betracht Kommenden ist indeß unter den Deutsch-Oesterreichern nicht allzu groß. Von den auf etwa 7 Millionen zu berechnenden Deutschen sind zunächst alle Tiroler in Abzug zu bringen. Diese nur kaiserlich und ultramontan gesinnte Bevölkerung war durch Concessionen, welche die Regierung unter Verletzung des Protestantenpatents ihrer „Glaubenseinheit“ machte, so vollständig befriedigt, daß keine Kundgebung des Misfallens über die Verfassungssuspension zu Tage trat. Wo in andern deutschen Kronlanden die Deutschen nicht, wie in Böhmen und Mähren, durch die überwiegenden slawischen Elemente neutralisirt waren, pflegten doch der hohe Adel und der Klerus den politischen Indifferentismus in einer Weise, daß sich nur in den intelligenten Mittelklassen eine energische Opposition kundgab, die denn auch auf den Einzellandtagen zum Ausdruck kam. Aber gerade diese oppositionellen Elemente gewann sich die Regierung durch ihre Preußen gegenüber befolgte Politik. Die Deutsch-Oesterreicher erkannten klar, daß ihnen eine vorwiegende Stellung im Kaiserstaat selbst und das Verbleiben bei Deutschland nur gerettet werden konnte, wenn sich Oesterreich, wie seither als Präsidialmacht, so auch fernerweit als erste und vor Preußen rangirende Macht im Bunde oder Bundesstaat behauptete. Nicht minder war die Erkenntniß vorhanden, daß dies nur dann zu erzielen war, wenn die deutsche Politik des Kaiserstaats in den seither verfolgten rein dynastischen Bahnen verharrte. Wo diese politische Einsicht nicht vorhanden war, wurde sie durch das jedem Oesterreicher innewohnende Interesse für die Präponderanz des Kaiserhauses vor dem protestantischen Hause Hohenzollern reichlich aufgewogen.

Von dem Augenblick an, mit dem sich der preußisch-österreichische Conflict brennender zu gestalten begann, wurde in der deutschen Bevölkerung unter Zustimmung der Regierung durch die Geistlichkeit, die Presse und auf andere Weise ein Haß entflammt, der fast an Wahnsinn streifte. Mit der künstlich erzeugten Verachtung eines in jeder Beziehung unterschätzten Rivalen erwuchs eine krankhafte Selbstüberhebung, die zu Kundgebungen führte, welche von vornherein der Fluch der Lächerlichkeit traf. Die leitenden Staatsmänner erkannten darin wunderbarerweise eine Stütze. „Kein Olmütz, ein Jena", rief die wiener „Presse", werde Preußen beigebracht werden. Dieselbe Verblendung, derselbe Hochmuth, die vor Jena in Preußen herrschten und den Weg zur Niederlage bahnten, machten sich zur Zeit in noch potenzirtem Maße in Oesterreich geltend. Ein militärisches Fachblatt äußerte gelegentlich einer Besprechung der Hinterladungsgewehre, Oesterreich sei im Stande, binnen kürzester Frist seine seitherigen Feuerwaffen in Hinterladungsgewehre umändern zu lassen; das aber, so leicht und ohne Beeinträchtigung der Schlagfertigkeit es angehe, sei verlorene Mühe, „für den Feind ist das alte Gewehr noch viel zu gut". Dies nur schwache Proben jener Kundgebungen, die nicht nur an Unverstand, sondern auch an Gemeinheit der Sprache alles weit hinter sich zurückließen, was radicale amerikanische Winkelblätter zur Zeit des Bürgerkriegs je zu Tage gefördert haben.

Oesterreich sah sich infolge der preußischen Depesche vom 24. März veranlaßt, den preußischerseits durch beharrliches Ignoriren der Note vom 7. Febr. unterbrochenen Schriftwechsel seinerseits wieder aufzunehmen. Es galt vor allem, Preußen den moralischen Vortheil zu entziehen, der diesem daraus erwuchs, daß es sich seither als den bedrohten Theil hinstellen konnte. Außerdem scheint es, als ob das wiener Cabinet gegen Ende des Monats März plötzlich von einer, wenn auch rasch vorübergehenden, friedlichen Regung befallen worden sei. Die Rüstungen in Italien wurden immer bemerkbarer, und die Gerüchte von einer preußisch-italienischen Allianz gewannen an Wahrscheinlichkeit. Ganz besonders aber mochte der Umstand maßgebend sein, daß man der Bundesgenossen in Deutschland noch keineswegs sicher war. Die an Wahrscheinlichkeit grenzende Möglichkeit, daß es Preußen gelingen werde, Baiern durch seine Bundesreformvorschläge zu gewinnen, gab zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Oesterreich erließ deshalb unter dem 31. März eine Depesche nach Berlin, in der es

die Grundlosigkeit der Bismarck'schen Behauptung, daß sich Preußen durch die Kriegsrüstungen Oesterreichs bedroht erachte, als „vor Europa notorisch" bezeichnete, gleichzeitig aber „in aller Form" die Erklärung abgab:

Daß den Absichten Sr. Maj. des Kaisers nichts ferner liege als ein offensives Auftreten gegen Preußen. Nicht nur, hieß es weiter, die so vielfach durch Wort und That erwiesenen freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers für die Person Sr. Maj. des Königs wie für den preußischen Staat schließen jede solche Absicht entschieden aus, sondern der Kaiser erinnert sich auch der Pflichten, welche Oesterreich sowol als Preußen feierlich durch den deutschen Bundesvertrag übernommen haben. Se. Maj. der Kaiser ist fest entschlossen, seinerseits sich nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen des Art. 11 der Bundesacte zu setzen, welche es den Mitgliedern des Bundes verbieten, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen. Indem der Unterzeichnete den königlichen Herrn Ministerpräsidenten ersucht, Sr. Maj. dem König, seinem erhabenen Herrn, die gegenwärtige Note zu unterlegen, hat er den Ausdruck der Hoffnung hinzuzufügen, das königliche Cabinet werde sich bewogen finden, ebenso bestimmt und unzweideutig, wie er solches namens seiner Regierung gethan, den Verdacht eines beabsichtigten Friedensbruchs zurückzuweisen und dadurch jenes allgemeine Vertrauen auf die Erhaltung des innern Friedens Deutschlands, welches niemals sollte gestört werden können, wiederherzustellen.

Was die seitherigen Rüstungen Oesterreichs betrifft, so wurden dieselben in der Depesche nur durch die Judenverfolgungen motivirt.

An diese Ausrede klammerte sich die preußische Regierung in der Antwort, welche sie durch ihren Gesandten in Wien unter dem 6. April auf die Note vom 31. März ertheilen ließ. Sie hob abermals hervor, daß Oesterreich mit den kriegerischen Vorbereitungen begonnen habe, und daß die Behauptung, dieselben seien durch die Judenkrawalle veranlaßt, mit ihrem Umfange und mit der Aufstellung der Truppen an der böhmischen und sächsischen Grenze, „wo die Sicherheit der Juden niemals gefährdet war", im Widerspruch stehe. Ueberdies müsse das Geheimniß, mit welchem die Rüstungen umgeben wurden, und das Bestreben, sie geringer erscheinen zu lassen, als sie seien, nur den Eindruck verstärken, daß dieselben zu einem offensiven Unternehmen gegen Preußen bestimmt seien. Das lange Zögern von preußischer Seite, diese Rüstungen durch Gegenrüstungen zu beantworten, wurde besonders betont. Den mit dynastischen Freundschaftsbetheuerungen verbundenen Versicherungen Oesterreichs, gegen Preußen nicht offensiv verfahren zu wollen, stellte die preußische Antwort eine ähnliche, mit scharfer Ironie gewürzte entgegen, während sie die Verweisung auf den Art. 11 der Bundesacte, die ja für

Bismarck nicht mehr maßgebend war, vollständig ignorirte. Der Schluß der sehr pikanten Note lautete:

Wie der Unterzeichnete den jedes Grundes entbehrenden Verdacht einer von Preußen beabsichtigten Friedensstörung in der bisherigen Lage bestimmt zurückweist, so ist derselbe angewiesen, Sr. Exc. dem Hrn. Grafen von Mensdorff in aller Form zu erklären, daß den Absichten Sr. Maj. des Königs nichts ferner liegt als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich.

An den persönlichen Gesinnungen Sr. Maj. des Kaisers hat der König, des Unterzeichneten allergnädigster Herr, um so weniger zweifeln können, als Allerhöchstderselbe diese Gesinnungen durchaus erwidert und die eigenen freundschaftlichen Gefühle für Se. Maj. von den politischen Verhältnissen unberührt zu erhalten wissen wird. Den wohlwollenden Gesinnungen, welche Se. Maj. den Kaiser für den preußischen Staat beseelen, durch Handlungen Ausdruck zu geben, dürfte es der kaiserlichen Regierung nicht an Gelegenheit fehlen.

Preußen hatte sich also vorläufig verpflichtet, Oesterreich gegenüber militärisch in der Defensive zu bleiben, eine Verpflichtung, die selbstredend nur so lange maßgebend sein konnte, als die Verhältnisse im allgemeinen unverändert blieben. Eine Gefahr, daß ihm die Gelegenheit, endlich zur kriegerischen Entscheidung zu gelangen, aus der Hand gewunden werde, war dadurch für Bismarck keineswegs geschaffen. Schon die in Oesterreich herrschende Stimmung ließ voraussehen, daß sich die kaiserliche Regierung nicht entschließen werde, Preußen so bedeutende Concessionen zu machen, daß sich dieses moralisch zu einer Verständigung gezwungen sehen werde. „Wir fürchten", sagte damals eins der ersten wiener Blätter, „den Krieg und seine Kosten nicht, wir fürchten nur die Kosten ohne den Krieg." Eine stehende Phrase in der österreichischen Presse war es, daß der Krieg das beste Mittel sei, den Finanzen des Staats mit Einem Schlag aufzuhelfen. „In Berlin", hieß es, „ist Geld in Masse zu holen." Für alle Fälle aber hatte sich Bismarck durch seine bereits annoncirten Bundesreformplane den Weg geöffnet, Oesterreich politisch in die Offensive zu drängen. Vom militärischen Gesichtspunkte waren übrigens die beiderseitigen Erklärungen, nicht angreifen zu wollen, vollständig nichtsbedeutend. Sobald einem Staat mit einem Angriff thatsächlich gedroht wird, kann er in die Lage kommen, seine Vertheidigung einzig und allein in einer kühnen Offensive suchen zu müssen.

Oesterreich beeilte sich, die preußische Note zu beantworten, und zwar wieder in einer Weise, die deutlich zeigte, daß es bemüht war,

Preußen den moralischen Vortheil zu entreißen, der ihm aus seiner anscheinend so friedlichen Zurückhaltung erwuchs. In der betreffenden Depesche (vom 7. April) hieß es unter anderm:

Daß man in Preußen laut davon sprach, die Annexion der Herzogthümer müsse mit Güte oder mit Gewalt vollzogen werden, — daß am 26. Jan. eine Depesche des Grafen Bismarck nach Wien abging, welche in allen preußischen Regierungsorganen geflissentlich als der Vorbote des Bruchs bezeichnet wurde, — daß nach unserer ablehnenden Antwort außerordentliche Staatsberathungen unter Zuziehung hoher Militärs in Berlin stattfanden, — daß Maßregeln zur Vorbereitung einer Mobilisirungsordre getroffen wurden, — daß Preußens erster Minister die Unvermeidlichkeit eines Kriegs betonte, — daß er am 16. März die offene Frage Ew. u. s. w., ob Preußen die Gasteiner Convention gewaltsam zu lösen beabsichtige, mit einem Nein beantwortete, welches er selbst für werthlos und nichtig erklärte, — daß Preußen mit dem florentiner Hof über die Eventualität eines Kriegs gegen Oesterreich unterhandelte, — dieses alles müßte eitel Sinnentäuschung gewesen sein, und der Wirklichkeit müßten nur jene drohenden österreichischen Heeresmassen angehören, welche sich seit dem 13. März — es ist das preußische Cabinet selbst, welches dieses Datum anführt — gegen die preußische Grenze bewegt haben sollen!

Schon in diesen Argumenten ist vieles Haltlose. Manches beruht nur auf eitelm Gerede, das im diplomatischen Verkehr ignorirt werden muß, anderes streift nahe ans Lächerliche. Vor „Maßregeln zur Vorbereitung einer Mobilisirungsordre" brauchte Oesterreich doch wahrlich nicht zu zittern. Noch schwächer sind diejenigen Theile der österreichischen Antwort, durch welche die kriegerischen Vorbereitungen geleugnet werden sollten. Es heißt darin, daß noch keine Verfügungen getroffen seien, welche der Eröffnung eines „großen" Kriegs vorhergehen müssen, daß noch keine „erheblichen" Truppenconcentrationen vorgenommen seien, daß noch keine Einberufung von Urlaubern in „nennenswerthem" Umfange erfolgt sei u. s. w. Schließlich erklärt Oesterreich eine weitere Discussion über die Priorität der Rüstungen durch das Wort des Kaisers, Preußen nicht angreifen zu wollen, für überflüssig geworden. Die Note geht dann auf die von den beiderseitigen Monarchen abgegebenen Versicherungen über und schließt wie folgt:

Ein Grund zu weitern Rüstungen liegt sonach nicht mehr vor, und da in Oesterreich, wie ich im Vorstehenden erhärtet habe, keine Kriegsvorbereitungen im Gange sind, so müssen wir nunmehr der — in der Note des königlich preußischen Gesandten mit Bedauern von uns vermißten — Nachricht entgegensehen, daß die in Preußen am 28. v. M. erlassene Mobilisirungsordre unausgeführt bleiben werde. Um eine beruhigende Mittheilung hierüber wollen

Ew. u. s. w. unverweilt, da das kaiserliche Cabinet nach dem stattgehabten Notenausausche nicht ohne schwere Verantwortlichkeit gegen eine längere Fortsetzung der Rüstungen Preußens gleichgültig bleiben könnte, den Herrn Ministerpräsidenten, welchem Sie die gegenwärtige Depesche in Händen lassen wollen, ersuchen, und uns von dem Erfolge Ihres Schrittes durch den Telegraphen Anzeige erstatten.

Graf Mensdorff fordert also von Preußen den ersten Schritt. Es soll die am 28. März angeordneten und natürlich bereits eingeleiteten Maßregeln zur mäßigen Erhöhung seines Armeestandes (eine Mobilisirungsordre lag noch im weiten Felde) rückgängig machen, ohne daß Oesterreich nur die geringste Gegenconcession für angezeigt hält.

Daß Oesterreich sich aus Verstimmung über die preußische Note vom 26. Jan. und über das vollständige Ignoriren seiner Antwortsdepesche vom 7. Febr. zu kleinlichen militärischen Maßregeln hatte verleiten lassen, die, unter ein preußisches Vergrößerungsglas gestellt, als Bedrohungen gedeutet werden konnten, hatte dem Grafen Bismarck bereits den belangreichen Vortheil gebracht, mit seinem Antrag auf Bundesreform hervortreten zu können. Fernerhin erwuchs Preußen aus der nachhaltigen und an sich richtigen Behauptung, Oesterreich habe die Initiative der Rüstungen ergriffen, die Möglichkeit, dieses vor Europa als den Friedensbrecher bezeichnen und eventuell von seiner Seite die ersten entgegenkommenden Schritte beanspruchen zu können.

Mit seiner Antwort zögerte Preußen diesmal bis zum 15. April, also wiederum volle acht Tage. Die Data der Depeschen und politischen Acte zeigen überhaupt, wie sehr das österreichische Cabinet den Regungen des Augenblicks folgte und alles mit einer gewissen Hast betrieb, die der Stimmung der Bevölkerung durchaus entsprach, wie dagegen das berliner Cabinet eine Ruhe in seinem Vorgehen an den Tag legte, die nicht nur Besonnenheit, sondern auch ein durchaus planmäßiges politisches Handeln bekundete. Bismarck's Antwort lautete zunächst dahin, daß er über die Form der österreichischen Depesche hinweggehen wolle, und daß er jede Bezugnahme auf persönliche Aeußerungen, die von Mund zu Mund getragen alle Genauigkeit verlieren müßten, zurückweisen müsse. Dann hebt Bismarck die elastische Natur der Aeußerungen hervor, mit denen Graf Mensdorff Oesterreichs Rüstungen in Abrede zu stellen sucht, und bemerkt, daß eine Bestätigung der kriegerischen Vorbereitungen schon darin liege, daß der österreichischen Presse jede Mittheilung über dieselben streng

untersagt sei. In der Depesche des Grafen Mensdorff sei, trotz theilweiser Zugeständnisse in Betreff militärischer Maßnahmen, von einer Zurücknahme derselben nicht die Rede. Da Preußen volle 14 Tage gewartet habe, ehe es zu partiellen Vorsichtsmaßregeln geschritten sei, könne seinerseits von einer Zurücknahme erst die Rede sein, wenn der Anlaß dazu wegfalle. An der kaiserlichen Regierung sei es also, die Initiative zu ergreifen und den status quo ante wiederherzustellen, „wenn sie die Gegenseitigkeit der abgegebenen Erklärungen auch auf die thatsächlichen Verhältnisse angewendet zu sehen wünsche“.

Inzwischen hatte Graf Bismarck seinen am 24. März in der deutschen Frage betretenen Weg mit Consequenz verfolgt. Schon am 9. April ließ er am Bunde einen Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments auf der Grundlage directer und allgemeiner Volkswahlen einbringen, durch den er ganz Europa in Erstaunen setzte. Eine Karte gegen Oesterreich war damit ausgespielt, die nur durch einen gegen Preußen siegreich geführten Krieg überboten werden konnte. Indem Preußen die Absicht aussprach, die Entscheidung über das Geschick Deutschlands einer rein nach der Volkszahl gewählten Abgeordnetenversammlung in die Hand zu legen, machte es nicht allein der Demokratie eine gewaltige Concession, sondern es setzte auch dem dynastischen Particularismus, auf dem Oesterreichs Macht in Deutschland fußte, den tödlichen Dolch auf den Nacken.

In der Einleitung des Antrags knüpft Bismarck daran an, daß das wiener Cabinet 1863 gelegentlich des Fürstentags erklärt habe, daß weder Oesterreich noch Preußen „sich mit irgendeinem Grade von Vertrauen auf den Bund in seinem jetzigen Zustande stützen könne“, und daß es die Hoffnung, „die morschen Wände möchten den nächsten Sturm noch aushalten“, als einen bloßen Wunsch bezeichnet, der dem Gebäude die nöthige Festigkeit nicht wiedergeben könne. Als weitern Beweis für die Unhaltbarkeit der Bundesinstitutionen recapitulirt der Antrag noch die Ereignisse seit jener Zeit bis zur Gegenwart. Dann gelangt er zu der Behauptung:

„Die Bundesverfassung beruht überhaupt auf der Voraussetzung, daß Oesterreich und Preußen in ihrer Politik sich einig wissen und einig auftreten, und wenn die Bundeseinrichtungen noch immer haben fortbestehen können, so ist dies vorzugsweise der im Gesammtinteresse fortgesetzt bewiesenen Nachgiebigkeit Preußens gegen Oesterreich zu

danken. Einen ernsthaften Antagonismus aber zwischen Oesterreich und Preußen können die Bundesverhältnisse nicht vertragen, und die gegenwärtige gespannte Situation zwischen beiden Mächten hebt daher in Wahrheit gerade die Voraussetzungen auf, welche allein die volle Durchführung der Bundesverfassung möglich machen.

„Im Angesicht drohender österreichischer Rüstungen ist die königliche Regierung von den übrigen deutschen Regierungen auf den Art. 11 der Bundesacte verwiesen worden, d. h. auf einen in der Bundesversammlung zu stellenden Antrag, während dessen Prüfung und Berathung die Rüstungen und Kriegsvorbereitungen ihren Fortgang gehabt haben würden, und voraussichtlich lange vor der Fassung eines Bundesbeschlusses auf einen Punkt gediehen sein dürften, wo sich der Krieg unmittelbar aus denselben entwickelt hätte. Ein solcher Hinweis auf Art. 11 kann daher nur bedeuten, daß Preußen in dem bezeichneten Falle ganz allein auf sich und seine eigene Kraft angewiesen sein und ihm die Hülfe des Bundes in jedem Falle zu spät kommen würde. In verstärktem Maße aber wird diese Verspätung bei jeder europäischen Complication oder jeder Bedrohung durch eine auswärtige Macht eintreten, und mit Preußen auch das übrige Deutschland einem auswärtigen Angriffe unvorbereitet gegenüberstellen.“

An die Geschichte der mannichfachen in den letzten Jahren unternommenen Reformversuche erinnernd, die stets nur zur Ansammlung eines unendlichen Materials geführt hätten, bemerkt Bismarck, daß diese Miserfolge nur darin ihren Grund hätten, weil es „an einer ausgleichenden und treibenden Kraft des nationalen Geistes bei diesen Verhandlungen fehlte, und die particularistischen Gegensätze zu schroff und einseitig dabei festgehalten wurden“. Dann heißt es weiter:

„Ein solcher zu höherer Einigung der Gegensätze führender Factor ist nur in einer aus allen Theilen Deutschlands gewählten Versammlung zu finden. Wollten dagegen die Regierungen einer solchen Versammlung allein die Initiative bezüglich der Reconstruction der Bundesverfassung überlassen, wie dies im Jahre 1848 geschah, so würden dieselben Gefahren der Ueberhebung und der Nichtachtung des in deutscher Eigenthümlichkeit wirklich Begründeten wieder erwachen und damit auch die Hoffnungen des deutschen Volks einer neuen Täuschung entgegengeführt werden. Nur durch ein Zusammenwirken beider Factoren kann daher, nach der festen Ueberzeugung der

königlichen Regierung, das Ziel erreicht werden, daß auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung erstehe. Diese Erwägung ist es, welche die königliche Regierung zu dem Vorschlag an ihre hohen Mitverbündeten bestimmt, die Reform des Bundes sofort damit in Angriff zu nehmen, daß zur Mitwirkung für die Neugestaltung der Verfassung durch Bundesbeschluß eine allgemeine deutsche Versammlung von gewählten Vertretern berufen werde.

„Die königliche Regierung hat bereits in ihrer obenerwähnten Darlegung vom 22. Sept. 1863 entwickelt, in welcher Weise eine Versammlung, wie sie hier ins Auge gefaßt ist, am zweckentsprechendsten gebildet werden könne. Sie muß auch jetzt an der damals vertretenen Ansicht festhalten, daß für eine Versammlung, berufen, um insbesondere das Interesse der Gesammtheit und das einheitliche Princip als solches zur Geltung zu bringen, der Grundsatz der directen Volkswahl im Gegensatz zur Delegation der Einzelkammern allein annehmbar erscheint. Das allgemeine Stimmrecht aber muß für den im Auge gehabten Zweck und bei der Nothwendigkeit, die verschiedenen particularen Verhältnisse Einem Maßstabe dienstbar zu machen, als das allein Mögliche bezeichnet werden, und nimmt die königliche Regierung um so weniger Anstand, diese Form der Wahl in Vorschlag zu bringen, als sie dieselbe für das conservative Princip förderlicher erachtet wie irgendeinen andern auf künstlichen Combinationen beruhenden Wahlmodus. Die nähern Bestimmungen für Ausführung der Wahl werden leicht anzuordnen sein, nachdem erst das allgemeine Princip der Wahlen festgestellt ist, und kann die königliche Regierung sich für jetzt darauf beschränken, in dieser Beziehung die Annahme der directen Wahl und des allgemeinen Stimmrechts zu beantragen. Es ist bereits entwickelt worden, daß die königliche Regierung es für rathsam erachten muß, wenn die Regierungen nicht der gewählten Versammlung die Initiative der Reform allein überlassen, und sie beabsichtigt daher auch, sofort mit ihren hohen Bundesgenossen in die Verhandlung über das Materielle der Frage selbst einzutreten. Um solche zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen, muß sich aber die Beschränkung dieser Verhandlung auf die wesentlichsten Punkte von entschieden praktischer Bedeutung empfehlen."

Die stärkste Pression Preußens bestand in der Forderung, daß sofort der Tag für die Berufung des Parlaments und zwar unabhängig von

einer ad calendas graecas zu vertagenden Einigung der Regierungen festgesetzt werden solle. Dieser conditio sine qua non gab Bismarck später noch in einer besondern Depesche Ausdruck. Sie ist aber auch schon in nachstehendem Schlußsatze der Depesche vollständig enthalten:

„Die Bestimmung eines festen Termins für die Berufung des Parlaments wird aber der Nation zugleich die große Gewähr bieten, daß die Verhandlungen zwischen den Regierungen über die zu machenden Reformvorschläge nicht vollständig ins Ungewisse sich hinausziehen können. Indem die königliche Regierung alles Weitere den Verhandlungen mit ihren hohen Bundesgenossen vertrauensvoll vorbehält, stellt sie jetzt den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: eine aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen; in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben, durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen.“

III.

Die Krisis in Deutschland und der Appell an die Waffen.

1) Oesterreichs Vorschlag zu gleichzeitiger Abrüstung vom 18. April. Allgemeine Friedenshoffnungen. Bismarck's Skepticismus. Oesterreichs Rüstungen gegen Italien. Depeschenwechsel in der Abrüstungsfrage. Oesterreichs Vorschläge zur Abfindung Preußens in Schleswig-Holstein vom 26. April. Deren Aufnahme in Preußen. Oesterreich erklärt am 4. Mai den Depeschenwechsel wegen der Rüstungen für erschöpft. Letzte vertrauliche Verhandlungen in Wien wegen Schleswig-Holstein. Italien tritt offen mit seinen Rüstungen heraus. Die Bundesreformfrage. Haltung der öffentlichen Meinung in den Mittel- und Kleinstaaten. Depeschenwechsel zwischen Berlin und Dresden. Sachsens Antrag am Bunde vom 5. Mai. Preußen sagt sich nach dessen Annahme von der Bundesfessel los.

In sehr unerwarteter Weise machte Oesterreich in einer Depesche vom 18. April Preußen einen Vorschlag, der plötzlich den Frieden sichern zu wollen schien. Es hieß darin:

Daß in Oesterreich einzelne Truppendislocationen stattgefunden und mehrere Truppenkörper sich nach unserer nordwestlichen Grenze bewegt haben, ist der königlichen Regierung durch die ihr von mir selbst offen und direct gemachten Mittheilungen bekannt. Se. Maj. der Kaiser erklären sich hiermit bereit, durch einen am 25. d. Mts. zu erlassenden Befehl diese, wie die königliche Regierung glaubt, eine Kriegsbereitschaft gegen Preußen fördernden Dislocationen rückgängig zu machen, sowie die darauf bezüglichen Maßregeln einzustellen, wenn Se. Maj. von dem berliner Hofe die bestimmte Zusage erhalten, daß an demselben oder doch am nachfolgenden Tage eine königliche Ordre den frühern regelmäßigen Friedensstand derjenigen Heerestheile wiederherstellen werde, welche seit dem 27. v. Mts. einen erhöhten Stand angenommen haben.

Als der Telegraph die Kunde von diesem Anerbieten durch Europa trug, gingen allerwärts die Börsen in die Höhe, niemand glaubte, daß

es Preußen, das mit einziger Ausnahme Italiens nirgends Sympathien hatte, dessen eigenes Volk dem Kriege zur Zeit noch widerstrebte, möglich sein würde, jenes Entgegenkommen Oesterreichs abzulehnen. Bismarck's herausfordernde Politik glaubte man in eine Sackgasse verrannt; sein Vorgehen in der deutschen Frage galt für eine gänzlich verfehlte Speculation.

An Gründen, die Oesterreich ernstlich zum Frieden stimmen konnten, fehlte es natürlich nicht. Sein rein negatives Interesse in Schleswig-Holstein war eines großen deutschen Kriegs nicht werth, die Gewißheit, daß es gleichzeitig im Norden wie im Süden werde kämpfen müssen, stand bereits unumstößlich fest, und die kühle, mistrauische Aufnahme, welche das Bismarck'sche Bundesreformproject fast durchweg gefunden hatte, ließ der Hoffnung Raum, daß durch ein rasches Einlenken in friedliche Bahnen demselben jetzt noch die Spitze abgebrochen werden könne. Dazu aber kam, daß die auswärtigen Großmächte das politische Verhalten Oesterreichs keineswegs zu billigen schienen. Die halt- und maßlose Sprache der Depesche vom 7. April war von den Gesandten Frankreichs und Englands entschieden getadelt worden, Rußland hatte sogar den Rath ertheilt, die Depesche wieder zurückzunehmen. Oesterreich hatte sich infolge dessen sogar veranlaßt gesehen, durch mündliche Erklärungen in Berlin seine Auslassungen abzuschwächen.

Auch für die Zukunft versprach die Haltung des Auslandes Oesterreich nicht viel Günstiges. Frankreich hatte seine Stellung bereits deutlich genug dahin kundgegeben, daß es einem Kriege in Deutschland gegenüber vorläufig eine reservirte, beobachtende Stellung einnehmen, Italien aber an der Eroberung Venetiens wenigstens durch nichts hindern werde. Letzteres stand positiv fest. Hätte Kaiser Napoleon wirklich sein ungelöstes Wort: „Frei bis zur Adria" vergessen wollen, das französische Volk würde ihn mit unwiderstehlicher Gewalt daran erinnert haben. Selbst einige verdächtige Anzeichen für ein gutes Einvernehmen des Kaisers mit Bismarck waren vorhanden. Die kurz zuvor erfolgte und von Oesterreich tief misbilligte Wahl eines hohenzollernschen Prinzen zum Fürsten von Rumänien war das Werk Napoleon's III. Von seiten Englands hatte Oesterreich nichts zu erwarten. Schon in der ersten Hälfte des April richtete die britische Regierung eine Depesche nach Wien, in welcher sie die österreichische Regierung auf die Verantwortlichkeit, welche durch eine Störung des europäischen Friedens auf ihr lasten würde, aufmerksam machte.

Von der dritten der außerhalb des Conflicts stehenden Großmächte Europas, von Rußland, ließ sich annehmen, daß es die feindselige Haltung, die Oesterreich ihm gegenüber in der Polenfrage angenommen hatte, noch nicht vergessen habe, und daß es den deutschen Mächten gegenüber zu Gunsten seiner Consolidirung im Innern dieselbe Zurückhaltung beobachten werde, die es schon in der schleswig-holsteinischen Frage, wo es mit weit höhern Interessen betheiligt war, an den Tag gelegt hatte. Eine active Hülfe stand also Oesterreich außerhalb Deutschlands nirgends in Aussicht.

Selbst wenn man andere, vielleicht noch gewichtigere Gründe, die Oesterreich zum Frieden stimmen konnten, wie etwa die Rücksicht auf die eigenen Finanzen oder die Annahme der Möglichkeit einer Niederlage trotz der unumstößlichen Zuversicht zu siegen und in Berlin den leeren Staatsseckel wieder füllen zu können, nicht als maßgebend erachtete, genügten die angeführten Momente, um das große Vertrauen zu erklären, mit dem die in der Depesche vom 18. durch ein auffälliges Entgegenkommen gegen Preußen dargelegte Neigung zu Frieden und Versöhnung in ganz Europa aufgenommen wurde. Nur eine einzige Regierung machte von diesem allgemein getheilten Glauben und Vertrauen eine Ausnahme, und diese eine war — die preußische.

Graf Bismarck zögerte diesmal mit seiner Erwiderung auf das Anerbieten Oesterreichs nicht. Schon am 21. April beantwortete er die Depesche vom 18. Abermals hervorhebend, daß die militärischen Maßnahmen Preußens nur den Zweck gehabt hätten, das durch Oesterreichs Rüstungen gestörte Gleichgewicht in der Kriegsbereitschaft beider Staaten wiederherzustellen, versicherte er, daß die preußische Regierung den Vorschlag des kaiserlichen Cabinets mit Genugthuung entgegennehme. Dann hieß eswörtlich:

Dem entsprechend wird, sobald der königlichen Regierung die authentische Mittheilung zugeht, daß Se. Maj. der Kaiser befohlen hat, die eine Kriegsbereitschaft gegen Preußen fördernden Dislocationen rückgängig zu machen, sowie die darauf bezüglichen Maßregeln einzustellen, Se. Maj. der König auch diesseits die Reduction derjenigen Heerestheile unverzüglich anordnen, welche seit dem 27. v. Mts. einen erhöhten Stand angenommen haben. Die Ausführung dieser Anordnung wird Se. Maj. alsdann in demselben Maße und in denselben Zeiträumen bewirken lassen, in welchen die entsprechende Verminderung der Kriegsbereitschaft der kaiserlich österreichischen Armee thatsächlich vor sich gehen wird. Ueber das Maß und die Fristen, in welchen letzteres geschieht, sieht also die königliche Regierung den nähern Mittheilungen des kaiserlichen Cabinets seinerzeit

entgegen, um demnächst in ihren eigenen Abrüstungen mit denen Oesterreichs gleichen Schritt halten zu können.

Die königliche Regierung setzt dabei voraus, daß auch die von andern deutschen Regierungen begonnenen militärischen Vorbereitungen wieder abgestellt und ihr durch Fortsetzung oder Erneuerung derselben nicht anderweite Veranlassung zu militärischen Vorsichtsmaßregeln gegeben werde. Sie wird sich in diesem Sinne den einzelnen Höfen gegenüber aussprechen und erwartet, daß die kaiserliche Regierung im Interesse des Friedens ihren Einfluß in gleicher Richtung verwenden werde.

Graf Bismarck hatte richtig erkannt, daß es nicht in Oesterreichs Planen, vielleicht auch nicht vollständig in seiner Hand lag, das Anerbieten vom 18. April in dem Sinne zu erfüllen, in dem es von ganz Europa aufgefaßt worden war. Schon am 21. April begannen in Wien neue militärische Berathungen, in denen beschlossen wurde, die Armee in Italien zu verstärken und auf den vollen Kriegsfuß zu setzen. Erzherzog Albrecht wurde infolge dieses Kriegsraths zum Oberbefehlshaber der italienischen Armee ernannt, wohin er alsbald abgehen sollte, um den bis dahin in Venetien commandirenden Feldzeugmeister Benedek abzulösen. Letzterer wurde schon jetzt für das größere und wichtigere Commando der „Nordarmee" designirt, was keineswegs die Absicht erkennen ließ, Preußen gegenüber abzurüsten.

Graf Károlyi, der österreichische Botschafter, erhielt schon am 23. den Auftrag, dem berliner Cabinet, „um jedes Misverständniß zu vermeiden", von den „gegen Italien" ergriffenen Maßregeln Kenntniß zu geben. In Berlin aber sah man die Dinge keineswegs so naiv an, wie man in Oesterreich zu erwarten schien. Hatte man sich dort seither besorgter gestellt, als man es wirklich war, so erwachte jetzt die Ueberzeugung, daß man sich, wenn nicht auf eine österreichische Offensive, so doch auf eine Veränderung der Lage gefaßt halten mußte, bei der Oesterreich dahin gelangen würde, seine Politik durch eine Preußen weit überlegene militärische Schlagfertigkeit zu unterstützen. Im Jahre 1850 hatte man zu Preußens großem Schaden bereits ähnliche Erfahrungen gemacht. Zudem wurde bekannt, daß Sachsen bereits Rüstungen in größerm Maßstabe betrieb, speciell daß es seine Artillerie und Cavalerie auf den Kriegsfuß setzte. Bei der Intimität, die der in Sachsen allmächtige Minister von Beust stets mit dem österreichischen Cabinet unterhielt, bei seinem Preußenhaß, ganz besonders aber bei der

außerordentlichen strategischen Wichtigkeit des sächsischen Gebiets im Fall eines Kriegs zwischen Preußen und Oesterreich, war dies sehr zu beachten.

An der Behauptung, daß Oesterreichs Rüstungen ausschließlich gegen Italien bestimmt sein sollten, war an und für sich schon zu zweifeln. Daß Italien Oesterreich auf eigene Hand angreifen werde, war keineswegs anzunehmen; einmal der gegenseitigen Machtverhältnisse wegen, dann aber, weil es bereits bekannt war, daß Victor Emanuel dem Kaiser Napoleon gegenüber in diesem Punkte gewisse Engagements übernommen hatte. Aber selbst wenn diese Behauptung durchaus richtig gewesen wäre, bot sie Preußen keine Garantie. Hat man erst eine mobile Armee, so ist dieselbe mit Hülfe der Eisenbahnen namentlich im eigenen Lande binnen zwei bis drei Wochen leicht von einem Punkte auf einen andern weit entfernten geworfen, während die Mobilisirung selbst der Pferdebeschaffung wegen die doppelte bis dreifache Zeit in Anspruch nimmt. In Oesterreichs Absichten lag es überdies nur, den größten Theil seiner Nordarmee auf das linke Donauufer zurückzunehmen, was bei dem Besitz zweier nach Norden führenden Schienenwege durchaus belanglos gewesen wäre.

Graf Bismarck hatte durch die Art und Weise, wie er das österreichische Anerbieten durchschaut und ihm begegnet war, abermals eine nicht geringe Förderung seiner Sache erzielt. Die Presse des eigenen Landes, wie die von London und Paris, stellte sich dabei auf seine Seite. Das Rüstungswerk wurde populärer. Dieser Moment wurde benutzt, um die Solidarität Preußens mit Italien offen kundzuthun, gleichzeitig aber auch die Bundesreformfrage bestimmt als eine solche zu bezeichnen, die man mit den Waffen gegen Oesterreich aufrecht zu erhalten entschlossen war. In einem vom 25. April datirten Artikel der streng officiösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hieß es in Bezug hierauf:

Wenn die österreichische Armee namentlich durch den Ankauf der erforderlichen Pferde auf den Kriegsfuß gesetzt ist, so wird unter den obwaltenden politischen Verhältnissen, in dem Augenblick, wo Preußen die Berufung einer deutschen Nationalvertretung in Frankfurt beantragt hat, wol kaum jemand mit Sicherheit zu entscheiden wagen, ob die österreichische Armee zur Action gegen Preußen oder gegen Italien bestimmt ist...

Was soll Preußen diesen militärischen Vorgängen in Oesterreich gegenüber thun? Soll es im kindlichen Vertrauen, daß die österreichischen Rüstungen sich auf Italien beziehen, seinerseits abrüsten und die Vollendung der Mobilmachung in Oesterreich gemüthlich abwarten? Wir denken, das ist nicht möglich! Wie

steht Preußen denn zu Oesterreich? Daß Oesterreich die Feindschaft gegen Preußen zu seinem obersten Staats- und Nationalitätsprincip erhoben hat, darüber ist bei den politischen Parteien im Lande mit wenigen Ausnahmen seit den Tagen von Olmütz kein Zweifel. Gesetzt nun, Oesterreich beabsichtige wirklich nur Italien anzugreifen, darf Preußen zugeben, daß die italienische Armee, auf welche wir bei einem Angriffe Oesterreichs mit Wahrscheinlichkeit zählen können, unschädlich gemacht werde? Sollen wir in Italien die entmuthigende Ueberzeugung befestigen, daß jenes Königreich bei einem Kriege mit Oesterreich der Isolirung ausgesetzt sei?...

Oesterreichs vom 26. April datirte Antwort auf die Bismarck'sche Depesche vom 21. war in einem gleichzeitig höhnisch freundlichen wie anmaßend hochfahrenden Tone gehalten. Der Kaiser, hieß es darin, habe von den persönlichen Gefühlen des Königs Wilhelm nichts Geringeres erwartet als die unter dem 21. ausgesprochene Bereitwilligkeit. Auch habe der Kaiser Befehl ertheilt, daß „die zur Verstärkung der Garnisonen in Böhmen und Mähren entsandten Truppen ins Innere zurückkehren, um nach einer andern Richtung verwandt zu werden". Dies werde, wie zu erwarten, die „preußische Regierung nicht verhindern, auf die Entfernung unserer Truppen an der böhmischen Grenze mit der Reduction der mobil gemachten preußischen Truppen zu antworten". Was die andern Bundesstaaten anbetreffe, so hätten in denselben „keine effectiven Rüstungen" stattgefunden. Ueberdies liege es in der Hand Preußens, alle Befürchtungen der deutschen Regierungen vollständig zu beschwichtigen.

Man fühlte in Wien sehr wohl, daß man sich durch den Vorschlag gleichzeitiger Abrüstung, den man, nachdem er von Preußen angenommen war, in Ausführung zu bringen selbst nicht geneigt war, ein Démenti gegeben hatte, das Preußen in hohem Grade zugute kam. Um diese Scharte auszuwetzen, fügte man der eben analysirten Depesche vom 26. April, über deren Aufnahme in Berlin wie in der ganzen diplomatischen Welt man sich keinen Täuschungen hingeben konnte, eine zweite bei, die den schwebenden Conflict wieder auf seinen Ausgangspunkt, die Herzogthümerfrage, zurückführen sollte. Hier stand Oesterreich ein gewisses formelles Recht zur Seite, hier hatte es in den zur Zeit noch schwankenden Mittelstaaten wie in der deutschen Demokratie eine Stütze, hier durfte es also auch hoffen, die Wirkungen, welche Preußen durch seinen Bundesreformantrag erzielen wollte, im Keime zu ersticken.

Diese zweite Depesche vom 26. April proponirt Preußen nichts Geringeres, als dem Erbprinzen von Augustenburg sofort die Herzog-

thümer zu überantworten. Wäre das Recht dieses Prinzen selbst ein über jeden Zweifel erhabenes gewesen, hätte Preußen der Vortheil, sich auf seine Kronjuristen berufen zu können, nicht zur Seite gestanden, hätten selbst Oesterreich und der Erbprinz jetzt Preußen die Bedingungen ausnahmslos zugestanden, die es im Februar 1865 gestellt hatte, und die von allen Einsichtigen und Leidenschaftslosen als das anerkannt worden waren, was es um seiner selbst und um Deutschlands willen fordern mußte, die Antwort Preußens hätte dennoch lauten müssen: Non possumus! Nach den Intriguen, die der Prinz gesponnen, nach der entschieden feindseligen Haltung, die er und sein Anhang derjenigen Großmacht gegenüber eingenommen hatten, welche sein Heimatland zweimal mit dem Blut ihrer Söhne der Fremdherrschaft entrissen, hätte sich Preußen durch ein Eingehen auf jene Proposition nur ein zweites Olmütz erkauft. Aber an die Bewilligung der Februarforderungen dachte Oesterreich bei weitem nicht. Vor der Eventualität eines großen Kriegs schreckte es weniger zurück als vor einer realen Machterweiterung Preußens. Rücksichtlich der Landarmee Schleswig-Holsteins machte es nicht die geringste Concession, es erwähnte ihrer gar nicht. Die Marinefrage behielt es dem Bunde vor. Alle seine Zugeständnisse beschränkten sich auf das, was Preußen bereits durch die Gasteiner Convention gesichert war. Den Schluß der Depesche machten folgende gewichtvolle Auslassungen:

Entzieht sich dessenungeachtet Preußen noch immer unsern so gerechten, ehrenvollen Vorschlägen, so wird uns keine andere Entschließung übrigbleiben, als dem Deutschen Bunde den ganzen Stand der Angelegenheit offen darzulegen und gemeinsamer Erwägung unserer Bundesgenossen anheimzugeben, welche Wege in Ermangelung des Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preußen einzuschlagen seien, um zur bundesgemäßen Regelung der holsteinischen Angelegenheit zu gelangen. Auch wird dann die Stimme des Landes Holstein selbst, die ohne Zweifel vernommen zu werden verdient, um so weniger noch länger ungehört bleiben können, als ohnehin die holsteinischen Stände nach der geltenden Verfassung im Laufe dieses Jahres einberufen werden müssen.

Mit diesen Sätzen sagte sich Oesterreich von drei Verträgen, die es Preußen gegenüber verpflichteten, los: von einem geheimen Vertrage, der vor dem Kriege (Januar 1863) geschlossen wurde, von dem Wiener Frieden und der Gasteiner Convention. Aus allen diesen Verträgen resultirte, daß die Lösung der Souveränetätsfrage nur nach erzieltem Einverständniß beider Großmächte erfolgen sollte. Die angedrohte einseitige Berufung der holsteinischen Stände, die Oesterreich

bis dahin selbst als unzulässig anerkannt hatte, war insbesondere eine Lossagung von der Gasteiner Convention, die beiden Mächten die gemeinsame Ausübung der Souveränetätsrechte über das Gesammtgebiet der Herzogthümer wahrte. Mag man immer eine gewisse sittliche Rechtfertigung des von Oesterreich angedrohten Verfahrens angesichts dieser keineswegs über schwere Bedenken hinweghebenden Verträge anerkennen, Oesterreich selbst kommt dieselbe nicht zugute. Es bedarf nur flüchtiger Erinnerungen an das Verhalten Oesterreichs gegenüber dem Bunde im Laufe des Jahres 1864, um ihm diese Rechtfertigung zu entziehen. Für den, der so weit nicht zurückgehen will, genügt ein Blick in die Gasteiner Convention und speciell in den lauenburger Kaufvertrag.

Die zuerst erwähnte österreichische Depesche vom 26. April, die von Preußen in so barscher und verletzender Weise sofortige Abrüstung forderte, Oesterreich dagegen das Recht vindicirte, seine Armee auf Kriegsfuß zu erhalten, beantwortete das berliner Cabinet schon am 30. April, und zwar, wie auch im Auslande allseits anerkannt wurde, in sehr gemäßigter Weise. Die Hauptstelle lautete:

Im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Aufhebung der Spannung, welche auf den Beziehungen der Politik und des Verkehrs gegenwärtig lastet, ersuchen wir daher die kaiserliche Regierung nochmals, daß sie unbeirrt an dem Programm festhalten wolle, welches sie selbst in ihrer Depesche vom 18. aufgestellt hat, und welches Se. Maj. der König in versöhnlichstem Sinne und in Bethätigung seines persönlichen Vertrauens zu Sr. Maj. dem Kaiser unverzüglich angenommen hatte. Wir müssen in Ausführung desselben erwarten, daß **zunächst** alle seit Mitte März nach Böhmen, Mähren, Krakau und Oesterreichisch-Schlesien gezogenen Truppen nicht nur in ihre frühern Garnisonen zurückkehren, sondern auch alle in jenen Ländern stehen bleibenden Truppenkörper wieder auf den frühern Friedensfuß versetzt werden. Ueber die Ausführung der Maßregeln, also der Herstellung des Status quo ante, sehen wir einer baldigen authentischen Benachrichtigung entgegen, da der von der kaiserlichen Regierung zur Zurückführung der gegen unsere Grenzen versammelten Truppen in den Friedenszustand selbst auf den 25. April festgesetzte Termin längst verstrichen ist. Wir hoffen, daß die kaiserliche Regierung demnächst durch nähere Ermittelungen die Ueberzeugung gewinnen werde, daß ihre Nachrichten über die aggressiven Absichten Italiens unbegründet waren, und daß sie alsdann zur effectiven Herstellung des Friedensfußes in der gesammten kaiserlichen Armee schreiten und uns dadurch zur Genugthuung Sr. Maj. dasselbe Verfahren ermöglichen werde. Solange dieser unsers Erachtens allein richtige und, wie wir glauben durften, beiderseits angenommene Weg nicht eingeschlagen wird, ist **es für die königliche Regierung nicht thunlich, der nächsten Zukunft, in welcher ihr wichtige und folgenschwere Verhandlungen mit der kaiserlichen Regierung bevorstehen, anders als unter Feststellung des Gleichgewichts**

in der Kriegsbereitschaft beider Mächte entgegenzugehen. Von Verhandlungen, welche von einer Seite bewaffnet, von der andern in voller Entwaffnung geführt würden, kann sich die königliche Regierung einen gedeihlichen Erfolg nicht versprechen.

Oesterreichs Erwiderung erfolgte am 4. Mai. Graf Mensdorff recapitulirte die vorangeführten Schlußsätze der preußischen Depesche und erklärte dann, daß die kaiserliche Regierung angesichts dieser Aeußerungen die Verhandlungen über gleichzeitige Zurücknahme der gegenseitigen Rüstungen für erschöpft halten müsse. Dabei wiederholte er indeß die Versicherung, daß Oesterreich weder gegen Preußen noch gegen Italien eine Offensive beabsichtige. Ueber seine auch im Interesse Deutschlands gebotene Kriegsbereitschaft gegen Italien, erklärte er schließlich, stehe keiner fremden Macht eine Controle zu.

Nach dieser Kundgebung war nicht zu erwarten, daß das berliner Cabinet noch eine Antwort auf die zweite — Schleswig-Holstein betreffende — Depesche vom 26. April ertheilen werde. Im Plane des Grafen Bismarck scheint eine Beantwortung dieser Depesche überhaupt nicht gelegen zu haben, da er schon einige Tage nach deren Eingang im „Staats-Anzeiger" erklären ließ, ein etwa zu machender preußischer Gegenvorschlag müsse sich auf ganz anderm Boden bewegen als die österreichischen Propositionen, welche den Wiener Frieden und die Gasteiner Convention ignorirten. Wider alles Erwarten wurde indeß aus einem preußischen Circularschreiben an die auswärtigen Mächte, welches die „Times" im Laufe des Juni publicirte, bekannt, daß man sich in Berlin dennoch und zwar unter dem 7. Mai zu einer diplomatischen Eröffnung unter Anknüpfung an die in Rede stehende österreichische Depesche herbeigelassen habe. Dieselbe war streng vertraulicher Natur und enthielt das Anerbieten, sich mit Oesterreich über Abtretung seiner Rechte an die Herzogthümer gegen angemessene Entschädigung zu verständigen. Die Annahme dieses Vorschlags würde die großartig angelegte Politik Bismarck's zu Fall gebracht und diesen Staatsmann an der Schwelle seines Ziels wahrscheinlich zum Rücktritt gezwungen haben. In den hochconservativen Kreisen Berlins fehlte es nicht an distinguirten Personen, die, namentlich seit dem demokratisch angelegten Bundesreformvorschlage, im Einverständniß mit österreichischen Standes- und Gesinnungsgenossen den Sturz Bismarck's unablässig erstrebten, und aus diesen Kreisen ist jenes Verständigungsproject wahrscheinlich hervorgegangen. In jenem uns als

Quelle dienenden Circularschreiben (d. d. 4. Juni) wird auch ausdrücklich constatirt, daß diese vertrauliche Eröffnung nicht auf den Rath der preußischen Minister, sondern infolge der Einmischung Dritter, die auf die Friedensliebe und den conservativen Sinn des Königs speculirten, erfolgt war. Das Glück wollte, daß der Versuch scheiterte. Wäre er gelungen, so wäre eine abermalige Periode der Versumpfung wie die von 1850—58 die unausbleibliche Folge gewesen.*)

Durch die jüngsten diplomatischen Acte hatte sich Oesterreich den Weg zu Concessionen, die Preußen moralisch zur Friedfertigkeit gezwungen hätten, in einer Weise versperrt, daß es fast zur Gewißheit wurde, es wolle selbst den Krieg. Seine Depesche vom 26. April in Betreff der Herzogthümerfrage trug den casus belli im Schoße. Der maßlos erregten öffentlichen Meinung des eigenen Landes gegenüber war es bereits in einer Lage, die kaum einen Rückzug zuließ. Zu alledem kam aber der Umstand, daß es durch seine offen ausgesprochenen großartigen Kriegsrüstungen gegen Italien diesem jedes Bedenken nahm, nun seinerseits ebenso offen zu Gegenrüstungen in großem Maßstabe zu schreiten. Bis dahin hinderten die Rücksichten auf Frankreich, das eine kriegerische Entscheidung noch gern vermieden hätte, das junge Königreich an voller freier Bewegung. Von jetzt ab aber bot ihm nicht allein der gewaltige Geldaufwand, sondern in weit höherm Grade noch die Erregung aller Gemüther einen den politischen Anschauungen Napoleon's vollkommen entsprechenden Rechtstitel, auf eigene Hand kriegerische Politik zu treiben. Es kann mit Zuversicht behauptet werden, daß nach Abgabe der Erklärung Oesterreichs, es könne Italiens wegen nicht abrüsten, entschieden feststand, die Erhaltung des Friedens sei ohne die Abtretung Venetiens nicht mehr möglich.

Wie wenig umfangreich bis dahin die militärischen Maßnahmen Italiens waren, erweist sich aus einer vom 28. April datirten Circulardepesche Lamarmora's an die auswärtigen Vertreter Italiens. Mag dieselbe immer cum grano salis verstanden werden müssen, so gebot doch schon die Rücksicht auf die am Hofe von Florenz beglaubigten Diplomaten, mit der Wahrheit nicht allzu rücksichtslos umzugehen. Diese Depesche analysirt die großartigen kriegerischen Vorbereitungen

---

*) In der Bundestagssitzung vom 9. Juni ließ Bismarck die vertrauliche Eröffnung vom 7. Mai, zu deren Erlaß ihn zweifelsohne nur der entschiedene Wille seines Königs vermocht hatte, als einen Beweis preußischen Entgegenkommens zur allgemeinen Kenntniß bringen.

Oesterreichs im Venetianischen und schließt dann mit den Worten: „Sie sind beauftragt, Herr Minister, die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, auf diese Thatsachen aufmerksam zu machen. Sie wird, wie ich das Vertrauen habe, die Pflichten würdigen, welche so ernste Umstände der Regierung des Königs auferlegen. Es ist für die Sicherheit des Königreichs unvermeidlich geworden, daß unsere Streitkräfte zu Land und zur See, die bis heute auf dem Friedensfuß geblieben waren, ohne Verzug vermehrt werden. Indem die Regierung jene Maßnahmen trifft, welche die Vertheidigung des Landes verlangt, entspricht sie nur den Anforderungen der Stellung, die ihr Oesterreich geschaffen hat."

Während des Depeschenwechsels mit Oesterreich hatte die Bundesreformfrage nicht geruht. Am 21. April fand die erste derselben gewidmete Berathung in Frankfurt statt. Auf Preußens Verlangen wurde dessen am 9. eingebrachter Antrag einem besondern Ausschuß von neun Mitgliedern übergeben. Oesterreich erklärte, daß nur durch Preußens Schuld das Reformproject des Kaisers von 1863 gescheitert sei, nichtsdestoweniger sei die kaiserliche Regierung zur Prüfung preußischer Vorschläge bereit. Ehe diese aber vollständig bekannt seien, könne sich die Bundesversammlung auf Verhandlungen gar nicht einlassen. Oesterreich wollte also eine einfache Zurückweisung des nur auf Wahl einer Commission gerichteten preußischen Verlangens. Daß Preußen dennoch mit seinem Antrage auf Bestellung einer solchen durchdrang, dankt es namentlich Baiern, dann aber auch der noch schwankenden und abwartenden Haltung mehrerer kleinerer Staaten. Bald nach dieser ersten Sitzung präcisirte Preußen seine am Schluß des Antrags vom 24. März bereits ausgesprochene Willensmeinung in einer Circulardepesche an die deutschen Regierungen noch einmal wie folgt:

... Unsere Vorschläge werden wir unsern Bundesgenossen erst dann vorlegen, wenn der Zusammentritt des Parlaments zu einem bestimmten Tage gesichert ist. Wir werden bei den Ausschußberathungen die Gebiete des Staatslebens bezeichnen, auf welche unsere Vorschläge sich erstrecken werden. Es sind größtentheils Fragen, welche sich auf die Sicherstellung der höchsten Zwecke des Bundes beziehen, die bereits Gegenstand der eingehendsten Erörterungen gewesen sind und deshalb eine Verständigung zu einem bestimmten Termin möglich machen. Wir werden uns, um dies Ziel zu erreichen, gern bescheiden, nur die allernothwendigsten Fragen anzuregen, da uns dadurch der Erfolg des Reformversuchs am meisten gefördert erscheint. An eine Verständigung der Re-

gierungen über den Inhalt und Text der Vorschläge aber glauben wir nicht, wenn für dieselbe nicht ein Präclusivtermin mit der Aussicht auf die fördernde Mitwirkung des in der Volksvertretung liegenden einheitlichen und nationalen Factors gestellt wird. Nach den mit den Reformversuchen in den letzten Jahrzehnten gemachten Erfahrungen halten wir es für ganz zweifellos, daß ohne die selbst auferlegte Nöthigung, welche in der vorherigen Festsetzung des Termins für die Parlamentseröffnung liegt, an eine Verständigung der Regierungen auch nur über die allernothwendigsten Reformen gar nicht zu denken ist. Wir stehen mit dieser Ueberzeugung, für welche die eclatantesten Thatsachen sprechen, gewiß nicht allein. Sind doch die Gefahren, welche dem Bunde von außen drohten, nicht ausreichende Motive gewesen, um für die dringend nothwendige Reform der Bundeskriegsverfassung auch nur die ersten Schritte zu Wege zu bringen, zu welcher Preußen seit vier Jahrzehnten wiederholt in energischer Weise den Anstoß gegeben hat. Und hat doch noch im letzten Jahrzehnt, angesichts des stets drohenden dänischen Kriegs, die Verhandlung über die Küstenvertheidigungs- und Flotillenfrage, wo es sich bei Preußens Opferwilligkeit nur um ganz geringfügige Leistungen seitens der Bundesgenossen handelte, trotz aller unserer Bemühungen am Bunde und bei den Regierungen, seit 1859 bisjetzt aussichtslos geschwebt. Die Bestimmung des Termins der Parlamentseröffnung vor Beginn der Regierungsverhandlungen über die Reformvorlagen ist der Kern unsers Antrags vom 9. April. Mit der Ablehnung dieser Frage wäre die ernstliche Behandlung der Bundesreform überhaupt thatsächlich abgelehnt.

Es vergingen Wochen, ehe der Neuner-Ausschuß sich constituirte und zu Berathungen gelangte. In einer derselben (15. Mai) skizzirte der preußische Vertreter die allgemeinen Gesichtspunkte seiner Regierung bezüglich der nothwendigsten Reformen in der politischen Gestaltung Deutschlands und theilte gleichzeitig mit, daß Preußen zur unveränderten Annahme des Reichswahlgesetzes von 1849 bereit sei. Weiter ist die Angelegenheit am Bunde nicht gediehen, Preußens Vorschlag aber war damit keineswegs beseitigt, vielmehr trat derselbe, wie wir später sehen werden, im letzten Moment der politischen Krisis in concreter Form ans Licht, um bis über den Krieg hinaus eine hervorragende Stelle zu behaupten. Vorgreifend sei erwähnt, daß Preußen beabsichtigte, den Oberbefehl über die nichtösterreichischen Truppen derart mit Baiern zu theilen, daß derselbe Preußen nördlich, Baiern südlich des Mains zufallen sollte. Baiern war dadurch einigermaßen Ersatz für die Vortheile in Aussicht gestellt, die der österreichische Entwurf von 1863 dieser Macht einräumte. Diese große, von der öffentlichen Meinung Preußens sehr ungünstig aufgenommene Concession konnte, sofern sich der Ehrgeiz des münchener Cabinets damit beschieden hätte, von bedeutender Tragweite sein. Wenn es in der

Hand irgendeiner Macht gelegen hat, den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, wenn nicht zu vermeiden, so doch zu localisiren, so lag es in der Baierns. Ohne dessen active Bundesgenossenschaft konnte Oesterreich auf diejenige des ganzen übrigen Deutschland mit einziger Ausnahme Sachsens nicht zählen; bei einer neutralen Haltung Deutschlands aber wäre auch die in Wien gehegte Hoffnung auf ein Eintreten Frankreichs gegen Preußen noch viel unbegründeter gewesen, als sie sich ohnedies erwiesen hat.

Die öffentliche Meinung in den Mittel- und Kleinstaaten, ganz besonders aber die demokratischen Elemente drängten zu jener Zeit vielfach auf einen Zusammenschluß dieser Staaten zu einem engern Bunde, andere wollten die sofortige Proclamirung der Reichsverfassung von 1849. Im allgemeinen aber herrschte völlige Unklarheit der Ziele. Der maßlose Haß gegen Bismarck war der einzige gemeinsame Grundzug zahlreicher Parteibeschlüsse. Nachdem der Antrag auf Berufung eines aus directen Volkswahlen hervorgehenden Parlaments allen positiven Forderungen, auf welche die Resolutionen der Versammlungen und Vereine bisher hinauszulaufen pflegten, die Spitze abgebrochen hatte, war man auf eine reine Negation angewiesen. Man verschmähte die Gabe des Gebers wegen. Die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten hatten daher in der Verfolgung einer reinen Cabinetspolitik freie Hand.

Vor allem war es Sachsen, das diesen Weg betrat. Sein leitender Staatsmann, der Minister von Beust, hatte die geheime Circulardepesche des wiener Cabinets vom 16. März ganz so erfaßt, wie sie gemeint war, und durch weitgreifende Kriegsvorbereitungen bereits in ihrem Sinne gehandelt. Er nahm keinen Anstand, das Geschick des blühenden, durch Religion, Handel und Verkehr dem nordischen Nachbar so nahe verwandten Landes an den gewaltsam bergab rollenden Wagen Oesterreichs zu knüpfen. Und doch war Sachsen zumeist von allen Staaten Deutschlands darauf angewiesen, alles aufzubieten, den Frieden zu erhalten. Machten Oesterreichs Feldherren keinen Fehler, so mußten sie so operiren, daß zunächst Sachsen Kriegsschauplatz wurde; wollte Preußen die gewaltige Blöße decken, die Berlin nach Süden hin dem Feinde bietet, so war es seinerseits genöthigt, Oesterreich in der Besetzung des Landes zuvorzukommen.

Sachsen war also das wahrscheinliche Kriegstheater. Nur die strengste Neutralität bot Aussicht, es vor diesem Schicksal zu bewahren.

Obgleich auch andere deutsche Regierungen kriegerische Vorbereitungen getroffen hatten, war es vorzugsweise Sachsen, welchem Preußen dieserhalb sehr energisch entgegentrat. Ihm gegenüber hat Bismarck überhaupt eine Politik befolgt, der wenigstens das Prädicat „offen und ehrlich" nicht abgesprochen werden kann. Ueber das, was Sachsen, sobald seine active Parteinahme gegen Preußen entschieden, bevorstand, konnte seine Regierung nicht in Zweifel sein. Schon im Laufe des März brachte ein unabhängiges preußisches Blatt eine kriegswissenschaftliche Darlegung der strategischen Verhältnisse, die Preußen mit der Rechtfertigung der Selbsterhaltung zwingen würden, sich in dem Moment, wo Sachsens kriegerische Parteinahme für Oesterreich entschieden sei, seines Gebiets zu bemächtigen. Nicht nur die preußische officiöse Presse, sondern auch diejenige des Auslandes, namentlich Frankreichs, nahmen den Gegenstand in gleichem Sinne auf.

Nachdem Oesterreich durch seine Depeschen vom 26. April eine kriegerische Entscheidung näher gerückt hatte, richtete Graf Bismarck an das dresdener Cabinet eine förmliche Sommation. Er bezog sich darin auf vorausgegangene Versicherungen des Ministers von Beust, daß die Neutralität im strengsten Sinne gewahrt werden solle, da Sachsen einfach auf dem Bundesstandpunkt stehe, von dem aus nach Artikel 11 der Bundesacte der Krieg unmöglich sei. Mit diesen Kundgebungen seien aber die sächsischen Rüstungen unvereinbar. Bismarck führte dann weiter aus, daß die seitherige Haltung der sächsischen Regierung und der preußenfeindliche Geist ihrer officiösen Presse keinen Zweifel darüber ließen, daß diese Rüstungen gegen Preußen gerichtet seien. Er forderte hierüber bestimmte Aufklärungen mit dem Zusatze, daß Preußen, sofern diese nicht ertheilt würden, zu militärischen Maßnahmen gegen Sachsen schreiten werde.

Beust antwortete am 29. April, er erinnere sich nicht, die absolute Neutralität als Programm der Regierung erklärt zu haben. Die Rüstungen Sachsens seien nur zum Zweck der Vertheidigung unternommen und um den voraussichtlichen Bundespflichten zu genügen. Maßregeln dieser Art hätten nicht nur, wie Graf Bismarck meine, einen Sinn, wenn man auf die Neutralität verzichten wolle, sondern auch, wenn die Achtung der Neutralität nicht gesichert sei. Im Verlauf der Depesche wird es als ein Act der Großmuth dargestellt, daß Sachsen den preußischen Rüstungen gegenüber nicht schon längst

Präventivmaßregeln am Bunde beantragt habe, und am Schlusse des voluminösen Actenstücks heißt es, daß das dresdener Cabinet sich weitere Erklärungen in Frankfurt vorbehalte.

Die politische Stellung Sachsens in dem drohenden Conflict war hiermit entschieden. Preußen hatte den Bund bei seiner jetzigen Verfassung in seinem Reformantrage bereits für incompetent zur Schlichtung des Conflicts erklärt, es hatte die Einzelregierungen, ehe sie Rüstungen ins Werk gesetzt hatten, um bestimmte Erklärung, ob für oder wider, aufgefordert. Unmittelbar nach dem 24. März, als noch keiner der Mittelstaaten gerüstet hatte, war ein Hinweis auf den Bund der politischen Logik noch entsprechend, jetzt aber standen die Dinge anders. Solange die Rüstungen sich nicht auf einen Bundesbeschluß stützen konnten, war Preußen unbedingt auch formell berechtigt, darüber nach internationalem Brauch Auskunft zu fordern. In Berlin erklärte man sich denn auch dem sächsischen Gesandten gegenüber mit der Antwort Sachsens nicht zufrieden und bedeutete gleichzeitig, daß man die Correspondenz mit dem dresdener Cabinet als abgeschlossen erachte.

Beust führte infolge dessen die Drohung aus, sich an den Bund zu wenden, ein Schritt, durch den er die Bismarck'sche Idee, den Bund zu einer Competenzüberschreitung zu bringen, nur förderte. Ausschließlich sich gegen Preußen wendend, die Rüstungen Oesterreichs vollständig mit Stillschweigen übergehend, lautete ein am 5. Mai, unter Vorlage der vorausgegangenen diplomatischen Correspondenz, eingebrachter Antrag Sachsens:

Hohe Bundesversammlung wolle ungesäumt beschließen, die königlich preußische Regierung darum anzugehen, daß durch geeignete Erklärung dem Bunde mit Rücksicht auf Art. 11 der Bundesacte volle Beruhigung gewährt werde. Der Gesandte ist zugleich angewiesen, auf Abstimmung in einer baldigst anzuberaumenden Sitzung anzutragen und damit die Erklärung zu verbinden, daß die königliche Regierung sich inmittels zu allen zur Vertheidigung erforderlichen Maßregeln, soweit es ihr die Verhältnisse gestatten, für berechtigt und verpflichtet halte.

Gleichzeitig erklärte Oesterreichs Bevollmächtigter, der Bundesfriede erscheine nicht gesichert, solange Preußen bezüglich des Art. 11 nicht ebenso beruhigende Erklärungen gegeben habe, wie sie von Oesterreich bereits früher erfolgt seien.

Aber noch eine energischere Beitrittserklärung zu dem sächsischen Antrage erfolgte von seiten Oesterreichs. Am Tage nach der Einbringung derselben erging in Wien der Befehl, die ganze Armee

auf den Kriegsfuß zu setzen, und die Nordarmee an der böhmisch-schlesischen Grenze zu versammeln.

Am 9. Mai schon kam der am 5. eingebrachte Antrag Sachsens zur Abstimmung. Nur das um seine Existenz besorgte und stets schwankende Kurhessen, dann Mecklenburg, die 15. Curie (Oldenburg) und die 17. Curie (Hansestädte) stimmten dagegen, alle andern Stimmen traten Hrn. von Beust darin bei, daß Preußen zu einer Erklärung aufzufordern sei, zu der es nach Bundesrecht nicht verpflichtet war.

Preußen gab statt dessen eine Erklärung ab, die zwar den defensiven Charakter seiner bisherigen Maßnahmen abermals betonte, die aber in der völligen Lossagung von der Fessel des Bundes gipfelte. Die letzten Sätze derselben lauten:

Weder die preußischerseits von Sachsen geforderten Erklärungen noch die dabei in Aussicht gestellten Gegenmaßregeln bezweckten etwas anderes als die vollständige Sicherstellung des preußischen Gebiets. Da hiernach diese Maßregeln, insoweit sie ins Leben getreten sind, einen entschieden defensiven Charakter an sich tragen, so sieht sich des Gesandten allerhöchste Regierung nicht in dem Falle, solche zurückzunehmen, bevor der Anlaß beseitigt ist, welcher sie hervorgerufen, und bis die Regierungen, welche mit den Rüstungen begonnen haben, auch mit der gewünschten Abrüstung vorangegangen sein werden. In diesem Sinne ist es die preußische Regierung, welche mit Befremden in dem königlich sächsischen Antrage die Verhältnisse umgekehrt sieht, und welche daher vielmehr ihrerseits von der Bundesversammlung erwarten darf, daß sie die hohen Regierungen von Sachsen und Oesterreich veranlassen werde, ihre eingestandenermaßen Preußen gegenüber getroffenen Rüstungen baldmöglichst einzustellen. Sollte hohe Bundesversammlung dieses zu thun Anstand nehmen, oder dem Bunde selbst in seiner gegenwärtigen Verfassung dies in möglichst kurzer Frist zu bewirken die Kraft abgehen, so würde sich Preußen allerdings gezwungen sehen, das Bedürfniß der eigenen Sicherheit und der Erhaltung seiner europäischen Stellung in erster Linie für sich als maßgebend zu betrachten und sein Verhältniß zu einem Staatenbunde, der im Widerspruch mit seinem obersten Grundgesetz die Sicherheit seiner Mitglieder nicht vermehrt, sondern gefährdet, den gebieterischen Forderungen der Selbsterhaltung unterzuordnen.

2) Wirkung der letzten Vorgänge auf die allgemeine Stimmung in Preußen. Die Friedensadressen. Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ergebniß der Neuwahlen. Der Abgeordnetentag in Frankfurt. Stimmung in Süddeutschland. Bluntschli's Antrag in der badischen Ersten Kammer. Volksstimmung in Sachsen. Resolutionen der Parteien in Schleswig-Holstein. Umstimmung der öffentlichen Meinung in Preußen. Preußische Depesche an Würtemberg vom 22. Mai. Die Bamberger und ihr Bundesantrag vom 19. Mai. Ueberblick über die inzwischen erfolgten kriegerischen Rüstungen. — Die Phase der Einmischung des Auslandes. Stimmung in Frankreich. Erklärung Rouher's in der Legislativen. Rede von Auxerre. Die Einladungen zum Congreß. Die Antwort Oesterreichs und das Ende der Vermittelungsversuche. — Oesterreichs entscheidend wirkender Bundesantrag vom 1. Juni. Preußens Gegenerklärungen. Circulardepesche Bismarck's vom 4. Juni.

Wenn irgendetwas den Grafen Bismarck in Preußen populär zu machen vermochte, war es sein rücksichtsloses Vorgehen gegen den von dem Groll aller freisinnigen Elemente verfolgten Bundestag. Selbst nachdem es dem Bundestage zu Anfang 1864 gelungen war, durch seine Parteinahme für das Recht des Augustenburgers der Politik Bismarck's gegenüber Partei für sich zu gewinnen, hatte er durch die totale Unfähigkeit, sich auf dem eingeschlagenen Wege durchgreifend zu bethätigen, nur mitleidiges Achselzucken hervorgerufen. Als bald darauf Hr. von Beust die Rechtstheorien des Bundes Preußen gegenüber bei Gelegenheit der Räumung Holsteins durch die Sachsen und Hannoveraner zur Geltung zu bringen versuchte, erwachte der Preußenstolz und die Misbilligung der Kleinstaaterei wieder so lebhaft, daß schon gegen das Ende des Jahres 1864 die Sympathien des Landes sich der Bismarck'schen Politik sehr genähert hatten. Die Regierung unterließ es indeß damals, den günstigen Moment zu einer Versöhnung mit ihren politischen Gegnern zu benutzen. Ein, wenn auch bei weitem nicht gleich günstiger, so doch immer zur Anbahnung einer Verständigung geeigneter Moment war jetzt wiedergekehrt. Das Auftreten Preußens gegenüber dem sächsischen Antrage am Bunde wurde von dem größten Theil der Oppositionspresse mit lautem Beifall begrüßt.

Ueberhaupt war in der Haltung der preußischen Presse bereits ein bedeutender Umschlag eingetreten. Das vertrauenerweckende Beharren Bismarck's auf dem Bundesreformproject bot zahlreichen größern Blättern, die bis dahin die äußere Politik der Regierung theils nur um der inneren willen, theils auch nur, um sich consequent zu bleiben,

bekämpft hatten, erwünschte Gelegenheit, ihre Opposition speciell in der schleswig-holsteinischen, dann aber auch in der Militärfrage fallen zu lassen. Zur Lösung beider, ließ sich jetzt deduciren, sei das deutsche Parlament berufen.

Bisher waren indeß die Friedensagitationen, deren bereits früher gedacht wurde, noch immer fortgegangen. Bis über die Mitte des Mai hinaus wurden noch von den Gemeindevertretungen der großen Städte des Landes Adressen beschlossen, in denen sich der Wunsch nach Erhaltung des Friedens rückhaltslos kundgab. Nicht nur aus dem Westen der Monarchie, wo die materiellen Interessen so sehr im Vordergrunde stehen, sondern auch von Berlin, Magdeburg, Stettin, Königsberg u. s. w. ward der König mit solchen Eingaben bestürmt. Alle gaben dem preußischen Patriotismus Ausdruck, keine aber athmete etwas von dem Geiste, der eine Nation vor einem großen Kriege durchdringen muß, soll ihr der Sieg in Aussicht stehen. Die Stadtverordneten von Köln fanden nur den Ausdruck der Hoffnung, „daß die Weisheit des Königs auch auf der Bahn des Friedens Wege finden werde, Preußen in seiner Stellung als den Kern der Kraft Deutschlands zu erhalten und zu stärken". In der Adresse der durch und durch preußischen Stadt Magdeburg hieß es, daß man den König nicht bitten wolle, den Frieden um jeden Preis zu erhalten. Allein die Begeisterung wie 1813 könne nur aus der vollsten Einigkeit zwischen Regierung und Volk erwachsen. Deshalb bitte sie, es möge dem König gefallen, „den Frieden im Innern des Landes herzustellen und mit vollem Vertrauen sich zu dem Volk zu wenden, das in allen Zeiten mit Gut und Blut zu seinen Königen gestanden hat". In der letztern Bitte stimmten alle Städte überein, viele erhofften davon unmittelbar den Frieden, weil ihrer Ansicht nach ein Systemwechsel sofort zu Gunsten der Bundesreform seine Rückwirkung auf ganz Deutschland üben würde, andere erwarteten davon das sofortige Erwachen der nöthigen Begeisterung für den Krieg. Nur eine einzige Stadt und zwar die Hauptstadt derjenigen Provinz, die Oesterreich bereits laut als den ihm voraussichtlich zufallenden Siegespreis bezeichnete, die auch nach der damaligen militärischen Situation am bedrohtesten schien, Breslau, redete in anderm Tone zu ihrem König. Trotzdem, daß die weitüberwiegende Majorität seiner Bürger der entschiedensten Opposition in innern Angelegenheiten angehörte, wie dies seine Vertretung auf dem Landtage und verschiedene Vorgänge im communalen Leben bewiesen, erinnerte Breslau in patriotisch gehobener Sprache an die

große Zeit von 1813 und sprach aus, daß das Volk die den König zum Kriege veranlassenden Gründe anerkenne und würdige, daß es keinen Frieden, der ein zweites Olmütz bedeute, wolle, und daß eine Kampfesbegeisterung gleich der von 1813 sofort erwachen würde, wenn die Weisheit des Königs Mittel finden werde, den innern Conflict zu beseitigen.

Die Wirkung der breslauer Adresse war eine sehr bedeutende. Uebrigens ist an die anders lautende Sprache derjenigen der übrigen Städte kein zu strenger Maßstab anzulegen. Die Mehrzahl derselben fiel in eine Zeit, in welcher der Conflict zwischen Regierung und Volk durch einen kühnen Schritt der erstern plötzlich wieder mächtig in den Vordergrund trat, was zweifellos auf die dem König gegenüber eingenommene Haltung einen bedeutenden Einfluß übte. Vertrauend auf die Wirkung, welche die Klarlegung der Situation infolge der Bundestagssitzung vom 8. Mai ausüben würde, hatte sich nämlich das Ministerium Bismarck zu einem Appell an die Nation entschlossen. Zur großen Ueberraschung des Landes erschien schon am 9. Mai eine königliche Verordnung, welche die Auflösung des Abgeordnetenhauses aussprach. In der dieselbe motivirenden Eingabe des Staatsministeriums, die gleichzeitig veröffentlicht wurde, wurde die politische Situation als sehr ernst bezeichnet und die Nothwendigkeit, den Landtag einzuberufen, um „die der Lage des Landes entsprechenden Beschlüsse zu fassen und der Einmüthigkeit, welche das preußische Volk beseelt, wenn es der Erhaltung der Unabhängigkeit und der Ehre des Landes gilt, den loyalen Ausdruck zu geben“. Das frühere Haus der Abgeordneten wurde in dieser königlichen Verordnung zwar mit Achtung behandelt, an seinem Patriotismus nicht gezweifelt, aber es hieß, daß dieses Haus unter andern Verhältnissen gewählt sei und der König das Bedürfniß fühlen werde, „die Stimmung kennen zu lernen und zum Ausdruck gebracht zu sehen, welche das preußische Volk im jetzigen Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge beseele“.

Die Regierung hätte sich ohne Verfassungsverletzung noch weiter von parlamentarischen Schwierigkeiten fern halten können. Nach der jetzt erfolgten formellen Auflösung aber waren verfassungsmäßig sofortige Neuwahlen geboten, und binnen einer Frist von längstens 90 Tagen mußte der Landtag versammelt sein. Der Schritt der Regierung war also im Grunde ein Zeichen ihres Vertrauens in die Volksthümlichkeit der eingeschlagenen Politik, und ein recht eigentlicher

Appell ans Volk. Daß nicht Finanznoth der leitende Factor war, hat die Erfahrung bewiesen.

Nichtsdestoweniger war die anfängliche Wirkung dieses Schrittes im Lande eine ganz entgegengesetzte. Daß nicht das Ministerium eine Aenderung erlitt, sondern eine Kammer aufgelöst wurde, die dasselbe in allen Punkten aufs nachhaltigste bekämpft hatte, erregte einen wahren Sturm im Lande. Und gerade während seines Tobens wurden jene Adressen angeregt, durchberathen und abgesandt.

Aber der Sturm legte sich bald. Je klarer sich die äußere Politik in ihren Zielen offenbarte, um so populärer ward sie. Noch vor Ausbruch des Kriegs fand die Wahl der Wahlmänner statt, die Regierung beobachtete eine anerkennenswerthe Zurückhaltung, und doch war die Neugestaltung der Kammer ein Sieg für sie. Beiläufig verdient bemerkt zu werden, daß auch ein zufälliges Ereigniß dazu beitrug, dem Grafen Bismarck Popularität zu verschaffen. Am 7. Mai übte ein junger Würtemberger, ein Stief- und Adoptivsohn des in London lebenden bekannten Republikaners Blind, ein meuchelmörderisches Attentat auf der Hauptstraße Berlins gegen den Ministerpräsidenten aus. Bismarck's muthige Haltung angesichts der größten Gefahr gewann ihm die Sympathie der Massen. Wichtiger aber war, daß Tausende im Lande daran erinnert wurden, wie unentbehrlich dieser Mann gerade im Moment der politischen Krisis für Preußen sei. Endlich kam es der Regierungspolitik zugute, daß die hochconservative Partei, die bisher ihre Stütze in den Kammern war, sich offen gegen einen Bruch mit Oesterreich, also gegen Bismarck aussprach. Gerade weil ihr Führer, der Rundschauer der „Kreuzzeitung", Hr. von Gerlach, daraus die innere Auflösung der conservativen Partei weissagte, gewann das Bismarck'sche Programm in der Majorität der Nation an Freunden. Bismarck operirte geschickt, deren Zahl zu mehren. Seine Organe verwiesen stets auf seine bis dahin nur durch leichte Andeutungen bekannten, jedenfalls aber den völligen Bruch mit dem alten Bunde constatirenden Bundesreformvorschläge. Dabei wurde die Sprache immer offener und volksthümlicher. „Der Krieg als Cabinetskrieg begonnen", schrieb ein streng officiöses Blatt, „wird als Volkskrieg zu Ende gehen." Mit seinem Bundesreformplane selbst mußte Bismarck, seinem den Mittelstaaten gegenüber ausgesprochenen Entschlusse gemäß, denselben erst nach Fixirung des Termins für die Parlamentsberufung vorzulegen, noch zurückhalten, in Preußen selbst aber machte er kein Hehl daraus, daß er denselben allerdings

sehr eng begrenzt habe, um ihn den Regierungen der andern Staaten annehmbar erscheinen zu lassen, daß er aber nichtsdestoweniger auf die Verwerfung des Plans rechne, in welchem Falle ein in den Augen aller national und liberal Gesinnten gerechtfertigter Ausgangspunkt gefunden sei, dem Kriege wahrhaft große Ziele zu geben.

Gegen die Regierung wühlte von der Zeit einer entschiedenen Wendung zum Kriege ab, die wir von den letzten Vorgängen am Bunde datiren müssen, nur noch diejenige Partei, die der großen Streitfrage zwischen Preußen und Oesterreich im allgemeinen indifferent gegenüberstand und mit dem idealen Begriff „Deutschland" nur ihre eigentliche Vaterlandslosigkeit oder ihr radicales Republikanerthum deckte. Ihren Führern gelang es, die jeder politischen Einsicht baren Schichten des Volks in „Urwählerversammlungen" zu Beschlüssen zu treiben, zu denen sich nach eingetretener kriegerischer Action niemand mehr bekennen wollte. Der Herd dieser Agitation lag außerhalb Preußens.

Am 20. Mai versammelte sich noch einmal der sogenannte Deutsche Abgeordnetentag in Frankfurt a. M., und bei dieser Gelegenheit war es, wo die in Rede stehende politische Richtung in einer Weise zum Ausdruck gelangte, die durchaus geeignet war, in Preußen eine mächtige Reaction dagegen wach zu rufen. Was zunächst den schließlich zur Annahme gelangenden Ausschußantrag betrifft, so war derselbe, trotzdem, daß in der Versammlung preußische Elemente nur in verschwindend kleiner Zahl vertreten waren, allerdings sehr gemäßigt gehalten. Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten war der Kernpunkt des Beschlusses. In der schleswig-holsteinischen Frage war vom „Herzog Friedrich" nicht mehr die Rede, und ebenso wenig von dem absoluten Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung; dem deutschen Parlament ward, was selbst einige Organe der preußischen Regierung als möglichen Ausweg bezeichnet hatten, die Entscheidung über die Stellung der Herzogthümer vorbehalten. Der Vorwurf gegen Preußen beschränkte sich auf „Misachtung des Rechts der Herzogthümer", was mehr auf Entziehung der nationalen Vertretung als auf anderes Bezug hatte. Vom lieben Deutschen Bunde war gar nicht die Rede.

Die mit geringer Majorität erfolgte Annahme dieses der Ansicht einer immer noch großen, nicht von blindem Parteieifer geleiteten freisinnigen deutschen Partei durchweg entsprechenden Antrags war ohne jegliche Wirkung. Spontane Versammlungen hatten infolge des gewohnheitsmäßigen Uebergreifens zahlloser Sanges-, Turn- und Schützenfeste ins Gebiet der Politik alle Bedeutung verloren. Wichtiger aber

war der Gesinnungsausdruck der starken Minorität. In der Haltung der ihr angehörenden sehr zahlreichen Vertretung Schleswig-Holsteins lag eine große Rechtfertigung für das negative Verhalten der preußischen Regierung gegenüber dem beanspruchten Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten bewiesen, daß die öffentliche Meinung des Landes in die leitende Hand von Männern gerathen war, deren blinde Parteileidenschaft jedes politische Urtheil, jedes patriotische Gefühl überwog. Einer der hervorragendsten Agitatoren der Herzogthümer, von Neergardt, forderte die andern Staaten zum offenen Kampfe gegen Preußen laut heraus. Er erklärte, Neutralität sei Verrath.

Von fast gleich günstiger Wirkung für die Wendung der öffentlichen Meinung in Preußen war die Haltung, die der einst durch Hrn. von Zedlitz aus Schleswig-Holstein verwiesene und dann den Schutz des österreichischen Commissars anrufende preußische Staatsbürger Frese annahm. Jede Regung preußischen Staatsgefühls in den seitherigen preußischen Abgeordneten bezeichnete er verächtlich als Berlinismus. Frese nahm sogar keinen Anstand, für einen Antrag einzutreten, in dem das preußische Volk für den Fall des Eintritts nahe liegender Eventualitäten „nicht nur zum passiven, sondern auch zum activen Widerstande mit den äußersten Mitteln" aufgefordert wurde. „Meine Herren", hieß es in jener Rede, „im Namen Preußens .... helfen Sie, daß wir die Kriegspartei in Berlin dahin bringen, wohin sie gehört, unter die Füße." In dem Moment, wo der Feind vor den Thoren stand, predigte also einer der Koryphäen der äußersten Linken offene Revolution.

Das war dem preußischen Volke denn doch zu viel; alle anständigen Oppositionsblätter sprachen ihre Entrüstung über ein solches Verfahren aus, der gänzliche Umschlag der öffentlichen Meinung ließ nicht lange auf sich warten. Daß später am Rhein noch ein Classen-Kappelmann gewählt werden konnte, hatte seinen Hauptgrund darin, daß es bei dem dort stattgehabten Compromiß der äußersten Demokratie, der ultramontanen Partei und des vaterlandslosen, den Frieden um jeden Preis wollenden Materialismus für gut befunden wurde, eine Persönlichkeit vorzuschieben, die mit einer wohlfeilen Popularität möglichste Unbedeutendheit vereinte. Außer correcten Ultramontanen wurde in die neue Kammer (von den noch vor dem Kriege gewählten Wahlmännern) nur eine einzige hervorragende Persönlichkeit entsandt, welche die bezeichnete, jedes preußische Selbstbewußtsein mit souveränem Kos-

mopolitismus verleugnende Tendenz vertrat. Es war dies der Abgeordnete Johann Jacoby aus Königsberg.

Was die allgemeine Stimmung in den Mittel- und Kleinstaaten anbelangt, so darf behauptet werden, daß die Ansicht aller Besonnenen in dem Majoritätsbeschlusse des Abgeordnetentags einen correcten Ausdruck gefunden hatte. Sofern dieser Beschluß sich überhaupt gegen den Krieg wandte, fand er namentlich im südwestlichen Deutschland die volle Unterstützung derjenigen, die sich des friedlichen Genusses der hohen Zinsen erfreuen wollten, welche ihre in österreichischen Fonds angelegten Kapitalien trugen. Die große Masse österreichischen Papiers in Stuttgart, München und Frankfurt erklärt, beiläufig bemerkt, vielfach die lebhafte Parteinahme für Oesterreich, die sich später auch in den politisch nicht leicht erregbaren Schichten der Bevölkerung jener Städte kundgab. Die gemäßigten, die Erhaltung des Friedens anstrebenden Elemente hatten indeß bereits jeden Einfluß auf die Massen der Bevölkerung Süddeutschlands verloren. In welcher Weise in den Kreisen der letztern agitirt wurde, zeigte sich eclatant in einer demokratischen Volksversammlung, die sich dem frankfurter Abgeordnetentage unmittelbar anschloß. Die einstimmig angenommenen Beschlüsse derselben liefen darauf hinaus, daß sofort eine beliebige Anzahl durch „freie Vereine" zu wählender Abgeordneten aus ganz Deutschland zusammentreten solle, deren nächste Aufgabe es sei, den bewaffneten Widerstand gegen die friedensbrecherische Politik Preußens herauszufordern, Schleswig-Holstein als selbständigen Staat sofort zu constituiren, den preußischen Parlamentsvorschlag zu verwerfen, eine constituirende souveräne Volksvertretung zu berufen, die Grundrechte herzustellen und allgemeine Volksbewaffnung zu proclamiren. Damit waren die Ingredienzen gegeben, aus denen nicht nur die Sonderbeschlüsse zahlreicher Versammlungen, sondern auch ein großer Theil der Leitartikel der kleinen, ins Volk dringenden Blätter componirt wurden. Trotz aller Anatheme, die gegen den Friedensbrecher geschleudert wurden, stand die Phrase, Neutralität sei Feigheit und Verrath, stets im Vordergrunde. Im Süden zeigten sich überhaupt alle Symptome, die einem Bürgerkriege vorherzugehen pflegen, was auf die Haltung der Regierungen keineswegs ohne Einfluß bleiben konnte. Ein großer Theil von Baiern, ganz Würtemberg und Hessen-Darmstadt waren unbestrittene Domäne aller dahin drängenden Bestrebungen; noch am längsten widerstand Baden, bis endlich auch hier der Ultramontanismus dem Radicalismus die Hand bot und mit ihm über die Gemäßigten triumphirte.

Badens Regierung hatte lange Jahre hindurch unter Festhaltung an den Bundesinstitutionen, durch ein freisinniges Regiment im Innern und durch Hintansetzung jedes particularistischen Egoismus, eine besonders geachtete Stellung in Deutschland behauptet. Ihr dieselbe auch jetzt, nachdem durch den Rücktritt des Ministers von Roggenbach eine entgegengesetzte Strömung eingetreten war, zu wahren, bemühte sich namentlich der berühmte Staatsrechtslehrer Bluntschli. Seine Anstrengungen in der Ersten Kammer des Landes waren auf Erhaltung der Neutralität Badens und womöglich ganz Süddeutschlands gerichtet. Leider blieben sie, so groß auch anfänglich ihre Chancen waren, schließlich vergeblich. Bezeichnend für die Haltung seiner Partei ist folgender Satz eines von ihm gestellten Antrags: „Die neutrale Haltung des Landes darf nicht durch Abstimmungen am Bunde, welche in ihren Folgen zum Kriege führen, gefährdet werden. Wenn auch Baden seine Bundespflichten jederzeit treu erfüllt hat und ferner erfüllen wird, so kann es doch unmöglich das formelle Bundesrecht in dem Moment noch als oberstes Gesetz betrachten, in welchem die ganze Existenz der gegenwärtigen, allseits als unhaltbar erachteten Bundesverfassung selbst in Frage steht und ein Bruch zwischen den beiden deutschen Großmächten die Grundbedingungen zerstört, auf welchen das derzeitige deutsche Bundesrecht ruht. Vielmehr wird sich für diesen Fall Baden seine freie Entschließung als selbständiger Staat vorbehalten müssen.“ Bluntschli forderte auf Grund dieser Anschauung die nachdrücklichste Unterstützung des preußischen Vorschlags auf Berufung eines deutschen Parlaments, als des Mittels zur Sicherung einer einheitlichen politischen Action und der Freiheit nationaler Entwickelung.

Wäre die hier ausgesprochene, dem Geiste des preußischen Antrags am Bunde durchaus entsprechende Grundanschauung in den Mittelstaaten allgemein zur Geltung gekommen, so hätte sich die Umgestaltung Deutschlands zum Bundesstaate wahrscheinlich im friedlichen Wege vollzogen, und nur ein keineswegs den Charakter des Bürgerkriegs tragender Krieg gegen Oesterreich wäre möglich gewesen. Der einzige Schritt revolutionären Charakters, dessen es bedurft hätte, wäre der Bruch mit dem formellen Bundesrechte gewesen, dann mußte sich der Bundesstaat aufrichten. Die Zurückweisung des preußischen Vorschlags seitens der großen Majorität des engern Deutschland war durch nichts gerechtfertigt. Nicht allein Bismarck, sondern Preußen und sein König waren durch denselben engagirt. Es war eine den

Gesetzen politischer Logik durchaus widersprechende Anmaßung, den Antrag für unannehmbar zu erachten, weil er aus Bismarck's Hand kam. Die Personenfrage durfte einzig in Preußen zur Sprache kommen, in allen andern Staaten war der politische Act objectiv zu behandeln. Die Erfahrung hat trotz späterer Annexionen nichts gegen die ehrliche Meinung Preußens bezüglich seines bundesstaatlichen Programms erwiesen. Nennt man das, was später eingetreten, eine Zerreißung Deutschlands, so fällt die Schuld nicht auf die Seite Preußens, sondern derjenigen deutschen Staaten, die dem Bundesreformantrag widerstrebten. Daß Bismarck auch nach errungenem Siege sein Programm nicht änderte, ist eine glänzende Rechtfertigung seiner Politik.

Wie in Baden waren auch in Sachsen, das eine der hervorragendsten Rollen in dem politischen Drama jener Zeit spielte, die Meinungen getheilt. Magistrat und Stadtverordnete von Leipzig erklärten in den ersten Tagen des Mai der Regierung rund heraus, Sachsen habe, wie die diplomatischen Correspondenzen auswiesen, zu Preußen eine Stellung eingenommen, welche diesem eine Handhabe zum Bürgerkriege biete. Sachsen müsse sich streng von aller vorzeitigen Parteinahme fern halten, namentlich dürfe es nicht rüsten. Es sei dies um so leichter, als Sachsen ja doch, selbst wenn es sich bis aufs Aeußerste waffnete, in keiner Weise den Ausschlag geben könne. Sachsen habe eine Bundesreform im nationalen Sinne für nothwendig anerkannt; wer aber eine solche ehrlich wolle, der könne nicht den Krieg wollen, dürfe also auch nicht den geringsten Vorwand dazu geben. Gleich darauf aber erhob eine demokratische Volksversammlung in Dresden gegen diese Erklärung Protest, und zwar mit dem Zusatze, die städtischen Behörden von Leipzig hätten es gewagt, „feige, landesverrätherische Neutralität“ anzurathen. Hier also wie fast überall fand der dynastische Particularismus die beste Stütze in den einsichtslosen Massen.

In Norddeutschland, dessen Staaten innerhalb des Machtbereichs Preußens lagen, nahm die spontane politische Agitation keine solchen Dimensionen an, daß sie auf die Haltung der Regierungen einen bestimmenden Einfluß hätte üben können. Die parlamentarischen Kundgebungen lauteten durchweg zu Gunsten der Neutralität. Nur in Holstein wurde großartig agitirt. Die particularistischen Schleswig-Holstein-Vereine proclamirten in einer Versammlung zu Rendsburg: „Kampf gegen Preußen an der Seite Oesterreichs“. Wenige Tage vorher hatte dagegen von derselben Stadt aus die numerisch schwä-

chere „nationale“ Partei sich für volle Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen ausgesprochen.

Diese Umschau zeigt, daß die von Bismarck eingeschlagene Politik erst gegen Ende des Monats Mai im Lande selbst populär zu werden begann, daß sie außerhalb Preußens nur in sehr vereinzelten Kreisen Zustimmung fand, und das Günstigste, was ihr von diesen geboten wurde, in dem Wunsche einer neutralen Haltung bestand. Im allgemeinen war der Haß gegen Preußen so groß, daß er blindlings zur Parteinahme für Oesterreich hindrängte. Der Haß und nur der Haß war das leitende Motiv. Denn daß Oesterreich in seiner Verfassungslosigkeit nach wiederholten Staatsstreichen, mit seinem auf rein dynastischen Tendenzen beruhenden Festhalten am alten Bunde, mit seiner stets offen proclamirten Verleugnung des Nationalitätsprincips der Einheit und Freiheit größere Garantien geboten hätte als Preußen, dessen Minister, trotz einer illiberalen Politik im eigenen Lande, mit einer Parlamentsberufung auf Grund directer Volkswahlen hervorgetreten war, wird niemand behaupten können.

Dieser Haß, je mehr er sich zu erkennen gab, beschwichtigte denn auch endlich im preußischen Volke jeden Scrupel wegen eines Bruderkriegs, er ließ die Ueberzeugung mit jedem Tage mehr reifen, daß schließlich nur das Schwert die Lösung der Aufgabe, die alle Parteien dem eigenen Staat in Deutschland zuerkannten, ermöglichen würde, daß jede freie Verständigung unmöglich sei. Zur Ehre des preußischen Volks muß es gesagt werden, daß es der blutigen Katastrophe selbst würdig entgegenging. Kein Wort des Hasses gegen Deutsche ist je in Presse, Vereinen oder anderwärts laut geworden; allen Parteien gebührt gleichmäßig diese Anerkennung. Die Regierung hat nie dahin gestrebt, das Volk für den Krieg zu entflammen, sie hat nur dahin gewirkt, es von der innern Nothwendigkeit desselben und von der Gerechtigkeit ihrer Sache zu überzeugen. Das Zusammengehen mit Italien gewann ihr einen großen Theil der Demokratie, es bestärkte das ganze Land in der Ueberzeugung, daß Bismarck die Brücke zwischen sich und den sogenannten Hochconservativen vollständig niedergebrannt hatte. Die Sprache aller großen liberalen Blätter war gegen Ende Mai ganz die, welche vier Wochen früher eine Versammlung von Notabilitäten der „altliberalen“ Partei*)

*) Es ist dies diejenige Partei, die in den Jahren 1847 und 1848 Preußen in Camphausen, Hansemann, Beckerath, Simson u. a. gestellt hatte, die aber

gegenüber den Friedensresolutionen geführt hatte, und deren Hauptinhalt wir als den Ausdruck der später erst Wurzel fassenden Stimmung jetzt erst folgen lassen: „1) Die von Preußen geforderte Berufung eines deutschen Parlaments zu einem sofort fest zu bestimmenden Tage ist der Weg der endlichen Lösung der deutschen und der Herzogthümerfrage im nationalen Sinne. Der Selbstbestimmung der Herzogthümer darf die Ordnung des Verhältnisses Schleswig-Holsteins zu Preußen und Deutschland nicht überlassen bleiben. 2) Solange das preußische Ministerium diesen Weg mit Entschiedenheit verfolgt, kann es auf die Zustimmung des preußischen Volks zählen, wie wenig dies auch die innere Politik dieses Ministeriums billigen mag. Die glückliche Lösung der deutschen Frage verbürgt die folgenreichste Mitwirkung auch auf die innern Verfassungsstreitigkeiten. 3) Ist das große nationale Ziel friedlich nicht zu erreichen und will insbesondere Oesterreich den Weg dahin Preußen vertreten, so darf auch der Krieg nicht gescheut, und er wird vom preußischen Volk mit aller Entschlossenheit und Opferwilligkeit aufgenommen werden. Nicht ein solcher Krieg, wohl aber Umkehr auf dem betretenen Wege wäre ein nationales Unglück."

Die Periode des Depeschenwechsels und der dilatorischen Verhandlungen am Bunde ging mit raschen Schritten ihrem Ende entgegen. Preußen sah sich noch veranlaßt, durch eine am 22. Mai an Würtemberg gerichtete Depesche zu constatiren, daß dieses neben Oesterreich und Sachsen zuerst gerüstet habe und zwar gleich letzterm infolge der geheimgehaltenen Note des wiener Cabinets vom 16. März.

Eine Vereinbarung über die bei Ausbruch des Kriegs zu beobachtende Haltung war zwischen den Mittelstaaten noch immer nicht zu Stande gekommen. Eine politische Conferenz, bei welcher Baiern, Würtemberg, Sachsen, Baden, Nassau, Darmstadt, Weimar, Koburg-Gotha und Meiningen vertreten waren, hatte schon Ende April in Augsburg stattgefunden und wiederholte sich am 14. Mai in der durch mittelstaatliche Politik so berühmt gewordenen Bischofsstadt Bamberg. Auch hier gelangte man nicht zu einer Verständigung für den Kriegsfall. Infolge dessen siegte der Vorschlag, noch einen letzten

bei dem Ueberwuchern der Opposition quand-même in den letzten Jahren in eine kleine Minorität zurückgedrängt war. Diese Partei war stets die eigentliche Trägerin des bundesstaatlichen Princips mit Ausschluß Oesterreichs.

Versuch zur Erhaltung des Friedens zu machen. Die schon in Augsburg vertreten gewesenen Staaten — jedoch mit Ausnahme Sachsens, das schon fest an Oesterreich gekettet war und seine Karte auf eigene Hand am Bunde bereits ausgespielt hatte — einigten sich über folgenden Antrag, der am 19. Mai in Frankfurt eingebracht wurde:

Hohe Bundesversammlung wolle an alle diejenigen Bundesglieder, welche militärische, über den Friedensstand hinausgehende Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben, das Ersuchen richten, in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung zu erklären, ob und unter welchen Voraussetzungen sie bereit seien, gleichzeitig, und zwar von einem in der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tage an, die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen.

Dieser Antrag wurde — ein leuchtendes Zeichen deutscher Einheit — am 24. Mai einstimmig angenommen. Daß aber das Resultat dieses einstimmigen Beschlusses gleich Null war, bedarf wol kaum der Erwähnung. Oesterreich benutzte denselben später nur als einen Vorwand, um die Ausführung seiner am 26. April gegen Preußen ausgesprochenen Drohungen daran anzuknüpfen. Mochte immer der Antrag von manchen der Mittelstaaten ehrlich gemeint gewesen sein, so wird dadurch um so mehr die gänzliche Verkennung aller thatsächlichen Verhältnisse constatirt, wie sie sich in der mittelstaatlichen Politik stets kundgegeben hat. Jetzt noch im Bunde das Forum zu erkennen, wo der Streit zwischen den Großmächten, die (mit Italien) weit über eine Million Streiter aufgeboten hatten, ausgetragen werden konnte, war doch mehr als Illusion.

Während dieser Vorgänge auf politischem Gebiet hatte sich ganz Deutschland in ein großes Kriegslager verwandelt.

Wir wissen bereits, daß Oesterreich in der zweiten Hälfte des April, unmittelbar nachdem Preußen seinen Vorschlag auf gleichzeitige Abrüstung acceptirt hatte, seine italienische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen begann. Noch im Laufe desselben Monats traf es Maßregeln, die auch seine Kriegsbereitschaft nach Norden hin erhöhten. Preußen verharrte, trotzdem, daß es die gegen Italien angeordneten kriegerischen Maßnahmen ganz ebenso anzusehen erklärt hatte wie die Rüstungen an der Nordgrenze, vorläufig bei den geringfügigen Vorbereitungen, die es bis dahin getroffen hatte. Erst nachdem Oesterreich infolge der preußischen Antwort auf seine Schleswig-Holstein betreffende Depesche vom 26. April erklärt hatte, daß es die Verhand-

lungen wegen gleichzeitiger Abrüstung für erschöpft halte, erging eine königliche Ordre, die endlich ernstliche Maßregeln ins Leben rief. Das Garde- und fünf Provinzialarmeecorps, d. h. die ganze erste Feldarmee mit Ausnahme der in den Provinzen Preußen, Pommern und Westfalen stehenden Armeecorps wurde vollständig mobil gemacht, die von der Mobilmachung vorläufig ausgeschlossenen Corps aber durch Erhöhung des Mannschaftsstandes in einen der Mobilmachung verwandten „kriegsbereiten" Zustand versetzt. Schon früher waren die Festungen in Schlesien und ein Theil derer in der Provinz Sachsen armirt worden.

Oesterreich antwortete zunächst dadurch, daß es sich am 5. Mai durch Creirung von Staatsnoten mit Zwangscurs eine Summe von vorläufig 112 Mill. Fl. schuf mit dem Vorbehalt, dieselbe bis auf 150 Mill. zu erhöhen. Tags darauf setzte es, wie bereits bei Gelegenheit des sächsischen Antrags erwähnt, seine ganze Armee auf den Kriegsfuß. Gleichzeitig erging der Befehl, die Nordarmee an der sächsischen und schlesischen Grenze zu concentriren.

Preußen verfügte darauf am 8. Mai die völlige Mobilisirung der drei noch übrigen Armeecorps und rief am 10. auch seine Landwehren bis zur halben Kriegsstärke der Infanteriebataillone ein. Von der Landwehrcavalerie wurde nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil aufgestellt. Es war jetzt vorauszusehen, daß mindestens noch vier Wochen vergehen würden, bis es zu einer kriegerischen Action kommen könne, denn einer solchen Frist bedurfte selbst die preußische Armee, ehe das letzte Fahrzeug der kolossalen Trains bespannt und bemannt war.

Oesterreich berief am 12. Mai den Feldzeugmeister Benedek von Verona nach Wien, wo vorläufig das Hauptquartier der Nordarmee verblieb. Am 18. Mai veröffentlichte Benedek hier einen Armeebefehl, der schon ganz in dem Tone gehalten war, als ob die Feindseligkeiten in der nächsten Stunde eröffnet werden sollten. „Ich bringe euch", hieß es darin nach einem hohen Lobe des Zustandes der Armee, „mein ganzes warmes Soldatenherz, meinen eisernen Willen und das Vertrauen auf mein altes Soldatenglück." Am gleichen Tage aber begann man, um auch für den Fall vorbereitet zu sein, daß dieses Glück versagen sollte, auf dem nördlichen Donauufer (bei Floridsdorf) mit großartigen provisorischen Befestigungen zum Schutze Wiens. Auffallenderweise geschah preußischerseits nichts, um das viel gefährdeter liegende Berlin gegen unmittelbaren Angriff zu decken.

Die Oertlichkeit der preußischen Hauptstadt ist freilich bedeutend weniger zu einer unmittelbaren Vertheidigung geeignet als diejenige Wiens, das nach Norden hin schon in der hier vorbeiströmenden Donau einen mächtigen Schutz findet.

Von den Mittelstaaten schritt Sachsen in hervorragender, der militärischen Tüchtigkeit des kleinen Staats entsprechender Weise mit seinen Rüstungen vorwärts. Auch Baiern, Würtemberg und Hessen-Darmstadt waren in voller Rührigkeit, ohne jedoch nur annähernd das zu leisten, was zu erwarten war. Baiern hatte am 10. Mai, gleichzeitig mit der Einberufung des Landtags, die Mobilisirung der ganzen Armee angeordnet. Nur Unbedeutendes geschah in Hannover und Kurhessen, deren Regierungen zu sehr unter der Pression Preußens standen, um sich frei bewegen zu können. In den kleinern Staaten Mitteldeutschlands geschah im allgemeinen ebenso wenig, diejenigen Norddeutschlands blieben gänzlich auf dem Friedensfuß.

Rascher noch als in Deutschland waren in Italien die Kriegsrüstungen vorgeschritten. Es wurde bereits erwähnt, daß die Nation schon vom Ende des Monats März ab dem Kriege entgegendrängte, daß aber erst, als Oesterreich Preußen gegenüber erklärt hatte, es müsse seine Armee zur Vertheidigung gegen Italien auf den Kriegsfuß setzen, offen zum Kriege gerüstet wurde. Ein am 29. April ergangenes königliches Decret bestimmte, es solle mit Einem Schlag an (normalen) Streitkräften gesammelt werden, was Italien aufzubringen vermöge. Speciell war über zwölf volle Jahrgänge verfügt. Mit dieser Ordre schien endlich dem dringenden Verlangen der Nation genügt. In der tags darauf stattgehabten Sitzung der Zweiten Kammer war plötzlich der bis dahin so schroffe Gegensatz der Parteien verschwunden, alles war einig zum Kampfe gegen Oesterreich. Ein bereits vorher geforderter Credit zur Befestigung Cremonas ward fast einstimmig ertheilt. Mit lautem Jubel ward es bei dieser Gelegenheit begrüßt, als ein hervorragendes Mitglied seine Zustimmung damit motivirte, daß in dem Antrag eine Herausforderung gegen Oesterreich liege. Mit allen gegen Eine Stimme beschloß die Kammer, auf drei Monate alle Geldangelegenheiten in Bezug auf Kriegszwecke der discretionären Gewalt der Regierung anheimzugeben. Noch wenige Tage zuvor war es nahe daran gewesen, daß der Regierung, einem von der Linken gestellten Antrag gemäß, ein Mistrauensvotum ertheilt worden wäre, „weil sie noch keine rechten Vorbereitungen für einen nationalen Krieg getroffen habe“. Am 8. Mai erhielt die Re-

gierung vorläufig bis zum 1. Juli das Recht, durch königliche Decrete für die öffentliche Sicherheit zu sorgen. Die angesichts des Kriegs und der noch wenig geordneten innern Zustände so unumgänglich gebotene Dictatur war damit hergestellt. Bei der erregten Stimmung des Landes war es keine leichte Aufgabe, die Bildung von Freiwilligencorps und Nationalgarden in engen Schranken zu halten, um durch dieselben die Disciplin des Heeres nicht gefährden zu lassen und der Gefahr eines voreiligen Ausbruchs der Feindseligkeiten vorzubeugen.

Die Dinge waren jetzt so weit gediehen, daß sie vor unmittelbarem Eintritt des Kriegsfalls nur noch Ein Stadium zu durchlaufen hatten, durch welches fast jede einer kriegerischen Lösung entgegendrängende Streitfrage hindurchgehen muß: dasjenige der Einmischung fremder Mächte. Das Ausland hatte sich bisher in auffälliger Weise zurückgehalten, was zum Theil darin seinen Grund finden mag, daß die Angelegenheiten Deutschlands, dank der achtunggebietendern Stellung, die es seit dem Kriege gegen Dänemark einnahm, mehr denn ehedem als nationale angesehen wurden. Die modernen politischen Theorien stellen den Satz auf, daß jede Einmischung Dritter in Angelegenheit dieser Kategorie möglichst zu vermeiden sei. Bei der allgemeinen Friedenstendenz, die zur Zeit in Europa herrschte, würde diese Theorie indeß wol das Ausland, speciell aber Frankreich, nicht abgehalten haben, auf denjenigen Theil, der vorwiegend eine active, auf kriegerische Entscheidung hinauslaufende Politik verfolgte, also zunächst auf Preußen eine solche Pression zu üben, die ihn in der Verfolgung derselben mindestens behindert hätte. Zwei Dinge aber veranlaßten den Kaiser Napoleon, Preußen den Weg, den es eingeschlagen, nicht von vornherein zu verlegen: zunächst dessen Solidarität mit Italien, dann aber der Umstand, daß Preußens Vorgehen durchaus dazu angethan war, die letzten Reste der Verträge von 1815 zu beseitigen. Diese schwer in die Wagschale fallenden Umstände brachten es mit sich, daß die französische Politik nicht auf Erzwingung eines Friedens gerichtet sein konnte, der die Erhaltung des Statusquo zur Folge gehabt hätte. Insofern also standen die Dinge für Preußen, das nichts verlangte als freie Hand zu behalten, durchaus nach Wunsch. Solange Frankreich nicht intervenirte, war überhaupt kein fremdes Dazwischentreten zu gewärtigen.

Kaiser Napoleon aber hatte in seinem politischen Verhalten nicht

nur die Richtung, die er sich selbst vorzeichnete, in Betracht zu nehmen, sondern auch die öffentliche Stimme Frankreichs, die mehr von traditionellen Gefühlsregungen als von strengen Principien geleitet wird. Im französischen Volk lebt noch immer ein Rest alten Hasses gegen Preußen; nicht mit Unrecht mißt es Preußen die Hauptschuld an den noch unvergessenen Invasionen von 1814 und 1815 bei. Tausend Ammenmärchen berichten dem Volk noch heute von maßlosen Schandthaten, die Blücher's Heere auf französischem Boden vollführt haben sollen, und was jene Mären für den ungebildeten, das sind die Fälschungen der Geschichte, die sich Thiers erlaubt hat, für den gebildeten Theil der Nation. England hat seine Sünden gegen das erste Kaiserreich gesühnt, da es allen andern Mächten in der Anerkennung Napoleon's III. vorangegangen, und da es sich herbeigelassen, in bescheidener Rolle an Frankreichs Seite Rußland zu bekämpfen. An Rußland und Oesterreich hat sich Frankreich in der Krim und Italien blutig und ruhmreich gerächt, Spanien ist zu schwach und zu demüthig, um diese Rache herauszufordern, aber das einst so kleine und jetzt so mächtig aufstrebende Preußen harrt noch der Strafe für seine Frevel. Wird dieser Umstand richtig benutzt, so ist es jederzeit leicht, die öffentliche Meinung Frankreichs gegen Preußen in Harnisch zu bringen, und von österreichischer Seite war seit Beginn des Conflicts in Deutschland nichts unterlassen worden, diesen Vortheil nach Kräften auszubeuten.

Namentlich hatte Oesterreich unter Aufwendung erheblicher Geldmittel mehrere der hervorragendsten Journale auf seine Seite gebracht. Außer dem Organ seiner Botschaft, dem „Mémorial diplomatique", standen die streng imperialistische „France" und der hochliberale „Temps" vollständig in seinem Dienst, während die legitimistischen, orleanistischen und klerikalen Blätter schon im eigenen Interesse Preußen bekämpften. Die historisch tief begründete Antipathie der Franzosen gegen das Haus Habsburg ward dadurch momentan überwunden, der Haß gegen Preußen aber zu hellen Flammen geschürt. Erleuchtetere Köpfe, wie sie zur Zeit in dem „Journal des Débats" und der „Opinion nationale" zum Worte gelangten, bemühten sich mit nur geringem Erfolg, darzulegen, daß Preußen, trotz der illiberalen Politik, die es seit Jahren im Innern verfolge, im Kampfe gegen Oesterreich das nationale, das liberale, das antijesuitische Princip vertrete. Die große Masse wollte an eine Vereinigung solcher Tendenzen mit dem Namen Bismarck nicht glauben. Die ultra-

montanen Parteien standen selbstverständlich auf Oesterreichs Seite. In den Augen des großen Theils der besitzenden Mittelschichten, der sich der Politik gegenüber fast indifferent verhält, galt Preußen als der frevelhafteste Friedensbrecher. Nur die Partei der eigentlichen Chauvins geberdete sich nicht allzu schlimm. Ihre Sympathien für Italien und ihre instinctive Abneigung gegen Oesterreich überwogen zur Zeit noch den Haß gegen Preußen. Im großen und ganzen aber war die Stimmung gegen Preußen und ganz allgemein die Befürchtung, dieses könne sich durch die verwegene Politik Bismarck's zu einer Frankreich ebenbürtigen Stellung aufschwingen.

Mit dieser Stimmung der Nation hatte der Kaiser zu rechnen. Das beste Mittel, ihrer vorläufig Herr zu werden, war das Proclamiren der Politik der freien Hand. In der Sitzung der Legislativen vom 3. Mai proclamirte denn auch der Staatsminister Rouher infolge wiederholten Drängens ein in diesem Sinne gehaltenes Programm, das in folgende drei Hauptpunkte zusammengefaßt war: Ernste Bemühung zur Erhaltung des Friedens, loyale Neutralität und vollständige Actionsfreiheit. Gleichzeitig gab er dabei die Erklärung ab, wenn Italien angreife, werde es die Verantwortung dafür selbst zu tragen haben. Diese Erklärung wäre unmöglich gewesen, wenn Napoleon sich nicht auch jetzt noch mit der Hoffnung getragen hätte, Oesterreich zum friedlichen Verzicht auf Venetien zu bewegen. Ehedem war dabei an eine Entschädigung von 500 Mill. Frs. gedacht, jetzt freilich war es zweifelhaft, ob das gerüstet dastehende und auf eine selbständige Action eifersüchtige Italien sich überhaupt noch auf Verhandlungen unter Vermittelung Frankreichs einlassen würde. Italien den Verzicht auf den Erwerb Venetiens zuzumuthen, lag gänzlich außerhalb der Ideen des Kaisers.

Die Eröffnungen Rouher's veranlaßten in derselben Sitzung den ehemaligen Premierminister Ludwig Philipp's, Thiers, zu einer rhetorisch glänzenden Entgegnung. Obgleich strenger Orleanist und Mitglied der an Zahl schwachen, aber meist geschlossen dastehenden Opposition, gelang es ihm, die Majorität fortzureißen. Gleichmäßig Preußen wie Italien hassend, wandte er sich vorwiegend gegen ersteres, dem er vorwarf, den Frieden Europas zu bedrohen. Die Politik der französischen Regierung nannte er eine zweideutige, er verlangte ein entschiedenes Eintreten für Erhaltung des Friedens, Anerkennung des Rechts und Achtung der Verträge. Die Stimmung gegen Preußen war in der Kammer eine so erbitterte und wurde von

Thiers durch den Appell an den Nationalstolz Frankreichs so geschickt benutzt, daß aus Majorität und Opposition zahlreiche Stimmen zu lautem Beifall fortgerissen wurden. Erst später kam man zum Bewußtsein, daß man mit der Thiers'schen Rede eine entschiedene Bekämpfung der Interessen Italiens und namentlich auch die kategorische Antithese des Imperialismus, die Wahrung der Verträge, bejubelt hatte. Der Zorn des Kaisers ward durch diese Haltung der Kammer so mächtig erregt, daß ihm bald darauf (19. Mai) bei einem Besuch in dem Städtchen Auxerre die Ansprache des Maire ausreichende Veranlassung bot, Aeußerungen gegen die Majorität der Kammer zu richten, die in ganz Europa einen tiefen Eindruck hervorbrachten. Die gewichtige Stelle lautete:

Dem Departement der Yonne habe ich insbesondere meine Anerkennung zu zollen; es war eins der ersten, die mir im Jahre 1848 ihre Stimme gaben; es wußte eben, wie die Mehrheit des französischen Volks, daß seine Interessen auch die meinigen sind, daß ich, wie es, die Verträge von 1815 verabscheue, die man heutzutage zur einzigen Grundlage unserer auswärtigen Politik machen will. Ich danke Ihnen für die Gefühle, die Sie mir ausgedrückt haben; unter Ihnen weile ich gern, denn in der arbeitsamen Stadt- und Landbevölkerung finde ich den wahren Genius Frankreichs.

Der geistreiche Journalist Emile Girardin bemerkte dazu: „Die Rede bedarf keines Commentars, sie hallt durch Frankreich und Europa wie ein lauter Kanonenschuß.“

Am ehrlichsten um den Frieden meinte es zur Zeit England. Infolge des Fiasco, das die Politik Russell's im Jahre 1864 gemacht hatte, lag ihm jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten fern, nur das allgemeine Interesse, das es in Rücksicht auf Handel und Wandel an der Erhaltung des Weltfriedens hatte, bestimmte seine Haltung. Schon gegen Mitte Mai drückte deshalb die britische Regierung der französischen den Wunsch aus, gemeinsam mit ihr dieses Ziel anzustreben. Auch Rußland ward für diese Idee gewonnen, die in Frankreich schon um deswillen Beifall fand, weil sie eine Wiederaufnahme der Congreßidee von 1863 in Aussicht stellte und das Entgegenkommen gerade von derjenigen Macht ausging, an welcher damals der Plan Napoleon's, sich zum Schiedsrichter in allen Fragen der großen Politik aufzuwerfen, gescheitert war. Sofort einen förmlichen Congreß zu berufen, schien diesmal nicht angethan. Man wollte mit Conferenzen beginnen, die sich dann leicht in einen Congreß wandeln ließen. Die drei neutralen Mächte unterhandelten

lange über ein Programm, das diesen Conferenzen zu Grunde gelegt werden sollte.

Der damalige französische Minister des Aeußern, Drouin de Lhuys, stand mit seinen persönlichen Anschauungen und Wünschen entschieden auf seiten Oesterreichs und handelte stets im Sinne der von der Kaiserin protegirten klerikalen Hofpartei, was auch bald nach dem Kriege seinen Rücktritt vom Amte herbeiführte. In den Vorberathungen drängte daher Drouin de Lhuys auf ein Programm hin, das die schleswig-holsteinische Frage der Entscheidung der Bevölkerung überließ, die deutschen Angelegenheiten den Unterzeichnern der Wiener-Schluß-Acte anheimgab, Oesterreich für Venetien territoriale Entschädigungen bot und Italien zwingen sollte, dem Papste seine gegenwärtige weltliche Macht zu garantiren. Dieser Vorschlag fand überall Widerstand, namentlich aber in Deutschland, wo die öffentliche Meinung gegen jede Einmischung Dritter in die innern Angelegenheiten der Nation protestirte. Das Programm blaßte daher immer mehr ab, und zuletzt sah man sich genöthigt, ein Einladungsschreiben zu erlassen, in dem nur die Punkte der Verhandlung, und auch diese nur mit größter Vorsicht berührt waren. Die Rücksicht auf Oesterreich gebot sogar, den Ausdruck „venetianische Frage" zu vermeiden, da es, festhaltend an seiner auf die Verträge gestützten Politik, eine solche Frage für nicht existirend erklärte.

Trotz einer Geschwindigkeit des internationalen Verkehrs, wie sie Europa bis dahin noch nicht gesehen hatte, währte es bis zum 28. Mai, ehe von den Gesandten Frankreichs, Englands und Rußlands in Wien, Berlin, Florenz und Frankfurt die förmlichen Einladungsschreiben überreicht werden konnten. Die neutralen Mächte hatten sich, ehe sie hierzu schritten, der principiellen Zustimmung Preußens, Oesterreichs und Italiens versichert. Die Hauptstelle des Einladungsschreibens, das an seinem Schluß noch den Wunsch aussprach, weitere Vorbereitungen zum Kriege vorläufig zu suspendiren, lautete wie folgt:

Die drei neutralen Mächte selbst konnten nicht gleichgültig die Möglichkeit eines Kampfes betrachten, in welchen Staaten gerathen würden, gegen die sie gleich freundliche Gefühle hegen. Die gewichtigsten Erwägungen bestimmten sie, auf Mittel zu denken, diese Gefahr zu beschwören. Rußland, Frankreich und England haben bei dieser Veranlassung sich in einem und demselben friedlichen und versöhnlichen Gedanken getroffen und sind, nachdem sie gegenseitig ihre Ideen ausgetauscht, darin übereingekommen, die Regierungen, welche in den Streit verwickelt sind oder werden könnten, nämlich Oesterreich, Preußen, Ita-

lien und den Deutschen Bund zu einer gemeinschaftlichen Berathung einzuladen. Der Gegenstand dieser Berathung ist selbstverständlich. Es handelt sich im Interesse des Friedens darum, auf diplomatischem Wege die Elbherzogthümerfrage, die des italienischen Streits und endlich die der Bundesreform zu lösen, soweit sie nämlich das eurpoäische Gleichgewicht berühren könnten. (La question des duchés de l'Elbe, celle du différend italien, enfin celle des réformes à apporter au pacte fédéral, en tant qu'elles pourraient intéresser l'équilibre européen.) Wenn ... sich dazu entschlösse, dieser Aufforderung Folge zu leisten, wie es die drei neutralen Mächte hoffen, so würde sein Bevollmächtigter sich in Paris mit denen Rußlands, Frankreichs und Englands zu vereinigen haben. Was den Zeitpunkt der Zusammenkunft anlangt, so wäre es wünschenswerth, wenn derselbe sobald als möglich sein könnte.

Am promptesten mit ihrer Antwort waren diejenigen Mächte, die am wenigsten Licht hatten einer kriegerischen Entscheidung auszuweichen: Preußen und Italien. Ersteres gab schon am 29. Mai, letzteres am 1. Juni die Annahme der Einladung kund. Das Gebot der Klugheit zwang dazu; ein entgegengesetztes Verfahren würde leicht eine ungünstige Parteistellung der neutralen Mächte erzeugt und das formelle Recht, an die Waffen zu appelliren, beeinträchtigt haben. Die Erfahrungen, welche speciell Preußen im Jahre 1864 gemacht, hatten überdies gezeigt, daß sich auf Conferenzen leicht die vollste Armfreiheit für die kriegerische Action gewinnen läßt.

Anders handelte Oesterreich. Seine principielle Annahme des Congreßvorschlags war keineswegs ernst gemeint gewesen. Unmittelbar nachdem es dieselbe ausgesprochen oder gleichzeitig damit hatte es in Italien einen schlagenden Beweis dafür geliefert. Es schrieb nämlich eine Zwangsanleihe in Venetien von monatlich 2 Mill. Fl. bis Ende des Jahres aus, ein Schritt, der seine Kassen nicht füllen konnte, der aber einer absichtlichen Reizung der öffentlichen Meinung Italiens gleichkam. Am 1. Juni beantwortete es die Einladung zu den Conferenzen dahin, daß die kaiserliche Regierung die Theilnahme an den Bemühungen, den Frieden herzustellen, trotz des Umstandes nicht ablehnen wolle, daß dort Fragen discutirt werden sollten, die für die kaiserliche Regierung sehr delicater Natur seien. Hieran aber war folgender Vorbehalt geknüpft:

Nur wünscht die kaiserliche Regierung früher die Zusicherung zu erhalten, daß alle Mächte, welche an der projectirten Zusammentretung theilnehmen sollen, gleich ihr bereit seien, dort kein Sonderinteresse zum Nachtheil der allgemeinen Ruhe zu verfolgen. Zum Gelingen des von den Cabineten im Auge gehaltenen Friedenswerks erscheint es uns unerlaßlich, von vornherein festzustellen, daß von den Berathungen jede Combination ausgeschlossen bleiben

werde, die darauf abzielen würde, einem der jetzt zur Zusammentretung eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen. Ohne diese vorläufige Bürgschaft, durch welche ehrgeizige Ansprüche beseitigt werden, und welche nur gleichmäßig für alle billigen Vereinbarungen Raum läßt, müßte es uns unmöglich erscheinen, auf einen glücklichen Ausgang der vorgeschlagenen Berathungen zu zählen.

Schon hatten Lord Clarendon, Fürst Gortschakow, Graf Bismarck und General Lamarmora in Paris ihre nahe Ankunft zur Eröffnung der Conferenzen angezeigt, schon war bekannt, daß Deutschland laut Beschluß des Bundestags vom 1. Juni durch den bairischen Minister v. d. Pfordten vertreten werden sollte, als die Freude der Franzosen, Paris als politischen Mittelpunkt der Welt zu neuer Geltung kommen zu sehen, einen gewaltigen Rückschlag erhielt. Von Fürst Gortschakow, dem Vertreter Rußlands, lief unmittelbar nach Eingang seiner Anmeldung die Anzeige ein, daß eine plötzliche Erkrankung sein Erscheinen mindestens bis zum 10. Juni verzögern werde. Die Vorbehalte des wiener Cabinets schwächten an sich schon die Hoffnung auf das Zustandekommen der Conferenzen ab, bald aber wurde ein alsbald näher zu erwähnender Schritt Oesterreichs am Bunde bekannt, der jede Aussicht auf eine friedliche Verständigung vernichtete, die Conferenzen überhaupt zwecklos machte.

Formell gestützt auf die Vorbehalte Oesterreichs, unzweifelhaft aber vorwiegend im Hinblick auf dessen am Bunde manifestirte Tendenzen gaben Rußland und England alsbald zu erkennen, daß die österreichischen Vorbehalte ein ersprießliches Resultat der Conferenzen unmöglich machten. Schon am 6. Juni gab der officielle „Abend-Moniteur“ dies der Welt kund, und das Stadium fremder Intervention war rascher als zu erwarten überwunden.

Unbedingt hatte abermals Oesterreich eine Unklugheit begangen. England war um so mehr verletzt, als es die Initiative für den Conferenzplan ergriffen hatte. Frankreich war es kaum minder, da es sich nicht nur in der schmeichelhaften Hoffnung, ein internationales Forum unter französischem Vorsitz eröffnen zu können, getäuscht sah, sondern auch dem Plan entsagen mußte, die preußisch-italienische Allianz zu lösen. Diese Allianz legte der kaiserlichen Politik eine immer unwillkommene Fessel an und weckte in Italien das Gefühl einer Emancipation von der Vormundschaft Frankreichs. Nur Rußland zeigte sich nicht verstimmt gegen Oesterreich, und nach allem, was zur Zeit von den Geheimnissen der Cabinete bekannt wurde, scheint es,

daß Oesterreichs Vorbehalt sich der Zustimmung Rußlands erfreute, vielleicht gar auf dessen Rath erfolgt war. Die plötzliche Erkrankung Gortschakow's ist nur ein äußeres Indicium hierfür, von größerm Gewicht aber der Umstand, daß Rußland allen Grund hatte, die Consequenzen zu scheuen, die sich aus der Verhandlung der venetianischen Frage vor einem internationalen Forum auf die polnische ziehen ließen.

Der entscheidende Schritt, den Oesterreich in demselben Augenblick, in welchem die Conferenzen beginnen sollten, am Bunde that, bestand in der Ausführung dessen, was es in der Note vom 26. April Preußen angedroht hatte. Es überantwortete am 1. Juni die schleswig-holsteinische Frage den Entschließungen des Bundes und theilte gleichzeitig mit, daß es seinem Statthalter in Holstein den Befehl ertheilt habe, die schleswig-holsteinischen Stände einzuberufen. Die wesentlichsten Stellen seiner Erklärung lauteten:

... Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph ist mit seinen Zugeständnissen an Preußen so weit gegangen, als es Oesterreichs Würde und angestammte Stellung in Deutschland, als es des Deutschen Bundes Recht und Verfassung nur irgend gestatteten. Allein der berliner Hof hat nicht nur unberechtigte Forderungen aufgestellt, sondern auch unglücklicherweise in stets sich steigerndem Maße die Neigung bethätigt, diese Forderungen mit Hintansetzung aller andern Rücksichten und jetzt selbst mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen. Sowie Preußen schon kurz nach dem Abschluß des Wiener Friedensvertrags die Räumung Holsteins durch die Truppen Sachsens und Hannovers mit Eigenmacht zu erzwingen gedroht hatte, so behandelte es auch gegenüber Oesterreich, seinem Bundesgenossen in dem im Namen deutschen Rechts gegen Dänemark unternommenen Kriege, die schließliche Lösung der Verwickelung als eine bloße Frage der Macht und trat selbst nicht vor dem beklagenswerthen Entschluß zurück, sich auf die Hülfe auswärtiger Gegner des Kaiserstaats zu stützen. Schon zur Zeit der Gasteiner Convention hatte die königlich preußische Regierung sich der Allianz des florentiner Hofes gegen Oesterreich zu versichern getrachtet, und sie erneuerte dieses Bestreben, als später das kaiserliche Cabinet die unbillige Forderung, Holstein nach den Dictaten der preußischen Annexionspolitik zu verwalten, ablehnte und man in Berlin anfing, über kriegerische Eventualitäten Rath zu halten.

Von zwei Seiten gefährdet, ob der erste Angriff im Süden oder im Norden erfolgen werde, hat Oesterreich sich in Vertheidigungsstand gesetzt, um das Seinige zu behaupten, und die treuen Völker der Monarchie, einig in sich, des guten Rechts sich bewußt, nach dauerhaftem Frieden verlangend, tragen willig und entschlossen die neuen schweren Opfer, welche der Ruf des bedrohten Vaterlandes von ihnen fordert.

Solches war die Veranlassung der Rüstungen Oesterreichs; aus der Veranlassung ergeben sich von selbst die Voraussetzungen, unter welchen die kaiserliche Regierung die Rückkehr zum Friedensstande beschließen könnte.

In dem folgenden Passus knüpft Oesterreich geschickt an den letzten Bundesbeschluß vom 24. Mai an und erklärt sich bereit, Preußen gegenüber abzurüsten, sobald dieses Garantien dafür gegeben habe, daß Oesterreich weder auf eigenem Gebiet, noch in Holstein, noch auf Bundesgebiet einen Angriff zu besorgen habe. Italien gegenüber aber werde es sich zu keiner Abrüstung verpflichten, da sich ja der am 24. Mai angenommene Antrag nur auf die Heeresaufstellung gegen Preußen beziehe. Dann wird die schleswig-holsteinische Frage betont, die nicht nach den einseitigen Ansprüchen Preußens, sondern nach Recht und Gesetz des Deutschen Bundes und im Einklang mit dem Landesrecht der Herzogthümer ihre Lösung erhalten solle. In Bezug auf diese Frage wird alles Weitere den Entschließungen des Bundes anheimgestellt, welchen von seiten Oesterreichs die bereitwilligste Anerkennung zugesichert wird.

Schließlich zeigt der Gesandte an, daß dem kaiserlichen Statthalter in Holstein soeben die erforderliche Specialvollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung übersendet worden sei, damit die gesetzliche Vertretung des Landes, um dessen Schicksal es sich handele, und dessen Wünsche und Rechtsanschauungen einen der berechtigten Factoren der Entscheidung bilden, nicht länger der Gelegenheit entbehre, ihre Ansichten auszusprechen.

Dieser Eröffnung des österreichischen Gesandten stellte der Vollmachtträger Preußens sofort eine Erklärung gegenüber, die, wenngleich im Gewande der Friedensliebe gehalten, den Handschuh keck aufnahm, den Oesterreich hingeworfen hatte. Es hieß darin:

... Die königliche Regierung spricht die Bereitwilligkeit zur Abrüstung auch seitens der Bundesversammlung aus und erklärt, daß sie auf den Friedensfuß zurückkehren werde, wenn der Bund die Regierungen von Oesterreich und Sachsen zur Abstellung ihrer den Frieden bedrohenden Rüstungen bewogen und der königlichen Regierung Bürgschaften gegen die Wiederkehr derartiger Beeinträchtigungen des Bundesfriedens gewährt haben wird. Wenn der Bund zur Gewährung solcher Bürgschaften nicht im Stande ist und wenn seine Mitglieder sich der Einführung der Reformen versagen, durch welche die Wiederkehr der bedauerlichen Zustände der Gegenwart verhütet werden könnte, so wird die königliche Regierung daraus den Schluß ziehen müssen, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und seine obersten Zwecke nicht erfülle, und sie wird ihren

weitern Entschließungen diese ihre rechtliche Ueberzeugung zu Grunde zu legen haben. . . .

Noch eines andern nicht unwichtigen Antrags, der in dieser an großen Vorgängen so reichen Bundestagssitzung (in der auch die Congreßeinladung angenommen und v. d. Pfordten als Bundesvertreter gewählt wurde) von Baiern gestellt ward, sei hier erwähnt, ehe wir der Hauptaction weiter folgen. Derselbe ging dahin, Preußen und Oesterreich zu ersuchen, ihre Truppen aus Mainz, Rastadt und Frankfurt zurückzuziehen und gleichzeitig auszusprechen, daß die Festungen Mainz und Rastadt für alle Eventualitäten von sämmtlichen Bundesregierungen als neutrale Plätze zu betrachten seien. Der Antrag war der gemischten Besatzungen wegen durchaus vernünftig, wenn auch nicht in allen seinen Theilen vollständig durchführbar, da der Krieg neutrale Plätze kaum zu respectiren vermag.

Daß Preußen das Vorgehen Oesterreichs als einen Vertragsbruch ansehen könne und müsse, hat selbst der größte Theil derjenigen Blätter des Auslandes zugegeben, die durchweg die Interessen Oesterreichs vertraten. Namentlich in der pariser officiösen Presse herrschte darüber kein Zweifel. Wie die Cabinete darüber dachten, zeigte sich in dem stricten Verzicht auf alle weitern Congreßideen.

Preußen war der casus belli hiermit gesichert, denn schon die einseitige Einberufung der Stände genügte, um in Holstein mit Oesterreich in einen Contact zu kommen, der den Krieg nach sich ziehen mußte. Daß es aber gerade die schleswig-holsteinische Specialfrage war, die den Bundesregierungen Veranlassung geben sollte, ihre Stellung zwischen Preußen und Oesterreich zu nehmen, ließ voraussehen, daß es auch in Frankfurt zu einem Beschluß kommen würde, der sich als Competenzüberschreitung qualificiren ließ, und sich somit erfüllen würde, was das Bismarck'sche Programm gewissermaßen als conditio sine qua non für die Lösung der deutschen Aufgabe Preußens hinstellte. Hätte irgendeine andere Angelegenheit den schließlichen Bruch involvirt, etwa eine Gebietsverletzung, eine Ausschreitung im diplomatischen Schriftwechsel oder die Bundesreformfrage an und für sich, so wäre die Parteinahme der Mittelstaaten vielleicht noch zweifelhaft geblieben, in der Herzogthümerfrage aber war vorauszusehen, daß dieselben am Bunde blind mit Oesterreich gehen würden. Um sich das formelle Recht möglichst zu wahren, protestirte Graf Bismarck in einer unter dem 3. Juni an das wiener Cabinet gerichteten Depesche vom internationalen Standpunkt aus gegen den Schritt Oester-

reichs am Bunde. Der eigenen Nation gegenüber rechtfertigte er seinen Standpunkt durch nachstehende vom 4. Juni datirte Erklärung im „Staats-Anzeiger“:

Zwischen Preußen und Oesterreich ist unter dem 16. Jan. 1864 eine Convention zu Berlin unterzeichnet worden, um den gemeinsamen Gang in der Angelegenheit der Herzogthümer zu regeln. Art. 5 derselben lautet: „Für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten in Schleswig käme und also die zwischen den deutschen Mächten und Dänemark bestehenden Vertragsverhältnisse hinfällig würden, behalten die Höfe von Preußen und Oesterreich sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im gegenseitigen Einverständniß festzustellen. Zur Erzielung dieses Einverständnisses würden sie eintretendenfalls die sachgemäßen weitern Abreden treffen. Sie werden jedenfalls die Frage über die Erbfolge in den Herzogthümern nicht anders als im gemeinsamen Einverständniß entscheiden.“

Es bedarf keines Beweises, daß durch die Erklärung Oesterreichs in der Bundestagssitzung am 1. d. Mts. sowol die angeführten Bestimmungen der Vereinbarung vom 16. Jan. 1864 als auch diejenigen der Gasteiner Convention verletzt worden sind.

Um aber endlich Oesterreich moralisch die Möglichkeit abzuschneiden, etwa in einer Anwandlung von Reue noch in letzter Stunde durch Herbeiziehung eines Vermittlers wieder in friedliche Wege einzulenken, erließ Bismarck am 4. Juni eine Circulardepesche an die fremden Mächte, die durch Derbheit der Sprache alles überbietet, was je aus diplomatischer Feder geflossen. Wir heben aus diesem Actenstück die schärfste, gegen die österreichische Politik gerichtete Stelle heraus:

Alle unsere Information kommt darin überein, daß der Entschluß, Krieg gegen Preußen zu führen, in Wien durchaus feststeht. Ich darf Ew. Exc. auf Sr. Maj. Verlangen im Vertrauen eröffnen, daß zur Zeit, als wir die obenerwähnte Mittheilung (Depesche vom 7. Mai) nach Wien richteten, der König, von der Pflicht, den Frieden so lange als möglich zu erhalten, beseelt, bereitwillig auf einen Vorschlag zu einer directen Verständigung hörte, welcher von unparteiischer Seite aus Wien und zuerst Sr. Maj. ohne Zuziehung des Ministeriums gemacht wurde, um sich zu vergewissern, ob Se. Maj. der Kaiser noch von dem Wunsche, den Frieden aufrecht zu erhalten, geleitet werde. Der Vorschlag war der, die schleswig-holsteinische und die Bundesreformfrage in Gemeinschaft zu behandeln und durch diese Verbindung die Lösung beider zu erleichtern. Die Unterhandlungen, unterstützt durch die versöhnlichsten Wünsche auf seiten der Vermittler, haben, wie Se. Maj. mir mittheilt, nur dargethan, daß zu Wien eine correspondirende Gesinnung nicht mehr existirt. Sie haben trotz der theoretischen Friedensliebe des Kaisers das Verlangen nach Krieg gezeigt, welches jede andere Erwägung in seinem ganzen Rathe, selbst unter denen beherrscht, welche unsers Wissens früher gegen den Krieg und sogar gegen die Vorbereitungen und Rüstungen stimmten, und ge-

zeigt, daß dieses Verlangen nun ebenfalls einen entschiedenen Einfluß auf den Kaiser selbst gewonnen hat. Nicht allein gab sich dort ein vollständiger Mangel aller und jeder Bereitwilligkeit kund, selbst auf vertrauliche Unterhandlungen einzugehen und die Möglichkeit eines Uebereinkommens zu erörtern, sondern es sind Aeußerungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner dem König aus authentischer Quelle hinterbracht worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die kaiserlichen Minister den Krieg um jeden Preis wollen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, die österreichischen Finanzen durch preußische Contributionen oder durch einen ehrenhaften Bankrott zu unterstützen. Die Handlungen der österreichischen Regierung stimmen nur zu genau mit dieser Absicht überein.

---

3) Preußens fernere Haltung in der Bundesreformfrage. Die Circulardepesche vom 27. Mai über das engere, der Neuner-Commission vorgelegte Reformprogramm. Das erweiterte Programm vom 10. Juni. Das Einrücken der Preußen in Holstein. Abzug der Oesterreicher. Die Bundesfestungsfrage. Oesterreichische Depesche vom 9. Juni. Der österreichische Antrag auf Mobilisirung des Bundesheeres vom 11. Juni. Dessen Annahme in der Sitzung vom 14. Juni und die damit erfolgende Auflösung des Bundes. Der casus belli war gegeben.

Je mehr die Ereignisse einer kriegerischen Lösung entgegendrängten, um so mehr trat die specielle Streitfrage gegen die ursächliche zurück. Die Bismarck'sche Politik ward infolge dessen innerhalb der Grenzen Preußens immer volksthümlicher. War es dem preußischen Staatsmann speciell in den Angelegenheiten Schleswig-Holsteins nicht gelungen, das politische Gewissen des eigenen Landes vollständig zu beruhigen, so hob doch die geschickte Verknüpfung der Herzogthümerfrage mit der Bundesreform über die noch entgegenstehenden Bedenken wesentlich hinweg. Der politische Gesichtskreis des ganzen Volks erweiterte sich mehr und mehr, und selbst das Gros der Gegner jeder kriegerischen Politik stellte sich auf die Seite der Regierung, indem es lauter und lauter die These vertrat: „Das Parlament ist der Friede.“ Ein großer Theil der liberalen Presse wies jetzt darauf hin, daß sich in der Herzogthümerfrage die Krankheit der Bundesinstitutionen nur zur Krisis gesteigert habe. Darin, daß Oesterreich die im Laufe der Zeit zu allgemeinster Billigung gelangten Februarforderungen hartnäckig zurückgewiesen hatte, erkannte man jetzt kein Unglück mehr. Auf diese complicirten Forderungen wurde nur noch Bezug genommen, um zu zeigen, welcher wunderbarer Mittel es bedurfte, um nur locale Aeußerungen dieser Bundeskrankheit zu heben.

Fast ganz Deutschland sträubte sich gegen deren Anwendung, und deshalb ward es gebilligt, daß die preußische Politik auf eine Radicalcur des ganzen Körpers hinarbeitete. Die allerdings forcirte Lösung des preußischen Bündnisses mit Oesterreich, das überdies von den liberalen Elementen des preußischen Volks stets bekämpft worden war, erschien dadurch gerechtfertigt.

Der leitende preußische Staatsmann hat, das unterliegt keinem Zweifel, nie an eine friedliche Durchführung seiner Bundesreform geglaubt, sein Calcul war auf Blut und Eisen berechnet. Aber er hat dem preußischen Volk den Beweis geliefert, daß eine friedliche Durchführung auch der bescheidensten, von allen Parteien des Landes als nothwendig erkannten Forderungen unmöglich war. Eine am 15. Mai in der Neuner-Commission gemachte Eröffnung beschränkte die Vorschläge Preußens auf folgende Punkte:

1) Die Organisation des Bundes wird durch Combinirung mit einer periodisch einzuberufenden Nationalvertretung in der Weise gestaltet, daß die Beschlußfassung der letztern auf den dafür bezeichneten Gebieten der Bundesgesetzgebung die Stimmeneinheit ersetzt.

2) Die Competenz der also neugestalteten Bundesgewalt wird zunächst auf solche Materien ausgedehnt, welche bisher im Wege der gelegentlich zusammentretenden Conferenzen behandelt zu werden pflegten oder Commissionen überwiesen wurden, wie z. B. das Münz-, Maß- und Gewichtswesen, die Patentgesetzgebung, die gemeinsame Civilproceßordnung, das Heimatswesen und die Freizügigkeit.

3) Es tritt dazu die allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung in principieller Behandlung unter dem Gesichtspunkte regelmäßiger gemeinsamer Fortentwickelung.

4) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, Consularwesen, Schutz der Flagge zur See.

5) Das Verkehrswesen zwischen den Bundesstaaten, Land-, Wasser- und Eisenbahnstraßen, Telegraphie, Postwesen, die Fluß- und sonstigen Wasserzölle.

6) Gründung einer den gemeinsamen Zwecken dienenden Kriegsmarine mit den erforderlichen Kriegshäfen und den entsprechenden Küstenvertheidigungsanstalten.

7) Consolidirung der militärischen Kräfte Deutschlands für die Feldarmee und das Festungswesen, also Revision der Bundeskriegsverfassung aus dem Gesichtspunkte einer bessern Zusammenfassung der Gesammtleistung, sodaß deren Wirkung und die Leistung des einzelnen möglichst erleichtert wird.

Dieses Programm enthielt (§. 1) nur eine einzige Forderung, während alle andern Momente nur Vorschläge von unbestreitbarer Nützlichkeit der Berathung anheimgaben. Von der Ausschließung Oester-

reichs war keine Rede, ebenso wenig von einer Beschränkung der Souveränetäten durch Entziehung der diplomatischen Vertretung. Preußen beanspruchte nicht den geringsten Vorzug für sich selbst, alles, was es andern zumuthete, erbot es sich in gleichem Verhältniß selbst zu tragen. Mag man der Bismarck'schen Politik tausend Vorwürfe machen können, die je nach dem Parteistandpunkte gerechtfertigt erscheinen, so wird doch niemand leugnen können, daß Preußen nach Ausweis vorstehenden Programms in der deutschen Frage mit anerkennenswerther Mäßigung vorgegangen war. Wären die deutschen Staaten rückhaltslos auf dieses Programm eingegangen, so wäre unbedingt das Parlament der Friede gewesen, denn noch in der letzten Stunde hat Preußen erklärt, daß es bei einer Neuconstituirung Deutschlands die schleswig-holsteinische Sache, als eine nationale, der gemeinsamen Entscheidung anheimzugeben bereit sei. Bis dahin aber halte es, gestützt auf die Verträge, an Aufrechthaltung des Statusquo fest.

Daß Preußen sich durch jene Vorschläge vorläufig gebunden hielt, zeigt eine Circulardepesche, die es am 27. Mai, also kurz vor Stellung des folgenschweren österreichischen Antrags am Bunde, an seine auswärtigen Vertreter erließ. In derselben hieß es:

Es ist nicht die Masse der unberechtigten Forderungen, welche den revolutionären Bewegungen Kraft verleiht, sondern gewöhnlich ist es der geringe Antheil der berechtigten Forderungen, welcher die wirksamsten Vorwände zur Revolution bietet und den Bewegungen nachhaltige und gefährliche Kraft gewährt. Unbestreitbar ist eine Anzahl berechtigter Bedürfnisse des deutschen Volks nicht in dem Maße sichergestellt, wie es jede große Nation beansprucht. Die Befriedigung derselben im geordneten Wege der Verständigung herbeizuführen, ist die Aufgabe der Bundesreform. Die letztere ist recht eigentlich im Sinne des monarchischen Princips in Deutschland nothwendig. Sie soll durch die Initiative der Regierungen den Uebelständen abhelfen, welche in bewegten Zeiten die Quelle und der Vorwand für gewaltsame Selbsthülfe werden können. In dieser Richtung bewegen sich die Reformvorschläge der preußischen Regierung. Sie werden sich auf das Allernothwendigste beschränken und den Bundesgenossen auf das bereitwilligste mit den ihnen erwünschten Modificationen entgegenkommen. Das Ziel verlangt allerdings Opfer, aber nicht von einzelnen, sondern von allen gleichmäßig. Was Se. Maj. den König persönlich betrifft, so liegt Allerhöchstdemselben nichts ferner, als seine Bundesgenossen, die deutschen Fürsten, beeinträchtigen oder unterdrücken zu wollen. Allerhöchstderselbe will mit ihnen als einer ihresgleichen gemeinsam für die gemeinsame Sicherheit nach innen und außen sorgen, aber besser als bisher. Wer diesen ernsten Willen und das längst auf jenes Ziel gerichtete Bestreben Sr. Maj. als Ergebniß persönlichen Ehrgeizes schildert, der *entstellt die* Thatsachen, welche von Allerhöchstdessen Handlungs- und Sinnes-

weise Zeugniß ablegen. Se. Maj. der König sind stets weit davon entfernt gewesen, einen Ehrgeiz zu hegen, der auf Kosten der Nachbarn und Bundesgenossen Befriedigung gesucht hätte, wenn Allerhöchstdieselben auch nach mannichfachen Erfahrungen darauf verzichten müssen, die Verleumdungen zum Schweigen zu bringen. Se. Maj. beabsichtigen auch jetzt mit der Bundesreform nicht, den deutschen Fürsten Opfer anzusinnen, welche Preußen nicht ebenso im Interesse der Gesammtheit zu bringen bereit wäre. Die Verweigerung der in den Reformvorschlägen der königlichen Regierung aufgestellten verhältnißmäßig geringen und von allen Theilnehmern, Preußen nicht ausgeschlossen, gleichmäßig zu machenden Zugeständnisse würde unserer Ansicht nach eine schwere Verantwortung für die Zukunft involviren.

Unter Hinweis darauf, daß Preußen zuerst mit einzelnen Regierungen, dann im Neuner-Ausschuß in Frankfurt eine Verständigung in diesem Sinne gesucht habe, wurde schließlich bestimmt ausgesprochen: „Erst wenn Preußen auf dem Wege der Verständigung am Bunde und mit den Regierungen alle Mittel vergebens erschöpft haben wird, um auch nur die nothdürftigsten Zugeständnisse zu erlangen, werden wir unser enges Programm erweitern."

Vorgreifend sei hier erwähnt, daß Preußen auch noch über den 1. Juni und die ernsten Vorgänge, die sich daran knüpften, hinaus an diesen Vorschlägen festhielt, den deutschen Staaten also bis zur letzten Stunde die Möglichkeit ließ, sich selbst eine geachtete neutrale Stellung und dem engern Deutschland den Frieden zu wahren. Erst am 10. Juni, unmittelbar vor der letzten entscheidenden Stunde, übermittelte Preußen den deutschen Regierungen ein erweitertes, nunmehr Oesterreich aus dem engern Bunde ausschließendes Programm, dessen Wortlaut wir um so lieber vollständig folgen lassen, als Preußen dasselbe nach Krieg und Sieg noch als Grundlage für die Aufrichtung des Bundesstaates gelten ließ:

Art. 1. Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landestheile.

Art. 2. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes wird auf denjenigen Gebieten, welche derselben zugewiesen sind, von dem Bundestage in Gemeinschaft mit einer periodisch zu berufenden Nationalvertretung ausgeübt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Uebereinstimmung der Mehrheit des Bundestags mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend.

Art. 3. Die Umgestaltung des Bundestags ist unter den Bundesregierungen und mit dem nach dem preußischen Antrag vom 9. April zu berufenden Parlament zu vereinbaren. Solange bis dies geschehen sein wird, bleibt das Stimmverhältniß, welches für die Mitglieder des Bundes auf dem bisherigen Bundestage gültig war, in Kraft.

Art. 4. Die Nationalvertretung geht aus directen Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmen sind.

Art. 5. Die Bundesstaaten bilden ein gemeinsames und einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, in welchem die Errichtung von Freihäfen vorbehalten bleibt.

Art. 6. Der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1) Die Zoll- und Handelsgesetzgebung.

2) Die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems, nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde.

3) Die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen.

4) Die Erfindungspatente.

5) Der Schutz des geistigen Eigenthums.

6) Die Bestimmungen über die Freizügigkeit, Heimats- und Ansiedelungsverhältnisse, den Gewerbebetrieb, die Colonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern.

7) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der Schiffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer consularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird.

8) Das gesammte deutsche Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs.

9) Der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle.

10) Das Post- und Telegraphenwesen.

11) Die gemeinsame Civilproceßordnung und das gemeinsame Concursverfahren.

Art. 7. Die Bundesgewalt hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden, sowie die Bündnisse und Verträge zu schließen, in völkerrechtlicher Vertretung des Bundes Gesandte zu ernennen und zu empfangen.

Die Kriegserklärung hat bei feindlicher Invasion des Bundesgebiets oder bei kriegerischem Angriff auf dessen Küsten unter allen Umständen zu erfolgen, in den übrigen Fällen ist zur Kriegserklärung die Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Drittheilen der Bevölkerung des Bundesgebiets erforderlich.

Art. 8. Die Kriegsmarine des Bundes mit den erforderlichen Hafen- und Schiffahrtsanlagen wird nach folgenden Grundsätzen errichtet:

Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Bei Ernennung der Offiziere und Beamten concurriren die Küstenstaaten auf Grund besonderer Vereinbarungen.

Der kieler und der Jahdehafen werden Bundeskriegshäfen.

Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsmarine und der damit zusammenhängenden Anstalten dient im allgemeinen die Bevölkerung unter Feststellung eines Präcipuums zu Lasten der Uferstaaten und Hansestädte nach Maßgabe des Lastengehalts der Handelsmarinen der einzelnen Staaten.

Ein Bundesmarinebudget wird nach diesen Grundsätzen vereinbart.

Das Anwerben der Matrosen und Mannschaften für die Bundeskriegsmarine wird durch ein Gesetz geregelt, welches zugleich die Verpflichtung für jeden ein-

zelnen Uferstaat feststellt, für Deckung des Bedarfs pro rata des Lastengehalts der Handelsmarine aufzukommen. Durch dasselbe Gesetz wird der Maßstab festgestellt, nach welchem die Mannschaftsgestellungen für die Marine auf diejenigen des Landheeres des Bundes in Abzug gebracht werden.

Art. 9. Die Landmacht des Bundes wird in zwei Bundesheere eingetheilt, die Nordarmee und die Südarmee.

In Krieg und Frieden ist Se. Maj. der König von Preußen Bundesoberfeldherr der Nordarmee, Se. Maj. der König von Baiern Bundesoberfeldherr der Südarmee.

Jeder der beiden Bundesoberfeldherren hat das Recht und die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der von ihm befehligten Armee die bundesbeschlußmäßigen Contingente vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind, und daß die nothwendige Einheit in der Organisation, Formation, in Bewaffnung und Commando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualification der Offiziere hergestellt wird.

Das Recht, unter Voraussetzung übereinstimmender Vorbildung bis zur Grenze des eigenen Contingents die Offiziere zu ernennen, steht jeder Regierung zu; diejenigen Commandos, unter welchen mehr als ein Contingent steht, besetzt der Oberfeldherr. Dieselben müssen auch im Frieden jederzeit besetzt und in Function sein, nach Maßgabe der Heereseintheilung, wie sie bisher in der preußischen resp. bairischen Armee stattfindet, sodaß mindestens für je drei Bataillone ein Regimentscommandeur, für höchstens drei Regimenter ein Brigadecommandeur, für jede zwei Brigaden ein Divisionär und für jedes Corps der Bundesarmee der commandirende General jederzeit in Function ist.

Der Oberfeldherr hat das Recht, in den nach seiner Ueberzeugung dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung jedes Theils der von ihm befehligten Bundesarmee innerhalb des Gebiets der letztern, vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß, anzuordnen, und verpflichten sich die Bundesregierungen, eine solche Anordnung in Betreff ihrer Contingente unverzüglich auszuführen.

Für jedes der Bundesheere wird ein gemeinschaftliches, mit der Nationalvertretung zu vereinbarendes Militärbudget für Feldarmee und Festungswesen, aus Matrikularbeiträgen der zu dem betreffenden Heere stellenden Regierungen gebildet.

Die Höhe der Matrikularbeiträge richtet sich nach der Bevölkerung der betreffenden Staaten.

Die Verwaltung jedes der beiden Bundesmilitärbudgets wird unter Leitung des Oberfeldherrn von einem, aus Vertretern der beitragenden Regierungen gebildeten Bundeskriegsrath geführt und hat der Nationalvertretung jährlich Rechnung abzulegen.

Jede Regierung leistet selbst die Auslagen für die von ihr gestellten Truppen, vorbehaltlich gemeinsamer Abrechnung nach Maßgabe der Beitragspflicht. Ersparnisse an dem Militärbudget, mögen sie an den Gesammtausgaben oder an denen für die einzelnen Contingente gemacht werden, fallen unter keinen Umständen der einzelnen Regierung, welche sie macht, sondern dem für jede der beiden Bundesarmeen gemeinsamen Bundeskriegsschatze zu.

Art. 10. Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landestheilen des

österreichischen Kaiserstaats werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlament durch besondere Verträge geregelt werden.

Volk und Regierungen in den Mittelstaaten Deutschlands verhielten sich den Vorschlägen Preußens gegenüber fast durchweg ablehnend. Wo einzelne Regierungen sich im Princip einverstanden erklärten, geschah es in so indifferenter Weise, daß weder eine reale noch eine moralische Wirkung dadurch erreicht ward. Sofern die Volksparteien sich über die Phrase erhoben, die preußischen Vorschläge seien schon deshalb zurückzuweisen, weil sie aus der Hand Bismarck's kämen, forderten sie entweder pure die Reichsverfassung, oder erhoben den Einwand, daß die proponirte Reform keine Garantie für die Freiheit gewähre. Was die Reichsverfassung anbelangt, so hatte dieselbe zur Zeit unbedingt bei den Regierungen noch weniger Chancen als der Bismarck'sche Entwurf; keinesfalls war es gerechtfertigt, lieber auf eine Bundesreform zu verzichten, als etwas anderes hinzunehmen denn die Reichsverfassung. Noch viel ungerechtfertigter aber war der andere Einwand. Garantien für die Freiheit sind nur da erforderlich, wo eine Gewalt existirt, die Freiheit zu beschränken. Eine solche Machtvollkommenheit maß aber weder der engere noch der weitere Entwurf Bismarck's dem neuen Bunde bei. Derselbe war vielmehr nach dem Vorbilde der Verfassung Nordamerikas nur auf eine solche Bethätigung beschränkt, die mit principiellen Freiheitsfragen gar nichts gemein hat. Gerade die liberalen Particularisten Süddeutschlands hätten daher mit den preußischen Vorschlägen sehr zufrieden sein können, da sie der freiheitlichen Entwickelung der Einzelstaaten unbeschränkten Spielraum gestatteten.

Das negative oder widerstrebende Verhalten der Regierungen hatte seinen Grund in der Hinneigung der Dynasten zu Oesterreich. Im Kaiserstaat und dem von ihm vertretenen föderalen Princip erkannten die Fürsten die sicherste Stütze ihrer Souveränetät. Preußen und der von ihm erstrebte Bundesstaat konnten nie und nimmer die volle Gleichberechtigung aller Souveräne (um der Souveränetät willen) anerkennen; dem widersprach schon die parlamentarische Vertretung nach Maßgabe der Volkszahl. Daß ein Theil der mittelstaatlichen Regierungen noch nach der Veröffentlichung des preußischen Juniprogramms, also in der Stunde vor Ausbruch des Kriegs mit Oesterreich, über einen Gegenentwurf in Verhandlung traten, besiegelte die Unmöglichkeit, daß Deutschland je auf anderm Wege als auf

dem des Kriegs zu einer seine Machtstellung nach außen sichernden Neugestaltung gelangen werde. Diese Ueberzeugung schlug noch in den letzten Stadien des Conflicts im preußischen Volk tiefe Wurzel, und so sehr ihm der Gedanke eines Bruderkampfes widerstrebte, so wenig es Haß mit Haß vergalt, so folgte es doch gerade dem Kampfe gegen die Heere der Particularstaaten mit dem leidenschaftlichsten Interesse. Es ist keine zufällige Erscheinung, daß die Thaten der kleinen Armee des Generals Falckenstein an Popularität selbst die großen Ereignisse in Böhmen überwogen.

Folgen wir jetzt den Vorgängen, die nach dem 1. Juni in raschem Laufe zum Ausbruch des Kriegs führten.

Oesterreich zögerte nicht, die in Aussicht gestellte einseitige Berufung der holsteinischen Stände sofort ins Werk zu setzen. Am 5. Juni, also am Tage nach Emanirung des provocirenden Bismarck'schen Circularschreibens an die auswärtigen Mächte, erließ der Statthalter, Feldmarschallieutenant von Gablenz, die Ordre, in welcher der 11. Juni als der Tag des Zusammentritts der Stände und Itzehoe als Ort der Verhandlung bezeichnet wurde. Für den Fall dieser Einberufung der holsteinischen Stände war der preußische Statthalter in Schleswig bereits mit Instruction versehen. General Manteuffel notificirte am 6. Juni seinem Collegen in Holstein, daß die preußische Regierung den Gasteiner Vertrag durch die Erklärung Oesterreichs in der Bundestagssitzung vom 1. Juni als hinfällig geworden betrachte. Es sei ihm daher der Befehl geworden, seine Truppen auf Grund des vor jener Convention bestandenen, durch den Wiener Frieden hergestellten Condominats wieder in Holstein einrücken zu lassen. Dieses Einrücken werde am 7. Juni erfolgen.

Es lag in der ausgesprochenen Absicht der preußischen Regierung, von den Vortheilen, die ihr die Isolirung einer einzigen österreichischen Brigade auf dem verlorenen Posten in Holstein bot, im Wege der Gewalt keinen Gebrauch zu machen. Der casus belli hätte sich allerdings leicht finden lassen, aber der moralische Eindruck in ganz Europa wäre ein ungünstiger gewesen. Es stand fest, daß man in Wien nicht so scrupulös war. Seitens der dortigen Regierung war schon Wochen vorher der Plan ventilirt worden, jene Brigade noch rechtzeitig zu verstärken und dann mit hannoverischen Truppen in der Gegend von Stade unter Gablenz' Befehl zu einem Parteigängercorps zusammenstoßen zu lassen. Ein solches Corps versprach im Rücken der preußischen Hauptarmee und bei den geringen Streitkräften, die

im Norden und Westen der Monarchie zurückgeblieben waren, große Dienste leisten zu können. An dem Widerstande Hannovers und Kurhessens scheiterte dieser Plan. Hannover hatte auch jetzt noch keine ernsten Kriegsrüstungen eingeleitet und sich über seine Parteinahme noch nicht entschieden. General Gablenz hatte also nur die Wahl, entweder den von Manteuffel aufgestellten Gesichtspunkt, daß fortan wieder eine gemeinsame Besetzung beider Herzogthümer einzutreten habe, thatsächlich anzuerkennen, oder den Rückzug seiner Truppen sofort anzuordnen. Er wählte das letztere und leitete seine weitern Maßnahmen durch folgende vom 7. Juni datirte Bekanntmachung ein:

Nachdem mir vom preußischen Gouvernement für Schleswig die Mittheilung gemacht worden, daß preußische Truppen heute in Holstein einrücken und namentlich in der Richtung auf Bramstedt und Itzehoe durchmarschiren werden, so habe ich, weitere Entschließungen einem hohen Cabinet vorbehaltend, hiergegen Protest erhoben und fühle mich veranlaßt, den Sitz der Statthalterschaft und der Landesregierung bis auf weiteres nach Altona zu verlegen. Die resp. Landesbehörden werden demnach angewiesen, ihre Eingaben, Berichte u. s. w. an die k. k. Statthalterschaft und an die herzoglich holsteinische Landesregierung von heute an nach Altona zu adressiren.

K. k. Statthalter für Holstein: Gablenz.

Dem General von Manteuffel war während der nächsten Tage eine im höchsten Grade undankbare Rolle beschieden. Thatsächlich Gewalt übend, hatte er den Schein zu wahren, als solle alles in Frieden und Freundschaft abgehen. Den Oesterreichern wurde freigestellt, in Schleswig gleichfalls das alte Recht gemeinsamer Besetzung zu üben; beim Einrücken in Holstein sollten die Preußen nur solche Orte beziehen, die keine österreichischen Garnisonen hätten. Es erging sogar die freundliche Einladung an Gablenz, in Verbindung mit dem preußischen Statthalter nunmehr, wie vor den Tagen von Gastein, eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer wiederherzustellen. Der von Gablenz eingeleitete Rückzug der österreichischen Brigade machte diesem Possenspiel ein Ende. Wo preußische Truppen mit österreichischen zusammentrafen, begegnete man einander in ritterlichen Formen, namentlich schied der österreichische Theil der Besatzung Rendsburgs von dem preußischen im freundlichsten Einvernehmen. Gablenz concentrirte seine Truppen in und um Altona. Mit Hülfe der Eisenbahnen gelang es, noch im Laufe des 7. die Garnisonen von Rendsburg, Kiel, Glückstadt, Itzehoe und Neumünster mit Pferden und Gepäck dorthin zu schaffen; an gleichem Tage passirte daselbst ein nach Norden gehendes preußisches Bataillon. Gablenz erhielt, wie

vorauszusehen, von seiner Regierung Befehl, mit der Brigade Kalik, die ihren Führer krank zurücklassen mußte, über Hamburg und Hannover zurückzugehen. Am 10. und 11. räumten die Oesterreicher das holsteinische Gebiet.

Auf Grund der thatsächlichen Verzichtleistung Oesterreichs übernahm jetzt General Manteuffel mittels Proclamation d. d. Rendsburg, 10. Juni, die Regierung über beide Herzogthümer. Diese Proclamation verfügte die Schließung sämmtlicher politischen Vereine und suspendirte das Erscheinen derjenigen politischen Blätter, die seither ohne Concession herausgegeben worden, auf so lange, bis zu ihrer Herausgabe die gesetzlich vorgeschriebene Concession eingeholt und ertheilt sein würde. Die durch Bekanntmachung des österreichischen Statthalters vom 15. Oct. 1865 eingesetzte holsteinische Landesregierung in Kiel wurde für aufgelöst erklärt. Die Civilverwaltung beider Herzogthümer wurde in die Hand des Freiherrn Karl von Scheel-Plessen gelegt, und zwar mit dem Titel eines „Oberpräsidenten", was insofern bezeichnend war, als dadurch schon eine Analogie mit den Provinzen des preußischen Staats hergestellt wurde. Die Handhabung der Civilgewalt verblieb unter der obersten Autorität des militärischen Gouverneurs.

Das Zusammentreten der Stände wurde durch preußisches Militär thatsächlich gehindert. Die Sache ging ohne Vorgänge von Bedeutung ab. Der vom General Gablenz zum Commissar der Ständeversammlung ernannte Regierungsrath Lesser wurde auf kurze Zeit verhaftet, Proteste kleiner Fractionen blieben ohne Belang, und die Aufregung legte sich rascher, als es zu erwarten war.

General Gablenz verließ am 12. Juni Altona. Er schied von den Bewohnern Holsteins mit folgender, vom gleichen Tage datirten Proclamation:

Der vertragswidrigen Besetzung des Herzogthums Holstein durch königlich preußische Truppen, die mich veranlaßte, den Sitz der Statthalterschaft und der Landesregierung nach Altona zu verlegen, sind Gewaltmaßregeln gefolgt. Das Zusammentreten der infolge allerhöchsten Auftrags von mir berufenen holsteinischen Ständeversammlung ist durch Waffengewalt verhindert und der Landtagscommissar verhaftet worden. Durch eine Proclamation vom 10. d. M. hat der königlich preußische Gouverneur für das Herzogthum Schleswig ferner kundgegeben, daß er die oberste Regierungsgewalt auch in dem Herzogthum Holstein in die Hand nehmen werde, er hat in Ausführung dessen der von mir im Auftrag meines allergnädigsten Kaisers bestellten Landesregierung ihre Entlassung angekündigt und eine andere Civilverwaltung bereits eingesetzt. Preußische Truppen sind im Anmarsch auf Altona; die mir zu Gebote stehenden Streitkräfte waren

nicht darauf berechnet, einem feindlichen Angriff der bisher verbündeten deutschen Macht Widerstand zu leisten. Ich bin außer Stande, mit meiner kleinen Schar der verübten Gewalt wirksam entgegenzutreten und das Recht zu schützen. Um die Truppen nicht nutzlos zu opfern, weiche ich, einem allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Kaisers folgend, der Uebermacht und verlasse mit ihnen das Land. Als ich auf Befehl meines allergnädigsten Herrn die Regierung euers Landes übernahm, seid ihr mir mit Vertrauen entgegengekommen; ihr habt dasselbe im wachsenden Maße bis heute bewahrt. Nehmt meinen herzlichen Dank dafür. Schwere Tage werden über euch kommen, einstweilen wird die Gewalt herrschen; fügt euch derselben mit euerer bewährten Besonnenheit. Bleibet aber auch in dieser neuen Prüfung treu euerer guten Sache. Euer Geschick steht in Gottes Hand, harret aus im Vertrauen auf eine glückliche Lösung.

Bei dem Ueberschreiten der Südgrenze Holsteins verhieß er seinen Truppen Genugthuung auf einem andern Schauplatze. In den Augen des Generals war der Krieg unvermeidlich, mochte in Frankfurt beschlossen werden, was da wolle, wie aus seinem Tagesbefehl deutlich hervorging.

Der Erbprinz von Augustenburg verließ gleichzeitig mit den Oesterreichern das Land. Unter seinen Anhängern bemühte man sich, diesen Schritt damit zu rechtfertigen, daß er seine Person, die das gesammte Recht des Landes vertrete, der Gewalt nicht preisgeben dürfe; im allgemeinen aber ward seine Flucht misbilligt. Nur durch Ausharren bis zum letzten Moment hätte der jahrelang durchgeführten Demonstration ein Schein von Würde erhalten werden können.

Während jener Ereignisse in Holstein ruhte die Thätigkeit am Sitze der Bundesversammlung nicht. Der bairische Antrag wegen Räumung der Bundesfestungen Mainz und Rastadt seitens der Truppen Oesterreichs und Preußens gelangte am 3. zur Annahme. Lange wurde indeß im Schoße der Militärcommission darüber gestritten, welche Staaten statt ihrer die Besatzung stellen sollten. Für Mainz wurden von seiten Preußens Baiern, Darmstadt und Nassau, als die Nachbarstaaten der Bundesfestung, in Vorschlag gebracht. Oesterreich glaubte indeß, daß die Truppen dieser Staaten zu seinen Gunsten im Felde eintreten würden, und bestand darauf, daß die Besatzung aus kurhessischem und thüringischem Militär, auf das es für seine Zwecke weniger rechnen zu können glaubte, gebildet werde. Die Conflicte in der Commission verzögerten die nächste Sitzung des Plenums bis zum 9. Juni.

In dieser Sitzung gab zunächst Preußen eine Erklärung ab, durch

welche es unter Bezugnahme auf die von Oesterreich in der Sitzung vom 1. Juni gemachte Eröffnung den Bruch der Gasteiner Convention constatirte und feierlich Verwahrung gegen die Behauptung einlegte, daß es die gewaltsame Annexion der Herzogthümer erstrebt habe. Zum Beweis seiner Bereitwilligkeit, sich mit Oesterreich zu verständigen, legte es die geheime Note vom 7. Mai vor, deren Sinn darauf hinausging, daß Preußen sich bereit erklärte, mit Oesterreich über die Abtretung seiner vertragsmäßig erworbenen Rechte an die Herzogthümer gegen Entschädigung in Unterhandlung zu treten. Schon in jener Note war ausgesprochen, daß Preußen die Angelegenheit dann in Verbindung mit der Bundesreform zum schließlichen Austrag zu bringen wünsche. In der Erklärung des preußischen Gesandten hieß es aber auch jetzt noch (nach dem Einrücken in Holstein) ausdrücklich, daß seine Regierung nach wie vor die Herzogthümerfrage als eine nationale betrachte und zu ihrer Lösung in Verbindung mit der Bundesreform bereit sei. Nach einer Gegenerklärung des österreichischen Präsidialgesandten wurde sodann ein vermittelnder Antrag des Militärausschusses angenommen, wonach die Bundesfestung Mainz durch bairische Truppen und einen Theil der Reserve-Infanteriedivision (thüringische Contingente), die Bundesfestung Rastadt durch badische Truppen und einen andern Theil der Reservedivision zu besetzen sei.

Noch an demselben Tage (9. Juni) expedirte Oesterreich eine Depesche nach Berlin, worin es die Bismarck'sche Protestdepesche vom 3. in einer Weise beantwortete, die einer Kriegserklärung fast gleichkam. Es wurde darin die Behauptung Bismarck's, der österreichische Antrag vom 1. Juni involvire einen Bruch der Gasteiner Convention, als Entstellung der Wahrheit bezeichnet, während kurz vorher noch die wiener Blätter triumphirend ausgerufen hatten, Oesterreich habe Preußen den Gasteiner Vertrag in Stücken vor die Füße geworfen. Ferner wurde gesagt, daß Oesterreich alle und jede Verantwortlichkeit für die ernsten Folgen des preußischen Entschlusses, den Streit nunmehr auf das Feld der Thatsachen zu übertragen, ablehne. Die Depesche führt weiter aus, daß Preußen durch Wort und That, ohne rechtmäßigen Grund, seit der berliner Depesche vom 26. Jan. 1866 sich in den Herzogthümern eine Stellung gegeben habe, welche dem durch den Gasteiner Vertrag geschaffenen Zustande nur noch den Werth eines völlig precären Besitzstandes ließ. Oesterreich habe nichtsdestoweniger diesen Besitzstand geachtet und die Gasteiner Convention nicht

gekündigt, und würde das durch diese Convention begründete Provisorium ungestört bis zur künftigen Bundesentscheidung haben fortdauern lassen. Indem Preußen seine Truppen in Holstein einrücken lasse, vollziehe es seinerseits thatsächlich den Bruch des Gasteiner Vertrags, und gründe sich der Protest Oesterreichs darauf, daß Preußen zur Selbsthülfe geschritten und durch die Besetzung Holsteins nicht nur das Vertragsverhältniß gegenüber Oesterreich, sondern auch Art. 11 der deutschen Bundesacte verletzt und dadurch den in Art. 19 der Wiener-Schluß-Acte vorgesehenen Fall herbeigeführt habe. Die Depesche behielt schließlich der kaiserlichen Regierung die Schritte und Entschließungen vor, zu welchen sie genöthigt sein werde, nachdem ihr nichts mehr übriggeblieben, als für die Wahrung ihrer Ehre und für den Schutz misachteter Rechte Sorge zu tragen.

Schon am 11. Juni erfolgten diese Schritte. Oesterreich ließ von den Vorgängen in Holstein im Sinne vorstehend erwähnter Depesche Mittheilung machen. Preußen hieß es, habe zum Schutze vermeintlich verletzter Rechte den Weg der Selbsthülfe betreten. Der weitere Wortlaut ist folgender:

Es liegt demnach der im Art. 19 der Wiener-Schluß-Acte vorgesehene Fall vor, und die Bundesversammlung ist berufen, der unternommenen Selbsthülfe Einhalt zu thun. Nach diesem gewaltthätigen Vorgehen, bei welchem Preußen umfangreiche Rüstungen zur Seite stehen, kann nur in Aufbietung aller übrigen verfügbaren militärischen Kräfte des Bundes eine Gewähr des Schutzes für die innere Sicherheit Deutschlands und die bedrohten Rechte seiner Bundesglieder gefunden werden. Die kaiserliche Regierung erachtet die schleunige Mobilmachung sämmtlicher nicht zur preußischen Armee gehörigen Armeecorps des Bundesheeres für nothwendig. Bedürfte diese Maßregel noch weiterer Begründung, so findet sie dieselbe in der Haltung der königlich preußischen Regierung gegenüber den Beschlüssen, welche in letzter Zeit und bei stets steigender Gefahr von der Bundesversammlung zur Wahrung des Bundesfriedens gefaßt worden sind. Dem aus Anlaß der Bedrohung Sachsens gefaßten Beschluß vom 9. Mai: „die königlich preußische Regierung anzugehen, daß durch geeignete Erklärung dem Bunde mit Rücksicht auf Art. 11 der Bundesacte volle Beruhigung gewährt werde", hat die königlich preußische Regierung nicht entsprochen. Die Antwort Preußens auf den Beschluß vom 24. Mai kann nicht für befriedigend erkannt werden, da es die in jenem Beschluß in Aussicht genommene gleichzeitige Abrüstung abgelehnt hat. Bei beiden Anlässen hat die königlich preußische Regierung, sich zum Richter über den Deutschen Bund aufwerfend, ihr Verhältniß zu diesem Staatenbunde und ihre weitern Entschließungen davon abhängig erklärt, daß derselbe Preußens Forderungen erfüllen wolle und könne. Aus allen diesen Gründen erscheint der kaiserlichen Regierung für die hohe Bundesversammlung die unvermeidliche Nothwendigkeit heranzutreten,

diejenigen dringlichen Maßregeln zu ergreifen, welche sie in die Lage setzen, die ihr obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen, und beantragt daher:

Hohe Bundesversammlung wolle vorbehaltlich weiterer Entschließungen den Beschluß fassen:

1) Die Mobilmachung des 1., 2., 3., 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps (also der ganzen Bundesarmee mit Ausnahme der preußischen Corps) anzuordnen und an die betreffenden höchsten und hohen Regierungen das Ersuchen zu stellen, ihre Bundescontingente nach der angenommenen Kriegsformation in der Stärke der Haupt- und Reservecontingents ungesäumt auf den Kriegsstand zu setzen und selbe in den innehabenden oder einzunehmenden Standquartieren binnen 14 Tagen derart marsch- und schlagfertig aufzustellen, daß es auf ergehende Aufforderung innerhalb 24 Stunden mit allem Kriegsbedarf abmarschiren könne.

2) Dieselben höchsten und hohen Regierungen ferner zu ersuchen, auf die Bildung der Ersatzcontingente Bedacht zu nehmen.

3) Dieselben höchsten und hohen Regierungen zu ersuchen, in möglichst kurzer Frist, jedenfalls innerhalb der nächsten 14 Tage, bei der Bundesversammlung den Vollzug dieser Anordnung anzuzeigen.

4) Dieselben höchsten und hohen Regierungen zu ersuchen, die nöthigen Einleitungen zu treffen, damit die Bundesversammlung im Sinne des §. 46 der Bundeskriegsverfassung baldigst wegen des Oberbefehls Beschluß fassen könne und weiter die im 7., 8., 9. und 10. Abschnitt der Bundeskriegsverfassung vorgesehenen Ernennungen und Aufstellungen zu bewirken, resp. zu vereinbaren.

5) Den Ausschuß für Militärangelegenheiten anzuweisen, sich mit der Militärcommission wegen Durchführung dieses Beschlusses ins Einvernehmen zu setzen.

Der Präsidialgesandte ist zugleich angewiesen, auf Abstimmung in einer baldigst anzuberaumenden Sitzung anzutragen.

Der Antrag bezweckte nicht mehr und nicht minder als eine Aufbietung der Wehrkräfte aller Mittel- und Kleinstaaten zur Unterstützung Oesterreichs im Kampfe gegen Preußen. Der einzige formelle Weg zu diesem Zweck konnte — obgleich im Antrag nicht ausgesprochen — nur der einer Bundesexecution sein. Dazu aber waren Form und Inhalt des Antrags nicht angethan. Die österreichische Regierung begründete denselben durch Berufung auf die Art. 18, 19 und 20 der Wiener-Schluß-Acte vom 15. Mai 1820. Diese Artikel lauten:

Art. 18. Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungestört aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgendeine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen und die dazu geeigneten Beschlüsse nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen.

Art. 19. Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen, oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthülfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge zu tragen.

Art. 20. Wenn die Bundesversammlung von einem Bundesgliede zum Schutze des Besitzstandes angerufen wird und der jüngste Besitzstand streitig ist, so soll sie für diesen besondern Fall befugt sein, ein bei der Sache nicht betheiligtes Bundesglied in der Nähe des zu schützenden Gebiets aufzufordern, die Thatsache des jüngsten Besitzes und die angezeigte Störung desselben ohne Zeitverlust durch seinen obersten Gerichtshof summarisch untersuchen und darüber einen rechtlichen Bescheid abfassen zu lassen, dessen Vollziehung die Bundesversammlung, wenn der Bundesstaat, gegen welchen er gerichtet ist, sich nicht auf vorgängige Aufforderung freiwillig dazu versteht, durch die ihr zu diesem Ende angewiesenen Mittel zu bewirken hat.

Unbedingt war es nicht leicht, diese Artikel auf den concret vorliegenden Fall in der Weise für anwendbar zu erklären, wie dies in dem österreichischen Mobilisirungsantrag geschah. Ein Rathpflegen, wie es der erste der angeführten drei Artikel vorschreibt, hatte nach den jüngsten Vorgängen in Holstein noch nicht stattgefunden, als eine „vorläufige Maßregel", jeder Selbsthülfe vorzubeugen oder Einhalt zu thun, war die beantragte Mobilisirung im Sinne des zweiten der citirten Artikel auch kaum zu erkennen, von einer Anwendung des zuletzt angeführten Artikels war gar nicht die Rede. Wird der österreichische Antrag nur nach seinen ausgesprochenen Zielen beurtheilt, also in Bezug auf die beantragte Mobilisirung der Bundesarmee, so bieten nur die Art. 39 und 40 der Wiener-Schluß-Acte einen Anhalt dazu. Der erstere derselben gebietet eine Mobilisirung, wenn ein Bundesgebiet von einer feindlichen Macht überfallen ist, was doch in der Besetzung Holsteins durch preußische Truppen vom Bundesstandpunkte aus um so weniger erkannt werden konnte, als der Bund mit der Gasteiner Convention nichts gemein hatte, die vor derselben ergangenen Bundesbeschlüsse aber Preußen wie Oesterreich die Besetzung Holsteins ausdrücklich gestatteten. Der andere Fall, in dem eine Mobilisirung als geboten zu erachten, ist nach Art. 40 der Wiener-Schluß-Acte der, in welchem der Bund mit zwei Dritteln der Stimmen einen Krieg beschlossen hat, eine Voraussetzung, die keineswegs zutraf. Andere Fälle für Mobilisirung des Bundesheeres sind in den Bundesgesetzen nicht vorgesehen. *)

---

*) Wir legen auf die Wahrung des formellen Rechtspunktes bei der Zuspitzung des Conflicts zum casus belli keinen allzu hohen Werth, erkennen viel-

Der preußische Bundestagsgesandte erklärte noch in der Sitzung vom 11., daß er sich über den vorliegenden Antrag, dessen Gegenstand ihm völlig neu sei, weder sachlich noch geschäftlich zu einer Aeußerung veranlaßt sehe. Es war nämlich unterlassen worden, demselben, wie es Brauch und Geschäftsordnung bedingen, den Antrag tags vorher mitzutheilen. Gegenüber der von Oesterreich verlangten schleunigsten Beschlußfassung verwies Mecklenburg auf den §. 20 der Geschäftsordnung, welchem gemäß auf wichtige Anträge stets drei Sitzungen verwandt werden sollen: eine für die Einbringung des An-

---

mehr die sittliche Berechtigung zum Kriege in der Reife der fundamentalen Streitfrage. Dennoch glaubten wir darauf hindeuten zu müssen, wie sehr es Bismarck gelungen ist, bei seinem entschiedenen Einlenken in eine kriegerische Politik Preußen das formelle Recht bis zum letzten Augenblick zu wahren, ein Umstand, der auf die Beruhigung der Gewissen im eigenen Lande von belang reichem Einfluß war. Daß dies auch im gegnerischen Lager anerkannt wird, beweist uns eine Auslassung der „Allgemeinen Zeitung", welche seit Jahrzehnten die Sache Oesterreichs mit wahrem Fanatismus gegen das gehaßte Preußen vertreten hat. In ihrem Leitartikel vom 9. Jan. 1867 „Rückblick auf die Politik Baierns" schreibt diese Zeitung:

„Die Abstimmung für die Mobilisirung war von bairischer Seite ein um so größerer Fehler, als man sich auf den Standpunkt der Vertheidigung des Bundesrechts gestellt hatte, und gerade in dieser Abstimmung das Bundesrecht nicht beachtete. Gegenwärtig wird dies auch von den entschiedensten Gegnern der preußischen Politik anerkannt. Was der preußische Bundestagsgesandte gegen den Mobilisirungsantrag Oesterreichs damals einwendete: »Er stehe an sich im Widerspruch zur Bundesverfassung und müsse von Preußen als Bundesbruch angesehen werden; das Bundesrecht kenne gegen Bundesglieder nur die Execution, für welche ganz bestimmte Formen vorgeschrieben seien, diese vernachlässige der österreichische Antrag durchaus«, war vollkommen begründet, weil der Art. 11 der Bundesacte, auf welchen sich Oesterreich stützte, insoweit er jeden Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz nimmt, zugleich die Verpflichtung den Bundesgliedern auflegt, sich unter keinerlei Vorwand zu bekriegen. Der Krieg war aber von Preußen noch nicht begonnen, und das Einrücken eines preußischen Corps in Holstein konnte sicherlich nicht vorweg als eine Kriegsmaßregel betrachtet werden, am wenigsten vom Deutschen Bunde, da die holsteinische Frage in jenem Stadium (ohne bewaffneten Widerstand Oesterreichs vor sich gegangen) noch gar nicht beim Bunde zur Entscheidung gelangt war. Es zeigte sich übrigens auch in dem Stimmverhältniß der abstimmenden Curien, daß eine unzweifelhafte Majorität für den österreichischen Antrag nicht zu gewinnen gewesen war. Der Art. 19 der Wiener-Schluß-Acte konnte noch weniger als eine Rechtfertigung der Mobilisirung angesehen werden, weil die folgenden Artikel ein weitläufiges Verfahren regeln für den Fall, daß Thätlichkeiten zwischen Bundesgliedern zu besorgen seien, wirklich ausgebrochen wären oder der Besitzstand zu wahren sei."

trags, eine für dessen Erörterung und eine für definitive Beschluß=fassung. Trotz dessen beliebte die Bundesversammlung schon den 14. Juni zur definitiven Beschlußfassung zu bestimmen, nachdem der österreichische Präsidialgesandte erklärt hatte, er werde, der Form zu genügen, der eben stattfindenden Sitzung noch am gleichen Tage (11. Juni) eine zweite folgen lassen. Selbst dieser kleine Kunstgriff war in der „vertraulichen Circulardepesche" vom 16. März bereits vorgesehen.

Ehe wir zur entscheidenden Schlußsitzung übergehen, noch einen Blick auf das Ausland. Preußen hatte seine westlichen Provinzen von allen Feldtruppen entblößt, selbst die Rheinfestungen waren nicht kriegsgemäß armirt, ein Beweis, daß das preußische Cabinet keine Gefahren von seiten Frankreichs fürchtete. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß zwischen dem Kaiser und dem Grafen Bismarck eine Verständigung für den Fall stattgefunden haben muß, daß Preußen im Wege der Gewalt seine Ziele in Deutschland zu verfolgen sich veranlaßt sehen sollte. Ebenso wenig zweifelhaft ist es, daß Graf Bismarck für diesen Fall die Zusage ertheilt hat, nicht durch preußische Eroberungen einen Einheitsstaat aus Deutschland zu machen und keine gewaltsamen Annexionen südlich der Maingrenze zu unternehmen. Eine Andeutung von einer solchen Uebereinkunft gab Kaiser Napoleon durch einen vom 21. Juni datirten Brief an seinen Minister des Aeußern, Drouin de Lhuys, den dieser tags darauf in der Legislativen vorlas. Das darin enthaltene Programm wurde später durch die großartigen kriegerischen Erfolge Preußens zwar zum Nachtheil Oesterreichs wesentlich modificirt, bietet aber dennoch den Schlüssel zu viel Unerwartetem, das später eintrat, und verdient schon deshalb im vollen Wortlaut mitgetheilt zu werden:

Palais der Tuilerien, 11. Juni 1866.

Herr Minister!

Im Augenblick, wo die Hoffnungen auf den Frieden, welche der beabsichtigte Zusammentritt der Conferenz in uns rege gemacht hatte, zu verschwinden scheinen, ist es wesentlich, durch ein Rundschreiben an die diplomatischen Agenten im Auslande die Gedanken, welche meine Regierung sich vornahm, in dem Rathe Europas auszusprechen, sowie die Haltung, welche dieselbe angesichts der sich vorbereitenden Ereignisse zu beobachten gedenkt, auseinanderzusetzen. Diese Mittheilung wird unsere Politik in das rechte Licht stellen. Wenn die Conferenz stattgefunden hätte, so wäre unsere Sprache, Sie wissen es, eine deutliche gewesen. Sie sollten in meinem Namen erklären, daß ich jeden Gedanken an eine territoriale Vergrößerung zurückweise, solange

nicht das europäische Gleichgewicht gebrochen sein würde. Wir könnten in der That an eine Ausdehnung unserer Grenzen nur denken, wenn die Karte Europas zum ausschließlichen Vortheil einer Großmacht verändert werden, und die Nachbarprovinzen durch frei ausgedrückten Wunsch ihre Annexion an Frankreich fordern sollten. Außerhalb dieser Bedingungen halte ich es unsers Landes für würdiger, wenn wir territorialen Erwerbungen den werthvollen Vortheil vorziehen, mit unsern Nachbarn in gutem Einvernehmen zu leben, indem wir ihre Unabhängigkeit und ihre Nationalität achten. Beseelt von diesen Gesinnungen und nichts anderes ins Auge fassend als die Aufrechthaltung des Friedens, hatte ich mich an England und Rußland gewendet, um gemeinschaftlich mit diesen Mächten Worte der Versöhnung an die interessirten Parteien zu richten. Das zwischen den neutralen Mächten hergestellte Einvernehmen wird an sich allein als ein Pfand der Sicherheit für Europa verbleiben. Die neutralen Mächte hatten von ihrer hohen Unparteilichkeit dadurch Zeugniß gegeben, daß sie den Entschluß faßten, die Discussion der Conferenz auf die schwebenden Fragen zu beschränken. Um dieselben zu lösen, hielt ich es für nothwendig, offen an sie heranzutreten, den diplomatischen Schleier, welcher sie bedeckte, von ihnen zu heben und die legitimen Wünsche der Souveräne und der Völker in ernste Erwägung zu ziehen.

Der entstandene Conflict hat drei Ursachen: die schlecht abgegrenzte geographische Lage Preußens, den Wunsch Deutschlands nach einer seinen allgemeinen Bedürfnissen mehr entsprechenden politischen Reconstituirung, und die Nothwendigkeit für Italien, seine nationale Unabhängigkeit zu sichern. Die neutralen Mächte konnten nicht den Willen haben, sich in die innern Angelegenheiten der fremden Länder zu mischen; nichtsdestoweniger hatten die Höfe, welche an den den Deutschen Bund constituirenden Vorgängen theilgenommen haben, das Recht, zu prüfen, ob die verlangten Veränderungen nicht derart waren, daß durch sie die in Europa festgestellte Ordnung compromittirt würde. Wir hätten, was uns betrifft, für die Nebenstaaten des Deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine mächtigere Organisation, eine bedeutsamere Rolle gewünscht; für Preußen mehr Homogeneität und Kraft im Norden, für Oesterreich die Aufrechthaltung seiner einflußreichen Stellung in Deutschland. Wir hätten ferner gewünscht, daß Oesterreich gegen eine angemessene Entschädigung Venetien an Italien abtreten könnte; denn wenn Oesterreich in Gemeinschaft mit Preußen, und ohne Bedenken gegen den Vertrag von 1852, im Namen der deutschen Nationalität einen Krieg gegen Dänemark geführt hat, so schien es mir gerecht, daß es dasselbe Princip in Italien anerkannte, indem es die Unabhängigkeit der Halbinsel vervollständigte.

Dieses sind die Gedanken, welchen wir im Interesse der Ruhe Europas Geltung zu verschaffen versucht haben würden. Heute steht zu befürchten, daß das Los der Waffen darüber allein entscheide. Welches ist angesichts dieser Eventualitäten die Frankreich zukommende Haltung? Sollen wir unser Misvergnügen zeigen, weil Deutschland die Verträge von 1815 ohnmächtig findet, um seinen nationalen Bestrebungen zu genügen und seine Ruhe aufrecht zu halten? In dem Kampfe, welcher auf dem Punkte steht auszubrechen, haben wir lediglich zwei Interessen: die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Aufrechthaltung des Werks, zu dessen Aufbau in Italien wir beigetragen

haben. Reicht jedoch die moralische Kraft Frankreichs nicht aus, um diese beiden Interessen sicherzustellen? Wird Frankreich, um seinem Worte Gehör zu verschaffen, gezwungen sein, das Schwert zu ziehen? Ich glaube es nicht.

Wenn trotz unserer Bemühungen die Hoffnungen auf den Frieden sich nicht verwirklichen, so sind wir nichtsdestoweniger durch die Erklärungen der an dem Conflict betheiligten Höfe vergewissert, daß, welches auch die Resultate des Kriegs sein mögen, keine der uns berührenden Fragen ohne die Zustimmung Frankreichs gelöst werden wird. Verharren wir daher in einer aufmerksamen, durch unsere Uneigennützigkeit starken Neutralität, beseelt von dem aufrichtigen Wunsch, die Völker Europas ihre Zwistigkeiten vergessen und sich in dem Ziel der Civilisation, der Freiheit und des Fortschritts vereinigen zu sehen. Bleiben wir voll Vertrauen auf unser Recht und ruhig in unserer Stärke.

Hiernach, Herr Minister, bitte ich Gott, daß er Sie in seinem heiligen Schutz behalte. Napoleon.

Die Hoffnung, auf die sich manche Dynasten und deren Freunde stützten, Frankreich werde Preußen ein erobernbes Vorgehen verwehren, war dadurch vereitelt, vielmehr constatirt, daß Napoleon die nächsten Ziele Bismarck's, die wir aus seinem petersburger Programm kennen, billige.

In der auf den 14. Juni anberaumten Plenarsitzung des Bundestags wurde der österreichische Antrag mit einer allerdings geringen Majorität angenommen. Damit waren die Würfel gefallen. Die wichtigste Thatsache aber, die sich seit einem halben Jahrhundert in Deutschland ereignet hatte, resultirte aus folgender Erklärung des preußischen Gesandten:

... Nachdem die hohe Bundesversammlung unerachtet des von dem Gesandten im Namen seiner allerhöchsten Regierung gegen jede geschäftliche Behandlung des österreichischen Antrags eingelegten Protestes zu einer dem entgegenstehenden Beschlußfassung geschritten ist, hat der Gesandte nunmehr die ernste Pflicht zu erfüllen, hoher Versammlung diejenigen Entschließungen kundzugeben, zu welchen gegenüber der soeben erfolgten Beschlußfassung des Gesandten allerhöchste Regierung in Wahrung der Rechte und Interessen der preußischen Monarchie und ihrer Stellung in Deutschland zu schreiten für geboten erachtet. Der Act der Einbringung des von der k. k. österreichischen Regierung gestellten Antrags an sich selbst steht nach der festen Ueberzeugung des königlichen Gouvernements zweifellos mit der Bundesverfassung in offenem Widerspruch und muß daher von Preußen als ein Bruch des Bundes angesehen werden.

Das Bundesrecht kennt Bundesgliedern gegenüber nur ein Executionsverfahren, für welches bestimmte Formen und Voraussetzungen vorgeschrieben sind. Die Aufstellung eines Bundesheeres gegen ein Bundesglied auf Grund der Bundeskriegsverfassung ist dieser ebenso fremd, wie jedes Einschreiten der Bundesversammlung gegen eine Bundesregierung *außerhalb* der Normen des Executionsverfahrens.

Insbesondere aber steht die Stellung Oesterreichs in Holstein nicht unter dem Schutze der Bundesverträge, und Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich kann nicht als Mitglied des Bundes für das Herzogthum Holstein betrachtet werden.

Aus diesen Gründen hat die königliche Regierung davon Abstand genommen, irgendwie auf die materielle Motivirung des Antrags einzugehen, für welchen Fall es ihr eine leichte Aufgabe gewesen sein würde, den gegen Preußen gerichteten Vorwurf des Friedensbruchs zurückzuweisen und denselben gegen Oesterreich zu richten; dem königlichen Cabinet erschien vielmehr als das allein rechtlich gebotene und zulässige Verfahren, daß der Antrag wegen seines widerrechtlichen Charakters von vornherein seitens der Bundesversammlung abgewiesen werden müßte.

Daß diesem ihrem bestimmten Verlangen von ihren Bundesgenossen nicht entsprochen worden ist, kann die königliche Regierung im Hinblick auf das bisherige Bundesverhältniß nur aufs tiefste beklagen.

Nachdem das Vertrauen Preußens auf den Schutz, welchen der Bund jedem seiner Mitglieder verbürgt hat, durch den Umstand tief erschüttert worden war, daß das mächtigste Glied des Bundes seit drei Monaten im Widerspruch mit den Bundesgrundgesetzen zu dem Behufe der Selbsthülfe gegen Preußen gerüstet hat, die Berufungen der königlichen Regierung aber an die Wirksamkeit des Bundes und seiner Mitglieder zum Schutze Preußens gegen willkürlichen Angriff Oesterreichs nur Rüstungen anderer Bundesglieder ohne Aufklärung über den Zweck derselben zur Folge gehabt haben, mußte die königliche Regierung die äußere und innere Sicherheit, welche nach Art. 2 der Bundesacte der Hauptzweck des Bundes ist, bereits als im hohen Grade gefährdet erkennen. Diese ihre Auffassung hat der vertragswidrige Antrag Oesterreichs und die eingehende, ohne Zweifel auf Verabredung beruhende Aufnahme desselben durch einen Theil ihrer bisherigen Bundesgenossen nur noch bestätigen und erhöhen können.

Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied, welche durch den Antrag Oesterreichs und das Votum derjenigen Regierungen, welche ihm beigetreten sind, bedingt ist, sieht das königliche Cabinet den Bundesbruch als vollzogen an.

Im Namen und auf allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Königs, seines allergnädigsten Herrn, erklärt der Gesandte daher hiermit, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich ansieht, denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln wird.

Indeß will Se. Maj. der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten.

Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letztern den angemessenen Ausdruck zu finden.

Die königliche Regierung legt ihrerseits die Grundlage einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor und erklärt sich bereit auf den alten, durch eine solche Reform modificirten Grundlagen einen neuen

Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen.

Der Gesandte vollzieht die Befehle seiner allerhöchsten Regierung, indem er seine bisherige Thätigkeit hiermit nunmehr für beendet erklärt.

Der Bund, de jure unkündbar und unlösbar, war damit factisch aufgelöst, denn ohne Preußen war er nicht mehr. Die seit Jahren feststehende Absicht Bismarck's, einen als Competenzüberschreitung zu qualificirenden Bundesbeschluß zu diesem Zweck zu verwerthen, war also verwirklicht. Oesterreich und seine Freunde hatten ihm die schließliche Erreichung dieses Ziels leichter gemacht, als zu erwarten war.

Bis zur letzten Stunde war das Ergebniß der Abstimmung zweifelhaft. Selbst in Sachsen, dessen Regierung mit derjenigen Würtembergs um den Preis des größten Hasses gegen Preußen rang, herrschten Zweifel über die Entscheidung. In der Kammer erklärte Beust auf erfolgte Interpellation, Sachsen werde in Frankfurt ebenso stimmen wie Baiern. Baierns Haltung war aber mehr als zweifelhaft. Immer noch glaubten viele, es werde zu Preußen stehen und den gewissen Gewinn, den ihm das eben publicirte preußische Bundesreformproject bot, dem ungewissen vorziehen, den es aus den Siegen über Preußen erwartete.

Der österreichische Antrag war denn auch in der letzten Sitzung des Bundestags nur mit geringer Majorität durchgegangen; diese Majorität selbst unterlag sogar erheblichen Bedenken.

Für den österreichischen Antrag stimmten: Oesterreich selbst, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, die 16. Curie (Liechtenstein, Waldeck, beide Lippe, beide Reuß, Hessen-Homburg) und von der 13. Curie Nassau, das, obgleich Braunschweig dagegen war, als zufällig stimmführend den Ausschlag gab.

Gegen den Antrag stimmten: Baden (Verweisung an den Ausschuß verlangend), die 11. Curie (Luxemburg und Limburg), die 14. Curie (beide Mecklenburg), die 15. Curie (Oldenburg, beide Anhalt und Schwarzburg), die 17. Curie (die Freien Städte, mit Ausnahme Frankfurts).

Preußen hatte gar keine Stimme abgeben lassen, seinen Gesandten vielmehr instruirt, gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrags zu protestiren.

Mit einziger Ausnahme Würtembergs hatte keiner der für Oesterreich votirenden Staaten die Motive des Antrags gebilligt, alle übri-

gen hatten nur κατ' ἐξοχήν für die Mobilisirung gestimmt. Wird hierdurch die moralische Bedeutung des Beschlusses schon sehr abgeschwächt, so wird sie es noch mehr, wenn erwogen wird, daß Preußen eigentlich den dissentirenden Stimmen zugezählt werden muß, daß sich Braunschweig und Nassau neutralisirten und daß endlich die Stimmabgabe der 16. Curie rechtlich angefochten und der Nachweis geliefert worden ist, daß nur die Willkür des Vollmachtträgers (des fürstlich lippeschen Geheimraths Victor von Strauß) die eigentlich für Preußen zählende Stimme zu Gunsten Oesterreichs abgegeben hat.*) Entscheidend war, daß der österreichische Präsidialgesandte den Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen für angenommen erklärte. Preußen nahm die Thatsache hin und vindicirte sich daraus das Recht, endlich an sein gutes Schwert zu appelliren. Der casus belli galt ihm für gegeben.

Dem ganzen preußischen Volke, das mit klopfendem Herzen der Entscheidung entgegenharrte, fiel ein Stein von der Brust, als sie endlich erfolgt war. Sein Gewissen war, dank Oesterreich, endlich vollständig beruhigt. Die leidige Herzogthümerfrage war plötzlich von der großen politischen Bühne geschwunden, mit dem Bundesbruch trat die ursächliche, die deutsche Streitfrage rein und voll in den Vordergrund. „Der alte Bund ist todt — es lebe der neue", das war die Losung aller Parteien, mit Ausnahme der einzigen, für die kein preußisches Vaterland existirte, die aber zuletzt nur aus von den Truppen verlassenen Führern bestand. Aller Augen und aller Herzen weilten bei dem Heere, das, eine halbe Million Streiter zählend, sehnsüchtig des Commandoworts „Vorwärts" harrte. Alle Bedingungen eines Volkskriegs in des Wortes echtester Bedeutung waren für Preußen erfüllt. Ein Krieg auf Leben und Tod gegen an Zahl überlegene und von erbittertem Haß erfüllte Feinde stand bevor, und doch zwei-

---

*) Jeder der sieben kleinen Staaten, welche diese Curie ausmachen, hat innerhalb derselben gleiches Stimmrecht. Nach der Majorität innerhalb der Curie wird die ganze Stimme abgegeben. Nun erklärte am 14. Juni der stimmführende Gesandte (Schaumburg-Lippe), daß Lippe-Detmold, Waldeck und Reuß jüngere Linie gegen den österreichischen Antrag seien (also drei Siebentel Stimme), daß er zwar von seiner eigenen Regierung nicht vollständig instruirt sei, aber doch die Gesammtstimme für den Antrag abgeben müsse. Sobald dies aber bekannt geworden war, benachrichtigte die schaumburg-lippesche Regierung das preußische Cabinet, daß auch sie gegen den österreichischen Antrag sei, und dementirte also ihren eigenen Gesandten. Auf diese Weise kamen vier Siebentel der Stimmen der 16. Curie für Preußen heraus.

felte niemand am endlichen Siege. Mächtig wirkten die Erinnerungen an den Großen Kurfürsten, an Friedrich den Einzigen, an die große Zeit von 1813, mächtiger noch der Blick vorwärts auf das hohe, allen als Kampfpreis vorschwebende Ziel: ein von Oesterreich gelöstes, durch Preußen geeinigtes Deutschland.

Zweite Abtheilung.

Geschichte des Kriegs und der gleichzeitigen diplomatischen Action.

I.

Gestaltung der kriegerischen Situation von Beginn der Rüstungen bis zum Eintritt der taktischen Entscheidungen.

1) Allgemeine Wägung der Kräfte. Ueberblick der anfänglichen strategischen Verhältnisse. Die Kriegsmacht Oesterreichs: Organisation; Ergebniß der Rüstungen; Ordre de Bataille der Nordarmee; Benedek; Henikstein; Krismanic; Baumgarten. Die Corpsführer. Allgemeines Ergebniß der Rüstungen auf Seite der Bundesgenossen Oesterreichs, speciell auf derjenigen Sachsens. Charakteristik der süddeutschen Truppen. Preußens Kriegsmacht. Ordre de Bataille und Stärke der gegen Oesterreich aufgestellten Armeen. Der König als oberster Heerführer. Moltke und Roon. Prinz Friedrich Karl, Herwarth und der Kronprinz. Voigts-Rhetz und Blumenthal. Steinmetz und andere commandirende Generale der Corps.

Als am 14. Juni 1866 in der deutschen Bundesversammlung die Würfel für eine kriegerische Entscheidung fielen, waren drei volle Monate unter militärischen Rüstungen dahingegangen. Durch die „ganz vertrauliche" Circulardepesche vom 16. März hatte Oesterreich den deutschen Staaten jeden Zweifel über die Haltung benommen, welche es gegenüber Preußen einzunehmen entschlossen war; sein ganzes diplomatisches Programm mit Einschluß des verhängnißvollen Mobilisirungsantrags war darin offen dargelegt. Daß Preußens Politik ihrer ganzen Tendenz nach auf eine Waffenentscheidung hindrängte, war von Oesterreich richtig erkannt worden. Die Diplomatie des Kaiserstaats handelte daher durchaus richtig, wenn sie, einmal entschlossen, dieser Entscheidung nicht auszuweichen, die Gestaltung der Situation nicht in Preußens Hand lassen wollte, vielmehr ihrerseits den speciellen Kriegsfall in einer Weise herbeizuführen bemüht war, der ihr Bundesgenossen sicherte. Nicht nur um politische Freunde, sondern um active

Hülfe war es dem kaiserlichen Cabinet zu thun; darum entwickelte es außerhalb des Bundes in geheimer Verhandlung denen, auf die es zählte, rechtzeitig seine Plane und forderte sie zu Rüstungen auf. Beachtenswerth ist, daß dies schon vor Erlaß der die Bundesreform in Anregung bringenden Bismarck'schen Note vom 24. März und vor dem Beginn der geringsten kriegerischen Maßnahmen auf preußischer Seite geschah.

Bei dieser frühzeitigen Klärung der Situation wäre zu erwarten gewesen, daß diejenigen Staaten, welche den von Oesterreich vorgezeichneten Weg für correct erachteten, also seinem von vornherein in Aussicht genommenen Antrage am Bunde zuzustimmen oder sich dessen Annahme zu unterwerfen gedachten, im eigensten Interesse alle ihnen verfügbaren Elemente für kriegerische Machtentfaltung zur vollsten Entwickelung bringen würden. Geschah dies, so durfte Oesterreich hoffen, Preußen bei Eintritt der Katastrophe weit überlegen zu sein.

Der wichtigste Factor kriegerischer Machtentfaltung, die Volkszahl, entschied in evidentester Weise für die Partei des Kaiserstaats.

Italien gegenüber brauchte Oesterreich nicht mehr als ein Drittel seiner Macht zu engagiren, da es hier schon aus politischen Gründen auf einen reinen Vertheidigungskrieg beschränkt war, in dem ihm die unvergleichliche strategische Position des Festungsvierecks, die gesammte Terraingestaltung Oberitaliens und die Mitwirkung einer mächtig aufstrebenden Flotte vollen Ersatz für das Uebergewicht an Truppenmassen boten, das der Gegner voraussichtlich entwickeln würde. Preußen gegenüber sind also mindestens zwei Drittel der Bevölkerungszahl Oesterreichs als Basis für die militärische Machtentfaltung in Rechnung zu stellen. In Wirklichkeit hat Oesterreich von vornherein mehr als zwei Drittel seiner Macht gegen Preußen zur Verwendung gebracht; nach der ersten großen Waffenentscheidung zielte seine diplomatische Action sogar dahin, sich in Italien freizumachen und seine ganze Macht gegen den Feind im Norden zu kehren, ein Fall, auf den Preußen sich bei der politischen Unselbständigkeit Italiens gefaßt halten mußte.

Zu jenen zwei Dritteln der Bevölkerung Oesterreichs ist die Bevölkerung derjenigen Staaten hinzuzuzählen, die am 14. Juni für den österreichischen Antrag stimmten oder sich doch dem Majoritätsbeschlusse unterwarfen. Nur Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau sind hier in Betracht zu nehmen. Die übrigen Staaten Deutschlands fallen theils ihrer Unbedeutendheit wegen nicht ins Gewicht, theils müssen sie im Moment

des Bruches als neutral betrachtet werden. Preußen konnte sich zur Zeit höchstens der kleinern Staaten versichert halten, mit denen es Militärconventionen geschlossen hatte. Auf die wenigen und schwachen Bundesgenossen, die ihm später zufielen, konnte es zu Anfang keineswegs bauen. Als sie sich Preußen anschlossen, folgten sie nicht mehr freier Entscheidung, sondern erlagen der realen und moralischen Wirkung der bereits begonnenen kriegerischen Action.

Hiernach stellt sich heraus, daß allein für den Krieg gegen Preußen auf der Seite Oesterreichs die gewaltige Zahl von fast 40 Mill. Menschen als Grundlage der Kraftentwickelung angenommen werden muß, während die entsprechende Zahl auf entgegenstehender Seite nur die Höhe von 19 Mill. erreicht.

Da ein Kampf bevorstand, für den bei der Schärfe der Gegensätze und dem kolossalen Gewicht der Streitfrage die Durchführung bis zur völligen Niederwerfung des einen oder des andern Theils in Aussicht genommen werden mußte, war dieses Moment von ungemeiner Wichtigkeit. In Kriegen solcher Art bedingt die Menschenzahl vielfach die Entscheidung ausschließlich. Vorzugsweise an Menschenarmuth scheiterte der erste Napoleon in den Kriegen von 1814 und 1815, ganz ausschließlich infolge des Menschenmangels unterlag der Süden der nordamerikanischen Union dem volkreichen Norden, den er an kriegerischer Tüchtigkeit so weit überwog.

Andere Factoren, die neben der Bevölkerungszahl vielfach schwer ins Gewicht fallen, wie Finanzlage, Nationalreichthum, Culturzustand u. s. w., kommen im vorliegenden Falle weniger in Betracht. Was speciell den Geldpunkt betrifft, so wurde selbst Oesterreich durch seine schlechten Finanzen wenig behindert. Es waltete dort das ehrenwerthe Selbstbewußtsein, daß der Kaiserstaat unter allen Umständen die Mittel finden würde, Krieg zu führen. Er hat sie gefunden und würde sie auch noch gefunden haben, wenn er in die Lage gekommen wäre, den Krieg unter weit ungünstigern Verhältnissen weiter zu führen. Schließlich würde ein Bankrott seine Schulden getilgt und seine dadurch entlasteten innern Reichthümer würden die Mittel gewährt haben, den Kampf bis zu den äußersten Grenzen fortzusetzen. Der Ausspruch Friedrich's des Großen, nach welchem derjenige Sieger bleibt, der den letzten Thaler in der Tasche hat, ist für den modernen Volkskrieg nur cum grano salis zu verstehen. Die Kämpfe Frankreichs zur Revolutionszeit, der Krieg Preußens von 1813 erweisen dies, und selbst der mit einer Niederlage abschließende Secessionskampf des nord-

amerikanischen Südens gibt Zeugniß dafür, daß auch in unsern Tagen unter den allerungünstigsten finanziellen Verhältnissen die großartigsten kriegerischen Leistungen möglich sind. Ueberdies fällt im Kriege nicht das Uebergewicht des „Haben" über das „Soll", sondern das absolute „Haben" vorwiegend in die Wagschale.

In der Reihe der elementaren Factoren, die hier in Betracht genommen werden müssen, nimmt dagegen noch die Gestaltung der beiderseitigen Ländergebiete in **strategischer** Hinsicht einen hervorragenden Platz ein. Daß der Süden Deutschlands für den Defensivkrieg zahlreiche Vortheile bietet, deren der ebene Norden entbehrt, daß Süddeutschland vom Norden her nur durch leicht zu vertheidigende Gebirgs- oder Flußpässe zugänglich ist, deren keiner in der Hand Preußens war, mag als nebensächlich gelten; ungemein belangreich aber konnte und mußte voraussichtlich die allgemeine geographische Situation desjenigen Gebiets wirken, dessen Regierungen sich gegen Preußen erklärt hatten.

Oesterreich insbesondere war strategisch in ganz außerordentlich günstiger Lage. Die durch seine reichsten Länder führende Schienenverbindung zwischen dem Norden und dem Süden der Monarchie gab ihm jederzeit die Freiheit, auf dem einen der Kriegsschauplätze nur zu demonstriren oder defensiv zu bleiben, auf dem andern dagegen mit dem weit überwiegenden Theil seiner Kräfte aufzutreten. Es konnte also in größtem Maßstabe den Vortheil geltend machen, welchen die Strategie den der „innern Linien" nennt, und welcher bei geschickter Kriegführung selbst dann noch von hohem Werthe ist, wenn dem Gegner die Vereinigung der getrennten Theile nicht so vollständig unmöglich ist, wie dies für das preußische und italienische Heer in Wirklichkeit der Fall war.

Preußen dagegen bildete in sich selbst nicht einmal einen geschlossenen Ländercomplex. Der Osten der Monarchie war von dem Westen derselben durch fremde Gebiete getrennt und zwar durch solche, deren Regierungen sich bei der entscheidenden Abstimmung am 14. Juni zu Preußens Feinden gesellt hatten. Die belangreichsten derselben waren Hannover und Kurhessen, und gerade diese Länder wurden von den Straßen und Eisenbahnzügen durchschnitten, mittels welcher allein die militärische Verbindung der beiden großen preußischen Staatshälften erhalten werden konnte.

Ohne Beachtung der hier angedeuteten Momente kann das, was Preußen geleistet hat, nie voll und richtig gewürdigt werden. Als

Kampf von Volk gegen Volk betrachtet, wäre das Unternehmen Preußens ein unverantwortliches Wagniß gewesen, hätten seine Gegner die großen Vortheile verwerthet, welche sie durch das gewaltige Uebergewicht der Volkszahl und durch die Gunst der strategischen Situation voraushatten. Mag der Kampf von Deutschen gegen Deutsche immer zu beklagen bleiben, so hat er doch unbestreitbar darüber aufgeklärt, wo die Kraft des Ganzen ruhte, wo die Garantien gegen fremde Unterjochung zu suchen waren. Er hat uns und dem Auslande gezeigt, welche Kraft Deutschland entwickeln kann, wenn jeder Theil seine Pflicht thut, wie sie Preußen gethan. Der Krieg ist nicht nur ein Act der Gewalt, er ist auch ein zuverlässiger Prüfstein für die den Völkern beiwohnende moralische Kraft, für die Berechtigung staatlicher Existenzen und deren Ansprüche an die Zukunft. Gerade in der Leistungsfähigkeit für kriegerische Zwecke zeigt sich der Werth, den die staatliche Existenz in den Augen des Volks hat, und mit Recht legt das Urtheil der Geschichte auf die Größe dieser Leistungen im Verhältniß zu den vorhandenen Mitteln und der Gunst oder Ungunst der Verhältnisse einen höhern Werth als auf den mehr vom Zufall abhängigen Austrag einzelner Schlachten und Feldzüge.

Die Frage, welchen Gebrauch Preußens Gegner von dem Uebergewicht an Volkszahl machten, wird uns ein Blick auf die Armeen, die sie aufstellten, beantworten. Die Verwendung der Heere wird dann zeigen, wie sie die Gunst der territorialen Verhältnisse zu benutzen verstanden.

Oesterreichs Heeresverfassung war nach dem Armeeorganisationsstatut auf die Aufstellung einer Armee von 694600 Mann berechnet, unter denen indeß 77400 Nichtcombattanten figurirten. Die jährliche Rekrutirung lieferte seit einer Reihe von Jahren ein Contingent von 85000 Mann, was bei einer zehnjährigen Dienstpflicht 850000 Köpfe ergibt. Unter Anrechnung von 20000 Reengagirten und 60000 conscribirten Grenzern hätten also selbst bei Annahme einer hohen Abgangsquote 800000 für den Krieg vorgebildete Individuen zur Verfügung stehen müssen. Oesterreichs Verwaltungsorganismus reichte aber nicht aus, um eine solche Menschenzahl, sofern sie nicht unmittelbar bei der Fahne stand, in Controle zu erhalten. Von vornherein stellte sich ein Mangel an personellen Kräften heraus, sodaß die Nothwendigkeit einer doppelten Rekrutirung pro 1866 nicht zu umgehen war, sollten die vorhandenen Cadres annähernd auf Kriegsstärke

gebracht werden. Nur Ungarn, zur Zeit das Schoskind der Regierung, blieb aus politischen Gründen von dieser exceptionellen Maßnahme verschont.

Bezüglich des Organismus des österreichischen Heeres dürften folgende Angaben genügen:

Die „ausrückenden Feldtruppen" zählten 80 Regimenter Infanterie (à 3 Feldbataillone), 1 Regiment und 32 Bataillone Jäger, 14 Regimenter und 1 Bataillon Grenzinfanterie, zusammen 307 Bataillone, die einschließlich der sehr zahlreichen Nichtcombattanten im Frieden 167500 und im Kriege 350500 Mann zählen sollten.

Die Cavalerie dieser ausrückenden Feldtruppen bestand aus 12 Kürassier-, 2 Dragoner-, 14 Husaren- und 13 Ulanenregimentern; zusammen im Frieden incl. Nichtcombattanten auf 33200, im Kriege auf 34800 Reiter berechnet.

Die Feldartillerie war auf eine Kriegsstärke von 75 Fuß-, 33 Reiter-, 10 Raketen- und 8 Gebirgsbatterien, im ganzen auf 1000 Geschütze disponirt.

Hinter dieser durch technische Truppen u. s. w. sich einschließlich der Nichtstreiter auf die Höhe von 423000 Mann, 66700 Pferden und 1000 Geschützen berechnenden Feldarmee sollte eine im Frieden nur durch schwache Cadres repräsentirte „Besatzungsarmee" auftreten, in der die vierten Bataillone der Infanterieregimenter und die Festungs- und Küstenartillerie figurirten, und durch welche die Feldarmee nach Maßgabe der Kriegslage, sofern alles normal von statten gegangen wäre, um 107000 Mann und 96 Geschütze hätte erhöht werden können.

In dritter Linie endlich standen „Depottruppen" und locale Wehrkräfte, deren Gesammtstärke sich im Frieden auf circa 21500, im Kriege aber auf circa 164000 Mann berechnen sollte.

Die Gliederung der Armee in größere taktische Körper wurde erst bei Ausbruch des Kriegs vorgenommen. Den Bestand an Infanterie zu Grunde legend, bildete man sehr zweckentsprechend 10 Armeecorps, deren jedes 4 Brigaden (à 2 Regimenter und 1 Jägerbataillon) stark sein sollte. Von diesen 10 Armeecorps bildeten 7 die gegen Preußen zu verwendende Nordarmee, 3 die gegen Italien aufzustellende Südarmee. Der Nordarmee wurde ein bedeutend größerer Theil der Cavalerie zugetheilt, als ihr nach dem Verhältniß zur Infanterie zukam. Die für Reiterei ungünstigen Terrainverhältnisse in Italien rechtfertigten dies, von bestimmendem Einfluß aber war auch der Glaube, daß man in der österreichischen Reiterei eine der preußischen

qualitativ überlegene Waffe besitze, die ganz besondere Erfolge verspreche. Der Südarmee wurde der größte Theil der vor dem Kriege von 2 auf 3 Feld- und 1 Depotbataillon gebrachten Grenzregimenter als ein besonderes Reservecorps zugetheilt. Auch rückten die meisten der der Südarmee zugetheilten Regimenter mit 4 Bataillonen ins Feld, während die Nordarmee nur einen Theil der vierten Bataillone als Nachschub erhielt. Die Errichtung von fünften Bataillonen der Infanterieregimenter wurde in Angriff genommen, kam aber im Laufe des Feldzugs nicht zu Stande.

Außer der Nord- und Südarmee wurde mit Hülfe der vierten Bataillone noch die Aufstellung einiger kleinern Corps ermöglicht, von denen eins circa 6—8000 Mann stark zur Deckung von Westgalizien und Oesterreichisch-Schlesien bestimmt war.

Auf der generellen Armeeformation erwuchs nun folgende specielle

Ordre de Bataille der Nordarmee:

Oberbefehlshaber: Feldzeugmeister Ritter von Benedek.
Chef des Generalstabs: Feldmarschallieutenant von Henikstein.
Generalquartiermeister: Generalmajor Krismanic.
Artilleriedirector: Feldmarschallieutenant Erzherzog Wilhelm.

1. Armeecorps: General der Cavalerie Clam-Gallas.
   5 Brigaden: Poschacher, Leiningen, Piret, Ringelsheim und die eigentlich zum 3. Armeecorps gehörende aus Holstein herbeigezogene Brigade Abele (früher Kalik).
2. Armeecorps: Feldmarschallieutenant Graf Thun-Hohenstädt.
   4 Brigaden: Thom, Henriquez, Saffran, Prinz Würtemberg.
3. Armeecorps: Feldmarschallieutenant Erzherzog Ernst.
   4 Brigaden: Appiano, Benedek, Kirchsberg, Prohaszka.
4. Armeecorps: Feldmarschallieutenant Festetics.
   4 Brigaden: Brandenstein, Fleischhacker, Poekh, Erzherzog Joseph.
6. Armeecorps: Feldmarschallieutenant Baron Ramming.
   4 Brigaden: Waldstätten, Hertwegh, Rosenzweig, Jonak.
8. Armeecorps: Erzherzog Leopold.
   4 Brigaden: Fragnern, Kreißern, Rothkirch, Brandenstein.
10. Armeecorps: Feldmarschallieutenant von Gablenz.
   4 Brigaden: Mondl, Grivicics, Knebel, Wimpfen.

Jeder Brigade war eine Batterie und eine Escadron zugetheilt, jedem Corps eine Geschützreserve von 6 Batterien.

1. leichte Cavaleriedivision: Generalmajor Edelsheim.
2. leichte Cavaleriedivision: Generalmajor Fürst Thurn und Taxis.
1. Reserve-Cavaleriedivision: Feldmarschallieutenant Prinz Schleswig-Holstein.
2. Reserve-Cavaleriedivision: Generalmajor von Zajtsek.
3. Reserve-Cavaleriedivision: Generalmajor Coudenhove.

Jeder Division war per Brigade eine Reiterbatterie zugetheilt.

Unter Hinzurechnung der Geschützreserve der einzelnen Corps und einer besondern Armeegeschützreserve, der technischen Truppen u. s. w., müßte die gegen Preußen aufgestellte Macht den Normalkriegsstärken gemäß die Zahl von 260000 Mann erreicht haben. Das Maximum der Effectivstärke ist indeß nur auf 230000 Mann*) anzunehmen. Nach der in preußische Hände gelangten Ordre de Bataille vom 7. Juni, der vorstehender Auszug entnommen ist, zählte die Nordarmee in dieser Zahl 35 Cavalerieregimenter (die leichten zu 600, die schweren zu 750 Reiter) und eine Artillerie von 77 Batterien à 8 Geschützen. Die Armeegeschützreserve, die 16—17 Batterien gezählt haben mag, ist hier nicht eingerechnet. Die ganze Geschützmasse betrug circa 750 Geschütze, zu denen noch 7 Raketenbatterien hinzutraten.

Die niedrigsten Angaben über die Stärke der Nordarmee erreichen nur die Zahl von 200000 Mann, die höchsten gehen nicht viel über 230000 hinaus. Eine aus sachkundiger österreichischer Feder hervorgegangene Broschüre berechnet die österreichische Artillerie etwas höher, als wir sie eben angegeben haben, stimmt aber im übrigen mit der angeführten Gesammtstärke wol überein. Sie liefert folgende übersichtliche Zahlen: 180000 Bajonnete, 24000 Pferde (der Reiterei), 762 Geschütze, 10 Raketenbatterien.

Die österreichische Südarmee hätte nach der Normalkriegsstärke der ihr zugewiesenen Truppentheile circa 175000 Mann betragen müssen; sie wird sogar in einer Reihe militärischer Artikel, die nach

*) Hierzu kommen noch die Besatzungen der im Bereich des Kriegstheaters liegenden Festungen, und zwar:

Krakau mit 5 Bataillonen oder incl. der Artillerie und Cavalerie	6000	Mann.
Olmütz 24 Bataillone	32000	"
Theresienstadt 5 Bataillone	6000	"
Josephstadt 5 Bataillone	6000	"
Königgrätz 3 Bataillone	4000	"
Zusammen . .	54000	Mann.

Außerdem waren gegen Preußen auf dem westlichen Kriegstheater verwandt:

3 Bataillone des 16. Infanterieregiments, das bei der Nordarmee durch ein Grenzregiment ersetzt war	3000	Mann.
3 vierte Bataillone	3000	"
Das 35. Jägerbataillon	1000	"
Zusammen . .	7000	Mann.

(Angaben des wiener Blattes „Vaterland".)

dem Kriege im wiener „Vaterland“ erschienen, noch höher berechnet, scheint aber viel weiter hinter den Normalzahlen zurückgeblieben zu sein als die Nordarmee. Es wird kaum zu niedrig gegriffen sein, wenn man dieselbe zu 85000 Mann annimmt. Die vorerwähnte Broschüre berechnet die Zahl der mobilen Bajonnete in Italien auf circa 70000, was einer Gesammtstärke der Feldarmee von 85000 Mann ziemlich entspricht.

Wie groß die numerische Gesammtstärke der österreichischen Armee während des Kriegs in Wirklichkeit war, dürfte auch heute noch für das k. k. Kriegsministerium ein Geheimniß sein. Die höchsten Berechnungen erreichen nicht die Zahl von 600000 Mann; wahrscheinlich kommt die Zahl von 500000 Mann der Wahrheit sehr nahe. Die k. k. österreichische statistische Centralcommission beziffert „den streitbaren Stand der im Jahre 1866 ins Feld gestellten regulären Armee mit Ausschluß der Depotkörper und der mit dem Feinde nicht in Contact gekommenen Besatzungstruppen“ auf 407223 Mann, worunter 25041 Mann beim Fuhrwesen und bei sonstigen Anstalten. Diese Zahl bezeichnet keineswegs eine Stärke, welche der betreffende Theil der Armee zu irgendeinem Zeitpunkte wirklich erreicht hat, umfaßt vielmehr auch sämmtliche Neuformationen, die erst während des Kriegs der bereits durch kolossale Verluste geschwächten Feldarmee nachgeschoben wurden. Sie ist darum mit den angegebenen Stärken für die Nord- und Südarmee sehr wohl vereinbar.

Wird das, was Oesterreich von vornherein an Feldtruppen in Tirol, in Galizien und bei der Reichsarmee, sowie das, was es zu Besatzungen und zur Küstenbewachung verwandte, zusammen auf die Maximalhöhe von 120000 Mann geschätzt, so fehlen noch volle 60000 Köpfe an einer gesammten Armeestärke von 500000 Mann, von deren Vorhandensein die österreichische Presse und die wenigen officiösen Kundgebungen, die nach dem Kriege hervorgetreten sind, reden. Es ist also anzunehmen, daß die fehlende Zahl nur durch rohe Rekruten in den Depots repräsentirt war.

Hiernach hat Oesterreichs Regierung ungeachtet der langen Frist, die sie auf ihre Rüstungen verwandte, doch nur zwei Drittel derjenigen Macht aufzustellen vermocht, auf die das Land nach dem Armeeorganisationsstatut und nach dem, was es an personellen und finanziellen Opfern seit Jahren dem Staat dargebracht hatte *), rechnen durfte.

*) Im Laufe der letzten Jahre kostete die Armee durchschnittlich 130 Mill. Fl. österr. W. (mehr denn doppelt so viel als die preußische).

Die Krankheit seines Staatsorganismus ist in dieser äußerst mangelhaften Leistung überzeugend ans Licht getreten.

Vor dem Kriege hatte Oesterreichs Regierung die Nation an die kolossalste Stärke seiner Armee glauben gemacht; man berechnete die Nordarmee auf mindestens 300000 Mann und wies in absichtlicher Verkennung des Gegners täglich darauf hin, daß Preußen nicht im entferntesten vermöge, Oesterreich eine nur annähernd gleich starke Armee entgegenzustellen. Man unterschätzte den Gegner auch in anderer Beziehung, man behandelte die preußische Armee mit Verachtung, verwies auf den Mangel an Kriegserfahrung ihrer Führer, auf die voraussichtliche Renitenz der preußischen Landwehr — kurz man that alles, um die Nation an die Unfehlbarkeit des Sieges glauben zu machen. Dieser Wahn bethörte nicht nur das eigene Volk, er bethörte auch ganz Süddeutschland, wo man sich blind auf Wien verließ und deshalb politisch in den Krieg hineintrieb, auf den man sich militärisch keineswegs vorbereitet hatte.

Was die wirklich ins Feld gestellte österreichische Armee und speciell die Nordarmee betrifft, so mag es in gewisser Beziehung wahr sein, was in Wien täglich behauptet wurde, daß es die beste Armee war, die Oesterreich je besessen. Sie war im ganzen wohlorganisirt und trefflich ausgerüstet. Nur in denjenigen Theilen zeigten sich erhebliche Mängel, die allerwärts erst kurz vor beginnendem Kriege aufgestellt werden und darum neben bereiten Geldmitteln ein rasch schaffendes Organisationstalent [illegible] tüchtige, thatkräftige und redliche Ausführungsorgane bedingen. So namentlich in den Trains, Ambulanzen [illegible] Vielleicht mag es [illegible] zuzuschreiben [illegible], daß der strategische Aufmarsch der Armeen äußerst langsam von statten ging und [illegible] als Oesterreichs [illegible] Diplo- [illegible] Hand in [illegible] der Fall war. [illegible] zur Zeit [illegible] den Tag [illegible] zu recht- [illegible] der Beginn der [illegible] ungeheure [illegible] haben [illegible] noch [illegible] man sich

hineingeschwindelt hatte, ließ solche Erwägungen nicht aufkommen. Erst als von preußischer Seite der Rubicon überschritten, als Manteuffel am 7. Juni über die Eider gegangen war, erkannte man, daß die Armee zu einer Offensive zu schwach, zu großen Operationen überhaupt noch nicht ausreichend vorbereitet war.

Was die Qualität der Truppen selbst anbelangt, so war die Armee nicht mehr das, was sie ehemals gewesen. Zwar war der politische Geist besser als in den Jahren 1848 und 1849. Ungarn und Böhmen erwiesen sich als durchaus zuverlässig, und nur die italienischen Regimenter (circa ein Zwölftel der Armee) waren ein gefährliches Element. Aber nach anderer Richtung hin hatte die Armee verloren. Sie war nicht mehr ein Heer alter Berufssoldaten von langer Dienstzeit; der überwiegende Theil der Infanterie, der Hauptwaffe, zählte nur eine Friedensdienstzeit von einem Jahre. Bei der Ausbildung, die heute auch in dieser Waffe vom Soldaten gefordert wird, ist eine solche Dienstzeit überhaupt unzureichend, sie ist es aber namentlich dann, wenn sich die Armee, wie in Oesterreich, nur aus den untersten Volksschichten ergänzt. Aber nicht der Mangel an taktischer Uebung war es, was sich als Hauptnachtheil dieser kurzen Dienstzeit erwies, sondern die Abwesenheit jenes Sinnes für persönliche Ehre, der gänzlich ungebildeten Elementen erst anerzogen werden muß. In der alles Glaubhafte übersteigenden Zahl von Kriegsgefangenen, welche die österreichische Armee verlor, und nicht minder in dem Benehmen dieser Leute, nachdem sie in Feindeshand gefallen, gab sich dies in evidentester Weise zu erkennen. Das alte Veteranenthum war der Armee abhanden gekommen, der neue Geist eines nationalen Heeres aber noch nicht bei ihr eingezogen.

Ein anderer Mangel der österreichischen Armee war die Bewaffnung der Infanterie. Das Percussionsgewehr, mit dem die ganze Armee ausgerüstet war, konnte mit dem preußischen Hinterladungsgewehr nicht concurriren. Dieser Uebelstand ist indeß vielfach überschätzt worden, jedenfalls ist er nicht die wesentlichste Ursache des Unterliegens im Kampfe. In Italien war die österreichische Armee weitaus besser bewaffnet als die französische, dennoch triumphirte die letztere und zwar durch ihre Ueberlegenheit an Muth und Geschick. Da die Franzosen damals ihre Erfolge wesentlich dem kühnen Draufgehen, dem Appell ans Bajonnet, wenn auch weniger dem Gebrauch desselben verdankten, hatte sich in Oesterreich die Idee herausgebildet, die Kriegskunst sei in ein neues Stadium getreten. Nicht geschickte Verwen-

dung der Truppen im zerstreuten Gefecht, nicht die Feuerwirkung der Linien, sondern einzig und allein das rücksichtslose Vorwärtsstürmen der Massen sollte den Weg zum Siege ebnen. Mit diesem Mittel hatte man in den kleinen Gefechten in Schleswig, namentlich bei Oeversee, sein Ziel erreicht, fortan galt die „Stoßtaktik", wie sich die neue Kunstsprache ausdrückte, als das allein Richtige. Das, was die Preußen mit dem Zündnadelgewehr geleistet hatten, blieb unbeachtet. Es ist dies freilich zu entschuldigen, da bei Düppel und auf Alsen, den Verhältnissen entsprechend, die Stoßtaktik gleichfalls entschieden hatte und das Gefecht von Lundby, so frappant seine Resultate waren, in zu kleinen Dimensionen geführt wurde, um besonderes Aufsehen zu erregen.

Die österreichische Reiterei bestand noch aus alten Kerntruppen. Sie ist der Augapfel der Armee, und auf sie wurden die Ersparungsrücksichten, die bei der Infanterie zu so bedeutender Reduction der Friedensdienstzeit geführt hatten, nicht angewandt. Die normale Präsenz betrug noch sieben Jahre. Nur einige neuformirte Regimenter rückten mit vielen jungen Reitern ins Feld.

Die wesentlichste Stärke des Heeres beruhte in der Artillerie. Sie war zahlreich und im Gegensatz zur preußischen, die noch großentheils glatte Geschütze führte, durchweg mit gezogenen Kanonen ausgerüstet. Auch im Kaliber war sie der preußischen überlegen; sie führte neben dem Vierpfünder den Achtpfünder, während auf preußischer Seite der Sechspfünder das schwerste gezogene Geschütz war. Obgleich auch bei der Artillerie die Dienstzeit im Frieden wesentlich reducirt worden war, hatte sich in dieser Waffe doch die alte Solidität erhalten. Die Individualität des gemeinen Mannes kommt hier weniger zur Geltung. Sind die Chargen der Offiziere, Corporale und Bombardiere, mit Leuten von Einsicht, kaltem Blut und ausreichender Autorität besetzt, so wird die Waffe stets Tüchtiges leisten.

Ueber das Offiziercorps der gesammten Armee fällt die Geschichte des Kriegs ein hartes Urtheil. Todesmuth und Fahnentreue, Tugenden, die das kaiserliche Offiziercorps stets ausgezeichnet haben, stehen zwar noch in voller Integrität da, aber an der erforderlichen moralischen Superiorität der Führer über den gemeinen Mann, wie an kriegswissenschaftlicher Ausbildung hat sich ein unleugbarer Mangel gezeigt. Eine schwere Schuld daran tragen die österreichischen Institutionen, die der Talentlosigkeit, wenn sie mit Geburt oder Geld Hand in Hand geht, den Weg zu den höchsten Stellen ebnen, die aber geistig entwickelten, wissenschaftlich gebildeten jungen Männern nichts

Verlockendes bieten, ihren Weg im Heere zu suchen, und die noch weniger dazu angethan sind, junge ungepflegte Talente auszubilden und zu fördern. Bei aller den jüngern Theil der Offiziere beseelenden ritterlichen „Rauflust", wie man in Oesterreich die Freude am Kampfe bezeichnet, lastet auf dem ganzen Offiziercorps das Gefühl einer durch das Protectionswesen nur zu sehr begründeten Unzufriedenheit, die mit dem Wachsen der Jahre jede natürliche geistige Schwungkraft lähmt. Die Ungleichheit des socialen Ursprungs der Offiziere übt gleichfalls eine nachtheilige Wirkung, die erst dann schwinden wird, wenn ein gewisses und nicht gar zu geringes Maß wissenschaftlicher Bildung allgemein und mit Ernst gefordert werden wird. Dadurch allein kann die Kluft überbrückt werden, welche die Geburts- und Geldaristokratie von den mühsam emporklimmenden Söhnen der übrigen Stände trennt. Dadurch allein wird auch die österreichische Armee aufhören, der Ablagerungsort für solche Elemente zu sein, die in Preußen und andern Staaten Deutschlands die Qualification zum Offizier nicht zu erlangen vermögen oder doch nicht hoffen dürfen, ihre aristokratischen Vorzüge zur ausreichenden Geltung zu bringen.

Nicht minder nachtheilig als die Institutionen der Armee hat die Zeitströmung kurz vor dem Kriege auf die moralische Bethätigung der Offiziere eingewirkt. Durch das ganze Gebaren der Regierung, und die Unterstützung, die ihm eine vollständig degenerirte Presse und andere Organe der Tagesstimmung liehen, war der Wahn, „daß der Triumphzug nach Berlin einer lustigen Jagdpartie an Ernst und Anstrengung nach nicht zu vergleichen sein würde" *), ganz allgemein. Es saß im Heere etwas von dem Geiste, der Preußen im Jahre 1806 so tief fallen machte. Als zu Anfang Juni die Ereignisse in Holstein stattfanden, und es noch immer nicht vorwärts ging, als man sich endlich überzeugte, daß die Armee auf eine Offensive verzichten müsse, begann bereits ein gewaltiger Rückschlag, der sich angesichts des Feindes erheblich steigerte und den moralischen Einfluß der Führer auf ihre Untergebenen aufs tiefste schädigte. Dieser Umstand hat sich nicht etwa nur in den Kreisen der untern Führer geltend gemacht, sondern ganz besonders in denen der Generale und ihrer Stäbe. Man gestand einander nicht mehr, was man hoffte und fürchtete; das gegenseitige Vertrauen erlahmte, als jeder eine Maske zur Schau trug.

*) Worte eines höhern österreichischen Offiziers, gesprochen im Kreise gleich ihm kriegsgefangener Kameraden.

Dadurch kam es zu Reibungen und gegenseitigen Beschuldigungen, und schließlich triumphirte der Egoismus über den Gemeingeist, der nirgends weniger fehlen darf als im Kriegsheere.

Ueber die Persönlichkeiten, welchen die Führung des Heeres anvertraut wurde, nur wenige Bemerkungen. Der Kaiser, eingedenk der Erfahrungen, die er 1859 in Italien gemacht, verzichtete darauf, sich selbst an die Spitze der Hauptarmee zu stellen. Wie die Verhältnisse waren, that er wohl daran. Wo nicht hervorragende Feldherrntalente den Monarchen auszeichnen, wo er die Action ganz und gar in eigene Hand nehmen kann, da ist es nur in seltenen Fällen rathsam, daß der Souverän im Lager erscheine.

Der Oberbefehl über die Nordarmee war dem Feldzeugmeister Ritter von Benedek überantwortet, einem Manne, der trotz seiner 62 Jahre volle geistige und körperliche Rüstigkeit zeigte, und der mit Recht bei Uebernahme des Feldherrnstabs seinen Kriegern gegenüber von seinem „alten Soldatenglück“ und seinem „eisernen Willen“ reden durfte. Benedek's Wahl schien dafür zu sprechen, daß Oesterreich aus seinen Erfahrungen gelernt habe. Diesmal war es kein Glied des einheimischen oder immigrirten hohen Adels, kein Kind der Hofgunst, das an die Spitze der Armee berufen wurde, diesmal war es ein Mann, der seinen Weg von unten auf gemacht, der seine Soldatentugenden bewährt, der sich schon durch die Führung seines Regiments (1849) den Ruf eines kaltblütigen und überaus kühnen Soldaten erworben hatte, der an der Spitze eines Corps in der letzten Schlacht, die Oesterreich geschlagen und wie so viele verloren hatte, die Achtung von Freund und Feind erworben. Die Leistungen Benedek's auf dem rechten Flügel der österreichischen Schlachtstellung von Solferino rechtfertigten vollständig seine Wahl zum Obergeneral. Einen Bessern wenigstens kannte Oesterreich nicht und darum hieß ihn nicht nur die Armee, sondern auch die öffentliche Meinung laut willkommen.

Zum Feldherrn im eigentlichen Sinne des Wortes fehlten Benedek aber unbedingt noch zahlreiche Eigenschaften, die sich indeß überhaupt neben echter Soldatentugend in jedem Jahrhundert kaum einmal in einer Person vereinigt finden. Benedek war nicht der Mann des moralischen Uebergewichts, der die politischen und administrativen Spitzen in Wien von dem Moment ab, wo es noththat, sich unterzuordnen und die widerstrebenden Einflüsse der alten Torywirthschaft zu beugen vermocht hätte. Benedek war auch nicht der geniale Militär, der des Beiraths geistvoller Gehülfen hätte entbehren können.

Als man einen Mann wie Benedek an des Heeres Spitze rief, mußte man dessen sicher sein, daß ihm keine organisatorischen Schwierigkeiten in den Weg treten würden, daß ihm rechtzeitig eine vollständige und fertige Armee in die Hand gelegt werden konnte. Das aber war nicht der Fall und der naturalistische Trieb des kühnen Soldaten zur Offensive war dadurch von vornherein gelähmt. Benedek hatte schon von dem Tage ab, an dem er bei der Nordarmee eintraf, an dem er all die Hindernisse, die noch zu überwinden waren, erkannte, das Vertrauen zum Heere und zu sich selbst verloren. Die Sprache seiner Armeebefehle zeigt schon durch ihre Uebertreibungen das Forcirte, Gemachte. Man hätte außerdem Benedek, mehr als geschah, volle Freiheit in der Wahl seiner Corpscommandanten lassen müssen. Feudalherren aber, wie Clam-Gallas, von denen man wußte, daß sie Antagonisten des „Emporkömmlings" waren, kaiserliche Erzherzoge, denen gegenüber er von Beginn an in einer schiefen Stellung war, und gar persönliche Feinde Benedek's, wie Ramming, waren als Corpsführer unter seinem Oberbefehl nicht am Platze.

Was aber die Wahl der Männer anbelangt, die Benedek mit ihrem Rath zur Seite stehen, die das ergänzen sollten, was ihm an socialem Takt, an höherer militärischer und politischer Einsicht abging, so hätte hier die höchste Staatsgewalt ihren Einfluß mit Vorsicht und Geschick geltend machen müssen. Das aber unterließ man. Es fehlte vollständig die Ergänzung, wie sie einst Blücher durch Gneisenau zutheil ward. In der Wahl des Chefs des Generalstabs ließ man Benedek völlig freie Wahl, vielleicht nur, um ihm bei unglücklichem Ausgange volle Verantwortung zur Last legen zu können.

Feldmarschallieutenant Baron Henikstein war auf Benedek's Betreiben 1865 Chef des General-Quartiermeisterstabs der gesammten österreichischen Armee geworden. Auch er war schon seiner jüdischen Abstammung wegen — der Adel seines Hauses datirt erst von 1784 — der allmächtigen aristokratisch-klerikalen Partei ein Dorn im Auge. Gerade darum aber hatte sich Benedek für ihn interessirt, wenn auch mehr aus egoistischen als höhern politischen und militärischen Rücksichten. Benedek, damals commandirender General in Italien, bedurfte in Wien der genannten Partei gegenüber einer Stütze, und eine solche sollte ihm Henikstein in dieser wichtigen Stellung gewähren. Daß Benedek bei seiner Berufung zum Führer der Nordarmee Henikstein nun auch als Generalstabschef heranzog, ist um so mehr selbstverständlich, als diese Stelle dem seitherigen Haupte des General-Quartier-

meisterstabs des ganzen Heeres gewissermaßen gebührte. Henikstein war indeß bei allem Reichthum an Geist und diplomatischer Gewandtheit nicht der Mann für die Leitung der kriegerischen Operationen einer großen Armee im Felde. Er fühlte dies selbst und bat um das Commando eines Corps in der Südarmee, das er früher bereits befehligt hatte. Mochte es nun die Rücksicht auf den Fürsten Friedrich Liechtenstein sein, dem dieses Corps zugedacht war, mochte man wirklich Henikstein für die richtige Ergänzung Benedek's halten, dieses Gesuch blieb unerfüllt. Die Folge war, daß Henikstein zwar das Amt antrat, aber nicht die Geschäfte. Er interessirte sich hauptsächlich nur für die Kundgebungen aus dem Hauptquartier nach oben und nach außen hin. Die Preßangelegenheiten beschäftigten ihn mehr als die Kriegführung.

Die eigentliche Leitung der Operationen lag in der Hand des Generalmajors Ritter von Krismanic, eines Mannes von Intelligenz und eleganter Form, aber ohne jenen militärischen Blick, jene kurze Entschlossenheit, die für eine solche Function erste Bedingung sind. Er war bis dahin Brigadegeneral im 3. Armeecorps und Benedek eine ziemlich fremde Persönlichkeit. Nichtsdestoweniger war er es einzig und allein, der Einfluß auf den Feldherrn übte, eine Thatsache, die für beide Theile kein ungünstiges Zeugniß ablegt.

Weder Henikstein noch Krismanic blieben lange in ihren Stellen, am Tage der Entscheidungsschlacht wurden beide abberufen und der Generalmajor von Baumgarten vom General-Quartiermeisterstabe mit den Generalstabsgeschäften beauftragt. Durch seine Ernennung war mit dem Princip gebrochen, welches bis dahin bei der Besetzung des Hauptquartiers maßgebend gewesen zu sein schien. Minder fähig als Krismanic, hatte er seine Laufbahn vorwiegend seinen höfischen Tugenden zu danken. Die Armee wußte nichts von ihm.

Die Corpscommandanten weisen wenig Persönlichkeiten auf, deren eingehender zu gedenken wäre. Gablenz ist uns durch seine Statthalterei in Holstein bekannt. Seine militärischen Antecedentien berechtigten zu den besten Erwartungen. Schon 1848 hatte er sich als Hauptmann bei Custozza wacker hervorgethan, 1859 hatte er bei Solferino mit seiner Brigade durch die Vertheidigung von Cavriano den Rückzug gedeckt, 1864 sich in den Gefechten in Schleswig abermals als braver Soldat erwiesen, wenn auch nicht Gelegenheit gefunden, sich als Corpsführer zu bewähren. Zwei der geachtetsten Namen in der Reihe der Corpsführer waren die Ramming's und Festetics'. Clam-Gallas war

der Repräsentant des Hochtorythums, das sich in seiner Person abermals nicht mit besondern Lorbern bedeckt hat, wenn auch der größte Theil der Vorwürfe, die Benedek auf diesen seinen natürlichen Antagonisten gehäuft hat, unverdient war.

Unstreitig war es immer eine imposante Macht, die Oesterreich gegen Preußen entwickelt hatte. Hätten die Bundesgenossen, auf die der Kaiserstaat zählte, nur annähernd das Gleiche geleistet, so wären die 230000 Mann, die Oesterreich gegen Preußen ins Feld stellte, die Volkszahl zum Maßstabe genommen, um 150000 bis 180000 Mann verstärkt und damit der preußischen Feldarmee eine erheblich überlegene Heeresmasse entgegengeführt worden. Die militärischen Organisationsplane fast aller Mittelstaaten waren auf eine Kriegsstärke berechnet, die bedeutend über ihre Bundescontingente hinausging. In dem Augenblick, als sie ihre ganze staatliche Existenz auf Eine Karte setzten, war zu erwarten, daß sie sich mindestens zu der geringen Leistung aufschwingen würden, die der Bund von ihnen forderte. Oesterreich hatte bundespflichtgemäß 173000 Mann zu stellen, war also in seiner Machtentwickelung gegen Preußen, sofern man die hier mitzählenden Besatzungstruppen in Betracht nimmt, sehr bedeutend, aber auch sofern man nur die Feldarmee ins Auge faßt, immer noch um ein volles Drittel darüber hinausgegangen. Preußen, das dem Bunde nur 147000 Mann zu stellen hatte, brachte seine eigentliche Feldarmee weit über das Doppelte.

Der Bund forderte von Baiern nur 66000 Mann, während es sich im „Gothaer Almanach" ohne Landwehren mit einer Kriegsstärke von mehr als 200000 Mann aufführen ließ. Würtemberg sollte 25000 Mann stellen, berechnete sich aber auf circa 40000.*) Die Summe der gesammten Bundescontingente von Baiern, Würtemberg, Hannover, Sachsen, Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau betrug circa 185000 Mann, die ihrer nominellen Kriegsstärken weit über 300000 Mann. Fragen wir, was sie geleistet haben!

Sachsen, das uns seiner Nachbarschaft mit Oesterreich wegen zunächst interessirt, war der einzige Staat, dessen militärische Machtentwickelung der kriegerischen Politik seiner Regierung einigermaßen

*) Von Baden forderte der Bund 18350, von Hessen-Darmstadt 11350, von Nassau 6700, von Hannover 24000, von Kurhessen 10400, von Sachsen 22000 Mann.

entsprach. Es stellte circa 19000 Mann Infanterie in 20 Bataillonen, circa 2400 Reiter in 20 Escadrons und eine Artillerie von 60 Geschützen, sodaß der Gesammtbestand des mobilisirten Corps auf etwa 23000 Mann angenommen werden darf. Die Höhe seines Bundescontingents war damit sogar überschritten, angesichts einer Bevölkerung von $2^1/_4$ Millionen aber noch immer sehr wenig geleistet. Preußen bewaffnete weit über 3 Proc. seiner Einwohner, Sachsen nur 1 Proc. Die sächsischen Truppen waren neben denen Hannovers die besten derseitens der Mittelstaaten gegen Preußen ins Feld gestellten. In dem Offiziercorps der kleinen Armee lebte ein wissenschaftlicher Geist, der sich vielfach in bedeutenden literarischen Leistungen kundgegeben hat. Die preußische Nachbarschaft hatte dazu beigetragen, in das Offiziercorps den Geist der norddeutschen Aristokratie zu verpflanzen, aus der sich dasselbe auch vielfach ergänzte. Beides hat wenigstens das Gute gehabt, die Autorität der Vorgesetzten zu fördern und jene gemüthliche Bummelei fern zu halten, die in den meisten kleinern deutschen Truppencorps Thatkraft und Disciplin erlahmen ließ. Obgleich auch in Sachsen die gebildeten Stände in den Reihen der Gemeinen nicht vertreten waren, fand darin doch die im Lande allgemein verbreitete Intelligenz und Gesittung ihren Ausdruck. Der Begriff für Ehre und Pflicht hat deshalb auch bei kurzer Präsenz feste Wurzel gefaßt.

An die Spitze des Corps stellte sich der Kronprinz von Sachsen, was unbedingt dazu beitrug, die Selbstachtung und das Pflichtgefühl der Truppen noch zu heben.

Da uns zunächst nur Oesterreich und Sachsen näher interessiren, sei der übrigen Bundesgenossen des Kaiserstaats nur so weit gedacht, als für den allgemeinen Ueberblick der militärischen Situation bei Beginn des Krieges erforderlich ist.

Aeußerst kläglich waren die Leistungen Baierns, das so vielfach den Rang einer dritten deutschen Großmacht, sogar den der Vormacht des engern Deutschland anstrebte. Man hatte von München aus das Volk Baierns glauben gemacht und diese Meinung auch in Wien Fuß fassen lassen, es werde zu einer Aufstellung von 100000, sogar 130000 Mann kommen. Statt dessen aber gipfelte die ganze Machtentwickelung in vier Divisionen, deren Gesammtstärke im Beginn der Operationen die Höhe von 42000 Köpfen nicht erreicht hat. Erst am Schlusse des Kriegs gelangte die Armee zu einer Stärke von annähernd 50000 Mann. Und dabei ist zu bedenken, daß Baiern nicht etwa als Bundesmacht, sondern als specieller Alliirter Oesterreichs

in den Kampf ging. Längst ehe der entscheidende Bundesbeschluß gefaßt worden war, berieth es mit Oesterreich den Allianz- und Kriegsplan.

Die militärischen Leistungen Würtembergs reichten, was die Ausrückestärke anbelangt, gleichfalls nicht an das Bundescontingent heran, obgleich Würtemberg zu den Staaten gehörte, die zuerst gerüstet hatten und zumeist in den Krieg hineindrängten. Es brachte sehr verspätet eine Division von circa 14000 Streitern auf.

Baden steht seiner ganzen Politik nach gerechtfertigt da, wenn es gleichfalls wenig leistete. Nur gezwungen und ohne größere Vorbereitungen getroffen zu haben, folgte es dem Bundesbeschlusse vom 14. Juni. Die von ihm gestellte Division zählte nicht voll 10000 Streiter.

Hessen-Darmstadt und Nassau kamen ihrer Contingentspflicht nahe. Ersteres stellte circa 9000, letzteres circa 4000 Streiter.

In den hier genannten Contingenten war, was die Individuen anbelangt, vielleicht die beste Kraft Deutschlands vertreten. Die süddeutsche Gruppe, insbesondere Baiern, weist eine Bevölkerung auf, wie sie für den Krieg nicht besser gewünscht werden kann. An physischer Kraft überwiegt der schwäbische und oberbairische Menschenschlag fast durchweg den des Nordens. Was die zahlreichen großen Städte Preußens, die weiten Fabrikdistricte Schlesiens und selbst einige Theile des Rheinlandes in die Reihen der Armee stellen, ist mit den kerngesunden Söhnen Schwabens und Baierns an Körperstärke kaum in Vergleich zu bringen. Auch an intellectueller Kraft mag der Süden Deutschlands den Norden vielfach überbieten, jedenfalls durchdringt in jenem alten Sitze deutscher Cultur ein gewisser Grad von Gesittung die Massen vollständiger und tiefer als in denjenigen Theilen des Nordens, in welchen das deutsche Element erst in den letzten Jahrhunderten vollständig über das slawische triumphirt hat. Die Theilung des Grundbesitzes in Süddeutschland ist überdies auch der geistigen Entwickelung der Gesammtheit günstiger als das Zusammenhalten der Areale und manche Reste des Feudalwesens im Nordosten. Nichtsdestoweniger hat der Norddeutsche sein kriegerisches Uebergewicht behauptet. Die staatliche Zerfahrenheit des Südens hat jenen Geist der Unterordnung des Individuums unter das Ganze verloren gehen lassen, der zu großen kriegerischen, wie überhaupt zu nationalen Leistungen unentbehrlich ist. Disciplin, in des Wortes bester Bedeutung fehlt den Süddeutschen überhaupt und fehlt namentlich in den Reihen ihrer Truppen. Oesterreich, das in Ansehung der Culturelemente, die es in seiner Armee

vertreten sieht, nicht an Rücksichten gebunden ist, schafft sich diese Disciplin in gewissem Maße durch Stockhiebe und Krummschließen, Preußen durch eine, wenn man will, spartanische Erziehung des Volks, deren schönstes Ergebniß die Förderung des Staatsbewußtseins ist. Dadurch hat es den Egoismus des Individuums gebändigt, dadurch eine Armee geschaffen, in der die ganze Nation vertreten ist. Wo der Soldat auch diejenigen, die sich in den Tagen des Friedens aller Schätze der Erde erfreuen, in den Reihen des Heeres sieht, wo auch diese mit ihm darben und leiden, bluten und sterben, da haben Autorität und Disciplin einen festen Boden. Die preußischen Krieger haben in Böhmen tagelang gehungert und gedürstet, Offiziere und Gemeine haben selbst der trockenen Brotrinde entbehrt und ihren Durst aus den Pfützen gestillt, sie haben nach einer Reihe von Gewaltmärschen, die nur durch Nachtlager auf feuchter Erde unterbrochen waren, in Gegenden, wo die schrecklichste Epidemie hauste, lange unthätig ausharren müssen, sie sahen mehr Kameraden an der Pest dahinsterben, als selbst die feindliche Kugel in den blutigsten Schlachten gefordert hatte, und doch blieb die Disciplin dieselbe, die daheim auf den Uebungsplätzen herrschte. Die süddeutschen Truppen entbehrten jener moralischen Kraft. Schon als beim ersten Vorrücken nach Norden die gewohnten, dem Bereiche des Luxus angehörenden Lebensbedürfnisse ausgingen, gab sich dies zu erkennen. Die Bierfrage blieb speciell für die Baiern während des ganzen Feldzugs eine Lebensfrage. In den preußischen Regimentern stand das Interesse an dem Ausgange des großen Ganzen allgemein über dem am eigenen Geschick. In den süddeutschen lachte man, wenn man erfuhr, daß ein anderes Corps sich „blamirt" hatte. Die Fehler der Führung ernteten nur Spott, der zur Heiterkeit reizte. An Muth standen die Süddeutschen den Norddeutschen gewiß nicht nach, an Rauflust mochten sie dieselben bei dem zum Fanatismus geschürten Haß weit überboten haben — beides aber macht den Vollbegriff kriegerischer Tugend nicht aus.

Wäre die Organisation der süddeutschen Truppen besser gewesen, hätten die Regierungen durch ihre Leistungen den Theilen Respect vor dem Ganzen eingeflößt, hätten sie Armeen aufgestellt, die im Verhältniß zu dem, was das Land erwarten durfte, gestanden und wirklich als imposante Leistungen gegolten hätten, dann würden freilich auch die Individuen eine größere Tüchtigkeit entfaltet haben und ein anderer Geist hätte das Ganze vom General bis zum gemeinen Soldaten durchdrungen. So aber ließ man schon beim Ausrücken die Sieges-

hoffnung daheim. Dies psychologische Moment machte sich ganz besonders in der Führung geltend.

Wir haben noch zweier Mittelstaaten zu gedenken, die sich durch ihr Votum am Bunde auf Oesterreichs Seite stellten: Hannovers und Kurhessens. Die schwankende Politik beider hatte auf das Rüstungswerk ungemein hemmend eingewirkt, sodaß, wenn auch am 14. Juni ein die Friedenspräsenz übersteigender Mannschaftsstand vorhanden war, von einer eigentlichen Mobilisirung nicht die Rede sein konnte. Hannover hatte indeß schon am 18. Juni circa 18000 Mann auf den Beinen und 52 Geschütze bespannt, immer eine Macht, die bei einer weitsichtigern Politik von Belang sein konnte. Kurhessen hatte am 15. Juni einen Präsenzstand von nur etwa 8000 Mann in durchaus unfertiger Rüstung. Beide Staaten wurden aus der Reihe der Bundesgenossen Oesterreichs so rasch eliminirt, daß es an dieser Stelle nur ihrer Erwähnung bedarf.

Wenden wir uns nun zur andern Seite.

Preußen hatte in Deutschland außer Sachsen-Koburg, das ihm 2 Bataillone, und Lippe-Detmold, das 1 Bataillon stellte, keinen Bundesgenossen. Aber seine eigene Armee war mobil, kein Mann fehlte in den Reihen, kein Reif am Wassereimer des letzten Trainsoldaten. Alle irgend bedrohten Festungen waren mit Landwehrtruppen besetzt. Ein anderer Theil der Landwehren 1. Aufgebots wurde den gegen Feind gestellten Armeen als Reserve zugewiesen, der Rest bildete die Besatzung des Landes oder harrte noch der Einberufung. Allerwärts war man mit der Ausbildung jungen Ersatzes und der Formation neuer Truppenkörper beschäftigt.

Eine Charakteristik der preußischen Armee, die sich in diesem Kriege wieder zu dem Range des Musterheeres für ganz Europa aufschwang, würde uns auch bei Beschränkung auf das Wesentlichste über die Grenzen hinausführen, innerhalb deren wir uns an dieser Stelle bewegen zu müssen glauben. Wir haben es daher vorgezogen, diesem Gegenstande ein besonderes Essay zu widmen, das wir unserer Arbeit unter dem Titel: Preußen in Waffen angehängt haben. Da das organisatorische Meisterwerk der Rüstungen vor Beginn und während des Kriegs darin gleichzeitig zur Darstellung gelangt, liegt es uns hier nur ob, die Gliederung des preußischen Heeres im Beginn der großen Katastrophe in Betracht zu nehmen.

Das stehende Heer Preußens war in ein Garde- und acht Provinzialarmeecorps getheilt, deren ersteres im mobilen Zustande circa 36000 Mann erreichte. Diese Organisation lag auch den Armeeaufstellungen zu Grunde, wenngleich in Einzelheiten davon abgegangen werden mußte. Die Besatzungen von Mainz, Luxemburg Rastadt und Frankfurt, diejenigen Truppen, welche das combinirte Corps in Schleswig-Holstein bildeten, ein in Berlin zurückgehaltenes Garde-Grenadierregiment und einige zur Besetzung der Festung Neisse und zur speciellen Landesvertheidigung in Oberschlesien designirte Regimenter fehlten in den betreffenden Divisionen, dagegen waren einige Landwehr-Reiterregimenter sofort in die Armeecorps der Linie eingereiht worden.

Außer den eben angeführten Abgängen vom Gros der stehenden Armee wurde nur noch eine Division (die Hälfte des 7. Armeecorps) in der Provinz Westfalen zurückgelassen, alles übrige wurde zur Bildung von drei gegen Oesterreich bestimmten Armeen verwandt. Um diese Armeen nicht gleich im Beginn der Operationen durch Abzweigung von Besatzungs- und Occupationstruppen schwächen zu müssen, wurde aus exquisiten Landwehrtruppen und einem neuerrichteten Artillerieregiment noch ein besonderes Glied, das sogenannte „1. Reservecorps" gebildet, dessen Formation in der Gegend von Berlin erfolgte und beim Beginn des Kriegs bereits beendet war. Wir geben nachstehend die Ordres de Bataille dieser Formationen, und zwar gleich mit denjenigen Modificationen, die noch vor Beginn der Feindseligkeiten gegen Oesterreich ins Werk gesetzt wurden.

A. Erste Armee.

Oberbefehlshaber: Prinz Friedrich Karl von Preußen.

Chef des Generalstabs: Generallieutenant von Voigts-Rhetz.
Generalquartiermeister: Generalmajor von Stülpnagel.
Commandeur der Artillerie: Generalmajor von Lengsfeld.

2. Armeecorps. Commandirender General: Generallieutenant von Schmidt.
3. Division: Generallieutenant von Werder.
5. Brigade: Generalmajor von Januschowsky (Infanterieregimenter Nr. 2 und 42).
6. „ Generalmajor von Winterfeld (Infanterieregimenter Nr. 14 und 54).
Blücher'sches Husarenregiment Nr. 5.
4. Division: Generallieutenant von Herwarth.
7. Brigade: Generalmajor von Schlabberndorf (Infanterieregimenter Nr. 9 und 49).

8. Brigade: Generalmajor von Hanneken (Infanterieregimenter Nr. 21 u. 61).
Pommerisches Ulanenregiment Nr. 4.
2. Jägerbataillon.

3. Armeecorps. Commandirender General: vacat.
5. Division: Generallieutenant von Tümpling.
9. Brigade: Generalmajor von Schimmelmann (Infanterieregimenter Nr. 8 und 48).
10. „ Generalmajor von Kamiensky (Infanterieregimenter Nr. 12 u. 18).
1. Brandenburgisches Ulanenregiment Nr. 3.
6. Division: Generallieutenant von Manstein.
11. Brigade: Generalmajor von Gersdorf (Infanterieregimenter Nr. 35 u. 60).
12. „ Generalmajor von Kotze (Infanterieregimenter Nr. 24 und 64).
Brandenburgisches Dragonerregiment Nr. 2.
3. Jägerbataillon.

4. Armeecorps. Commandirender General: vacat.
7. Division: Generallieutenant von Fransecky.
13. Brigade: Generalmajor von Schwarzhoff (Infanterieregimenter Nr. 26 und 66).
14. „ Generalmajor von Gordon (Infanterieregimenter Nr. 27 u. 67).
Magdeburgisches Husarenregiment Nr. 10.
8. Division: Generallieutenant von Horn.
15. Brigade: Generalmajor von Bose (Infanterieregimenter Nr. 31 u. 71).
16. „ Oberst von Schmidt (Infanterieregiment Nr. 72, 4. Jägerbataillon).
Thüringisches Ulanenregiment Nr. 6.

Cavaleriecorps der Ersten Armee: General der Cavalerie Prinz Albrecht von Preußen.
1. Cavaleriedivision: Generalmajor von Alvensleben.
1. schwere Cavaleriebrigade: Generalmajor Prinz Albrecht (Garde-du-Corps- und Garde-Kürassierregiment).
1. leichte Cavaleriebrigade: Generalmajor von Rheinbaben (1. Garde-Dragoner-, 1. und 2. Garde-Ulanenregiment).
2. schwere Cavaleriebrigade: Generalmajor von Pfuel (Brandenburgisches Kürassierregiment Nr. 6 und Magdeburgisches Kürassierregiment Nr. 7).
2. Cavaleriedivision: Generalmajor Hann von Weyhern.
2. leichte Cavaleriebrigade: Generalmajor Herzog Wilhelm von Mecklenburg (2. Garde-Dragonerregiment, Brandenburgisches Husarenregiment Nr. 3, 2 Brandenburgisches Ulanenregiment Nr. 11).
3. leichte Cavaleriebrigade: Generalmajor Graf von der Gröben (Neumärkisches Dragonerregiment Nr. 3, Thüringisches Husarenregiment Nr. 12).
3. schwere Cavaleriebrigade: Generalmajor von der Goltz (Kürassierregiment Königin Nr. 2, 2. Pommersches Ulanenregiment Nr. 9).

B. Zweite Armee.

Oberbefehlshaber: Kronprinz von Preußen.

Chef des Generalstabs: Generalmajor von Blumenthal.
Generalquartiermeister: Generalmajor von Stosch.
Commandeur der Artillerie: Generallieutenant von Jacobi.

1. Armeecorps. Commandirender General: General der Infanterie von Bonin.
1. Division: Generallieutenant von Großmann.
1. Brigade: Generalmajor von Pape (Infanterieregimenter Nr. 1 und 41).
2. „ Generalmajor Freiherr von Barnekow (Infanterieregimenter Nr. 3 und 43).
Litauisches Dragonerregiment Nr. 1.
2. Division: Generallieutenant von Clausewitz.
3. Brigade: Generalmajor von Malotki (Infanterieregimenter Nr. 4 u. 44).
4. „ Generalmajor von Buddenbrock (Infanterieregimenter Nr. 5 u. 45).
1. Leib-Husarenregiment und 1. Jägerbataillon.
Reserve-Cavaleriebrigade: Oberst von Bredow (Ostpreußisches Kürassierregiment Nr. 3, Ostpreußisches Ulanenregiment Nr. 8 und Litauisches Ulanenregiment Nr. 12).

5. Armeecorps. Commandirender General: General der Infanterie v. Steinmetz.
9. Division: Generalmajor von Löwenfeld.
17. Brigade: Generalmajor von Olech (Infanterieregimenter Nr. 37 u. 58).
18. „ Generalmajor von Horn (Infanterieregiment Nr. 7, Jägerbataillon Nr. 5.)
1. Schlesisches Dragonerregiment Nr. 4.
10. Division: Generalmajor von Kirchbach.
19. Brigade: Generalmajor von Tiedemann (Infanterieregimenter Nr. 6 u. 46).
20. „ Oberst von Wittich (Infanterieregimenter Nr. 47 und 52).
2. Leib-Husarenregiment Nr. 2 und 5. Jägerbataillon.

6. Armeecorps. Commandirender General: General der Cavalerie von Mutius.
11. Division: Generallieutenant von Zastrow.
21. Brigade: Generalmajor von Hanenfeld (Infanterieregimenter Nr. 10 u. 50).
22. „ Generalmajor von Hoffmann (Infanterieregimenter Nr. 38 u. 51).
2. Schlesisches Dragonerregiment Nr. 8.
12. Division: Generallieutenant von Prondzieski.
24. Brigade: Generalmajor von Kranach (Infanterieregimenter Nr. 22 u 23).
2. Schlesisches Husarenregiment Nr. 6 und 6. Jägerbataillon.

Die der Normaleintheilung der Armee gegenüber fehlenden Regimenter des 6. Armeecorps waren in Oberschlesien anderweit verwendet.

Gardecorps. Commandirender General: General der Cavalerie Prinz August von Würtemberg.
1. Gardedivision: Generallieutenant Hiller von Gärtringen.
1. Gardebrigade: Oberst von Obernitz (1. und 3. Garderegiment).
2. „ Generalmajor von Alvensleben (2. Garde- und Garde-Füsilierregiment).
Garde-Husarenregiment und Garde-Jägerbataillon.
2. Gardedivision: Generallieutenant von Plonski.
3. Gardebrigade: Generalmajor von Budritzki (Kaiser-Alexander- und 3. Garde-Grenadierregiment).
4. „ Generalmajor Freiherr von Loën (Kaiser-Franz- und 4. Garde-Grenadierregiment).
3. Garde-Ulanenregiment und Garde-Schützenbataillon.

Reservecavalerie der Zweiten Armee. Divisionscommandeur: Generalmajor von Hartmann.

9. Cavaleriebrigade: Generalmajor von Witzleben (Westpreußisches Kürassierregiment Nr. 5, Posensches Ulanenregiment Nr. 10).

10. Cavaleriebrigade: Generalmajor von Schoen (Westpreußisches Ulanenregiment Nr. 1).

11. „ Generalmajor von Borstell (Schlesisches Kürassierregiment Nr. 1, 1. Schlesisches Husarenregiment Nr. 4).

12. Cavaleriebrigade: Generalmajor Graf von Kalckreuth (2. Landwehr-Husarenregiment, 1. Landwehr-Ulanenregiment).

C. Elb-Armee.

Oberbefehlshaber: General der Infanterie von Herwarth.

Chef des Generalstabs: Oberst von Schlotheim.
Commandeur der Artillerie: Oberst von Rozynski.

14. Division: Generallieutenant Graf Münster.

27. Brigade: Generalmajor von Schwarzkoppen (Infanterieregimenter Nr. 16 und 56).

28. „ Generalmajor von Hiller (Infanterieregimenter Nr. 17. u. 57). Westfälisches Dragonerregiment Nr. 7.

15. Division: Generallieutenant von Canstein.

29. Brigade: Oberst von Stückradt (Infanterieregimenter Nr. 40 und 65).

30. „ Oberst von Glasenapp (Infanterieregimenter Nr. 28 und 68). Königs-Husarenregiment Nr. 7.

16. Division: Generallieutenant von Etzel.

31. Brigade: Generalmajor von Schöler (Infanterieregimenter Nr. 29 u. 69).

32. „ (Infanterieregiment Nr. 33 und 8. Jägerbataillon).
2. Westfälisches Husarenregiment Nr. 11.

Reservecavalerie (Rheinisches Kürassierregiment Nr. 8, Rheinisches Ulanenregiment Nr. 7, Westfälisches Ulanenregiment Nr. 5).

D. (Erstes) Reserve-Armeecorps.

Generallieutenant von der Mülbe.

1. Division: General Rosenberg von Gruszinsky.

1. Garde-Landwehrbrigade (1. und 2. Garde-Landwehrregiment).
2. „ (1. und 2. Garde-Grenadierlandwehrregiment).

2. Division: General von Bentheim.

1. (Pommersche) Landwehrbrigade (9. und 21. Landwehrregiment).
2. (Westfälische) „ (13. und 15. „).

Landwehr-Cavaleriedivision: Generalmajor Graf Dohna.

3. Landwehr-Ulanen-, 1. Landwehr-Husaren-, 8. Landwehr-Ulanen-, 5. Landwehr-Husaren-, 4. Landwehr-Ulanen-, 2. Landwehr-Dragonerregiment.
Reserve-Feldartillerieregiment (10 Batterien).

In den neuesten Veröffentlichungen des königlichen Statistischen Bureau werden die numerischen Stärken dieser Armeen nach dem höchsten Stande, den

sie im Laufe des Feldzugs überhaupt erreicht haben würden, wenn inzwischen keinerlei Abgang stattgefunden hätte, wie folgt berechnet:

	Offiziere	Mannschaften	Offiziere und Mannschaften	Pferde
Großes Hauptquartier des Königs	77	838	915	781
A. 1. Armee	2368	104772	107140	32864
B. 2. „	2883	141912	144795	38883
C. Elb-Armee	1155	52004	53159	14747
D. 1. Reserve-Armeecorps .	712	34609	35321	5847
Gesammtstärke	7195	334135	341330	93122

Bringt man das sub D aufgeführte, nicht ins Feuer gekommene erste Reservecorps, ferner den gesammten Nachschub, der erst beim Eintritt der Waffenruhe zur Armee stieß, und andere Ausfälle in Abzug, so läßt sich die Durchschnittsstärke der drei eigentlichen Operationsarmeen (A, B und C) auf rund 260000 Mann mit 790 Geschützen annehmen. Der preußische Generalstab berechnet unter Zugrundelegung der vollen Etatsstärken die in Rede stehenden drei preußischen Armeen auf 255000 Combattanten, die österreichisch-sächsische Nordarmee dagegen auf 271000 Combattanten Die Stärke des 1. preußischen Reservecorps gibt derselbe nur auf 24000 Mann an.

Es lag in der Natur der Dinge, daß die gegen Oesterreich aufgestellten Armeen zu ineinandergreifenden Operationen und späterm vereintem Auftreten bestimmt waren. Sie bedurften also des gemeinsamen Oberbefehls. König Wilhelm selbst behielt sich denselben vor. Dem Monarchen zur Seite traten für den administrativen Theil der Heeresleitung der Kriegsminister, General der Infanterie von Roon, und für die Leitung der eigentlichen Kriegsoperationen der Chef des Generalstabes der Armee, General der Infanterie Freiherr von Moltke. Außerdem wurden die Generalinspecteure der Artillerie und des Ingenieurcorps und eine zahlreiche Suite auserlesener Offiziere zum großen Hauptquartier herangezogen.

Daß König Wilhelm selbst sein großes Heer in den Kampf führen werde, erschien im Lande wie in der Armee geradezu selbstverständlich. Alle Hohenzollern waren Soldaten, manche treffliche Feldherren, keiner hat sich mit Unehre bedeckt. Seitdem aber Preußens Heer recht eigentlich das Volk in Waffen repräsentirt, hat das Band, welches alle Glieder des Königshauses mit der Armee verknüpft, eine höhere Weihe erhalten. Das fühlte der König, wie es die Nation fühlte. Nicht der Glaube an eine eminente Feldherrngabe führte Wilhelm I. an die Spitze seines Herres, zu der Rolle des Großen Kurfürsten und Friedrich's des Großen hielt er sich nicht berufen. Auch nicht Eitelkeit und Convenienz führten ihn ins Heerlager wie einst den

vierzehnten Ludwig von Frankreich und den zweiten Friedrich Wilhelm von Preußen. Was den greisen König ins Feldlager rief, es war vor allem das Gebot jener moralischen Disciplin, die Preußen vor allen Staaten der Gegenwart auszeichnet. Erst neben ihr kamen andere Beweggründe zur Geltung. Der König hatte bis zu dem Tage, an welchem ihn eine unerwartete Fügung in späten Lebensjahren auf den Thron rief, seine Interessen fast ausschließlich der Armee zugewandt. Seine hervorragendste Leistung als Regent gehörte abermals der Armee. Um dieser Leistung willen hat er schwere Kämpfe mit der Vertretung des Volks zu bestehen gehabt, jetzt galt es zu zeigen, daß diese Leistung ihre Probe bestehen werde. Aber diesen Regungen würde der König widerstanden haben, hätten höhere Pflichten ihm einen andern Platz angewiesen. Jetzt aber, als es für Preußen galt, einen Kampf um Sein oder Nichtsein zu führen, als alle Wehrfähigen vom Herd gerufen waren, die Waffen zu führen, jetzt war Preußen da, wo seine Krieger waren, und dorthin gehörte nach preußischen Begriffen der König.

Nicht mit Unrecht findet man es in der Mehrzahl der Fälle bedenklich, wenn ein Monarch, der die Eigenschaften eines Feldherrn noch nicht in überzeugendster Weise zu bekunden Gelegenheit hatte, sich selbst an die Spitze des Heeres stellt. Das Talent und die volle Charakterstärke wahrhaft Berufener kann dadurch leicht an freier Entfaltung gehemmt werden. In Preußen aber war dem nicht so. Praktisch bewährte Feldherren hatte die Armee nicht aufzuweisen. Die kleinen kriegerischen Episoden der letzten 50 Jahre waren nicht genügend, dergleichen zu bilden. Die ruhige Action des combinirenden Verstandes mußte also die Aufgaben übernehmen, die unter andern Verhältnissen oft dem glücklichen Wurf des Genies überlassen werden dürfen. Die ganze Disciplin des Friedens mußte auch nach dieser Richtung hin in den Krieg mit hinübergenommen werden, jeder mußte an seinem Platze seines Amts warten, seines ganzen Amts, aber auch nur seines Amts. Dies aufrecht zu erhalten, war nichts so geeignet als die Concentrirung aller Autorität in der Person des Monarchen.

General von Moltke, ein sonnenklarer Kopf, war als Leiter der gesammten Operationen gerade an der Seite des Monarchen auf dem richtigen Platze. In hohem Grade besitzt Moltke die Kunst des Vereinfachens des Gegebenen, des Trennens der Hauptdinge vom Nebensächlichen. Darum gelingt es ihm stets, aus dem Chaos der Möglichkeiten das Richtige, oder wo dies im Kriege unmöglich ist,

das mit Recht als wahrscheinlich Anzunehmende herauszuschälen und auf Grund desselben einfach und sicher zu disponiren. Concretes Gestalten des Gedankens ist Moltke's bedeutendste Eigenart. Er war darum durchaus befähigt, die Resultate seines Denkens, die Wahrscheinlichkeit seiner Voraussetzungen und die Richtigkeit seiner Schlüsse jedem gesunden Verstande plausibel zu machen. Nicht im angeborenen militärischen Talent, sondern in der Schärfe des Urtheils und der Correctheit der Combination beruht vorwiegend Moltke's Stärke. Selbst als Feldherr an die Spitze des großen Ganzen zu treten, wäre Moltke vielleicht weniger berufen gewesen. Schon der eine Grund würde dagegen gesprochen haben, daß ihm vor erfolgter Bewährung das ganze Vollgewicht der Autorität vielleicht nicht beigewohnt hätte. Man legt in der preußischen Armee einmal einen höchst übertriebenen Werth auf die sogenannten Erfahrungen, die durch praktische Truppenführung im Frieden gewonnen werden, Erfahrungen, die Moltke gänzlich fehlen. Er hat nämlich nie einem Truppenkörper von einigem Belang als Befehlshaber vorgestanden. Dadurch aber, daß es dem Denker, dem sogenannten Theoretiker gelang, den einfachen, praktischen Sinn des Königs zu überzeugen, gewannen seine Dispositionen das Ansehen eines Evangeliums. Eine besonders treffliche Eigenschaft Moltke's ist es auch, daß er in seinen Dispositionen nur Ziele und große Directiven bezeichnet, dem Ermessen des Ausführenden also stets hinreichend weiten Spielraum läßt.

Moltke nahte schon der Mitte des siebenten Lebensdecenniums, als er zum ersten mal sein gewichtvolles Amt in großem Maßstabe übte. Obgleich er mehrfach untergeordneten kriegerischen Operationen beigewohnt hatte, muß das, was er geleistet hat, ausschließlich als Product der Reflexion und gründlicher kriegshistorischer Studien betrachtet werden. Es mag dies den Umstand erklären, daß wir ihn besonders da glänzend hervortreten sehen, wo es sich um Aufgaben scharfen Denkens und schwieriger Combination handelt; weniger da, wo sich der sogenannte kriegerische Instinct geltend machen muß. Jenes blitzschnelle Treffen des Richtigen, das Gneisenau in so hohem Maße eigen war, tritt in Moltke minder hervor. Wenigstens vermissen wir im Augenblick, wo sich die Entscheidungsschlacht zum Siege wandte und über alle noch geschonten Truppen zum Zweck seiner Ausbeute verfügt werden mußte, jene extemporirten großen Dispositionen, die seinen Vorgänger unsterblich machten. Man gedenke der Rückzugsdisposition Gneisenau's am Abend des Tags von Ligny und der Ver-

folgung nach der Schlacht von Waterloo. Indeß mag bei Moltke der Umstand nicht ohne Einfluß gewesen sein, daß seine Laufbahn ihn während des größten Theils seiner Dienstzeit in die nächste Umgebung von Prinzen des Hauses führte, was allzu leicht dazu geneigt macht, gewisse Rücksichten auch da zu üben, wo der Moment die rücksichtslose Geltendmachung einer eigenen Meinung fordert. Gneisenau war an Blücher's Seite in minder schwieriger Stellung als Moltke an der Seite seines Monarchen. Aber abgesehen hiervon liegt es in Moltke's bescheidener Natur, stets überzeugen zu wollen, nicht aber unbedingte Autorität zu beanspruchen.

Vielleicht ist es nicht ohne Interesse zu bemerken, daß Moltke's reiche geistige Bildung nicht auf der Grundlage classischer Studien ruht. Der große Stratege hat eine durchaus realistische Jugendbildung genossen. Sein bedeutendes linguistisches Talent hat er im Studium vieler lebender Sprachen bethätigt. Wie Moltke im Gespräch mit dem Wort kargt, so auch in seiner Schreibweise. Sein Stil vermeidet alle Unterordnungen; knapp und kurz reiht sich Satz an Satz, strenge Logik aber verschmilzt die einzelnen Glieder zu einem granitenen Ganzen. Es ist durchaus die Sprache, wie der Stratege sie reden soll; die strenge Wahl des Worts macht jedes Misverständniß unmöglich.

Eine nicht minder glücklich gewählte Persönlichkeit stand dem König in Roon zur Seite. Ehe eine Armee verwandt werden konnte, mußte eine Armee, d. h. eine Armee für einen so gewaltigen Krieg geschaffen werden. Die Elemente dazu waren gegeben, die Reorganisation hatte das, was die alte Heeresverfassung bot, noch bedeutend gesteigert. Aber diese Elemente zur vollen Entfaltung zu bringen, das von der Nation seit einer langen Reihe von Jahren angelegte Kapital in reichstem Maße thätig zu machen, war doch eine Aufgabe, die gut und schlecht gelöst werden konnte. Oesterreich und alle deutschen Staaten blieben weit hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, die in dieser Beziehung gehegt werden konnten, Preußen übertraf — und das will viel sagen — die des eigenen Volks. Wie weit Roon sich, was die Gestaltung der organisatorischen Ideen betrifft, was namentlich die Erkenntniß anbelangt, daß es gelte, in der Aufstellung von Truppen das äußerst Mögliche zu leisten, mit dem König und Moltke, vielleicht auch mit Bismarck in das Verdienst theilt, mag dahingestellt bleiben. Unbedingt gebührt ihm die Anerkennung, kein Non pos-

sumus gekannt und das kaum Mögliche ohne augenfällige Schwierigkeit möglich gemacht zu haben.

Von den Führern der gegen Oesterreich aufgestellten Armeen — der andern gedenken wir später — sind Prinz Friedrich Karl und Herwarth bereits aus dem Kriege gegen Dänemark bekannt.

Daß dem Prinzen Friedrich Karl, der jetzt im jugendlich reifen Alter von 38 Jahren stand, bei Preußens nächstem Kriege eine hervorragende Stelle zugedacht sei, galt nach den schönen Erfolgen von Düppel und Alsen in der Armee als gewiß. Ein Erfolg imponirt stets den Truppen, selbst wenn er nicht unter Schwierigkeiten errungen ist, an denen sich der Genius des Feldherrn erproben kann. Soweit es sich um selbständige Operationen der dem Prinzen überantworteten Armee handelte, war auch der Krieg gegen Oesterreich nicht vollständig dazu angethan; Gelegenheit zur Bewährung im Unglück fehlte gänzlich. Aber der Prinz hat in diesem Kriege nicht nur die Aufgaben, die ihm als Führer einer Theilarmee zufielen, vollständig und glücklich gelöst, sondern auch weit über diese Grenzen hinaus von einem klaren, sichern Erfassen der gesammten Kriegslage, von einer Befähigung zu großen Conceptionen, vor allem aber von jener in entscheidenden Momenten vor keiner Verantwortung zurückschreckenden Entschlossenheit und Thatkraft Proben abgelegt, die seinen Feldherrnberuf außer Zweifel stellen. Je höher und aufrichtiger wir das Verdienst würdigen, das sich der Prinz am Vorabend des Tags von Königgrätz um den siegreichen Austrag des Kriegs erworben, um so unbefangener dürfen wir in unsern Reflexionen über die Eigenart sein, die in der speciellen Führung seiner Armee zu Tage tritt.

Als Chef des Generalstabs stand dem Prinzen in Voigts-Rhetz einer der als geistige Capacitäten zumeist hervorragenden Generale zur Seite. Die Wahl eines solchen Rathgebers war bei der nicht leicht eine Autorität anerkennenden Persönlichkeit des Prinzen eine durchaus glückliche. Voigts-Rhetz gehört als Stratege zu den Repräsentanten derjenigen strengen und durchaus praktischen Generalstabsschule, die unter Moltke's Vorgänger, dem General von Reyher, ihren Höhepunkt erreicht hat. Moltke selbst ist in der ganzen Anlage des Feldzugs von den Lehren dieser Schule vielfach abgewichen. Er hat, wie man sich ausdrückt, genialer disponirt — vielleicht auch nur in der Praxis anders disponiren müssen, als die auch von ihm adoptirte Theorie lehrte. In den speciellen Operationen der Armee des Prinzen Friedrich Karl tritt dagegen jenes Zusammenhalten der Kräfte, jenes

schulgerechte Sichergehen, das der preußische Generalstab aus dem fleißigen Studium der Napoleonischen Kriege als ein Axiom abgeleitet hatte, wenigstens im ersten Theil des Feldzugs auffällig hervor. Daß auch Prinz Friedrich Karl dieser Theorie huldigt, unterliegt kaum einem Zweifel. Schon sein Handeln vor Düppel ließ manches erkennen, was damit durchaus in Einklang steht.

Herwarth, der Führer der Elbarmee, ist ein Soldat der alten preußischen Friedensschule. Bereits in hohen Jahren stehend und nach Verbringung des Jugend- und besten Mannesalters in jenem strengen Formendienst, der namentlich im Gardecorps, aus dem er hervorgegangen, gehandhabt wird, hat er bei der unter seiner Leitung erfolgten Eroberung von Alsen gezeigt, daß der lange Friede dem guten Soldaten, der in ihm steckte, keinen Abbruch gethan. Vor Jahren, in Zeiten tiefsten Friedens — Herwarth war damals in sehr reifem Alter eben Generalmajor geworden — tröstete der wackere Herr einmal einen jungen Offizier, dem der Friede gar zu lange dauerte, mit dem Hinweis darauf, daß die besten preußischen Generale „alte Kerls“ gewesen seien. Er verwies dabei vornehmlich auf die Heroen des Befreiungskriegs. Herwarth hat dies Wort nicht zur Lüge werden lassen, wenn er auch diesmal nicht volle Gelegenheit fand, sich als selbständiger Führer einer Armee hervorzuthun, da er kurz nach Beginn der Operationen unter des Prinzen Friedrich Karl Befehle trat.

Der Kronprinz von Preußen trat in herrlichster Blüte der Mannesjahre an die Spitze einer Armee, ohne je zuvor kriegerische Proben abgelegt zu haben. In Schleswig hatte er sich in richtiger Würdigung der Situation mit der Rolle eines Zuschauers begnügt. Er hat das Vertrauen seines Königs, das der Armee und sein eigenes Selbstvertrauen vollständig gerechtfertigt. Es ist kein geringes Glück für Preußen, wieder einen Monarchen in Aussicht zu haben, der den Krieg kennen gelernt, der selbst darin in hervorragender Weise thätig gewesen ist. Der Kronprinz hat die reichsten Erfahrungen in diesem Kriege gemacht; die gefahrvollste und schwierigste Aufgabe war gerade seiner Armee zugewiesen. Mag man immer sagen, daß er gut berathen war, daß er den besten Unterfeldherrn gehabt, das Verdienst, gutem Rath gefolgt zu sein, ernste große Entschließungen auf eigene Verantwortung gefaßt zu haben, wird ihm auch derjenige Richter zuerkennen, auf dessen Urtheil Pietät keinen Einfluß übt. Jene starre Consequenz, die sich in des Prinzen Friedrich Karl Operationen kundgibt und die zu gewissen

Härten seines Wesens sehr wohl stimmt, ist in den Operationen des Kronprinzen nicht zu erkennen. Ueberall zeigt sich Schwung und Keckheit; die strenge Schule tritt vollständig zurück. Daß dieser augenfällige Unterschied vorwiegend in den Individualitäten der Führer und nicht etwa ausschließlich in den Rathgebern ihren Grund hat, erweist der Umstand, daß dem Kronprinzen diesmal dieselbe Persönlichkeit als Chef des Generalstabs zur Seite stand, die unter dem Prinzen Friedrich Karl die Operationeu in Schleswig geleitet hat.

Dieser Offizier, Generalmajor von Blumenthal, hat sich im Kriege gegen Dänemark unbedingt als ein einsichtiger und umsichtiger Generalstabsoffizier bewährt. Seine Wahl war also, wie auch dieser Feldzug bewiesen hat, eine gute. Wäre nicht durch eine aller Ritterlichkeit Hohn sprechende Indiscretion im österreichischen Lager ein aufgefangener Brief, den Blumenthal in englischer Sprache an seine Gemahlin, eine geborene Britin, geschrieben hat, zur Veröffentlichung gelangt, so würden vielleicht die Verdienste, die sich dieser General um den glücklichen Ausgang des Kriegs erworben hat, in weitern Kreisen anerkannt worden sein, als es bisher geschehen. Der Brief ist in der Hauptsache echt — niemand, der die Verhältnisse und die Persönlichkeit kennt, zweifelt daran — mag immer der Publicist sich bei der Uebersetzung Fälschungen und Uebertreibungen erlaubt haben. Blumenthal fällt darin nicht nur ein hartes, ungerechtfertigtes Urtheil über Moltke, sondern nimmt darin auch das wesentlichste Verdienst um die glücklichen Resultate im Beginn des Kriegs für seine eigene Person in Anspruch. Es zeigt von Moltke's edelm Charakter, daß er die Sache vollständig ignorirt hat, und daß die Fortdauer eines der delicatesten dienstlichen Verhältnisse, wie das zwischen ihm und Blumenthal, nach jener Publication noch möglich blieb.

Neben Blumenthal wirkte in dem Generalmajor von Stosch eine zweite, besonders für den praktischen Generalstabsdienst tüchtige Kraft. War, wie der schleswig-holsteinische Krieg anzunehmen berechtigt, in Blumenthal das Princip vertreten, möglichst sicher zu operiren, jeden Echec zu vermeiden und mit dem Blut zu geizen, so mag die rücksichtslosere, härtere, aber immer bestimmte und klare Natur Stosch's dazu beigetragen haben, daß kein Blut gespart wurde, wo die Erreichung des Ziels Wagniß und Opfer bedingte. Allgemein anerkannt ist, daß sich Stosch um das, was hinter der Armee vorging, um die Regelung des Lazarethwesens, der Verpflegungscolonnen u. s. w. große Verdienste erworben hat.

Von den Unterführern der gegen Oesterreich gestellten Armeen sind nur wenige zu einer größern selbständigen Geltung gelangt. In der Armee des Prinzen Friedrich Karl war überhaupt nur bei einem Armeecorps der Corpsverband beibehalten, die übrigen Truppen standen als Divisionen direct im Armeeverbande.

In des Kronprinzen Armee aber ragt in General von Steinmetz ein selbständiger Corpsführer entschieden und glänzend hervor. Steinmetz, ein Greis mit schneeweißem Haar, ist ein Mann von Stahl. Kriegserfahrungen brachte auch er nur in beschränktem Maße mit. An den Befreiungskriegen hatte er als noch junger Subalternoffizier theilgenommen, im schleswig-holsteinischen Kriege von 1848 ein paar Bataillone commandirt. Das Eiserne Kreuz und der Orden „Pour le Mérite" schmückten dafür seine Brust. Als Brigadegeneral lenkte er bei den Manövern des Gardecorps durch die Bekundung seines Führertalents die Aufmerksamkeit weiterer militärischer Kreise in hervorragender Weise auf sich. Später in Königsberg Divisionscommandeur, brachte er plötzlich die ganze liberale Partei gegen sich in Harnisch und ward dadurch eine allgemein bekannte Persönlichkeit. Der Vorgang war folgender: Eine von ihm ausgegangene Divisionsverfügung interpretirte eine höhern Orts ergangene Weisung, nach welcher bei der Annahme junger Leute zum Dienst auf Beförderung besonders auf gute Augen zu sehen sei, als ein Mittel, sich dadurch solcher Offizieraspiranten zu entledigen, die sich bei wenig aristokratischer Erziehung „mit Hülfe von Stipendien" nur das nöthige Schulwissen angeeignet hätten. Dieser Erlaß gelangte durch irgendeine Verletzung des Amtsgeheimnisses zur Veröffentlichung und machte namentlich in der Vaterstadt Jacoby's nicht geringen Lärm. Steinmetz war diese Wirkung gleichgültig, nicht aber der Bruch des Amtsgeheimnisses. Pochend auf das einmal bestehende Gesetz, forderte er zeugeneidliche Vernehmung des betreffenden Zeitungsredacteurs und erwirkte, als dieser die Aussage verweigerte, dessen Verhaftung. Als der Redacteur später auf Grund eines ärztlichen Attestes der Haft vorläufig entlassen worden war, forderte Steinmetz die Wiederholung der Procedur nach erwiesener Herstellung der Gesundheit.

Seinen Untergebenen gegenüber war Steinmetz stets ein strenger, oft sogar ein harter Vorgesetzter. Als eine Natur, die milde Regungen zu bekämpfen weiß, hat sich Steinmetz auch im Kriege bewiesen, aber er hat seine Truppen von Sieg zu Sieg geführt und sich wie ihnen einen glänzenden Namen geschaffen.

Bei Männern solchen Namens sind auch Dinge, welche die Geschichte des Tages sonst übergeht, von Interesse. Wir halten es deshalb für Pflicht, zu erwähnen, daß Steinmetz, wenn er auch als Soldat gezeigt hat, daß er das Herz schweigen zu lassen versteht, als Mensch seiner Herrschaft mehr unterworfen ist als mancher andere. In der Mitte der funfziger Jahre, damals schon ein Mann mit völlig gebleichtem Haar, verlor der General sein einziges Kind, eine erwachsene Tochter. Der Schmerz wirkte so niederschmetternd auf den gewaltigen Mann, daß er längere Zeit hindurch in directem persönlichen Verkehr mit der Abgeschiedenen zu leben wähnte. Noch ein anderer Zug mag ein ähnliches Zeugniß geben. Um jene Zeit wurde die Frage an ihn gerichtet, welche der zahlreichen dienstlichen Stellungen, die er damals schon bekleidet hatte, ihm die liebste gewesen? „Meine Stellung an der Spitze des Cadettencorps", erwiderte er. „Die Sorge um die Jugend befriedigt das Herz mehr als jede andere und gewährt den reichsten Lohn, den menschliches Thun überhaupt zu gewähren vermag; Vater sein, heißt erst Mensch sein."

Außer General Steinmetz verdient der Prinz August von Würtemberg genannt zu werden, nicht allein weil das von ihm geführte Gardecorps Tüchtiges geleistet hat, sondern weil der Prinz den rühmlichen Beweis geliefert hat, daß er sich durch den Preußen geleisteten Fahneneid für alle Fälle gebunden erachte. Der Soldat hat zu gehorchen, nicht Politik zu treiben. Gehen Fürsten und Fürstensöhne in fremde Armeen, so gereicht es ihnen zur Ehre, wenn sie der Soldatenpflicht unter allen Umständen eingedenk bleiben. Wer aus freier Wahl Dienst nimmt, verzichtet auf die volle Freiheit seiner Entschließungen.

---

2) Eine strategische Betrachtung. Die gegenseitigen Aufstellungen der österreichischen und der preußischen Armee. Die österreichisch-bairische Convention von Olmütz rücksichtlich der Cooperation Südwestdeutschlands. Preußens Ultimatum an Hannover, Kurhessen und Sachsen. Die Occupation dieser Lande, die Vereinigung der Mainarmee und die dadurch bewirkte Aenderung der Situation. Die Bundestagssitzung vom 16. März und ihre Folgen. Einleitung der großen Operationen auf dem östlichen Kriegsschauplatze. Die beiderseitigen Kriegsplane.

Das nächste Ziel aller Kriegführung ist die Niederwerfung der Streitkräfte des Gegners. Jeder Operationsplan muß deshalb darauf gerichtet sein, zum Zweck des Kampfes die feindliche Armee entweder aufzusuchen oder sich ihr in den Weg zu legen. Die mit der Offen-

sive verbundene Besitznahme feindlicher Gebiete hat in erster Linie nur den Zweck, den Weg zum Gegner zu öffnen. In zweiter Linie steht dann die weitere Aussicht, die Benutzung dieser Gebiete, sei es als Hülfsquellen für die Bedürfnisse des Staats und die Ernährung der Armee, sei es zu strategischen Zwecken aus der feindlichen Hand in die eigene zu legen. Erst in dritter Linie kann es der Regel nach in Betracht kommen, den Besitz solcher Gebiete gewissermaßen als Pfand bei den politischen Verhandlungen zu verwerthen.

Nur in den seltensten Fällen liegt die Absicht eigentlicher Eroberung vor. Unser heutiges Völkerrecht kennt überhaupt Eroberungen nur dann, wenn ein Staat seiner Widerstandsfähigkeit vollständig beraubt ist, wenn innerhalb seiner Grenzen keine geordneten Streitkräfte mehr vorhanden sind, wenn das ganze Staatsgebiet in der Macht des Feindes ist und eine Staatsgewalt thatsächlich nicht mehr existirt. Der Fürst ist dann, gleich dem König Franz von Neapel und andern, die mit ihm dasselbe Los theilen, „depossedirt", das Land „debellirt". In solchen Fällen ist die Eroberung als Thatsache vollzogen, und unsere Völkerrechtslehrer von Vattel bis Heffter und Bluntschli erkennen ihr dann auch volle Rechtsbeständigkeit zu. Die erobernde Staatsgewalt tritt einfach an die Stelle der depossedirten. Solange indeß noch eine feindliche Staatsgewalt existirt, sei sie auch auf die engsten Grenzen zurückgedrängt, kann von Eroberung im völkerrechtlichen Sinne nicht die Rede sein, eine Gebietserwerbung vielmehr nur durch Vertrag, durch Cession im Friedensschluß, vollzogen werden. Der erste Napoleon sah sich deshalb selbst dem zerschmetterten Preußen gegenüber 1807 noch zu einem Friedensschluß veranlaßt. Nicht der Umstand, daß die Heere Frankreichs und Sardiniens im Jahre 1859 bis an den Mincio vorgerückt waren, befreite die Lombardei von der Herrschaft Oesterreichs, sondern der, daß Kaiser Franz Joseph derart geschlagen war, daß er sich außer Stand erachtete, den Kampf auf eigene Hand fortzusetzen, die Hülfe Preußens aber verschmähte. Wäre Magenta in gleichem Maßstabe eine Entscheidungsschlacht gewesen wie Solferino, so würde sie ceteris paribus ganz dasselbe politische Resultat gehabt haben, obgleich hier, an der Westgrenze der Lombardei, von einem Gebietsverlust noch nicht die Rede sein konnte.

Diesen Gesichtspunkt festgehalten, erscheint es natürlich, daß bei zwei einander bekämpfenden Großmächten, wie Preußen und Oesterreich, der Kriegsplan nicht auf directe Eroberung gerichtet sein kann. Selbst wenn die Losreißung einer Provinz für den einen oder andern

Theil Zweck des Kriegs sein sollte, würde dies auf den Entwurf des Operationsplans keinen bestimmenden Einfluß üben dürfen; vor allen Dingen gilt es zu siegen und dadurch in die Lage zu kommen, den Frieden zu dictiren. Die Rücksicht auf das beati possidentes kann dabei nur nebensächlich in Betracht kommen.

Neben dem kriegerischen Ziel, der feindlichen Armee, hat der Führer als politisches Ziel nach dem Stande der neuern Kriegskunst die feindliche Landeshauptstadt ins Auge zu fassen. Mit dem Verlust der Landeshauptstadt sind meist auch die Zügel der Regierung aus der Hand gegeben; zur realen Niederlage gesellt sich die moralische, und der Friedensschluß wird in der Mehrzahl der Fälle zur Nothwendigkeit. Die Kriege Napoleon's I. haben dies vielfach erwiesen, und die Vorgänge des letzten Jahrzehnts auf der westlichen Hemisphäre belegen es aufs neue. Kam 1859 in Italien diese Rücksicht nicht in Betracht, so war die Ausnahme nur durch locale Gründe bedingt. Ein neutrales Gebiet trennte Frankreich und Oesterreich; Oberitalien, auf dessen Bevölkerung man nebenbei rechnete, war der einzige Berührungspunkt für die Gegner und der Vereinigungspunkt für die Alliirten.

Feindliche Hauptstadt und feindliche Armeen werden meist in derselben Richtung zu suchen sein, da sich jede der Hauptarmeen, auch die von vornherein offensive Zwecke verfolgende, so aufstellen wird, daß sie im Fall eines Fehlschlags ihren Rückzug auf die Hauptstadt nehmen kann, diese also im Zurückgehen wie im Vorgehen deckt.

Auf der Linie Wien-Dresden-Berlin, wenigstens nicht weit von ihr entfernt, haben wir deshalb die Hauptoperationen zu suchen. In der österreichischen Hauptstadt scheint man dies nicht immer mit voller Klarheit erkannt zu haben. Die alte Marotte von einer Wiedereroberung Schlesiens hat dort die Köpfe verwirrt und in Verbindung mit der ebenso unklaren Idee, daß Preußen, wenn es je eine Offensive gegen Wien führen wolle, mit seiner Hauptarmee auf dem nächsten Wege von der Grenze aus, also, Berlin ungedeckt lassend, von Oberschlesien her vordringen werde, zur Verwendung kolossaler Mittel auf die Festung und das verschanzte Lager von Olmütz geführt. Für einen Krieg gegen Preußen würde eine solche Anlage auf der Verbindungslinie beider Hauptstädte eine ganz andere Bedeutung haben. Pardubitz an der Elbe wäre beispielsweise einer der Punkte, wo eine zum Sammelpunkt einer geschlagenen Armee geeignete Festung von ungemeiner Bedeutung sein könnte.

Bei den ersten Truppenaufstellungen, die Oesterreich gegen Preußen ins Werk setzte, war der Gedanke eines Vorbrechens durchs Erzgebirge von preußischer Seite gegen Wien, beziehungsweise einer österreichischen Offensive auf derselben Operationslinie gegen Berlin der maßgebende. Böhmen war ein Hauptsammelplatz der Truppen, die man freilich anfänglich noch vielfach an den Grenzen zersplitterte, als ob Preußen daran denken könnte, selbst noch ungerüstet, in Oesterreich einzufallen. In der zweiten Hälfte des Mai indeß, als man zur eigentlichen Kriegsformation schritt, gab man Böhmen als Aufstellungspunkt der Hauptarmee auf und wählte Olmütz zum Mittelpunkt der Truppenconcentrirung. Ob dabei die Idee einer Eroberung Schlesiens noch vorwaltete, oder ob der Feldzeugmeister Benedek bei dem Zustande, in dem sich die Armee noch befand, nur die Stützung auf das verschanzte Lager von Olmütz für vortheilhaft erachtete, mag dahingestellt bleiben. Das letztere ist bei Benedek's militärischer Einsicht das Wahrscheinlichere.

Solange der Beginn der Feindseligkeiten noch nicht zu erwarten war, reichte die neue oder vielmehr erste planmäßige Aufstellung der österreichischen Nordarmee in der Front von Krakau über Olmütz hinweg bis weit über Prag hinaus und in der Tiefe bis Brünn und Wien. Die längs der ganzen Front herlaufende Eisenbahnverbindung, sowie die beiden von Olmütz und Bömisch-Trübau südwärts führenden Stränge ermöglichten in dieser Aufstellung eine rasche Concentrirung und erleichterten Verpflegung und Ausrüstung. Gegen das Ende des Mai rückten die Corps aber mehr um Olmütz zusammen, und am 10. Juni finden wir nur das erste Corps (Clam-Gallas) mit der Brigade Kalik im nördlichen Böhmen, das Gros der Armee aber auf der Linie Böhmisch Trübau-Olmütz strategisch aufmarschirt. Ein besonderes Corps von 9 Bataillonen, 5 Escadrons und 16 Geschützen, im ganzen nur etwa 6000 Mann zählend, stand in der Gegend von Krakau.

Daß Oesterreich bei einem Kriege gegen Preußen zweier Armeen bedürfe, wie sie hier unter Benedek und Clam-Gallas aufgestellt waren, hat seit langem festgestanden. Immer aber wurde angenommen, daß die Hauptarmee in Böhmen, die Nebenarmee bei Olmütz ihren Platz finden würde. Die Gründe für die erstere Aufstellung haben wir bereits angedeutet, die Nothwendigkeit einer zweiten Armee bei Olmütz ergibt ein Blick auf die Karte. Die hart das preußische Gebiet streifende Eisenbahnlinie über Olmütz und Krakau ist die Haupt-

verbindung zwischen dem Centrum und den nordöstlichen Ländern der Monarchie, sie zu schützen also von hervorragender Wichtigkeit. Die Anwesenheit einer zweiten Armee an diesem Punkte wird Schlesien dauernd bedrohen, für Preußen also voraussichtlich eine Veranlassung ergeben, gleichfalls seine Kraft zu theilen. Eine secundäre österreichische Offensive nach Oberschlesien hinein kann endlich unter Umständen die Operationen der Hauptarmee in Böhmen wesentlich unterstützen.

In der Militärliteratur Oesterreichs läßt man die von uns angeführten Gründe für das diesmal zur Anwendung gebrachte umgekehrte Verfahren (die Aufstellung der Hauptarmee bei Olmütz) nicht gelten, vielmehr behauptet man, daß nur die Absicht vorgelegen habe, Preußen über das von Oesterreich ins Auge gefaßte nächste Operationsobject (Dresden-Görlitz oder Breslau) zu täuschen und dadurch zur Theilung seiner Hauptkraft zu bewegen. Die Eitelkeit dieser Phrase erweist der weitere Verlauf der Dinge, wenn auch unleugbar vor Beginn der Operationen ein mehrfaches Hin- und Herschieben der preußischen Corps stattgefunden hat, worüber in Wien allzu voreilig gespottet wurde.

Auf preußischer Seite mußte, solange die Truppenaufstellungen noch einen defensiven Charakter hatten, naturgemäß die Deckung von Berlin zunächst ins Auge gefaßt werden. Einen weitern Gesichtspunkt aber eröffnete die Rücksicht auf Schlesien.

Zur Deckung Berlins war die natürlichste Aufstellung an der Nordgrenze Sachsens. Hier stand man auf dem geraden Wege nach Wien und auf der Rückzugslinie nach Berlin. Nach dem im Großen Generalstabe seit Jahr und Tag feststehenden, zuletzt noch durch Reyher sanctionirten Defensivplan gegen Oesterreich war denn auch hier die Aufstellung der Hauptarmee projectirt. Man rechnete dabei auf eine große Defensivschlacht in der Gegend von Jüterbogk, die, siegreich durchgefochten, ähnlich wie die Schlacht von Waterloo den Weg zur feindlichen Hauptstadt eröffnen sollte. Mit einer zweiten im Herzen Schlesiens zu versammelnden Armee gedachte man dann eine etwa in diese Provinz eingedrungene feindliche Nebenarmee zurückzuweisen oder einen Flankenstoß gegen die nach Norden vorrückende feindliche Hauptarmee zu führen und sie dadurch zur Theilung zu zwingen.

Diesem einfachen, natürlichen und durchaus richtigen Plane lag neben der Voraussetzung einer vorerst rein defensiven Haltung und

der Absicht, sächsisches Gebiet so lange zu respectiren, bis es vom Feinde betreten würde, diejenige Stärke der preußischen Armee zu Grunde, wie sie vor der Reorganisation von 1859 bestand. Unter diesen Voraussetzungen mußte alles auf Eine Karte gesetzt werden. Ging die Hauptschlacht, die auf der kurzen, keineswegs zur Vertheidigung geeigneten Strecke zwischen Sachsens Grenze und Berlin geschlagen werden mußte, verloren, so war der Feind vor den Thoren der Hauptstadt. Ein solcher Plan konnte natürlich nur so lange Bestand haben, als dem Strategen nicht gestattet war, die Politik in seinen Calcul zu ziehen. Sobald das politische Moment hinzutrat, mußte der Gedanke, dem Gegner in der Besetzung Dresdens zuvorzukommen und die erste Schlacht unter günstigern Verhältnissen und ferner von Berlin zu schlagen, die Oberhand gewinnen.

Diesmal ging man schon in den ersten Dispositionen von dem traditionellen Plan ab. Man legte nicht den Hauptaccent auf die Frontstellung an der Nordgrenze Sachsens, sondern auf die von Schlesien aus über Görlitz zu führende Flankenoperation, was mit Gewißheit die erste Entscheidung auf sächsischen Boden verlegt haben würde, auch wenn man dem Gegner die Initiative überlassen hätte. Die Erste Armee (Prinz Friedrich Karl), die sich gegen Ende Mai rechts von der Elbe an der Nordgrenze Sachsens gesammelt hatte, schob ihre Spitze bis unmittelbar an den von Schlesien nach Sachsen führenden Paß von Görlitz. Dieser Armee gehörte zur Zeit auch das Gardecorps an. Hier wären also vier ganze Armeecorps, circa 140000 Mann, zu einem gewaltigen Flankenstoß gegen ein Berlin bedrohendes feindliches Heer bereit gewesen, was den Gegner wahrscheinlich veranlaßt hätte, von jeder Operation gegen Berlin vorläufig Abstand zu nehmen und zuerst den Feind in der Flanke abzuwehren. Nördlich der sächsischen Grenze in der Gegend von Torgau sammelten sich die drei Divisionen der Elbarmee, also eine Macht, die jedenfalls stark genug war, einen Stoß gegen Berlin zu pariren, wenn der Feind seine Kraft getheilt und gleichzeitig nach Norden und Osten Front gemacht hätte.

Diese Aufstellungen, obgleich jedenfalls aus dem Gedanken an die Offensive hervorgegangen, sind also auch im defensiven Sinne durchaus klar. Weniger ist dies bei der Zweiten Armee (Kronprinz) der Fall, der speciell die Deckung Schlesiens aufgetragen war. Dieselbe wechselte noch zu Anfang Juni mehrfach ihre langgedehnte Aufstellung dicht hinter den nach Böhmen und Mähren führenden Gebirgs-

päſſen von Hirſchberg bis weit hinab nach Neiſſe. Eine militäriſche Rechtfertigung im Sinne einer wirkſamen Defenſive iſt für dieſe Aufſtellung, die an jedem Punkte durchbrochen werden konnte, noch viel weniger zu finden als für die der Dänen an der Danevirke. Nicht unmöglich, daß der König nur ſeinen Schleſiern einen gewiſſen Troſt gewähren wollte, der freilch ſehr problematiſcher Natur war. Wollte man dem Feinde die Initiative überlaſſen und war man über die Punkte, wo er einbrechen würde, nicht im Klaren, ſo hätte eine Defenſivaufſtellung mit der Maſſe der Truppen in einer centralen Poſition (etwa bei Brieg) genommen, die Grenze aber nur mit ſchwachen Abtheilungen beobachtet werden müſſen. Sobald dann der Durchbruchspunkt der feindlichen Hauptarmee erkannt war, konnte man ihr mit geſammelter Macht entgegengehen und ſie angreifen. Dieſen Principien aber entſprachen die Dispoſitionen zur Deckung Schleſiens keineswegs. Unſerer Ueberzeugung nach hat der leitende Stratege einen Angriff der öſterreichiſchen Hauptarmee in Schleſien nie erwartet, oder war von vornherein entſchloſſen, ihm durch die Offenſive nach Böhmen zuvorzukommen. Die Truppenaufſtellungen, wie ſie an der Grenze genommen wurden, waren in ſeinen Augen jedenfalls nur durch die Rückſicht auf die beabſichtigte Offenſive, die Lage der Eiſenbahnen und die gute Unterkunft der Truppen motivirt.

Der Kronprinz, zur Zeit noch ausdrücklich mit der Deckung Schleſiens beauftragt, fühlte auch das ſtrategiſch Ungerechtfertigte ſeiner Aufſtellung. Am 10. Juni, alſo zur Zeit, als Benedek bei Olmütz vollſtändig aufmarſchirt war, erbat und erhielt er die Genehmigung zum Abmarſch mit der damals erſt drei Corps (1., 5., 6.) ſtarken und in der Gegend von Hirſchberg und Landshut weitläufig cantonnirenden Armee nach der Gegend von Neiſſe. Hier, unter dem Schutz eines feſten Platzes und hinter einem durch den Neiſſefluß gebildeten Abſchnitt, hatte die Aufſtellung inſofern einen Sinn, als die Armee jetzt der Benedek'ſchen Stellung bei Olmütz direct gegenüber, alſo an demjenigen Punkte ſtand, wo der Feind, wenn ein Einbruch in Schleſien überhaupt in ſeiner Abſicht lag, denſelben wahrſcheinlich vollführt haben würde. Noch immer aber war der Kronprinz zu ſchwach, dieſer Eventualität zu begegnen. In den Tagen vom 14. bis 20. Juni ward ihm deshalb auf dem Schienenwege über Breslau das bis dahin unter dem Prinzen Friedrich Karl ſtehende, zum Theil in Berlin, zum Theil in der Lauſitz und der ſüdöſtlichen Mark cantonnirende Gardecorps zugeführt. Dieſer ſchnelle, ununterbrochene Eiſenbahntransport einer Truppen-

masse von 36000 Mann mit Pferden, Wagen und Geschütz war eine Musterleistung der Verwaltung und Technik der Eisenbahnen wie der Disciplin der Truppen.

Selbst nach dieser Verstärkung scheint uns die Stellung des Kronprinzen noch immer eine bedenkliche gewesen zu sein. Mit circa 125000 Mann, die übrigens bei weitem nicht concentrirt standen, sondern mit einzelnen Theilen meilenweit in die schlesische Ebene und in die Thäler der Grafschaft Glatz zurückreichten, war er dem Anfalle der ganzen, fast doppelt so starken Armee Benedek's ausgesetzt. Die Gefahr wäre um so größer gewesen, wenn Benedek, statt durch die Pässe, die unmittelbar vor der Front des Kronprinzen lagen, zu debouchiren, weiter südostwärts in Oberschlesien eingedrungen wäre und die Armee des Kronprinzen gezwungen hätte, auf ihre Terrainvortheile zu verzichten und sich in offener Ebene nach der linken Flanke zu entwickeln, sei es abwartend oder entgegenrückend.

Der Hauptfehler der Aufstellung bei Neisse, sofern man sie im defensiven Sinne erfaßt, wie es selbst in einer von einem Generalstabsoffizier des Kronprinzen geschriebenen, also quasi officiösen Broschüre geschieht, scheint aus folgender Betrachtung hervorzugehen. Standen bei Neisse und weiter rückwärts bis Görlitz keine Truppen, so war für Benedek keine Aufforderung vorhanden, in Schlesien einzudringen. Wir wissen heute, daß Benedek die gerade Straße durch Böhmen nach Berlin für seine Operationen selbst dann noch fest im Auge behielt, als er bereits bei Olmütz concentrirt stand. So gerechtfertigt wir dies finden, so groß ist dennoch der Fehler des österreichischen Feldherrn, daß er die Gelegenheit versäumte, den Kronprinzen unter siegverheißenden Umständen anzugreifen. Ein Luftstoß nach Schlesien, eine nutzlose Landüberschwemmung wäre freilich ein Fehler gewesen, ein Sieg über den Kronprinzen aber, dem hier jede Unterstützung fern war, ein unschätzbarer Gewinn. Die Aufstellung bei Neisse war weniger ein Schutz für Schlesien, als eine Herausforderung an Benedek, den Kriegsschauplatz auf preußischen Boden zu verlegen. Hätte der Kronprinz bei Neisse auch keine Niederlage erlebt, wäre er nur zum Rückzuge gezwungen worden, so hätte dieser Rückzug etwa auf Liegnitz gehen müssen, wo sich dann Prinz Friedrich Karl mit ihm vereinigen konnte. Die ganze kriegerische Action wäre damit vorläufig in die Ebenen des deutschen Nordostens verlegt worden, und um den preußischen Offensivplan war es geschehen.

Die zuletzt entwickelten Armeeaufstellungen auf dem östlichen Kriegsschauplatz waren diejenigen, aus denen die zum taktischen Zusammenstoß führenden Vormärsche ins Werk gesetzt wurden. Ehe wir auf dieselben näher eingehen, bedarf es eines Blicks nach Westen und Norden, um die ganze Lage der Dinge zu überschauen und den eigentlichen Ausgangspunkt des kriegerischen Dramas zu finden.

Zwei Tage, ehe der österreichische Mobilisirungsantrag in Frankfurt zur Abstimmung gelangte, am 12. Juni, erließ Preußen ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen, worin es erklärte, daß es die Zustimmung zu jenem Antrage einer Solidaritätserklärung mit den militärischen Maßnahmen des Kaiserstaats und somit einer Kriegserklärung gleichachten würde. Auch der erbittertste Theil der österreichischen Presse erkannte nach alsbald erfolgter Veröffentlichung dieses Actenstücks Preußen das Recht zu, sofort nach Annahme des österreichischen Antrags an die Waffen zu appelliren. Den völkerrechtlichen Forderungen war damit um so mehr genügt, als der Antrag eine schwere Verletzung des Bundesrechts involvirte. Oesterreich gegenüber war der Kriegszustand gewissermaßen schon vorhanden, da der kaiserliche Gesandte in Berlin am 12. Juni seine Pässe verlangt und die Residenz verlassen hatte. Auch im Lager der übrigen Gegner Preußens wurde der Krieg als selbstverständlich angenommen, wie die bereits vor der Entscheidung über den Mobilisirungsantrag vereinbarten Abmachungen bezüglich der Kriegführung darthun.

Als Repräsentant der Staaten des deutschen Südens warf sich Baiern auf. Die Verhandlungen, welche zwischen Baiern und Oesterreich bezüglich der Kriegführung gepflogen worden sind, fanden ihren Ausdruck in der nachstehenden, unter dem 14. Juni unterzeichneten Convention von Olmütz:

Nachdem Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich wiederholt und feierlich hat erklären lassen, daß dem Gedanken [illegible] nichts ferner liege als ein Angriff auf Preußen, und daß die k. k. Regierung [illegible] des Art. 11 der Bundesacte [illegible] gemeinschaftliche [illegible] Grund eines legalen [illegible] auf einen [illegible] Auftrage [illegible] nachstehende [illegible]

[illegible] Mann,

bleibt fortwährend selbständig unter ihrem eigenen Oberbefehlshaber, dem Feldmarschall Prinzen Karl von Baiern, königliche Hoheit.

2) Unter dem bairischen Oberbefehlshaber stehen auch die Contingente des Königreichs Würtemberg, der Großherzogthümer Baden und Hessen und des Herzogthums Nassau in Gemäßheit der von den Regierungen dieser Staaten mit der bairischen Regierung getroffenen Vereinbarungen.

3) Der bairische Oberbefehlshaber wird die Operationen der unter ihm stehenden vereinigten Armeen nach einem gemeinschaftlichen und einheitlichen Operationsplane, sowie nach den hierauf gegründeten Directiven anordnen und leiten, welche ihm hierfür von dem k. k. österreichischen Obercommando mitgetheilt werden. Bei der Feststellung dieses Operationsplans wird in gleicher Weise darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß die Operationen stets im Einklange mit den Landesinteressen der Staaten der vereinigten Armeen bleiben, und daß ebenso auf Deckung der eigenen Gebiete ihrer Kriegsherren Rücksicht genommen werde, als auf Erreichung der Hauptzwecke des Kriegs durch möglichste Vereinigung der Streitkräfte.

4) Um die gegenseitigen Beziehungen noch zu vermehren und den Vollzug der Operationen noch zu erleichtern, wird ein österreichischer General oder Oberst das bairische Hauptquartier stets begleiten, sowie zu demselben Zwecke ein bairischer General oder Oberst dem österreichischen Hauptquartier beigegeben.

5) Die königlich bairische Armee wird bis zum 15. Juni laufenden Jahres in Franken und in der Nähe von Eisenbahnen eine Aufstellung genommen haben, von welcher aus es ihr möglich wird, je nach den Verhältnissen ihre Bewegungen dem verabredeten Kriegsplane entsprechend einzurichten.

6) Da die militärischen Operationen auf Grund des Bundesrechts stattfinden, wird auch der Friedensschluß in bundesgemäßer Weise erfolgen, und die k. k. österreichische Regierung verpflichtet sich insbesondere, keine einseitigen Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen, vielmehr solche Verhandlungen nur unter Theilnahme eines Bevollmächtigten der königlich bairischen Regierung einzuleiten und im Einverständniß mit dieser abzuschließen.

7) Für den Fall, daß die nicht vorherzusehenden Wechselfälle des Kriegs es unvermeidlich machen sollten, daß bei dem Friedensschlusse Territorialveränderungen in Frage kämen, verpflichtet sich die k. k. österreichische Regierung, aus allen Kräften dahin zu wirken, daß Baiern vor Verlusten bewahrt werde, jedenfalls aber mit solchen nur im gleichen Verhältniß zu allen verbündeten Staaten belastet und für etwaige Abtretungen demgemäß entschädigt werde.

8) Die Ratificationen gegenwärtiger Punktation durch die allerhöchsten Souveräne bleibt vorbehalten. Dieselbe soll binnen acht Tagen erfolgen, und es sollen dadurch gegenwärtige Punktationen die Natur und Kraft eines förmlichen Staatsvertrags erhalten.

Olmütz, 14. Juni 1866.

Daß das officielle Datum der Convention ohne jeden Belang ist geht daraus zur Evidenz hervor, daß der wesentlichste Theil der angeblich am 14. Juni beschlossenen militärischen Maßnahmen schon am 15. Juni zur Ausführung gelangt sein sollte. Der Wortlaut dieses Vertrags zeigt überdies, daß Baiern mit Oesterreich keineswegs als

ein Glied des Deutschen Bundes verhandelt, sondern durchaus in der Stellung einer selbständigen, ihre Hausinteressen weislich wahrenden Macht gehandelt hat. Die ganzen Verhandlungen am Bunde waren eine eitle Komödie.

Daß bei den Vereinbarungen des deutschen Südwestens mit Oesterreich Sachsen außer Betracht blieb, war durchaus gerechtfertigt. Das sächsische Corps bildete die natürliche Avantgarde der österreichischen Armee bei einer Offensive gegen Berlin; es war auf die active Unterstützung durch die österreichische Armee oder auf den Rückzug nach Böhmen angewiesen, sofern Preußen die Offensive ergriff.

Hannovers und Kurhessens schwankende Politik und gefährdete Lage haben es wahrscheinlich veranlaßt, daß sie in die Convention von Olmütz nicht mit einbegriffen waren. Daß auf ihren Anschluß an die süddeutsche Macht gerechnet gewesen, steht indeß außer Zweifel, wenn auch keinerlei Dispositionen in dieser Beziehung ans Licht traten.

Nicht nur der bereits in Betracht genommene Rüstungszustand der österreichischen Armee und derjenigen der Bundestruppen, auch die unfertige Planung des Ganzen zeigt, daß Oesterreich die Herbeiführung der kriegerischen Katastrophe überstürzt hat.

Hätte man klar gedacht und entschlossen handeln wollen, so standen für die Operationen der Bundestruppen nur zwei Wege offen. Entweder mußte man alles aufbieten, um Oesterreichs Armee in Böhmen durch die Bundestruppen möglichst zu verstärken und mit demjenigen Theile der letztern, der nicht dorthin zu schaffen war, nur einen Vertheidigungs- oder nach Umständen aggressiven Guerrillakrieg führen, oder man mußte bestrebt sein, den Keil zu verstärken, der durch Hannover und Kurhessen zwischen die preußischen Lande hineingeschoben war, und damit die wichtigsten Pulsadern des feindlichen Staats durchschneiden.

Ersteres, die möglichste Verstärkung der österreichischen Armee, wäre das Richtigste, das dem Geiste der modernen Kriegführung zumeist Entsprechende gewesen. Wurde die preußische Hauptarmee in Böhmen, Schlesien oder der Mark entschieden aufs Haupt geschlagen, so war damit auch die Entscheidung für das übrige Deutschland gegeben. So einfach aber eine solche Anschauung ist, so zahllose Belege sie in der neuern Kriegsgeschichte findet, so vielfach wird noch immer dagegen verstoßen. Ströme von Blut fließen in nutzlosen, nichts entscheidenden Gefechten, weite Landstrecken werden von dem Verderben des Kriegs heimgesucht, alles in Verkennung des Grundsatzes, daß die feindliche Armee und zwar vor allem die feindliche Hauptarmee das

Ziel entscheidender kriegerischer Operationen ist. In einer officiösen Abhandlung über die bairische Kriegführung *) wird als Rechtfertigung dafür, daß die bairischen Truppen sich den österreichischen in Böhmen nicht unmittelbar anschlossen, der Umstand angegeben, daß die Concentrirung der erstern an der Ostgrenze Baierns und ihr Transport nach Prag 14 Tage erfordert hätte, daß also, wenn man nach der Bundestagsentscheidung am 15. Juni ans Werk gegangen wäre, die Truppen erst am 29. Juni, also möglicherweise (aber keineswegs voraussichtlich) zu spät in Böhmen angelangt wären. Diese Rechtfertigung ist durchaus unhaltbar, denn so gut man sich bereits früher entschloß zu rüsten, so gut konnte man auch seine Truppen an der Ostgrenze sammeln, statt sie bei Frankfurt, Bamberg, Augsburg, München, Regensburg u. s. w. verzettelt aufzustellen. Baiern wollte eben seiner Kriegführung denselben großmächtlichen Anstrich geben, den seine Politik unter von der Pfordten gewonnen hatte. Die Hoffnung, bei der Theilung preußischer Provinzen oder benachbarter Gebiete das beati possidentes geltend zu machen, hat auch hier das Auge verblendet.

Daß man sich nicht in Bereitschaft setzte, sofort in Hannover einzurücken und Verbindung mit der von ihrem Angestammten verlassenen augustenburgischen Partei anzuknüpfen, mag in dem anfänglichen Mistrauen gegen Hannover und später in den Einwirkungen, die der von Oesterreich als strategischer Mentor entsandte Generalmajor Graf Huyn übte, seine Erklärung finden. Davon später.

Am 14. Juni, als die verhängnißvolle Entscheidung in Frankfurt fiel, war ebenso wenig wie für den Anschluß an Oesterreich Vorsorge für eine Vereinigung der Truppen der preußenfeindlichen Staaten unter sich getroffen. Für Preußen ergab sich hieraus selbstverständlich die Aufgabe, mit den wenigen Truppen, die es noch in Schleswig-Holstein, in Westfalen und bei Wetzlar (dem Concentrationspunkt der aus Frankfurt und den Bundesfestungen zurückgezogenen Besatzungen) disponibel hatte, diese Vereinigung zu vereiteln, vor allem aber sich derjenigen feindlichen Gebiete zu bemächtigen, welche die Rheinlande und Westfalen vom Gros der Monarchie vollständig trennten. Ein Vergleich der auf dem westlichen Kriegstheater gegeneinander in die Wage fallenden Truppenstärken zeigt, daß diese Preußen gestellte Aufgabe, deren

---

*) „Ursachen und Wirkungen der bairischen Kriegführung" (München, H. Manz, 1866). Auch als besonderer Abdruck in Nr. 301 der augsburger „Allgemeinen Zeitung" von 1866 erschienen.

Lösung allein die Gefahr einer Invasion seines Gebiets im Rücken der gegen Oesterreich aufgestellten Armeen abzuwenden vermochte, eine unendlich schwierige war. Es ist ein leuchtendes Zeugniß dafür, wie richtig Preußen die Misère der Kleinstaaterei erkannt hatte, daß es wagte, fast seine ganze Armee für die Offensive gegen Oesterreich und Sachsen zu verwenden und mit etwa 50000 Mann, die noch dazu in drei weit voneinander stehende Haufen getrennt waren, dem ganzen übrigen Deutschland, das großentheils seit Monaten gerüstet hatte, die Spitze zu bieten. Selbst nach dem allerdings kläglichen Ergebniß dieser Rüstungen wäre das Wagniß unverantwortlich gewesen, hätte Preußen nicht darauf rechnen dürfen, daß Uneinigkeit, Egoismus, Mangel an Energie des Wollens sich in der kriegerischen Action ebenso kundgeben würden, wie es im Laufe eines funfzigjährigen Friedens auf so vielen andern Gebieten geschehen.

In der gegebenen Situation war für die preußische Action in Norddeutschland kein Augenblick zu verlieren, denn die Macht Baierns konnte binnen wenigen Tagen ihr Gewicht geltend machen. Dennoch machte Preußen von der Actionsfreiheit, die es sich durch die Circulardepesche vom 12. Juni geschaffen hatte, keinen unmittelbaren Gebrauch. Wilhelm I. wollte noch einen Beweis seiner friedlichen Gesinnung und seines strengen Festhaltens an dem von Preußen aufgestellten bundesstaatlichen Programm geben, ehe er zu den Gewaltschritten, welche die Selbsterhaltung gebot, seine Zustimmung gab. Am 15. Juni, also tags nach der verhängnißvollen Entscheidung in Frankfurt, erging an die Regierungen von Hannover und Kassel, deren Staatsgebiete den Westen und den Osten der Monarchie trennten, sowie an diejenige von Sachsen, dessen strategischer Bedeutung für den Krieg gegen Oesterreich bereits gedacht wurde, nochmals die Aufforderung, in ein Bündniß auf Grund unbewaffneter Neutralität unter Anerkennung der Reformvorschläge vom 14. (10.) Juni mit Preußen einzutreten. Diese Aufforderungen ergingen als Ultimata. Da sie im wesentlichen gleichlautend waren, lassen wir nur die Hauptstellen der betreffenden vom preußischen Gesandten in Dresden an die dortige Regierung gerichteten Note folgen:

[illegible] Regierung hat am 14. Juni gestimmt, daß die [illegible] Bundesarmeecorps mit [illegible] Regierung kann [illegible] Act der [illegible] Lage des

Königreichs Sachsen in Beziehung auf die ihm benachbarten preußischen Landestheile macht es ihr unmöglich, über die feindselige Stellung hinwegzugehen, welche die königlich sächsische Regierung hierdurch ihr gegenüber eingenommen hat. Der unterzeichnete königlich preußische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister hat infolge dessen den Auftrag erhalten, die königlich sächsische Regierung um eine Erklärung darüber zu ersuchen, ob Se. Maj. der König von Sachsen ein Bündniß mit Preußen schließen will unter der Bedingung, daß 1) die königlich sächsischen Truppen sofort auf den Friedensstand vom 1. März laufenden Jahres zurückgeführt werden; 2) Sachsen der Berufung des deutschen Parlaments zustimmt und die Wahlen dazu ausschreibt, sobald es von Preußen geschieht; 3) Preußen dem König sein Gebiet und seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 14. d. M. gewährleistet. Sollte die königlich sächsische Regierung sich nicht entschließen können, ein solches Bündniß zu schließen, so würde Se. Maj. der König zu seinem lebhaften Bedauern sich in die Nothwendigkeit versetzt finden, das Königreich Sachsen als im Kriegszustande gegen Preußen befindlich zu betrachten und diesem Verhältniß entsprechend zu handeln. Indem der Unterzeichnete noch die Ehre hat ergebenst zu bemerken, daß er angewiesen ist, eine Antwort im Laufe dieses Tages zu erbitten, und daß eine Verzögerung derselben über diesen Termin hinaus ebenso wol wie eine ausweichende Antwort als eine Ablehnung angesehen werden würde, benutzt er auch diese Gelegenheit, um Sr. Exc. dem königlich sächsischen Staatsminister Hrn. Freiherrn von Beust den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung erneuert darzubringen.

(Gez.) Schulenburg.

Sr. Exc. dem königlich sächsischen Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn von Beust.

Noch wies der Zeiger der Uhr am 15. Juni nicht auf Mitternacht, und Preußen war durch seine Gesandten von der entschiedenen Weigerung den betreffenden Regierungen unterrichtet, seine Generale aber auch schon im Besitz der Befehle zu entscheidendem Handeln.

Diese Befehle lauteten in Betreff Hannovers und Kurhessens dahin, in diese Staaten unverzüglich einzurücken und die dort zum Kampfe gegen Preußen in der Rüstung begriffenen Corps unschädlich zu machen. Gleichzeitig handelte es sich dabei darum, die in Schleswig-Holstein, in Westfalen und bei Wetzlar zerstreut stehenden preußischen Truppencorps zu vereinigen, um alsdann mit der also vereinigten, wenn auch schwachen Armee die im südwestlichen Deutschland auftretenden Feinde Preußens noch vor Vollendung ihrer militärischen Organisation und vor vollzogener Vereinigung ihrer Kräfte einzeln anzufallen und zu schlagen. Die gegen Oesterreich aufgestellten Armeen des Prinzen Friedrich Karl und Herwarth's erhielten Befehl, sich Sachsens zu bemächtigen, was eine vollständige Umgestaltung der bis dahin für Preußen außerordentlich ungünstigen strategischen Situation auf dem östlichen

Kriegsschauplatze zur Folge haben mußte. Preußen ergriff also in großartigem Maßstabe die kriegerische Initiative.

Hätte man sich in Hannover und Kassel die Lage der Dinge rechtzeitig klar gemacht, hätte man die wiederholt von Berlin aus ergangenen sehr bestimmten Androhungen dessen, was Preußen thun müsse und werde, wenn man eine feindliche Stellung ihm gegenüber einnähme, nicht ganz unbeachtet gelassen, so wäre es immer noch möglich gewesen, dem gewaltsamen Unternehmen, das jetzt ins Werk gesetzt wurde, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Aber vollständig sinn- und planlos waren die Dynasten jener Staaten ins preußenfeindliche Lager gerannt.

Um zunächst einen Beweis der Offenheit des Grafen Bismarck gegenüber dem Hofe von Hannover zu geben, sei einer Note gedacht, die schon am 9. Mai, nachdem der hannoverische Gesandte kurz vorher dem sächsischen Antrag am Bunde zugestimmt hatte, preußischerseits erging. Es wurde darin von vornherein ausgesprochen, daß die bis dahin noch unterlassene Mobilmachung des 7. (westfälischen) Armeecorps nur in Rücksicht auf die feindliche Haltung Hannovers erfolgt sei. Preußen forderte nichts als friedliche Neutralität; im Hinblick auf ein anderes Verhalten hieß es:

Wir können die Rüstungen der übrigen deutschen Staaten, selbst die des benachbarten Sachsen, ertragen und eine, wenn auch vorsichtige und unsere Sicherheit im Auge behaltende, doch abwartende Stellung dazu einnehmen, weil auch Sachsen noch außerhalb unserer nächsten militärischen Linie liegt. Anders ist es mit Hannover. Es ist unnöthig, ein Wort weiter darüber zu verlieren, wie sich die Situation in militärischer Hinsicht gestaltet, wenn wir Hannover unter die Zahl unserer Gegner rechnen müssen.

Und weiter:

Wenn wir aber jetzt auch bei denjenigen Regierungen, welche die Natur der Dinge und das Verhältniß der geographischen Lage zu unsern natürlichen Bundesgenossen, ebenso sehr in ihrem eigenen wie in unserm Interesse machen sollten, einer feindseligen Tendenz begegnen, die unsere eigene Sicherheit gefährdet, so kann es nicht ausbleiben, daß wir *jede andere Rücksicht dem Bedürfniß der Selbsterhaltung unterordnen.* Se. Maj. der König darf und wird alsdann keinen andern Beweggrund anerkennen, als die Pflichten gegen sein Land; und selbst die Rücksicht auf einen ihm so nahe stehenden Monarchen, wie der König von Hannover, wird dagegen zurücktreten müssen.

Die Note bewirkte nichts weiter als ein Versprechen, man wolle mit Preußen wegen der Neutralität in Unterhandlung treten. Inzwischen aber nahmen Vorkehrungen für das Lager von Stade, wo sich die österreichische Brigade Kalik und ein augustenburgisches Aufgebot mit den hannoverischen Truppen vereinigen sollten, ihren Fort-

gang. Doch auch nach dieser Richtung hin fehlte es an Muth und Entschluß.

Die Regierung von Kurhessen war in schwierigerer Lage. Dort verweigerte der Landtag noch am 15. Juni, also nach dem Bundesbeschlusse vom 14. Juni, mit sehr großer Majorität die Kosten für die Mobilmachung, während in Hannover der Streit über dieselbe Frage ohne Austrag geblieben war. Hatte die Regierung von Hannover das Volk nicht für sich, so hatte die von Kassel dasselbe entschieden gegen sich.

Wollten Hannover und Kurhessen einmal auf eigene Hand Cabinetspolitik treiben, so wäre es ihnen bei alledem nicht unmöglich gewesen, noch nach erfolgter Stellung des österreichischen Mobilisirungsantrags so zu disponiren, daß am Tage nach der Abstimmung etwa bei Göttingen ein Corps von ungefähr 30000 Mann Hannoveranern und Kurhessen vereinigt gestanden hätte. Die aus drei verschiedenen Richtungen zu erwartenden preußischen Colonnen konnten dann mit erheblicher Uebermacht einzeln angefallen und möglicherweise geschlagen werden. Aber nichts von dem geschah: man hatte das Aeußerste provocirt und hielt sich auf die natürlichsten Consequenzen seines Handelns nicht im mindesten gefaßt.

Erst am 15. Juni waren die preußischen Truppen aus Frankfurt und den Bundesfestungen und einige Verstärkungen aus Westfalen, nach höchster Angabe 18 Bataillons, 5 Escadrons und 18 Geschütze, im ganzen kaum 20000 Mann, unter dem Generalmajor von Beyer bei Wetzlar versammelt. In der Nacht zum 16. Juni trat dieses Corps seinen Marsch gegen Kassel an, besetzte an diesem Tage noch Gießen und Marburg und erreichte am 19. Juni die kurhessische Hauptstadt. Der Kurfürst von Hessen dirigirte seine noch keineswegs mobilen Truppen auf die Nachricht vom Anrücken der Preußen nach Fulda und Hanau, von wo sie sich auf Frankfurt wandten, um sich dem dort zu formirenden sogenannten 8. deutschen Bundescorps anzuschließen. Der Kurfürst selbst verharrte mit anerkennenswerther Ausdauer in seiner Residenz, von wo er, als nochmalige Unterhandlungen kein Resultat hatten, als Staatsgefangener nach Stettin geführt wurde. Preußen hatte auch bei diesen letzten Verhandlungen von dem jetzt völlig machtlosen Kurfürsten nur Zustimmung zum Bundesreformproject vom 10. Juni, die Einsetzung eines andern Ministeriums und Restituirung der vom Lande mit Energie vertheidigten Verfassung von 1831 verlangt.

In Kurhessen wurden die Preußen sehr gut aufgenommen; eine Proclamation des Generals von Beyer, welche dieser von Gießen aus erließ, machte allerwärts den günstigsten Eindruck.

Zur selben Stunde, in welcher sich Beyer von Wetzlar aus nach Kurhessen in Marsch setzte, rückten auch die beiden andern preußischen Colonnen in Hannover ein: Generallieutenant von Manteuffel mit einer combinirten Division (12 Bataillone, 8 Escadrons und 24 Geschütze) von Holstein aus und General der Infanterie Vogel von Falckenstein mit der Division Göben (12 Bataillone, 9 Escadrons, 24 Geschütze) von Minden her. Jede dieser Divisionen war also höchstens 14000 bis 14500 Mann stark, was unsere Behauptung bestätigt, daß ein vereinigtes hessisch-hannoverisches Corps jeder einzelnen der preußischen Colonnen wesentlich überlegen gewesen wäre.

Manteuffel detachirte von Harburg aus ein Bataillon nach Stade. Die kleine Festung wurde überfallen, die schwache Garnison capitulirte, und eine sehr ansehnliche, an gezogenen Kanonen und Gewehren reiche Kriegsbeute fiel in Preußens Hand. Inzwischen setzte das Gros des Corps seinen Marsch fort und erreichte am 18. Juni Lüneburg. Hier wurden zwei Bataillone auf die Eisenbahn gesetzt, um ganz so, als ob man sich im eigenen Lande und im tiefen Frieden befände, in ein noch unaufgeklärtes Gebiet vorzudringen. Die Truppen erreichten gleichen Tags ungefährdet die hannoverische Residenz. Der Rest der Division folgte in zwei Marschcolonnen nach.

Hannover war bereits am 17. Juni von der Division Göben besetzt worden, die am 16. Juni in der Frühe aus der Gegend von Minden aufgebrochen war und die Residenz in zwei starken Märschen erreicht hatte.

Der König von Hannover war auf ein so energisches Handeln Preußens in keiner Weise gefaßt gewesen. Das preußische Ultimatum traf ihn vollständig rathlos. Seine Truppen, für die erst am 14. Juni früh der Befehl zur eigentlichen Mobilisirung ergangen war, standen im Lande zerstreut, und nur mit Mühe gelang es nach Eintritt der entscheidenden Wendung, deren Concentrirung bei Göttingen, also außerhalb des Hauptareals des Königreichs zu ermöglichen. Die Residenz wurde am 16. Juni von den Truppen verlassen. Der König folgte denselben, nachdem es gelungen war, seine Privatgelder und einen belangreichen Theil der Landesschätze über einen Nordseehafen nach England in Sicherheit zu bringen. Der Abzug der Truppen aus der Stadt erfolgte in maßloser Eile und Verwirrung, ein großer Theil des Kriegsmaterials blieb zurück, um sofort den Preußen in die Hand zu fallen.

Der Vormarsch Beyer's bis Kassel versperrte den bis zum 21. Juni bei Göttingen verharrenden und sich hier mit dem nothdürftigsten Kriegsbedarf versehenden Hannoveranern die Schienenwege in südwestlicher Richtung. Sie waren daher auf die nach Süden und Südosten führenden Straßen angewiesen, in welchen Richtungen sie immer noch hoffen durften, Baiern zu erreichen.

Der weitere Verlauf der Dinge führte zu einer Umstellung der Hannoveraner, die nach einem durchaus rühmlichen Kampfe am 29. Juni bei Langensalza capitulirten. Die Details dieser kriegerischen Begebenheiten gehören in die Geschichte des später zu behandelnden Feldzugs der preußischen „Mainarmee", deren drei Divisionen Beyer, Göben und Manteuffel wir am 30. Juni unter Falckenstein's Oberbefehl in der Gegend von Eisenach vereint und bereit sehen, den Kampf gegen die Truppen des südwestlichen Deutschland aufzunehmen. Unser Augenmerk richtet sich wieder nach dem östlichen Kriegsschauplatze und zunächst nach Sachsen.

Mit der Ueberreichung der Kriegserklärung an das dresdener Cabinet wurde allgemein der Beginn der großen kriegerischen Operationen erwartet. Von einer Ueberraschung, wie gegenüber Hannover und Kurhessen, konnte bei Sachsen kaum die Rede sein. An der Nordgrenze Sachsens stand Herwarth mit der Elbarmee, an dem östlichen Thor des Landes bei Görlitz Prinz Friedrich Karl mit der Ersten Armee. Das ganze sächsische Truppencorps war in kampfbereitem Zustande, südlich vom Erzgebirge bis Prag hinab stand das fünf Brigaden starke Corps von Clam-Gallas. War auch Benedek mit der Hauptarmee noch bei Olmütz, so gestattete das außerordentlich günstige Eisenbahnsystem Böhmens (die längs der strategischen Front Benedek's hinlaufende Linie Prag-Trübau-Olmütz und die von dieser aus nach Norden führenden Linien Prag-Dresden und Pardubitz-Reichenberg) eine rasche Verstärkung. Der gewaltigen Macht, die Preußen gegen Sachsen entwickelte, wäre man trotzdem allerdings nicht im Stande gewesen sofort eine ebenbürtige entgegenzustellen; keineswegs aber war die Möglichkeit ausgeschlossen, die großen Vortheile der Defensive geltend zu machen und, wenn auch nicht Dresden zu behaupten, so doch die Pässe des Lausitzer und des Erzgebirges bis zum Eintreffen der erforderlichen Verstärkungen von seiten der Hauptarmee zu behaupten. Die ganze Kriegslage hätte dadurch auch jetzt noch eine andere Gestalt gewinnen können, mochte immer der rechte Zeitpunkt für eine Offensive Oesterreichs gegen Preußen schon verfehlt sein. Die Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Sachsen hätte die Verbindung

der österreichischen Armee mit derjenigen Baierns ermöglicht und das moralische Prestige, das von vornherein der preußischen Kriegführung zufiel, wesentlich gemindert. Freilich wäre es dabei für Benedek unvermeidlich gewesen, durch einen Theil der bei Olmütz stehenden Armee den preußischen Kronprinzen, der seine Kräfte bei Neisse sammelte, zu beschäftigen. In diesem Umstande liegt ein triftiger Rechtfertigungsgrund des österreichischen Feldherrn gegen den ihm im eigenen Lande vielfach gemachten Vorwurf, daß er die Occupation Sachsens widerstandslos habe vor sich gehen lassen. Ein solches Theilen hat immer sein Bedenkliches, und kein General ist zu tadeln, der ihm widerstrebt.

Mit derselben Leichtigkeit, mit der sich die Preußen Kurhessens und fast ganz Hannovers bemächtigt hatten, gelang ihnen die Besitznahme Sachsens. Sobald am 15. Juni früh die preußische Sommation übergeben war, begannen die Vorbereitungen für den Abzug des ganzen sächsischen Corps nach Böhmen. Es scheint also, daß man sich mit dem Cabinet von Wien für den eintretenden Fall bereits verständigt und daß letzteres auf jede kriegerische Initiative schon vorher Verzicht geleistet hatte. Nur in dem Mangel an Schlagfertigkeit der österreichischen Armee ist der Schlüssel hierfür zu suchen.

In der Nacht vom 15. Juni zerstörten die Sachsen die Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Riesa und die Elbbrücke bei Meißen, auch machten sie, theils durch Wegnahme der Schienen, theils durch Demolition der Bahnhofanlagen, die von Dresden in den Richtungen auf Berlin und Görlitz führenden Bahnen unfahrbar. Da einmal der Abzug beschlossene Sache war, da die Schätze des Landes und des königlichen Hauses bereits gepackt, zum Theil sogar schon in Sicherheit waren, und da endlich die Preußen doch nicht rascher nachrücken konnten, als die im Besitz aller Transportmittel befindlichen Sachsen abzogen, war diese Zerstörung ziemlich zwecklos. Viel Aufenthalt wurde den Preußen dadurch nicht bereitet. Ihren Armeecorps waren besondere Feld-Eisenbahnabtheilungen, die aus geeigneten Technikern, Handwerkern und Pionnieren formirt waren, zugetheilt, mit deren Hülfe es rasch gelang, das Bahnnetz Sachsens für militärische Zwecke wieder dienstbar zu machen.

Die sächsischen Truppen, denen auch der König vorläufig folgte, um sich später nach Prag und Wien zu begeben, schlossen sich dem ersten österreichischen Corps in Böhmen unter Clam-Gallas an.

Herwarth rückte aus der Gegend südlich von Torgau auf den drei Straßen über Strehla, Dahlen und Wurzen, also links von der Elbe, in Sachsen ein. Er ließ in der Nacht zum 17. Juni die Elbe

bei Riesa überbrücken und wandte sich von hier aus gegen Dresden, das er nach zwei forcirten Märschen am 18. Juni besetzte. Prinz Friedrich Karl war gleichzeitig bei Görlitz über die Grenze gegangen und hatte sich gegen Bautzen und Zittau gewandt. Leipzig wurde erst am 19. Juni von einem Regiment des ersten Reservecorps besetzt, welches jetzt von Berlin nach Sachsen als Rückhalt für die Elbarmee herangezogen wurde. Am 20. Juni war mit Ausnahme der kleinen Festung Königstein, wo eine sächsische Garnison verblieb, das ganze Königreich in preußischer Hand. Die Armeen Herwarth's und des Prinzen hatten ihre Verbindung hergestellt und Vorposten gegen alle nach Böhmen führenden Pässe vorgeschoben. Preußen war also an diesem Tage in strategischem Sinne Herr von Norddeutschland.

Mit der strategischen Situation sollte sich aber gleichzeitig seine reale Macht erweitern. War dieselbe relativ schon dadurch erheblich gewachsen, daß die Contingente Hannovers und Kurhessens unschädlich gemacht und von den Streitkräften des Gegners in Abgang gebracht waren, daß Sachsens kleines Heer aller Hülfsquellen des Landes und der Möglichkeit des Nachschubs beraubt war, so stand jetzt auch ein absoluter Machtzuwachs zweifellos in Aussicht. Preußen wandte sich an die übrigen nach und nach aus dem frühern Deutschen Bunde austretenden Staaten des Nordens und forderte deren Bündniß auf Grund des Reformvorschlags vom 10. Juni. Die sofortige Mobilisirung der betreffenden Contingente und deren Unterordnung unter preußischen Oberbefehl wurde dabei verlangt, dagegen Souveränetät und Integrität der Einzelstaaten gewährleistet. Nur Reuß ältere Linie und Meiningen lehnten diese Aufforderung ab, alle andern fügten sich ins Unvermeidliche und begannen allmählich mit den verlangten Rüstungen, die freilich vielfach so langsam von statten gingen, daß nur ein geringer Theil derselben noch zur kriegerischen Verwendung gelangte.

Der Hauptgewinn aber, den Preußen aus seiner energischen und ebenso geschickt angelegten wie ausgeführten Action gegen seine Feinde in Norddeutschland zog, war der gewaltige Aufschwung des Volksgeistes im eigenen Lande. Man wußte jetzt, daß es Ernst, daß ein Zurückweichen unmöglich war. Mit den Grundsätzen der Feudalpartei, der langjährigen Trägerin der Reaction, war auf immer gebrochen. Der kurze Proceß mit den kleinen Dynasten hatte Bismarck's erbittertste Gegner versöhnt, die Kühnheit des Handelns Bewunderung erregt. Mit Ausnahme weniger verrannter Theoretiker und vaterlandsloser Kosmopolitiker in den nur um ihre Geldinteressen besorgten Städten

des Rheins schaute Preußens ganzes Volk kampfbegierig und siegesgewiß der nächsten Zukunft entgegen.

In Frankfurt a. M. spielte man unterdeß noch eine Weile die Bundestagskomödie weiter. Am 16. Juni stellte Sachsen den Antrag, Oesterreich und Baiern mit schleuniger Bundeshülfe gegen Preußen zu beauftragen. Dieser Antrag wurde von den damals noch vertretenen Staaten mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Baden stimmte diesmal gegen Preußen; die Verhältnisse hatten es ins jenseitige Lager gedrängt. Gleichzeitig erklärte man in jener Sitzung Preußens Austritt für ungültig. Bis zum Ende des Juni waren indeß schon beide Mecklenburg, Altenburg, Koburg-Gotha, Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg, Lippe, Waldeck, Reuß j. L. und die drei nordischen Handelsstädte dem Beispiel Preußens gefolgt und theils mit, theils ohne Vorbehalt aus dem Bunde geschieden.

Die Wirkung des Bundesbeschlusses vom 16. Juni war größer, als man erwartete. Italien betrachtete die Sachsen zugesagte Hülfe als eine Kriegserklärung gegen Preußen und nahm daraus, gestützt auf das in Berlin abgeschlossene Bündniß, seinerseits Veranlassung, am 18. Juni Oesterreich den Krieg zu erklären. Am 20. Juni erschien das Kriegsmanifest Victor Emanuel's, tags darauf ging der König zu seiner am rechten Ufer des Mincio stehenden Armee, am 24. Juni kam es jenseit dieses Stroms auf den durch Radetzky berühmt gerühmt gewordenen Höhen von Custozza zum Kampfe, und der erste Sieg in dem großen, ganz Mitteleuropa erfüllenden Kriege gehörte Oesterreich.

Noch ehe die Armee Italiens den Mincio überschritten, begannen auf dem nordöstlichen Kriegstheater, das uns zunächst ausschließlich beschäftigen wird, die entscheidenden Bewegungen. Der vielbesprochene und gefürchtete Kriegsplan Benedek's, der die kaiserlichen Heere in raschem unfehlbaren Siegeszuge vor die Thore Berlins führen sollte, begann sich am 17. Juni zu entwickeln. Daß ein solcher Kriegsplan existire, galt in Oesterreich als unbestrittene Thatsache, selbst in der Armee baute man noch darauf, als Preußen bereits im Besitz Sachsens war. Einer aber war, der die Dinge bereits anders ansah, und dieser Eine war Benedek.

Die Ereignisse des 16. Juni befreiten den österreichischen Feldherrn von allen Banden der Politik. Jetzt erst war er von Wien unabhängig. Jetzt erst konnte sich der Feldherr entwickeln. Hätte es

je in Benedek's Planen gelegen, in Schlesien einzurücken, so lag jetzt, nachdem sich der preußische Kronprinz mit einer wesentlich schwächern Armee ihm gegenübergestellt hatte, alle Aufforderung dazu vor. Die großen Chancen, einen Sieg zu erringen, mußten über die Gründe hinwegheben, die im übrigen gegen das Vorrücken durch Schlesien sprachen.

Zur Erklärung des Umstandes, daß Benedek nicht gegen den Kronprinzen vorrückte, sucht man vergebens nach befriedigenden Gründen. Daß die Abmachungen mit Baiern Oesterreich verhindert haben sollten, die Offensive zu ergreifen, wie in einem mit Sachkenntniß geschriebenen Artikel der „Grenzboten" behauptet ward, vermögen wir im Hinblick auf die Vorgänge im Norden nicht anzunehmen. War Benedek's Armee auch jetzt noch zu weit verzettelt, um überraschend vorzugehen? Auch das hätte bei dem Vorhandensein einer von Flanke zu Flanke der strategischen Aufstellung reichenden Bahn nicht bestimmend sein können, zumal für den Vormarsch gegen Neisse bis zum 22. Juni Zeit blieb. War Benedek's Armee nicht derart, um die Offensive mit dem Passiren schwieriger Défilés beginnen zu können? Vorzüglich war sie nicht, auch nicht in den Augen Benedek's, aber das kann nur facultativ gewirkt haben; Benedek's Handeln ist, wie so manches im Kriege, im Grunde nur psychologisch zu erklären.

Benedek, ein unbedingt trefflicher Soldat, hat wahrscheinlich nie einen andern Plan vor der Seele gehabt, als den einfachsten und ursprünglich richtigsten, das heißt den, sich mit seiner Hauptarmee auf die gerade Straße zwischen Wien und Berlin zu stellen und hier womöglich in offensivem Vorgehen die Hauptschlacht zu liefern. Für einen solchen Kriegsplan war Benedek der rechte Mann; andern Situationen, wie sie sich inzwischen gestaltet hatten, war er nicht gewachsen. Dem Gegner, und zwar dem Hauptgegner, den er richtig in Friedrich Karl und Herwarth erkannte, direct auf den Leib gehen, das entsprach ganz seiner Natur. Läßt man solchen Generalen zur rechten Zeit freie Hand, liefert man ihnen zur rechten Zeit Armeen, wie sie sein sollen, dann führt der gesunde Sinn sie meist zum Siege. Unter andern Verhältnissen aber gehört ein Gneisenau an ihre Seite, und ein solcher fehlte Benedek. Darum beharrte er hartnäckig auf einer Idee, die nicht mehr die richtige war.

Am 17. Juni gab Benedek seine Stellung bei Olmütz auf und trat einen sogenannten Flankenmarsch nach Westen an, um seine Armee bei Josephstadt einen neuen strategischen Aufmarsch vollziehen zu lassen.

Von diesem auf der geraden Straße nach Berlin gelegenen Punkte aus gedachte er über Dresden oder Görlitz offensiv vorzugehen. Mit dem, was von Schlesien aus in seiner rechten Flanke erscheinen konnte, hoffte er leichten Kaufs fertig zu werden.

Zu dem Marsche aus der Stellung bei Olmütz in die bei Josephstadt gehörten zehn volle Tage. Diese Zeit ließ ihm der leitende preußische Stratege nicht. Am 19. Juni abends erhielt der Kronprinz durch General Moltke den Befehl des Königs, nur Ein Corps (das 6.) bei Neisse zu belassen, die andern aber derart in Marsch zu setzen, daß sie bereit wären, gemeinsam mit der Ersten Armee die Offensive zu ergreifen.

Das bestimmende Motiv zu dem nun prononcirt auftretenden preußischen Kriegsplan ist in Benedek zu suchen. Erst als man von dessen Flankenmarsch Kenntniß erlangt hatte, konnte das Ganze combinirt werden. Die bereits erwähnte, aus dem Hauptquartier des Kronprinzen stammende Geschichte des Feldzugs der Zweiten Armee*) sagt freilich, daß bei Eingang des (Moltke'schen) Befehls, am 19. Juni abends, der Linksabmarsch Benedek's trotz der auch bei der schlesischen Armee gemachten Wahrnehmungen noch nicht „festgestanden" habe. Moltke, dessen gute Orientirung über das, was beim Feinde vorging, allgemeine Bewunderung erregt hat, scheint aber keinen Zweifel gehegt zu haben. Daß er das Einrücken in Böhmen disponirt haben sollte, solange noch jeden Augenblick zu gewärtigen war, daß Benedek den Vormarsch nach Schlesien antreten werde, ist zwar nicht undenkbar, aber schwer glaublich.

Erst am 22. Juni, nachdem also jeder Zweifel über die schon am 17. begonnene Bewegung Benedek's gehoben sein mußte, erging auf telegraphischem Wege an den Kronprinzen sowie an den Prinzen Friedrich Karl und Herwarth der bestimmte Befehl zur Ergreifung der gemeinschaftlichen Offensive in der Richtung auf Gitschin. Der Befehl kreuzte sich mit einem Schreiben des Kronprinzen, worin dieser ganz dasselbe vorschlug und gleichzeitig die militärisch durchaus gerechtfertigte Bitte aussprach, auch das 6. Corps von Neisse wegziehen zu dürfen. Die Armee des Kronprinzen mußte jetzt fast durch dieselben Pässe defiliren, vor denen sie schon einige Wochen früher

*) [illegible] Armee [illegible] am Feldzuge von 1866" [illegible] von Verdy du Vernois, [illegible], der wohlunter- [illegible]

aufgestellt gewesen war. Der Marsch nach Neisse war jedenfalls ein vergeblicher gewesen.

Man hat behauptet, Moltke's Plan habe von vornherein dahin festgestanden, fast gleichzeitig durch das Erzgebirge, das Lausitzer und und Glatzer Gebirge in Böhmen einzudringen, die Armeen bei Gitschin zu vereinen und dann mit geschlossener Macht in der Richtung auf Wien vorzurücken. Im ganzen und großen mag dieser Plan so vor der Seele des Strategen gestanden haben, er hat aber unbedingt einen vielgestaltigen Entwickelungsproceß durchgemacht und erst concrete Gestalt gewonnen, als Benedek seinen Flankenmarsch antrat. Wenn der Einfall in Böhmen unabhängig von der Bewegung der österreichischen Nordarmee hätte ins Werk gesetzt werden sollen, was ja, wenn Benedek noch länger bei Olmütz verharrte, zur Nothwendigkeit geworden wäre, so würde gewiß so disponirt worden sein, daß der Kronprinz eher vor dem Prinzen Friedrich Karl als — wie geschah — nach diesem die Grenze Böhmens überschritten hätte. Stand Friedrich Karl in Böhmen, während der Kronprinz in Schlesien noch einem Angriff der österreichischen Hauptarmee exponirt war, so konnte sich die Kriegslage höchst ungünstig gestalten.

So trefflich der Operationsplan gelang, so ist ihm doch der Stempel großer Kühnheit, sogar einer gewissen Verwegenheit nicht abzusprechen. Unstreitig widersprach er der alten Lehre, seine Kraft zusammenzuhalten und dem Feinde nicht die Möglichkeit zu gewähren, mit gesammelter Macht vereinzelte Theile zu schlagen. Wer weiß, ob Moltke so kühn, wie er es gethan, disponirt hätte, wäre ihm die Freiheit gegeben gewesen, sich seine Schachfiguren vor Beginn der Operationen beliebig zurechtzustellen. Die politischen Verhältnisse, namentlich die Rücksicht, die man lange Zeit auf Sachsen genommen hatte, nicht minder aber die Idee einer unmittelbaren Vertheidigung Schlesiens hatten die Lage, wie sie war, entschieden, und so mußten die weit auseinandergelegenen Orte Dresden, Görlitz und Neisse als Ausgangspunkte für die weitern Operationen dienen.

Wie wir die gegenseitigen Stellungen und Stärken Herwarth's und des Prinzen Friedrich Karl einerseits und Clam-Gallas' und der Sachsen andererseits bereits kennen, konnte das Hinabsteigen in den böhmischen Kessel von Norden her nicht fehlschlagen. In höchstem Maße aber war der Kronprinz gefährdet. Trat Benedek mit seiner ganzen Hauptarmee den nach Böhmen vordringenden Colonnen der kronprinzlichen Armee entgegen, so hatte er nach den numerischen wie

[illegible] Der leitende [illegible] Mittel, [illegible] Friedrich [illegible] den Kerzen der [illegible] feinem Erscheinen [illegible] Das aber ge[illegible] die Gefahr gänzlich [illegible]

[illegible] Armeen [illegible] geschlagen, [illegible] zu leisten [illegible] namentlich von [illegible] in gefahrloser Weise [illegible] Schlacht selbst Berechtigung. Ein vollständiges Zusammenrücken der Armeen in der Bewegung ist bei der riesenhaften Größe der Heere unserer Zeit an und für sich schon unmöglich. Der Parallelmarsch der Colonnen in Entfernungen, die noch eine gegenseitige Unterstützung möglich machen, ist daher Regel. Der concentrische Marsch aber kann zu den höchsten Resultaten auf dem Schlachtfelde führen. Was strategisch, d. h. in der großen Operation, Nachtheil und Gefahr, ist taktisch, auf dem Schlachtfelde selbst, vielfach von unermeßlichem Vortheil. Die bis dahin so bedenkliche Trennung der Armee gewährt nach glücklichem Zusammentreffen zur Schlacht den Vortheil des umfassenden, Flanke und Rückzugslinie des Feindes bedrohenden Angriffs. In der Entscheidungsschlacht des uns beschäftigenden Kriegs vollzog sich, wie bei Waterloo, die Vereinigung der Armee während und mittels der Schlacht. Bei Waterloo aber betrug die anfängliche Trennung nur wenige Wegstunden hier dagegen lagen die Ausgangspunkte der Flügelarmeen an [illegible] Meilen auseinander Und doch traf man sich zur rechten Stunde fast genau an dem Punkte, den das geistige Auge des Strategen im Kriegsplan bezeichnet hatte

II.

Die Kriegsereignisse in Böhmen bis zur Schlacht von Königgrätz.

1) Der Kriegsschauplatz und die sich aus demselben ergebenden strategischen Verhältnisse. Die Stimmung auf beiden Seiten unmittelbar vor Eintritt der großen Waffenentscheidungen. Proclamationen und Tagesbefehle.

Durch die Wahl der Gegend von Josephstadt für den strategischen Aufmarsch der österreichischen Hauptarmee und durch die gleichzeitig erfolgende Offensive der preußischen Armeen aus der Lausitz und der Grafschaft Glatz war der Kriegsschauplatz zunächst in das nordöstliche Böhmen und damit in eine Landschaft verlegt, deren Bodengestaltung der Vertheidigung überaus günstig war. Der Angreifer war für seinen Einfall ins feindliche Land auf eine nur geringe Zahl durchweg schwieriger Gebirgspässe angewiesen. Lagen dieselben hinter ihm, so trat er in ein vielfach durchschnittenes, mit Kuppen und Wäldern bedecktes Hochland, das allerwärts treffliche Vertheidigungsstellungen aufwies.

Die langgestreckten Engpässe, welche von Norden her in der vorgezeichneten Richtung auf Gitschin in den böhmischen Kessel hineinführen, werden vier bis fünf Meilen südlich der sächsischen Grenze durch die in südwestlicher Richtung vom Riesengebirge her der Elbe zuströmende Iser coupirt. Hier ist also ein Abschnitt von Bedeutung vorhanden. In ganz ähnlicher Weise bildet die gleichfalls vom Riesengebirge kommende Elbe, deren oberer Lauf die Richtung von Norden nach Süden verfolgt, an derjenigen Stelle einen wichtigen Abschnitt, wo die noch schwierigern Straßen, welche vom südlichen Riesengebirge und aus der Grafschaft Glatz nach Böhmen hinabführen, den Charakter der Défilés verlieren.

Innerhalb des weiten nach Norden offenen Bogens, den die Elbe auf ihrem Wege von den Quellen bis in die Gegend von Prag bildet, und südlich der Iser, war also der natürliche Aufstellungspunkt für eine Armee zu suchen, die sich der nach Böhmen eindringenden Heere hätte erwehren wollen. Nach beiden bedrohten Seiten war man durch einen vertheidigungsfähigen Strom gedeckt, jenseit dieses Stroms waren die Verhältnisse so, daß der Feind nur in vereinzelten Colonnen anrücken konnte, deren gegenseitige Unterstützung durch das Terrain außerordentlich erschwert wurde. Der einzige Nachtheil einer hier gewählten centralen Stellung war der, daß die Elbe infolge ihres geschwungenen Laufs auch die Rückzugslinie des Vertheidigers durchschnitt, ein Nachtheil, der indeß durch die Festung Königgrätz, welche die Hauptstraßen nach Wien und Olmütz sicherte, einigermaßen gemindert wurde, der aber vollständig gehoben gewesen wäre, wenn gleichzeitig Pardubitz befestigt gewesen wäre. Vermied man es indeß, sich dem Strome allzu nahe zur Schlacht zu stellen, sodaß man bei unglücklichem Ausgange immer noch hoffen durfte, denselben ungefährdet zu passiren, so konnte sich der angedeutete Nachtheil leicht ins Gegentheil verkehren. Der von Osten nach Westen gewandte Theil des Elbstroms oder der ihm von Osten zuströmende Adler konnten dann die Frontdeckung für eine neue Aufstellung abgeben.

Da uns die Ausgangspunkte und die allgemeinen Marschdirectionen der preußischen Armeen bereits bekannt sind, können wir an diesen Blick auf das Terrain, den jede Generalkarte klar macht, eine strategische Betrachtung knüpfen.

Hätte Benedek seinen strategischen Aufmarsch innerhalb des von Elbe und Iser umzogenen Raumes, etwa unter Anlehnung seines rechten Flügels an Josephstadt, frühzeitig genug disponirt, so würde er an einem durchaus geeigneten Punkte gestanden haben, um die Vortheile einer centralen Stellung gegenüber seinen in weit voneinander getrennten Colonnen anrückenden Feinden vollständig auszubeuten. Es hätte im Moment der Invasion in seiner Hand gelegen, mit gesammelter Kraft, also mit Uebermacht, je nach Wahl einer der feindlichen Armeen entgegenzurücken, die andere dagegen mit einer geringern Truppenzahl so lange nur zu beschäftigen und aufzuhalten, bis er nach errungenem Siege über den einen Theil auch dem andern mit Uebermacht entgegentreten konnte. Dadurch, daß der österreichische Feldherr seine Stellung bei Josephstadt so spät bezog, verlor er die volle freie Wahl im Betreff der seiner Hauptmacht zunächst zu geben-

den Richtung. Er war unbedingt auf den Kronprinzen angewiesen. Erkannte er dies rechtzeitig, so war die Sachlage noch immer eine solche, daß sich die Dinge ganz so hätten abspielen können, als ob er wirklich von vornherein eine abwartende Aufstellung genommen hätte, wie wir sie eben an der Hand der elementaren strategischen Theorie gewissermaßen als die normale bezeichnet haben. An der Iser standen Clam-Gallas mit fünf Brigaden und die Sachsen, also eine kleine Armee von circa 60000 Mann, die durchaus geeignet war, die Aufgabe des Beschäftigens und Aufhaltens zu lösen, wenn sie auch den weitüberlegenen vereinigten Streitkräften Herwarth's und des Prinzen Friedrich Karl keinen dauernden Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Benedek mit der Hauptarmee dagegen war ganz in der Lage, die Colonnen des Kronprinzen beim Hinabsteigen nach Böhmen mit bedeutend überlegener Macht anzufallen. Er hatte den Marsch von Olmütz mehrere Tage früher angetreten als der Kronprinz seine Bewegung von Neisse nach Böhmen. Die Differenz der Wege war dadurch ausgeglichen. Diejenigen Corps der österreichischen Hauptarmee, welche die Gegend von Josephstadt noch nicht erreicht hatten, waren auf ihrem Marsche dorthin den Punkten, an denen der Kronprinz die Grenze überschritt, ebenso nahe, zum Theil sogar näher, als wenn der strategische Aufmarsch bei Josephstadt bereits vollzogen gewesen wäre.

Unter diesen Umständen erschien es fast selbstverständlich, daß Benedek zunächst seinen Plan auf Niederwerfung der kronprinzlichen Armee richten würde. War dieselbe geschlagen, so genügten schwache Abtheilungen, um ihr im Gebirge nachzudrängen, während Benedek mit der Hauptmacht zu Clam-Gallas stoßen und nun dem Prinzen Friedrich Karl und Herwarth mit Uebermacht entgegentreten konnte. Er stand dann auf der Operationslinie nach Berlin, konnte also seinen zweiten Sieg in der gewünschten Richtung verfolgen. Wir erwähnen, um sofort den Schlüssel für den weitern Lauf der Dinge zu haben, daß der österreichische Oberfeldherr diesen einfachen strategischen Gedanken von der Hand wies. Er wollte sich des Kronprinzen höchstens beiläufig erwehren und sofort seinen Siegesmarsch nach Norden antreten. Sein bei Josephstadt projectirter Aufmarsch war keineswegs in dem Sinne disponirt, von hier aus die Vortheile einer sogenannten centralen Stellung auszubeuten, sondern hatte nur den Zweck, die nordwestwärts führenden Straßen zu gewinnen und dann in Parallelmärschen gegen den Prinzen Friedrich Karl vorzugehen. Das ab-

sichtliche Ignoriren der Gefahren, die bei einem solchen Kriegsplane aus dem voraussichtlichen Erscheinen des Kronprinzen im Rücken oder der rechten Flanke der gegen Norden vorrückenden Armee erwachsen konnten und mußten, charakterisirt die Absicht Benedek's von vornherein als eine nicht vollständig durchdachte. Sie war jenem blinden Pochen auf die zufällige Gunst des Glücks entsprossen, das mit einem gewissen Mangel an Vertrauen zu sich selbst und zu seiner Armee sehr wohl vereinbar ist.

Während ganz Oesterreich den Beginn der Operationen mit lautem Jubel begrüßte und sich von Stunde zu Stunde der Siegesbotschaften gewärtig hielt, folgte für Preußen dem Tage, an dem der Telegraph die Kunde von den gewaltigen Ereignissen des 16. Juni durchs Land getragen, eine bange Woche. Gerade ihres entscheidenden Charakters wegen waren die Ereignisse jenes Tags mit stolzer Befriedigung begrüßt worden. Von Stunde zu Stunde erwartete man das volle Losbrechen des Gewitters. Als aber Tag auf Tag langsam verging und die blutigen Würfel noch immer nicht rollen wollten, begann der Ernst wieder schwer und schwerer auf den Herzen zu lasten. Nie ist vor dem Kriege in Preußen ein frivoles Wort, ein Pochen auf den Sieg laut geworden. In jenen letzten Tagen aber durchwehte eine tiefe Religiosität die ganze Nation. Auf den 27. Juni (Mittwoch) ordnete der König für das ganze Land einen Bettag an. Die Kirchen waren gefüllt, die Arbeiten ruhten, Tausende und aber Tausende, die im Alltagsleben dem Grundsatze huldigten: „Hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen", sandten heute ihr Gebet für das Vaterland zum Herrn der Geschicke. Was ein Volk zu leisten vermag, um einer so gewaltigen Entscheidung mit Vertrauen entgegengehen zu können, hatte Preußen während eines halbhundertjährigen Friedens pflichttreu geleistet; außerordentlicher Glücksfälle bedurfte es also nicht, um den Sieg erhoffen zu dürfen. Auf herbe Schläge des Unglücks aber hielt man sich dennoch gefaßt, unbeschadet der felsenfesten Ueberzeugung, daß der endliche Sieg Preußen gehören müsse. Wie im Volk war auch die Stimmung in der Armee. Keine lauten Ausbrüche der Kampfgier, so oft nur der Deckmantel innerer Zweifel, gingen durch die Reihen; würdig und ernst war die Haltung des Heeres vom höchsten Führer bis hinab zum letzten Soldaten. Für keinen, läßt sich behaupten, war der Krieg Selbstzweck, allen galt er nur als eine Forderung der Pflicht und der Ehre. Vielleicht nie hat

in einem Heere vor solchen Thaten eine solche Stimmung geherrscht; der unermeßliche Unterschied zwischen einem auf der Höhe der Zeit und ihrer Gesittung stehenden Volksheere und einer Berufsarmee, deren höchstes Ziel der Ruhm, trat in erhebender Weise ans Licht.

Die Proclamationen, die von österreichischer wie von preußischer Seite vor dem Kriege erlassen wurden, entsprachen im allgemeinen dem, was bei solchen Gelegenheiten einmal üblich ist, dennoch waren charakteristische Unterschiede nicht zu verkennen.

Zuerst erschien die vom 17. Juni datirte Proclamation Franz Joseph's, mit der collectiven Anrede „An meine Völker" beginnend. Es war eine politische Rechtsdeduction, die kein Herz zu erwärmen vermochte; Italien ward darin der nackten Raublust, Preußen verhängnißvollen Ehrgeizes und gewaltsamen Rechtsbruchs geziehen. Dann hieß es: „Man hat die Waffen in unsere Hand gezwungen. Wohlan! jetzt, wo wir sie ergriffen, dürfen und wollen wir sie nicht früher niederlegen, als bis meinem Reich sowie den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwickelung und deren Machtstellung in Europa aufs neue gesichert ist."

Preußens König, dessen Proclamation am 18. Juni erschien, redete eine überzeugendere Sprache. Nicht den speciellen Conflict, sondern die große historische Streitfrage stellte er, wie es dem Wesen des Volkskriegs entspricht, in den Vordergrund: „Oesterreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten; in dem jüngern, aber kräftig sich entwickelnden Preußen will es keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen — so meint es — muß in allen seinen Bestrebungen bekämpft werden, weil, was Preußen frommt, Oesterreich schade. Die alte unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert: Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr, gegen Preußen werden deutsche Bundesfürsten nicht blos aufgerufen, sondern zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: »Erniedrigung Preußens!«" Der Schluß der Proclamation lautete: „Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volks Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben.

Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten an, daß er unsere Waffen segne! Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuen. Gott mit uns!"

In ganz ähnlichem Sinne, nur mit fast all zu prononcirter religiöser Färbung war ein Tagesbefehl gehalten, mittels dessen Prinz Friedrich Karl seine Operationen einleitete. Ein fast gleichzeitig erschienener Armeebefehl aus der Feder des Kronprinzen zeichnete sich durch Kürze und Einfachheit der Sprache aus. Im allgemeinen der Proclamation des Königs ähnlich, schloß er echt militärisch: „Soldaten, zum ersten mal seit über 50 Jahren steht unserm Heere ein ebenbürtiger Feind gegenüber. Vertrauet auf euere Kraft, auf unsere bewährten, vorzüglichen Waffen und denkt, es gilt denselben Feind zu besiegen, den einst unser größter König mit seinem kleinen Heere schlug. Und nun vorwärts mit der alten preußischen Losung: «Mit Gott für König und Vaterland!»"

Eine formelle Kriegserklärung erfolgte nicht. Sie war um so mehr entbehrlich, als Kaiser Franz Joseph in seiner Proclamation die Preußen als „Feinde" und den Krieg als „unvermeidlich" bezeichnet hatte. Nichtsdestoweniger wurde am 21. Juni früh preußischerseits an mehrern Punkten den gegenüberstehenden österreichischen Vorpostencommandanten schriftlich notificirt, daß man infolge des am 16. Juni in Frankfurt a. M. gefällten Beschlusses (Sachsen, Hannover und Kurhessen Bundeshülfe zu leisten) den Kriegszustand als factisch ausgebrochen erachte und die Truppen daher die Weisung erhalten hätten, demgemäß zu verfahren.

---

2) Der Feldzug des Prinzen Friedrich Karl und Herwarth's gegen Clam-Gallas und den Kronprinzen von Sachsen. Einmarsch in Böhmen. Aufstellung und Auftrag Clam-Gallas'. Seine Vereinigung mit den Sachsen. Kanonade bei Liebenau und Turnau und Gefecht bei Hünerwasser am 26. Juni. Nachtgefecht bei Podol vom 26. zum 27. Juni. Gefecht von Münchengrätz am 28. Juni. Gefecht von Gitschin am 29. Juni. Rückzug Clam-Gallas' zur Hauptarmee. Eintreffen des Königs von Preußen in Gitschin zur Uebernahme des Oberbefehls über seine vereinigten Armeen.

Prinz Friedrich Karl eröffnete am frühen Morgen des 23. Juni den Feldzug durch Ueberschreitung der Grenze Böhmens. Von den ihm direct untergebenen Armeecorps hatte das 4. seine Avantgarde bei Zittau, das links davon stehende 3. Corps seine Spitzen bis Seidenberg und Marklissa vorgeschoben, ein Theil der Cavalerie dieses Corps stand noch weiter links an der Grenze. Das nächste gemeinsame Ziel dieser Colonnen war Reichenberg. General Herwarth überschritt die Grenze bei Hainspach und Schluckenau und passirte das Lausitzer Gebirge mit der Hauptmacht bei Rumburg.*)

Das Passiren der schwierigen Défilés, auf welche die preußischen Corps angewiesen waren, hätte mit schwacher Macht längere Zeit aufgehalten werden können. In solchen Engpässen, die ein Abspinnen der Truppenmassen in meilenlange Marschcolonnen bedingen, unterliegt es stets Schwierigkeiten, eine Uebermacht zur Geltung zu bringen; ohne Opfer von Zeit und Menschen ist es unmöglich. Der Vertheidiger ist fast immer in der Lage, dem Angreifer nur so viel Zeit zu gönnen, als zur Entwickelung der Uebermacht erforderlich ist, vor Eintritt derselben in den Kampf aber abzuziehen und an einer weiter rückwärts gelegenen Stelle die wieder in die Marschcolonnen übergegangenen feindlichen Truppenmassen abermals zum Stehen und zur Herstellung der Gefechtsformation zu zwingen. Lag es in der Aufgabe Clam-Gallas', den Gegner nach Kräften aufzuhalten — und mehr konnte doch von der Mindermacht nicht verlangt werden — so ist die Frage gerechtfertigt, warum nicht auf den wenig zahlreichen Hauptstraßen, die vom Lausitzer Gebirge zwischen der Elbe und der schlesischen Grenze hinabsteigen, die Vortheile des Terrains in der angedeuteten Weise ausgebeutet wurden. Clam-Gallas machte von

---

*) Neuern Veröffentlichungen zufolge soll wenigstens ein Theil der Armee Herwarth's schon am 22. zwischen Burkersdorf und Hainspach die böhmische Grenze überschritten haben.

denselben gar keinen Gebrauch und ließ die anrückenden Heeresmassen während der ersten Tage ihres Einrückens nur durch Cavaleriepatrouillen beobachten.

Am 24. Juni standen die beiden preußischen Armeen auf der Linie Gabel-Reichenberg. Noch trennte sie ein von der Hauptkette des Lausitzer Gebirges durchzogener Raum von drei Meilen Breite, aber in einem Tagemarsch konnte Friedrich Karl bei Turnau, in zweien Herwarth bei Münchengrätz die Iser erreichen. Beide Orte liegen nur zwei Meilen voneinander entfernt; waren sie erreicht, so war die Vereinigung beider Armeen zur Schlacht gesichert. Clam-Gallas hätte für den folgenden oder den nächstfolgenden Tag (25. und 26.) noch die Möglichkeit offen gestanden, wenigstens einer der beiden Armeen und namentlich der des Prinzen Friedrich Karl nördlich der Iser an einem zur Entwickelung größerer Streitkräfte passenden Punkte mit gesammelter Macht entgegenzutreten. In der Nähe von Liebenau befanden sich zu diesem Zweck durchaus geeignete Positionen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er hier dem noch immer in langer Marschcolonne anrückenden Prinzen hätte Aufenthalt bereiten und über einen Theil seiner Armee taktische Erfolge erringen können. Viel zu gewinnen war bei einem solchen Verfahren aber nicht mehr, und die Vorwürfe, die mehrfach auf den österreichischen General gehäuft worden sind, weil er dasselbe unterließ, erscheinen kaum gerechtfertigt. Eigentlicher Zeitgewinn war mit Sicherheit und zwar gleichzeitig gegen beide Armeen nur durch die zuerst angedeutete Art des Widerstandes, d. h. durch eine Reihe von Einzelgefechten innerhalb der Engpässe, zu erreichen. Persönlich kann übrigens Clam-Gallas kein Vorwurf treffen, daß er auch von diesem Mittel keinen Gebrauch gemacht hatte. Er darf sich mit gutem Recht auf die ihm ertheilten Instructionen berufen.

Als die Preußen in Sachsen eingefallen waren und die sächsische Armee am 18. Juni auf dem linken Elbufer in der Richtung auf Teplitz nach Böhmen einrückte, wurde Clam-Gallas die doppelte Aufgabe gestellt: mit seinen fünf Infanteriebrigaden und der leichten Cavaleriedivision Edelsheim den Marsch der Sachsen zur österreichischen Hauptarmee (also in die Gegend von Josephstadt oder Königgrätz) gegen einen etwaigen Einbruch der Preußen zu schützen und gleichzeitig den strategischen Aufmarsch der österreichischen Hauptarmee zu decken. Zu diesen Zwecken nahm Clam-Gallas mit der Hauptmasse seiner Truppen eine angemessene Stellung hinter der Iser zwischen Jungbunzlau

und Münchengrätz, wo die Straßen von Norden und Nordosten, auf denen die Preußen allenfalls einbrechen konnten, vor ihm offen lagen. Nur eine Brigade stand bei Teplitz zur unmittelbaren Aufnahme der Sachsen. Die Cavaleriedivision stand großentheils jenseit der Iser und hatte ihre Vorposten in die Défilés des Lausitzer Gebirges vorgeschoben. Die Sachsen wurden nun eine Zeit lang planlos im Lande umhergeführt. Anfangs hielt man daran fest, sie sollten zur österreichischen Hauptarmee stoßen, später besann man sich anders und bestimmte sie zur Verstärkung Clam-Gallas'. Am 21. Juni standen circa zwei Drittel des sächsischen Armeecorps bei Przelautsch unfern Pardubitz, der Rest in und bei Theresienstadt. Am Abend desselben Tags ging der Befehl Benedek's ein, daß die ganze sächsische Armee zum Corps Clam-Gallas stoßen solle, wobei speciell für die Sachsen die Aufstellung bei Jungbunzlau (Backofen), also hinter dem linken Flügel des bei Münchengrätz stehenden österreichischen Corps, befohlen war. Bezüglich der nördlich der Iser vorgeschobenen Cavaleriedivision war ausdrücklich vorgeschrieben, daß sie beim Anrücken des Feindes allmählich in die Stellung bei Münchengrätz zurückgehen sollte. Der Kronprinz von Sachsen sollte den Oberbefehl über diese combinirte Armee übernehmen, was indeß nur formell zur Ausführung gekommen zu sein scheint.*) Am 25. Juni erst waren sämmtliche Truppen in die bezeichneten Positionen eingerückt.

Der an Clam-Gallas unter dem 21. Juni ergangene Befehl erklärt nicht nur das anfangs völlig ungehinderte Vorrücken der Preußen, er entlastet den General auch von manchem andern gegen ihn erhobenen Vorwurf. Der absolute Hinweis auf die Stellung Münchengrätz-Jungbunzlau raubte ihm viel von der Freiheit des Entschlusses. Benedek durfte einem mit der Führung einer secundären Armee betrauten General nichts anderes vorschreiben, als den Feind möglichst aufzuhalten, die Rückzugslinie auf Josephstadt offen zu halten und solche Kämpfe zu vermeiden, durch welche die fernere Schlagfertigkeit der Armee gefährdet erschien. Alles andere mußte der Entscheidung an Ort und Stelle überlassen bleiben.

So wenig auf österreichischer Seite geschah, dem Gegner Auf-

---

*) Der Oberbefehl scheint, wie ein österreichischer Schriftsteller sagt, „collegialisch" geführt worden zu sein. Da man später Clam-Gallas ausschließlich verantwortlich machte, erscheint es uns angemessen, statt des Kronprinzen von Sachsen stets den österreichischen General zu nennen.

enthalt zu bereiten, ebenso wenig tritt in den anfänglichen Bewegungen der im nördlichen Böhmen operirenden preußischen Armeen jene vorwärts drängende Energie zu Tage, welche die Verhältnisse geboten. Prinz Friedrich Karl hatte drei Tage vor dem Kronprinzen die Grenze zu überschreiten, nicht nur weil sein Weg weiter, sondern weil sein möglichst baldiges Erscheinen in der Gegend vorwärts Gitschin dringend zu wünschen war, damit er dem Kronprinzen die schwierige Aufgabe des Debouchirens durch die Défilés der Grafschaft Glatz und des Riesengebirges erleichtere. Sobald das Gros der Armee Friedrich Karl's Gitschin erreicht hatte, war Benedek nicht mehr in der Lage, mit seiner Hauptarmee ohne Gefährdung von Flanke und Rücken gegen den Kronprinzen Front zu machen.

Am 25. Juni nehmen wir keine vorrückende Bewegung der preußischen Avantgarden wahr; sie blieben an den Punkten, die sie tags vorher erreicht hatten. Dieser Ruhetag ist aus dem die Operationen des Prinzen überhaupt charakterisirenden Streben nach Sammlung der Kräfte und durchaus gesichertem Vorschreiten zu erklären. Erst sollte sich die langgestreckte Marschcolonne verkürzen, die Flügelcolonnen und einzelne zurückgebliebene Abtheilungen sollten näher heranrücken, ehe weiter vorgegangen wurde.

Am 26. Juni setzte sich die Erste Armee, das 4. Corps an der Spitze, auf Turnau und die Elbarmee auf Hünerwasser (zwei Meilen nordwestlich von Münchengrätz) in Marsch. Gleichzeitig aber dirigirte Herwarth die 14. Division von Gabel aus in östlicher Richtung auf Böhmisch-Aicha, wodurch schon am Abend dieses Tags die Verbindung zwischen beiden Armeen aufgenommen werden konnte. Der Vormarsch der beiden Hauptcolonnen führte zu unbedeutenden Kämpfen, den ersten in diesem Feldzuge.

Noch ehe die Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl (Division Horn) Turnau erreichte, stieß sie bei Liebenau*) auf eine von Clam-Gallas hierher vorgeschobene Reiterabtheilung, der zwei Batterien beigegeben waren. Es kam zu einem mehrstündigen Artilleriekampfe, der bei Schloß Sichrow — halbwegs zwischen Liebenau und Turnau — seinen Hauptschauplatz fand. Das Gefecht endete mit dem Rückzuge der Oesterreicher nach beiderseits geringem Verlust. Friedrich Karl hatte infolge dessen den Weg nach Turnau frei, wo er am Abend

*) Liebenau liegt 1¾ Meilen südlich von Reichenberg.

nicht nur Truppen einrücken ließ, sondern auch Vorkehrungen traf, um den zerstörten Uebergang über die Iser durch eine Pontonbrücke zu ersetzen. Er öffnete sich damit den Weg nach der nur $3^1/_2$ Meilen entfernten Stadt Gitschin, dem nächsten strategischen Ziel seiner Ope-



Maßstab v. ¼ ½ ¾ 1 geogr. Meile.
(1:200000)

rationen. In seiner rechten Flanke, bei Münchengrätz, stand zwar der Feind, aber die Macht desselben war eine wesentlich schwächere als die seinige; auch hatte Clam-Gallas von seiner Position aus einen etwas weitern Weg bis Gitschin als der Prinz von Turnau aus. Ein minder besonnener Führer als Friedrich Karl würde vielleicht diese Umstände benutzt haben, den Gegner durch unaufhaltsames Vor-

dringen gegen Gitschin von seiner Rückzugslinie abzudrängen, oder ihn unter den allerungünstigsten Verhältnissen zum Kampfe zu zwingen. Herwarth's Avantgarde stand, wie wir sehen werden, am Abend des 26. Juni bei Hünerwasser und höchstens zwei Meilen nördlich von Münchengrätz. Es hätte also für den 27. Juni dahin disponirt werden können, daß Herwarth mit seinen 45000 Mann von Norden und Westen her gegen die Stellung von Münchengrätz vorginge, während der Prinz nur ein Armeecorps, etwa das 4., von Osten her gegen dieselbe Position zu dirigiren brauchte, um für den Angriff der Stellung Clam-Galla's schon eine erhebliche Uebermacht verwendbar zu machen. Das 2. und das 3. Armeecorps hätten dann noch zum directen Vorrücken auf Gitschin zur Verfügung gestanden. Ein starker Marsch würde ausgereicht haben, diese beiden Corps am Abend des 27. Juni dorthin zu führen. Clam-Gallas wäre dann von der directen Verbindungslinie mit der österreichischen Hauptarmee abgedrängt gewesen, während die Wiedervereinigung der ganzen Ersten und der Elbarmee bei Gitschin am 28. abends, spätestens am 29. Juni früh zu erreichen war. Daß indeß nicht so disponirt wurde, ist dadurch vollständig motivirt, daß der Prinz nicht wissen konnte, ob nicht schon einige Corps der Benedek'schen Hauptarmee am 27. abends oder 28. Juni früh bei Gitschin eintreffen würden, in welchem Fall eine Theilung der eigenen Kraft sich schwer gerächt haben würde. Als ein durchaus vorsichtiger Feldherr beschloß Friedrich Karl, sich vor jedem weitern Vorrücken zum Herrn beider Ufer der Iser zu machen und gleichzeitig die bereits angeknüpfte Verbindung mit Herwarth vollständig zu sichern.

Zu diesem Zweck dirigirte er noch am Abend des 26. Juni die (8.) Division Horn auf dem rechten Ufer eine Meile westwärts mit dem Auftrag, sich der bei dem Dorfe Podol über die Iser führenden Brücken zu bemächtigen. Zweifellos sollte letzteres erst am frühen Morgen des folgenden Tags zur Ausführung gelangen; der Zufall wollte indeß, wie wir alsbald sehen werden, daß es noch im Laufe der Nacht ins Werk gesetzt wurde.

Herwarth's Avantgarde stieß am 26. Juni bei Hünerwasser auf schwache feindliche Abtheilungen, die der ihnen ertheilten Weisung gemäß den Ort bei heftigem Andrängen des Gegners räumten und sich auf Münchengrätz zurückzogen. Es kam bei dieser Gelegenheit zu einem kleinen Reitergefecht, das den Nimbus, der die österreichische

Cavalerie zur Zeit noch umgab, in den Augen der Preußen sofort beseitigte.

Am Abend desselben Tags entsandten die Oesterreicher nochmals zwei Bataillone gegen Hünerwasser, die nach kurzem Kampfe gleichfalls zurückgingen. Der österreichische Verlust betrug*) trotz der kurzen Gegenwehr 148 Todte, 170 Verwundete und 460 Gefangene, der preußische nur 9 Todte, 80 Verwundete und 3 Vermißte. Herwarth's Avantgarde machte am Abend des 26. Juni bei Hünerwasser halt.

Nachdem die jenseit der Iser aufgestellten österreichischen Abtheilungen ganz der Disposition Benedek's gemäß das rechte Ufer des Flusses und das weit in der rechten Flanke der Hauptstellung (Münchengrätz-Backofen) belegene Turnau bereits preisgegeben hatten, ging im Hauptquartier des Kronprinzen von Sachsen am 26. Juni zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags die telegraphische Weisung Benedek's ein, Turnau und Münchengrätz um jeden Preis zu behaupten. Der Befehl schrieb also mit andern Worten vor, die Iserlinie zu halten. In diesem Sinne und keineswegs im streng wörtlichen faßte ihn Clam-Gallas auch auf. Richtig erkennend, daß mit der Wiedereroberung des in der rechten Flanke und weit entfernt von der Position bei Münchengrätz belegenen Städtchens Turnau nichts gewonnen sei, lenkte er nunmehr, freilich zu spät, sein Augenmerk auf eine der bereits erwähnten vertheidigungsfähigen Positionen bei Liebenau und beschloß zu deren Wiedergewinnung einen Offensivstoß gegen die rechte Flanke der bereits über dieselbe hinaus vorgerückten Avantgarde Friedrich Karl's. Zu dieser Offensive sollten noch am Abend des 26. Juni die Vorbereitungen getroffen werden. Die Brigade Poschacher (seit dem Sturm auf den Königsberg bei Schleswig die „eiserne Brigade" genannt) ward beauftragt, über die Brücken von Podol vorzugehen und jenseit der Iser eine Stellung einzunehmen, durch die für die übrigen Corps das Ueberschreiten des Flusses gesichert würde. Der Plan war mehr als verwegen und kann höchstens dadurch erklärt werden, daß Clam-Gallas keine Ahnung von dem Marsch der preußischen 14. Division nach Böhmisch-Aicha hatte, von wo aus die ins Auge gefaßte Position bei Liebenau bereits in der

*) Nach dem österreichischen Militärkalender für 1867, aber in der Zahl der Todten wahrscheinlich zu hoch gegriffen.

Flanke umfaßt war. Zum Glück für das Clam-Gallas'sche Corps scheiterte der Plan an dem Widerstande, den die am gleichen Abend vom Prinzen Friedrich Karl nach Podol entsandte Division Horn an den dortigen Uebergängen leistete.

Als die Brigade Poschacher am 26. Juni abends nach Einbruch der mondhellen Nacht bei Podol eintraf, hatte ein wahrscheinlich nur recognoscirend vorgehendes schwaches Detachement der Division Horn bereits eine dort schon vorher aufgestellte Compagnie verdrängt und von dem Dorf Besitz genommen. Die schwache preußische Besatzung wurde jetzt, wie Clam-Gallas berichtet, durch die anlangenden österreichischen Bataillone wieder aus Podol hinausgeworfen, und die Oesterreicher setzten sich daselbst fest.

Mit dem Anrücken einiger bald darauf unter Führung des tapfern Generals Bose aus dem fast 1/2 Meile östlich belegenen Bivuak herbeieilenden Bataillone Horn's begann nun ein hartnäckiges Nachtgefecht, zunächst am Eingange, dann im Innern des Dorfs. Clam-Gallas, selbst zur Stelle, brachte außer der Brigade Poschacher noch Theile zweier anderer Brigaden ins Gefecht. Stundenlang wüthete der nächtliche Kampf in der großen Dorfstraße, improvisirte Barrikaden und massive Häuser wurden nachhaltig vertheidigt, das Schnellfeuer des preußischen Gewehrs und die Energie des Angriffs aber entschieden zu Gunsten der Preußen. Nachdem das Dorf endlich geräumt werden mußte, suchten die Oesterreicher, kämpfend zurückgehend, den 1000 Schritt davon entfernten Iserübergang noch zu halten. Aber auch hier war ihr Widerstand erfolglos. Bei Tagesanbruch zogen sie ab, ohne nachhaltig verfolgt zu werden. Mit der Chausseebrücke von Podol ging auch die in der Nähe belegene Eisenbahnbrücke verloren, um welche, wenn auch minder heftig, in jener Nacht gleichfalls gekämpft wurde.

Der preußische Verlust bestand in 20 Todten, 36 Verwundeten und 3 Vermißten, während die Oesterreicher ihren Verlust auf 23 Todte, 182 Verwundete und 50 Gefangene angeben. Es sind aber nicht 50, sondern 500 Gefangene in preußische Hand gefallen, ein Ergebniß, das bei einem Dorfgefecht nicht einmal sehr auffallen kann. Die Zahl der in den Kampf verwickelten Truppen war auf österreichischer Seite bedeutend größer als auf preußischer.

Der Krieg hatte damit für die preußische Armee in glänzender Weise begonnen. Die Truppen hatten ihr Uebergewicht über den Gegner bereits so evident erwiesen, daß ein energisches, selbst mit

Wagniß und außerordentlichen Anstrengungen verbundenes Vordringen durchaus gerechtfertigt hätte erscheinen können. Dennoch ließ Prinz Friedrich Karl den folgenden Tag (27. Juni) hingehen, ohne seinem Ziele Gitschin wesentlich näher zu kommen, noch auch zum Angriffe Clam-Gallas' zu schreiten. Er verwandte diesen Tag dazu, die Durchführung seiner Absichten für den nächsten und nächstfolgenden durch kurze Bewegungen vollständig vorzubereiten. Die (8.) Division Fransecky des 4. Corps und das ganze 3. Armeecorps wurden nach Turnau herangezogen, das 2. Armeecorps aber wurde nach Podol dirigirt, wo es mit der Division Horn zusammenstieß.

Es wäre äußerst leicht und jetzt auch schon wenig bedenklich gewesen, Clam-Gallas aus seiner Stellung einfach wegzumanövriren. Von Podol aus führt eine Straße in südlicher Richtung, die in der Entfernung von zwei Meilen bei dem Städtchen Sobotka die directe Straße von Münchengrätz nach Gitschin auf halbem Wege schneidet. Hätte der Prinz am 27. Juni nachmittags die Division Horn auf diesem Wege vorrücken und, um sicher zu gehen, das 2. Armeecorps folgen lassen, gleichzeitig aber Herwarth von Hünerwasser her gegen Münchengrätz vorgeschickt, so verstand es sich fast von selbst, daß Clam-Gallas noch am Abend desselben Tags von Münchengrätz über Jungbunzlau, also in einer Richtung, die ihn von Benedek weiter entfernte, abziehen mußte. Von drei Seiten umstellt, konnte er den Kampf mit der Uebermacht nicht aufnehmen. Aber Prinz Friedrich Karl wollte seinen Feind nicht wegmanövriren, sondern ihn schlagen. Diese Absicht war durchaus gerechtfertigt, ihre Durchführung aber war davon abhängig, daß man dem Gegner nicht Zeit ließ, sich aus der Schlinge zu ziehen. Daß dies dennoch geschah, findet wahrscheinlich seine zutreffendste Erklärung darin, daß man nur mit ganz ausgeruhten Truppen schlagen und sich die nöthige Muße gönnen wollte, einen großartigen und unfehlbaren Erfolg durch die gründlichsten Dispositionen und Vorbereitungen sicherzustellen. Alles erinnert an die Vorsicht und Planmäßigkeit, welche schon in den Operationen des Prinzen vor Düppel so bestimmt hervorgetreten waren. Daß die Distanzen nicht zu dem Hinausschieben des Angriffs, resp. des weitern Vorrückens bis zum 28. Juni zwangen, geht schon daraus hervor, daß der Lagerplatz, den das Gros der Ersten Armee am 26. Juni nachmittags bezog, nur zwei Meilen von dem rechten Flügel der Stellung Clam-Gallas' entfernt war.

Im Hauptquartier des Kronprinzen von Sachsen traf am 27. Juni gegen Mittag ein Befehl Benedek's ein, der zwar von dem tags zuvor befohlenen Angriff auf Turnau Abstand nahm, aber, wie Clam-Gallas in seinem Operationsbericht sagt, „darüber im Zweifel ließ, ob das Verlassen (Belassen, Verbleiben) an der Iser des 1. und des sächsischen Corps nicht etwa ein Glied in der Kette der strategischen Combinationen bilde". Diese naive Auslassung erweist zunächst, wie wenig Einsicht in die allgemeine Kriegslage Benedek trotz des Vorhandenseins eines Telegraphen einem an die Spitze einer isolirt auftretenden Armee gestellten General zu geben verstand oder zu geben für gut hielt; sie erweist aber nicht minder, wie wenig Clam-Gallas der Mann war, an einer solchen Stelle erforderlichenfalls auf eigene Verantwortung zu handeln. Von den Höhen ostwärts von Münchengrätz, der Stellung der sächsisch-österreichischen Armee, erkannte man das Heranschieben der Preußen gegen Podol und Münchengrätz. Man mußte daher darauf rechnen, spätestens am 28. Juni angegriffen oder wegmanövrirt zu werden. Ebenso wenig konnte man sich der Ueberzeugung verschließen, daß die eingenommene Position strategisch nicht im mindesten mehr gerechtfertigt war, und daß sie, durch den Verlust des Uebergangs bei Podol in Flanke und Rücken bedroht, der formidabeln taktischen Stärke, die ihr sonst beiwohnen mochte, beraubt war. Trotzdem beschloß man, noch bis zum 28. Juni früh einer mehr als das Doppelte betragenden Uebermacht gegenüber stehen zu bleiben und den Abzug auf Gitschin erst ins Werk zu setzen, wenn der Weg dahin schon vollständig verlegt sein konnte.

Am Morgen des 28. Juni waren von seiten des Corps Clam-Gallas noch Münchengrätz und das am Nordufer der Iser liegende Kloster besetzt. Zwei Brigaden standen in den Bergen links der Iser, welche den Raum zwischen Podol, Münchengrätz und Fürstenbruck ausfüllen und aus deren südlicher Gruppe der Muskyberg als steiler Kegel hervorragt. Die Sachsen standen auf dem linken Flügel Clam-Gallas', südlich von Münchengrätz. Einige Abtheilungen waren schon am Abend vorher nach Gitschin dirigirt worden, auch war die gefahrdrohende Straße von Podol nach Sobotka durch Besetzung des Passes von Podkost gedeckt.

Prinz Friedrich Karl hatte seinen Angriff in der großartigsten Weise angelegt. Die Division Horn ward von Podol aus, die Division Fransecky von Turnau aus in die rechte Flanke des Feindes gesandt. Das 2. Armeecorps verblieb zum Theil als Reserve bei

Podol, zum Theil wurde es in den Rücken des Feindes auf Podkost vorgeschickt. In der Front ward Herwarth auf Münchengrätz dirigirt, wobei er gleichzeitig gegen die linke Flanke des Gegners zu operiren vermochte. Ueber drei und ein halbes Armeecorps war also zum Zwecke des Angriffs verfügt. Alles war darauf angelegt, den Feind zu erdrücken. Das noch verbleibende Corps, das 3., erhielt am 28. Juni Befehl, von Turnau aus bis Rowensko, etwa halbwegs Gitschin, vorzugehen. Die dem 2. Armeecorps durch die ganze Anlage des Gefechts gegebene Marschdirection verwies gleichfalls auf Gitschin.

Während auf preußischer Seite am 28. Juni früh der Angriff ins Werk gesetzt wurde, begann auf der andern bereits der beschlossene Abmarsch. Der Kampf nahm daher nur den Charakter eines Arrièregardengefechts an. Die Elbarmee bemächtigte sich des Münchengrätz gegenüberliegenden Dorfes Kloster, fand aber die Brücke über die Iser von den abziehenden Oesterreichern in Brand gesetzt. Herwarth ließ etwas weiter westlich angesichts der sächsischen Artillerie eine Pontonbrücke über die Iser schlagen.

Infolge der günstigen Wirkung der preußischen Geschütze räumten die Oesterreicher die Stadt und zogen in südlicher Richtung über Fürstenbruck ab. Inzwischen hatten auch die Colonnen des 4. Armeecorps, die auf verschiedenen Wegen über die Höhen südlich der Iser hinweg vorgerückt waren, die ihnen entgegentretenden Abtheilungen des Feindes in der Richtung auf das Dorf Bossin (halbwegs zwischen Münchengrätz und Fürstenbruck) zurückgedrängt. Bei letztgenanntem Dorfe endete der Kampf. Die Verfolgung wurde indeß noch bis in die Nähe von Fürstenbruck fortgesetzt.

Obgleich der Sieg unbestritten auf seiten der Preußen war, entsprach das Resultat des Tags doch keineswegs der großartigen Disposition und der Menge der von preußischer Seite ins Gefecht gebrachten Truppen, noch weniger rechtfertigte es den bedeutenden Zeitverlust an der Iser. Wäre das Ganze dagegen einen Tag früher in Scene gegangen, so hätte das Resultat ein außerordentlich großartiges sein müssen.

Die Preußen zählten trotz ihres kecken Vorwärtsstürmens nur 26 Todte und 198 Verwundete. Der österreichische Verlust an Todten und Verwundeten wird freilich noch geringer angegeben, doch ist die Thatsache unbestreitbar, daß sie circa 1500 Gefangene in den Händen der Preußen ließen. Clam-Gallas hätte seinen Truppen diesen Verlust

ersparen können, wenn er, wie es die ganze Situation gebot, am 27. Juni nachmittags seinen Rückzug angetreten hätte. So gut er sich für berechtigt hielt, den Rückzug auf den 28. Juni frei zu disponiren, konnte er denselben am 27. Juni nachmittags ins Werk setzen. Außer dem bereits erwähnten Befehl Benedek's, der am 27. Juni um Mittag einlief, waren ihm keine weitern Verfügungen des Armee-Obercommandos zugegangen.

Durch die Besetzung des Passes von Podkost war nicht nur der Abzug der austrosächsischen Truppen gesichert, sondern auch die Möglichkeit gewährt, ohne Gefahr schon bei Sobotka das Lager zu beziehen. Erst im Laufe der Nacht wurde dieser Paß von einem Bataillon des preußischen 2. Armeecorps gestürmt.

Hätte Prinz Friedrich Karl das ganze 2. Armeecorps schon am 28. Juni mit Tagesanbruch (3 Uhr) gegen diesen Paß und Sobotka in Marsch gesetzt, so wäre Clam-Gallas bei seinem Rückzuge in die allerbedenklichste Situation gebracht worden. Die Preußen wären ihm möglicherweise bei Sobotka zuvorgekommen. Denkt man sich hinzu, daß Herwarth, wenn er am 27. Juni sein Gros nur bis Hünerwasser herangeschoben hätte, ihm am 28. Juni durch energisches Vordrängen auch noch den Weg nach Jungbunzlau zu verlegen im Stande gewesen wäre, so lassen sich die Gefahren ermessen, denen sich Clam-Gallas durch sein allzu langes Verweilen in einer strategisch unrichtigen Stellung aussetzte. Mochten auf preußischer Seite auch die besten Gründe dafür sprechen, anders zu operiren, Clam-Gallas mußte die Möglichkeit dieser Gefahr immer in Betracht nehmen.

Nachdem sich die unter des Prinzen Friedrich Karl Befehl gestellten beiden Armeen an der Iser in breiter Front entwickelt hatten, wurde dieselbe auch für den weitern Vormarsch beibehalten. Bei der Ersten Armee wurde das bisher fast ausschließlich engagirte und namentlich harten Fatiguen ausgesetzte 4. Armeecorps in die Reserve genommen und für den 29. Juni dahin disponirt, daß das 3. Armeecorps, die schon vorwärts Rowensko stehende (5.) Division Tümpling an der Spitze, auf der turnauer Straße, und das 2. Armeecorps, voran die (3.) Division Werder, über Sobotka gegen Gitschin vorrücken sollten. Der Elbarmee wurden die weiter westlich führenden Straßen, unter andern auch die längs der Iser über Jungbunzlau zugewiesen. Da hier kein Feind stand, kann nur eine Täuschung über die von den Sachsen eingeschlagene Marschrichtung oder die Rücksicht auf die schon

sehr schwierige Verpflegung und Unterkunft der Truppen auf diese Linie hingewiesen haben.

Der Feldzug, einer der ersten, die mit so kolossalen Armeen im eigentlichen Feindeslande geführt wurden, stellte schon in seinen ersten Stadien die Schwierigkeiten der Verpflegung in ein grelles Licht. Wenn sich in einem Punkte die preußischen Institutionen unvollkommen bewährt haben, so ist es in dem des Intendanturdepartements. An entsprechenden Erfahrungen fehlte es fast gänzlich, sowol in der eigenen als in fremden Armeen. Die Heere des ersten Napoleon waren selten so stark als die diesmal von Preußen aufgestellten, außerdem aber huldigte derselbe in diesem Punkte Grundsätzen, die unserer Culturepoche nicht mehr entsprechen. „Qu'on ne me parle pas des vivres", war sein stehendes Wort, wenn die Angelegenheit zur Sprache kam. Die äußerste Noth zwang freilich die preußische Armee in Böhmen dazu, manchen Tag nach Napoleonischem System für ihre Verpflegung zu sorgen. Was aber ihre Lage noch ganz außerordentlich erschwerte, war der Umstand, daß die österreichische Regierung zum Nachtheil des eigenen Landes in der sehr naturalistischen czechischen Bevölkerung einen fanatischen Haß gegen den Feind geschürt hatte. Man hatte dem Volke die Preußen gleich reißenden Wölfen geschildert. Ein solches Verfahren mag unter Umständen klug sein, aber stets nur dann, wenn es mit der Organisation einer Landesvertheidigung im Sinne des preußischen Landsturmgesetzes Hand in Hand geht. Fehlt eine solche Organisation aber und ist die Bevölkerung nicht muthig und intelligent genug sie zu improvisiren, dann kann es nur wahnwitzige Furcht und verbrecherische Grausamkeit zur Folge haben. Beides erwies sich in Böhmen. Die Bewohner des platten Landes und kleiner Städte verließen ihre Wohnungen und flüchteten in die Wälder, nachdem sie die Brunnen auf empörende Weise verdorben und den nicht transportabeln Theil ihrer Habe großentheils zerstört hatten. Von einem geordneten Requisitionssystem konnte daher kaum die Rede sein. Auf preußischer Seite ist infolge dessen unstreitig manches Ungerechtfertigte vorgekommen; daß aber trotzdem die Disciplin und die sittliche Haltung der Truppen im großen und ganzen nicht den mindesten Schaden litt, ist ein leuchtendes Zeugniß für das Institut der allgemeinen Dienstpflicht. Die reich eingestreuten gebildeten Elemente waren der beste und sicherste Damm gegen das Ueberströmen der Roheit, dem die untern Schichten des Volks unter so außerordentlichen Verhältnissen nur allzu leicht verfallen.

Gegen Mittag des 29. Juni hatte das 1. österreichische Armeecorps seinen in der rechten Flanke*) stets gefährdeten Rückzug nach Gitschin glücklich vollendet. Ein Theil der Truppen war bereits am Abend vorher und in der Frühe des Morgens dort eingetroffen. Clam-Gallas nahm bei Gitschin abermals eine Aufstellung zur Schlacht, wie er selbst sagt, weil daselbst dem Kronprinzen von Sachsen ein Schreiben Benedek's zuging, das für denselben Tag (29. Juni) das Eintreffen des 3. österreichischen Armeecorps und für den folgenden das Vorrücken von drei andern Corps der Hauptarmee in der Richtung auf Turnau und Lomnitz ankündigte. Es erweist dies abermals den unglaublich mangelhaften Connex zwischen Benedek und seinem Unterfeldherrn. Am 28. Juni hatten die Corps des Kronprinzen von Preußen bereits in drei großartigen Gefechten die vereinzelten Heerhaufen Benedek's geschlagen, die Zweite preußische Armee stand keinen halben Tagemarsch mehr von der Elbe. An ein Vorrücken Benedek's nach Norden war schon nicht mehr zu denken. In der Armee des Prinzen Friedrich Karl, die doch nicht des Vortheils der innern Linien genoß und nur auf zehnfach weitern Wegen Mittheilungen empfangen konnte, hatte man schon am 28. Juni von den Vorgängen, die am 27. Juni an der Grenze der Grafschaft Glatz in Scene gegangen waren, Kenntniß.

Die Stellung, die Clam-Gallas zur Schlacht oder besser zur Vertheidigung von Gitschin wählte, war fast eine Meile von der Stadt entfernt. Sie bestand aus einer Reihe von Einzelpositionen, die, rechts bei Eisenstädtl beginnend, vorwärts Brada über die turnauer Straße hinweggingen und bei Lochow mit dem linken Flügel die Straße von Sobotka erreichten. Vor dieser Linie wurde noch eine Anzahl geeigneter Punkte in den Bereich der Vertheidigung gezogen. Den linken, fast in der Luft schwebenden Flügel deckte sächsische Cavalerie. Vom sächsischen Corps war außer dieser Reiterei nur die Infanteriedivision Stieglitz zur Hand, die andere Division war von Haus aus nach Gitschinowes, also nach einem zwei Meilen vom Schlachtfeld entfernten Punkt dirigirt worden. Die Division Stieglitz, vorläufig bei Podhrad, südwestlich von Gitschin, lagernd, erhielt hier Befehl, zunächst als Reserve hinter die Mitte der Stellung zu rücken.

*) Die Kunstausdrücke: rechte und linke Flanke, rechter und linker Flügel, sind stets im Sinne der gegen den Feind gewandten Front verstanden. Sie bleiben auch beim Rückzuge unverändert. Die linke Flanke der Clam-Gallas'schen Armee ist also stets nach Westen, die rechte nach Osten gewandt.

Der Hauptfehler der Stellung war ihre mehr als eine Meile lange, also für die verwendbare Truppenmacht viel zu große Ausdehnung. Ein weiterer Fehler lag darin, daß die Stellung, fast rein nach Norden gewandt, der Angriffsrichtung von Sobotka nicht die Front, sondern die linke Flanke bot. Im übrigen war sie durch die in ihr belegenen dominirenden, theilweise bewaldeten Höhen der Vertheidigung günstig. Der rechte Flügel war durch den mit der turnauer Straße gegen Gitschin convergirenden und die Stadt durchfließenden Czidlinabach gegen eine weit ausgreifende Umgehung geschützt. Dieser Vortheil wurde indeß dadurch aufgewogen, daß derselbe Wasserlauf die Rückzugslinie durchschnitt.



Maßstab v. ¼ ½ ¾ 1 geogr. Meile.
(1:200000)

Gegen ½4 Uhr stieß die Spitze der auf der turnauer Straße vorrückenden preußischen Division Tümpling nördlich des Bradaberges (bei Libun) auf den Feind. Nach kurzem Geplänkel entwickelte sich die Avantgarde, und bald begann der Geschützkampf vor der Mitte und dem rechten Flügel der Position. Auf österreichischer Seite kamen im Laufe des Tags 96 Geschütze in gutgewählten Stellungen zur Verwendung, denen General Tümpling, dem die Führung des Angriffs fast ausschließlich zufiel, nicht die Hälfte entgegenzustellen hatte. Die gewaltige Ueberlegenheit der Oesterreicher an Artillerie machte sich namentlich beim Erscheinen der Avantgarde, der nur Eine Batterie beigegeben war, in hohem Grade geltend, sie drückte aber auch dem

ganzen Gefecht seinen Charakter auf. Die preußische Artillerie darf den Tag von Gitschin zu ihren besondern Ehrentagen rechnen.

Der allgemeine Gang des Gefechts der Tümpling'schen Division bestand darin, daß die Avantgarde und ein Theil des Gros sich von vornherein gegen den rechten Flügel der österreichischen Stellung wandten. Auf die Bewältigung dieses Flügels scheint es zunächst abgesehen gewesen zu sein, während vorläufig gegen das starke Centrum nur schwache Kräfte in den Kampf traten. Das Terrain, das die Annäherung an den rechten österreichischen Flügel erleichterte, wies auf dieses Verfahren hin. Erst in den letzten Stadien des Gefechts handelte es sich um die Mitte der Position, und hier war es, wo General Tümpling selbst schließlich seine letzten Truppen gegen die stark besetzten und wacker vertheidigten steilen Höhen von Brada führte.

Tümpling's Division mochte etwa eine Stunde im Feuer gewesen sein, als gegen 5 Uhr nachmittags auch die Têten der (3.) Division Werder von Sobotka her vor dem linken Flügel der österreichischen Stellung erschienen und sich mit der hier aufgestellten Brigade Ringelsheim engagirten. Bei Lochow kam es zu lebhaftem Kampfe, in dem sich preußischerseits unter anderm das Grenadierregiment Nr. 2 (König Friedrich Wilhelm IV.) mannhaft hervorthat. Dies Regiment verlor allein an Offizieren 6 Todte und 9 Verwundete. Ein unmittelbarer Zusammenhang im Gefecht der 3. und der 5. preußischen Division fand nicht statt; der zwischen beiden befindliche Raum war bedeutend und unwegsam. Nur durch den Kanonendonner erfuhren beide Theile von einander.

Gegen 7 Uhr abends hatte der Angreifer auf allen Punkten, namentlich aber auf dem rechten Flügel der Oesterreicher schon bedeutend Terrain gewonnen; da erst erschien ein Theil der sächsischen Division Stieglitz hinter dem österreichischen Centrum. Die Unterstützung kam zu spät und war zu schwach, um die Hoffnung zu rechtfertigen, die Position bis zum Einbruch der Nacht behaupten zu können. Gleichzeitig aber kamen für Clam-Gallas auch die Gründe in Wegfall, einem Gegner gegenüber, dem jeden Augenblick durch das Aufrücken der Colonnen neue Kräfte zuwachsen konnten, den Kampf bis zur Grenze des Möglichen durchzuführen. Es erschien nämlich ein Ordonnanzoffizier aus dem Hauptquartier Benedek's, der die Weisung überbrachte, jeden Kampf mit überlegenen feindlichen Kräften zu vermeiden und über Horitz und Miletin den Anschluß an die Hauptarmee zu bewirken.

Beide Orte liegen in südöstlicher Richtung von Gitschin, Horitz etwa halbwegs der sechs Meilen entfernten Festung Königgrätz, Miletin nicht weit davon in der Richtung auf Josephstadt. Der Rückzug nach Südosten bedingte eine Veränderung der bisher nach Norden gewandten Front, gewissermaßen eine Rückwärtsschwenkung des linken Flügels. War diese Schwenkung, zu der übrigens schon das energische Vordringen der 3. preußischen Division gegen die Brigade Ringelsheim zwang, vollzogen, so konnten zur Ueberschreitung der Czidlina außer dem Défilé von Gitschin noch die zwischen Gitschin und Eisenstädtl vorhandenen Uebergänge benutzt werden. Es handelte sich also darum, den rechten Flügel der Position, auf welchem bei Diletz scharf gekämpft wurde, zu halten. Die auf dem Schlachtfelde eingetroffene sächsische Brigade wurde deshalb nach jenem Punkte dirigirt und hat hier unter herben Verlusten bis zum Ende des Gefechts wichtige Dienste geleistet.

Unter dem Schutz der einbrechenden Nacht wurde der Rückzug angetreten. Die Ordnung der Bataillone ging dabei vielfach verloren, doch artete das Verlassen des Schlachtfeldes keineswegs in Flucht aus. Die Preußen drängten heftig nach, aber die Dunkelheit und die Ermüdung der im heißen Kampfe gewesenen Truppen setzten der unmittelbaren Verfolgung an den ersten Häusern von Gitschin und den Czidlinaübergängen ein Ziel.

Mit dieser unmittelbaren Verfolgung begnügte man sich indeß im preußischen Hauptquartier nicht. Noch in den Stunden vor Mitternacht ordnete man einen Ueberfall der Stadt Gitschin an, zu deren rechtzeitiger Besetzung Clam-Gallas den bisher nicht im Feuer gewesenen Theil der sächsischen Truppen verwandt hatte. Das kühne, wie ein österreichischer Schriftsteller sagt, genia le Unternehmen des Ueberfalls glückte vollständig. Die (6.) Brigade Winterfeld der (3.) Division Werder war zur Ausführung desselben bestimmt. Als aber die ersten Schüsse fielen, eilten auch noch Bataillone der Division Tümpling herbei. Die Stadt, jetzt von zwei Seiten angegriffen, war nach einem bis zum grauenden Morgen fortgeführten Straßenkampfe in der Hand der Preußen.

Das Gefecht von Gitschin gereicht den preußischen Truppen zur besondern Ehre. Die zerstreute Lage der Einzelpositionen machte eine bataille rangée unmöglich und erschwerte eine Ablösung der fechtenden Bataillone. Die Folge davon war, daß einzelne Regimenter ganz Außerordentliches leisten und leiden mußten, die Führung mußte sie

in ihrem blutigen Vordringen von Abschnitt zu Abschnitt gewähren lassen. Wie sehr General Tümpling trotz dessen die Leitung des Ganzen in der Hand behielt, zeigt der Umstand, daß er das Regiment, mit dem er schließlich gegen das feindliche Centrum vorging, erst im Laufe des Gefechts vom linken Flügel, wo es bereits engagirt war, hinwegzog und auf seinen äußersten rechten Flügel stellte. Die Division Tümpling hat das Verdienst, drei österreichische und eine sächsische Brigade, welche ihr gegenüber zur Verwendung kamen, von einem an starken Positionen reichen Schlachtfelde verdrängt zu haben. Sie focht mit 14000 Mann gegen 22000 und eine weit überlegene, gutplacirte Artillerie. Ihr wackerer Führer wurde in den letzten Stadien des Gefechts leicht, jedoch so verwundet, daß er für die fernere Dauer des Kriegs nicht dienstfähig war.

Auch auf österreichischer Seite wurde tapfer gestritten, aber die Einzelgefechte bewiesen doch stets die Ueberlegenheit des Gegners. Die Schulung der preußischen Infanterie, beim Angriff stets Flanke und Rücken zu bedrohen, führte schon auf dem Schlachtfelde selbst zahlreiche unverwundete Gefangene in ihre Hand. In diesen Einzelgefechten war es nicht das Zündnadelgewehr, das den Ausschlag gab, sondern das taktische Geschick und das moralische Uebergewicht.

Den Verlust an Todten berechnen die Oesterreicher auf circa 400, den an Verwundeten auf circa 530. Diese Angaben sind indeß unzuverlässig; es kann angenommen werden, daß die Schlacht den Oesterreichern und Sachsen zusammen etwa 5000 Mann gekostet hat. Allein 2000 Gefangene fielen in die Hand des Siegers. Der preußische Verlust stellt sich auf 160 Todte, 860 Verwundete und einige Vermißte.

Mancher Tadel, der auch wegen des Gefechts vor Gitschin Clam-Gallas getroffen hat, dürfte nicht zutreffend sein. Daß er sich überhaupt zur Schlacht stellte, war durch den gegen Mittag eingelaufenen Befehl Benedek's vollkommen gerechtfertigt, auch entsprach es ganz dem vorgezeichneten Hauptzweck seiner Armee. Die taktische Führung des Gefechts war keineswegs schlecht, das Abbrechen des Kampfes, als eine Niederlage drohte, sogar ein gelungenes Manöver. Daß er aber die Sachsen, soweit entfernt sie auch theilweise vom Kampfplatze standen, nicht sämmtlich heranbeorderte, war unbedingt ein Fehler.

Eine andere Frage ist es, ob Clam-Gallas nicht besser südlich der Czidlina statt nördlich derselben Stellung genommen hätte. Vor der

Front hätte der Wasserlauf unbedingt einen taktischen Vortheil gewährt. Gefahren hat er aber auch hinter der Front nicht herbeigeführt. Wie die Dinge einmal kamen, wäre freilich bei einer Aufstellung hinter der Czidlina der unglückliche Kampf wahrscheinlich ganz vermieden worden, jedenfalls hätte er viel später begonnen und nur eine kurze Dauer gehabt. Das aber kann doch unmöglich zur Sprache kommen, da Clam-Gallas nicht allwissend war. Wäre das 3. österreichische Corps, wie Benedek es in Aussicht gestellt hatte, am 29. Juni in Gitschin eingetroffen und wäre, wie gleichfalls mitgetheilt war, am 30. Juni das Gros der Benedek'schen Armee nachgerückt, so würde man es Clam-Gallas zum unsterblichen Verdienst angerechnet haben, wenn er sich in der gewählten Position vorwärts Gitschin behauptet und dadurch das Défilé gedeckt hätte.

Die Schwäche der Gesammtoperationen Clam-Gallas' ist unbedingt darin zu suchen, daß er, woran freilich Benedek durch seinen Hinweis auf die Position bei Münchengrätz mit Schuld trug, von vornherein dem Vorrücken der preußischen Colonnen in den Défilés zwischen der Grenze und der Iser zu wenig Aufenthalt bereitete, und daß er in der Position von Münchengrätz bis zum 28. Juni verharrte, statt am 27. nachmittags abzuziehen. Der Kampf von Münchengrätz, der auch im günstigsten Falle keinen Erfolg versprach, konnte gänzlich vermieden werden. Zu tadeln ist es ferner, daß an der Iser, wollte man sich einmal hier behaupten, auf fortificatorische Verstärkungen gänzlich verzichtet wurde. An den Brücken von Podol hätten ein paar Schanzen treffliche Dienste leisten können. Den Berichterstattern der preußischen Armee ist es übrigens im Beginn des Kriegs sofort aufgefallen, daß die Oesterreicher ihre früher und zuletzt noch im italienischen Kriege bewiesene Vorliebe für Verschanzungen in diesem Kriege gänzlich verleugnet haben.

Den erwähnten Fehlern Clam-Gallas' und der durchaus tadelnswerthen, nur Details vorschreibenden, aber keine allgemeinen Gesichtspunkte eröffnenden Befehlsertheilung Benedek's ist es großentheils beizumessen, daß die nach Norden vorgeschobene Armee binnen wenigen Tagen nicht nur einen numerischen Verlust von etwa 8000 Mann erlitt, sondern auch moralisch gebeugt und in ihrem Kern gelockert wurde. Viele tüchtige österreichische Bataillone waren decimirt, das Gefühl für die Schmach der Gefangenschaft war infolge der Massen, die in Feindes Hand fielen, schon vielfach verloren gegangen. Daß die italienischen Regimenter daran große Schuld trugen, daß auch

viele Ungarn sich gern gefangen nehmen ließen, kann nicht geleugnet werden. Aber auch bei den andern Regimentern ging, nachdem man das Uebergewicht der Preußen einmal erkannt hatte, Selbstvertrauen und Selbstachtung vielfach verloren. Man beschwichtigte sein Gewissen mit dem Hinweis auf die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs. Dasselbe hat unbedingt viel geleistet, aber keineswegs alles gethan. Mit der Feuerwaffe macht man nicht Tausende von unverwundeten Gefangenen. Auch die österreichische Armee selbst und nicht allein ihre Führung im Felde muß für das Misgeschick verantwortlich gemacht werden.

Was die Folgen des Kampfes bei Gitschin anbelangt, so konnte Clam-Gallas mit einigem Recht behaupten, er habe nur das Schlachtfeld geräumt, ohne eigentlich geschlagen zu sein. Er behauptet, daß kein Geschütz, sogar bis auf einen einzigen Krankenwagen kein Fuhrwerk in feindliche Hände gefallen sei. Aber sein eigener Bericht enthält doch das Eingeständniß, daß die Preußen die auf dem Schlachtfelde errungenen Resultate durch den nächtlichen Sturm auf Gitschin zu einem vollständigen Siege gestaltet hatten, daß es also eine völlige Niederlage war, mit der seine Operationen schlossen. Seine Armee konnte für die nächsten beiden Tage nicht mehr als widerstandsfähig betrachtet werden. Hören wir ihn selbst:

„Der bedauernswerthe Vorfall des Eindringens der Preußen in Gitschin wirkte indeß in mehrfacher Richtung verhängnißvoll auf die Folgen des Tags; er erschwerte auf das äußerste die Expedition der Befehle, welche den meisten Truppen gar nicht mehr zukamen, er erzeugte eine Unsicherheit bei vielen Commandanten, welche die Mitte der Schlachtlinie gesprengt glauben mußten und nun nach eigener Eingebung, theilweise ohne die Ankunft der noch nicht eingerückten Abtheilungen abzuwarten, den Rückmarsch antraten; er machte es endlich unmöglich, die südwestlich von Gitschin stehenden Truppen auf die Straße von Miletin zu ziehen, und mußten selbe auf die Straße nach Horitz (Horzitz) zurückgenommen werden, wobei die Aufsuchung der Uebergänge über den Czidlinabach in der finstern Nacht manche Verzögerung und Unordnung hervorbrachte.

„Die Cavalerie hatte sich auf die südlich nach Bidschow führende Straße gezogen. Der durch die vorausgegangenen fast ununterbrochenen Gefechte und Märsche stark hergenommenen und ermatteten Infanterie des Armeecorps fiel daher allein die schwere Aufgabe zu, den weitern Rückzug auf den beiden Straßen von Horitz und Miletin in der be-

ständigen Besorgniß, von feindlicher Cavalerie angefallen zu werden, zurücklegen zu müssen...

„Besonders unglücklich waren zwei Bataillone Gyulay- und ein Bataillon Khevenhüller-Infanterie, welche nicht mehr rechtzeitig den Rückzug antreten konnten, in der Dunkelheit dann in einen sumpfigen Teich geriethen und sehr viele Gefangene verloren."

Prinz Friedrich Karl ließ von Gitschin aus die unmittelbare Fühlung mit dem Feinde verloren gehen. Nur schwache Cavalerieabtheilungen beunruhigten am 30. Juni die österreichische Nachhut. Die Anstrengungen der Armee oder wenigstens des größten Theils derselben waren bei der Glut der letzten Tage und bei den mannichfachen Entbehrungen so bedeutend gewesen, daß nach Erreichung des strategisch vorgeschriebenen Ziels ein langsameres Vorrücken geboten schien, wenn auch eine sofortige größere Annäherung an den Kronprinzen, der die Elbe am 30. Juni erreichte, vortheilhaft gewesen wäre. Die Lösung der nächsten Hauptaufgabe der preußischen Armeen, ihre Vereinigung, war indeß nach der Erstürmung Gitschins und dem inzwischen erfolgten siegreichen Vordringen des Kronprinzen bis zur Elbe jedem Zweifel entrückt.

Clam-Gallas sagt über den weitern Rückzug seines Corps:

„Bei Miletin und Horitz wurde ein längerer Halt gemacht, dann der Marsch nach Königgrätz mit dem größten Theil der Truppen fortgesetzt, während die Brigaden Poschacher und Leiningen noch in der Stellung bei Sadowa verblieben....

„Bei Königgrätz wurden die theilweise getrennten Bataillone der Brigaden gesammelt; am 2. Juli stand das 1. Armeecorps ganz vereint und geordnet nebst der 1. leichten Cavaleriedivision im Lager bei Kuklena, das königlich sächsische Armeecorps ebenso bei Nechanitz. Am 3. rückten die genannten Truppen, mit frischer Munition versehen, vollkommen schlagfertig, frohen Muthes und mit der Zuversicht des Siegs bei Königgrätz auf die ihnen zugewiesenen Plätze in der Schlachtlinie ein."

Prinz Friedrich Karl verlegte am 1. Juli sein Hauptquartier nach Kamenetz, etwa halbwegs zwischen Gitschin und Horitz. Das Gros der Armee stand vorwärts dieses Ortes, die Avantgarde bei Horitz. Noch am Abend des 30. Juni war die Verbindung zwischen der Ersten und der kronprinzlichen Armee in der Gegend von Arnau an der Elbe aufgenommen worden.

Die Elbarmee hatte, wie bereits erwähnt, von Münchengrätz aus

ihren Vormarsch längs der Iser auf Jungbunzlau dirigirt. Nach der Schlacht von Gitschin erging an Herwarth der Befehl, seine Marschrichtung zu ändern und sich ostwärts an die Erste Armee heranzuziehen. Am 1. Juli stand er mit dem Gros bei Smidar, etwa $1\frac{1}{2}$ Meilen südwestlich von Horitz.

Die drei preußischen Armeen standen also einander so nahe, daß sie in gemeinsame Action treten konnten. Der Ersten und der Elbarmee waren zur Erreichung dieses Ziels nur Aufgaben zugefallen, die in Anbetracht der Stärkeverhältnisse gelöst werden mußten, nur dem Kronprinzen waren außerordentliche Aufgaben gestellt, deren glänzender Durchführung wir im nächsten Abschnitt gedenken werden. Dann erst wird uns auch die allgemeine strategische Situation und namentlich die große Einwirkung des Erscheinens der Ersten und der Elbarmee bei Gitschin auf die Lage der österreichischen Hauptarmee klar werden.

Solange die preußischen Armeen getrennt von einander operirten, erfolgte die Leitung des Ganzen von Berlin aus, wo der König vorläufig verblieb. Erst am 29. Juni verließ der Monarch, begleitet von Bismarck, Roon und Moltke, Berlin, gelangte am 30. Juni nach Reichenberg und verlegte am 2. Juli sein Hauptquartier nach Gitschin, um nun persönlich den Oberbefehl über die vereinten Armeen zu übernehmen. Schon am folgenden Tage führte er sein Heer zur Entscheidungsschlacht.

---

3) Der Feldzug des Kronprinzen von Preußen gegen die Hauptarmee Benedek's: Allgemeine Anordnung des Vormarsches. Die Ereignisse auf dem rechten Flügel der Armee des Kronprinzen. Erstes Gefecht bei Trautenau am 27. Juni. Zweites Gefecht bei Trautenau (oder bei Soor und Burgersdorf) am 28. Juni. Die Ereignisse auf dem rechten Flügel der kronprinzlichen Armee. Gefecht von Nachod am 27. Juni. Gefecht von Skalitz am 28. Juni. Gefecht von Schweinschädel am 29. Juni. Erstürmung von Königinhof am 29. Juni. Vereinigung der kronprinzlichen Armee an der Elbe. Benedek's Stellung bei Dubenetz und sein Rückzug in die Gegend von Königgrätz.

Wir haben die preußische Zweite Armee in der Stellung bei Neisse verlassen, nachdem Benedek am 17. Juni seinen Flankenmarsch aus der Gegend von Olmütz in die von Josephstadt angetreten hatte. Am 22. Juni war dem Kronprinzen der Befehl zugegangen, unter vorläufiger Zurücklassung des 6. Armeecorps bei Neisse gemeinschaftlich mit der Ersten und der Elbarmee die Offensive in der Richtung auf

Gitschin zu ergreifen. Am 23. Juni erhielt der Kronprinz die Genehmigung, auch das 6. Armeecorps, welches bereits südlich der Neisse stand, zu den Offensivoperationen heranziehen zu dürfen. Nach den darüber vorliegenden officiösen Kundgebungen scheint es ausschließlich Verdienst des Führers der Zweiten Armee zu sein, daß dieses Corps bei der großen Operation nicht fehlte, während in Berlin noch immer der Gedanke vorgewaltet zu haben scheint, dasselbe zur unmittelbaren Deckung Schlesiens zu belassen. *)

Da schon die am 19. Juni dem Kronprinzen zugegangenen Befehle den Rechtsabmarsch der Zweiten Armee voraussehen ließen, wurden sehr zweckmäßige Anordnungen getroffen, den Feind über diese Absicht zu täuschen. Gegen einen ostwärts der Grafschaft Glatz, also Neisse gegenüber, vorläufig noch verbliebenen Theil des österreichischen Heeres wurde in den Tagen vom 20. bis 23. Juni in einer Weise demonstrirt, die füglich daran glauben machen konnte, es sei ein Vorrücken durch Oesterreichisch-Schlesien nach Mähren beabsichtigt. Bei dieser Gelegenheit kam es hart an der Grenze zu kleinen Plänkeleien. Obgleich die öffentliche Meinung beiderseits dadurch irregeführt wurde, hat sich Benedek durch diese Demonstration wenigstens in seinem Vormarsch nicht aufhalten lassen. Dennoch aber scheint dieselbe den Erfolg gehabt zu haben, den Feind wenigstens in Betreff der Zeit des preußischen Rechtsabmarsches irrezuführen. Oesterreichische Schriftsteller gestehen nämlich, daß Benedek, nachdem schon mehrere seiner Corps Josephstadt erreicht hatten, die Armee des Kronprinzen noch bei Neisse vermuthete, und daß er durch ihr plötzliches Erscheinen auf böhmischem Boden sehr überrascht wurde.

---

*) Zur directen Landesvertheidigung, gleichzeitig mit der Bestimmung zu Parteigängerunternehmungen gegen die hart an der preußischen Grenze vorbeigehenden österreichischen Eisenbahnen, blieben jetzt nur zwei Detachements zurück, das eine unter dem Generalmajor von Knobelsdorf, das andere unter dem bis dahin inactiven Generalmajor Grafen Stolberg. Jedes derselben bestand aus allen drei Waffengattungen; das erstgenannte zählte 5300, das andere 3800 Mann. Stolberg's Corps war nur aus Landwehren formirt, und zwar anfänglich zumeist aus Leuten, die sich freiwillig zu diesem Zweck gemeldet hatten. Dieses Corps ist zum größern, das Knobelsdorf'sche zum geringern Theile gelegentlich wohlgelungener Unternehmungen gegen die an der oberschlesischen Grenze hinziehenden Eisenbahnen zur Action gekommen. Beide Corps haben ihre Bestimmung vollständig erfüllt; sie haben dem Feinde Schaden zugefügt und das eigene Land vor Einfällen geschützt. Das Corps Knobelsdorf's wurde später auch zu Occupationszwecken verwandt.

Der Linksabmarsch der österreichischen Armee erfolgte in ziemlich direct auf Josephstadt gerichteten Parallelmärschen, die sämmtlich in der Entfernung von höchstens einem Tagemarsch an der Südgrenze der Grafschaft Glatz vorübergingen. Um gegen einen Einfall von dorther gesichert zu sein, stellte Benedek in der Gegend von Grulich, Rothwasser und Gabel das (2.) Corps Thun auf. Dasselbe streifte vom 22. Juni ab bis gegen das preußische Städtchen Mittelwalde, was den Kronprinzen veranlaßte, anfänglich das (5.) Corps Steinmetz über Glatz südwärts vorzuschieben, beim weitern Vormarsch aber das (6.) Corps Mutius einstweilen bei Glatz zu belassen.

Das 3., 4., 6., 8. und 10. Corps der Benedek'schen Hauptarmee hatten sämmtlich zwischen dem 22. und 25. Juni den Raum zwischen Mährisch-Trübau und der preußischen Grenze passirt, sodaß das Corps Thun am 26. Juni seines Auftrags enthoben und an die Hauptarmee herangezogen werden konnte. Am 27. Juni nachmittags erreichte dasselbe Reichenau. Um diese Zeit befand sich die österreichische Hauptarmee innerhalb des durch die Punkte Reichenau, Königgrätz und Trautenau bezeichneten Dreiecks, also innerhalb eines Raumes, in dem keine Entfernung mehr als zwei Tagemärsche betrug.

Am 26. resp. 27. Juni hatte die Armee des Kronprinzen die von der mächtigen Sudetenkette gebildete natürliche Grenze Böhmens zu überschreiten. Wollte man die Armee nicht in der gefahrdrohendsten Weise zerreißen, so blieb man auf drei schwierige Engpässe angewiesen: den von Landeshut auf Trautenau, den von Braunau auf Eypel und den von Reinerz auf Nachod und Skalitz führenden. Die wohldurchdachte Disposition lautete nun dahin, daß jeder dieser Pässe von einer besondern Colonne und zwar derart durchschnitten werden sollte, daß das Debouchiren auf der feindlichen Seite möglichst gleichzeitig erfolgte, worauf dann in Parallelmärschen die nahe Elbe erreicht werden sollte, in deren Thal die Wiedervereinigung der Armee zu erfolgen hatte. Auf den zumeist nördlichen dieser Pässe, den von Trautenau, wurde das (1.) Corps Bonin, auf den mittlern, den Paß von Eypel, das Gardecorps und auf den südlichen das (5.) Corps Steinmetz angewiesen, welchem das (6.) Corps Mutius nachrücken sollte. Dem Corps Bonin, welches beim beabsichtigten weitern Vormarsch gegen Gitschin der geographischen Situation gemäß die Avantgarde zu bilden hatte, folgte das Cavaleriecorps Hartmann.

Am 25. Juni waren die Concentrationspunkte der einzelnen Colonnen folgende: das 1. Armeecorps auf dem äußersten rechten Flügel

bei Liebau und Schömberg am südlichen Riesengebirge; das Gardecorps bei Schlegel, westwärts von Neurode an der Straße von Glatz nach Braunau; das 5. Armeecorps zwischen Glatz und Reinerz; das 6. Armeecorps mit einer Brigade (Hoffmann) bei Glatz, der Rest in der Mitte zwischen Glatz und Neisse.

Das Gardecorps stand infolge des tiefen Eingreifens des braunauer Kreises in preußisches Gebiet am weitesten zurück; es mußte einen Marsch gewinnen, um mit den übrigen Corps in gleiche Höhe zu gelangen, und war deshalb das erste, welches am 26. Juni unfern Braunau die Grenze überschritt. Eine Escadron seiner Divisionscavalerie bestand gleich beim Einrücken ein glückliches Gefecht gegen österreichische Reiterabtheilungen, das ihr Gefangene und Beutepferde eintrug. Zwischen Politz und Braunau bezog das Corps am Abend des 26. Juni sein Bivuak. Außer dem Gardecorps überschritt noch eine Abtheilung des (5.) Corps Steinmetz am 26. Juni die Grenze. Die Avantgarde dieses Corps stieß am Abend dieses Tags westlich von der Grenzstadt Nachod auf den Feind, warf eine ihr entgegenstehende schwache Abtheilung zurück und besetzte noch vor Einbruch der Nacht — freilich nur mit ein paar Jägercompagnien — die Stadt und den etwa 1000 Schritt dahinter belegenen Ausgang des engen Thaldéfilés der Metau.

Da der größte Theil der österreichischen Hauptarmee am 27. Juni bereits Josephstadt nahezu erreicht hatte, mußten alle drei Colonnen des Kronprinzen gleichmäßig darauf gefaßt sein, beim Durchschreiten der schwierigen, langgestreckten Gebirgspässe von überlegenen Kräften angefallen zu werden. Die preußischen Colonnen konnten des Terrains wegen einander nur theilweise und zeitweise die Hand reichen. Von Trautenau bis Nachod beträgt die Entfernung in gerader Linie, über Berg und Thal hinweggemessen, nicht weniger als $3^1/_2$ Meilen. Benedek stand den 125000 Mann des Kronprinzen mit fast 200000 Mann gegenüber. Mochten dieselben auch nicht alle unmittelbar zur Hand sein, so war die Situation doch so, daß er den beiden nördlichen Colonnen eine vollständig ebenbürtige Macht entgegenstellen, sich aber sofort mit erdrückender Uebermacht auf das zumeist südwärts vorgehende Corps Steinmetz werfen konnte. Die Marschdirection des Generals Steinmetz kreuzte sogar die der noch zumeist zurückstehenden österreichischen Corps.

Am 26. Juni abends war Benedek vollständig über die Situation aufgeklärt; für seine Disposition stand ihm nicht nur der 27., son-

dern auch der 28. Juni zur Verfügung, da die preußischen Corps, wenn sie auf den schwierigen Wegen, die sie getrennt zurücklegen mußten, nur einigermaßen aufgehalten wurden, sich unmöglich an dem 29. Juni im Elbthale zur Schlacht vereinen konnten. Nach alledem war die Aufgabe, welche die Armee des Kronprinzen zu lösen hatte, eine überaus gefahrvolle.

Je mehr die Schwierigkeiten dieser Aufgabe gewürdigt, je eingehender alle Möglichkeiten ihrer Lösung erwogen werden, um so mehr erweisen sich die Dispositionen des Kronprinzen für den Einbruch in Böhmen als trefflich. Soweit sich die Gefahren verringern ließen, war es geschehen. Bei der Gleichzeitigkeit der Actionen war eine Ueberraschung des Feindes wenigstens an einem oder dem andern Punkte mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen; der Gegner war in allen Fällen zu einer Theilung seiner Kräfte gezwungen; das Gelingen des Unternehmens an einem Punkte mußte sein Scheitern an einem andern ausgleichen. Besonders anerkennenswerth ist die Beachtung des secundären Passes von Eypel, der durch seine Lage in der Mitte der beiden Hauptpässe von Nachod und Trautenau am meisten Chancen bot, nach beiden Seiten hin Unterstützung gewähren zu können. Die Strategie hatte unbedingt das Ihrige gethan, jetzt hing alles an der Tapferkeit der Truppen, an ihrer Führung im Gefecht und an den Fehlern des Feindes.

Beginnen wir unsern Ueberblick der Ereignisse auf dem rechten Flügel der kronprinzlichen Armee, also beim (1.) Corps Bonin. Wir erledigen dadurch sofort den Punkt in der Geschichte des Kriegs, der, wenn auch nicht für die preußischen Waffen, so doch für die Führung der Truppen im Kampfe der mindest glanzvolle ist.

Am 26. Juni erfuhr der österreichische Feldherr durch die an der Grenze stationirten Cavaleriedetachements von dem Anrücken der preußischen Zweiten Armee. Obgleich gefaßt auf das Erscheinen des Kronprinzen in seiner rechten Flanke, hatte er dasselbe doch keineswegs jetzt schon erwartet. Benedek's Plan war, wie bereits angedeutet, darauf gerichtet, sich mit der Hauptarmee unmittelbar nach vollendetem strategischen Aufmarsch bei Josephstadt, d. h. nach Aufstellung der verschiedenen Corps in gleicher Höhe auf und an parallel laufenden Straßen, direct nach Norden gegen den Prinzen Friedrich Karl und Herwarth zu wenden. Hier hoffte er einen entscheidenden Sieg mit gesammelten Kräften über partielle zu erringen, dessen weitere

Verfolgung ihm den Weg nach Berlin eröffnen sollte. Des Kronprinzen glaubte er sich mit Aufwand geringer Kräfte erwehren zu können. Es muß dahingestellt bleiben, ob er die Macht des Kronprinzen geringer anschlug, als sie war, und die Vortheile des Terrains überschätzte, oder ob er der Ansicht war, daß der Kronprinz, sobald der Prinz Friedrich Karl geschlagen sein würde, zurückgehen und nördlich vom Riesengebirge seine Vereinigung mit demselben suchen würde.

Zur Abwehr des Kronprinzen war bereits am 25. Juni das (10.) Corps Gablenz in eine Stellung an der Elbe zwischen Schurz und Josephstadt eingerückt. Die diesem Corps angehörende Brigade Mondel war gegen Trautenau vorgeschoben. Diese Maßregel zeigt, daß Benedek richtig erkannte, wie es eintretendenfalls vor allem darauf ankomme, den rechten Flügel der kronprinzlichen Armee aufzuhalten und zurückzudrängen, da dieser Flügel der Armee des Prinzen Friedrich Karl zunächststand und dieselbe am ehesten verstärken konnte. Als darauf am 26. Juni die Kunde vom Erscheinen der kronprinzlichen Armee auf österreichischem Boden eintraf, erhielt Gablenz den Befehl, „mit seinem ganzen Corps bei Trautenau Stellung zu nehmen und dem Gegner, der bereits im Anrücken begriffen, mit aller Kraft auf den Hals zu gehen“.

Die Brigade Mondel war zuerst zur Stelle. Sie erschien am 27. Juni kurz nach 6 Uhr morgens an dem Rande eines unmittelbar gegen Trautenau ziemlich steil, aber keineswegs völlig ungangbar abfallenden Plateau. Die andern Brigaden trafen im Laufe des Tags allmählich hinter derjenigen Mondel's ein.

Die weite, wellenfömige Hochebene in der Umgegend von Trautenau wird durch das bei der Stadt von Westen nach Osten ziehende Flüßchen Aupa tief durchschnitten. Trautenau selbst liegt südlich (rechts) von der Aupa, theils auf der schmalen Thalsohle, theils am Abhange des von der Brigade Mondel besetzten Plateau. Unmittelbar über der Stadt hebt sich vom Rande dieses Plateau eine besondere Höhe ab, der Kapellenberg mit der Kirche Sanct-Johann, der in dem Gefecht, das gleich uns beschäftigen wird, eine Rolle spielte. Der gegenüberliegende nördliche Theil der Hochfläche ist mehr durchfurcht. In einer nach Norden führenden engen und tiefeingeschnittenen Schlucht zieht sich über Goldenölse der Weg nach Liebau, in einer ähnlichen nach Nordosten ziehenden Schlucht über Parschwitz die Straße nach Schömberg.

Bei Liebau lagerte am 26. Juni abends die 1., bei Schömberg die 2. Division des preußischen (1.) Corps Bonin. Die Dispositionen waren so getroffen, daß am Morgen des 27. Juni beide Divisionen sich gegen 8 Uhr in dem Thalkessel von Trautenau vereinen sollten. Die 2. Division traf rechtzeitig ein, die 1. aber, welche beim weitern



Maßstab v. ¼ ½ ¾ 1 geogr. Meile. (1:200000)

Vormarsch die Avantgarde stellen sollte, verspätete sich infolge vorgefundener Terrainschwierigkeiten um zwei Stunden. Der Commandeur der 2. Division, General Clausewitz, hielt sich nicht für berechtigt, auf eigene Hand nach dem jenseitigen Plateau, wohin die allgemeine Marschdirection verwies, vorzugehen, da ihm bekannt war, daß für die noch nicht zur Stelle befindliche Avantgarde der Befehl ertheilt war, nicht eher durch Trautenau vorzurücken, bis das Gros heran sei. Dies und der Umstand, daß der General allerdings nicht wissen konnte, ob er nicht oben auf weit überlegene feindliche Kräfte stoßen würde, rechtfertigen sein Verharren im Thale unbedingt. Daß es aber nicht angethan gewesen wäre, ein leichtes Bataillon zur Recognoscirung des jenseitigen Höhenrandes abzusenden, wird niemand behaupten dürfen. Wäre um 8 Uhr oder auch eine Viertelstunde später die Recognoscirungsabtheilung in Marsch gesetzt worden, so

würde sie noch vor der Brigade Mondel auf dem Plateaurande eingetroffen sein, sie hätte nicht nur vom Anrücken, sondern auch von der ungefähren Stärke der österreichischen Truppen Meldung gebracht, und General Clausewitz hätte sich auf eigene Hand unter noch günstigen Verhältnissen zum Herrn des jenseitigen Höhenrandes machen können.

So aber ließ man sich überraschen. Die 1. Division war kaum eingetroffen und die Truppen der Avantgarde ohne die nöthigen Sicherheitsvorkehrungen — man glaubte den Feind noch fern — in die Stadt eingerückt, als die Brigade Mondel sich durch einige Schüsse vom jenseitigen Ufer her etwas voreilig zu erkennen gab. Die österreichischen Tirailleure feuerten nun vom jenseitigen Abhange und aus den die Stadt umgebenden hohen Kornfeldern in die Straßen hinein; auch sollen einige Schüsse aus Häusern gefallen sein, und in den preußischen Truppen lebt die Ueberzeugung, daß es Bürger der Stadt waren, die aus den Fenstern auf sie geschossen haben. Wäre dem wirklich so, dann hätte der Bürger nur im Sinne des alten preußischen Landsturms zur Vertheidigung seines Vaterlandes mitgewirkt, und kein Vorwurf könnte ihn treffen. Der Bürgermeister Dr. Roth von Trautenau hat indeß jede feindselige Handlung der Einwohner entschieden in Abrede gestellt. Da an seiner Glaubwürdigkeit nicht zu zweifeln ist, kann es sich höchstens um einige ganz vereinzelt dastehende Fälle handeln. Was unbedingt die Führung verschuldet hat — denn das Einrücken mit zahlreichen Truppen in die Stadt vor Recognoscirung des jenseitigen Abhanges war und bleibt ungerechtfertigt — legt der Soldat gern den Verhältnissen zur Last. Das Gerücht, dem niemand im Kriege zu wehren, noch erfolgreich zu widersprechen vermag, hat den gutösterreichischen Trautenauern die schrecklichsten Dinge angedichtet. Die preußischen Soldaten sollten durch lügenhafte Versicherungen in die Stadt gelockt und dort mit siedendem Wasser und allen Schrecken mittelalterlicher Kriegführung empfangen worden sein. Leider wurden der Bürgermeister und einige Einwohner in der Hitze des Gefechts auf die wiederholte Versicherung der Soldaten, daß aus den Häusern auf sie gefeuert worden, für die Dauer der Feindseligkeiten in eine preußische Festung abgeführt, wo ihnen eben nicht freundlich begegnet worden sein mag. Daß in Trautenau den Preußen ganz Schreckliches begegnet sei, wird sich in Preußen stets als eine unerschütterliche Tradition erhalten. Jeder betheiligte Soldat sandte im besten Glauben eine Schilderung der Greuelscenen in die Heimat, und nur wenige Tage bedurfte es, dieselben in Presse, Bild und Lied zu verewigen.

Aus der Verwirrung im Innern Trautenaus entwickelte sich rasch ein ziemlich geordnetes Gefecht. Nach kurzem Kampfe wurden die in die Stadt hinabgestiegenen österreichischen Abtheilungen zurückgedrängt, die preußischen Tirailleure besetzten die obern Stockwerke der nach dem Abhange sehenden Häuser und suchten durch ihr Feuer den Sturm der starken Position am Höhenrande vorzubereiten. Die Artillerie konnte des Terrains wegen zu diesem Zweck gar nicht mitwirken. Nicht lange währte es und preußische Bataillone rückten aus eigener Initiative an mehrern Punkten zum Sturm gegen den Schlüsselpunkt der österreichischen Stellung, den Kapellenberg, an, dessen Vertheidiger unter Zurücklassung einer großen Zahl von Gefangenen zurückwichen.

Gablenz befahl der bisjetzt einzig kämpfenden Brigade Mondel den Rückzug in die mehrere tausend Schritt hinter dem Höhenrande liegende Position von Rognitz und Hohenbruck. Um den Abzug der Brigade, welche bereits von Bataillonen der 2. preußischen Division, die weiter östlich (bei Parschwitz) die Höhe erstiegen, in der rechten Flanke bedroht wurde, zu erleichtern, wurde das Dragonerregiment Windischgrätz den heftig nachdrängenden Preußen entgegengeworfen. Drei Escadrons der in der preußischen Armee trefflich renommirten litauischen Dragoner nahmen den Kampf auf; es kam zu einem heftigen Handgemenge, das um so blutiger ward, als auch die beiderseitige Infanterie in die Reitermassen hineinfeuerte. Der Vortheil blieb den in der Uebermacht befindlichen österreichischen Reitern, obgleich die Litauer ihre Schuldigkeit redlich thaten und den Zweck, den Stoß zu pariren, auch erreichten. Es ist dies einer der wenigen Fälle im Laufe des Kriegs, in denen sich die österreichische Reiterei rühmen konnte, die preußische in Nachtheil gesetzt zu haben; fast überall hat sich die letztere, und oft in hohem Grade, überlegen gezeigt.

Zum Glück der Oesterreicher traf, als sie eben die Position Rognitz-Hohenbruck besetzt hatten, eine Batterie ein, die der Brigade Grivecic vorausgeeilt war. Richtig placirt und sofort ihr Feuer beginnend, wehrte sie einigermaßen dem stürmischen Nachdrängen der Preußen. Dennoch gelang es nicht, die neue Position zu behaupten. Die preußische Avantgarde entwickelte sich sofort zu einem geordneten Angriff, und Mondel wurde gezwungen, auf weiter südlich gelegenen Höhen Stellung zu nehmen. Hier kam die Brigade Grivecic zu Hülfe, wodurch endlich die rechte Flanke Schutz erhielt, welche mehrere preußische Bataillone, die bei Parschwitz das Plateau erstiegen hatten, heftig andrängten.

In den ebenerwähnten Stadien des Gefechts, welche etwa die Zeit von 2—4½ Uhr nachmittags ausfüllten, fehlte es dem General Bonin unbedingt nicht an Zeit zur Heranziehung, noch an Raum zur Entwickelung größerer Truppenmassen. Daran aber ließ der General es fehlen. Er baute, wie es scheint, allzu sehr auf den Sieg und lehnte auch im Hinblick auf den günstigen Stand des Kampfes die ihm angebotene Unterstützung des Generals Hiller ab, der mit der 1. Gardedivision gegen Mittag Qualitsch erreicht hatte, also auf eine starke Meile Entfernung mit Trautenau in gleicher Höhe stand.*) Beides waren Fehler. Im Gefecht kann man nie zu viel Truppen bereit haben. Da die 1. Gardedivision unbeschäftigt war, hätte es sich eigentlich ganz von selbst verstanden, daß sie sich dahin wandte, wo die Kanonen donnerten. Jedenfalls aber hat Hiller seine Pflicht vollständig gethan, indem er einen Offizier mit der Anfrage abfertigte. Eine Orientirung wäre ja ohnehin nöthig gewesen.

Als Bonin Herr der Position bei Altrognitz und Hohenbruck war, scheint er angenommen zu haben, das bis dahin eroberte Terrain ohne Gefährdung festhalten zu können, die Absicht weitern Vordringens aber nicht gehegt zu haben. Er glaubte an einen baldigen Abzug des Gegners und gedachte bei Trautenau zu bivuakiren. Gablenz aber, der noch auf das Auftreten zweier Brigaden, deren Batterien bereits zur Stelle gelangt waren, rechnen durfte, war nicht geneigt, seinem Feinde das verlorene Terrain zu belassen. Als gegen 4 Uhr die Brigade Wimpffen eintraf, bereitete er, nunmehr auf dem Plateau in bedeutender numerischer Ueberlegenheit, durch seine Geschütze eine Offensive vor, um die Preußen, deren Reserven weit zurückstanden, wieder in den hinter ihnen gähnenden Aupagrund hinabzuwerfen. Noch vor 5 Uhr wurde ihm auch das Anrücken der Brigade Knebel gemeldet, es war also eine Reserve gesichert, und nunmehr schritten die bereits in der Gefechtslinie stehenden drei Brigaden zum Sturmangriff. Die Preußen wichen, am Kapellenberg aber kam das Gefecht wieder zum Stehen, das Zündnadelgewehr machte seine Wirkung in der Defensive in großem Maßstabe geltend. Gegenangriffe erfolgten, und der gewaltige Offensivstoß wäre vollständig gescheitert gewesen, wenn nicht General Knebel, gegen Gablenz' Befehl, der ihn, das

*) Die 2. Gardedivision, bei der sich Prinz August von Würtemberg befand, stand zur Zeit weiter südlich bei Kosteletz, um nöthigenfalls Steinmetz bei Nachod zu unterstützen.

Gefecht bereits verloren gebend, in eine Aufnahmestellung bei Altrognitz verwiesen hatte, unerwartet in den Kampf eingegriffen hätte. Das entschlossene Handeln Knebel's entschied das Schicksal des Tags.

Die Preußen behaupteten noch bis gegen 7 Uhr den Plateaurand und ermöglichten dadurch einen geordneten Rückzug. Keine Trophäe fiel in des Feindes Hand, das Corps zählte nur 146 Vermißte; sein Verlust an Todten betrug 186, der an Verwundeten 876 Mann. Ganz anders und fast unglaublich sind die entsprechenden Angaben auf seiten der Oesterreicher, die doch Herren des Schlachtfeldes blieben. Die niedrigsten Angaben (nach österreichischen Quellen) lauten auf 684 Todte, 1703 Verwundete, 1205 Gefangene; eine andere zuverlässigere österreichische Mittheilung aber gibt den Gesammtverlust des Gablenz'schen Corps auf 5730 Mann an, unter denen mehr als die Hälfte Gefangene.

Nur 13 preußische Bataillone waren in den Kampf geführt worden; sie hatten ihre moralische und taktische Ueberlegenheit über die Oesterreicher glänzend bewährt, scheiterten aber an der doppelten Uebermacht und der Ungunst der Terrainverhältnisse. Daß General Bonin sich noch rechtzeitig zum Rückzuge entschloß, daß er das gefahrvolle Terrain im Rücken der kämpfenden Bataillone diesen nicht zum Ort des Verderbens werden ließ, ist ein unbestreitbares Verdienst. Die schönsten Momente im Verlaufe der taktischen Action müssen indeß auf Rechnung der Unterführer gesetzt werden. Die Haltung der in den Kampf geführten Truppen war über alles Lob erhaben.

Vollständig unerklärlich ist es, daß General Bonin, obgleich er über die Aupa hinaus nicht verfolgt wurde, wieder bis zu den beiden weitentfernten Lagerplätzen zurückging, aus denen er am Morgen aufgebrochen war. Er verlor dadurch die Fühlung mit dem Gegner, theilte sein Corps und ermüdete seine Truppen. Warum lagerte er nicht mit gesammelter Kraft bei Goldenölse?

Auf österreichischer Seite hat sich Gablenz als ein tapferer und ausharrender Soldat bewährt. Ganz besondere Anerkennung aber verdient das Auftreten Knebel's, der es wagte, gegen oder doch wenigstens ohne Befehl einen entscheidenden Schritt auf eigene Verantwortung zu thun. Mondel, so viel seine Brigade auch geleistet hat, trifft der Vorwurf, die Stunde, während deren er auf dem Plateau oberhalb Trautenau stand und die Preußen zu seinen Füßen sah, zur Besetzung seiner dominirenden Stellung nicht ausreichend benutzt zu haben. Wären die Vortheile des Terrains gehörig verwerthet wor-

den, so hätte es den schwachen preußischen Sturmcolonnen unmöglich gelingen können, im ersten Anlaufe die Höhe zu ersteigen.

Die mittlere der drei großen Colonnen der Armee des Kronprinzen, das Gardecorps, stieß an diesem Tage nicht auf den Feind; dagegen begegnete der Vormarsch der südlichen Colonne bei Nachod heftigem Widerstande, den Steinmetz glücklich überwand. Wir werden die Kämpfe des linken preußischen Flügels später im Zusammenhange in Betracht nehmen und zunächst den rechten Flügel der Armee des Kronprinzen bis zur Elbe geleiten.

Gablenz hatte von Benedek Befehl, die Verfolgung nicht zu weit auszudehnen. Er unterließ dieselbe indeß gänzlich und begnügte sich nach seinem Pyrrhussiege damit, Trautenau durch eine Brigade zu besetzen. Der Rest seines Corps lagerte auf der Höhe bei Neurognitz, etwa dreiviertel Meile südlich von Trautenau. In dieser durch die Nähe der preußischen Garden und der noch kampffähigen Truppen Bonin's sehr gefährdeten Position durfte Gablenz annehmen, mit seinem decimirten und großentheils ermatteten Corps nicht isolirt zu sein. Benedek hatte nämlich, als er das 10. Corps gegen Trautenau entsandte, den Befehl ertheilt, daß diesem das (4.) Corps Festetics zur eventuellen Aufnahme folgen solle, und speciell war an die letzterm Corps angehörende Brigade Fleischhacker die Weisung ergangen, beim Dorfe Prausnitz, fünfviertel Meile südlich von Trautenau, Stellung zu nehmen. Gablenz glaubte daher, daß eine starke halbe Meile hinter dem Lagerplatze, den sein Gros in der Nacht von 27. auf den 28. Juni bezog, eine Unterstützung bereit stände. Fleischhacker hatte indeß das ihm bezeichnete Dorf (Prausnitz-Keule) mit einem andern Prausnitz auf dem rechten Ufer der Elbe verwechselt und war nicht zur Stelle. Dieser Umstand sollte verhängnißvoll werden.

Die preußische Gardedivision Hiller hatte am 27. Juni abends ihr Bivuak bei Eypel, eine Meile südöstlich von Trautenau, genommen. Auf ihre Meldung hin, daß die Verbindung mit dem Corps Bonin gänzlich unterbrochen sei, erhielt sie noch in der Nacht vom Kronprinzen Befehl, alsbald in der Richtung auf Pilnikau offensiv vorzugehen, wobei sie entweder auf das Gablenz'sche Corps stoßen oder dessen Verbindungslinie mit Josephstadt durchschneiden mußte. Die 2. Gardedivision wurde von Kosteletz aus über Eypel in gleicher Richtung nachgesandt, sodaß mit Ausnahme der schweren Cavaleriebrigade, welche tags vorher zur Unterstützung von Steinmetz abge-

geben worden war, das ganze Gardecorps in der Stärke von circa 30000 Mann gegen Gablenz anrückte. Vom Armeecorps Bonin nahm der Kronprinz an, daß es auch ohne Befehl über Trautenau vorgehen und in das Gefecht eingreifen werde.

Als in der Frühe des Morgens vom 28. Juni die Avantgarde Hiller's in der von Eypel gegen den bereits genannten Ort Prausnitz sich hinaufziehenden tiefen Schlucht zum Vorgehen bereit stand, ging die Meldung ein, daß sich in der rechten Flanke feindliche Colonnen zeigten. Man hatte das Bivuak des Gablenz'schen Corps in Sicht. Sofort setzte Prinz August von Würtemberg die Avantgarde in Bewegung und zwar derart, daß Prausnitz links liegen blieb. Sobald Gablenz, wie es jetzt die Verhältnisse geboten, seine bisher nach Norden gewandte Front nach Osten richtete, traf diese Angriffsdirection seinen rechten Flügel, den er indeß durch die Brigade Fleischhacker gesichert glaubte. Eine so weit gehende Schwenkung, daß er sich mit seiner Front gegen die rechte Flanke der vorrückenden preußischen Colonnen gewandt hätte, durfte er nicht wagen, weil er dann mit dem Rücken gegen das durch Bonin gefährdete Trautenau gestanden hätte.

Gablenz war unfehlbar durch das Erscheinen der preußischen Garde überrascht worden. Ein großer Vorwurf für seinen Generalstab! Eypel liegt kaum eine Meile von der Stelle, wo das Gros des Gablenz'schen Corps lagerte, und auf eine solche Entfernung durfte für ein Corps, das reichlich über Reiterei verfügt, nichts unaufgeklärt bleiben, am wenigsten nach einer Seite hin, von der nach der ganzen strategischen Situation Gefahr drohte. Verzeihlicher ist es, daß Gablenz in dem Glauben verharrte, Prausnitz-Keule sei von einer Brigade des 4. Corps besetzt. General Fleischhacker, der Befehlshaber gedachter Brigade, hatte am Abend vorher melden lassen, er sei in die vorgeschriebene Stellung und speciell in Prausnitz (freilich in ein anderes) eingerückt. Wäre die Regel befolgt worden, daß aufeinander angewiesene Corps, sofern sie sich gegenseitig nicht in Sicht haben, ihre Verbindung durch einen steten Patrouillengang unterhalten müssen, so hätte sich das folgenschwere Misverständniß bald aufklären müssen.

Als Gablenz den Anmarsch des Gegners erkannte und infolge dessen eine Veränderung seiner Aufstellung vorzunehmen im Begriff stand, war er in der rechten Flanke, der jetzt nach Osten sehenden Front, bereits halb umgangen. Statt der Brigade Fleischhacker traten der preußischen Avantgarde hier nur schwache, zufällig in der Nähe befindliche Infanterieabtheilungen entgegen. Gablenz hatte in richtiger

Erkenntniß der Lage noch rechtzeitig seine ganze Artillerie auf den gefährdeten rechten Flügel geworfen, unter deren Schutz es ihm gelang, weiter rückwärts die Brigaden Mondel und Knebel zu formiren und der gegen die Dörfer Burgersdorf und Soor*) weiter vorrückenden Division Hiller entgegenzustellen. Die Brigade Grivecic verwies er zur Deckung seiner linken Flanke in die Nähe des Thalrandes der Aupaschlucht, während er die Brigade Wimpffen vorläufig in Trautenau belassen zu haben scheint. Ein Grund für letztere Disposition ist schwer zu erkennen, da die Brigade auf dem Plateau jedenfalls bessere Dienste leisten konnte, der Besitz von Trautenau aber von selbst gesichert war, solange Gablenz Herr der dominirenden Höhe blieb. Nach Verlust dieser Höhe hatte die Stadt gar keinen Werth für ihn.

Auf der Hochfläche entspann sich nunmehr zwischen der Division Hiller und den Brigaden Mondel und Knebel ein heftiger Kampf, der, meist aus blutigen Einzelgefechten bestehend, durch die Erstürmung von Burgersdorf für die Preußen zum siegreichen Austrag gelangte.

Während des Vormarsches der Hiller'schen Division wurde von der als Reserve nachfolgenden 2. Gardedivision (Plonski) das 2. Bataillon des Regiments Kaiser-Franz-Grenadiere in die rechte Flanke entsandt. Man hatte aus der Gegend von Trautenau her Colonnen gegen Altrognitz anrücken sehen. Obgleich man glauben und hoffen durfte, es seien die Spitzen des Bonin'schen Corps, schien die Vorsichtsmaßregel doch geboten. Es waren aber nicht preußische Truppen, sondern die sieben Bataillone der Brigade Grivecic. Zweifellos hatten dieselben den Auftrag, einen Offensivstoß in die rechte Flanke der Preußen zu unternehmen, eine Maßregel, die, nachdem Gablenz mit der Hauptmasse seines Corps seine Rückzugslinie gesichert hatte, durchaus richtig war und von belangreichster Wirkung sein konnte. Den Stoß dieser Brigade hatte anfänglich das einzige ihm entgegengesandte Bataillon allein zu pariren. Der heldenmüthige Führer desselben (Oberstlieutenant von Gaudy, ein Bruder des Dichters) erkannte die ungemeine Wichtigkeit seines Auftrags und nahm in einer gutgewählten Stellung bei Altrognitz den Kampf mit der siebenfachen Uebermacht auf. Dieser kleine Theil der Walstatt sollte zu den

*) Nach diesen Dörfern benennen die preußischen amtlichen Kundgebungen das zweite Gefecht bei Trautenau vom 28. Juni.

Thermopylen des ganzen Kriegs werden. Gaudy's Grenadiere wankten nicht. Nachdem das Schnellfeuer den massenhaft andrängenden Feind nicht aufzuhalten vermochte, ward Mann gegen Mann mit Bajonnet und Kolben gekämpft. Gaudy fiel, der größte Theil der Offiziere und ein volles Viertel der Mannschaft deckte todt oder verwundet den Boden, da endlich erschien das erste Bataillon desselben Regiments zu Hülfe. Nach seinem Eintreffen ward sofort die Offensive ergriffen, Altrognitz nach kurzem blutigen Kampfe genommen, und die österreichische Brigade war gesprengt.

Der größte Theil der Gardedivision Plonski wurde jetzt rechts dirigirt. Die Waldparcellen am Höhenrande wurden gesäubert und Trautenau genommen. Gablenz gelang es, seinen Rückzug über Pilnikau auf die Elbe zu bewerkstelligen. Die Verfolgung konnte bei der Uebermüdung der Hiller'schen Division und der weiten Entfernung der nach Trautenau hin verzweigten Division Plonski nicht weit ausgedehnt werden, dennoch waren die Trophäen des Siegs ganz enorm. Außer 2 Fahnen und 10 Geschützen fielen 4500 Gefangene in die Hand der Preußen. Die glücklichsten Aehrenleser waren die nur zum geringen Theil in scharfes Gefecht gelangten Bataillone Plonski's, die Schnitter aber vorwiegend Hiller's Truppen. Letztere hatten darum auch den größten Antheil an den Verlusten des Tags, die sich auf preußischer Seite neben einer geringen Zahl Vermißter auf 106 Todte und etwa 600 Verwundete berechnen. Gablenz' Gesammtverlust an diesem Tage wird österreichischerseits auf etwa 8000 Mann (?) angegeben. Binnen kaum 20 Stunden wäre also sein ursprünglich etwa 30000 Mann zählendes Corps um 13000 Mann geschwächt worden. Mit Recht durfte der Telegraph in die preußischen Lande die Kunde tragen: Gablenz ist „total" geschlagen.

Diese Kunde war nicht das erste Glied in der Reihe der Siegesbotschaften, aber der Eindruck, den sie machte, war doch ganz besonderer Art. Welche Erinnerungen knüpften sich nicht an den Namen Gablenz! Seine kleine, aber dem preußischen Wesen überaus widerstrebende Schwäche des Haschens nach Popularität ließ trotz aller Anerkennung seiner persönlichen Tapferkeit schon beim Beginn des Kriegs in Schleswig keine Sympathien für ihn aufkommen. Sein Auftreten als Statthalter in Holstein, wo ihn diese Schwäche zum trefflichsten Organ des wiener Cabinets machte, als es galt, durch Protection des Augustenburgerthums und Liebäugeln mit der hamburger Geldaristokratie Preußen den Boden zu untergraben, hatte nicht wenig zur

Schärfung des zum Kriege führenden Conflicts beigetragen. Am tiefsten verletzt durfte man sich aber durch den Appell an die holsteinischen Particularisten und Preußenhasser, sowie durch den Tagsbefehl an die Brigade Kalik fühlen, mit welchen Kundgebungen Gablenz aus den Herzogthümern geschieden war.

Die letzten Vorgänge bei Trautenau haben Gablenz gegen vieler Erwarten nicht als einen General hervortreten lassen, dem es gegeben war, eine große strategische Situation mit klarem Blick zu überschauen. Nicht in kleinen Versehen und Misverständnissen, sondern darin, daß er auf die ihm von Osten her drohenden Gefahren nicht gefaßt war, zeigte sich der Mangel an Qualification für große selbständige Aufgaben. Aber als ein tüchtiger General niederer Sphäre hat sich Gablenz hier wie bisher bewährt.

Es drängt sich die Frage auf, warum General Bonin, der am 28. Juni früh über eine große Zahl noch gänzlich intacter Bataillone verfügte und höchstens anderthalb Meilen von Trautenau stand, als die Kanonen am 28. Juni früh auf dem Plateau erschallten, nicht sofort wieder nach dem Gefechtsfelde des vorigen Tags abrückte. Er hätte die Erfolge, namentlich die Zahl der Gefangenen unendlich steigern und den siegreichen Austrag in höherm Grade sicherstellen können. Wir wissen keine Antwort darauf, als daß General Bonin „wegen gänzlicher Erschöpfung der Truppen“, wie es in der bereits erwähnten Broschüre heißt, „am 28. Juni Ruhetag gehalten hat“. Dies Verhalten ist um so auffälliger, als der General Hiller tags vorher seine Division dem General Bonin zur Hülfe anbieten ließ, sobald ihm der Geschützdonner vom Toben der Schlacht Kunde gegeben.

Der Sieg der Garden, die auf dem Schlachtfelde lagerten, hatte auch dem 1. Corps den Weg nach Böhmen geöffnet. Bonin erhielt Befehl, am 29. Juni früh über Trautenau auf Pilnikau zu marschiren. Der Kronprinz begab sich noch in der Nacht auf dem durch die zersprengten Abtheilungen der Brigade Grivecic's gefährdeten Wege von Eypel*) aus selbst nach Trautenau, „um die Ausführung zu

---

*) Der Kronprinz hatte am 27. Juni dem Kampfe auf dem linken Flügel seiner Armee beim Steinmetz'schen Corps beigewohnt. Hier war der gefährdetste Punkt. Am 28. Juni verweilte er sehr angemessen zwischen dem rechten und linken Flügel bei Kosteletz. Von hier aus begab er sich, nachdem er von

überwachen". Von den Miserfolgen Bonin's am 27. Juni hatte der Kronprinz erst am 28. Juni abends und zwar ganz zufällig durch eine Patrouille des Cavaleriecorps Nachricht erhalten. Bonin's Meldung soll rechtzeitig abgesandt worden sein, hätte aber bei richtigen Vorkehrungen ihr Ziel auch rechtzeitig erreichen müssen. Die Entfernungen betrugen wenige Meilen, die Communicationen hinter der strategischen Front waren ungefährdet.

Bei dem am 29. Juni angetretenen weitern Vormarsch nach der Elbe war dem Gardecorps Königinhof, dem Corps Bonin Arnau als Directionspunkt angewiesen. Ehe wir beiden weiter folgen, wenden wir uns zum linken Flügel der Armee des Kronprinzen, den wir am 26. Juni abends verlassen haben.

An jenem Abend hatte die Avantgarde des (5.) Corps Steinmetz Nachod erreicht und die Stadt selbst sowie den jenseitigen Thalausgang bei Altstadt mit einer schwachen Abtheilung besetzt. Das Gros des Corps bivuakirte bei Reinerz, stand also fast 2½ Meilen zurück. Vom (6.) Corps Mutius, das mit unter Steinmetz' Befehl gestellt war, folgte dem 5. unmittelbar nur die Brigade Hoffmann, der Rest des Corps war vorläufig bei Glatz zurückgelassen worden, da man von dem Abzuge des bisher an der Südgrenze der Grafschaft aufgestellten österreichischen 2. Corps noch nicht unterrichtet war.

Auf die dem Feldzeugmeister Benedek am 26. Juni zugegangenen Meldungen vom Anmarsch der Preußen ließ dieser nach bereits erfolgter Entsendung des Corps Gablenz gegen Trautenau dem (6.) Corps Ramming und der Cavaleriedivision Holstein den Befehl zugehen, bei Skalitz Stellung zu nehmen, selbstredend in der Absicht, das Debouchiren der Preußen durch den Paß von Nachod zu hindern. Daß Benedek zwei Infanteriecorps für genügend hielt, um dem Vormarsch der ganzen kronprinzlichen Armee entgegenzutreten, zeugt einestheils von leichtfertiger Ueberschätzung der Vortheile des Terrains und des Défilégefechts, anderntheils aber davon, daß er von der großartigen Disposition des Kronprinzen keine Ahnung hatte.

In Défilégefechten kann derjenige, der das Durchschreiten ver-

---

Steinmetz die Nachricht von weiterm siegreichen Vordringen erhalten, nach dem rechten Flügel seiner Armee, wo der Geschützdonner bei Burgersdorf noch tobte. Auf dem Wege dahin traf ihn die Siegeskunde des Prinzen von Würtemberg.

wehren will, allerdings auch einer Uebermacht die Spitze bieten. Einmal kommt der Umstand in Betracht, daß in den Engpässen selbst die Uebermacht selten zur Verwendung gebracht werden kann, wesentlicher aber ist, daß sich an den Ausgängen der Défilés der Kampf für denjenigen, der das Debouchiren ins freie Terrain verwehren will, ungemein vortheilhaft gestaltet. Nimmt er dem Engpasse gegenüber mit gesammelter Kraft Stellung, so steht es ihm frei, nur einen solchen Theil der in eine lange Marschcolonne abgesponnenen feindlichen Macht heraustreten zu lassen, wie er mit Sicherheit bewältigen zu können glaubt. Dieser Theil kann dann mit Uebermacht angefallen und geschlagen werden, während der noch zurückstehende Theil der feindlichen Colonnen zur Unthätigkeit verurtheilt bleibt.

Hätte Benedek den erstern Vortheil ausbeuten, also den Kampf in den Engpässen selbst aufnehmen wollen, so hätten dazu rechtzeitig Vorbereitungen getroffen werden müssen. Namentlich hätte sich die Anlage von Feldbefestigungen und deren rechtzeitige Besetzung empfohlen. Wollte er anders verfahren, so mußte die Sache überhaupt großartiger angelegt und dafür gesorgt werden, daß demjenigen Theil der feindlichen Macht, dem man nach der Terraingestaltung die Entwickelung vorwärts der Engpässe nicht verwehren konnte oder wollte, auch wirklich eine ansehnlich überlegene Truppenmacht entgegengeworfen werden konnte. Das Vertrauen auf die Vortheile des Terrains wäre überhaupt nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn man dasselbe genau gekannt und rechtzeitig alle Dispositionen zur Abwehr getroffen hätte. Dies aber unterblieb. Die durch den Paß von Eypel führende Marschlinie war ganz unbeachtet geblieben, sodaß das Gardecorps schon am 27. Juni bereit stand, nach rechts wie nach links Hülfe zu leisten. Durch die geschickte Benutzung von Zeit und Raum seitens des Kronprinzen, durch das plötzliche und unerwartete Erscheinen seiner großen Heerhaufen an den drei östlichen Thoren Böhmens war Benedek bereits um den größten Theil der Vortheile der Bodengestaltung gebracht. Die Gunst des Terrains kann ebenso wie die Ueberlegenheit in der Bewaffnung nur dann zur Geltung kommen, wenn mit Einsicht und Muth davon Gebrauch gemacht wird.

Gablenz war unbedingt zu spät nach Trautenau entsandt worden, auch waren die Terrainverhältnisse dort keineswegs derart, um Ein Corps genügend erscheinen zu lassen, die von zwei verschiedenen Seiten drohende Gefahr abzuwenden. Ramming dagegen erhielt den Befehl Benedek's zeitig genug, um dem General Steinmetz gegenüber

bei seinem Heraustreten aus dem Engwege von Nachod alle Vortheile der Taktik zur Geltung bringen zu können.

Schon in den ersten Morgenstunden des 27. Juni passirte das Ramming'sche Corps das 1¼ Meilen südlich von Nachod und wie dieses an der Metau gelegene Städtchen Neustadt. Von diesem aus wendet sich die Straße nach dem ebenso weit entfernten Skalitz nordwestlich, entsendet aber gleich hinter Neustadt (beim Dorfe Wrochnin) zwei Verzweigungen nach rechts, deren eine direct auf Nachod führt,



Maßstab v. ¼ ½ ¾ *1 geogr. Meile.*
(1:200000)

während die andere bei Wisokow in die nachod-skalitzer Straße und zwar in der Mitte zwischen beiden Orten einfällt. Den Straßenknoten bei Wrochnin hatte Ramming mit der Tête seiner Marschcolonnen bereits passirt, als ihm von dem Debouchiren der Preußen bei Nachod Meldung ward. Er entsandte zur Deckung seiner rechten Flanke nur schwache Abtheilungen, setzte aber mit der Hauptmasse den Marsch auf der Straße nach Skalitz fort. Dieses Verfahren ist fast unerklärlich. Wollte er den Vortheil des Défilégefechts vollständig ausbeuten, so mußte er sich sofort mit bedeutenden Kräften rechts wenden, um die aus dem Engpasse von Nachod hervortretenden Preußen auf dem kürzesten Wege zu erreichen. Das Terrain war ihm durchaus günstig, da die rechts zu Gebote stehenden Straßen über das Plateau

von Wenzelsberg hinweg in die linke Flanke der eben aus dem engsten Theil des Défilé heraustretenden preußischen Colonnen trafen. Ramming aber scheint seinen Auftrag, nach Skalitz zu marschiren (also sich dem nachoder Défilé in der Entfernung von einer Meile direct gegenüber aufzustellen), dem Buchstaben, nicht aber dem Sinne nach aufgefaßt zu haben. Neuerdings wird zur Rechtfertigung dieses Verfahrens angeführt, daß Ramming gefürchtet habe, die Preußen würden den Punkt Skalitz vor ihm erreichen, weshalb er mit seinem Gros auf dem kürzesten Wege dorthin rückte. Es würde dies mindestens von einer höchst mangelhaften Aufklärung des Terrains durch seine Avantgarden-Reiterei zeugen.

Selbst die schwachen nach rechts entsandten Flankendeckungen genügten indeß, um den Preußen einen so bedeutenden Aufenthalt im schwierigsten Moment ihres Vorgehens zu bereiten, daß Ramming, als er seine Brigaden vor Skalitz formirt hatte, von hier aus noch immer unter günstigen Umständen gegen die eben bis Wisokow vorgedrungenen Preußen operiren konnte.

Nach dieser Orientirung auf seiten der Oesterreicher empfiehlt es sich, für die Skizzirung des Gefechts selbst den Standpunkt auf preußischer Seite zu nehmen.

Der Kronprinz, der in der Nacht zum 27. Juni sein Hauptquartier in der Nähe der Garden, also in der Mitte seiner strategischen Front hatte, begab sich in der Frühe des Morgens nach Nachod, wohl erkennend, daß hier die wichtige Aufgabe zu lösen war, den Vormarsch der übrigen Colonnen auf Gitschin gegen einen Flankenstoß von Süden her zu decken. Auch war hier die Gefahr am größten; man war der eigenen Hauptarmee am fernsten und der Hauptmasse der feindlichen Streitkräfte am nächsten.

Als eben Steinmetz' Avantgarde durch Nachod vorgegangen und im Begriffe war, auf den Höhen südwestlich der Stadt, links von der Straße nach Skalitz, Stellung zu nehmen, erschienen ihr gegenüber die von Ramming in die Flanke entsandten Abtheilungen. Die zur Hand stehenden preußischen Kräfte, zwei Escadrons und eine Batterie, vermochten den Gegner nicht aufzuhalten, rechtzeitig aber erschien noch die Infanterie der Avantgarde auf dem Plateau und brachte den schwachen Feind zum Weichen. Erst bei Wenzelsberg behaupteten sich die Oesterreicher. Jetzt war zwar Raum für die Entwickelung größerer Kräfte gewonnen, dennoch aber blieb die Avantgarde (eine durch Artillerie und Cavalerie verstärkte Brigade der

9. Division) noch lange auf sich selbst angewiesen. Das preußische Gros (10. Division) war erst um 5 Uhr morgens von Reinerz aufgebrochen und erreichte mit seiner Tête eben das sehr verfahrene Défilé von Nachod. Hätte Ramming statt weniger Bataillone von dem Straßenknotenpunkte bei Wrochnin aus stärkere Kräfte direct gegen Nachod entsandt, so wären die preußischen Spitzen vollständig ins Défilé zurückgedrängt worden, und das Debouchiren wäre dann, wie ein officiöser preußischer Bericht sagt, „fast zur Unmöglichkeit geworden". Durch den mit dem Umwege verbundenen Zeitverlust hatte Ramming die Vortheile des Défilékampfes schon zum besten Theile verscherzt. Erst später scheint er die Situation richtig erkannt und die hintern Abtheilungen seiner Marschcolonne auf die Transversalcommunicationen verwiesen zu haben. Wenigstens zeigten sich im weitern Verlauf des Gefechts vor dem linken preußischen Flügel stärkere feindliche Kräfte, welche die noch immer von der Infanterie des Gros nicht unterstützte preußische Avantgarde bis zu der von Nachod nach Wrochnin führenden Straße zurückdrängten. Inzwischen erschien jedoch eine dem Gros vorausgeeilte Reiterbrigade*) bei der Avantgarde und zwar rechtzeitig genug, um sich zwei österreichischen Kürassierregimentern entgegenzuwerfen, welche den Aufmarsch der Artillerie der von Skalitz her anrückenden Brigaden Ramming's deckten. Zwischen Wisokow und Wenzelsberg kam es zu einem heftigen Cavaleriegefecht. Die preußischen Reiter trugen hier den ersten ihrer größern Erfolge über die vielgerühmte österreichische Cavalerie davon.

Im Laufschritt erstiegen nun auch die Bataillone der 10. preußischen Division, die eben den Engpaß von Nachod glücklich durchzogen hatten, das Plateau und nahmen den Kampf gegen die auf Wisokow anrückenden Brigaden auf. Gleichzeitig rückte die Avantgarde wieder vor. Eine Umfassung der rechten preußischen Flanke, die Ramming versuchte, um seinen Marsch gegen Skalitz noch rationell zu verwerthen, wurde siegreich zurückgeschlagen. Um 1 Uhr waren die Preußen bereits weit über Wisokow hinaus vorgedrungen, eine Stunde später der Feind überall in vollem Abzuge auf Skalitz.

Dem General Steinmetz war es erst spät gelungen, seine Reserveartillerie heranzuziehen, dann aber hatte auch diese einen erfolg

---

*) Combinirte Brigade unter G. M. v. Wnuck: Westpreußisches Ulanen-Regiment Nr. 1 und Schlesisches Dragoner-Regiment Nr. 8 und eine Reiterbatterie.

reichen Antheil am Kampfe. Beiderseits war die Reiterei vielfach thätig; die Leistungen der preußischen übertrafen alle Erwartungen. Ganz außerordentlich aber war die Bewährung der preußischen Infanterie, der die schon in der Bewaffnung weit nachstehende österreichische zwar hier und dort gleiche Tapferkeit, nie aber gleiches Geschick entgegenstellte.

Von preußischer Seite waren nur 22 Bataillone im Gefecht gewesen, die Reserve des 5. Corps passirte erst Nachod, als weit vorn der Kampf schon entschieden war. Darin mag auch der Grund liegen, daß die Verfolgung noch vor Skalitz ihr Ziel fand.

In die Hand des Siegers fielen zwei erkämpfte Standarten, Theile einer unter den Leichen gefundenen Fahne, 6 Geschütze und die für einen Kampf unter solchen Verhältnissen unglaubliche Zahl von 2500 Gefangenen. Der preußische Verlust an Todten und Verwundeten war groß, er betrug nahe an 1200 Mann, darunter zwei verwundete Generale. Die österreichische Artillerie hatte furchtbar gewirkt. Ueber den Verlust des Gegners an Todten und Verwundeten fehlen zuverlässige Angaben. Ein österreichischer Schriftsteller berechnete den Gesammtverlust Ramming's auf 6000 Mann. Mag das auch bedeutend zu hoch gegriffen sein, so steht doch glaubwürdig fest, daß an einzelnen Stellen des Schlachtfeldes, wo Infanterie gegen Infanterie gefochten, auf einen preußischen Todten vier bis fünf österreichische kamen.

So unbestritten und so glänzend der preußische Erfolg von Nachod auch war, so hielt es Benedek doch für angemessen, der österreichischen Armee den Sieg zuzuschreiben. In dem Gewebe von Unwahrheiten, mit dem ganz Oesterreich in den Tagen vom 26. bis 30. Juni hintergangen wurde und dieses seinerseits wieder ganz Europa hinterging, nimmt nachstehende Depesche noch einen sehr bescheidenen Platz ein:

„Feldzeugmeister von Benedek an Se. Exc. den Herrn Kriegsminister. Hauptquartier Josephstadt, 27. Juni, 8 Uhr abends. Das am 26. zum Marsch von Opocno nach Skalitz beorderte 6. Armeecorps wurde heute um $1/2$9 Uhr morgens von den auf den Höhen von Wisokow und Wenzelsberg entwickelten Preußen angegriffen. Nach vierthalbstündigem hitzigen Kampfe erstürmte das 6. Corps die genannten Höhen und war auf allen Punkten Sieger. Um Mittag erneuerten die Preußen mit frischen überlegenen Kräften den Angriff, wurden jedoch durch das Feuer der Corpsgeschützreserve zurückgewiesen,

und konnte das 6. Armeecorps unbehelligt vom Feinde seine ursprünglich beabsichtigte Aufstellung bei Skalitz erreichen."

Mit dem Défilé von Nachod war dem Steinmetz'schen Corps der Weg zur Elbe noch lange nicht geöffnet. Die ihm ertheilte Marschdirection verwies westwärts nach Gradlitz an der Elbe, wo es beim neuen strategischen Aufmarsch der kronprinzlichen Armee den linken Flügel bilden sollte. Das Corps mußte also bei oder nahe nördlich von Skalitz die Aupa überschreiten. Da sich Ramming bei Skalitz festgesetzt hatte, konnte selbstverständlich ein Flankenmarsch nicht gewagt werden, und Steinmetz war gezwungen, vorläufig in der alten mehr südwestwärts gewandten Marschdirection offensiv vorzugehen. Bei dieser Offensive kam nicht nur die Hauptstraße nach Skalitz in Betracht, sondern vorwiegend die nördlich derselben gelegene kuppen- und waldbedeckte Hochfläche. Zu beiden Seiten, hauptsächlich aber nördlich der sich über dieses Plateau von Skalitz gegen Wisokow hinziehenden Eisenbahnstrecke, lagen die vorgeschobenen Punkte der von den Oesterreichern gewählten Position.

Ramming, dessen Truppen sehr erschöpft waren, hatte am Abend des 27. Juni um Unterstützung durch zwei Brigaden gebeten. Statt der erbetenen zwei sandte Benedek drei Brigaden des 8. Corps unter Erzherzog Leopold in die erste Linie. (Die Brigade Rothkirch dieses Corps war zur Deckung der Eisenbahn nach Böhmisch-Trübau detachirt.)

Der Vormittag des 28. Juni verging, ohne daß Steinmetz, der seine Colonnen hatte aufrücken lassen und den im Gefecht gewesenen Truppen Ruhe gönnen mußte, zum Angriff vorging. Benedek kam während dessen selbst zur Stelle, gab dem Erzherzog Leopold den Befehl, bis 2 Uhr stehen zu bleiben, alsdann aber, wenn der Angriff bis dahin nicht erfolge, nach Josephstadt zurückzukehren. Das keineswegs aller Kampffähigkeit beraubte Ramming'sche Corps sandte er nach Josephstadt zurück. Er selbst verließ das Ramming'sche Corps gegen Mittag, als eben einige Kanonenschüsse auf große Distanzen gewechselt wurden, was freilich den Beginn eines größern Gefechts immer noch nicht voraussehen ließ.

Unbegreiflich bleibt der Leichtsinn, mit dem Benedek das Vorbrechen der Preußen ansah. Für das Zurücksenden des 6. Corps und den Befehl an das 8., nur bis 2 Uhr stehen zu bleiben, gibt es kaum eine Rechtfertigung. Benedek beharrte auch jetzt noch mit Starrsinn auf der Idee, mit vier Corps zu Clam-Gallas nach Gitschin zu marschiren,

und hielt nach wie vor daran fest, daß zwei Corps zur Abwehr des Kronprinzen genügen würden. Den Sieg Gablenz' bei Trautenau am 27. Juni überschätzte er, den des Steinmetz'schen Corps bei Nachod schlug er zu niedrig an. So allein erklärt sich der am 28. Juni früh noch an Clam-Gallas expedirte Befehl, welcher für den 29. Juni das Eintreffen des 3. Corps und für den 30. das dreier weiterer Corps bei Gitschin ansagte.

Im Hauptquartier Benedek's sollen zu jener Zeit einsichtige Generalstabsoffiziere den einzig einflußreichen General Krismanic beschworen haben, unverweilt den Kronprinzen mit Uebermacht anzufallen. An Kräften dazu fehlte es wenigstens Steinmetz gegenüber nicht. Hinter dem Erzherzog Leopold in der Richtung auf Josephstadt stand am 28. Juni mittags das 4. Corps, außerdem war das 6. Corps noch zu verwenden. Am Abend war auch das 2. Corps auf seinem Marsch gegen Josephstadt schon so nahe am Kampfplatze, daß es spätestens am 29. Juni früh hätte eingreifen können. Steinmetz verfügte dagegen am 28. und 29. Juni nur über fünf Brigaden, da erst am Abend des letztern Tags die noch zurückstehenden drei Brigaden des Mutius'schen Corps heranrückten. Hinter sich das Défilé, hätte er gegen mehr als die doppelte Uebermacht unter den allerungünstigsten Verhältnissen kämpfen müssen. Aber Krismanic soll gegen alle dahin gehenden Vorstellungen taub geblieben sein und geantwortet haben: „Der Kronprinz genire nicht, im Gebirge seien keine Erfolge zu erfechten."

Steinmetz erschien um Mittag vor der Stellung von Skalitz. Sein Corps war in folgender Weise formirt. Eine mit 24 Geschützen versehene Brigade unter General Löwenfeld war als rechtes Seitendetachement schon am Morgen in die Gegend von Studnitz dirigirt worden und rückte von hier aus in der Richtung auf Dubno vor. Rechts von Wisokow stand die Avantgarde (Königs-Grenadier-Regiment Nr. 7), hinter dieser in geschlossener Masse die ganze (10.) Division Kirchmann als Gros. Links (südlich) von Wisokow stand die Brigade Hoffmann des (6.) Corps Mutius, welche dem General Steinmetz zur Verstärkung nachgerückt war. Sie bildete gewissermaßen ein besonderes Seitendetachement des linken Flügels.

Das Detachement Löwenfeld formirte sich mit südwärts gewandter Front auf dem nahe beim Dorfe Zblow belegenen Schäferberge, eröffnete hier den Geschützkampf und schritt dann zum Angriff des Gehölzes bei Dubno und der dazu gehörenden Försterei, den Hauptobjecten im Vorterrain der österreichischen Stellung. In diesen vom rechten

Flügel der vorläufig noch in geringer Breite entwickelten preußischen Gefechtsfront begonnenen Kampf griff plötzlich General Hoffmann, der mit seiner Brigade den äußersten linken Flügel der Gefechtslinie bildete, aus eigenem Antriebe in der glücklichsten Weise ein. Zwei Bataillone des Füsilier-Regiments Nr. 38 ernteten dort blutige Lorbern.

Während Löwenfeld und Hoffmann vorn im Kampfe standen, vollzog Steinmetz mit der Masse seiner übrigen Truppen ein Schlachtmanöver im größten Stil. Hinter den fechtenden Brigaden her zog er die auf der Hauptstraße nach Skalitz stehende Avantgarde und das ganze Gros (Division Kirchmann) nach dem rechten Flügel und entwickelte dieselben hier in der vollen Breite normaler Schlachtordnung. Die Division Kirchmann lehnte sich dabei an die Aupa, umfaßte also den linken Flügel der österreichischen Aufstellung.

Die Truppen des Erzherzogs Leopold räumten nunmehr das Vorterrain gänzlich und nahmen feste Position auf den Höhen zwischen Skalitz und dem eine Viertelmeile nördlich davon gelegenen Dorfe Zlicz, den Rücken gegen die Aupa. Stützpunkt des rechten Flügels war die Eisenbahn, welche hier als hoher Damm die nachoder Straße schneidet und Skalitz gleich einem Festungswalle deckt.

Der weitentfaltete preußische rechte Flügel schritt mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel zum Angriff und warf in imposanter Bewegung alles vor sich nieder. Weiter links aber entspann sich am Eisenbahndamm und den Bahnhofgebäuden noch ein furchtbarer Kampf. Von der Division Kirchmann wurden zur Durchführung desselben noch einige Bataillone nach dem linken Flügel abgezweigt. Skalitz ward schließlich erstürmt, jedoch erst nach Vertheidigung einzelner Häuser vom Gegner geräumt. Bis in die vierte Nachmittagsstunde dauerte das Gefecht, das an Hartnäckigkeit die Kämpfe von Nachod und Trautenau noch bedeutend überragte. Wunder der Tapferkeit geschahen von der preußischen Infanterie. Feuernde Geschütze, welche die eigene Artillerie nicht sofort zu vertreiben vermochte, wurden mit stürmender Hand genommen und zwar aus eigener Initiative der Truppen und ihrer niedern Führer. Ganz besondern Ruhm ernteten die Infanterieregimenter Nr. 7 und 38; jedes von den beiden hatte denselben mit dem Verlust von 11 Offizieren und mehr als dem zehnten Theil des Mannschaftsstandes erkauft. Der gesammte preußische Verlust an Todten und Verwundeten bestand in 59 Offizieren und 1350 Mann. Ganz ungeheuer war der österreichische. Nach officiöser preußischer Angabe fielen außer 5 Geschützen 2500 Gefangene in die Hand des Siegers.

Eine Notiz des österreichischen Militärkalenders gibt 5830 Vermißte an und berechnet den Verlust an Todten auf 2425, den an Verwundeten auf 3360, sodaß also der österreichische Gesammtverlust in diesem Gefecht über 11600 Mann betragen hätte. Wir halten diese Zahlen für übertrieben, da nach zuverlässigen österreichischen Angaben das 6. Corps an diesem Kampfe keinen Antheil gehabt hat, also nur drei Brigaden, circa 23000 Mann, im Feuer waren. Wenn auch nur die niedrigste der uns vorliegenden Verlustangaben, die auf circa 6000 Mann lautet, richtig sein sollte, so wäre sie immer noch für ein kaum vierstündiges Gefecht ganz exorbitant. *)

Wohl war der eiserne Steinmetz berechtigt, seinem König am Abend des Tags telegraphisch folgende Botschaft zu senden: „Ew. Majestät melde ich am 28. Juni einen zweiten Sieg, heißer und blutiger wie am 27. Juni. Viel Verlust an Offizieren und Mannschaften, doch der Verlust des Feindes entschieden größer. Wieder einige Trophäen erobert; die Zahl noch ungewiß. Zahlreiche Gefangene gemacht. Skalitz ist in meinen Händen. Gegen mich, nach aufgefundenem Befehl Benedek's, heute Erzherzog Leopold mit dem 6. und 8. Corps. Meine Truppen sind nach zwei Schlachten noch voller Muth und Freudigkeit. Sie brechen in lauten Jubel aus. Steinmetz."

Fast gleichzeitig meldete Benedek nach Wien: „Josephstadt, 28 Juni, 6 Uhr 40 Minuten nachmittags. Vom Commando der Nordarmee. Am 28. Juni bis 12 Uhr mittags waren die Preußen in der tags zuvor von ihnen eingenommenen Stellung bei Wisokow. Um diese Stunde entspann sich ein kurzer Artilleriekampf, wobei ich mich persönlich von der außerordentlichen Treffähigkeit unserer Achtpfünder, selbst auf eine Entfernung von 4500 Schritt, überzeugte. Benedek."

Steinmetz ließ die sich auf Josephstadt zurückziehenden Oesterreicher nur durch Artillerie verfolgen. Nicht allein die Uebermüdung seines Corps nach zweitägigem Kampfe verbot eine nachhaltige Verfolgung, sondern auch die ihm vorgezeichnete Marschrichtung auf Gradlitz.

Nach einer Rast bis zur Mittagsstunde trat das Steinmetz'sche Corps am 29. Juni den Marsch nach Gradlitz an. Sein Weg führte bei Skalitz über die Aupa und ging dann in nordwestlicher Richtung

---

*) Am Tage nach dem Gefecht von Skalitz trat Erzherzog Leopold auf Benedek's Rath aus Gesundheitsrücksichten vom Commando des 8. Corps zurück. Sein Adlatus G. M. Weber übernahm das Corpscommando.

[illegible] Ein Theil der [illegible] welche drei Brigaden [illegible] zur Deckung der Kaliz-[illegible] Straße [illegible] im Aupathal [illegible] Die [illegible] waren in dieser [illegible] vorgeschoben. Steinmetz [illegible] auf Deckung [illegible] zu diesem Zwecke gebildetes [illegible] gegen 4 Uhr das [illegible] feindliche Colonnen [illegible] Brigade unter dem [illegible] eine Brigade [illegible] sich ein erneuter, bis gegen 7 Uhr [illegible] Kampf, an dem sich preußischerseits [illegible] Brigaden betheiligten. Das Gefecht gipfelte in der Erstürmung des im Aupathal gelegenen Dorfes Schweinschädel. Nach dieser energischen Abwehr der in der linken Flanke drohenden Gefahr erreichte das Steinmetz'sche Corps noch am Abend Gradlitz.

Das Gefecht bei Schweinschädel kostete den Preußen 43 Todte und etwa [illegible] Verwundete, den Oesterreichern nach dem österreichischen Militärkalender 123 Todte, 257 Verwundete und 646 Vermißte (Gefangene), außerdem eine Fahne.

Drei Tage hintereinander hatte also das Steinmetz'sche Corps stets frischen Kräften des Feindes gegenüber kämpfen müssen, um sich den Weg durch die Engpässe nach dem Thal der Elbe zu bahnen. Zwei österreichische Corps waren vollständig geschlagen, ein drittes wenigstens schwer erschüttert. Daß das zuletzt kämpfende österreichische 4. Corps die günstige Gelegenheit, dem General Steinmetz eine Schlappe beizubringen, nicht mit aller Kraft auszubeuten suchte, ist schwer zu rechtfertigen. Die preußischen Truppen waren durch zweitägige Kämpfe ermüdet und befanden sich in sehr ungünstiger strategischer Situation. Ihre Marschcolonne war in Flanken und Rücken bedroht. Auf österreichischer Seite dagegen bot die Nähe von Josephstadt einen gesicherten Stützpunkt und Gelegenheit, Verstärkung heranzuziehen. Das österreichische 2. Corps befand sich sogar in unmittelbarer Nähe des Kampfplatzes theils bei Neuplesz, theils noch im Marsche dahin. Aber die Dispositionen für den 29. Juni lauteten auf eine Concentrirung der österreichischen Hauptarmee hinter der Elbe [illegible] Dubenetz, nordwestlich von Josephstadt, und [illegible] um des [illegible] Preises willen, ein

preußisches Corps möglicherweise vollständig zu schlagen, nicht abgegangen.

Am 29. Juni mußte auch noch ein Theil des preußischen Gardecorps ein Gefecht bestehen, um die vollständige Vereinigung der kronprinzlichen Armee am linken Elbufer zu erwirken. Auf ihrem Vormarsche aus dem nach dem (zweiten) Schlachttage von Trautenau bezogenen Bivuak fand die Avantgarde der Division Hiller das ihr als Marschziel vorgezeichnete Städtchen Königinhof an der Elbe von der Brigade Fleischhacker des österreichischen 4. Corps besetzt. Jenseit des Stroms zeigten sich stärkere Truppenmassen und zahlreiche Geschütze in Position. Die vier Füsilierbataillone der Avantgarde schritten alsbald zu einem umfassenden Angriff, zwangen die in den umliegenden Getreidefeldern entwickelten feindlichen Schützen mit ihren Soutiens zum Abzug, drangen dann von verschiedenen Seiten in die Stadt ein und erreichten die Elbbrücke, ehe die Oesterreicher noch alle Gehöfte geräumt hatten. Auf beiden Seiten war nur eine Brigade im Kampf gewesen, aber wacker gestritten worden. Die bedeutende taktische Ueberlegenheit der Preußen entschied trotz der Gunst der österreichischen Defensivstellung rasch und zweifellos den Sieg. Die Brigade Fleischhacker verlor 48 Todte, 128 Verwundete und 421 unverwundete Gefangene. Außerdem fielen noch zwei Fahnen in die Hand der Preußen, von denen eine dem Regiment Coronini in hartem Kampfe entrissen wurde. Der gesammte preußische Verlust erreichte nicht 80 Mann.

Der Kronprinz von Preußen, dessen Corps jetzt auf Tragweite gegenseitiger Unterstützung im Elbthale vereint waren, gewährte am 30. Juni seinen schwergeprüften, aber trefflich bewährten Truppen Ruhetag. Die drei Brigaden des 6. Armeecorps, welche beim Vormarsch der Armee zeitweilig in Glatz zurückgeblieben und dann dem 5. Corps in starken Märschen nachgefolgt waren, wurden gänzlich an dieses herangezogen. Nicht nur die Wiedervereinigung der Zweiten Armee in sich war jetzt erreicht, sondern auch die große strategische Aufgabe gelöst, die den preußischen Armeen bei ihrem Einmarsch in Böhmen gestellt war. Ein Reiterregiment der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl traf am 30. Juni in Arnau beim 1. Armeecorps ein und lieferte dadurch den Beweis von der Vereinigung des gesammten Heeres. Am 1. Juli gestaltete sich diese noch vollständiger, indem Prinz Friedrich Karl Miletin (eine Meile südwestlich von Königinhof) besetzen ließ,

während der Kronprinz die Avantgarde des 1. Armeecorps unter Anschluß des Hartmann'schen Reitercorps unterhalb Arnau auf das rechte Elbufer vorschob.

Benedek hat bis zum 28. Juni abends an seinem Plane, sich gegen den Kronprinzen nur abwehrend zu verhalten und seinen ersten großen Stoß gegen Prinz Friedrich Karl zu richten, festgehalten. Erst am 29. Juni vereinigte er seine sechs Corps nördlich von Josephstadt in der fortificatorisch verstärkten Stellung um Dubenetz am rechten Elbufer. Jetzt also hatte er sich entschlossen, Front gegen Osten zu machen und dem Kronprinzen, dessen Corps am 30. Juni zum Theil unter den Kanonen der Oesterreicher lagerten, seine Hauptmacht entgegenzustellen.

Am 29. Juni läßt Benedek die Stellung beziehen, aber schon im Laufe der folgenden Nacht erreicht ihn die Nachricht von Clam-Gallas' Niederlage bei Gitschin. Dieser vermag nicht mehr, die Armee Friedrich Karl's aufzuhalten, er ist überhaupt für diesen und den folgenden Tag nicht mehr kampffähig. Ein starker Marsch genügte also, um die Armee Friedrich Karl's in den Rücken von Benedek zu führen, denn zwischen Gitschin und dem Centrum der Stellung von Dubenetz liegen kaum vier Meilen. Nur noch eine kühne Offensive durch Josephstadt auf den linken Flügel des Kronprinzen konnte die Nothwendigkeit einer rückgängigen Bewegung beseitigen. Dazu aber war eine Armee nicht mehr angethan, die einem schwächern und unter den schwierigsten Verhältnissen kämpfenden Feinde gegenüber binnen drei Tagen fast ein Sechstel ihrer Stärke verloren hatte. Benedek entschloß sich zu einer rückgängigen Bewegung, um sich der Umarmung durch seine Gegner zu entziehen.

Am Abend des 30. Juni ordnete er den nächtlichen Abmarsch der gesammten Armee aus der Stellung von Dubenetz nach der Gegend von Königgrätz an. Am Morgen des 1. Juli sah die Armee des Kronprinzen das verschanzte jenseitige Elbufer vom Feinde verlassen.

Benedek hat in einem Telegramm an den Kaiser vom 30. Juni diese Bewegung dahin motivirt, daß die Vorrückung der Armee unterbleiben müsse, weil das sächsische und das 1. Armeecorps „gänzlich zersprengt seien". Bis dahin waren der Kaiser, das Volk von Oesterreich und Süddeutschland und alle Cabinete Europas nur mit Siegesbotschaften beglückt worden, jetzt plötzlich begann der Schleier zu reißen. Das Ausland wenigstens begann die Wahrheit zu erkennen, mochte es auch gelingen, dem österreichischen Volke nochmals vorzuspiegeln, die

„Rückwärtsconcentrirung" sei nichts anderes als das siegverheißende Ergebniß geistvollster strategischer Combination. *)

Das alles mag verzeihlich sein; unverzeihlich aber ist, daß Benedek die Schuld allen Unglücks einem seiner Unterführer ausschließlich beimaß. Clam-Gallas hat Fehler genug gemacht, aber der weitaus schwerste Theil der Schuld trifft doch Benedek selbst. Er selbst stand mit sechs Armeecorps den vier, an Infanterie wesentlich schwächern Corps des Kronprinzen gegenüber, Clam-Gallas mit zwei Corps vier und einem halben preußischen Armeecorps. Clam-Gallas focht unter ungünstigen strategischen Verhältnissen, und an der Ungunst dieser Verhältnisse hatten die Befehle seines Oberfeldherrn keinen geringen Antheil. Benedek war dem Kronprinzen gegenüber im Besitz aller Vortheile der strategischen wie der taktischen Situation, und dabei freier Herr seiner Entschließungen.

---

*) Die bereits erwähnten Täuschungen des österreichischen Volks gipfelten in einer fast komischen Scene: man ließ ein preußisches Geschütz als Trophäe durch die Straßen von Wien fahren. Es war wirklich ein preußisches, obgleich die Preußen im Kriege gegen Oesterreich ebenso wenig ein Geschütz wie eine Fahne verloren haben. Die preußische Regierung klärte das Räthsel; sie ließ officiell bekannt machen, das Geschütz könne kein anderes sein als dasjenige, welches König Wilhelm einst dem Kaiser Franz Joseph zum Geschenk gemacht habe!

III.

Die Schlacht von Königgrätz.

Nach kaum achttägiger Dauer des Feldzugs sehen wir am 1. Juli die drei preußischen Armeen, deren strategische Front sich beim Beginn der Feindseligkeiten in weitem Bogen von Dresden bis Neisse erstreckte, auf die Ausdehnung zweier kurzer Tagemärsche verkürzt. Von Smidar, dem Sammelpunkte der Elbarmee, über Horitz, wo das Gros Friedrich Karl's stand, bis über die Elbe hinweg nach Gradlitz, dem Lager des linken Flügels der kronprinzlichen Armee, beträgt die Entfernung nicht volle fünf Meilen. Nachdem die österreichische Armee sich gegen Königgrätz zurückgezogen hatte, war ein Angriff auf die Flügel dieser strategischen Front nicht mehr zu gewärtigen, die preußischen Armeen waren daher in der Lage, bei jeder großen Action vorwärts ihrer Front gemeinsam aufzutreten. Die Vortheile der centralen Stellung gegenüber getrennten Gegnern waren Benedek vollständig aus der Hand gerungen. Die Heere standen einander auf der natürlichen Operationslinie als geschlossene Massen gegenüber, vor der Front einer jeden lag der Weg nach der feindlichen Hauptstadt. Jetzt galt es, diesen Weg durch Zertrümmerung der ihn verlegenden Kräfte zu öffnen, es galt den Entscheidungskampf. Das strategische Moment trat mehr und mehr gegen das taktische zurück; die wahre Feldherrnkunst aber sollte sich darin zeigen, daß ihm auch jetzt noch die möglichste Bedeutung gewahrt wurde.

Die Kriegsgeschichte weist wenige Beispiele auf, in denen das nächste Ziel moderner Kriegführung, die Herbeiführung der entscheidenden Schlacht von Hauptmacht gegen Hauptmacht, so rasch erreicht worden wäre als in diesem Riesenkampfe zwischen Preußen und Oesterreich. Selbst der Feldzug von 1815, in welchem es schon am vierten

Tage nach Eröffnung der Feindseligkeiten zur Schlacht von Waterloo kam, trägt das Gepräge der Kriegführung im Sinne unserer Zeit nicht schärfer als der Krieg von 1866. In jenem Kriege waren die Verhältnisse einfacher, die räumlichen Ausdehnungen beschränkter, die Armeen wesentlich kleiner, und dennoch war es nicht ein so vollständiges Messen von Gesammtkraft gegen Gesammtkraft, wie es uns hier entgegentritt. Von Wellington, Blücher und Napoleon waren vor der Entscheidungsschlacht erhebliche Kräfte detachirt worden.

Benedek hatte in den Kämpfen der letzten Tage nicht nur die Vortheile seiner strategischen Position verloren, er ging auch mit einer numerisch geschwächten Armee, die von dem taktischen Uebergewicht des Gegners bereits überzeugt war, der Hauptschlacht entgegen. Immer aber war es noch ein Heer, das dem Gegner an Zahl nicht so wesentlich nachstand, um daraus Schlüsse auf den Austrag des Kampfes ziehen zu müssen. Die Spreu war vom Weizen gesondert; nicht wenige Regimenter derjenigen Corps, die bisher im Feuer gewesen, hatten außerordentlich tapfer, wenn auch unglücklich gekämpft. Ihr Feldherr durfte darauf rechnen, daß sie vor Begierde brennen würden, die erlittenen Scharten auszuwetzen. In den Augen der Truppen war Benedek's Ruf noch unerschüttert. Von den Fehlern der Kriegsleitung im großen konnten nur die höchsten Offiziere eine Ahnung haben. Der Glaube, daß der erste Kampf unter Benedek's persönlicher Führung ein siegreicher sein müsse, belebte die Hoffnungen der Armee noch in hohem Maße. Die Panique, welche das Zündnadelgewehr in seinem ersten Auftreten hervorgerufen hatte, dauerte nicht mehr an. Man hatte sich überzeugt, daß schließlich doch nicht das Gewehr allein die Erfolge errungen hatte. In dem gliederweisen Abgeben der Salven hatte man ein Mittel gefunden, den Nachtheil des eigenen sehr langsamen Gewehrfeuers einigermaßen auszugleichen. Vor allem aber durfte man hoffen, die Ueberlegenheit der feindlichen Handfeuerwaffe durch richtige Verwendung der eigenen trefflichen und zahlreichen Artillerie zu paralysiren. Fast immer in günstigen Stellungen auftretend, durchweg mit gezogenen Geschützen bewaffnet, der Wirkungssphäre des Zündnadelgewehrs selten ausgesetzt, hatte die österreichische Artillerie bisher unverkennbar größere Resultate erzielt als die preußische. Theils das Terrain, theils auch das stürmische Vordringen der eigenen Infanterie hatten es der preußischen Artillerie unmöglich gemacht, ihr volles Gewicht in die Wagschale der Entscheidungen zu werfen. Das Vertrauen in die österreichische Reiterei war, trotz der Miserfolge

einzelner Regimenter, noch ganz das alte: große Reitermassen waren noch nicht in den Kampf geführt worden, von der Hauptschlacht erst erwartete man deren Verwerthung und Bewährung.

Neben alledem aber durfte man auf österreichischer Seite auf den Vortheil der Defensive bauen. Die Offensive ist für den Beginn der Kämpfe ein doppelter Vortheil; sie hebt den Geist der Truppen und legt dem Gegner, wie die Kunstsprache sagt, das Gesetz auf. Nichtsdestoweniger bleibt die Defensive, um mit Clausewitz zu reden, „die stärkere Form". In dem Stadium, in welches der Feldzug jetzt getreten war, war der Vortheil entschieden auf seiten des Vertheidigers. Es lag in Benedek's Hand, sich das Schlachtfeld zu wählen, er konnte ohne jeden Nachtheil und ohne jede Gefahr, ähnlich wie es die Russen 1812 thaten, beliebig zurückgehen, er hatte auch, da die Preußen vorläufig ruhten und nicht Klinge an Klinge geblieben waren, vollauf Zeit, sich das Schlachtfeld vorzubereiten, es namentlich fortificatorisch zu verstärken.

In einer gutgewählten starken Defensivposition konnte die Artillerie zur vollen Entfaltung ihrer Wirkung kommen. Hinter künstlichen Deckungen, in verbarrikadirten Dörfern, an Waldlisièren und in ähnlichen Aufstellungen war die Infanterie der Wirkung des preußischen Zündnadelgewehrs weniger ausgesetzt, wie denn überhaupt diese Waffe in gleichem Maße an Furchtbarkeit verliert, je weniger sie Gelegenheit hat, defensiv aufzutreten. Die Defensive ist einmal das eigentliche Element der Feuerwaffe, darum hat auch der Schuß für den Reiter, dessen Element die Offensive, nur eine untergeordnete Bedeutung. Wenn das Feuergewehr den Preußen auch im offensiven Gefechte große Dienste gethan hat, so liegt dies darin, weil sie es verstanden, die defensive Form in dasselbe hineinzutragen. Sie ließen den Feind an sich herankommen, überschütteten ihn mit einem vernichtenden Feuer und stürzten sich dann auf die Trümmer. In einer wohlangelegten Defensivschlacht konnte dem Gegner dies Verfahren verwehrt werden. Gelang es, aus einer starken, Umgehungen nicht ausgesetzten Stellung Angriff auf Angriff des Gegners abzuweisen, den Feind dadurch zu ermüden und seine Colonnen durch Granatfeuer zu decimiren, während man die eigenen Truppen schonte, zog man eine solche Schlacht einen ganzen Tag und vielleicht noch einen zweiten Tag in passivster Haltung hin, dann war immer zu hoffen, daß man schließlich mit intacten Reserven die Offensive ergreifen, den Feind werfen und ihm siegreich nachdringen konnte.

Benedek machte von dem Vortheil, das Schlachtfeld wählen zu können, in einer Weise Gebrauch, die zu der Annahme berechtigt, daß er auch jetzt noch die Hoffnung nährte, sich zunächst nur mit den Armeen Friedrich Karl's und Herwarth's messen zu dürfen. Daß die preußische Erste Armee der des Kronprinzen bereits an der Elbe die Hand gereicht hatte, mußte er allerdings wissen, augenscheinlich aber glaubte er nicht an ihr gemeinsames Auftreten in ein und derselben Schlacht, solange die Trennung beider Heerestheile durch den Strom noch obwaltete. Der österreichischen Armee konnte aus dieser Trennung nur dann ein Gewinn erwachsen, wenn es auf dem rechten Elbufer, noch innerhalb des weiten Bogens, den die Elbe bei Pardubitz macht, zum Kampfe kam. Fast alle andern Rücksichten hätten dafür gesprochen, die Elbe oder den ihr von Osten zufließenden Adler vor die Front zu nehmen. Auf den Verlust weniger Meilen Terrain konnte es unbedingt nicht ankommen, da es sich zunächst darum handelte, zu siegen und alle Chancen für den Sieg zu benutzen. Uebrigens wäre eine Niederlage für die preußische Armee um so gefahrvoller gewesen, je tiefer in Feindesland sie erfolgte, auf je längere Distanz also die Rückzugslinie sich durch dasselbe hingezogen hätte.

Ein österreichischer Schriftsteller hat behauptet, daß Benedek, indem er die Schlacht nördlich der Elbe annahm, nur einem speciellen Befehl des Kaisers gefolgt sei, während er selbst die Absicht gehegt habe, weiter zurückzugehen und vor Annahme der Schlacht die Verluste seiner Armee durch Heranziehung der vierten Bataillone zu den Regimentern zu decken. Wir wollen in dieser Beziehung keinen directen Widerspruch erheben, obgleich uns ein solcher Eingriff in die Entscheidungen des verantwortlichen Oberfeldherrn kaum glaublich erscheint, bemerken indeß, daß die Specialdispositionen Benedek's für die Schlacht ausreichendes Zeugniß für seine eben angedeutete Anschauung der strategischen Situation auf preußischer Seite liefern. Sucht man nach weitern Gründen, die Benedek bei dieser wichtigen Entscheidung geleitet haben mögen, so darf vielleicht noch die Thatsache Beachtung verdienen, daß Benedek vorwiegend Taktiker, aber sehr wenig Stratege war, die gewählte Position aber in taktischer Hinsicht außerordentlich viel Verführerisches hat.

Orientiren wir uns jetzt auf dem Schauplatze, wo eine der großartigsten und folgenschwersten Schlachten, welche die Geschichte aufweist, in Scene gehen sollte:


Klenitz
Sowetitz
Dub
Straschow
Sadowa
Mzan
Mastowied
Sendraschitz
Trotina
Cistowes
Lhota
Zawadtka
Kopanina
Dohalitz
Dohalicka
Lipa
Chlum
Elbe Fl.
Ob. Nedelist
Unt.
Lochenitz
Kr.
Neresehow
Bistritz Fl.
Mokrowans
Langenhof
Rozberitz
Predmeritz
Sucha
Tresowitz
Wschestar
Hrasch
Swiety
Sprametschitz
Tun
Stresetitz
Popowitz
Sobetus
Rosnitz
Kobilidoly
Problus
Bor
Briza
Plotischt
Pilnitz
Komarow
Libno
Bohdanetz
Nedelist
Ndr.
Prim
Ob.
Neu
Nechanitz
Charbusitz
Klatzow
Ziegelschlag
Jehlitz
Stizirek
Erthöfen
Hradek
Stöszer
Königgrätz
B. H.
Kunitschitz

In der Richtung von Nordwesten nach Südosten führt die große Straße von Gitschin über Horitz nach Königgrätz. Als Marschlinie der das preußische Centrum bildenden Armee des Prinzen Friedrich Karl bezeichnet dieselbe die allgemeine Direction des Angriffs. Dreiviertel Meilen von Königgrätz, zwischen Briza und Swietj, fallen in diese Hauptstraße unter spitzen Winkeln zwei Nebenstraßen ein, die eine aus westlicher Richtung von Smidar, die andere von Norden her aus der Gegend von Königinhof kommend. Auf der erstern Straße gewärtigte Benedek den Anmarsch der Armee Herwarth's, auf der andern hätte er die des Kronprinzen erwarten müssen, wenn er an deren Erscheinen überhaupt fest geglaubt hätte. Die dreizinkige Gabel, deren Bild uns die gedachte Straßenverzweigung bietet, bildet das Gerippe des Schlachtfeldes. Die westliche Straße bezeichnet den linken Flügel, die von Nordwesten kommende das Centrum, die von Norden kommende den rechten Flügel der österreichischen Schlachtstellung. Da Benedek seine Aufstellung zunächst nur in Rücksicht auf die preußische Erste und die Elbarmee nahm, kam die rechte Zinke der Gabel vorläufig weniger in Betracht.

Die gewählte Stellung entsprach in seltener Weise der Mehrzahl der Anforderungen, welche die Taktik an eine tüchtige Defensivstellung erhebt.

Etwa $1^1/_2$ Meilen von Königgrätz entfernt werden die beiden zunächst ins Auge gefaßten Straßen von einem hier in südwestlicher Richtung ziehenden Flüßchen mit theilweise sumpfigen Ufern, der Bistritz, geschnitten, die horitzer Straße bei Sadowa, die nach Smidar führende bei Nechanitz. Der Bach bot also in derjenigen Richtung, aus der man den Feind erwartete, als Fronthinderniß eine treffliche Begrenzung des Schlachtfeldes. Nur bei den anliegenden Dörfern befinden sich Uebergänge, die also leicht zu bewachen waren. Unterhalb (westlich) Nechanitz nimmt der Bach eine südliche Richtung an und gewährt dadurch auf dem linken Flügel der Position in der wünschenswerthesten Weise eine Flankendeckung. Ziehen wir gleich den rechten Flügel des Schlachtfeldes, wie es sich thatsächlich gestaltete, mit in Betracht, so sehen wir die rechte Zinke der Straßengabel gleichfalls in der Entfernung von etwa $1^1/_2$ Meilen von Königgrätz beim Dorfe Ratschitz von dem in südöstlicher Richtung der Elbe zufließenden Trotinabach geschnitten. Dieser schwer passirbare Wasserlauf gewährt wenigstens auf der Straße selbst und ihren östlichen Verzweigungen ein Fronthinderniß, außerdem in seinem untern Laufe noch eine sichernde An-

lehnung der rechten Flanke. Vor der Gesammtfront der Stellung vermissen wir hiernach nur auf einer kaum eine halbe Meile langen Strecke zwischen Sadowa und Ratschitz (Benatek — Ratschitz) einen den Anmarsch des Feindes hemmenden und auf bestimmte Uebergänge beschränkenden Wasserzug. Diese kurze Strecke sollte das Thor werden, durch welches später der Kronprinz auf den Kampfplatz einrückte.

Das Innere der Position war einer nachhaltigen Vertheidigung so günstig als möglich. Ein Hügelland, das sich durchschnittlich 150, in seinen höchsten Kuppen fast 300 Fuß über die Thalsohle der Bistritz erhebt, dominirt das nach Norden und Westen vorliegende Terrain vollständig. Hochgelegene Dörfer und Wälder auf den Hügelkuppen bieten treffliche Vertheidigungsobjecte. Ungangbares Terrain im Innern der Position, das die freie Bewegung und gegenseitige Unterstützung der Truppen gehindert hätte, war, geringfügige Ausnahmen abgerechnet, weder durch die Bergformation noch durch Wasserzüge geschaffen. Dagegen boten die von West nach Ost streifenden sanften Thalsenkungen Gelegenheit zu gedeckter Aufstellung und Bewegung der Truppen.

Die Entfernung der Flügelpunkte der Position (etwa von Nechanitz bis Ratschitz gerechnet) betrug fast zwei Meilen oder 20000 Schritt. Da normalmäßig etwa 10 Mann auf jeden Schritt der Frontlänge gerechnet werden, die sieben österreichischen und das sächsische Armeecorps aber zusammen noch nahezu 200000 Mann zählten, so würde die Länge der Front auch dann noch eine angemessene gewesen sein, wenn Benedek dieselbe sofort in ihrer ganzen Ausdehnung in Betracht genommen hätte. Das Verhältniß der Truppenzahl zur Räumlichkeit der Stellung gestaltet sich indeß dadurch noch viel günstiger, daß Benedek die durch die Wasserläufe und die entsprechenden Flügelpunkte bezeichnete Frontlänge durchweg nur für die Aufstellung vorgeschobener Detachements in Betracht nahm, während er seine Hauptstellung auf ein enger begrenztes Höhenterrain concentrirte. Der österreichische Feldherr erreichte dadurch noch einen weitern Vortheil. Im Fall des Sieges wäre das vor der äußersten Front gelegene Offensivfeld kein günstiges gewesen; namentlich der Umstand, daß die kronprinzliche Armee dauernd die rechte Flanke der Verfolger bedroht hätte, kam dabei in Betracht. Um so wichtiger war es, sich ein Offensivfeld innerhalb der Stellung zu schaffen, auf welchem die errungenen Erfolge unmittelbar ausgebeutet werden konnten. In dem Raume zwischen

dem Kern der Stellung und den die gesammte Walstatt begrenzenden Wasserläufen war ein solches in vortheilhaftester Weise gewonnen.

Betrachten wir die Terraingestaltung, soweit sie im Laufe der Schlacht zur Geltung gelangt, näher und nehmen wir von Königgrätz unsern Ausgangspunkt, so sehen wir die Straße nach Sadowa aus dem Inundationsterrain der Festung, das die Sohle des Elbthals auf beiden Ufern ausfüllt, sehr allmählich bis zu dem Gabelpunkt bei Briza und Swietj aufsteigen. Hier beginnt zunächst links der Hauptstraße eine massige Terrainerhebung, die nördlich und westlich bis zum Thal der Bistritz hinstreicht und das Innere des Bogens, welchen dieser Bach bei Nechanitz macht, ausfüllt. Die Straße von Briza nach Nechanitz geht über diese Erhebung hinweg und erreicht etwa in der Mitte zwischen beiden Orten bei den Dörfern Problus und Prim die größten Höhen. Diese Höhen, welche mit ihren Dörfern und Wäldern in der Schlacht eine bedeutende Rolle spielen, überragen die Thalsohle der Bistritz um etwa 200 Fuß. Sie beherrschen weithin das Terrain.

Die mittlere nach Sadowa führende Straße ersteigt von dem Gabelpunkte aus nach Ueberwindung wiederholter wellenförmiger Einsenkungen die östliche Fortsetzung jenes Höhenterrains. Eine schwache halbe Meile vor Sadowa tritt zur Rechten eine vereinzelte sehr markirte Bergkuppe an die Straße heran, welche die Höhe von Problus noch um 90 Fuß überragt. Es ist dies die Höhe von Chlum. Das Dorf Chlum liegt am östlichen Abhange dieser Kuppe, etwa 1000 Schritt von der sadowaer Straße.

Das wellige Plateau, welches die gemeinsame Basis für die links und rechts von der Straße miteinander ziemlich correspondirenden Höhen von Problus und Chlum bildet, senkt sich von dem Punkte aus, wo Chlum zur Rechten liegt, allmählich gegen Sadowa ab. Die Straße geht indeß unfern Chlum bei dem Dorfe Lipa nochmals über einen langgestreckten Hügelrücken hinweg, welcher der Höhe von Problus an Erhebung ziemlich gleichkommt. Dieser Hügel hat dadurch eine besondere Wichtigkeit, daß sein Kamm circa 3000 Schritt von den Bistritzbrücken bei Sadowa und Dohalitz gelegen ist, bei der Tragweite des schweren Geschützes also die geeignetste Vertheidigungsposition für diese Uebergänge bildet. Der Hang dieser Höhe von Lipa ist nach der Bistritz hin im ganzen kahl und ein treffliches Feld für die Wirkung der Artillerie. Nur unfern seines Fußes deckt ihn links (südwestlich) der Straße ein scharf abgegrenzter Wald, der beim Kampfe

um die Höhe eine große Rolle spielen sollte. Er heißt in den Schlachtberichten der Wald von Sadowa, auch wol der von Dohalitz. Rechts von der Straßenstrecke von Lipa nach Sadowa zieht sich eine Schlucht, jenseit deren das Terrain bedeutend anschwillt und sich in der waldbedeckten Höhe von Masloweb fast 300 Fuß über den Spiegel der Bistritz erhebt. In nordöstlicher Richtung von der Höhe von Masloweb liegt die langgestreckte Höhe von Horeniowes, welche rechts ziemlich steil zur Trotina abfällt und gleich einer gewaltigen Bastei den Theil der Front ausfüllt, wo diese eines deckenden Wasserlaufs entbehrt. Wäre von dieser Höhe ausreichend Nutzen gezogen worden, so würde das fehlende Fronthinderniß reichlich ersetzt gewesen sein. Letzteres unterblieb, weil Benedek nicht von vornherein das ganze Schlachtfeld, mit der äußersten Front von Nechanitz längs der Bistritz über Sadowa bis zur Höhe von Horeniowes reichend, in seine Dispositionen aufnahm.

Am 2. Juli erging an die österreichische Armee seitens ihres Obercommandos der Befehl, für den folgenden Tag einer Schlacht gewärtig zu sein. Der gleichzeitig ertheilten Disposition entnehmen wir das Folgende:

In die erste Linie sollten drei Armeecorps rücken und zwar:

auf den linken Flügel, auf die Höhen von Popowitz und Tresowitz (nordöstlich von Nechanitz an der Bistritz) das sächsische Corps *);

ins Centrum, zwischen dem rechten Flügel des sächsischen Corps und der Höhe von Lipa, das (10.) Corps Gablenz;

auf den rechten Flügel und zwar auf die Höhen von Lipa und Chlum das (3.) Corps Erzherzog Ernst.

Eine Reserve war zunächst nur dem linken Flügel zugetheilt, der eine flankirende Bewegung Herwarth's zu fürchten hatte. Es wurde dazu das (8.) Corps Erzherzog Leopold bestimmt, dem die Aufstellung hinter dem sächsischen Corps vorgeschrieben wurde.

Es hieß dann wörtlich in Benedek's Befehl: „Die hier nicht genannten Truppen haben, solange der Angriff auf den linken Flügel beschränkt bleibt, sich nur in Bereitschaft zu halten.“ Ein Eingreifen

---

*) In Wirklichkeit nahm das sächsische Corps seine Hauptstellung ganz sachgemäß am Abhange der Höhen von Problus und Prim und poussirte nur etwa eine Brigade nach der Bistritz, speciell nach Nechanitz vor.

des Kronprinzen hielt er also, wie dieser Theil der Disposition zeigt, zunächst nicht für wahrscheinlich. Die Möglichkeit aber, „daß der Angriff größere Dimensionen annehmen könnte“, hatte er dennoch vorgesehen und für diesen Fall auch den übrigen Theilen der Armee ihren Platz in der Schlachtordnung angewiesen. Das (4.) Corps Festetics sollte dann den rechten Flügel des 3. verlängern und auf den Höhen zwischen Chlum und Nedelist, das (2.) Corps Thun noch weiter rechts zwischen Nedelist und der Trotina Aufstellung nehmen. Diese bedeutende Verlängerung des rechten Flügels war, wie ein Blick auf den Plan zeigt, sehr weit, fast im Halbkreise zurückgebogen. Die Höhen von Horeniowes und Maslowed blieben in der Disposition außer Betracht. Betrachtet man die Höhe von Chlum als die Mitte dieser Aufstellung, so kommen — abgesehen von der Hauptreserve — auf den linken Flügel vier Corps (das sächsische, das 8., 10. und 3.), auf den rechten, der fast dieselbe räumliche Ausdehnung hat, nur zwei (das 4. und 2.) Corps. Den vier Corps des linken Flügels konnten preußischerseits $4\frac{1}{2}$, den beiden Corps des rechten Flügels 4 Armeecorps entgegengeführt werden. Schon dies zeigt, daß Benedek der Armee des Kronprinzen nicht gewärtig war und sich höchstens auf das Erscheinen einzelner leicht abzuweisender Theile derselben gefaßt hielt. Ganz evident aber wird dies dadurch, daß er, wie unsere Erzählung zeigen wird, gleich beim Beginn der Schlacht auch die beiden Corps des rechten Flügels bis auf eine einzige Brigade ans Centrum heranzog und gegen Friedrich Karl verwandte.

Seiner Hauptreserve wies Benedek „bei der zweiten Annahme eines allgemeinen Angriffs“ ihren Aufstellungspunkt vorwärts von Wschestar und Rosnitz an, also unfern des Gabelpunktes der Straßen nach Sadowa und Nechanitz. Sie bestand aus dem (1.) Corps Clam-Gallas und dem (6.) Corps Ramming, der Armee-Geschützreserve und den drei schweren Reiterdivisionen. Die beiden leichten Cavaleriedivisionen wurden in der Disposition zwar auch als ein Theil der Hauptreserve genannt, erhielten aber von vornherein ihre Aufstellung hinter den Flügeln der Schlachtlinie, und zwar die 1. links bei Problus, die 2. rechts bei Nedelist.

Die Disposition nahm in sehr prononcirter Weise auf den eventuellen Rückzug Bedacht, was hier, wo man, den Strom im Rücken, zu fechten entschlossen war, durchaus geboten erschien. Es hieß darüber: „Sollte die Armee zum Rückzuge gezwungen werden, so erfolgt derselbe auf der Straße von Holitz (südöstlich von Königgrätz) gegen Hohen-

mauth, ohne die Festung Königgrätz zu berühren.“ Die Pontonniere der Armee hatten sofort eine Anzahl von Pontonbrücken, namentlich nördlich von Königgrätz zu schlagen, und soll dadurch die Anzahl der praktikabeln Uebergänge im ganzen auf neun, nach einigen sogar auf elf gebracht worden sein. Die angegebene Rückzugslinie lag hinter der rechten Flanke, was zu den Schwächen der Stellung gezählt werden muß.

Auch die Wahl der Rückzugslinie spricht dafür, daß Benedek nicht darauf rechnete, in der rechten Flanke durch den Kronprinzen stark gedrängt zu werden. Andernfalls würde er die südwärts gegen Pardubitz führenden Straßen nicht außer Betracht gelassen haben.

Da Benedek bereits am 1. Juli in die Stellung einrückte, es aber erst am 3. Juli zur Schlacht kam, war ausreichende Zeit gegeben, das Schlachtfeld künstlich zu verstärken, ohne dadurch den Truppen die nöthige Ruhe und Erholung zu entziehen. Was zu diesem Zweck in artilleristischer Beziehung für das Centrum und den linken Flügel geschah, verdient alle Anerkennung. Das Terrain wurde genau recognoscirt, die Positionen für die Batterien wurden zweckmäßig ausgewählt, für Geschütze und Bedienungsmannschaften Deckungen geschaffen, die Schußlinien durch Niederlegen von Bäumen u. s. w. frei gemacht, außerdem aber wurden die Distanzen nach den voraussichtlichen Hauptobjecten, gegenüberliegenden Höhen, Waldparcellen, Brücken ermittelt und bestimmte Zielpunkte durch Marken an den Bäumen und in ähnlicher Weise festgestellt. Da Kenntniß der Entfernung beim gezogenen Geschütz die Wirkung hauptsächlich bedingt, so sicherte sich die österreichische Artillerie durch diese Vorbereitungen abermals einen bedeutenden Vortheil vor ihrem Gegner. Der wesentlichste Vortheil aber lag in der Möglichkeit, sehr bedeutende Massen von Geschütz sofort zur Entwickelung bringen zu können. Mindestens 500 gezogene Geschütze standen zur Verfügung; ohne jedes Bedenken konnten also von vornherein gewaltige Batterien etablirt werden, unter deren Feuer der Gegner im ungünstigsten tiefgelegenen Terrain seine Batterien erst auffahren mußte. Von diesem Vortheil wurde in ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht. Der obere Thalrand der Bistritz von Lipa bis gegenüber von Mekrowans*) war mit einer fast un-

---

*) So nennt die Reymann'sche Karte den Ort. Auf den Plänen des preußischen Generalstabs heißt er Mokrowous. Die böhmischen Ortsnamen finden

unterbrochenenen Reihe von Batterien gekrönt, deren Wirkungssphäre die Thalsohle und zum Theil noch den jenseitigen Rand beherrschte. Hinter dem rechten Flügel dieser ersten Linie war die dominirende Höhe von Chlum mit einer gewaltigen Batterie gekrönt, welche die Position bei Lipa etagenförmig überragte und gleichzeitig den von vornherein nur in Betracht genommenen Theil der Stellung weithin flankirte. Auf dem linken Flügel waren auf den Höhen von Problus und Prim und dem vorliegenden niedern Abhange ähnliche Geschützaufstellungen angeordnet.

Gegen diese artilleristischen Vorbereitungen stand das, was in speciell fortificatorischer Beziehung zur Verstärkung des Schlachtfeldes geschah, wesentlich zurück. Zwar waren hier und dort, namentlich in dem Walde, der von Sadowa und Dohalitz gegen Lipa ansteigt, Verhaue und Verflechtungen angelegt, an einzelnen Punkten waren Barrikaden errichtet, im allgemeinen aber war es unterlassen worden, die Vortheile auszunutzen, welche sich aus dem Umstande ziehen ließen, daß der Angreifer auf ganz bestimmte Uebergangspunkte über die Bistritz angewiesen war. Vertheidigungseinrichtungen in den betreffenden Dörfern, vorgelegte Brückenköpfe u. s. w. hätten ganz außerordentliche Dienste leisten können. Ein Hauptversäumniß, das sich schwer hätte rächen können, bestand endlich darin, daß man es unterlassen hatte, die Elbübergänge durch Brückenköpfe zu sichern.

Preußens König, der am 2. in Gitschin eingetroffen war, wohin sich auch Prinz Friedrich Karl aus seinem bereits nach Kamenetz*) vorgeschobenen Hauptquartier zur Begrüßung und Entgegennahme weiterer Befehle begeben hatte, beabsichtigte dem Gros seiner Armee für den 3., vielleicht auch noch den 4. Juli Ruhe zu gönnen. Die unmittelbare Fühlung am Feinde war zur Zeit verloren gegangen; man vermuthete die Hauptkraft des Gegners bereits auf dem linken Elbufer und nur schwache Abtheilungen auf dem rechten. Um nähern Aufschluß zu erlangen, sollten am 3. Juli Recognoscirungen ausgeführt werden und zwar von seiten der Armee Friedrich Karl's auf dem rechten Elbufer in der Richtung auf Königgrätz, von seiten der Armee des Kronprinzen auf dem linken in der Richtung auf Josephstadt.

---

sich überhaupt sehr verschieden geschrieben. Der Leser möge es entschuldigen, wenn wir nicht immer correct sind.

*) 1¼ Meile nordwestlich von Horitz, 2¾ Meile nordwestlich von Sadowa.

In diesem Sinne wurden im Laufe des Nachmittags die Befehle expedirt.

Prinz Friedrich Karl verließ zwischen 3 und 4 Uhr Gitschin und eilte nach Kamenetz zurück. Bei seinem Eintreffen brachte ein Generalstabsoffizier, der im Laufe des Tags mit einer Reiterabtheilung auf der Straße nach Sadowa recognoscirend vorgegangen war, Nachricht von der Ansammlung bedeutender feindlicher Streitkräfte an der Bistritz. Diese Thatsache fand durch anderweite Meldungen Bestätigung, namentlich durch den ausführlichern Bericht, welchen der Führer der bis nach Cerekwitz ($^1/_3$ Meile nördlich von Benatek, $^1/_2$ Meile nordöstlich von Sadowa) vorgeschobenen Avantgarde der Division Fransecky einsandte. Sein Bericht lautete aufs bestimmteste dahin, daß sich unmittelbar vor den Vorposten dieser Avantgarde ein großes feindliches Lager befinde. Gefangene Oesterreicher sagten sogar aus, die ganze Armee concentrire sich zwischen Elbe, Bistritz und Königgrätz.

Die eingegangenen Meldungen veranlaßten den Prinzen zu Schritten, die ihm und seinem Generalstabschef zum höchsten Verdienst angerechnet werden müssen. Sie geben Zeugniß von jener Entschlußfähigkeit, die unter allen Eigenschaften eines kriegerischen Führers den ersten Platz einnehmen muß; sie geben nicht minder Zeugniß von dem richtigen Verständniß der Rechte und Pflichten eines auf einen selbständigen Punkt gestellten Generals. Die empfangenen Befehle hätten den Prinzen jeder Verantwortung entkleidet, wenn er es ruhig bei den angeordneten Recognoscirungen belassen hätte; aber der Prinz erkannte, daß durch Aenderung der Disposition größere Resultate erreicht und gleichzeitig die Möglichkeit eines Echecs vermieden werden konnte.

Auf eigene Verantwortung entschied sich der Prinz, mit seiner ganzen Armee am folgenden Tage dem Feinde entgegenzutreten. Er erließ sofort an seine eigenen Divisionen den Befehl in geeignete Stellungen gegen die Bistritz vorzugehen, außerdem aber sandte er dem noch auf seine Befehle angewiesenen General Herwarth die Weisung, alsbald mit den drei Divisionen der Elbarmee auf Nechanitz, also in der Richtung auf Königgrätz vorzurücken. So weit handelte der Prinz, wenn auch auf eigene Verantwortung, noch in den Grenzen seiner Competenz. Aber er ging weiter. Die Situation im großen und ganzen auffassend, trug er auch Sorge für das Eingreifen der Zweiten Armee. Zu diesem Zweck richtete er das folgende Schreiben

an den Kronprinzen, das allein schon genügen würde, dem Prinzen einen klangvollen Namen in der Kriegsgeschichte zu sichern:

„Kamenetz, 2. Juni abends.

Durch Se. Maj. den König ist mir Kenntniß geworden von dem Ew. Königlichen Hoheit für morgen (3. Juli) ertheilten Auftrage einer Recognoscirung gegen die Aupa und Metau. Nachdem indessen eine am heutigen Tage diesseits unternommene Recognoscirung und die bezüglichen Meldungen der Vorpostentruppen ergeben haben, daß bei Sadowa und Lipa an der Straße von Horitz auf Königgrätz sehr bedeutende feindliche Kräfte vereinigt sind, welche ihre Avantgarde bis Dub vorgeschoben haben — liegt es in meiner Absicht, morgen, 3. Juli, den Feind anzugreifen und denselben in Gemäßheit des mir ertheilten Auftrags gegen die Elbe zu drängen.

Da indessen auch von Josephstadt aus stärkere feindliche Truppenmassen auf das rechte Elbufer übergegangen sind, so kann ich darin nur die Absicht erblicken, daß dieselben bei etwaigem Vorgehen meinerseits auf Königgrätz gegen meinen linken Flügel operiren wollen.

Eine solche Diversion würde mich zwingen, meine Kräfte zu theilen, wodurch ich also den gewünschten Zweck, Vernichtung der feindlichen Corps, nicht vollständig erreichen würde.

Ew. königliche Hoheit bitte ich deshalb, morgen, 3. Juli, mit dem Gardecorps oder mehr über Königinhof zur Sicherung meines linken Flügels in der Direction auf Josephstadt auf dem rechten Elbufer vorgehen zu wollen. Ich spreche dieses Ersuchen um so mehr aus, als ich meinerseits auf ein rechtzeitiges Eintreffen des Corps von Bonin, der weiten Entfernung wegen, nicht rechnen kann, und als ich andererseits voraussetze, daß Ew. königliche Hoheit bei der für morgen dortseits zu unternehmenden Recognoscirung nicht auf starke feindliche Kräfte stoßen werden.

Ich füge hinzu, daß mein linker Flügel bei Groß-Jeritz und Cerekwitz stehen wird.

Friedrich Karl."

Seinen Generalstabschef, den Generallieutenant Voigts-Rhetz, entsandte der Prinz darauf nach Gitschin ins Hauptquartier des Königs, um vom Stande der Sache Meldung zu erstatten und die allerhöchste Genehmigung für die getroffenen Maßnahmen zu erbitten.

Voigts-Rhetz traf dort kurz vor 11 Uhr abends ein und wurde sofort vom König empfangen. Es trat ein Kriegsrath zusammen, in welchem Moltke, den Vorstellungen Voigts-Rhetz' beipflichtend, sich für sofortige Annahme der Schlacht erklärte und die Entscheidung des Königs in diesem Sinne erwirkte.

Daß Benedek sich mit dem Rücken gegen die Elbe zu einer Hauptschlacht stellen werde, erschien im Hauptquartier des Königs kaum glaublich. Eher glaubte man an eine Offensivunternehmung gegen die Armee Friedrich Karl's. Für den Fall, daß die österreichische Armee eine Stellung zur Defensivschlacht nehmen würde, erwartete man dieselbe auf dem linken Ufer der Elbe, Front nach Westen unter Anlehnung der Flügel an die festen Plätze Josephstadt und Königgrätz. Der im obigen Schreiben Friedrich Karl's erwähnte Recognoscirungsauftrag gegen Aupa und Metau zeigt, daß man hinter einem dieser Gewässer den rechten Flügel Benedek's vermuthete. Wir sind nicht der Ansicht, daß diese Stellung die vortheilhafteste für Benedek gewesen wäre; die Ueberzeugung, daß er dieselbe wählen werde, stand indeß im preußischen Hauptquartier so fest, daß man darauf hin den größten Theil der kronprinzlichen Armee auf dem linken Elbufer zurückgelassen hatte, um sofort gegen den Rücken und die rechte Flanke dieser Position operiren zu können.

Die Mitternachtsstunde, während deren der Kriegsrath um den greisen Monarchen versammelt war, wiegt Jahre und Jahrzehnte im trägen Lauf gewöhnlicher Zeiten auf. An den Entschießungen, die hier gefaßt wurden, hing das Geschick Preußens und seiner Krone, die künftige Gestaltung Deutschlands, vielleicht die Entscheidung über Krieg und Frieden für eine lange Epoche und für ganz Europa. Irrte man in den Voraussetzungen, griff man fehl in den Dispositionen, überschätzte man die physischen Kräfte der durch Märsche und Kämpfe zur Zeit mehr als der Feind angegriffenen Truppen — wie gewaltig konnten und mußten die Folgen sein! Kein verantwortliches Ministerium, keine Landesvertretung, keine Kundgebung der öffentlichen Meinung nimmt in solchen Augenblicken einen Theil der Riesenlast der Verantwortung auf sich. Einzig und allein ruht sie auf den Schultern eines Einzigen. Sie lastet doppelt schwer, wenn dieser Eine zugleich Monarch und Feldherr ist. Es war ein Greis im siebzigsten Jahre seines Lebens, der hier zum ersten mal eine so gewaltige Entschließung zu fassen hatte. Aber der Gedanke, dessen volle Durchführung der Moment erforderte, war reif; alles, was bisher geschehen, war nur die Vorbereitung

zur Entscheidungsschlacht. Jetzt galt es, den Moment, in dem sie sich unter günstigen Verhältnissen zu bieten schien, muthig zu ergreifen.

Obgleich das Befehlschreiben Moltke's an den Kronprinzen das Datum „Gitschin, 2. Juli, abends 11 Uhr" trägt, ist übereinstimmenden Berichten zufolge der Flügeladjutant des Königs, der dasselbe nach Königinhof, dem Hauptquartier der Zweiten Armee, zu überbringen hatte, erst in der zweiten Stunde nach Mitternacht damit abgesandt worden. Die gebotene Eile ließ ihn das Satteln der wenigen ihm zugetheilten Bedeckungsmannschaften nicht abwarten; begleitet von einem einzigen Reitknecht ritt er von dannen und frug sich in Feindesland von Ort zu Ort auf dem vier Meilen langen Wege durch. General Voigts-Rhetz nahm ein zweites Exemplar dieses Befehls mit nach Kamenetz, um es von dort aus nach Königinhof zu befördern. Beide Exemplare gelangten an ihre Adresse. Ueberdies nahm der erwähnte Flügeladjutant noch ein besonderes Exemplar für das 1. Armeecorps (Bonin) mit sich, dessen Vorpostenlinie er auf seinem Ritte nach Königinhof passirte. Der Weg über Kamenetz war immer ein Umweg. Daß der Befehl rechtzeitig in die Hand des Kronprinzen gelangte, hing doch immer an dem Leben und dem Zurechtfinden des einzelnen Flügeladjutanten. Erreichte der Befehl den Kronprinzen nicht oder zu spät, so war der Tag von Königgrätz vielleicht der einer verlorenen Schlacht.*) Am 2. Juli standen von der Armee des

*) Das Wichtigste dessen, was oben über die Vorgänge und Ansichten im großen Hauptquartier berichtet wurde, findet seine Bestätigung, zum Theil sogar seine Quelle in einem Handschreiben, das König Wilhelm am Tage nach der Schlacht an seine Gemahlin richtete. Die Einleitungsworte dieses höchst werthvollen Actenstücks, das von dem klaren Blick des königlichen Feldherrn ein glänzendes Zeugniß gibt, lautet wie folgt:

„Horitz, 4. Juli. Am 2. verließ mich Fritz Karl um 3 Uhr nachmittags nach einem Kriegsrath, in welchem beschlossen wurde, den durch Märsche und Kämpfe erschöpften Mannschaften einen bis zwei Ruhetage zu gönnen. Um ½11 Uhr abends traf jedoch General Voigts-Rhetz wieder bei mir ein, um die Ausbeute der Recognoscirungen des Tags zu melden, die dahin ging, daß bedeutende feindliche Massen von Josephstadt nach Königgrätz diesseit der Elbe sich von 8—3 Uhr bewegt hätten, Gefangene aussagten, die Armee concentrire sich zwischen Elbe und Bistritz und Königgrätz; es wurde mir daher vorgeschlagen, den günstigen Umstand, daß die feindliche Armee sich diesseit der Elbe schlagen zu wollen scheine, zu benutzen und ihr die Schlacht anzubieten. Zu dem Ende sollte sich die Erste Armee mit dem 2., 3., 4. Corps im Centrum, Sadowa vor sich habend, aufstellen, General Herwarth mit seinen 1½ Corps über Nechanitz in die linke Flanke,

Prinzen Friedrich Karl, die das Centrum der ganzen preußischen Aufstellung bildete, das 4. Armeecorps bei Horitz, das 3. bei Miletin, das 2. und die Reservecavalerie zwischen Horitz und Kamenetz. Behufs der auf den 3. Juli beabsichtigten Schlacht erhielten diese Corps folgende Aufstellungen:

In erster Linie: das 2. und das 4. Armeecorps. Das 2. Corps südlich von der Straße nach Sadowa, unfern des auf unserm Plan verzeichneten Ortes Milowitz, und zwar die (3.) Division Werder links, die (4.) Division Herwarth*) rechts; das 4. Armeecorps mit der (8.) Division Horn bei Milowitz mit der (7.) Division Fransecky weit links davon bei Cerekwitz (nördlich von Benatek).

In Reserve: das 3., unter Manstein's Befehl gestellte Armeecorps bei Horitz, dahinter die Reserveartillerie. Das Cavaleriecorps Prinz Albrecht nördlich von Milowitz.

Die in erster Linie stehenden beiden Armeecorps standen also den durch die Orte Mekrowans und Benatek bezeichneten Theil der vordersten Schlachtlinie Benedek's direct gegenüber.

Bei der Armee Herwarth's, die am 2. Juli in und um Smidar stand, traf am 3. Juli schon um 1 Uhr morgens der erwähnte Befehl Friedrich Karl's ein, auf Nechanitz vorzurücken. Ihr Marschdirection ging also in die linke Flanke und den Rücken des Feindes. Bedenkt man, daß, wie aus dem im Wortlaut bekannt gewordenen Befehl an den Kronprinzen hervorging, ein „Anmarsch", d. h. eine Offensive des Gegners in der Richtung auf Sadowa erwartet wurde, so war es unbedingt gewagt, dem General Herwarth diese Marschrichtung anzuweisen. Sein erfolgreiches Eingreifen war dann nur in dem Falle gewiß, wenn Prinz Friedrich Karl sich an der Bistritz nachhaltig behauptete. Wäre er in nordwestlicher Richtung

---

Fritz mit der Zweiten Armee, Garde, 1., 5., 6. Corps von Königinho seinen linken Flügel längs der Elbe, in die rechte Flanke des Feindes vorgehen. Erst um Mitternacht hatte ich mit dem General Moltke alles festgestellt: bestimmte meinen Aufbruch auf 5 Uhr früh, da die Armee sofor nachts 2 Uhr den Marsch anzutreten hatte. Ich hatte fast 4 Meilen zu fahren und glaubte immer noch nicht recht an die Richtigkeit de Annahme, daß der Feind diesseit der Elbe stehen könne"....

Den Rest des Schreibens wollen wir an passender Stelle ebenfalls mittheilen.

*) Der Divisionscommandeur Generallieutenant von Herwarth ist nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Führer der Elbarmee.

zurückgedrängt worden, so hätte Herwarth im kritischen Moment leicht sehr weit vom Kampfplatze stehen können. Wäre der Prinz des Sieges minder gewiß gewesen, so würde er vielleicht die Herwarth'sche Armee von Smidar aus an das 2. Armeecorps, also etwa gegen Milowitz oder Dub herangezogen haben. Für den Angriff gegen die große Defensivposition Benedek's, von der man indeß im gitschiner Kriegsrath wenig wußte, war dagegen die Herwarth vorgezeichnete Marschrichtung außerordentlich angemessen und keineswegs gewagt.

Dem Kronprinzen war das Schreiben des Prinzen Friedrich Karl erst um 2 Uhr morgens zugegangen. Als die darauf hin erlassenen Befehle für die Zweite Armee eben ausgefertigt waren und expedirt werden sollten, traf der Flügeladjutant des Königs mit dem Schreiben aus dem großen Hauptquartier ein, welches die für den 3. Juli befohlene Recognoscirung aufhob und statt ihrer den sofortigen Abmarsch sämmtlicher Corps zur muthmaßlichen Schlacht anordnete. Dieses von Moltke vollzogene, Gitschin, 2. Juli abends 11 Uhr datirte Schreiben beginnt wie folgt: „Den bei der Ersten Armee eingegangenen Nachrichten zufolge ist der Feind in der Stärke von drei Corps, welche jedoch noch weiter verstärkt werden können, bis über den Abschnitt der Bistritz bei Sadowa vorgegangen, und ist dort ein Rencontre mit der Ersten Armee zu erwarten." Dem Kronprinzen wurden des weitern noch die Aufstellungspunkte der Divisionen Friedrich Karl's mitgetheilt, außerdem aber lautete seine Ordre ganz allgemein dahin, „sofort die nöthigen Anordnungen zu treffen, um mit allen Kräften zur Unterstützung der Ersten Armee gegen die rechte Flanke des voraussichtlichen Anmarsches des Feindes vorrücken zu können und dabei sobald wie möglich einzugreifen". Welch ein Abstand gegen die kleinliche Art und Weise, in der Benedek bis dahin Clam-Gallas und Ramming seine Befehle ertheilt hatte. Immer das Rencontre mit der vorrückenden Armee Benedek's voraussetzend, erwartete man im preußischen Hauptquartier das Eingreifen des Kronprinzen eher auf dem rechten (westlichen) als dem linken Ufer der Bistritz. Der Verlauf der Schlacht wird zeigen, welche Nachtheile es hätte herbeiführen können, wenn man dem Kronprinzen durch Vorzeichnung eines bestimmten Directionspunktes, etwa Dub oder Milowitz, die Hand gebunden hätte.

Es war 4 Uhr morgens, als Moltke's Schreiben in die Hand des Kronprinzen gelangte. Um diese Zeit standen die Truppen seiner Armee wie folgt:

Das 1. Armeecorps eine schwache Meile unterhalb von Königinhof, bei Böhmisch-Prausnitz an der Elbe; die Avantgarde des Corps eine Meile südwärts bis in die Nähe von Miletin vorgeschoben.

Das Gardecorps mit der (1.) Division Hiller bei Königinhof, mit der (2.) Division Plonski eine halbe Meile rückwärts bei Rettendorf. Die Avantgarde des Corps war auf dem rechten Elbufer eine halbe Meile südwärts vorpoussirt.

Das 5. Corps stand noch bei Gradlitz, das Cavaleriecorps Hartmann bei Neustadt an der Elbe, eine Drittelmeile unterhalb Prausnitz.

Ein glücklicher Zufall wollte, daß der Kronprinz den Befehl zu einer Recognoscirung gegen Josephstadt wahrscheinlich auf die seinerseits bereits gewonnene Ueberzeugung hin, daß die Armee Benedek's nicht auf dem linken Ufer zu finden sein werde, dahin modificirt hatte, daß auf dem rechten Elbufer vorgegangen werden solle. Er hatte zu dieser Expedition ein ganzes Armeecorps bestimmt, um möglicherweise die Festung von der Hauptarmee zu trennen und den Versuch zu machen, den Commandanten von Josephstadt zur Capitulation zu bewegen. Das hiermit beauftragte (6.) Corps Mutius war bereits von Gradlitz aufgebrochen, als die Disposition für die Schlacht vom 3. Juli im Hauptquartier anlangte, was die günstige Folge hatte, daß es, als ihm der veränderte Befehl zukam, seine Marschrichtung nur wenig zu verändern brauchte, um frühzeitig auf dem Kampfplatze zu erscheinen.

Der Kronprinz disponirte infolge der ihm zugegangenen Ordre wie folgt:

In erster Linie sollten drei Corps und zwar das (1.) Corps Bonin auf dem rechten Flügel, das Gardecorps in der Mitte, das (6.) Corps Mutius auf dem linken Flügel vorrücken, das (5.) Corps Steinmetz, das bisher die meiste Blutarbeit gethan hatte, aber in einigem Abstande als Reserve folgen. Das 1. und das Gardecorps erhielten ihre Direction nach der Gegend von Groß-Bürglitz, einem nördlich von dem auf unserer Karte bezeichneten Ort Horeniowes gelegenen Flecken. Ein einzeln stehender Baum auf der Höhe von Horeniowes, der auch auf unserm Plan angedeutet ist, wurde beim weitern Vormarsch als Directionspunkt bezeichnet. Das 6. Corps wurde nach dem zwischen der Elbe und Trotina gelegenen Dorfe Welchow dirigirt, das etwa dreiviertel Meile nördlich von dem auf unserm Plan angedeuteten Oertchen Radow zu suchen ist. Das 5. Corps sollte in der Inter-

valle zwischen dem Garde- und dem 6. Corps, das Cavaleriecorps Hartmann hinter dem 1. Armeecorps folgen. Um 5 Uhr wurden diese Befehle von Königinhof aus expedirt, sie konnten also die entferntesten Lager nicht vor $6\frac{1}{2}$ Uhr erreichen.

Bis zur Höhe von Horeniowes, dem nächsten im Bereich der inzwischen eingenommenen österreichischen Schlachtstellung gelegenen Punkte, hatten die nächststationirten Truppen des Kronprinzen Entfernungen von durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Meilen, die am weitesten zurückstehende 2. Gardedivision eine solche von fast 3 Meilen zurückzulegen. Zwei Meilen ist aber für eine ganze Armee schon ein ansehnlicher Tagemarsch, zumal wenn wie hier auf vom Regen durchweichtem Boden und im hohen Getreide querfeldein marschirt werden muß. Für die erste Hälfte des Tags durfte also auf das Eingreifen des Kronprinzen nicht gerechnet werden; diejenigen Theile, welche erst die Elbe zu passiren hatten, wie namentlich das 5. Corps und die 2. Gardedivision, konnten erst mehrere Stunden nach den übrigen Heerestheilen eintreffen.

Der 3. Juli brach unter strömendem Regen an. Im Laufe des Vormittags ließ derselbe nach, jedoch bedeckte in den regenfreien Stunden ein feuchter, jede Fernsicht hemmender Nebel den Erdboden. Erst gegen Abend zerriß das Gewölk. In der preußischen Armee betrachtete man dies Wetter als ein gutes Omen. „Unser Alliirter von der Katzbach" — so hatte schon Blücher den Regen am Tage von Waterloo begrüßt. Der 3. Juli sollte noch andere Erinnerungen an den Tag von Waterloo wach rufen, auch ihm sollten die langen und bangen Stunden, die Wellington unter seiner Eiche verlebte, nicht fehlen, auch er sollte mit einem Wiedersehen schließen, schöner, herzlicher und erhebender als das von Belle-Alliance.

Die Divisionen Friedrich Karl's standen schon in der dritten Stunde nach Mitternacht auf den ihnen angewiesenen Rendezvousplätzen. Niemand zweifelte daran, daß es heute zum Kampfe kommen werde, niemand aber ahnte, zu welch einem Kampfe. Der Glaube, daß Benedek nur ein Arrièregardengefecht liefern werde, um seinen Abzug über die Elbe zu sichern, war allermindestens ebenso berechtigt als der an eine Schlacht. Daß es die Entscheidungsschlacht sein werde, der Kampf des Ganzen gegen das Ganze, hatte doch selbst Moltke, wie sein Schreiben an den Kronprinzen zeigt, nicht mit Gewißheit vorausgesehen. Daß es aber die Entscheidungsschlacht sein

könne, hatte er, wie die ganze Anlage des Planes zeigt, klaren Auges in Betracht genommen.

Gegen 4 Uhr setzte sich die Hauptmasse der Ersten Armee aus der Gegend von Milowitz gegen die Bistritz in Marsch. Langsam und mühevoll erstiegen die in breiter Front entwickelten Colonnen die flache Höhe, auf der das Dorf Dub gelegen ist. Nur unter großen Beschwerden folgte die Artillerie in dem durchweichten Boden. Hinter dem Kamm der Höhe, der die Truppen dem Auge des Feindes entzog, wurde halt gemacht. Von oben übersah man das Terrain von Mekrowans bis zur Höhe von Maslowed hin. Unmittelbar zu Füßen lag das aus kleinen Holzhäusern bestehende Dörfchen Sadowa, dahinter stieg die Höhe von Lipa auf; die Batterien, die sie krönten, waren zum Theil mit dem Fernrohr erkennbar.

Prinz Friedrich Karl wollte versuchen, ob der Uebergang über die Bistritz vielleicht noch im raschen Vorgehen zu gewinnen sei, und warf Cavalerie und reitende Artillerie gegen Sadowa hinab. In dem Augenblick aber, in welchem die Reiter zum Passiren des Défilé abschwenkten, begrüßte sie das Geschützfeuer des Feindes. Die preußische Artillerie nahm am rechten Bistritzufer Stellung, und eine anfangs mäßige Kanonade leitete den Kampf ein.

Es war erst halb 8 Uhr des Morgens, als der erste Schuß des langen, schweren Tags fiel. Vielleicht zu früh im Hinblick auf die Stunde, zu der der Kronprinz voraussichtlich in den Kampf eingreifen konnte. Man hat dies getadelt, aber wer war dazu berechtigt? Wußte man denn, mit welcher Riesenmacht man in den Kampf trat? Konnte nicht Benedek mit schwächern Kräften nördlich der Elbe stehen und dann die Gelegenheit diese zu schlagen verloren gehen, wenn man ihnen Zeit ließ, sich der Umklammerung, die sie bedrohte und von der ihr Feldherr durch Recognoscirungen Kenntniß haben konnte, zu entziehen? Die frühe Stunde, in der Prinz Friedrich Karl den Kampf eröffnete, wies seiner Armee freilich eine furchtbare Aufgabe zu, eine Aufgabe, welche die Wellington's am Tage von Waterloo weit überragte. Der britische Feldherr verfügte über eine Macht, die, den Vortheil der Defensive in Anschlag gebracht, derjenigen Napoleon's mehr als ebenbürtig war. Prinz Friedrich Karl trat mit seinen drei Corps dem größten Theil der ganzen österreichischen Armee gegenüber. Nur die beiden auf Benedek's äußerstem linken Flügel stehenden Corps, das sächsische und das dahinterstehende österreichische 8. Corps konnten durch Herwarth festgehalten werden, der ganze übrige Theil war gegen

den Prinzen verwendbar. Seinen drei Corps standen in erster Linie südwestlich der königgrätzer Straße das 10., nordöstlich derselben das 3. Corps gegenüber. Bald traten auch die nach Benedek's Disposition vorläufig nicht in die Schlachtordnung verwiesenen Corps des rechten österreichischen Flügels, das 4. und das 2. Corps in Action, und hinter diesen vier Corps standen das 1. und das 6. Corps mit der ganzen Reservereiterei in Bereitschaft. Diese gewaltige Masse konnte vier bis fünf Stunden lang gegen jene drei preußischen Corps ausschließlich verwendet werden. Geschah dies mit napoleonischem Geschick, so mußte Benedek wenigstens einen Theilsieg davontragen. Vier Stunden sind in entwickelter Schlacht eine lange Frist; wie viel darin geleistet werden kann, wurde am Abend des Tags von Marengo gezeigt. Wäre Friedrich Karl in der Defensive gewesen, so würde seine Aufgabe eine wesentlich leichtere gewesen sein; aber einem ums Doppelte überlegenen Feinde in einer taktisch trefflichen Stellung offensiv so energisch entgegenzutreten, daß dieser nicht zu einem kräftigen Offensivstoße herausgefordert wurde, ihm gegenüber also wenigstens allmählich Terrain zu gewinnen, das war eine Aufgabe, deren Lösung nur mit Strömen von Blut erkauft werden konnte. Diese Ströme flossen denn auch.

Indem wir versuchen, ein allgemeines Bild vom Ganzen der Schlacht zu entwerfen, verweilen wir zunächst bei der Armee Friedrich Karl's.

Generallieutenant von Fransecky, ein General, dem bei reicher militärischer Bildung ein wahrhaft fanatisches Gefühl für Ehre und Pflicht beiwohnt, der bei einer Aufgabe, die er für richtig und wichtig erkennt, Gefahren und Opfer nicht wägt und zählt, war mit seiner Division auf den äußersten linken Flügel detachirt. Sein Vormarsch richtete sich auf Benatek, von wo aus er gegen Cistowes und Maslowed zu operiren hatte. Als dem General diese Aufgabe zugetheilt ward, ahnte wol niemand in den preußischen Reihen, welche kolossale Macht dieser einzigen Division hier entgegentreten würde. Uns aber ist aus Benedek's Disposition bekannt, daß bei der hinter Cistowes liegenden verschanzten Höhe von Chlum der rechte Flügel des (3.) österreichischen Corps stand, daß sich rechts daran das 4. und demnächst das 2. reihte; wir wissen auch, daß Stunden vergehen mußten, ehe die Armee des Kronprinzen hier das Gleichgewicht herstellen konnte. Der Kampf der abgezweigten Fransecky'schen Division

bildet ein besonderes Glied in der Action der Ersten Armee, dessen näher zu gedenken wir uns vorbehalten.

Unmittelbar in der Hand des Prinzen blieben also nur noch fünf Infanteriedivisionen, die 3. und 4. (2. Armeecorps), die 5. und 6. (3. Armeecorps) und die 8. (4. Armeecorps), welche Streitmacht wir hinter der Höhe von Dub bereits aufgestellt wissen, während die Artillerie unten an der Bistritz den Kampf schon aufgenommen hatte.

Noch vor 8 Uhr, also kurz nach Eröffnung des Geschützfeuers, erschien König Wilhelm bei Dub, in seiner Suite der Herzog von Koburg, Roon, Moltke und Bismarck, dieser in der Uniform eines Majors der schweren Landwehrreiterei. Der greise Monarch stieg hier zu Pferde und übernahm jetzt persönlich das Feldherrnamt auf dem Schlachtfelde.

Die Artillerie der Avantgarde wurde bald verstärkt, Batterie auf Batterie eilte in die Feuerlinie, aber auf der Seite des Gegners blieb das Uebergewicht. Nicht nur die Positionsbatterien auf den nahe liegenden Höhen sandten ihre bei dem Bekanntsein der Entfernungen sicher treffenden Granaten ins Thal, auch in und bei den Dörfern, unmittelbar am Flusse, entwickelten sich zahlreiche Batterien, deren Granaten selbst über den deckenden Hügel von Dub hinweg in die jenseits stehenden Colonnen einschlugen. Mit dem Artilleriekampfe, der hier auf der Linie von Sadowa bis Mekrowans tobte, correspondirte der, den die Batterien Fransecky's gegen Benatek führten.

Erst gegen 10 Uhr hatte die preußische Artillerie es vermocht, die zumeist vorgeschobenen österreichischen Batterien zum Zurückgehen zu zwingen. Jetzt erst konnte die Infanterie gegen die Bistritz vorgehen, um die Uebergänge zu erzwingen.

Der Prinz beauftragte damit drei Divisionen. Die 8. (Horn) erhielt Befehl, auf der linken (nordöstlichen) Seite der Straße gegen Sadowa vorzugehen, die beiden Divisionen des 2. Corps, die 3. und 4., wurden gegen die Dörfer Dohalitz, Dohalitzka und Mekrowans dirigirt. Die beiden Divisionen des 3. Armeecorps blieben in Reserve. Letztere bildeten vorläufig den einzigen Rückhalt in der Hand des Oberfeldherrn. Kaum dürfte eine Angriffsschlacht nur annähernd ähnlichen Umfangs geschlagen worden sein, in der von vornherein gleich geringe Reserven disponibel blieben. Die Combination war eine selten großartige und eine selten kühne; der Kronprinz durfte kein Grouchy, er mußte ganz das sein, was Blücher bei Waterloo.

Bis zur Thalsohle der Bistritz gelangten die preußischen Ba-

tailone ohne erheblichen Verlust, jeden weitern Schritt vorwärts aber mußten sie mit furchtbaren Anstrengungen und Opfern erkaufen. Binnen einer Stunde waren die Dörfer trotz der tapfersten Gegenwehr in ihren Händen. Die preußische Artillerie leistete viel, dies zu ermöglichen. Die auf sie gerichteten Granaten der österreichischen Batterien unbeachtet lassend, feuerte sie in die Dörfer hinein. Zum Theil brennend, begannen dieselben ein unheimlicher Aufenthalt für die Vertheidiger zu werden.

Nachdem die Dörfer genommen waren, galt es jenseits zu debouchiren. Auf dem rechten Flügel, wo die 3. Division focht, war dies geradezu unmöglich. Vor Dohalitzka und Mekrowans stieg der oben von Batterien gekrönte Abhang kahl und blank auf. Kein General hätte es unternommen, seine Bataillone über die bestrichene Fläche hinweg gegen die feuernden Geschütze vorzuführen. Die Truppen blieben vorläufig stehen, um, wenn auch unter großen Verlusten durch das feindliche Granatfeuer, ihre Position zu behaupten. Die inzwischen herangezogene Reserveartillerie des 2. Armeecorps nahm es zwar mit jenen Batterien auf, wurde aber nicht Herr derselben. Von österreichischer Seite geschah nichts, die Passivität, zu der die preußischen Truppen auf diesem Theile des Schlachtfeldes verurtheilt waren, durch einen activen Vorstoß auszunutzen. Die Kräfte des Gablenz'schen Corps wurden mehr nach der Straße von Sadowa hingezogen, wo vor der Linie Dohalitz-Sadowa ein furchtbarer Kampf tobte.

Die (8.) Division Horn und ein Theil der (4.) Division Herwarth hatten hier, als sie aus den Dörfern heraustraten, den nach der Höhe von Lipa aufsteigenden Wald vor sich. Derselbe mußte genommen werden, sollte der Angriff überhaupt Fortschritte machen. Das Ringen um diesen Wald war ein gewaltiges. Die südliche Lisière war durch starke Verflechtungen möglichst unzugänglich gemacht, außerdem aber mit Schützen besetzt. Durch die Durchschläge hindurch sausten die Geschosse der Batterien vor Lipa. Aber die tapfern Truppen Horn's durchbrachen zuletzt alle Hindernisse, drangen in den Wald ein, und nun kam es zum Kampf um jeden einzelnen Baum. Endlich war der Wald im Besitze der Preußen. Kaum aber war die österreichische Infanterie zurückgegangen, so durchfegten auch die Granaten der Batterien auf der Höhe das ganze Gehölz; wo die Geschosse nicht trafen, wurden die Vertheidiger von den niedergeschmetterten Stämmen und Aesten zerschmettert. Da die preußischen Batterien selbstredend

nicht durch den Wald hindurchfeuern konnten, war ihnen nur eine schwache Unterstützung der Infanterie vom linken Flügel her möglich. Die österreichische Artillerie, welche Benedek im Centrum schon kurz nach Beginn des Gefechts durch 9 Batterien aus der Geschützreserve verstärkt hatte, leistete in ihren trefflichen, zum Theil etagenweisen Positionen ganz Außerordentliches. Nach längerm Spielen der Geschütze gegen den Wald ging die österreichische Infanterie zur Wiedereroberung desselben vor. Sie gelangte nur bis in die Mitte desselben; hier kam das Gefecht vorläufig zum Stehen.

Es wurde Mittag, es wurde eine Stunde später, noch war im Centrum der zwischenliegenden Höhen wegen vom Anrücken des Kronprinzen nichts zu sehen, nichts zu hören. Auch von seiten Herwarth's waren noch keine Erfolge merkbar. Die Lage begann bedenklich zu werden, vorwärts war nicht zu kommen, und stehen bleiben, behaupten, was erobert war — wie lange war das in dem überlegenen Feuer der feindlichen Batterien möglich? Da faßte Friedrich Karl — jedenfalls im Einverständniß mit dem König — den schweren Entschluß, seine Reserven, die 5. und 6. Division ins Gefecht zu ziehen. Ehe wir ihrer Action folgen, bedarf es eines Blickes auf das, was auf den beiden Flügeln der Schlachtlinie seither geschehen war.

Fransecky's Division war ziemlich gleichzeitig mit der Horn's gegen die Bistritz vorgerückt. Nachdem Benatek durch das einleitende Artilleriefeuer in Brand gerathen war, fiel das Dorf rasch in die Hand seiner Avantgarde. Erst jenseit des Dorfs lag die eigentliche Blutarbeit. Der hochgelegene Wald zwischen Benatek, Cistowes und Masloweb, den wir kurz den Wald von Masloweb nennen wollen, schien stark besetzt. Längs des Westrandes desselben zeigte sich die furchtbare Batterie auf der Höhe von Chlum, welche sofort zu spielen begann. Oestlich des Waldes, in einer Einsattelung des Terrains, lag auf einem niedern Hügel das Dorf Masloweb; es war von feindlichen Truppen besetzt. Gegen den Wald und letztgenanntes Dorf mußte gleichzeitig vorgegangen werden.

Fransecky entwickelte seine Division an der Bistritz in langgestreckter Front, die 13. Brigade links gegen Masloweb, 4 Bataillone der 14. Brigade rechts gegen den Wald. Nur 2 Bataillone der letztern vermochte er sich einstweilen als Reserve zu wahren.

Auf österreichischer Seite waren, sobald vor dem Centrum die ersten Kanonenschüsse gefallen waren, die beiden von der Schlacht-

aufstellung zunächst noch ausgeschlossenen Corps, das 4. und 2., sofort ins Gewehr getreten. Das 4. Corps schob sich vor den bei Chlum aufgestellten rechten Flügel des 3. Corps und besetzte den Wald von Masloweb, in dessen Vertheidigung es bald vom 2. Corps unterstützt wurde. Das 2. Corps besetzte mit zwei Brigaden Masloweb und den Raum zwischen diesem Dorfe und Horeniowes. Es nahm also Front gegen Westen. Auf dem linken Flügel dieser Aufstellung placirte sich dem Walde gegenüber noch eine Anzahl Batterien des 4. Corps. Einzelne Bataillone dieser beiden Corps standen von vornherein untermischt. Eine dritte Brigade des 2. Corps ward auf die Höhen von Horeniowes dirigirt, folgte aber, da hier kein Feind sichtbar wurde, den beiden andern in westlicher Richtung. Nur die Brigade Henriquez blieb bei Trotina zurück.

Die Bataillone der 14. Brigade der Fransecky'schen Division rückten etwa um dieselbe Zeit, um welche Sadowa erobert worden war, von Benatek gegen den Wald von Masloweb vor und erreichten ohne Verlust die Lisière des Holzes. Kaum aber waren sie von verschiedenen Seiten in dasselbe eingedrungen, als sie von dem Feuer einzelner im Walde versteckter Jäger mit einem Kugelregen überschüttet wurden, während an andern Stellen das feindliche Geschütz seine furchtbare Wirkung äußerte. Die Infanterie säuberte den Wald allmählich gänzlich von den feindlichen Jägern; dann aber war die Wirkung des Geschützfeuers eine um so furchtbarere. Ein preußisches Bataillon, welches den Wald rechts überflügelte, drang inzwischen gegen Cistowes vor und nahm einzelne Höfe vor diesem Dorfe in Besitz.

Während die 14. Brigade im Walde kämpfte und nach Wegnahme desselben sich unter den schrecklichsten Verlusten darin behauptete, hatte die 13. Brigade, unterstützt von den bei Benatek aufgestellten Batterien Fransecky's, einen dreimaligen Sturmangriff gegen die vom 2. österreichischen Corps eingenommene Stellung bei Masloweb unternommen. Angriff auf Angriff scheiterte an der bedeutenden, in vortheilhafter Stellung befindlichen Uebermacht. Sobald ein Angriff abgeschlagen war, richteten die bei Masloweb mit der Front gegen Westen, also dem Walde direct gegenüberstehenden Batterien ihr Feuer in das Holz, sodaß die darin befindlichen preußischen Bataillone zeitweise auch in Flanke und Rücken einem mörderischen Geschütz- und Gewehrfeuer ausgesetzt waren. Zwei volle Stunden, etwa von 9 bis 11 Uhr, behaupteten sich die Bataillone im Walde, an dessen nordöstlichen Ausläufern auch ein Theil der 13. Brigade Posto

gefaßt hatte. Da endlich begannen von Westen her zwei Bataillone des Thun'schen Corps vorzudringen, während einzelne Bataillone die linke Flanke der Preußen zu umfassen suchten und gegen Benatek vordrängten. Ganze Colonnen rückten in den Wald ein, ein Theil der tapfern, auf die Hälfte ihrer Streiterzahl herabgesunkenen Bataillone repliirte gegen Cistowes, während die 13. Brigade in den nordwestlichen Waldzipfeln und dem Terrain zwischen Benatek und Horeniowes einen verzweifelten Widerstand leistete. Laut hallte der Siegesruf durch die Reihen der Oesterreicher, der weitaus größte Theil des Waldes war in ihrer Hand; inmitten desselben erklangen die Jubeltöne einer kaiserlichen Regimentsmusik. Von preußischer Seite aber geschah alles, das Gefecht wiederherzustellen. Die beiden Bataillone der Reserve Fransecky's wurden ins Gefecht gezogen, die durchaus unzulängliche Artillerie seiner Division wurde durch fünf bei Benatek placirte Batterien aus der Reserveartillerie verstärkt, in denen die große Batterie bei Chlum endlich einen ebenbürtigen Gegner fand. Auch kamen zwei Bataillone der Division Horn den gegen Cistowes gewichenen Theilen der 14. Brigade zu Hülfe.

Kaum begannen sich die Wirkungen dieser letzten gewaltigen Anstrengungen zu zeigen, als den heldenmüthigen Kämpfern plötzlich die volle Garantie des Siegs, die Ueberzeugung, daß sie nicht vergebens gerungen hatten, zutheil werden sollte. Maslowed umgehend, bahnten sich preußische Reiter von Osten her den Weg bis zu den kämpfenden Truppen der 13. Brigade — sie gehörten zu den Spitzen der kronprinzlichen Armee. Und was sie berichteten, fand seine Bestätigung in der plötzlichen Bewegung der vom Kampfe ablassenden feindlichen Reihen.

Die Division Fransecky hatte eine großartige Aufgabe gelöst; sie hatte den linken Flügel der preußischen Schlachtlinie gegen drei Brigaden des österreichischen 2. Corps und einen großen Theil des 4. Corps angesichts der Batterie von Chlum vier Stunden lang gehalten. Sie war wiederholt gleichzeitig nach Süden, Osten und Norden hin im Kampfe gewesen. Ihre Verluste waren furchtbar; ein volles Viertel ihrer Infanterie war todt oder verwundet. Trotz der furchtbaren Anstrengungen, die der Kampf um den Wald von Maslowed gekostet hatte, wahrte sich die Division noch die Kraft, weiter in den Gang der Schlacht einzugreifen. Um 2 Uhr nahm sie gemeinschaftlich mit der inzwischen eingetroffenen Avantgarde des 1. Armeecorps Cistowes, um das einzelne ihrer Bataillone schon während

des Waldgefechts gekämpft hatten. Ein Theil der Division schloß sich sogar noch dem weitern Vorgehen der kronprinzlichen Truppen an.

Es war zwischen 12 und 1 Uhr mittags, als die Wendung der Dinge auf dem linken preußischen Flügel eintrat. Ein Telegramm des Festungscommandanten von Josephstadt hatte Benedek das Anrücken der Colonnen des Kronprinzen gemeldet und dieser darauf befohlen, daß das (2.) Corps Thun einen „defensiven Haken" zum Schutz der rechten Flanke bilden sollte. Die drei bisher gegen Fransecky verwandten Brigaden mußten also ihre seither nach Westen gewandte Front mittels einer Rückwärtsschwenkung gegen Nordost verlegen. Das Corps nahm Aufstellung zwischen Maslowed, Sendraschitz und Nedelist, während die Brigade Henriquez sich zwischen Sendraschitz und Trotina etablirte. Fünf Batterien, zusammen also 40 Geschütze, fuhren auf der Höhe von Horeniowes auf, und bald verkündete ihr Feuer, daß sie Theile der kronprinzlichen Armee in Sicht hatten.

Ehe wir der hierdurch herbeigeführten neuen Gestaltung der Dinge folgen, wenden wir uns nach dem entgegengesetzten Flügel, um den Kampf Herwarth's in Betracht zu nehmen.

Die Spitzen der Elbarmee erreichten nach einem fast fünfstündigen Marsch um 8 Uhr Nechanitz. Die einzige Brücke, welche hier über die Bistritz führt, mußte von sämmtlichen Divisionen passirt werden. Warum die technischen Truppen die Uebergänge nicht vermehrten, ist eine Frage, die wir nicht zu beantworten vermögen. Eine einzige Division braucht zum Defiliren über eine Brücke mit Geschütz, Munitionswagen u. s. w. $1^1/_4$—$1^1/_2$ Stunden; es mußten also, selbst wenn alles am Schnürchen ging, vier Stunden vergehen, ehe die als Reserve zumeist zurückgestellte (16.) Division Etzel in die Schlacht eingreifen konnte.

Nechanitz war von sächsischen Truppen besetzt. Diese wurden von der Avantgarde Herwarth's augenscheinlich überrascht und aus dem Orte geworfen. Im Zurückgehen unterließen sie es, auf dem östlichen Thalrande der Bistritz, der schon durch Geschützeinschnitte zur Vertheidigung vorbereitet war, Stellung zu nehmen. Sie opferten dadurch den großen Vortheil, den Preußen das Passiren des Défilé und demnächst die weitere Entwickelung zum Gefecht ganz ungemein erschweren zu können. Ihr Rückzug ging in der Richtung auf die Höhen von Problus und Prim, die mächtigen Flügelpunkte des

Kerns der österreichischen Stellung. Hier und auf dem Höhenrücken gegen Lipa hin wurden Truppenmassen und lange Geschützlinien vor der preußischen Avantgarde sichtbar. An einen Angriff war fürs erste nicht zu denken, zumal die Reserveartillerie, deren man solchen Stellungen gegenüber nicht entrathen konnte, erst hinter den langsam defilirenden Infanteriemassen folgte. Stundenlang währte es, bis nur die Divisionsbatterien in Thätigkeit kamen.

Herwarth documentirte durch seine erste Disposition, daß er willens war, gegen den äußersten linken Flügel des Gegners zu stoßen, denselben womöglich zu umgehen. Er dirigirte die Division Canstein zu diesem Zwecke zunächst auf Hradeck. Inzwischen aber — es mochte 2 Uhr sein — erfuhr oder erkannte er, daß es sich dringend darum handle, den Prinzen Karl möglichst bald zu degagiren, seine eigenen Truppen also auf kürzerm Wege und mehr in der Front an den Feind zu bringen. Zu diesem Zwecke bezeichnete er der Division Canstein Ober-Prim als Angriffspunkt und dirigirte die Division Münster, die eben in geschlossenen Colonnen jenseit Nechanitz aufgerückt war, auf Problus.

Unter lautem Hurrah entfalteten Münster's Bataillone ihre Fahnen. Der Marsch ging zunächst auf Lubno, bis wohin der Thalrand Deckung gegen das feindliche Geschütz bot. Hier ward dann das Plateau erstiegen, die Brigaden entwickelten sich in rangirter Schlachtordnung, und mit klingendem Spiel ging es vorwärts gegen die Höhen von Problus. Auf dem Wege von einer vollen Viertelmeile, die binnen 20 Minuten zurückgelegt ward, stand die Division unter der Wirkung eines furchtbaren Granatfeuers, das die Sachsen aus der Front, Gablenz' Batterien aus der linken Flanke gegen sie richteten. Aber ihr Vorgehen war ein so energisches, daß die nächsten in der Front gegen sie gerichteten Batterien zum Abfahren gezwungen und zwei an deren Stelle tretende deployirte Bataillone „im steten Vorgehen unter klingendem Spiel", wie ein Schlachtbericht sagt, geworfen wurden. Selbst ein Theil des Gehölzes unmittelbar vor der feindlichen Stellung wurde in dieser Weise genommen, dann erst begannen die sich lange hinziehenden Einzelkämpfe der Bataillone um die Oertlichkeiten. Mit 700 Todten und Verwundeten (unter erstern ein Brigadeführer, Generalmajor Hiller) erkaufte die Division ihr ruhmvolles Vordringen auf dem weiten vom feindlichen Geschütz bestrichenen Raume bis zu dem Punkte, wo sie das Weiße im Auge des Gegners sah.

Infolge der drohenden Umgehung und des Angriffs in der Front

wurde auf österreichischer Seite die Reserve des linken Flügels, das 8. Corps, bald mit ins Gefecht gebracht. Die Vertheidiger der starken Position stiegen dadurch auf mindestens 38000 Mann, während Herwarth bis weit in den Nachmittag seine Reservedivision nicht heranbringen konnte und nur mit den beiden vordern circa 26000 Mann zählenden Divisionen gegen die Uebermacht ankämpfen mußte. Bis gegen 3 Uhr tobte der Kampf um die Höhen von Problus, erst um diese Zeit fiel das Dorf in die Hand der Division Münster.

Inzwischen hatte sich die Division Canstein näher an diejenige Münster's herangezogen, während allmählich auch die (16.) Division Etzel herankam und sich, rechts debordirend, zu entwickeln begann. Der linke Flügel der Sachsen und mit ihm der ganzen österreichischen Stellung war also mehr und mehr von einer Umgehung bedroht. Prim wurde infolge dessen schon geräumt, während noch um Problus gekämpft wurde.

Der Widerstand, den die Austro-Sachsen auf dem linken Flügel leisteten, war ein heldenmüthiger. Nur langsam rückten die rheinischen und westfälischen Truppen vorwärts; um zahlreiche künstlich verstärkte Oertlichkeiten mußte blutig gekämpft werden, die Artillerie des Vertheidigers machte sich in furchtbarer Weise geltend, aber das siegreiche Fortschreiten der Preußen war doch ein unaufhaltsames. Die Elbarmee drängte ihren Gegner schließlich auf die inzwischen im Centrum bereits zum Zurückgehen gezwungenen österreichischen Colonnen. In dieser Situation wurde ihr zwar noch ein verzweifelter Widerstand entgegengestellt, aber die unmittelbare Vereinigung mit der Armee Friedrich Karl's wurde dennoch vollzogen, während gleichzeitig die Ueberflügelung des linken österreichischen Flügels dessen Rückzug bedrohte.

Werfen wir einen Rückblick auf den Stand der Schlacht zwischen 12 und 1 Uhr mittags, so sehen wir im Centrum das Vorgehen der Preußen gegen Lipa vollständig aufgehalten und den Prinzen Friedrich Karl bereits in der Lage, seine letzte Reserve an Infanterie, die des 3. Armeecorps, in den Kampf zu führen. Die Oesterreicher waren hier im entschiedensten Vortheil, und jeden Moment konnte gewärtigt werden, daß Benedek seine Hauptreserven vorführen würde, um das Centrum des Gegners zu durchbrechen. Auf dem rechten Flügel der Preußen beginnt erst ein langsames Vorgehen gegen die starke und von einer Uebermacht besetzte Position von Problus und Prim, auf

dem linken Flügel endlich ist die Division Fransecky auf dem Punkte, dem Andrängen einer sie von allen Seiten umklammernden vierfachen Macht, der die achtfache Geschützzahl zu Gebote stand, zu erliegen. Der ganze mit vielleicht 350 gezogenen Geschützen besetzte Kern der österreichischen Stellung von Prim über Lipa und Chlum hinweg bis zur Anlehnung an die Trotina ist noch in gesichertem Besitz des Vertheidigers, nur die Positionen der Vortruppen an der Bistritz sind theils verloren, theils leichten Kampfes preisgegeben. Hinter den kämpfenden Reihen steht noch eine intacte Reserve von zwei Armeecorps, auch ist noch ein großer Theil der Geschützreserve unangetastet. Nur ein Mangel beginnt sich bereits fühlbar zu machen: der Munitionsverbrauch im Centrum war bisher ein so kolossaler, daß es schwer ward, Ersatz zu schaffen.

Benedek, obgleich schon gegen Mittag von dem Anrücken preußischer Colonnen gegen seinen rechten Flügel unterrichtet, glaubte mit dem an das 2. Corps ertheilten Befehl zur Bildung eines „defensiven Hakens" genug gethan zu haben. Im übrigen operirte er einstweilen noch so, als ob der Kronprinz und seine Armee gar nicht existirten. Es ist eine psychologisch merkwürdige Erscheinung, wie das Ignoriren der kronprinzlichen Armee bei dem österreichischen Feldherrn geradezu idiosynkratisch auftritt. Schon in der Aufstellung bei Olmütz wird es erkennbar, in höherm Grade bei den Dispositionen nach vollzogenem Flankenmarsch in der Gegend von Josephstadt. Es führt zu den Niederlagen, welche die einzelnen Corps in den Défilés auf dem linken Elbufer erleiden, und tritt in der Disposition für die Truppenaufstellung vor Königgrätz abermals ans Licht, um schließlich auf den Austrag der Hauptschlacht entscheidend einzuwirken. Immer und allerwärts herrscht die Idee vor, daß es sich zunächst nur darum handle, den Prinzen Friedrich Karl zu schlagen; ihm allein gegenüber suchte Benedek den Erfolg. „Es war der eiserne Wille ohne die regelnde Vernunft, was die Katastrophe herbeiführte", sagt ein österreichischer Schriftsteller.

Nach dem für die Oesterreicher sehr günstigen Stande der Schlacht hätte unbedingt die bei Benedek erst nach Mittag hervortretende Absicht, das Centrum des Prinzen Friedrich Karl bei Sadowa zu durchbrechen, noch eine gewisse Berechtigung gehabt, wäre nicht der Kronprinz schon mit bedeutenden Kräften nahe gewesen. Nahm Benedek an, daß derselbe nur mit geringen Kräften anrücken werde, so war es jedenfalls nöthig, auch diese fern vom Hauptkampfplatze zu halten

und ihre Abwehr nicht in defensiver Weise, sondern durch einen offensiven Vorstoß, der gleichzeitig die Zwecke einer Recognoscirung erfüllt hätte, ins Werk zu setzen. Ließ er zu diesem Zwecke das 2. Corps, statt weit rückwärts „einen defensiven Haken" zu bilden, mit aller Macht über Horeniowes und Benatek vorgehen, schob er ihm sogar noch einen Theil der Reserve nach, so war die rechte Flanke gesichert, mochte nun der Kampf im Centrum den erwarteten Ausgang nehmen oder nicht. Erwies sich der Kronprinz übermächtig, so konnte die Schlacht abgebrochen werden, ohne eine Niederlage herbeizuführen. Das 2. Corps hätte dann wesentlich dazu beitragen können, das Gefecht hinzuhalten und dem übrigen Theil der Armee die Rückzugslinie über die Elbe zu sichern.

Es war gegen 1 Uhr, als im preußischen Centrum die Reserven herangezogen wurden. Die Bataillone der 5. und 6. Division, erstere seit Tümpling's Verwundung bei Gitschin unter Befehl des Generals Kaminsky, legten, wie auf preußischer Seite es in diesem Feldzuge fast stets unmittelbar vor dem directen Anbinden mit dem Feinde geschah, Helme und Tornister ab und defilirten in lautem Jubelruf vor ihrem nahe an der Bistritz haltenden König. Wie mag um diese Stunde das Herz des greisen Monarchen gepocht haben! Von der Nähe des Kronprinzen wußte man im Centrum zur Zeit noch nicht das Geringste, es sollte sogar noch eine Stunde währen, bis eine Kunde von der Zweiten Armee eintraf. Was war nicht alles möglich? Konnte nicht ein Ausfall von Josephstadt her, in dessen Nähe man immer noch österreichische Corps vermuthet hatte, dem Kronprinzen den Weg verlegt, ihm wenigstens langen Aufenthalt bereitet haben? Zwischen Horeniowes, das der Kronprinz bereits erreicht hatte, und Dub liegt über Berg und Thal hinweg gemessen eine gute Meile; zu sehen und zu hören war also von dem Anmarsch nichts. Bei der Division Fransecky, deren Führer in einsichtiger Weise bei der kronprinzlichen Armee schon im Laufe des Vormittags Hülfe requirirt hatte, dachte niemand daran, daß man da, wo sich der König befand, nichts von dem wissen könne, was dem linken Flügel vor Augen lag. Auch zwischen Benatek und Sadowa liegt ein weiter Raum, fast eine halbe Meile.

Die vordersten Bataillone der Reserve (Brigade Schimmelmann) verschwanden hinter Sadowa und Dohalitzka im Walde. Einen Erfolg vermochten auch sie nicht zu erreichen. Sobald der wieder ein=

gedrungene Gegner bis zur jenseitigen Lisière zurückgedrängt war, machte das Granatfeuer der furchtbaren Batterien bei Lipa seine Wirkung wieder in vollstem Maße geltend; es war unmöglich, sich vorn im Walde zu behaupten, und ebenso unmöglich war es, über den kahlen von zahlreichem Geschütz bestrichenen Abhang hinweg an den Feind zu kommen. Bataillon auf Bataillon kam ins Gefecht, zahlreiche Opfer fielen, ehe eine Stunde verging, zählte man dieselben schon nach Hunderten. Endlich war es unverkennbar, daß auch die Reserven das Terrain nicht zu behaupten vermochten, daß das preußische Centrum zurückwich und in Gefahr war, durchbrochen zu werden.

„Ich wollte, es wäre Abend, oder die Preußen kämen", sagte Wellington bei Waterloo; ganz ebenso dachte und sprach man in des Königs Nähe. „Was dann?" hörte man den Monarchen besorgt fragen, als der Gedanke, die Infanterie zurückzuziehen, nicht mehr unterdrückt werden konnte. Von links drohte, wenn Fransecky nicht mehr standhalten konnte, eine Umgehung, der preußische rechte Flügel unter Herwarth hatte noch immer nichts Merkbares erreicht. An Artillerie war gleichzeitig mit dem 3. Armeecorps bereits ins Gefecht gebracht worden, was nicht nothwendig als letzte Reserve zur Deckung des eventuellen Rückzugs aufgespart werden mußte; die Batterien leisteten das Möglichste, aber die sicher placirten Geschützmassen des Gegners vermochten sie von den ungünstigen Aufstellungspunkten aus nicht zum Schweigen zu bringen. Es galt jetzt, sich entschieden mit dem Gedanken an das Aeußerste zu versöhnen. Die Cavalerie der Ersten Armee ward zusammengezogen, um eventuell der Infanterie zur Aufnahme zu dienen.

Erschien es schwer, den Entschluß zur Zurücknahme der Infanterie hinter die Bistritz zu fassen, als fast ebenso schwer mußte es erkannt werden, ihn auszuführen. Die Bataillone, durch die Gegenwart und den belebenden Zuspruch ihres Königs aufs höchste entflammt, drängten trotz aller Rückschläge stets aufs neue vorwärts. Noch war der sich schon als fast unabweisbar aufdrängende Entschluß nicht gefaßt, als plötzlich, es war fast 2 Uhr, der Chef des Generalstabs des Prinzen von einem Recognoscirungsritt nach dem linken Flügel mit der Jubelbotschaft eintraf, der Kronprinz stehe bereits im Kampfe. Bald darauf gewannen auch vor der Front die Dinge eine andere Gestalt. Das Geschützfeuer des Feindes wurde schwächer, seine Kanonen änderten ihre Richtung. Vorwärts, vorwärts! ging der Ruf durch die Reihen; die noch intacten Bataillone der Reserve konnten jetzt ausgiebiger

verwandt werden, der Wald von Sadowa wurde genommen, und nicht lange währte es, bis man vor sich auf der Höhe von Lipa die Colonnen des Kronprinzen erscheinen sah. Es war kurz nach 3 Uhr.

Ehe wir uns zum Kronprinzen wenden, um ihn auf seinem siegreichen Vordrängen gegen Lipa zu geleiten, noch ein Wort der Bewunderung für die Leistungen der Truppen Friedrich Karl's. Benedek hatte ihnen gegenüber seine Hauptkraft aufgeboten. Seit er um Mittag Kenntniß vom Anrücken des Kronprinzen erhielt, bestand er doppelt hartnäckig auf dem Durchbrechen des Centrums und zog zu diesem Zweck sogar einen Theil seiner Reserven heran. Seine treffliche Artillerie leistete unter den günstigsten Verhältnissen das Großartigste; auch seine Infanterie focht tapfer. Aber trotzdem, daß er tief in seine Geschützreserve eingriff, daß er vier Corps (das 2., 3., 4. und 10.) unter dem mächtigen Schutz seiner überlegenen Artillerie gegen wenig mehr als zwei preußische Corps, denen eine kaum lösbare offensive Aufgabe vorgezeichnet war, in den Kampf führte, blieb sein Zweck unerreicht. Der höchste Ruhm gebührt dem preußischen 4. Armeecorps. Von den beiden Infanteriedivisionen desselben rekrutirt sich die 7., die unter Fransecky so furchtbar kämpfte und litt, aus dem Magdeburgischen, während die 8., die unter Horn bei Sadowa focht, aus den 1815 von Preußen erworbenen sächsischen Landen ihren Ersatz erhält.

Von der Armee des Kronprinzen waren die (1.) Gardedivision Hiller, deren Bivuaks zunächst am Schlachtfelde lagen, und das (6.) Corps Mutius, das auf dem Marsch gegen Josephstadt von der veränderten Disposition für den 3. Juli erreicht wurde, diejenigen Truppen, welche den Kampfplatz zuerst erreichten. Die 1. Gardedivision dirigirte sich auf Horeniowes, die (11.) Division Zastrow des 6. Corps überschritt großentheils oberhalb Ratschitz die Trotina, während die (12.) Division Prondzinsky auf dem linken Ufer der Trotina, also auf dem äußersten linken Flügel nahe der Elbe vorging. Die gegen Mittag vom 2. österreichischen Corps auf der Höhe von Horeniowes aufgestellten 40 Geschütze wurden gleichzeitig von der Artillerie Hiller's und derjenigen Zastrow's bekämpft. Die österreichische Artillerie behauptete indeß ihre Stellung, bis die von vorgeschobenen Bataillonen des österreichischen 2. Corps besetzten Dörfer Horeniowes und Ratschitz erobert und infolge dessen die Flügel der Geschützposition bedroht wurden. Die 1. Gardedivision eroberte in Horeniowes, die 11. Division in Ratschitz eine Fahne.

Während die genannten beiden preußischen Divisionen ihren Vermarsch fortsetzten, wobei die 1. Gardedivision den Orientirungsbaum auf der Höhe von Horeniowes festhielt, vollzog das 2. österreichische Corps seine Frontveränderung mit der neuen Aufstellung zwischen Masloweb, Sendraschitz und Nedelist. Theile des 3. und des 4. österreichischen Corps waren mit den Resten der Division Fransecky sowol bei Cistowes wie in und am Walde von Masloweb noch im Kampfe, der Raum zwischen Masloweb, Cistowes und Chlum aber von österreichischen Truppen fast gänzlich entblößt. Die Bataillone des 2. und des 4. österreichischen Corps waren bei den Kämpfen gegen Fransecky's Division um den Wald von Horeniowes vielfach durcheinandergekommen, nach Abzug des 2. Corps in seine neue Stellung hörte daher jeder Zusammenhang in der Besetzung des Terrains auf.

Die 1. Gardedivision (Hiller) rückte von der Höhe von Horeniowes, Masloweb rechts lassend, durch die in der österreichischen Schlachtstellung entstandene breite Lücke in südlicher Richtung vor. Sie streifte dabei fast den linken Flügel des 2. österreichischen Corps in seiner neuen Aufstellung, ohne von demselben belästigt zu werden. Was ihr vom 4. österreichischen Corps *) noch entgegenstand, ging eiligst zurück. Der unerklärlichen und keineswegs rühmlichen Haltung dieser Truppen ist die jetzt eintretende Katastrophe großentheils mit zuzuschreiben.

Das 3. österreichische Corps war links und vorwärts der Höhe von Chlum engagirt, der östliche Hang dieser Höhe, auf dem das verschanzte Dorf lag, war durch keine Vortruppen gedeckt. Gegen dieses Dorf dirigirte jetzt die 1. Gardedivision ihren Angriff. Der linke Flügel derselben ging sogar über den Fuß des Abhangs hinweg gegen das fast eine Viertelmeile weiter südlich an der großen Straße gelegene Dorf Rozberitz, in dessen Nähe die österreichische Hauptreserve stand, zur Attake vor. Mit Chlum war das Herz der österreichischen Stellung direct bedroht, mit Rozberitz war die Hauptposition von Lipa im Rücken gefaßt.

Das Durchdringen der vereinzelten Division bis zu jenen Punkten gehört zu den wunderbarsten Erscheinungen, welche die Kriegsgeschichte aufweist. Nicht die Kühnheit der preußischen Führung, nicht die mangelhafte Umsicht der Generale auf dem rechten Flügel der öster-

---

*) Nach Verwundung Festetics' führte General Legeditsch das Corpscommando.

reichischen Schlachtstellung, nicht die schlechte Haltung einzelner Bataillone, nicht das Wetter, das, wie Benedek entschuldigend anführt, die Fernsicht erschwerte, reichen zu seiner Erklärung aus. Der Hauptgrund muß in dem Starrsinne Benedek's gesucht werden, der trotz aller Erfahrungen nicht daran glauben wollte, daß ihm die Armee des Kronprinzen ernste Gefahren bringe, und darum die nothwendigsten Vorsichtsmaßregeln unterlassen hatte. Er hatte sich gegen 1½ Uhr nach seinem äußersten rechten Flügel begeben, von der Stellung des 2. Corps Kenntniß genommen und war dann wieder auf die Höhe von Lipa, von wo aus er die Schlacht leitete, zurückgekehrt. Auf seinem Ritte scheint er von der 1. Gardedivision nichts bemerkt und höchstens eine Gefahr für den äußersten Flügel erkannt zu haben, der gegenüber ihm die getroffenen Maßnahmen genügend erschienen.

Die Hiller'sche Division that Wunder der Tapferkeit; ihr war es vorbehalten, der Schlacht die entscheidende Wendung zu geben. Ein mörderisches Geschützfeuer empfing die vorstürmenden Bataillone, aber nichts vermochte sie aufzuhalten; nach kurzem, aber maßlos blutigem Kampfe waren Chlum und Rozberitz in ihren Händen. Zu Füßen der kühnen Angreifer lag die ganze österreichische Schlachtstellung. Jetzt galt es sich zu behaupten. Es kostete einen unendlich schweren Kampf, während dessen Verlaufs den von Feinden umringten 12 Bataillonen der Division nur die ihrem Gros weit vorausgeeilte Avantgarde der 2. Division des Gardecorps und die Reserveartillerie desselben Corps zu Hülfe kamen.

Kurz vor 3 Uhr erhielt der bei Lipa haltende österreichische Oberfeldherr Meldung von dem, was sich im Laufe der letzten halben Stunde unmittelbar hinter seiner rechten Schulter begeben hatte. Die Nachricht traf ihn so unerwartet, daß er Zweifel in ihre Richtigkeit setzte, sein Pferd wandte und selbst auf Chlum zuritt. Das Gewehrfeuer, mit dem er begrüßt ward, überzeugte ihn bald. Aber mit dem, was er sah, war das Unglück der Stunde nicht erschöpft. Der nächste Moment brachte die Kunde des Verlustes von Rozberitz, der folgende die dessen von Problus. Benedek eilte zu seiner Reserve (1. und 6. Corps). Ein Theil des 6. Corps war bereits im Kampfe gegen Rozberitz, das um jeden Preis wiedererobert werden mußte. Das Dorf sperrte fast die Straße, es hatte ganz die Bedeutung, wie Planchenois in der mit Königgrätz ihrem ganzen Verlaufe so überaus ähnlichen Schlacht von Waterloo. Von dem 1. Corps dirigirte er eine Brigade auf Problus, eine gegen Chlum, die beiden andern Brigaden

schob er gegen Lipa vor, um in der Front die Lücke zu füllen, welche dadurch entstanden war, daß Theile des 3. Corps bereits gegen die rechte Flanke der 1. Gardedivision verwandt worden waren. Was von der Armeegeschützreserve noch disponibel war, kam in Action. Daß Benedek auch jetzt noch, ähnlich wie Napoleon in der letzten Stunde der Schlacht von Waterloo, an die Durchbrechung des feindlichen Centrums gedacht habe, ist zwar von österreichischer Seite behauptet worden, erscheint aber kaum glaublich. Sein Verfahren ist wol richtiger dadurch zu erklären, daß er im Hinblick auf die Lage seiner Rückzugslinie mit dem rechten Flügel energischen Widerstand leisten mußte, um dem linken Flügel den Abzug zu ermöglichen.

Die Lage der Hiller'schen Division begann in jedem Moment kritischer zu werden, Rozberitz ging verloren, auf der Höhe von Chlum aber erschienen im Moment höchster Noth vier Batterien der Reserveartillerie der Garde und begannen ein mörderisches Feuer gegen dichtgedrängte feindliche Massen. Kein Schuß ging fehl. Hinter der Reserveartillerie folgte die Avantgarde der 2. Gardedivision, zwei Füsilier- und ein Schützenbataillon, begleitet von einer Batterie. Diese drei Bataillone wandten sich auf den rechten Flügel der Division und erstürmten ein westlich von Chlum gelegenes Gehölz, in das eben der Feind eingedrungen war. Die inzwischen auch durch zwei Batterien des (1.) Armeecorps Bonin verstärkte Position gewann dadurch wesentlich an Haltbarkeit. Es war 4 Uhr. In unablässiger Heftigkeit wogte der Kampf um die Höhe, Benedek bestand darauf, sie wiederzugewinnen. Bald aber trafen auf preußischer Seite Verstärkungen auf Verstärkungen ein. Ueber Benatek und Cistowes vorrückend, erschien die Avantgarde des 1. Armeecorps, hinter ihr folgten 8 Bataillone des Gros. Um $4\frac{1}{2}$ Uhr konnte Hiller seinen im heftigen Kampfe auseinandergekommenen Bataillonen den Befehl zum Sammeln geben. Der tapfere General sollte seine ruhmgekrönte Division indeß nicht mehr vereint sehen; eine Granate tödtete ihn in dem Augenblick, in welchem er seine ruhmvolle Aufgabe als gelöst betrachten durfte.

Die Bataillone des 1. Armeecorps hatten kaum die Höhe von Chlum besetzt, als sie, vorwärts stürmend, einen letzten Angriff des Feindes zurückwiesen und siegreich gegen Rozberitz vordrangen. Die Avantgarde der 2. Gardedivision erstürmte um $4\frac{1}{2}$ Uhr Lipa, den Punkt, von dem aus so viele Stunden lang Tod und Verderben in die Reihen Friedrich Karl's geschleudert worden war.

Die Schlacht war gewonnen!

Benedek gab den Corps von Gablenz und Erzherzog Ernst, die das Centrum seiner Stellung so mannhaft vertheidigt hatten, den Befehl zum Rückzuge, während er seine Reiterei vorsandte, denselben zu decken. Aber das preußische 3. Armeecorps drängte sofort nach, die Batterien und Zündnadelgewehre von der Höhe von Chlum äußerten ihre furchtbare Wirkung, und wenige Minuten darauf erschien auch das ganze Cavaleriecorps der Armee Friedrich Karl's, an seiner Spitze der siegreiche König.

Im Beginn der Verfolgung zeigte sich das Großartige der ganzen Anlage der Schlacht. Wir wissen, daß Herwarth den linken Flügel der Oesterreicher von den Höhen von Problus und Prim verdrängt und daß er seine Reservedivision (Etzel) weit rechts überflügelnd in südöstlicher Richtung dirigirt hatte. Jetzt galt es nur, stetig in den eingeschlagenen Bahnen zu verharren, und das sächsische wie das 8. österreichische Corps mußten auf die weichenden Colonnen des Centrums geworfen werden. Herwarth's linker Flügel reichte bald der Armee Friedrich Karl's die Hand, während die Division Etzel rechts so weit vordrängte, daß ihre Granaten die Hauptrückzugslinie des Feindes bis unmittelbar vor Königgrätz erreichten.

Wesentlicher noch war die Wirkung, die von dem linken Flügel der Preußen auf den abziehenden rechten Flügel des Gegners geübt wurde. Das (6.) Corps Mutius hatte hier die Aufgabe des Aehrenlesers hinter dem Schnitter. Nur der (11.) Division Zastrow fiel noch ein ernster Antheil am Kampfe zu. Nachdem dieselbe Ratschitz genommen hatte, ging sie gegen Sendraschitz und Nedelist vor, welche Orte sie dem 2. österreichischen Corps ziemlich leichten Kaufs entriß. Thun setzte keinen ernsten Widerstand entgegen, weil ihn das Vordringen der den äußersten linken Flügel der Preußen bildenden 12. Division um seinen Rückzug besorgt machte, ein Bedenken, das freilich nicht gerechtfertigt war, da die Brigade Henriquez seine rechte Flanke deckte. Er wandte sich südostwärts gegen die Elbe, wohin ihm General Zastrow nicht folgte, da dieser eben Befehl erhalten hatte, sich westwärts zu wenden, um die bei Chlum in schwerem Kampfe stehende Division Hiller zu degagiren. Während Zastrow's Division sich noch auf dem Marsche in der neuen Richtung befand, fiel im Centrum bereits die Entscheidung. Die österreichischen Colonnen wälzten sich auf der großen Straße rückwärts gegen Königgrätz.

Zastrow's Division lenkte ihren Marsch nunmehr auf Swietj und

Wschestar, zwischen welchen Orten ihr in vortheilhafter Position bedeutende Theile von Benedek's Geschützreserve entgegentraten. Die österreichischen Artilleristen erfüllten ihre Aufgabe, die sadowa-königgrätzer Straße gegen einen Flankenstoß zu decken, in ehrenhafter Weise. Aber die tapfern preußischen Bataillone stürmten gegen die schwach gedeckten feuernden Geschütze an, und bald fielen ihnen dieselben als kostbare Siegesbeute in die Hände. Auf der Höhe vor Swietj wurde jetzt eine Batterie von 42 Geschützen etablirt, deren Feuer auf die schon in aufgelöster Ordnung zurückgehenden Truppen des österreichischen Centrums die furchtbarste Wirkung übte. Zastrow drang indeß unaufhaltsam vor, nahm Swietj, überschritt dann die königgrätzer Straße und zwang dadurch die zurückgehenden österreichischen Colonnen in südwestlicher Richtung auszuweichen.

Die (12.) Division Prondzinsky, welche infolge mehrerer Detachirungen nur mit fünf Infanteriebataillonen aufs Schlachtfeld trat, führte längs der Elbe ein leichtes, wenig blutiges Gefecht gegen Theile des österreichischen (2.) Corps Thun. Dieses Corps war nur auf seine eigene Rettung bedacht, so bedeutende Dienste es auch hätte leisten können, den Flankenstoß der Brigade Zastrow gegen die weichenden Massen des österreichischen Centrums zu paralysiren. Nachdem die Zastrow'sche Brigade sich von Nedelist westwärts gewandt hatte, standen dem ganzen Corps nur die wenigen Bataillone der preußischen 12. Division gegenüber, dennoch hielt sein Führer es für gerathen, sich vor denselben schon gegen 5 Uhr abends unter Preisgebung seines Pontontrains bei Lochenitz über die Elbe zurückzuziehen.

Die Verfolgung von seiten des preußischen Centrums entzieht sich einer gedrängten und übersichtlichen Darstellung. Wir können aus dem bewegten Bilde nur einige Hauptmomente herausgreifen. Sobald die Höhe von Lipa gewonnen war, eilten die Batterien den Abhang hinauf und sandten ein mörderisches Feuer in die jenseitige mit österreichischen Colonnen gefüllte Senkung. Aber auch die österreichische Artillerie faßte nochmals auf einer Höhe westlich der Straße festen Fuß und wehrte nach Kräften den Verfolgern. Inzwischen war die preußische Cavalerie zur Stelle. Ihre Schwadronen fielen über die einzelnen Bataillone her, manche Attake ward abgewiesen, manche aber hatte bedeutenden Erfolg. Noch ward die Ordnung der retirirenden Bataillone im allgemeinen aufrecht erhalten, es war noch Rückzug, nicht Flucht. Als aber die österreichische Artillerie nicht mehr standzuhalten

vermochte, als sich von beiden Seiten die Massen der königgrätzer Straße zuwälzten, wandelte sich der Rückzug in Flucht, der Muth in panischen Schrecken. Südwestlich der großen Straße, unfern Streselitz, kam es zwischen einem großen Theil des Cavaleriecorps der preußischen Ersten Armee und der österreichischen Reserve-Cavaleriedivision Coudenhove zu einem gewaltigen Zusammenstoß. Beiderseits ward ritterlich gekämpft, einzelne preußische Regimenter erlitten große Verluste, schließlich aber wurde die schwere österreichische Reiterei geworfen. Sie ritt dann im Zurückgehen die eigene Infanterie nieder und machte die bereits begonnene Flucht der Infanterie nur noch wilder. Die Niederlage war vollständig, alle Haltung ging verloren.

Es kann nicht bestritten werden, daß es von preußischer Seite unterlassen wurde, die Auflösung der Oesterreicher so auszubeuten, wie es vom streng militärischen Standpunkte gefordert werden muß. Möglichste Zerstörung der feindlichen Streitkraft ist unter allen Umständen unabweisbares Gesetz. Der Krieg hat nach den Begriffen unserer Zeit aufgehört, ein ritterliches Kampfspiel, d. h. Selbstzweck, zu sein. In erster Linie handelt es sich nicht um die Ehre des Sieges, sondern die Vernichtung des Feindes. In manchen Schlachten stehen sich die Verluste auf der Walstatt beiderseits fast gleich, und nur eine ausgiebige Verfolgung bringt dem Sieger den realen Vortheil. Königgrätz macht freilich eine Ausnahme; hier war schon auf dem Kampfplatze ganz Außerordentliches erreicht und das unmittelbare Nachdrängen genügte, die Zahl der Gefangenen und Trophäen ins Unglaubliche zu steigern. Aber eine ausgiebigere Verwendung der Reiterei hätte die Reihen der feindlichen Streiter doch noch in weit höherm Grade lichten, es hätte zahlreiche Bataillone derart zersprengen können, daß es um ihre Existenz völlig geschehen wäre. Es ist dies eine harte, fast unmenschliche Forderung, aber sie muß gestellt werden. In der Verfolgung kann mit kaum nennenswerthen, oft nur aus Ermüdung und Erschöpfung veranlaßten Opfern eine Summe feindlicher Kräfte vernichtet werden, deren Niederwerfung nach Verlauf weniger Tage nur mit Hunderten und Tausenden von Menschenleben erkauft werden kann. Die Verfolgung ist mehr als die Schlacht dazu angethan, den wesentlichsten Factor der Kraft des Feindes, den moralischen, zu vernichten. Jena und Waterloo sind Beispiele, deren jeder Sieger eingedenk bleiben soll. Die Erfolglosigkeit der blutigen Schlachten in den beiden ersten Jahren des nordamerikanischen Bürgerkriegs hat vorwiegend darin ihren Grund, daß man es nicht verstand oder vermochte, die Siege

durch eine rapide Verfolgung zu verwerthen. Alle österreichischen Schriftsteller sind darin einig, daß auf dem Schlachtfelde von Königgrätz in dieser Beziehung bedeutend mehr hätte geleistet werden können, als in Wirklichkeit geschah. *)

Ganz unerklärlich ist es, daß das von dem General Hartmann geführte Cavaleriecorps des Kronprinzen gar nicht in den Kampf eingriff. In den officiellen und officiösen Schlachtberichten wird dasselbe vollständig todtgeschwiegen. Gerade bei dem Flankenstoße, den der Kronprinz führte, hätte ein möglichst frühzeitiges und kraftvolles Eingreifen dieses Reitercorps von entscheidender Wirkung sein können, es hätte in der Verfolgung, da es dnrch die eigenen Truppen weniger gehindert war als die übrige Reiterei, ganz Außerordentliches leisten können. Die Unterlassungssünde kann kaum einen andern als den Führer treffen. Wo die Kanonen so laut donnern wie bei Königgrätz, ist es kaum denkbar, wie der rechte Weg verfehlt werden kann, und doch scheint das Corps entweder gar nicht oder erst nach erfochtenem Siege auf dem Kampfplatz erschienen zu sein.

Was andererseits die österreichische Reservereiterei betrifft, so wurde auch diese keineswegs so verwandt, wie es hätte geschehen müssen, um den Rückzug möglichst zu decken. Der größte Theil blieb müßig, während er, auf den rechten Flügel geschoben, der Division Zastrow gegenüber Bedeutendes hätte leisten und die Abwesenheit des Hartmann'schen Reitercorps sehr fühlbar machen können.

Nach den strengen Lehren der Kriegskunst sollen aber nicht nur die Reiterei und das ihr beizugebende Geschütz auf dem Schlachtfelde selbst den Sieg möglichst verwerthen, sondern auch die geschlossenen Massen, starke Avantgarden voran, sollen dem abziehenden Gegner an der Ferse bleiben. Im vorliegenden Fall war wol die Ermüdung der

*) Wir drängen die Bemerkung in eine Note zurück, daß die Verfolgung auf dem Schlachtfelde selbst besonders dadurch in Schranken gehalten wurde, daß in den höchsten Führern des preußischen Heeres nach errungenem Siege die Regungen des Herzens gegen das Gebot des kalten Verstandes ankämpften. Der König selbst hat den Befehl ertheilt, das mörderische Feuer der Artillerie auf die fliehenden Colonnen einzustellen, ehe diese deren Wirkungssphäre enteilt waren. Vom Prinzen Friedrich Karl wird Aehnliches erzählt. Wachenhusen berichtet: „Die (österreichischen) Verwundeten, welche am Boden lagen, schrien vor Angst, als sie die Cavalerie gegen sich heransprengen sahen, aber Prinz Friedrich Karl sorgte dafür, daß sie umgangen wurden, und hielt sogar einmal die Verfolgung auf, um seine Reiter nicht durch ein Stück Kornfeld zu führen, in welchem verwundete Oesterreicher Schutz gesucht hatten."

preußischen Infanterie, die schon vor der Schlacht starke Märsche zurückgelegt hatte, der maßgebende Grund, an den Grenzen des Kampfplatzes halt zu machen. Einem officiösen Bericht zufolge waren auch die Truppentheile der verschiedenen Corps vielfach ineinandergerathen, was die Nothwendigkeit unabweisbar machte, die Erste und Zweite Armee halten und nur die Elbarmee weiter folgen zu lassen. Die Lage der Festung Königgrätz, welche den Abzug des Gegners über die Elbe deckte, machte überdies ein directes weiteres Nachfolgen für die Mehrzahl der Colonnen erstgenannter Armeen unmöglich, nur der Elbarmee war in denjenigen Theilen des geschlagenen Heeres, welche rechts der Elbe auf der Straße nach Pardubitz zurückgingen, noch ein greifbares Object geboten. Aber selbst die dorthin dirigirte Division Etzel, Herwarth's Ueberflügelungs- und Umgehungscolonne, die im Laufe des Tages an der Blutarbeit keinen Antheil gehabt hatte und sich trotz des zurückgelegten weiten Marsches noch kräftig und kampflustig fühlte, erhielt noch vor Sonnenuntergang Befehl, von weiterer Verfolgung Abstand zu nehmen.

Im großen und ganzen waren die Verhältnisse jedenfalls nicht dazu angethan, dem Feinde an der Ferse zu bleiben und, wie es die Theorie will, die Nachtlager der verfolgenden Avantgarden erst angesichts der Bivuakfeuer des feindlichen Nachtrabs aufzuschlagen. Eine andere Frage aber ist es, ob über die an der Schlacht nicht betheiligten Truppenmassen, das ganze 5. Corps, große Theile des 1. Corps, zahlreiche Reiterei, nicht schon am Abend des Schlachttags in einer Weise hätte verfügt werden können, die für den folgenden Tag eine möglichste Ausbeute des Sieges sicherstellte. Diese Frage wird uns später beschäftigen; schon jetzt aber sei bemerkt, daß sich bei allen Aehnlichkeiten zwischen Waterloo und Königgrätz im Punkt der Verfolgung ein unverkennbarer Unterschied herausstellt. Gneisenau's Wort: „Der letzte Hauch von Mann und Roß" kam nicht zur vollen Geltung.

Noch einen Blick auf das Schlachtfeld!

Der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, deren Heere, nachdem sie von weit entfernten Punkten ihren Ausgang genommen, um sich hier in und mittels der Schlacht zu vereinen, hatten einander auf der Höhe von Chlum getroffen, als eben der Kampf sich von Lipa aus weiter gen Süden wälzte. Es war ein schönes Wiedersehen. Weit vorwärts erst, unfern der Stelle, wo die beiden großen Reitermassen aufeinandergestoßen waren, traf der Kronprinz kurz vor Einbruch des Abends seinen königlichen Vater. Welche Ereignisse lagen zwischen dem Tage der Trennung und diesem Wiedersehen! Nassen Auges

beugte sich der jugendliche Held auf die Hand seines Vaters nieder, der ihm das kleine Kreuzchen des Ordens pour le mérite reichte, mit dem Preußen hohes kriegerisches Verdienst beim jüngsten Lieutenant wie beim hochgebietenden Feldherrn ehrt.

Aber noch ein anderes Zusammentreffen, dem die Geschichte und selbst eine großartig schaffende Phantasie kaum ein gleiches zur Seite zu stellen vermag, ward unter der das zerreißende Gewölk durchstrahlenden Abendsonne dieses Tags gefeiert. Südlich von Lipa, wo das Gelände sich bis weithin gegen Problus und Königgrätz dem Auge bloßlegt, rückten in weitem Halbkreise die Hauptmassen des ganzen preußischen Heeres zusammen. Die vom fernen Westen herangekommenen Scharen der Rheinländer und Westfalen sahen die Bajonnete der Ostpreußen blitzen, ihre Fahnen wehen. Schlesier und Pommern, Brandenburger und wie die Stämme alle heißen, die das Haus der Hohenzollern als mächtigen Kern für ein neues Deutschland geeint, sie alle — eine Viertelmillion Streiter — stimmten ein in den gemeinsamen Jubel ob des theuer erkämpften Sieges. Inmitten des weit geöffneten Kreises tummelten sich noch die Reiterscharen, die Flügel der gewaltigen Heerlinie drängten noch den fliehenden Feind, laut noch donnerte das Geschütz, aber der Tag war entschieden durch das preußische Volk in Waffen! Es war ein Sieg sondergleichen.*)

---

*) Von dem Briefe König Wilhelm's an seine Gemahlin, dessen Anfang wir bereits gegeben, lassen wir hier das Weitere folgen. Als ein am ersten Tage nach der Schlacht von der Feder des gekrönten Feldherrn gezeichnetes klares Bild der großen Action hat das Schreiben unbedingt einen hohen kriegsgeschichtlichen Werth. Wer sich nicht absichtlich dagegen verschließt, wird mehr darin erkennen. Anschließend an die Bemerkung, daß die Voraussetzung unwahrscheinlich sei, Benedek werde sich nördlich der Elbe zur Schlacht stellen, heißt es:

„Aber nur zu bald sollte sich die Richtigkeit herausstellen. Als ich in einem kleinen Dorfe, Dub, zu Pferde stieg, regnete es, und dauerte dies mit langen Unterbrechungen den Tag über an. Schon bei den Truppen vorüberfahrend, wurde ich fortwährend von denselben mit Hurrah begrüßt. Das Gefecht fing soeben, 8 Uhr, mit Artilleriefeuer des 2. Corps an, als ich in Sadowa ankam und auf einer Höhe Posto faßte; dies Corps stand rechts von hier. Die Division Horn (8. Division) ging bei Sadowa über die Bistritz und griff vorliegende waldige Höhen an, gewann bei der Heftigkeit der Vertheidigung wenig Terrain, die 7. Division (Fransecky) entwickelte sich mehr links, mit gleich schwankendem Erfolg, Herwarth griff schon nach 1½ Stunden, von Nechanitz kommend, ins Gefecht ein, welches von nun an fast während 5 Stunden hauptsächlich in Artilleriegefecht bestand, untermischt mit Infanteriegefecht in waldigen Bergen. Mit Sehnsucht sahen wir dem Eintreffen der Zweiten Armee entgegen; denn bei diesem

Am Abend des Tags waren die Resultate in ihrer ganzen Ausdehnung noch nicht zu ermessen; nachträglich stellte sich heraus, daß 174 Geschütze, 20000 Gefangene und 11 Fahnen in die Hände der Sieger gefallen. Der Verlust der Oesterreicher berechnet sich in runden Zahlen auf 4600 Todte, 14000 Verwundete und 24000 Vermißte, zusammen also über 42000 Mann.

---

langen Artilleriekampfe mußte dieselbe bereits mehreremale ihre Reservemunition verausgaben. Das Infanteriegefecht schwankte hin und her. Endlich entdeckten wir die ersten Spuren der Annäherung des Gardecorps, aber das Gefecht konnte man nicht sehen, indem es jenseit einer Höhe vor sich ging und man nur dasselbe aus der feindlichen Flankenstellung annehmen konnte. Trotz dieser Umgehung und trotz des allmählichen, sehr langsamen Vorbringens Herwarth's hielt der Feind in dem Centrum immer noch festen Stand. Jetzt wurde die 5. Brigade (Schimmelmann), Leib-, 48. Regiment zur Unterstützung des Angriffs auf das Centrum vorgenommen. Ich ritt durch die Regimenter durch, die mich mit lautem Jubel begrüßten, während Piefke im Marsch «Heil dir im Siegeskranz u. s. w.» blies, ein ergreifender Moment. Plötzlich wurde das Artilleriefeuer im Centrum schwächer und wurde Cavalerie verlangt, ein Zeichen, daß der Feind anfange zu weichen. Jetzt verließ ich meine Höhe, weil der Sieg anfing sich durch den Flankenangriff der Zweiten Armee zu entscheiden, und ritt mit der Cavalerie vor.

„Hier stieß ich zuerst auf die im vollen Avanciren begriffene (Tambour battant) 2. Gardedivision und Theile des Garde-Füsilierregiments inmitten eben genommener 12 Kanonen. Der Jubel, der ausbrach, als die Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben, die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts, und von einer Truppe zur andern und überall das nicht enden wollende Hurrahrufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen! So traf ich auch noch die Truppen des 1., 6. und 5. Armeecorps, auch mein Infanterieregiment; vom 8. Corps nur das 8. Jäger- und vom 7. nur das 17. Regiment, die übrigen waren zu weit schon entfernt in der Verfolgung des Feindes. Jetzt brachen unsere Cavalerieregimenter vor, es kam zu einem mörderischen Cavaleriegefecht vor meinen Augen, Wilhelm an der Spitze seiner Brigade, 1. Garde-Dragoner-, Ziethen-Husaren-, 11. Ulanen- (Hohenlohe'sches) Regiment gegen österreichische Küraßiere, Ulanen, die total culbutirt wurden, und das Gefechtsfeld, das ich gleich darauf beschritt, sah fürchterlich aus, von zerhauenen Oesterreichern todt, lebend! So avancirte dann wieder die Infanterie bis zum Thalrande der Elbe, wo von jenseit des Flusses noch heftiges Granatfeuer erfolgte, in das ich auch gerieth, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte. Ich ritt aber nun noch immer umher, um noch ungesehene Truppen zu begrüßen, wo ich Mutius, Würtemberg und Bonin auch antraf. Alle diese Wiedersehen waren unbeschreiblich!! Steinmetz, Herwarth fand ich nicht. Wie sah das Schlachtfeld aus! Wir zählten 35 Kanonen; es scheinen über 50 genommen zu sein, mehrere Fahnen, alles lag voller Gewehre, Tornister, Patronentaschen, wir rechnen bis heute 12000 Gefangene; hier befinden sich 50 gefangene Offiziere. Aber nun den Revers der Medaille. Unser

Der preußische Verlust betrug: 1840 Todte, 6688 Verwundete und 278 Vermißte, zusammen rund 8800 Mann.*) Kein Geschütz, keine Trophäe war in des Gegners Hand gefallen.

Dem besiegten Theile weiter zu folgen, als es die preußischen Reiter an diesem Tage thaten, behalten wir dem nächsten Kapitel vor. Wir bemerken nur, daß der Commandant von Königgrätz den Misgriff beging, die Inundation zu spannen, während er die Thore der Festung geschlossen hielt. Große Verluste an Menschen, Pferden und Geschützen entstanden aus der Versumpfung des die Werke umgebenden Terrains. Zuletzt war die Maßregel, die Thore geschlossen zu halten, doch nicht durchführbar, schon der Jammer der sich auf den Brücken und Dämmen anhäufenden Verwundeten zwang dazu, sie zu öffnen. Und dann hatte die Rettung eines Theils des Heeres doch eine unendlich höhere Bedeutung als die Sicherung des kleinen festen Platzes. Königgrätz konnte dem weitern Vormarsch der Sieger doch nicht wehren. Die Bahnlinien wären durch Josephstadt und Theresienstadt noch immer gesperrt gewesen.

Der Eindruck, den die große Siegesbotschaft in Preußen machte,

---

Verlust ist noch nicht ermittelt, er wird hoch sein. Daß General Hiller von der Garde geblieben ist, wirst Du schon wissen, ein großer Verlust! Anton Hohenzollern hat vier Gewehrkugeln im Bein! Ich weiß nicht, wie es ihm heute geht, er soll enorm brav gewesen sein. Erckert ist schwer blessirt, ebenso Oberst Obernitz am Kopf. Das 1. Garderegiment hat solche Verluste, daß aus zwei Bataillonen eins formirt ist!! In welcher Aufregung ich war, kannst Du denken! Und zwar der gemischtesten Art!! Freude und Wehmuth. Endlich begegnete ich noch spät, 8 Uhr, Fritz mit seinem Stabe! Welch ein Moment nach allem Erlebten und am Abend dieses Tags! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite, sodaß ihm die Thränen herabstürzten, denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten! Also völlige Ueberraschung! Einstens alles mündlich! Erst um 11 Uhr war ich hier, ohne alles, sodaß ich auf einem Sofa campirte."

*) Die Angaben der beiderseitigen Verluste sind einer sehr sorgfältigen, selbstverständlich auch auf österreichische Quellen gestützten Arbeit der „Zeitschrift des preußischen Statistischen Bureau" (Heft pro April, Mai, Juni 1867) entnommen. Eine frühere Arbeit derselben Zeitschrift über Armeestärken, Verluste u. s. w. findet darin ihre Berichtigung.

Zu bemerken bleibt, daß unter den Todten auf preußischer Seite auch diejenigen Verwundeten eingerechnet sind, welche binnen 48 Stunden nach der Schlacht gestorben sind. Die preußischen Versprengten, welche sich alsbald wieder bei den Fahnen einfanden, sind nicht unter die Vermißten eingerechnet. Am ersten Tage nach der Schlacht betrug die Zahl sämmtlicher Vermißten auf preußischer Seite circa 1500.

bedarf keiner Schilderung, seine Wirkung in und auf Europa eröffnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Erdtheils.

In Wien hatte man anfänglich nicht den Muth, dem Volk die volle Wahrheit kundzuthun. Auch Benedek war mit derselben zurückhaltend. Noch um $2\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags sandte der Commandant von Josephstadt eine telegraphische Siegeskunde nach der Kaiserstadt. Als sich die Hiobspost bald darauf Bahn brach, trat sie in noch schwärzern Farben auf, als ihr an sich schon gebührten. „Unsere Nordarmee existirt nicht mehr!" so meldeten die österreichischen Zeitungen vom 4. und 5. Juli.*)

---

*) Ein großes wiener Blatt, die inzwischen eingegangene „Ostdeutsche Post", brachte am 4. Juli früh nachfolgenden, während des Hangens und Bangens um den Austrag der Schlacht geschriebenen, wahrhaft ergreifenden Artikel:

„Wien, 3. Juli. In dem Augenblick, wo wir diese Zeilen niederschreiben, steht das Schicksal der Monarchie auf dem Spiel.

Gott schütze das Vaterland! Gott schütze die Millionen Familien, deren Existenz an das Schicksal Oesterreichs geknüpft ist! Schwer lastet die Hand des Himmels auf uns, und aller Mannesmuth muß zusammengerafft werden, um in so großer Prüfungsstunde aufrecht zu bleiben.

Seit heute Morgen wüthet die Schlacht in der Ebene zwischen Königinhof und Horitz.

Die österreichische Armee, im Begriff, eine neue Aufstellung zu machen und die drei Armeecorps, welche in den letzten Tagen so viel gelitten, an sich zu ziehen, scheint von dem Feinde, der dieses verhindern wollte, mit der ganzen Wucht seiner beiden Armeen angegriffen worden zu sein. In dem Bewußtsein, daß in diesem feierlichen Moment das Heil und der Bestand des Reichs von der Tapferkeit des Heeres abhängt, kämpften unsere Tapfern mit dem Muthe, der unsern Kriegern einen so altbewährten Ruf in der Geschichte errungen hat.

Bis gegen 3 Uhr scheint das Glück der Schlacht uns nicht abhold gewesen zu sein. Die Positionen im Centrum des Feindes wurden von uns mit aller Energie behauptet.

Von diesem Augenblick an aber wendete sich das Schicksal.

Nachdem es unmöglich wurde, das Centrum des Feindes zu sprengen, konnte dieser die Vereinigung seiner beiden Armeen, die übrigens bereits vormittags stattgefunden zu haben scheint, bewerkstelligen und griff nun mit unendlich überlegenen Kräften uns an. Der linke Flügel, welchen die ohnehin decimirten und durch lange Märsche geschwächten Truppen des ersten Armeecorps bildeten, konnte sich nicht halten. Was die weitere Folge hiervon war... können wir nicht angeben...

Die in später Nacht uns zugehenden Telegramme und Privatnachrichten enthalten wir uns zu veröffentlichen. Wir zittern, es auszusprechen — aber alles deutet darauf hin, daß wir uns auf eine große Trauerbotschaft gefaßt machen müssen. Noch in diesem Augenblick wird mit Löwenmuth gekämpft, aber das Wort erstarrt uns unter der Feder — die Schlacht scheint verloren!

Was die nächsten Tage uns bringen werden — wer will es sagen! In so düstern Momenten soll niemand es unternehmen, sich mit der Zukunft zu beschäftigen. Es gilt, mit Besonnenheit den Anforderungen des Augenblicks zu begegnen. Schwere Stunden brechen für die Monarchie herein. Aber unsere Väter haben ebenso trübe Zeiten erlebt und haben die Ausdauer nicht verloren, und Oesterreich hat nach und nach sich wieder erholt! Stehen wir zusammen in dieser Stunde der Noth als Männer, als Brüder.

Gott schütze das Vaterland!

Nachschrift. Halb 12 Uhr nachts geht uns folgende Mittheilung des officiellen Correspondenzbureau zu:

«Wien, 3. Juli abends. Nach den durch Privatcorrespondenten verbreiteten Nachrichten durfte man sich durch einige Zeit der frohen Hoffnung hingeben, daß die heute zwischen Königgrätz und Josephstadt geschlagene Schlacht eine für uns günstige Wendung nehme.

Ein soeben eingelangtes Telegramm des Festungscommandos von Königgrätz meldet leider, daß unser linker Flügel gegen Königgrätz zurückgedrängt wird.»"

IV.

Von Königgrätz bis zur Donau.

1) Zustand des österreichischen Heeres nach der Schlacht von Königgrätz. Stillstand der preußischen Operationen nach dem Siege. Benedek's Rückzugsdisposition. Vorgänge am 4. Juli auf preußischer Seite. Elbüberschreitung und Beginn der Verfolgung. Dispositionen für den Vormarsch gegen Olmütz und Wien.

Die österreichische Armee hatte das Schlachtfeld von Königgrätz im Zustande größter Auflösung verlassen. Der Präsenzstand vieler Regimenter war am 4. Juli unter den vierten Theil der Normalstärke herabgesunken. Von den Tausenden und aber Tausenden, die in den Reihen fehlten, war nur der weitaus kleinere Theil dem Feinde in die Hand gefallen oder auf dem Schlachtfelde liegen geblieben, die Mehrzahl bestand in Versprengten und Marodeurs. Der taktische Verband war vielfach gelöst, Leute der verschiedensten Truppentheile irrten in wirren Haufen führerlos in der nur instinctiv erkannten Richtung des Rückzugs weiter. Die physische Erschöpfung der Truppen machte sich um so furchtbarer geltend, als sie mit der moralischen Hand in Hand ging. Wie gewaltig die moralische Depression war, davon gaben die weggeworfenen Handwaffen und Massen von Munition Zeugniß, die noch folgenden Tags die Straße bedeckten. Sogar Fahnen- und Standartenbänder waren auf dem Rückzuge verloren gegangen. Das kostbarste Armeematerial, Geschütze und Wagen aller Art, war auf der nächtlichen Flucht zurückgelassen worden.

Benedek machte von denjenigen Maßregeln keinen Gebrauch, welche die Kriegskunst dem Feldherrn an die Hand gibt, um die Wirkungen einer verlorenen Schlacht auf das möglichst niedrige Maß zu reduciren. Er ließ den Vortheil, daß zwischen ihm und seinem Gegner ein Strom

lag, an dem der Feind durch starke Arrièregarden aufgehalten werden konnte, um dem zurückgehenden Gros Zeit zum Sammeln zu geben, ungenutzt. Unaufhaltsam eilte er in starken Märschen weiter.

Der Erfolg hat diese Unterlassungssünde nicht gerächt, denn auf preußischer Seite blieb auch am 4. Juli der Sieg unausgenutzt; sogar am 5. Juli rückte die Armee nur wenig vorwärts, sodaß bald ein weiter Raum zwischen den Fliehenden und Verfolgern lag. Ueber den Ruhetag, der am 4. Juli der preußischen Armee gewährt wurde, wird von der Kriegsgeschichte stets ein strenges Urtheil gefällt werden. Der Umstand, daß die Preußen sehr ermüdet waren, kann zu seiner Rechtfertigung nicht ausreichen. Immer und immer wieder wird die Kritik Vergleiche mit Waterloo anstellen. Die Märsche Herwarth's und des Kronprinzen und ihre Anstrengungen am 3. Juli mögen diejenigen Blücher's am 18. Juni noch überbieten; Blücher aber war am 16. Juni bei Ligny geschlagen worden, retirirte am 17. auf Wavre, marschirte am 18. auf durchweichten Wegen und durch brennende Dörfer auf Belle-Alliance, entschied dort erst in später Abendstunde den Sieg, und doch blieb Gneisenau, in dessen Hand die Verfolgung gelegt wurde, noch während der Nacht zum 19. Juni und am folgenden Tage den fliehenden Franzosen an der Ferse. Gleiche Anstrengungen waren wenigstens für den größten Theil des preußischen Heeres dem Schlachttage vom 3. Juli nicht vorausgegangen. Wie der Verfolgung auf dem Schlachtfelde von Königgrätz selbst durch eine Regung des menschlichen Herzens, das den fliehenden Feind nicht weiter mit Tod und Verderben überschütten wollte, eine Grenze gesetzt wurde, so war es am folgenden Tage abermals das von Dank und Freude erfüllte Herz, das aus Rücksicht auf die eigenen Truppen, die so Großes geleistet hatten und unter Ermüdung und Entbehrungen litten, den Ruhetag dictirte. In so außerordentlichen Fällen muß aber den Truppen auch Außerordentliches zugemuthet werden. Psychologisch ist es sehr erklärlich, daß es dem Feldherrn leichter wird, Tausende und aber Tausende in brennender Schlacht einem ruhmvollen Tode entgegenzuführen, als Truppen, die im Kampfe das Höchste geleistet haben, nach geschlagener Schlacht jede Ruhe, jede Siegesfreude zu entziehen und sie den Fatiguen einer rastlosen Verfolgung zu unterwerfen. Mit hundert Menschenleben aber, die Hunger, Durst und Uebermüdung in der Verfolgung hinwegraffen, und mit einigen hundert Pferden, die zu gleichem Zweck darangesetzt werden, können Resultate erzielt werden, die mit solchen Opfern außer allem Verhältniß stehen. Einer so trefflichen Armee,

wie der preußischen, durften solche Anstrengungen unbedingt zugemuthet werden, mag es auch bei mancher andern unthunlich erscheinen.

Wären noch am Abend des 3. Juli Dispositionen getroffen, die den an der Schlacht wenig oder gar nicht betheiligten Truppen für den 4. Juli auch nur einen schwachen Tagemarsch zugemuthet hätten, das Resultat des Siegs von Königgrätz wäre ein so riesenhaftes gewesen, wie das kaum einer andern Schlacht in der gesammten Geschichte des Krieges. Daß dieses Resultat an sich schon ein gewaltiges, alle Erwartungen übersteigendes war, kann die Bedeutung des Umstandes nicht abschwächen, daß es, wie fast alle österreichischen Schriftsteller einmüthig versichern, um die Widerstandsfähigkeit der Nordarmee geschehen gewesen wäre, wenn sie am ersten und zweiten Tage nach ihrer Niederlage energisch verfolgt worden wäre. Auch der Feind stand an der Grenze physischer Leistungsfähigkeit. Mochte immerhin der Trieb der Selbsterhaltung seine Sohlen beflügeln, nach kurzem Marsch mußte auch er endlich rasten, und schon auf der ersten Etappe war er einzuholen. Zur sofortigen Einleitung der Verfolgung fehlte es keineswegs an Truppen, die am 3. Juli von übermäßigen Anstrengungen verschont geblieben waren. Zunächst handelte es sich nur um Bildung starker Avantgarden, die, während die Gros vorläufig ruhten, einen angemessenen Vorsprung gewinnen konnten.

Auf dem linken preußischen Flügel würde es sich empfohlen haben, das Cavaleriecorps Hartmann, das 5. Corps und die Division Prondzinsky des 6. Corps, alles Truppen, die an der Schlacht keinen oder doch nur unbedeutenden Antheil genommen hatten, am 4. Juli in aller Frühe nördlich von Königgrätz die Elbe überschreiten zu lassen, um der sich auf der Straße nach Hohenmauth bewegenden österreichischen Hauptcolonne in die Flanke zu fallen oder ihr doch wenigstens im Rücken kräftig nachzudrängen. Eine derartige Disposition hätte am Schlachttage selbst, und zwar gegen 6 Uhr abends, als der Sieg entschieden war, ergehen müssen, damit die betreffenden Truppen ihr Bivuak möglichst nahe an der Elbe wählten und ihre Pioniere nöthigenfalls die Uebergänge herstellten. Das über Lochenitz zurückgegangene (2.) Corps Thun, welches sich frühzeitig vom Schlachtfelde zurückgezogen hatte, war am 3. Juli abends bis Hohenmauth am Adler marschirt, brach dort am 4. Juli früh auf und erreichte am Abend des Tags Kosteletz. Der Uebergang bei Hohenmauth war also schon vor Einbruch des Mittags frei, und noch im Laufe des

Nachmittags war der Nachtrab der auf Holitz zurückgehenden österreichischen Hauptcolonne zu erreichen.

Die Verfolgung der auf Pardubitz zurückgehenden Colonne würde, da diese hier erst den Elbübergang zu vollziehen hatte, noch sicherer zu belangreichen Resultaten geführt haben. Die ihr nachrückende Division Etzel hat dem Befehl, die Verfolgung einzustellen, der sie schon gegen 8 Uhr abends erreichte, nur mit schwerem Herzen gehorcht. Hätte man dieser Division die Reiterei Herwarth's und einen Theil derjenigen Friedrich Karl's zugetheilt, so würde eine durchaus marsch- und kampffähige Avantgarde bereit gestanden haben, die schon am 4. Juli bei Tagesanbruch (2—3 Uhr) die Verfolgung aufnehmen konnte. Gegen 9 Uhr morgens, um welche Zeit Pardubitz erreicht sein konnte, standen dort noch Theile der österreichischen Armee auf dem rechten Elbufer. Unendlich viel bedeutender aber wäre natürlich der unmittelbare Erfolg gewesen, wenn die Division Etzel und die Reiterei Herwarth's und Friedrich Karl's am 3. Juli abends die Verfolgung nur eine einzige Meile weiter fortgesetzt hätten. Dann war nicht nur am Abend selbst noch viel mehr zu gewinnen, sondern man hätte sich auch am andern Morgen sofort an Feindes Ferse hängen können.

Nicht nur die militärische, sondern auch die politische Situation würde sich anders gestaltet haben, wäre in dieser oder ähnlicher Weise gehandelt worden. Die Ereignisse, mit denen wir uns alsbald beschäftigen werden, die Intervention Napoleon's und das Heranziehen eines Theils der Südarmee nach Wien würden kaum noch eine Bedeutung gehabt haben, wenn man die moralische und physische Erschöpfung der österreichischen Armee am 4. und 5. Juli ausgebeutet und dadurch das Wort: „die Nordarmee existirt nicht mehr“, das zu jener Zeit in Wien umlief, zur vollsten Wahrheit gemacht hätte. Die Kaiserstadt wäre nicht mehr zu vertheidigen, sie wäre schon bei Königgrätz vollständig erobert gewesen, und zwar in buchstäblicherm Sinne als Berlin einst bei Jena und Paris das eine mal bei Laon, das andere mal bei Waterloo.

Der Rückzug auf das verschanzte Lager von Olmütz, welchen Benedek mit dem Gros seines Heeres antrat, war nicht einzig aus dem Gebot der Nothwendigkeit entsprungen, die Hauptmasse bald hinter schützende Wälle zu führen, um Ordnung und Schlagfertigkeit wiederherzustellen; wir wissen vielmehr aus seiner Schlachtdisposition, daß

er von vornherein diese Richtung ins Auge gefaßt hatte. Es muß also ein strategischer Gedanke den österreichischen Feldherrn bewogen haben, die directe Straße auf Wien preiszugeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach beruhte derselbe auf der Voraussetzung, daß es die Preußen nicht wagen würden, gegen Wien vorzurücken, während eine bedeutende Armee ihre linke Flanke und ihren Rücken bedrohte. Eine ähnliche Erwägung lag wenige Wochen vorher der Aufstellung des Prinzen Friedrich Karl bei Görlitz zu Grunde; zur unmittelbaren Deckung Berlins waren damals nur schwache Kräfte disponirt, während es in der Hauptsache auf einen Flankenstoß gegen die etwa über Dresden vorrückende feindliche Armee abgesehen war. Gegen Benedek's ursprüngliche Disposition ist um so weniger einzuwenden, als er füglicherweise eine so totale Niederlage, einen so weit reichenden Verlust an Schlagfertigkeit nicht von vornherein in Rechnung ziehen konnte. Eine noch starke, manövrirfähige, auf Olmütz basirte Armee hätte allerdings die directe Operation auf Wien unräthlich machen können.

Wie die Dinge jetzt lagen, konnte der ursprüngliche strategische Gedanke indeß nur festgehalten werden, wenn den Preußen an der Donau ein größerer Aufenthalt bereitet wurde. Es mußte also wenigstens ein Theil der Truppen direct dorthin geschafft werden. Benedek disponirte zu diesem Zwecke das (10.) Corps Gablenz, das während der Schlacht dem 2. preußischen Corps bei Mekrowans und Dahalitzka gegenübergestanden hatte, wo die Infanterie wenig engagirt worden war. Diesem Corps wurde die Straße über Brünn angewiesen, auf der es infolge des anfänglichen Zögerns der Preußen im Vormarsch einen solchen Vorsprung gewann, daß es bei Lettowitz (12 Meilen südöstlich von Pardubitz) in aller Ruhe die Eisenbahn besteigen konnte. (Bemerkt sei, daß zur Instradirung von circa 20000 Mann zwei Tage gehören.) Auch der größte Theil der Reiterei, und zwar die erste leichte und die drei Reserve-Cavaleriedivisionen wurden unmittelbar nach Wien dirigirt und auf die über Iglau und Brünn führenden Straßen verwiesen.

Das Gros der Armee erreichte in zwei Marschcolonnen, deren nördliche über Böhmisch-Trübau und deren andere über Zwittau ging, in verschiedenen Staffeln am 10., 11. und 12. Juli das verschanzte Lager von Olmütz. Es hatte also den fast 20 Meilen langen Marsch von Königgrätz bis dorthin binnen acht bis neun Tagen zurückgelegt. Für eine so große Armee, deren Trains und Bagagen zum Theil auf sehr schlechte Gebirgswege angewiesen waren, ist dies eine sehr erheb-

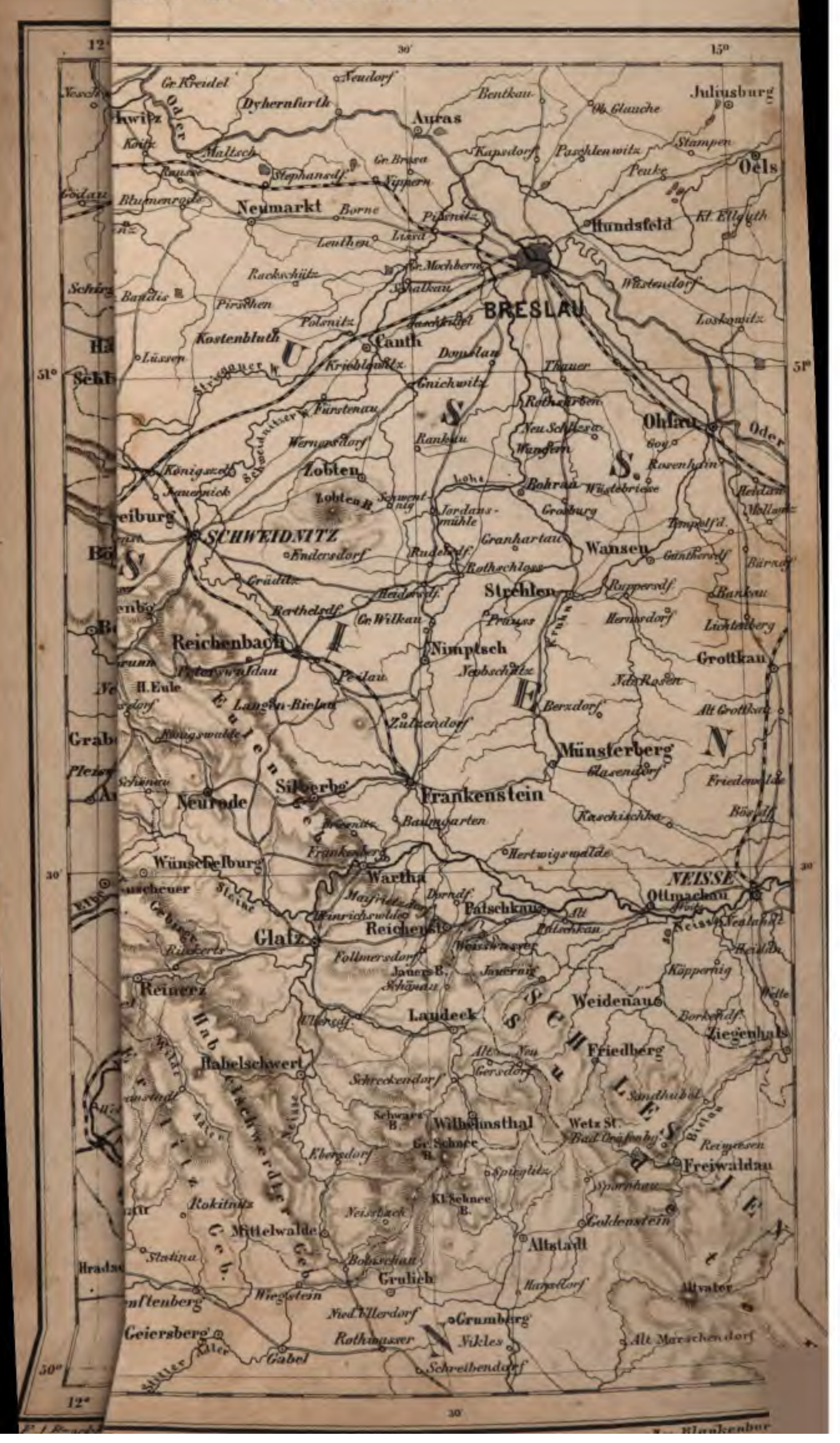
liche Marschleistung. Vom Feinde blieb die Armee auf diesem Marsche fast unbelästigt. Erst am 8. Juli nahm die Avantgarde des Kronprinzen von Preußen auf kurze Zeit Fühlung am Nachtrabe des auf der nördlichen Straße marschirenden 2. Corps. Sofort nach der Ankunft bei Olmütz wurde noch das 3. österreichische Armeecorps und der größte Theil der Sachsen mittels Eisenbahn nach Wien geschafft*), sodaß nur fünf Infanteriecorps und die Reiterdivision Taxis unter Benedek's unmittelbarem Befehl in dem verschanzten Lager vereinigt blieben.

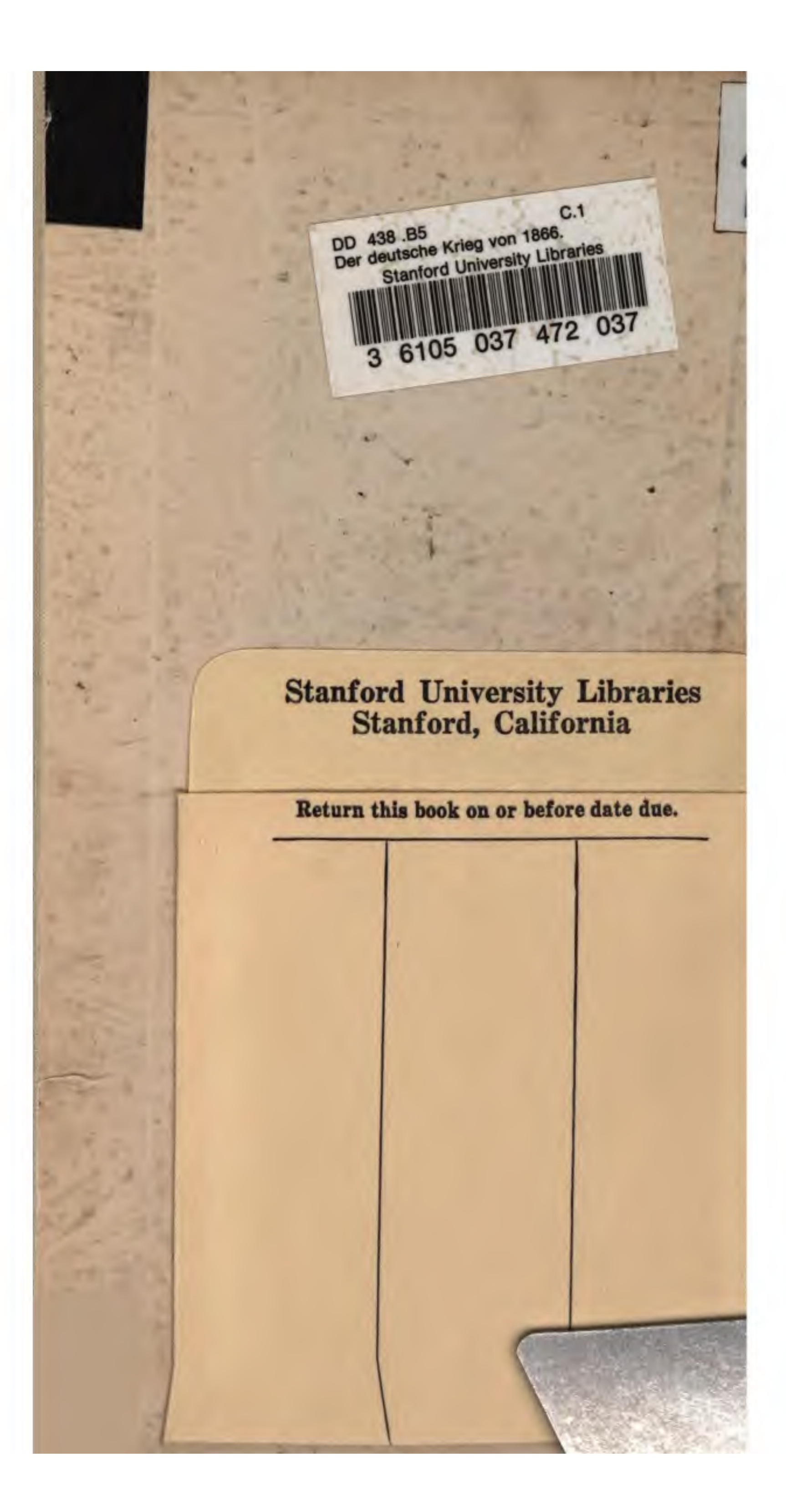
Wir haben bereits erwähnt, daß der größte Theil der preußischen Armee am 4. Juli Ruhetag hielt. Die Todten wurden zum Theil begraben, ein Gottesdienst gehalten, außerdem aber reiche Trophäen gesammelt. Das südlich von Lipa lagernde Cavaleriecorps Hartmann ging am Nachmittag gegen Pardubitz vor, ohne jedoch noch auf einen Feind zu treffen. Durch diese Vorbewegung gelangte man erst zur vollen Ueberzeugung von der Déroute, in welcher der Feind das Schlachtfeld verlassen hatte. Im Laufe des Tags traf Gablenz als von Benedek abgesandter Parlamentär ein, um wegen eines Waffenstillstandes zu unterhandeln. Selbstverständlich ward er vom König, dem er zwischen Sadowa und Horitz begegnete, in ritterlichster Weise empfangen, sein Verlangen aber ebenso selbstverständlich abgelehnt.

Unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz erfuhr das preußische Heer in Böhmen durch das Eintreffen der nachträglich heranbeorderten aus vier Garde-Landwehrregimentern bestehenden Division des in Sachsen verbliebenen von der Mülbe'schen Reservecorps eine wünschenswerthe Verstärkung. Dieselben erreichten am Abend des 3. Juli die Hauptarmee, wurden aber sofort nach Prag entsandt, wo sie am

*) Die Oesterreicher haben im Eisenbahntransport von Truppen 2c. ganz Außerordentliches geleistet. Von der Nordarmee wurde vom 9. Juli ab aus der kleinen beengten Eisenbahnstation Lettowitz das (10.) Corps Gablenz (19000 Mann, 860 Pferde, 220 Geschütze und Fuhrwerke, dann circa 1000 Kranke und Verwundete, sowie etwa 2000 Nachzügler) in 38 Stunden, das Gros nach Floridsdorf, die Brigade Mondl nach Lundenburg, die Kranken 2c. theils nach Brünn, theils nach Wien und Ungarn befördert. — Am 11. Juli begann der nur wenige Stunden vorher angeordnete Rücktransport des 3. Armeecorps und des sächsischen Corps von Olmütz nach Wien. Binnen 3½ Tagen stand das 3. Armeecorps und der größte Theil der Sachsen (40000 Mann, 4100 Pferde, 700 Geschütze und Fuhrwerke) bei Wien. Eine preußische Patrouille, die einige Schienen aufriß, machte weitern Transporten auf dieser Linie ein Ende.

ZES IN BÖHMEN.




DD 438 .B5 C.1
Der deutsche Krieg von 1866.
Stanford University Libraries
3 6105 037 472 037
Stanford University Libraries
Stanford, California
Return this book on or before date due.

